

Geschäftsbericht 2009

Titelbild:
Storchenbrücke bei Nacht
(Bild: Markus Ronner)

Inhalt

Seite

Stadtrat, Stadtkanzlei:

– Der Stadtrat 5

– Stadtkanzlei 6

Departement Kulturelles und Dienste 11

Departement Finanzen 35

Departement Bau 49

Departement Sicherheit und Umwelt 69

Departement Schule und Sport 93

Departement Soziales 105

Departement Technische Betriebe 123

Der Grosse Gemeinderat 137

Initiativen und parlamentarische Vorstösse 145

Behördenverzeichnis 153

Vertretungen der Stadt in handelsrechtlichen
Gesellschaften, Genossenschaften, Stiftungen,
Kommissionen, Verbänden usw. 162

Organigramm der Stadt Winterthur 164

Inhaltsverzeichnis detailliert 167

An den
Grossen Gemeinderat Winterthur

In Anwendung von § 28 Abs. 1 Ziff. 3 der Gemeindeordnung unterbreitet der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat den Geschäftsbericht der Stadtverwaltung Winterthur über das Jahr 2008.

Winterthur, 7. April 2010

Im Namen des Stadtrates

Der Stadtpräsident:
Ernst Wohlwend

Der Stadtschreiber:
Arthur Frauenfelder

Der Stadtrat

Die Stadt Winterthur war im Berichtsjahr einerseits geprägt durch ihre anhaltende Attraktivität, welche in einer weiter wachsenden Bevölkerungszahl, einer regen Bautätigkeit und den sehr guten Ergebnissen der Bevölkerungsumfrage zum Ausdruck kommt. Andererseits stand das Jahr unter dem Eindruck eines schwierigeren wirtschaftlichen Umfelds, das sich nach den Jahren mit einem starken Wachstum an Arbeitsplätzen in einer steigenden Arbeitslosenzahl niederschlug.

Der Stadtrat sah sich vor diesem Hintergrund mit der Aufgabe konfrontiert, das quantitative Wachstum der Stadt mit einer qualitativen Entwicklung zu verbinden sowie die guten Rahmenbedingungen für die Privatwirtschaft und die Instrumente für die soziale Integration aufrecht zu erhalten. Er ist der Meinung, dass ihm das gut gelungen ist. Die Arbeit des Stadtrates war sehr stark gekennzeichnet durch die Finanzlage der Stadt. Der Stadtrat hat immer wieder darum gerungen, die richtigen Prioritäten zu setzen, und hat sich sehr stark dafür engagiert, dass die Reform des kantonalen Finanzausgleichs zu einer für Winterthur akzeptablen Lösung führt. Eine faire Abgeltung der Zentrumslasten und mehr Spielraum für eine eigenständige Finanzpolitik sind die Ziele.

Die Entwicklung auf den ehemaligen Industriearealen in der Stadtmittelpunkt und in Neuhegi wurde erfolgreich vorangetrieben. Eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Stadtentwicklung leisteten die viel beachteten Veranstaltungsreihen «Grossstadt Winterthur. Stadtentwicklung wohin?» und «Baustelle Winterthur – eine StadtLandschaft im Wandel». Die Erkenntnisse aus diesen vertieften Auseinandersetzungen bilden wertvolle Entscheidungsgrundlagen für die künftige Entwicklung der Stadt.

Die Stimmbevölkerung ist bei allen fünf Vorlagen den Anträgen des Stadtrates gefolgt. Die deutlichen Ja-Stimmenanteile von 62.1 bis 82.6 Prozent können als Vertrauensbeweis gewertet werden. Ein Meilenstein für die Entwicklung der Stadt Winterthur war das Ja zum Rahmenkredit von 84 Millionen Franken für die schrittweise Umsetzung von Teilprojekten der Masterplanung Bahnhof. Das Vorhaben führt zu einer markanten Aufwertung des Stadtraums Bahnhof, insbesondere zu Verbesserungen hinsichtlich der Quartierverbindungen sowie des langsamen und öffentlichen Verkehrs.

In weiteren Abstimmungsvorlagen wurden die Schulbehörden reorganisiert, die Verlegung der Anlaufstelle für Randständige ermöglicht, die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung und eine entsprechende Parlamentsordnung definitiv eingeführt sowie die Schliessung der Radweglücke zwischen der Turmhalden- und der Frobergstrasse beschlossen.

Im Berichtsjahr hat die Stadt gemeinsam mit dem Kanton die Arbeiten für ein neues städtisches Gesamtverkehrskonzept aufgenommen. Es wird die Basis bilden für die Eingabe von Projekten in die nächste Runde des Agglomerationsprogramms. Das neue Konzept wurde nötig, weil der Stadtrat Anfang 2009 zur Kenntnis nehmen musste, dass die von ihm favorisierte Südostumfahrung und

regional geplante Entlastungen nicht in die übergeordneten Programme des Bundes aufgenommen wurden.

2009 wurde nach 2007 erneut eine repräsentative Bevölkerungsumfrage durchgeführt. Sie kam zu sehr erfreulichen Ergebnissen. Die Winterthurerinnen und Winterthurer leben gerne in ihrer Stadt und schätzen die gebotene Lebensqualität, die sich insbesondere für die junge Bevölkerung in den letzten zwei Jahren verbessert hat. 98 Prozent haben festgehalten, sehr gerne oder eher gerne in Winterthur zu leben (2007: 97 Prozent). Der Anteil derjenigen, die mit «sehr gerne» geantwortet haben, hat sich dabei im Vergleich zu der letzten Befragung im 2007 um drei Prozentpunkte erhöht (von 72 auf 75 Prozent). Die Lebensqualität in Winterthur beurteilen 84 Prozent als gut oder sehr gut, was sechs Prozentpunkte mehr sind als in der letzten Umfrage.

Die Stadt Winterthur gehört nach wie vor zu den sichersten Städten der Schweiz. Die Bevölkerungsbefragung 2009 hat gezeigt, dass die Kriminalität im Vergleich zur Befragung 2007 markant weniger als Problem wahrgenommen wird. Dazu beigetragen hat die Umsetzung des Projekts «Sichere Winterthurer Innenstadt», welche unter anderem die Einführung von Velo-Patrouillen gebracht hat.

Um die Chancengleichheit in der Bildung zu verbessern, hat der Stadtrat zusammen mit anderen das Konzept «Frühförderung in Winterthur» ausgearbeitet, und der Grosse Gemeinderat bewilligte einen entsprechenden Kredit. Das Konzept schafft die Voraussetzungen dafür, dass Eltern und Kleinkinder ihren Bedürfnissen entsprechend unterstützt werden. Ausgebaut werden konnte 2009 auch die familienergänzende Kinderbetreuung, so dass in den Kinderhorten erstmals keine Wartelisten mehr bestanden.

Der Stadtrat hat sich im Berichtsjahr zur Vision einer «2000-Watt- und 1-Tonne-CO₂-Gesellschaft» bekannt. Er hat die Gründung des Vereins «Energie bewegt Winterthur» angestossen und unterstützt.

Der Stadtrat hat auch 2009 Wert auf die Pflege von Kontakten gelegt. Auf politischer Ebene zu andern Städten und Gemeinden, zum Kanton, zu umliegenden Kantonen und zu Parlamentarierinnen und Parlamentariern, im wirtschaftlichen Bereich mit Firmen, Verbänden und Investoren.

Die Zusammenarbeit im Stadtrat funktioniert sehr gut. Er hat 41 Mittwochssitzungen durchgeführt und sich an elf Donnerstagssitzungen mit wichtigen Themen vertieft auseinandergesetzt. An zwei Klausurtagungen im Januar und August gehörten die Finanzen, die Investitionsplanung, das Immobilienmanagement, der Verkehr und die Stadtentwicklung zu den Schwerpunkten. Der Stadtrat hat die Umsetzung der von ihm selbst formulierten Schwerpunktvorhaben für die Legislatur 2006–2010 weiter vorangetrieben. Zudem hat er im Berichtsjahr die Zusammenarbeit mit den Kommissionen des Gemeinderates intensiviert.

Die nachfolgenden Berichte der einzelnen Departemente in diesem Geschäftsbericht enthalten ergänzende und vertiefende Informationen zu diesen Schwerpunkten der stadträtlichen Tätigkeiten.

Stadtkanzlei

Fünf Volksinitiativen, zwei Nachträge zur Gemeindeordnung und ein grösserer Stimmrechtsrekurs, die interimsistische Führung der Datenaufsichtsstelle und die Lancierung der Projekte Records Management und Stadtgeschichte 2014 im Stadtarchiv beschäftigten die Stadtkanzlei im Geschäftsjahr besonders. Im Übrigen hielt sich das Arbeitsaufkommen im üblichen Rahmen; die Zahl der Einbürgerungen pendelte sich auf dem Durchschnittswert der vorangegangenen fünf Jahre ein.

Als Rechtskonsultanten betreuten und begleiteten der Stadtschreiber und sein Assistent unter anderem die Vorlagen für den VII. und VIII. Nachtrag zur Gemeindeordnung (Reorganisation der Schulbehörden; Parlamentsordnung und Verwaltungsführung) sowie für die Revision der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates. Zudem waren fünf Volksinitiativen in verschiedenen Verfahrensstadien, von der Vorprüfung bis zur Umsetzung mit Gegenvorschlag, juristisch zu bearbeiten. Gegen die Volksabstimmung zum Umbaukredit Anlaufstelle für Randständige vom 29. November wurde ein Stimmrechtsrekurs erhoben, der die Stadtkanzlei auch über das Jahresende hinaus noch beschäftigen wird. Im Sommer wurde der Stadtschreiber in eine kantonale Arbeitsgruppe berufen, welche Teile der Totalrevision des Gemeindegesetzes vorbereitet.

Die Konferenz der Departementssekretärinnen und -sekretäre befasste sich an ihren drei internen Sitzungen unter anderem mit den Themen Verzeichnis der Informationsbestände, Elektronisches Records Management, Zusammenarbeit mit der neuen Ombudsfrau und Mobilitätsmanagement. Das traditionelle Treffen mit den Zürcher Kolleginnen und Kollegen fand dieses Jahr in Winterthur im neu eröffneten Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen ZAG statt. Inhaltlich widmete es sich hauptsächlich den aktuellen Entwicklungen in der nationalen und internationalen Fachhochschul-Landschaft.

Im Juni führte die Stadtkanzlei nach längerem Unterbruch wieder einmal eine Klausurtagung mit allen Mitarbeitenden durch. Der eintägige Workshop gab Anstoss zu einigen praktischen Verbesserungen in der eingespielten Zusammenarbeit des SK-Teams.

Abstimmungen und Wahlen

Ende 2009 waren in Winterthur 29 065 (Vorjahr 28 600) Männer und 33 794 (33 462) Frauen, insgesamt somit 62 859 (62 062) Stimm- und Wahlberechtigte gemeldet. Am Stimmregister waren zudem 857 (801) Männer und 907 (829) Frauen, total 1764 (1630) stimmfähige Personen mit Wohnsitz im Ausland verzeichnet. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hatten an 4 (4) Urnengängen über 8 (10) eidgenössische, 3 (8) kantonale und 5 (2) städtische, total also über 16 (20) Sachvorlagen zu entscheiden. Darüber hinaus waren sowohl die Stimmberechtigten der evangelisch-reformierten Landeskirche als auch diejenigen der römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich zur Abstimmung über ihre neuen Kirchenordnungen aufgerufen. Im Weiteren wurde für die römisch-katholische Kirchgemeinde der Stadt Winterthur eine kommunale Vorlage zur Abstimmung gebracht.

Die Stimmbeteiligung lag dabei bei den staatlichen Abstimmungen zwischen 41.3 Prozent (Reorganisation der Schulbehörden) und 56.3 Prozent (Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»).

Im Berichtsjahr wurden auch die Erneuerungswahlen der Bezirksbehörden (Statthalter, Bezirksrat und Staatsanwälte) für die Amtsdauer 2009 – 2013 und diejenige für die städtischen Friedensrichterinnen für die Amtsdauer

2009 – 2015 durchgeführt. Im Weiteren hatten die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen den Nachfolger der zurücktretenden Regierungsrätin Rita Fuhrer zu wählen.

Ein Mitglied der Kreisschulpflege Mattenbach wurde im ersten, zwei Mitglieder der evangelisch-reformierten Kirchenpflege Töss im 2. Wahlgang an der Urne gewählt. Fünf Sitze in Kreisschulpflegen sowie deren vier in evangelisch-reformierten Kirchenpflegen konnten in stiller Wahl besetzt werden. Im Zusammenhang mit Rücktritten in der Kreisschulpflege Winterthur-Stadt sowie in den Kirchenpflegen Wülflingen und Töss gegen Ende der Amtsdauer verzichtete der Bezirksrat auf die Anordnung einer Ersatzwahl. An den Urnengängen des Berichtsjahres konnten die Stimmberechtigten des Kreises Altstadt ihre Stimmen auch elektronisch abgeben. Von dieser Möglichkeit machten durchschnittlich knapp 20 Prozent der Stimmenden Gebrauch.

Einbürgerungen

Gesuchseingänge

Im Berichtsjahr ging die folgende Anzahl Einbürgerungsgesuche von Ausländerinnen und Ausländern bei der Stadt Winterthur ein:

In der Schweiz geborene	107 (Vorjahr 131)
Im Ausland geborene 16 – 25 Jährige mit mind. fünf Jahren Schulbildung in der Schweiz	48 (66)
Übrige im Ausland geborene	205 (269)

Total eingereichte Gesuche von Ausländerinnen und Ausländern

360 (466)

Abgeschriebene Gesuche (Gesuchsrückzüge usw.)	49 (49)
---	---------

Bürgerrechtsgeschäfte des Stadtrates

Aufnahmen von Ausländerinnen und Ausländern in das Bürgerrecht der Stadt Winterthur:

In der Schweiz geborene	116 (177)
Im Ausland geborene 16 – 25 Jährige mit mind. fünf Jahren Schulbildung in der Schweiz	46 (73)

Total

162 (250)

Aufnahmen von Schweizerinnen und Schweizern in das Bürgerrecht der Stadt Winterthur:

28 (22)

Abgelehnte Gesuche von Ausländerinnen und Ausländern:

In der Schweiz geborene oder 16 – 25 Jährige mit mind. fünf Jahren Schulbildung in der Schweiz	3 (7)
Übrige im Ausland geborene	5 (8)

Weisungen an den Grossen Gemeinderat

mit Antrag auf Aufnahme ins Bürgerrecht	239 (335)
mit Antrag auf Ablehnung des Gesuchs	0 (2)

Bürgerrechtsgeschäfte des Grossen Gemeinderates

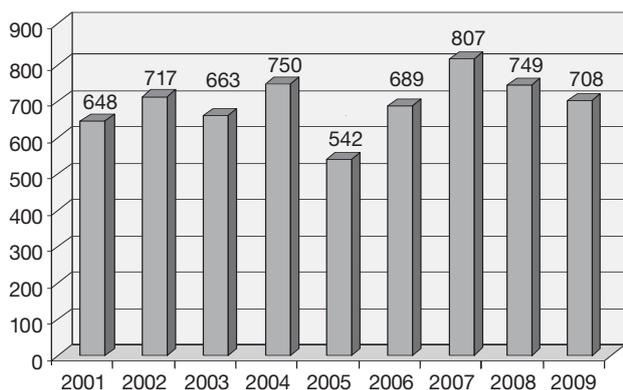
Anzahl Sitzungen Bürgerrechtskommission (BüK)	20 (19)
Anzahl Sitzungen Grosser Gemeinderat	11 (10)
Behandelte Gesuche	295 (278)
Zurückgestellte Gesuche	28 (27)
Abgelehnte Gesuche	0 (3)

Anzahl Bewerberinnen und Bewerber mit Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur	357 (338)
Anzahl mit eingebürgerte Kinder	189 (161)

Total eingebürgerte Personen

546 (499)

Einbürgerungen von Ausländer/innen in Winterthur (Gesamtpersonenzahl)*



* Total ordentliche Einbürgerungen des Stadtrates und des Grossen Gemeinderates. Nicht enthalten sind die erleichterten Einbürgerungen, die gemäss Bundesrecht keinen Aufnahmeentscheid der Stadt voraussetzen.

Die neuen Bürgerinnen und Bürger stammen aus folgenden Ländern:

Serbien und Montenegro	191	Grossbritannien	3
Mazedonien	98	Thailand	3
Türkei	86	Dänemark	2
Italien	72	Kamerun	2
Deutschland	43	Kongo	2
Sri Lanka	31	Polen	2
Kroatien	23	Syrien	2
Bosnien-Herzegowina	17	Tschechische Republik	2
Kosovo	14	USA	2
Portugal	14	Ägypten	1
Serbien	13	Algerien	1
China	12	Äthiopien	1
Spanien	10	Brasilien	1
Somalia	7	Ecuador	1
Libanon	6	Frankreich	1
Sudan	6	Ghana	1
Irak	5	Kenia	1
Marokko	5	Kolumbien	1
Vietnam	5	Luxemburg	1
Niederlande	4	Luxemburg	1
Pakistan	4	Österreich	1
Dominikanische Republik	3	Philippinen	1
Eritrea	3	Ungarn	1
Griechenland	3		

Abstimmungen 2009

Städtische Vorlagen

Datum	Abstimmungsvorlage	eingegangen	ungültig eingelegt	leer	ungültig	gültig	Ja	Nein	%
17. Mai	Rahmenkredit Stadtraum Bahnhof; Fr. 84 000 000.– (zuzüglich teuerungsbedingte Mehr- oder Minderkosten)	28 266	203	253	1	27 809	18 713	9 096	45.3
27. September	1. Reorganisation der Schulbehörden (VII. Nachtrag zur Gemeindeordnung)	25 843	222	1 932	2	23 687	18 705	4 982	41.3
	2. Radweg zwischen der Turmhaldenstrasse und der Frobergstrasse, Kredit von Fr. 500 000.– (zuzüglich teuerungs- und mehrwertsteuerbedingte Mehr- oder Minderkosten)	26 391	230	344	1	25 816	17 459	8 357	42.2
	3. Röm.-kath. Kirchgemeinde Winterthur Bewilligung eines Bruttokredits von Fr. 5 850 000.– für die Aussenrenovation der Kirche St.Peter und Paul (zuzüglich mehrwertsteuersatz- und teuerungsbedingte Mehr- oder Minderkosten)	6 146	66	152	0	5 928	4 590	1 338	41.0
29. November	1. VIII. Nachtrag zur Gemeindeführung (Parlamentsordnung und Verwaltungsführung)	31 320	491	3 188	0	27 641	22 843	4 798	49.9
	2. Umbaukredit Anlaufstelle für Randständige, Kredit von Fr. 722 000.– (zuzüglich teuerungsbedingte Mehr- oder Minderkosten) für bauliche Anpassungen im Anbau des Gebäudes Zeughausstrasse 76	33 442	529	716	1	32 196	19 986	12 210	53.3

Kantonale Vorlagen

Datum	Abstimmungsvorlage	eingegangen	ungültig eingelegt	leer	ungültig	gültig	Ja	Nein	%
8. Februar	Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für ausländische Millionärinnen und Millionäre (Abschaffung der Pauschalsteuer)»	29 945	533	454	2	28 956	16 909	12 047	48.2
17. Mai	Volksinitiative «Halbstündliche S-Bahn für alle; Für eine halbstündliche Bedienung aller S-Bahnstrecken des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) im Kanton Zürich»	28 076	229	434	0	27 413	11 147	16 266	45.0
27. September	1. Kantonale Volksinitiative für eine faire und ausgewogene Verteilung des Fluglärms um den Flughafen Zürich (Verteilungsinitiative)	26 033	228	774	1	25 030	9 053	15 977	41.6
	2. Evang.-ref. Landeskirche des Kantons Zürich Kirchenordnung vom 17. März 2009	12 177	127	1 085	1	10 964	8 597	2 367	40.9
	3. Röm.-kath. Körperschaft des Kantons Zürich Kirchenordnung vom 29. Januar 2009	5 780	70	424	0	5 286	4 177	1 109	38.6

Eidgenössische Vorlagen

Datum	Abstimmungsvorlage	eingegangen	ungültig eingelegt	leer	ungültig	gültig	Ja	Nein	%
8. Februar	Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 über die Genehmigung der Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten sowie über die Genehmigung und die Umsetzung des Protokolls über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien	31 768	576	227	4	30 961	21 291	9 670	49.8
17. Mai	1. Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2008 «Zukunft mit Komplementärmedizin» (Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin»)	28 971	216	378	0	28 377	18 433	9 944	45.2
	2. Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft betreffend die Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2252/2004 über biometrische Pässe und Reisedokumente (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)	28 952	217	648	1	28 086	14 075	14 011	45.2
27. September	1. Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 über eine befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze, geändert durch den Bundesbeschluss vom 12. Juni 2009 über die Änderung dieses Beschlusses	27 510	270	211	2	27 027	15 908	11 119	42.8
	2. Bundesbeschluss vom 19. Dezember 2008 über den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative	27 010	264	1 377	1	25 368	17 865	7 503	42.0
29. November	1. Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2008 zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr	35 017	604	2 397	2	32 014	22 192	9 822	54.3
	2. Volksinitiative vom 21. September 2007 «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»	35 880	615	618	0	34 647	14 086	20 561	55.6
	3. Volksinitiative vom 8. Juli 2008 «Gegen den Bau von Minaretten»	36 305	633	365	2	35 305	16 541	18 764	56.3

Sekretariate

Das Sekretariat Grosser Gemeinderat nahm 62 (Vorjahr 68) Versande an den Grossen Gemeinderat (GGR), dessen Kommissionen sowie Medien und Abonnenten vor. Die Auflage der Geschäfte des GGR (Weisungen und Vorstösse) konnte aufgrund des elektronischen Versandangebotes, welches von mittlerweile 225 Kundinnen bzw. Kunden genutzt wird, weiter auf 185 (188) Exemplare reduziert werden. Zusammen mit den übrigen Unterlagen (Sitzungseinladungen, Sitzungsprotokolle, Kommissionsunterlagen usw.) für den GGR bedeutete dies im Jahr 2009 eine leicht erhöhte Menge von 313 354 (281 997) Blatt Papier. Die gesamte Kopienzahl der Stadtkanzlei (SR, GGR und Stadtkanzlei) betrug 501 881 (488 454). Für den Druck der GGR-Geschäfte wird seit jeher Recycling-Papier verwendet. Weisses Papier (Universal-Ökopapier, hochweiss aus Altpapier und 100 % chlorfreiem Zellstoff [TCF]) wird für Archivdrucksachen eingesetzt.

Die Stadtkanzlei hat 41 (Vorjahr 41) Stadtratssitzungen vor- und nachbereitet und dabei 1726 (1864) Stadtratsgeschäfte verarbeitet. Zur Ausfertigung gelangten 714 (727) Stadtratsbeschlüsse und 333 (342) Stadtratsbriefe.

Datenaufsichtsstelle

Bis zu seinem Altersrücktritt am 30. September 2008 nahm der damalige Ombudsmann der Stadt Winterthur auch die Aufgaben der städtischen Datenaufsichtsstelle wahr. In der Folge übernahm der Stadtschreiber interimistisch auch die Funktion des städtischen Datenschutzbeauftragten, in welcher er von seinem Assistenten unterstützt wird. Bis zur Wahl einer neuen bzw. eines neuen Datenschutzbeauftragten bleibt die Stadtkanzlei Anlaufstelle für datenschutzrechtliche Fragen im Zusammenhang mit den Winterthurer Behörden und der städtischen Verwaltung.

Zu den Hauptaufgaben der Datenaufsichtsstelle zählen einerseits Beratungs- und Koordinationsaufgaben für die Verwaltung. Andererseits ist sie auch Aufsichts-,

Auskunfts- und Beschwerdestelle für die Bevölkerung. Im Berichtsjahr lag der Schwerpunkt in der Beratung im Zusammenhang mit dem seit Oktober 2008 geltenden Öffentlichkeitsprinzip. Spürbare Auswirkung für die Datenaufsichtsstelle hatte auch die mit dem Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) eingeführte Vorabkontrolle durch den Datenschutzbeauftragten. Gemäss dieser sind beabsichtigte Bearbeitungen von Personendaten, die mit besonderen Risiken für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen verbunden sind, der Datenaufsichtsstelle vorab zur Prüfung einzureichen.

Mündliche Anfragen konnten in der Regel unmittelbar und formlos beantwortet werden. Im Berichtsjahr gingen zudem 21 schriftliche Anfragen ein. Ende 2009 waren davon noch fünf Fälle pendent.

Informationsdienst

Der Informationsdienst veröffentlichte 341 (Vorjahr 392) Medienmitteilungen und lud zu 69 (Vorjahr 88) Medienanlässen ein und erteilte eine grosse Anzahl von individuellen Auskünften. Weitere Schwerpunkte bildeten die interne Kommunikation (Publikation von sechs Personalzeitungen und Informationen auf dem Intranet), Beratungen und Projektbegleitungen in Kommunikationsfragen, interne Weiterbildungen in Medienarbeit, die laufende Aufbereitung von Informationen im Internet und die Koordination von drei Abstimmungszeitungen.

Veranstaltungen

Die Stadtkanzlei organisierte rund 100 kleinere und grössere Anlässe für Behörden und Gäste aus dem In- und Ausland. Halbjährlich wurden im Stadthaus wieder die Empfänge für Neuzuzüger und Neuzuzügerinnen durchgeführt, federführend organisiert vom Melde- und Zivilstandswesen.

Die Jungbürgerfeier wurde bereits zum zehnten Mal nach dem bewährten zweiteiligen Konzept veranstaltet.

Die Einladungen gingen an 820 Schweizerinnen und Schweizer, 134 Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassung C sowie 20 Ausländerinnen und Ausländer mit Aufenthaltsbewilligung B. Zum staatsbürgerlichen Teil haben sich 445, zur anschliessenden Volljährigkeitsparty im Garden Club 609 Personen angemeldet.

Stadtarchiv

Überlieferungsbildung

Im Verlauf des Jahres gingen von der Stadtverwaltung 11 grössere Ablieferungen ein. Dazu wurden von 9 Stellen laufend Unterlagen ans Stadtarchiv abgeliefert. Im Zusammenhang mit Ablieferungen von Papierdossiers wie auch mit Projekten betreffend elektronische Aktenführung und Records Management fanden Besuche und Besprechungen mit 16 Dienststellen statt. Das Projekt Records Management wurde verschiedenen Gremien präsentiert und vom Stadtrat beschlossen. Im Hinblick auf die elektronische Archivierung wird ein Records Management-System evaluiert. Gleichzeitig werden Richtlinien für die Aktenführung zu Händen der Verwaltung ausgearbeitet.

Von privater Seite wurden 22 Bestände entweder als Schenkung oder als Depot ans Stadtarchiv übergeben. Daraus sticht bezüglich Bedeutung, aber auch Umfang das Archiv der ehemaligen Brauerei Haldengut heraus. Im Zusammenhang mit der Verlegung des Hauptsitzes der Firma Heineken nach Luzern wurde das Archiv übernommen und damit erreicht, dass dieses für die Winterthurer Geschichte wichtige Firmenarchiv in Winterthur erhalten bleibt.

Erschliessung

Es wurden insgesamt 28 Bestände erschlossen sowie die laufend abgelieferten Unterlagen in den entsprechenden Serien ergänzt. Weiter wurde die früher begonnene Erfassung der Serie der Verträge wieder aufgenommen. Gegen 1200 Stück wurden in der Archivverzeichnungsdatenbank erschlossen. Als Vorbereitung der vorgesehenen Ordnung des Planarchivs wurde ein Standort-Inventar erstellt. Die Zeitungsdokumentation in der Handbibliothek wurde neu strukturiert.

Benutzung

Die Benutzung erfolgte wiederum zu einer breiten Palette von Themen. Einen grossen Anteil haben die Familienforschenden sowie die Hausbesitzer und Architekten, die sich für Baupläne interessieren. 18 Benutzende besuchten das Stadtarchiv im Hinblick auf die Erarbeitung einer Dissertation oder anderer studentischer Arbeiten, vier Maturanden für ihre Maturaarbeit. Für das Personal der Stadtbibliothek wurden zwei Führungen mit einer vorangehenden allgemeinen Einführung ins Archivwesen durchgeführt. Für die Ausstellung «Baustelle Winterthur. Eine StadtLandschaft im Wandel», die das Amt für Städtebau im September im Gewerbemuseum durchführte, konnte das Stadtarchiv Architekturmodelle und zahlreiche Reproduktionen von Archivalien aus seinen Beständen beisteuern. Eine Ausleihe von Dokumenten erfolgte auch für zwei Ausstellungen im Museum Lindengut.

Konservierung

Im Bereich der Mikroverfilmung und Digitalisierung wurden 99 Bände aus der Verwaltung der Alten Ämter (17. – 19. Jahrhundert) mikroverfilmt. Mit der Digitalisierung der älteren Stadtratsprotokolle wurde fortgefahren. Auf

Bestellung wurden weiterhin Digitalisate von Plänen erstellt. Im Zeitungsverfilmungsprojekt konnten die Ausgaben des «Landboten» von März 1995 bis Juli 1997 verfilmt werden. Restauriert wurden 48 Pläne.

Personal

Das Stadtarchiv verfügte im Jahr 2009 über knapp 400 Stellenprozent. Im Februar wurde die neu geschaffene Fachstelle Records Management besetzt. Mit dieser Verstärkung kann die Problematik der elektronischen Aktenführung und Archivierung wie auch die Erarbeitung von Aktenplänen in der Verwaltung angegangen werden. Im Rahmen von Ausbildungspraktika arbeiteten zeitweise eine Lernende der Stadtbibliothek sowie zwei Studierende im Stadtarchiv.

Diverses

Unter der Adresse www.stadtarchiv.winterthur.ch ist das Stadtarchiv neu mit einer eigenen Homepage auf dem Internet präsent. Um die Bevölkerung auf das Angebot der Übernahme von überlieferungswürdigen Dokumenten und Objekten aufmerksam zu machen, wurde gemeinsam mit anderen städtischen Institutionen ein Flyer produziert. In Zusammenhang mit dem 2014 bevorstehenden Jubiläum 750 Jahre Stadtrecht Winterthur konnte dank dem grossen finanziellen Engagement der Adele Koller-Knüsli Stiftung ein Projekt für eine neue Stadtgeschichte gestartet werden. Die für das Projekt notwendigen Vorarbeiten wurden durch das Stadtarchiv geleistet, das auch künftig an der Begleitung und Steuerung des Projekts beteiligt ist.

	2009	2008	2007
<i>Akzessionen</i>			
amtliche und nichtamtliche (Anzahl / Laufmeter)	42 / 147	39 / 66	28 / 32
Handbibliothek Titel	96	54	63
Mikrofilmaufnahmen	36 000	31 788	20 400
Digitalisierungen	17 674	17 357	27 176
abgegebene CDS / digitalisierte Dokumente	84 / 1155	73 / 272	59 / 432
<i>Benutzung und Auskünfte</i>			
Benützer/innen			
aus der Verwaltung	258	273	239
zu wissenschaftlichen und privaten Zwecken	618	677	525
Total	876	950	764
<i>Benutzte Archivalien</i>			
Urkunden und Verträge	29	28	37
Protokolle, Register und weitere Archivbücher	943	1 073	801
Einzelne Aktenstücke	253	302	296
Ganze Aktenmappen	364	417	130
Pläne, Fotografien	1 226	745	772
Filme	340	391	248
Handbibliothek, Drucksachen	734	854	741
<i>Anfragen</i>			
Mündliche	82	67	59
Schriftliche	290	228	269
Führungen	5	5	7
Ausstellungen	2	2	4

Departement Kulturelles und Dienste

Winterthur hat sich trotz wirtschaftlich widrigen Umständen auch 2009 gut entwickelt. Die Zahl der Arbeitsplätze hat innerhalb der letzten drei Jahre um 8.7 Prozent zugenommen, was deutlich höher liegt als der schweizerische Durchschnitt. Damit wurde bei den Arbeitsplätzen wieder jenes Niveau erreicht, das bereits vor der Industriekrise in den 90er-Jahren bestand (Ende 2008 gab es in Winterthur 56 750 Arbeitsplätze). In der exportorientierten Industrie sind seither allerdings wieder Stellen weggefallen. Dank der ausgewogenen Zusammensetzung der Dienstleistungs- und Industriebetriebe hat sich die Krise aber letztlich weniger stark ausgewirkt als früher.

Erfreulich läuft die Entwicklung auf den ehemaligen Industriearealen Stadtmitte und Neuhegi. In der Stadtmitte ist ein spannender Mix aus Gewachsenem und Neuem am Entstehen. Interessant ist die Entwicklung auf dem Lagerplatzareal. Mit dem Kauf dieses Areals durch die Stiftung Abendrot wird sichergestellt, dass die über 80 Klein- und Kleinstbetriebe die vorwiegend der Kreativwirtschaft zuzurechnen sind, erhalten bleiben.

Im Berichtsjahr ist das kulturelle Angebot in Winterthur vorübergehend leicht reduziert worden. Das ist auf die anderthalbjährige Schliessung sowohl des Kunstmuseums als auch der Sammlung Oskar Reinhart «Am Römerholz» zurückzuführen.

Positiv wirkte sich die Schliessung der beiden grossen Museen für das Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten aus. Weil wesentliche Bilder aus dem Römerholz in der Sonderausstellung «Im Dialog» den entsprechenden Werken aus dem Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten gegenüber gestellt werden konnten, fanden mehr Leute den Weg in dieses Museum. Angesichts der Auseinandersetzungen im Vorfeld der Sonderausstellung ist deren Zustandekommen ein Erfolg. Die gleiche Opposition hat auch dazu geführt, dass die Arbeit am Museumskonzept – zumindest in Teilbereichen – nur schleppend vorankommt. Erfreulicherweise ist die Zusammenführung der Flora mit dem Kunstmuseum weit fortgeschritten.

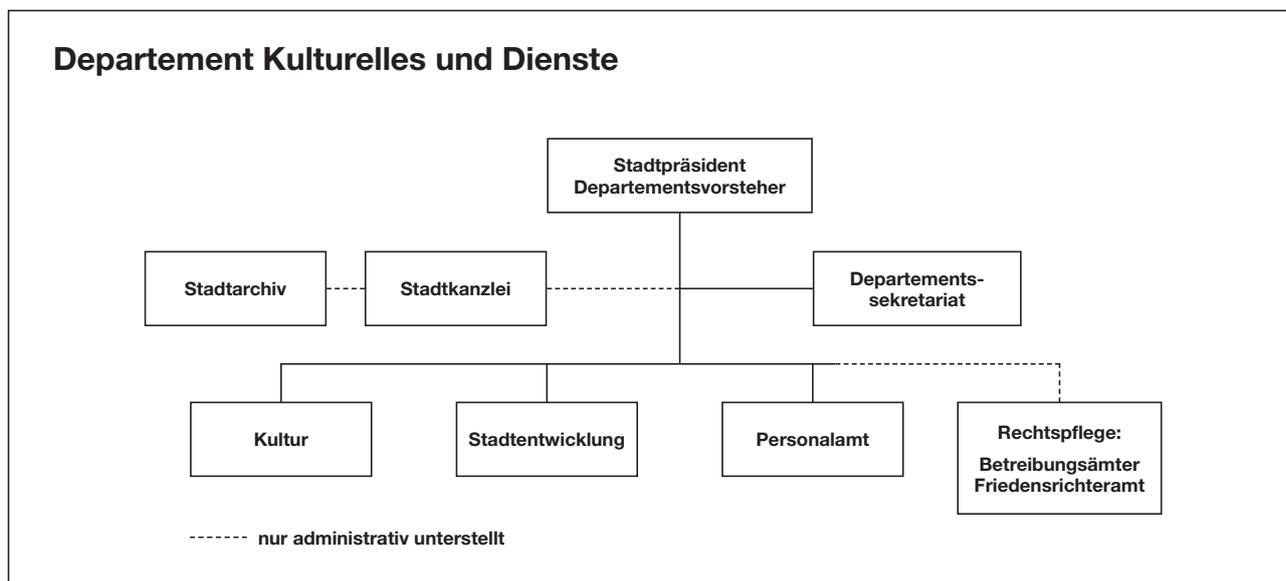
Auf der Zielgeraden ist die Neuausrichtung des Personalamtes. Die Umsetzung des neuen Konzeptes, das eine Verstärkung der strategischen Ausweitung zum Ziel hat, kommt gut voran. Die personellen Ressourcen wurden

teilweise bereits ergänzt und gestärkt. Im kommenden Jahr soll die Aufgabenteilung zwischen dem zentralen Personalamt und den dezentralen Aussenstellen klarer geregelt werden.

Spezielle Erwähnung verdient das Projekt Fokus. Damit wird die Zusammenführung von 25 Anlaufstellen und mehreren Hundert Arbeitsplätzen an einem Standort vorbereitet. Das ist ein Schritt zu einer dienstleistungsorientierten und zeitgemässen Stadtverwaltung. Im Februar beauftragte das Parlament den Stadtrat, verbindliche Offerten für das Projekt Superblock auf dem Sulzerareal Stadtmitte und ein Neubauvorhaben im Grüzefeld einzuholen. Die Anbieterinnen der Areale waren eingeladen, neben einem detaillierten Mietvertragsentwurf auch ein aus den Bedürfnissen der Stadtverwaltung abgeleitetes Raumprogramm in Grundrissplänen abzubilden. Der Stadtrat entschied sich zu Gunsten des Projektes Superblock auf dem Sulzerareal Stadtmitte.

Das Vorhaben Superblock entwickelte sich aus einer Testplanung mit internationaler Beteiligung. Es besticht durch seine ausgesprochen zentrale Lage für die Bevölkerung. Das Sulzerareal Stadtmitte ist aus allen Stadtkreisen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln leicht erreichbar und grenzt an die Altstadt und den Hauptbahnhof. Auch wirtschaftspolitische Gründe sprechen für das Sulzerareal Stadtmitte. Das Vorhaben Superblock bietet neben der Stadtverwaltung genügend Platz für einen Teil der Mitarbeitenden der Axa Winterthur. Die Stadtverwaltung könnte den nördlichen und der Versicherungskonzern den südlichen Teil des Neubauvorhabens belegen. Die Axa Winterthur tritt dabei als Investorin des gesamten Gebäudekomplexes auf und ermöglicht eine städtebauliche Signalwirkung für das ehemalige Industriegelände. Mit der Zusammenführung eines Teils der Stadtverwaltung auf dem Sulzerareal Stadtmitte, welche auf 2014 möglich ist, erwartet der Stadtrat eine Verbesserung seines Finanzhaushalts von jährlich rund drei Millionen Franken.

Nach dem Standortbeschluss des Grossen Gemeinderates wird der Stadtrat für die Umsetzung einen Projektantrag an den Grossen Gemeinderat ausarbeiten, der im 2011 den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern unterbreitet werden soll.



Kultur

Der Bereich Kultur hat sich über seine Kernaufgaben hinaus auch im 2009 intensiv mit der Kunstmuseenlandschaft beschäftigt. Der Stadtrat hat den Bericht zur Reorganisation und Neukonzeptionierung der Kunstmuseen verabschiedet. In Arbeitsgruppen mit Vertreterinnen und Vertretern der privaten Trägerschaften und der öffentlichen Hand wurden die Bedingungen und Voraussetzungen geklärt, um die Umsetzung einer Dachorganisation voranzutreiben. In einer ersten Etappe wird der Zusammenschluss der Villa Flora mit dem Kunstmuseum Winterthur angestrebt. Die Ausstellung «Im Dialog – die zwei Sammlungen Oskar Reinhart, Winterthur» im Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten, welche die Sammlung des Römerholzes und des Stadtgartens vereint zeigt, wurde am 19. Februar 2009 eröffnet und dauert noch bis August 2010.

Der Umbau des Museums- und Bibliotheksgebäudes, welches das Naturmuseum, Teile der Bibliotheken Winterthur sowie das Kunstmuseum beherbergt, schritt planmässig voran.

Im vergangenen Sommer wurde der Konzertsaal im Stadthaus umgebaut. Es wurden Verbesserungen in der Saalakustik und in der Beleuchtung vorgenommen. Die Finanzierung erfolgte durch das Musikkollegium Winterthur, die Stadt und den Kanton. Im Schloss Hegi wurde der Schlossgarten saniert und im Juni der Bevölkerung zur Nutzung übergeben.

Der Bereich Kultur hat eine Koordinationsstelle für Theaterpädagogik geschaffen. Nebst der Museumspädagogik, der Musikvermittlung und Leseförderung konnte damit eine wichtige Lücke im städtischen Vermittlungsangebot geschlossen werden. Weitere personelle Veränderungen standen im Theater Winterthur, im Naturmuseum und im Münzkabinett an.

Der Stadtrat bewilligte für die kommende Subventionsperiode 2010–2013 die in seiner Kompetenz stehende Verlängerung der befristeten Subventionsverträge. Darüber hinaus genehmigte der Grosse Gemeinderat für die gleiche Periode zwei neue Subventionsverträge für die Fotostiftung Schweiz und das Theater Katerland/bravebühne. Die neuen Verträge ersetzen die bisherige Unterstützung dieser beiden Institutionen durch Standort- resp. Werkbeiträge. Weiter bewilligte der Gemeinderat die Erhöhung der Subvention für den Verein Live Musik Kultur, um den vor vier Jahren angekündigten Wegfall der Beiträge zweier privater Stiftungen zu kompensieren. Ausserdem hat der Stadtrat ein Postulat des Gemeinderats zur Privatisierung des Theater Winterthur abschlägig beantwortet.

Städtische Kulturinstitutionen

Theater Winterthur

Das Theater Winterthur ist das grösste Gastspieltheater der Schweiz und wurde in der Spielzeit 2008/2009 von rund 79 000 Personen besucht (davon rund 35 000 bei den Vermietungen). Das Theater stellte 111 eingeladene Produktionen vor, die von 44 344 Personen besucht wurden, was einen Rückgang um 9.4 % darstellt. Die durchschnittliche Besucherzahl sank ebenfalls von 422 auf 399 Personen pro Vorstellungen und der Bestand an Abonnentinnen und Abonnenten hat in der Spielzeit 2008/2009 um 8.6 % auf 3893 abgenommen. Die Auslastung bewegt sich damit wieder auf dem Niveau der Saison 06/07.

Interessierte konnten sich an zwei Erläuterungsveranstaltungen über die neue Spielzeit informieren. Die Einführungen vor den Vorstellungen in den Sparten Schauspiel und Oper wurden auch in dieser Spielzeit regelmässig angeboten und jeweils von 80 bis 120 Personen besucht. Die öffentlichen Führungen «Theater Winterthur Backstage» mit dem neuen Gesamtleiter oder dem Technischen Leiter erfuhren nochmals eine höhere Nachfrage.

Das Projekt «Kunst am Bau» wurde in der Spielzeit 08/09 von der Video- und Lichtkünstlerin Bettina Grosenbacher realisiert. Unter dem Titel «Then It Will Be Day Again» zeigte sie eindringlich komponierte Bilder, welche die Themen mit Humor, bisweilen einem romantischen und manchmal auch ironisch-scurrilen Blick durchsetzten.

Auf Ende der Spielzeit hat der Gesamtleiter Ernst Jäggli das Theater Winterthur verlassen, um seine Karriere am Schauspielhaus Zürich fortzusetzen. Am 1. Juni 2009 übernahm Marc Baumann seine Nachfolge. Der künstlerische Leiter Gian Gianotti hat im Dezember 2009 seine vorzeitige Pensionierung erklärt, die Ausschreibung für seine Nachfolge erfolgte noch im gleichen Monat.

Winterthurer Bibliotheken

Im Jahr 2009 prägten zahlreiche Projekte rund um die elektronische Infrastruktur die Arbeit in den städtischen Bibliotheken. Daneben schlossen die Bibliotheken das bibliothekspädagogische Konzept ab und führten neue Marketingprodukte ein. Abgesehen von den Kerngeschäften der Ausleihe, Medienbearbeitung und der Bestandespflege beanspruchte die Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 350-jährigen Bibliothekenjubiläum 2010 viel Energie. Ausserdem kam die Konzepterarbeitung für die neue Studienbibliothek hinzu, die 2011 aus ihrem Provisorium zurück an die Museumstrasse ziehen soll.

Theater Winterthur	Saison 02/03	Saison 03/04	Saison 04/05	Saison 05/06	Saison 06/07	Saison 07/08	Saison 08/09
Anzahl Vorstellungen	155	131	144	114	118	116	111
Total Besucher	60 497	55 788	55 952	49 314	46 154	48 998	44 344
Durchschnitt Besucher pro Vorstellung	390	426	389	433	391	422	399
Anzahl Abonnentinnen/Abonnenten	5 474	5 317	4 964	4 542	4 257	4 260	3 893
Auslastung Gesamt	57 %	62 %	57 %	61 %	57 %	60 %	57 %
– Ballett/Tanztheater	63 %	76 %	59 %	70 %	60 %	75 %	54 %
– Oper/Operette/Musical	68 %	74 %	58 %	72 %	66 %	69 %	70 %
– Schauspiel	47 %	49 %	51 %	55 %	46 %	43 %	44 %
– Schauspiel Fremdsprachen	36 %	61 %	48 %	30 %	36 %	33 %	30 %
– Nocturne	52 %	49 %	42 %	–	–	–	–
– Jazz Matinée / Traditional Jazz	100 %	84 %	85 %	81 %	77 %	77 %	95 %
– New Jazzline	49 %	–	–	–	–	–	–
– Diverse	22 %	19 %	79 %	55 %	88 %	68 %	66 %
– KaffeeHausOrchester Matinée	–	–	–	76 %	62 %	67 %	61 %

Die statistischen Werte fielen fast überall erwartungsgemäss aus, lediglich bei der Besuchsfrequenz in den Quartierbibliotheken ist ein Rückgang um durchschnittlich 3.5 % zu verzeichnen. Insgesamt blieb aber der Wert für die Winterthurer Bibliotheken stabil, denn der Zuwachs der Stadtbibliothek um 5487 Besuche glich den Rückgang bei den Quartierbibliotheken um 5321 Besuche aus. Die Werte der Studienbibliothek können in dieser Rechnung vernachlässigt werden, da sich im Provisorium an der Industriestrasse kein Frequenzzähler befindet. Die Tagesfrequenz der Stadtbibliothek veränderte sich nicht und betrug durchschnittlich 1260 Zutritte pro Öffnungstag. Nach mehreren Jahren der Stagnation verzeichneten die Quartierbibliotheken bei den Ausleihzahlen einen markanten Zuwachs von 17 472 (+ 4 %) gegenüber dem Vorjahr. Zusammen mit 23 279 zusätzlichen Ausleihen bei der Stadtbibliothek resultierte daraus ein Umsatz von 1 377 990 Ausleihen (+ 40 516) aller Filialen. Das entspricht einem Zuwachs von drei Prozent. Der sich 2008 abzeichnende Aufschwung in den Bibliotheken Veltheim und Oberwinterthur ist 2009 tatsächlich eingetreten, während der Zuwachs in Seen und Hegi solid und regelmässig fortschreitet. Immerhin hat die viel zu kleine Bibliothek Hegi auch 2009 wieder eine Zuwachsrate von elf Prozent zu verzeichnen und liegt mit diesem Wert an zweiter Stelle aller städtischen Bibliotheken. Der Verschleiss an Medien und Material ist zu hoch, der Raum wirkt abgenutzt und die Belastung des Personals ist enorm. Dass sich die Lesefördermassnahmen positiv auf die Bibliotheksnutzung auswirken, wurde mehrfach bestätigt. Auch im Jahr 2009 stieg die Bibliotheksnutzung im Wesentlichen aufgrund der Buchausleihe. Vom Zuwachs der Gesamtausleihe entfallen 33 812 Ausleihen auf das Medium «Buch» (83.5 %).

Die Zahl der aktiven Kundinnen und Kunden stieg im vergangenen Jahr um 337 (+ 1.3 %), während der Zuwachs der Neuanmeldungen zwölf Prozent betrug. Die hohe Abweichung zwischen Zuwachs der aktiven Benutzerschaft und der Neuanmeldungen verursachte eine höhere Fluktuationsrate, die mit 18.9% zwar immer noch unter dem schweizerischen Durchschnitt von 20 % liegt, aber gegenüber dem Vorjahr um 3.5 % gestiegen ist. Die Zahl der Neuanmeldungen wurde beeinflusst durch die Ausgabe neuer Bibliothekskarten-Typen. Da die gratis Internetnutzung in der Stadtbibliothek neu durch ein Self-Login der Nutzenden erfolgt, mussten alle Internetkundinnen und -kunden eine offizielle (Internet)-Bibliothekskarte lösen, d.h. sich als Kundin oder Kunde registrieren. Und im Rahmen des Projekts «Bücherzwerge» erhalten Eltern für ihre Kleinkinder eine spezielle «Zwergenkarte», mit der sie gratis Kinderbücher und Elternratgeber entleihen können.

Anfang 2009 stellten die Winterthurer Bibliotheken auf einer vakanten Stelle einen Projektmanager für die Reor-



Während einer biblioheft-Lektion in der Bibliothek Hegi

ganisation der Studienbibliothek an. Er hat die Aufgabe, 2009 und 2010 ein neues Betriebskonzept für die Studienbibliothek nach ihrer Rückkehr an den alten Standort im Bibliotheks- und Museumsgebäude an der Museumsstrasse zu entwickeln. Im Rahmen erster umsetzbarer Massnahmen wurde einerseits für die Langzeitarchivierung visueller digitaler Dokumente ein Archivlaufwerk auf einem Server der Informatikdienste eingerichtet, andererseits fand eine Bereinigung der physischen Archiv- und Magazinbestände zwischen den Produkten Stadtbibliothek und Studienbibliothek statt. Neu sind die Sondersammlungen, die zum Produkt Studienbibliothek gehören, für die Betreuung und Pflege der «Alten Drucke» zuständig. Das sind die vor dem Jahr 1801 erschienenen Druckschriften. Diese 24 347 Werke sind buchhalterisch aus dem Bestand der Stadtbibliothek in jenen der Studienbibliothek verschoben worden, was sich in der Bestandesstatistik sichtbar niederschlägt.

Im Vergleich zum Vorjahr haben Veranstaltungen, Führungen und Klassenbesuche weiter zugenommen. An den 312 Führungen (Vorjahr 235) nahmen 5957 Personen teil. Neben Klassenführungen haben zahlreiche Firmen, Institutionen und auswärtige Bibliotheken die Winterthurer Bibliotheken besucht. Aus dem Ausland reisten Delegationen aus dem Südtirol und aus Süddeutschland an. Aber auch Hochschulen interessierten sich für das Winterthurer Bibliotheksmodell, so die UB Bern, die HTW Chur, die PH Zürich oder das ZAG in Winterthur. Die Zahl der Veranstaltungen stieg von 279 auf 369. An denselben nahmen 5150 Personen teil, in dieser Zahl nicht enthalten sind die rund 2500 Teilnehmenden am Schlussfest des Lesesommers 2009. Wesentlichen Anteil an dieser Zunahme der Veranstaltungen hatten der Lesesommer, die in allen Filialen angebotenen «Bücherzwerge»-Animationen für Eltern mit

Nutzungsstatistik der Winterthurer Bibliotheken 2008/2009

Bibliotheken	Bestand, total		Buchbestand		Ausleihe, total		Buchausleihe		Neuanmeldungen		Besucher/innen	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009
Hegi	5 819	6 101	4 764	4 880	20 882	23 254	15 738	17 489	93	127	28 800	28 300
Oberli	15 976	16 425	12 914	12 907	84 057	96 267	59 117	67 619	267	282	32 347	30 142
Seen	16 900	17 131	13 355	13 805	91 626	92 942	61 398	64 948	254	305	34 261	35 643
Töss	14 269	14 494	10 776	10 947	67 706	69 170	37 990	40 227	179	225	28 210	31 808
Veltheim	12 443	12 293	9 885	9 197	59 285	65 432	35 206	38 994	159	140	33 674	31 855
Wülflingen	17 560	17 796	12 962	13 660	101 278	95 241	56 202	56 355	367	318	43 621	37 844
Quartierbibliotheken	82 967	84 240	64 656	65 396	424 834	442 306	265 651	285 632	1 319	1 397	200 913	195 592
Stadtbibliothek	752 267	754 756	695 732	671 294	911 995	935 274	507 051	523 117	3 114	3 575	367 458	372 945
Studienbibliothek	282 499	310 792	0	24 347 *	645	410	645	410			848	561
Total Winterthurer Bibliotheken	1 117 733	1 149 788	760 388	736 690	1 337 474	1 377 990	773 347	809 159	4 433	4 972	569 219	569 098
aktive Kunden/innen									24 558	24 895		
Fluktuation zum Vorjahr (%)									- 15.4	- 18.9		

* Die Alten Drucke, publiziert vor 1800, wurden zu den Sondersammlungen umgeteilt hinsichtlich der Reorganisation 2011

ihren Kleinkindern und die Veranstaltungsreihe «200 Jahre Braille-Schrift», die zusammen mit dem Schweizerischen Blindenbund ausgerichtet wurde. Lesungen mit Bart Moeynaert, Lukas Hartmann, Thomas Hauck und Roman Graf nebst weiteren Autorinnen und Autoren zogen ein breites Publikum an. Auch die Zahl der Klassenbesuche, vor allem in den Quartierbibliotheken, ist gegenüber dem Vorjahr erneut gestiegen. Die 448 Klassenbesuche (Vorjahr 416) hängen mit der Lancierung des «biblioheft» zusammen, das seit Sommer 2009 in einem stadtweiten Versuch als Instrument der bibliothekspädagogischen Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den Bibliotheken evaluiert wird. Mit dem Baustein «Bücherzwerge» konnte das ausserschulische, mit jenem des «biblioheft» das schulische Konzept der Bibliothekspädagogik abgerundet und abgeschlossen werden.

Neue Erfahrungen im Umgang mit dem Medium Radio gewannen Mitarbeitende der Bibliotheken in der Zusammenarbeit mit dem neuen Radiosender Stadtfilter. Regelmässig beteiligen sie sich an den kulturellen Sendegläsern für Erwachsene («Seitenwind») und Kinder («Radio Gwunder»).

Die grösste Herausforderung im Jahr 2009 lag bei der Erneuerung der IT-Infrastruktur. Die Hardware des Bibliothekssystems OCLC wurde auf eine virtuelle Serverarchitektur umgebaut. Dazu musste die komplette Hardware und Software ersetzt werden. Als Folge des Releases genügte die RFID-Hardware nur noch teilweise den Anforderungen. Die Selbstverbucher-Geräte werden 2009 und 2010 komplett ersetzt. Auch das Einbinden eines Indexierungsprogramms für die Beschleunigung der Abfragen am elektronischen Katalog war eine Folge der Erneuerung, es befindet sich derzeit noch in einer internen Testphase. Zusätzlich installierte die Firma Bond ein professionelles Controlling-Programm für die statistischen Auswertungen der Verbuchungsgänge. Damit sind die städtischen Bibliotheken gut gerüstet für eine spätere Zusammenarbeit mit den grossen Schweizer Bibliotheken im Projekt SwissBib, dem nationalen Metakatalogsystem.

Kurz vor Jahresende konnte auch ein weiteres Jahresziel erreicht werden: Die neue Website ging online. Sie startete zeitgleich mit der virtuellen Bibliothek «Bibnetz», die die Winterthurer Bibliotheken in einem Konsortium mit den öffentlichen Bibliotheken in den Städten Zürich, Bern, Basel und Luzern entwickelten und mit dem Bibliotheksentwicklungszentrum Baden-Württemberg in Konstanz realisierten. Bei den Bauprojekten konnten die Ziele ebenfalls vor Ende 2009 erreicht werden: Die Umbauarbeiten am Bibliotheks- und Museumsgebäude sind im Zeitplan, die Weisung an den Grossen Gemeinderat für die Erweiterung der Bibliothek Seen reichte der Stadtrat vor Jahresende ein, und die Sanierungsarbeiten in der Stadtbibliothek konnten im Verlauf des Jahres abgeschlossen werden.

Städtische Museen

Naturmuseum

Trotz Baulärm, Staub und Dreck besuchten 21 430 (2008: 23 304) Gäste die Ausstellungen. 7743 (2008: 8462) Kinder spielten in Keralas Kindermuseum und 38 247 (2008: 33 883) Gäste informierten sich über die Homepage www.natur-winterthur.ch.

Nachdem sich am Heiligen Abend Marmorplatten im Foyer aus den Verankerungen gelöst hatten, musste das Gebäude über die Festtage geschlossen bleiben.

Seit Jahresmitte betreut Daniela Zingg die biologische Sammlung und Sandra Scherrer inventarisiert die erdwissenschaftlichen Bestände. Neue Vermittlerin in der Museumspädagogik ist seit Juli die Zoologin Ursina Koller.



«Happy Birthday Mr. Darwin!»: Das Naturmuseum feierte den grossen Gelehrten am 15. Februar mit einer bunten Riesentorte.

Ausstellungstätigkeit

Im internationalen Darwinjahr 2009 erinnerte das Naturmuseum mit verschiedenen Aktionen an den englischen Begründer der modernen Evolutionsbiologie. Am 15. Februar wurde sein zweihundertster Geburtstag mit einem Potpourri aus Liedern, Salonstücken, englischen Leckereien und Kurzvorträgen gefeiert. Die Kunstlieder und Gassenhauer finden sich auf der gemeinsam mit der Zürcher Hochschule der Künste produzierten CD «Darwin nach Noten». Zur Feier der Veröffentlichung seines Hauptwerkes, vor hundertfünfzig Jahren, gastierte im November die Theatertruppe der Imprimerie Basel mit «Darwins Beichte» – einem Auftragswerk der Schweizer Akademie der Naturwissenschaften – im Foyer des Naturmuseums. An der Zürcher Museumsnacht beteiligte sich das Naturmuseum mit einem vielbeachteten Stand zu Darwins Leben und Arbeiten.

Während der Sommermonate besuchten 11 300 grosse und kleine Gäste die Winterthurer «Pilzgeschichten» im Naturmuseum Solothurn. Nach der Neanderthal-Schau des Anthropologischen Museums der Universität Zürich wurde die Kasseler Tropenausstellung am 17. Mai mit Steelband-Klängen und einem Familienfest eröffnet. An der im November eingerichteten Ausstellung «Stadtfüchse» beteiligen sich die Besucher aktiv. Ihre Fuchsbeobachtungen werden gesammelt und laufend in die Wechselausstellung integriert. Bis Ende Jahr wurden bereits fünfzig Stadtfüchse gemeldet.

Sammeln und Bearbeiten

Der Standortkatalog der biologischen Referenzsammlung wurde nachgeführt und das Notfalldispositiv für alle Depoträume überdacht. Erste Handstücke wurden inventarisiert und der elektronische Mineralienkatalog überarbeitet.

Mehr als hundert Materialproben wurden für die künftige Lernstation «Natursteine der Schweiz» formatiert, angeschliffen und geklebt.

Am 7. Juni führte das Naturmuseum zusammen mit anderen Naturmuseen und der Sendung «Einstein» des Schweizer Fernsehens einen Bestimmtag für die Öffentlichkeit durch.

Vorträge, Führungen und Kinderaktionen

Durchschnittlich besuchten 56 (2008: 46) Gäste die 12 traditionellen Museumsvorträge am Samstagnachmittag.



«Darwins Baumschule»: Zu Gast in der Bahnhofshalle während der Zürcher Museumsnacht.

Am Cicerone-Stand informierten sich 1234 (2008: 1424) Erwachsene und 1525 (2008: 1980) Kinder über verblüffende Anpassungen im Tier- und Pflanzenreich. 16 Gruppen liessen sich durch die Dauerausstellung führen. Radio Gwunder erreichte mit einem bunten Themenstrass, von A wie Amphibien bis Z wie Zimt in der vorweihnächtlichen Gewürzsendung, ein breites Publikum.

Die Kerala-Workshops in türkischer und albanischer Sprache nutzten 99 Kinder und Erwachsene.

65 Workshops für Kindergartenklassen wurden mit 1073 Kindern durchgeführt. An weiteren 98 Workshops beteiligten sich 1099 Primarschüler. Allein der Workshop «Wir lernen das Naturmuseum kennen» wurde für 872 Kinder gebucht. Gegen dreihundert Kinder feierten 30 Geburtstage in der Ausstellung.

Gewerbemuseum

2009 waren 19 014 Museumseintritte zu verzeichnen, davon 2671 Schülerinnen und Schüler. Insgesamt fanden 109 Führungen, 29 Veranstaltungen und 44 Workshops für Schulklassen statt. 131 Schulklassen besuchten selbständig das Museum, und zwar in erster Linie das als Arbeitsraum eingerichtete «Material Archiv». Die Website wurde täglich 290 Mal aufgesucht, Tendenz steigend (2008: 230).

Höhepunkte im Geschäftsjahr 2009 waren die Einweihung des neuen Material Archivs und das Fest zum 10-jährigen Bestehen des neuen Gewerbemuseums.



Ein Blick ins «Material Archiv» (Bild: Michael Lio)

«Material Archiv». Muster- und Schausammlung

Das «Material Archiv» wurde in einer Pionierleistung als neues Netzwerk aufgebaut, das mit der Online-Datenbank www.materialarchiv.ch und mehreren Material- und Schausammlungen an unterschiedlichen Standorten einen breiten und fundierten Zugang zu Materialwissen und Werkstoffen bietet. Die Initianten von «Material Archiv» sind das Gewerbemuseum Winterthur, die Hochschule Luzern, Technik & Architektur HSLU, das Sitterwerk St.Gallen und die Zürcher Hochschule der Künste ZHdK. Die seit 2001 bestehende Materialmustersammlung des Gewerbemuseums Winterthur wurde umfassend aktualisiert, ausgebaut und erneuert und ist seit dem 5. April 2009 als permanent eingerichtete Muster- und Schausammlung mit 12 Arbeitsplätzen mit RFID-Anlagen sowie mit Experimentierstationen öffentlich zugänglich.

Die Eröffnung des «Material Archiv» im Gewerbemuseum wurde von verschiedenen Forumsausstellungen und Veranstaltungen begleitet: «Raumexperimente in Beton» (Ausstellung), «Architektur und Stofflichkeit» (Referate), «UNFOLDED – Papier in Design, Mode und Architektur» (Ausstellung), «Papier in 3D-Anwendungen» (Workshop).

Weitere Ausstellungen und Veranstaltungen

Neben dem laufenden Projekt «Material Archiv» sind folgende Ereignisse speziell zu erwähnen: im Juni 2009 startete das GMW mit einer neuen Ausstellungsreihe «&:» Damit will das Gewerbemuseum den Blick auf den kreativen Dialog von Arbeits- und Lebensgemeinschaften aus den Bereichen der visuellen Kommunikation und des Designs lenken. Den Anfang machte das Zürcher Grafikatelier Odermatt und Tissot. Die Reihe soll in lockerer Folge weitergeführt werden. Mit «Baustelle Winterthur. Eine Stadtlandschaft im Wandel» stellte das Amt für Städtebau die städtebauliche Entwicklung Winterthurs zur Debatte. Kernstück des umfangreichen Programms war die Ausstellung im Gewerbemuseum, kuratiert von Ariana Pradal und Karin Dangel mit Hilfe eines Teams von Fachleuten aus den verschiedensten Departementen. Sie zeigte den dynamischen Wandel der Stadt von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Bildungsstadt, von der Gartenstadt zur Stadtlandschaft. Resultat einer intensiven Zusammenarbeit war auch das letzte Projekt des Jahres 2009, «Kleid im Kontext», eine Koproduktion mit tuchinform Winterthur. 30 ausgewählte Designerinnen und Designer aus der ganzen Schweiz wurden beauftragt, unabhängig vom Markt Unikate zu schaffen.

Ausserdem konnte die raumgrosse Hauptinstallation der Ausstellung «LED - Licht und Farbe inszenieren» nach Dresden in eine Ausstellung der TU Technische Universität vermittelt werden.

Das Fest. 10 Jahre neues Gewerbemuseum

Im September 1999 wurde das Gewerbemuseum wieder eröffnet – in neuem Gewand, mit neuem Konzept. In diesen zehn Jahren hat sich das Haus mit seinem einzigartigen Fokus auf die Grundlagen des Designs zu einem wichtigen Bestandteil der schweizerischen Museumslandschaft entwickelt. Gemeinsam mit der Uhrensammlung Kellenberger und zahlreichen Besucherinnen und Besuchern wurde am 26. September 2009 mit freiem Eintritt für alle und einem abwechslungsreichen Programm gefeiert.

Ausstellungsprogramm 2009

- LED – Licht und Farbe inszenieren, bis 3. Mai 2009
- Die Farben von Otranto, Topografie einer Farbgrube (Forum), 22. Feb. – 22. März 2009

Besucherstatistik Winterthurer Museen

Anzahl Besucher/innen	1986	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Technorama	135 854	158 729	238 940	251 464	255 892	245 470	277 181	266 848
«Sammlung O. Reinhart» «Am Römerholz» (geschlossen 15.12.08 – 30.10.2010)	33 699	31 117	31 798	38 081	31 214	32 957	31 481	0
Museum O. Reinhart am Stadtgarten	16 971	18 919	13 767	13 134	14 976	25 240	17 794	22 509
Kunstmuseum Winterthur (geschlossen 24.11.08 – 30.10.2010)	17 380	19 055	36 319	25 967	21 051	22 805	36 826	0
Fotomuseum Winterthur		22 300	26 800	49 100	40 850	42 500	53 900	49 450
Fotostiftung Schweiz (ab 14.11.2003)				44 750	32 850	33 200	41 850	39 900
Villa Flora		10 446	10 424	7 573	6 374	10 847	10 926	8 406
Kunsthalle (erstmalig off. Zählung 2006)					2 365	2 832	3 074	3 347
Gewerbemuseum / Uhrensammlung Kellenberger	38 774	28 173	26 027	23 461	17 746	26 497	23 225	19 014
Naturmuseum (ab 2003 teilw. geschlossen, Wiedereröffnung Nov. 2005)	13 456	20 631	32 128	18 799	27 323	24 741	24 000	21 430
Museum Lindengut	2 707	4 635	5 275	5 057	9 437	5 237	5 934	8 450
Münzkabinett	1 141	2 355	2 421	1 670	2 367	2 254	2 042	1 812
Museum Briner und Kern	3 391	4 965	4 012	3 763	4 769	4 159	4 824	3 897
Mörsburg (Nov bis Feb nur So offen)	5 224	4 790	4 787	3 020	3 759	3 774	3 421	3 153
Schloss Hegi (offen März-Okt)	2 271	2 410	2 067	2 051	1 615	1 643	2 289	3 480
Baum-Archiv (Schliessung Ende Sept. 2007)			2 085	3 020	3 015	2 759	0	0
Total Jahr	270 868	328 525	436 850	490 910	475 603	486 915	538 767	451 696

- Material Archiv. Muster- und Schausammlung, ab 5. April 2009
- Prägende Eindrücke: Raumexperimente in Beton (Forum), 10. Mai – 7. Juni 2009
- &: Odermatt und Tiss. 21. Juni – 4. Okt. 2009
- Baustelle Winterthur. Ein Stadtlandschaft im Wandel, 5. Sept. – 4. Okt. 2009
- UNFOLDED. Papier in Design, Mode und Architektur (Forum), 5. Juli – 16. August 2009
- Kleid im Kontext, ab 1. Nov. 2009

Uhrensammlung Kellenberger (USK)

2009 besuchten 5071 Personen die Uhrensammlung, davon 529 Schülerinnen und Schüler. Neben der in den Stadtführungen integrierten Besichtigung der Sammlung (878 Personen) waren es vor allem auch die Veranstaltungen mit 433 Teilnehmenden (2008: 190 Personen), die einen Zuwachs der Besucherzahl im Geschäftsjahr bewirkten. Besonders zu erwähnen ist das 10-jährige Jubiläum der USK am neuen Standort im Gewerbemuseum, welches am 26. September 2009 gemeinsam mit dem Gewerbemuseum gefeiert wurde.

Wichtigste Neuerung im Jahr 2009 war die Einführung eines Audio-Guides in den Sprachen Deutsch, Französisch und Englisch. Ermöglicht hat ihn der Gönnerverein der USK. Der Audio-Guide erlaubt es jenen Besucherinnen und Besuchern, die nicht an einer Gruppenführung teilnehmen, eine Auswahl von exquisiten Objekten im eigenen Tempo und mit ausführlichem Kommentar zu besichtigen. Mit Hilfe der Mehrsprachigkeit erschliesst sich die USK nun den Besuchern aus der Westschweiz oder auch aus Übersee. Auch der Aussenaustritt der USK wurde aufgefrischt, indem die grauen Programm-Flyer durch weisse Karten mit Farbabbildung ersetzt wurden. In der Sammlung sorgten die Fachreferate (Museum am Mittag) und die Reihe «Gastspiel» für Abwechslung: Im Rahmen des internationalen Jahres für Astronomie wurden in der ersten Jahreshälfte drei Nachbauten historischer astronomischer Instrumente (Astrolabien) vorgestellt. Abgelöst wurden sie in der 2. Jahreshälfte durch drei seltene Breguet-Uhren aus privatem Besitz. Dank einzigartiger Neuerwerbungen (Holzräderruhr, Entlebuch, 18. Jh.; Eisenuhr, vermutl. Südtirol, um 1690; Davoser Holzräderruhr, 1717/1853) konnte die USK ihre Sammlungsschwerpunkte ausbauen. Die Restaurierungs- und Reparaturtätigkeit wurde fortgesetzt. Fertig restauriert sind die 2007 der USK überlassene Turmuhr aus dem Schwimmbad Geiselweid und die Pendule des Winterthurer Uhrmachers Johann Jacob Koller (1709–1766). Letztere ist jetzt in die Sammlungsausstellung integriert.

Münzkabinett und Antikensammlung
Ausstellungen, Veranstaltungen, Vermittlung

Ausstellungen und Sammlungen in der Villa Bühler verzeichneten 1822 Besuchende. Am Jubiläum 800 Jahre Neftenbach (22.–24. Mai) besuchten über 9000 Personen die Ausstellung des Münzkabinetts und der Kantonsarchäologie. Die Website des Münzkabinetts verzeichnete insgesamt 46 574 Besuche und durchschnittlich 540 Seitenansichten pro Tag. In der Ausstellung fanden insgesamt 83 Führungen und Workshops statt, davon 21 im Rahmen von «Museum am Mittag», «Museum am Abend» und «Museum am Samstag». 549 Schülerinnen und Schüler in 45 Klassenführungen nutzten die Vermittlungsangebote der Museumspädagogik, die mit vier neuen Angeboten vom Kindergarten bis zur Oberstufe aufwartete.

Erstmals war im Münzkabinett eine künstlerische Intervention, die Video-Installation «Schwebezustände» von Anja Knecht (Berlin), Artist-in-Residence der Villa Sträuli, zu sehen; an der Finissage der Intervention wurde mit einer Performance ein zusätzlicher Akzent gesetzt. Am 14. Juni gestaltete das Münzkabinett eine erste Sendung im «Radio Gwunder» für Kinder von Radio Stadtfilter. Die Universitäten Zürich und Bern besuchten mit Lehrveranstaltungen das Münzkabinett.

- Wechselausstellung «Querschnitt: Neuzugänge der letzten 25 Jahre» (24. Januar bis 19. April)
- Ausstellung «Neftenbach. Papier und Silber» (22. bis 24. Mai in Neftenbach)
- Wechselausstellung «Alexanders Erben: Griechische Münzprägung des Hellenismus» (30. Mai bis 11. April 2010)
- Museumskonzert «Amaryllis und Sisyphus» (24. Mai)
- Künstlerische Intervention «Schwebezustände – Von dem Gefühl, nicht ganz da zu sein» (30. Mai bis 1. November)
- «Sapere ludos! WortMachtSpiel», Performance (1. November)
- Wechselausstellung «Glas und Bronze aus der Antikensammlung neu präsentiert» (15. November bis 10. Januar 2010)
- 6. Winterthurer Museumsbestimmungstag (28. November)

Sammlungen und Bibliothek

Die Sammlungen und die Bibliothek wurden von 238 Personen benutzt; die Bibliothek verzeichnete 1190 Ausleihen. Neben zahlreichen mündlichen Auskünften wurden 35 wissenschaftliche Anfragen aus der Schweiz, den USA,

Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Israel beantwortet. Die Inventarisierung der numismatischen Sammlungen, eine langfristige Aufgabe, umfasst nicht nur die Registrierung der Neuzugänge, sondern auch der Altbestände. In die Datenbank wurden neu 1644 Münzen und Medaillen eingegeben.

Die Sammlungen nahmen um 455 Objekte zu, davon waren 95 Ankäufe und 360 Geschenke von Münzen, Medaillen und Papiergeld. Der bedeutendste Neuzugang war ein Geschenk von 212 Denaren der Römischen Republik. Die Bibliothek wuchs um 903 Bücher, Broschüren und Zeitschriften, davon waren nicht weniger als 155 Geschenke.

Dienstleistungen, Publikationen, Personalia

Im Rahmen des Dienstleistungsvertrags mit der Kantonsarchäologie wurden die neuen Münzfunde aus dem Kanton Zürich bearbeitet; 2009 erschienen dazu drei neue Publikationen. Ausserdem bestimmte das Münzkabinett im Rahmen eines Dienstleistungsvertrags mit der Kantonsarchäologie St.Gallen neue St.Galler Münzfunde und zudem verschiedene Neufunde von Münzen aus den Kantonen Schaffhausen und Basel-Landschaft.

Ende Mai ging die langjährige Mitarbeiterin Inge Ghelfi, für Bibliothek und Administration zuständig, in den Ruhestand. Ihre Nachfolge trat Silvia Jenny Brühlmann an. Im Dezember wurde Benedikt Zäch der «Jeton de vermeil» der Société Française de Numismatique verliehen; die Übergabe fand im Januar 2010 in Paris statt.

Schloss Hegi und Mörsburg

Das Schloss Hegi soll für die Bevölkerung vermehrt ein öffentlicher Ort werden. Als erster Schritt der neuen Ausrichtung wurde der Schlossgarten saniert. Er ist seit Juni auch ausserhalb der Öffnungszeiten des Museums öffentlich zugänglich. Das Schloss Hegi besuchten im Jahr 2009 insgesamt 3480 (2289) Personen und 3153 (3421) Personen die Grafenburg Mörsburg.

In Zusammenarbeit mit einer privaten Projektgruppe aus dem Umkreis des Ortsvereins Hegi und der städtischen Quartierentwicklung werden die nächsten Schritte für eine öffentliche Nutzung des Schlosses vorbereitet.

Museumspädagogik

Das museumspädagogische Angebot wird als ideale Ergänzung zum Schulstoff von Lehrpersonen sehr geschätzt. Eine breite Palette von unterschiedlichsten Themen findet sich in den zweimal im Jahr erscheinenden



Impression aus einem Workshop der Museumspädagogik

Angeboten, die in einer Broschüre in die Schulhäuser und Kindergärten verteilt werden oder auch als Angebot unter www.museumspaedagogik.ch abrufbar sind. Die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, z.B. mit dem Musikkollegium oder dem Frauenstadtrundgang, hat sich bewährt und soll weitergeführt werden. Folgende Institutionen haben Workshops angeboten: Gewerbemuseum, Uhrensammlung Kellenberger, Naturmuseum, Münzkabinett und Antikensammlung, Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten, Villa Flora, Fotomuseum Winterthur, Fotostiftung Schweiz, Museum Lindengut, Museum Schloss Kyburg. Erstmals wurde die Vermittlung auch zu Kunst im öffentlichen Raum angeboten. Das Technorama bietet ganzjährig interaktive Programme für Schulklassen an, das Interesse ist nach wie vor gross.

Vermehrt interessieren sich Lernende der Zürcher Hochschule der Künste für ein Praktikum in den Museen und arbeiten in museumspädagogischen Workshops mit. Auch die von einer Museumspädagogin initiierten Kunstspaziergänge in den Museen für Kinder, jeweils einmal im Monat an einem Sonntagmorgen, stossen auf reges Interesse.

In den noch bis Oktober 2010 geschlossenen Museen (Sammlung Oskar Reinhart am «Römerholz» und Kunstmuseum) konnten keine Workshops durchgeführt werden. In der Bildenden Kunst wurden die Workshops auf die anderen Museen verteilt oder fanden im öffentlichen Raum statt. Trotzdem konnten 842 (905) Workshops und Führungen mit 10 971 (11 724) Kindern durchgeführt werden. 510 (588) Workshops besuchten Winterthurer Schulklassen mit insgesamt 6682 (7859) Schülerinnen und Schülern und 94 (102) Workshops mit 1509 (1458) Kindern wurden für auswärtige Schulklassen durchgeführt. 8 (4) Einführungsveranstaltungen für Lehrpersonen zu einzelnen Themen fanden statt. In 224 (215) Workshops konnten 2780 (2407) Kindergartenkinder und Grundstufe aus Winterthur und Umgebung vom vielseitigen und altersgerechten Angebot profitieren.

Theaterpädagogik

Im September 2009 hat die «Koordinationsstelle Theaterpädagogik», die von Andrea Schläfli betreut wird, ihre Arbeit aufgenommen. Diese kreiert für öffentliche Schulen der Stadt Winterthur ein facettenreiches, theaterpädagogisches Begleitangebot zu Theaterstücken. Lernende können erleben, wie es hinter der Bühne aussieht, können Interviews mit Theaterschaffenden führen, Stücke nachspielen, der Dramaturgie auf den Zahn fühlen, im Klassenzimmer über Leben und Tod philosophieren und vieles mehr.

Auch das Theater-Spielen in der Klasse wird gefördert. Die «Koordinationsstelle Theaterpädagogik» berät Lehrpersonen bei Fragen rund um Theaterpädagogik und Darstellendes Spiel. Die Lehrpersonen erhalten professionelle Unterstützung bei Spielvorhaben in der Klasse und bei Projektwochen.

Alte Kaserne Kulturzentrum

In den 10 Räumen unterschiedlicher Grösse, die unter dem Dach der Alten Kaserne für die Bevölkerung zur Verfügung stehen, haben auch im Jahr 2009 zahlreiche kulturelle Veranstaltungen stattgefunden. Zusammen mit den regelmässigen Vermietungen sowie den privaten und kommerziellen Anlässen, den Festen, Kursen und Seminaren gab es rund 1500 Einzelveranstaltungen, die im Kulturzentrum über die Bühne gegangen sind.

Das Haus ist in gutem Zustand und die Infrastruktur auf dem neuesten Stand, da alles laufend kontrolliert wird und stetig kleinere und grössere Renovationen vorgenommen

werden. Dieses Jahr wurde die Küche im Raum «Quartier» komplett erneuert, um den Mietern einen modernen Standard bieten zu können.

Das Bistro war um die Mittagszeit wie immer gut besucht, denn die vegetarischen Mittagsmenüs sind beliebt. Während der übrigen Zeit erfüllte das Bistro seinen Zweck als Treffpunkt für Leute, die im Haus unterwegs sind. Die Gäste schätzen in ihren Pausen das Angebot an feinen Kuchen, frisch zubereiteten Sandwichs, Suppen und das Abendangebot mit warmen Snacks.

Die auf Lehrbeginn 2008 geschaffene Lehrstelle Koch/Köchin erwies sich als Gewinn für den ganzen Betrieb. Die Lernende hat auch die Möglichkeit, im Austausch mit der Lernenden des Restaurants Akazie regelmässig den Alltag eines anderen Gastronomiebetriebes kennen zu lernen.

Das hauseigene Cateringangebot erfreute sich grosser Beliebtheit und stetiger Nachfrage. Der Umfang konnte nochmals gesteigert werden.

Die 59 kulturellen Eigenveranstaltungen fanden auch in diesem Jahr ein interessiertes Publikum. Von den fünf regelmässigen Veranstaltungsreihen sind die «Frühschicht» (Lesung mit dem Schauspieler Manfred Heinrich am frühen Morgen) und «Kochen & Essen» (Eine Migrantin stellt Kochinteressierten und Geniessern ein typisches Rezept ihrer Heimat vor) besonders beliebt. Sie werden von vielen Stammgästen besucht und locken immer wieder neue kulturinteressierte Menschen ins Haus.

Jeweils im Juni findet die «Frühschicht Spezial» an einem Ort im Freien statt. So war man mit mehr als sechzig Gästen zu Besuch im Garten der Villa Flora, wo mit Geschichten zum Thema Gärten, Vogelgezwitscher und einer reichen Blütenpracht die Idylle pur erlebbar wurde.

Speziell für ein junges Publikum wurde das Theaterstück «Nellie Goodbye» angeboten, das durch die Theaterplattform «augen auf!» in der Oberstufe bekannt gemacht wurde. Beide Vorstellungen waren ausverkauft.

Seit zehn Jahren organisiert die Alte Kaserne zusammen mit Jugendlichen den «tontraeger» (Konzerte mit jungen Winterthurer Bands). Einst wurde der Anlass ins Leben gerufen, um jungen Bands ohne Bühnenerfahrung die Möglichkeit zu bieten, unter professionellen Bedingungen ins Winterthurer Rampenlicht zu treten. Im 2009 war das Angebot wie immer aktuell. Die beiden Konzertabende mit je rund 300 Gästen waren bei den Jugendlichen beliebt.

Die Veranstaltung «MusicaMundo Spezial» hat im September mit lateinamerikanischen Rhythmen, Capoeira und kulinarischen Spezialitäten aus Bolivien, Brasilien und Venezuela rund 250 Besucherinnen und Besucher angezogen.

Zu einem kleinen Überraschungserfolg mauserte sich die Ausstellung «aRte kaserne». Das Team der Alten Kaserne präsentierte im Foyer eigene Bilder, Fotografien, Videos und Installationen. Die stimmige Ausstellung zeigte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von einer bisher unbekannteren Seite.

Im Oktober wurde zum zweiten 24-Stunden-Comic-Event aufgerufen. Es meldeten sich 58 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an. Sie mussten innerhalb von 24 Stunden einen 24-seitigen Comic von A bis Z zeichnen – selbstverständlich jeder seine eigene Geschichte. Das Publikum konnte während den 24 Stunden den Zeichnern über die Schultern schauen. 36 Teilnehmer lieferten nach 24 Stunden einen fertigen, 24-seitigen Comic ab. Nach den offiziellen Richtlinien des Internationalen Events (er findet jedes Jahr an über 100 Orten auf der ganzen Welt statt) gelten alle anderen als «ehrentvoll gescheitert». Die anschliessende Ausstellung im Bistro mit Originalbildern und den taufischen Comics aller Teilnehmer fand auch in der Presse viel Beachtung.



Konzentriertes Arbeiten beim 24-Stunden-Comic-Event

Kunst- und Kulturförderung

Subventionsbeiträge

Ein wichtiger Teilbereich der städtischen Kulturförderung sind die Subventionsbeiträge für Winterthurer Institutionen. Der Stadtrat hat der Verlängerung der Verträge um weitere vier Jahre (2010–2013) zugestimmt. Weiter genehmigte der Grosse Gemeinderat zwei neue Subventionsverträge mit den Institutionen Theater Katerland und Fotostiftung Schweiz sowie die Verlängerung mit gleichzeitiger Erhöhung des Beitrages an den Verein LMK (Live-Musik-Klub). Auskunft über die Aktivitäten und Finanzen der subventionierten Institutionen geben deren Jahresberichte. Die Subventionen sind vertraglich geregelt und wurden im 2009 an folgende Subventionsempfänger ausbezahlt:

Museen:

- Kunstmuseum Winterthur
- Technorama
- Museum Lindengut
- Fotomuseum Winterthur
- Kunsthalle Winterthur
- Villa Flora
- Fotostiftung Schweiz *

Musik / Konzerte:

- Musikkollegium Winterthur
- Musikverband der Stadt Winterthur
- Verein Musikfestwochen Winterthur
- Jazz in Winterthur
- Verein LMK (Live Musik Kultur)

Theater / Tanz:

- Sommertheater
- Kellertheater
- Marionettentheater
- Theater am Gleis
- Verein tanzinwinterthur
- Theater Kanton Zürich **

Film:

- Filmbulletin
- Filmfoyer
- Internationale Kurzfilmtage

Übrige:

- Astronomische Gesellschaft Winterthur

* Kein Subventionsvertrag. Rechtsgrundlage GGR-Beschluss vom 13.02.2002

** Genossenschaftsbeitrag

Projektbezogene Beiträge

Das traditionelle und experimentelle Kulturschaffen wird mit projektbezogenen Beiträgen unterstützt. Bei der Vergabe von Beiträgen zur Literaturförderung wird die Stadt von der Literaturkommission beraten. Rahmenbedingungen und Kriterien für die Kulturförderung sind auf der Website www.kultur.winterthur.ch nachzulesen.

Kulturförderung	Total Gesuche	Beiträge an	Ausbezahlte Beiträge
Total eingereichte Gesuche	197 (176)		
davon pendent per 31.12.2009	8 (9)		
2009 Zusage, noch nicht ausbezahlt:	51 (229 600)		
Total unterstützte Gesuche		95 (88)	712 335 (620 948)
Bildende Kunst	13 (15)	9 (6)	152 200 (56 025)
Film	5 (6)	4 (3)	39 000 (29 000)
Literatur / Publikationen	21 (22)	13 (7)	75 500 (54 000)
Musik	110 (83)	44 (44)	209 195 (233 335)
Tanz / Ballett	6 (13)	2 (7)	15 200 (18 000)
Theater	20 (8)	7 (8)	85 390 (81 489)
Diverses / Spartenübergreifende	22 (29)	16 (13)	135 850 (149 099)

1 Produktions-/Projektbeiträge	3 Druckkostenbeiträge	5 Preise / Stipendien
2 Defizitbeiträge	4 Investitionsbeiträge	6 Übernahme / Reduktion Raumkosten

Bildende Kunst

Atelier Berlin	Stipendium an Vincent Hofmann	5	5 400
Atelier Varanasi (Benares)	Stipendium an Georges Wenger	5	6 000
Gruppe Jungkunst	Ausstellung 22. bis 25. Oktober 2009	1	2 000
Kulturverein Oxyd	Betriebsbeitrag an Kulturverein Oxyd	1	12 000
Künstlergruppe Winterthur	Dezemberausstellung 2008	2	2 800
Magaro Valentin	Monografische Publikation	1	5 000
Unjurierte Kunst 2009	Ausstellung 2009, Eulachhallen Winterthur	1	112 000
Unjurierte Kunst 2009	Beitrag an Podiumsveranstaltung	1	2 000
Verein Kunstkasten	Betriebsbeitrag 2009	1	5 000
			152 200

Film

Internationale Kurzfilmtage Winterthur	Kurzfilmtage 2009	6	11 000
Kurzfilmsalon Kurz&Knapp	Betriebsbeitrag 09/10	1	3 000
Lichtspieltage Winterthur	13. Lichtspieltage Winterthur 2009	2	5 000
Zauberlaterne Winterthur	Betriebsbeitrag 2008/09	1	20 000
			39 000

Literatur und Publikationen

Böni Franz	Roman «Rio Grande»	3	2 000
Edition Winterthur	Jahrbuch 2010	3	30 000
Feitknecht Thomas	Publikation Briefe Werner Weber	3	4 000
Helg Ursula	Publikation zum 125. Geburtstag von Carl Roesch	3	1 000
Jossi Christian	Publikation «Die Nationalbahn»	3	4 000
Limmat Verlag, Zürich	Publikation «Herr Blanc» von Roman Graf	3	4 000
Limmat Verlag, Zürich	Publikation «Flucht aus Tibet»	3	4 000
Literarische Vereinigung	Programm 2008	2	3 000
Lüssi Heinrich	Publikation «Bühlnstrasse Kinderszenen»	3	2 500
NZZ Libro	Heinz Gallmann «Zürichdeutsches Wörterbuch»	3	10 000
Rüffer & Rub, Zürich	Neuaufgabe der Werke von Mary Lavater Sloman	3	5 000
Schüpbach Hannes	Monografie	3	3 000
Waldgut Verlag & Atelier Bodoni	Erzählband von Irène Bourquin «Im Nachtwind»	3	3 000
			75 500

Musik

al fresca GmbH	Konzert Patara Georgika, September 2009	2	2 000
Annunziata Zürich	Konzerte vom 27. und 28. Mai 2009	1	4 000
Chor Peperoncini	Konzert April 2009	2	1 000
CulturAll...	Klassische Indische Musik und Tanz 2009	2	3 500
Duo Welti und Bachmann, Winterthur	Duoprojekt/ Welti&Bachmann, Konzert April 2009	1	1 000
Aliev Bleh Orkestar	CD-Produktion	1	2 000
Eluveitie, Tadic Meri, Winterthur	Nordamerika-Tournee November 2009	1	4 000
Ensemble TaG			
Neue Musik Winterthur	Unterstützung Saison 2009/2010	1	15 000
Eulachvoices Winterthur	Konzerte April und August 2009	2	1 000
Extempo Steelband	Miete Jubiläumsanlass Alte Kaserne, November 2009	6	2 010
Hey Rita	CD-Produktion 2009	1	2 000
Jazz Verein Esse Winterthur	Konzert zum 100. Geburtstag von Max Bill, Dezember 2008	2	2 800
Jugendmusikschule Winterthur	Klavierfestival September 2009	1	5 000
Kammermusikfestival Kyburgiade	Festival August 2009	1	35 000
Kammerphilharmonie Winterthur	Konzert zur Passion, April 2009, Dorfkirche Veltheim	2	1 000
Kim Heera	Konzert Dezember 2009 mit dem Ensemble TaG	2	1 000
kulturkoller, Winterthur	Konzertreihe 2009	2	3 000
Kulturkreis Arosa	Orchesterkonzert August 2009, Veltheim	2	1 500

1 Produktions-/Projektbeiträge	3 Druckkostenbeiträge	5 Preise / Stipendien
2 Defizitbeiträge	4 Investitionsbeiträge	6 Übernahme / Reduktion Raumkosten

Motek, Winterthur	Konzerttour 2009	2	1 500
Musica Aperta Winterthur	Konzertreihe September 09/Mai 10	1	9 000
Museumskonzerte Winterthur	Konzertreihe 2009/2010	1	7 000
Niederhäuser Delaja Orchester Reto Parolari	«Pierrot Lunaire», September 2009	2	1 000
	13. Internationales Festival der Unterhaltungsmusik	1/6	60 000
Plankton Winterthur	CD-Produktion Rätselekönig	1	3 000
Profos Felix	Kompositionen für das Ensemble «Forcemajeure»	1	4 000
Pro Pan Konzerte	Konzert 14.12.2008	2	500
Punish, Seuzach	CD-Produktion «raptus»	1	2 000
Sarasro Quartett	Tournee in Argentinien		
	September/Oktober 2009	1	4 000
Schweizer Jugendmusical Schweizer	Konzert 31. Oktober 2009	1	2 000
Jugend-Sinfonie-Orchester Sighet Kinderspital	SJSO Tournee 2009	1	2 500
SMPV Winterthur / Zürcher Oberland	Benefizkonzert 2009	1/6	1 985
Steinmann Conrad	Musik-um-Fünf-Konzerte 2009	6	800
Theaterchor Winterthur	Konzert «Chroma», November 2009	2	1 000
Trechsel Jonas	Alter Stadthausaal, Miete 2009	6	2 200
Trio Flückiger-Läderach-Rütsche	Rap im Stadtpark 2009	2	1 000
Vogel Mathias	Kompositionsauftrag an Max E. Keller	1	3 000
Vögeli Urs	CD-Produktion «Fogel of the Dead»	1	2 000
Vokalensemble Cantapella	Konzert März 2009, Esse Music-Bar	2	500
Wieser Regula	Chorkonzert 17.1.2009	2	2 000
	12. Internationales Karussell- und Drehorgelfestival	1	1 500
Winterthurer Symphoniker	Jubiläumskonzert 30. August 2009	2	3 000
Winterthurer Symphoniker Winterthurer	Konzerte 2009	2	5 500
Vokalensemble wintiglobal	Jubiläumskonzert «Meyer meets Schütz», Juni 2009	2	1 000
	wintiglobal 2009 – «Die Kunst des Feierns»	2	400
			209 195

Tanz/Ballett

Ballettstudio Elvira Müller	«Tanz-Mosaik» vom März 2009 im Theater Winterthur	6	3 200
FAA-Zone Ltd.	Produktion «Das Buch», März 2009	1	12 000
			15 200

Theater

Crusius & Deutsch	Produktion «Gschwelti»	1	8 000
Kellertheater Winterthur	Premieren-Gala vom 7. März 2009, Altes Stadthaus	6	390
Lang Annette	Theaterprojekt «Peng»; 4./5.9. bis 12. September 2009	1	7 000
Stolz Angela, Winterthur	Theaterproduktion «Auf Tod und Leben»	1	5 000
Theater am Gleis	30 Jahr-Jubiläum, September 2009	1	10 000
Theater Katerland/brave bühne	Betriebsbeitrag 2009	1	50 000
Toberer Florian	Produktion «Aussenseiter Häuser»	1	5 000
			85 390

Diverses und spartenübergreifende

Afro-Pfingsten	20. Afro-Pfingsten Festival	1	45 000
Atelier Berlin	Betriebsbeitrag	4	11 750
Bachmann Alfred, Winterthur	Ausstellung Philatelie, Museum Lindengut	1	7 000
Förderpreise 2009	Preisträger Christine Müller und Wamidh Al-Ameri	5	20 000
Fotomuseum Winterthur	Symposium 21.09.2009	1	8 000
Historischer Verein Winterthur	Ausstellung «Das russische Winterthur», 2009	1	5 000
Hofmann Rütsche, Winterthur	Produktion Mai 2009, Alter Stadthausaal	2	1 000
Jodler Vereinigung Winterthur	Konzert Mai 2009 im Stadthausaal	6	1 500
OK J.C. Heer-Jubiläum	150. Geburtstag von J.C. Heer, Veranstaltungen 2009	1	9 000
OK KleinKunstRallye Winterthur	KleinKunstRallye Winterthur, 12. September 2009	2	2 000
Radio Stadtfiler	Beitrag an Kultursendungen	1	8 000
Societa Dante Alighieri	Veranstaltungen 2009	6	1 600
Tschanz Christoph (Arts)	Ausstellung «Nationalbahn», Museum Lindengut	1	10 000
Verein Café des Arts Winterthur	Gesprächsrunde «Café des Arts»	1	500
Verein CoalMine	Jahresbeitrag 2009	1	5 000
Zigeuner-Kultur-Zentrum	Kulturwochen 2009	1	500
			135 850

Kunstkommission

Die Kommission traf sich an sechs Sitzungen zu Beratungen über Kunstankäufe, Kunst im öffentlichen Raum und Kunst- und Bau-Wettbewerbe. Bei den Wettbewerben nehmen Delegierte der Kunstkommission Einsitz in der Jury. Alljährlich werden an der Dezemberausstellung der Künstlergruppe Winterthur und an Ausstellungen in privaten Galerien mehrere Werke angekauft, so im 2009 von den Kunstschaaffenden Victor H. Bächer, Eugen Del Negro, Barbara Fabbri, Werner WAL Frei, Marcel Gähler, Esther

Mathis, Simone Monstein, Valentin Magaro, Christian Schwager, Ron Temperli, Thomas Rutherford.

Der Bereich Kultur hat im Auftrag der Stadt auch im vergangenen Jahr wieder mehrere Auswahlverfahren für Kunst und Bau veranstaltet. Im September wurde das Kunst- und Bau-Projekt «Monsieur Rouge» der beiden Künstlerinnen Claudia&Julia Müller für die Schule für cerebral gelähmte Kinder, Maurerschule, eingeweiht. Für das Auswahlverfahren und die Umsetzung standen 80 000 Franken zur Verfügung. Im Dezember wurde das von den Kunstschaaffenden Katharina Henking und Gregor Frehner gestaltete Kunst- und Bau-Projekt «Worte» für die Schulanlage Feld der Öffentlichkeit übergeben. Für das Auswahlverfahren und die Umsetzung stand ein Betrag von 60 000 Franken zur Verfügung.

Aus den 51 Bewerbungen für Kunst am Bau Schulhaus Wyden hat die Jury im November in einem anonymen Auswahlverfahren vier Kunstschaaffende zur Weiterbearbeitung ihrer Konzeptidee im Rahmen eines Projektwettbewerbs eingeladen: Andreas Fritschi, Winterthur; Theo Spinnler, Winterthur; Hans Rudolph Schweizer, Küsnacht; Maja Thommen/Dimphie Sloopers, Regensdorf/Zürich. Die Jurierung der Arbeiten erfolgte im Jahr 2010.

Kulturpreise

Kulturpreis der Stadt Winterthur

Der Kulturpreis 2009 wurde an die Sängerin Franziska Welti verliehen. Er wird jährlich vom Stadtrat an eine Person oder Institution verliehen, die sich im kulturellen Bereich der Stadt Winterthur besonders verdient gemacht hat. Der Preis ist mit 10 000 Franken dotiert. Die feierliche Verleihung fand, zusammen mit der Vergabe des Förderpreises, am 24. November 2009 im Theater am Gleis statt.

Förderpreis der Stadt Winterthur

Der Förderpreis 2009 wurde an Christine Müller und Wamidh Al-Ameri (beide aus Winterthur) verliehen. Sie sind im Bereich Bildende Kunst tätig. Für den Förderpreis 2009 haben sich 16 Kulturschaaffende aus den Kulturpartnern Bildende Kunst, Fotografie, Grafikdesign, Installationen, Literatur, Musik und Video beworben.

Für den Förderpreis wurden je 10 000 Franken ausgeschüttet. Er wird jährlich öffentlich ausgeschrieben. Es können sich Winterthurer Künstlerinnen und Künstler aus allen Kulturpartnern bis zum 35. Altersjahr bewerben.

Kurzfilmpreis der Stadt Winterthur

Der zweite Winterthurer Kurzfilmpreis wurde an Elodie Pong für ihren Film «After the Empire» (CH 2008) verliehen. Der Preis ist mit 12 000 Franken dotiert und wurde im November 2009 in Zürich im Rahmen der Cadrage übergeben. Der Winterthurer Kurzfilmpreis wird in Zusammenarbeit mit Fachleuten der Internationalen Kurzfilmtage Winterthur vergeben. Die Jurierung fand im Rahmen der Ausschreibung für den Schweizer Wettbewerb der Internationalen Kurzfilmtage statt.

Bereich Stadtentwicklung

Der positive Schwung der Winterthurer Stadtentwicklung ist weiterhin erkennbar. Die dienstleistungsorientierten Branchen zeigen sich weiterhin in guter Verfassung, jedoch verzeichnet besonders die stark exportorientierte Wirtschaft erste Einbrüche. Der Wohnungsboom nimmt kein Ende, grössere Überbauungen können demnächst bezogen werden. Auch die vielen Baustellen zum Beispiel rund um den Bahnhof dokumentieren die Entwicklung der jungen Grosstadt.

Damit verbunden sind auch Erneuerungen und Erweiterungen der Räumlichkeiten für die Quartier- und Ortsvereine, vor allem in den wachsenden Stadtrandquartieren wie in Iberg.

Bei der Integration steht ein wachsender Anteil höher qualifizierter Ausländerinnen und Ausländer insbesondere aus dem nördlichen Nachbarland einem ebenfalls zunehmendem Anteil eher schwierig zu integrierenden Personen aus Drittländern gegenüber.

Um auf diese vielseitigen Entwicklungen Winterthurs angemessen agieren und reagieren zu können, verstärkt der Bereich Stadtentwicklung seine interne Zusammenarbeit. Die Abteilungen Integration, Quartierentwicklung und Stadtentwicklung haben zu diesem Zweck ein gemeinsames internes Leitbild erarbeitet.

Entwicklungsimpuls Töss («Projekt Töss»)

Das Jahr 2009 war der Umsetzung der Teilprojekte und Fortführung der kooperativen Zusammenarbeit mit den Stadtteilvertretenden gewidmet. Die etablierten Kommunikationsgefässe wurden weiter gepflegt, so die regelmässigen Koordinationsgespräche mit dem Vorstand der Tösslobby, die Mitwirkung in den Projekten, die informellen Begegnungen wie am «Tösstag» sowie Berichte und Sonderbeilagen im «De Tössemer».

Von den ursprünglich 13 Teilprojekten konnten die Projekte «Öffentlicher Verkehr», «Erschliessung Dätttau», «100 Lehrstellen» und «Kinder- und Jugendanliegen Schule» abgeschlossen werden. Das Projekt «Rad- und Wanderwege» wird in die Erarbeitung eines Leitbildes «Erholung Tössraum» überführt, wobei neben der Tössemer Bevölkerung neu auch der Kanton aktiv beteiligt ist (Start 2010). Das Projekt «Reitplatz» leistet einen wichtigen Beitrag zur Erweiterung der Erholungs- und Freizeitangebote im Stadtteil und das «TössGIS» (Publikation der Freizeit-, Sport- und Kulturangebote im Internet) kann voraussichtlich im Sommer 2010 aufgeschaltet werden. Im Rahmen des Projekts «Kinder- und Jugendangebote» wurden die bestehenden Jugendangebote überprüft, das Angebot an Räumlichkeiten für die Jugendlichen erweitert, der Versuchsbetrieb «Midnight-Basketball» gesichert und neu das «Open Sunday» und der «Jugendspielkiosk» durchgeführt.

Nach Abschluss der Testplanung im Sommer 2008 stand das Projekt «Entwicklungsstudie Zürcherstrasse» im ersten Halbjahr noch im Zeichen verschiedener Vertiefungsstudien. Im Juni 2009 fasste der Stadtrat eine Etappenentscheid zur Auswahl des Verkehrs- und Strassenraumkonzeptes. Die vollständigen Ergebnisse der Planung (Themen Städtebau, Freiraum und Verkehr) wurden im Entwurf für ein behördenverbindliches «Leitbild Stadtzentrum Zürcherstrasse» zusammengefasst. Dazu gab es von Dezember 2009 bis Februar 2010 eine öffentliche Vernehmlassung.

Die Situation beim Zentrum Töss ist weiterhin ungelöst und Stein des Anstosses im Stadtteil. Der Stadtrat und die zuständigen Departemente engagieren sich für einen baldigen Verkauf an eine qualitätsorientierte Anlegerin. Im



Visualisierung neues Verkehrs- und Strassenraumkonzept Zürcherstrasse (Team Dürig / Topotek1 / Zweibrücken)

Rahmen der «Entwicklungsstudie Zürcherstrasse» wurden städtebauliche Perspektiven für eine Umgestaltung und Aufwertung des Sockelgeschosses und der Stadtebene aufgezeigt. Unter dem Titel «Geschäftsstrassen-Management Töss» wird zudem versucht, das Gewerbe entlang der Zürcherstrasse zu aktivieren und eine Kooperation auf Organisations- und Marketingebene in Gang zu bringen.

Der Stadtrat hat das Pilotprojekt von «Quartierentwicklung Töss», unter anderem auf Grund des Gesuchs von Vertretungen des Stadtteils, bis Ende 2010 verlängert und die Zwischenauswertung der ersten 18 Monate zur Kenntnis genommen. Der Stützpunkt im Bahnhof Töss dient als Anlaufstelle für Information, Koordination, Vernetzung und Beratung sowie zur Unterstützung der soziokulturellen Quartiersversorgung und Entwicklung im Stadtkreis und zur Verwaltung. Die Zwischennutzung des Güterschuppens läuft dank regelmässig stattfindenden Quartieranlässen seit Juni 2009 gut, wobei die bau- und feuerpolizeilichen Anforderungen sichergestellt wurden. Die Grundsatzvereinbarung zwischen den SBB und der Stadt Winterthur für den Erwerb des Schuppens im Baurecht und die Arealentwicklung wurde von beiden Seiten unterzeichnet. Der Baurechtsvertrag ist abhängig von der Umzonung des Bahnhofareals.

Das Projekt «Spiel- und Sportplätze Töss» konnte nun erste Erfolge verbuchen. Zusammen mit Vertretungen der Bevölkerung und der Quartierentwicklung realisierte die Stadtgärtnerei den Spielplatz an der Hündlerstrasse in Dätttau. Die Planung des Rieter-Spielplatzes am Kanal sowie die Gestaltung des «Dreieckspärkli» sind für 2010 vorgesehen.

Die zweite Hälfte der Legislatur wird auch dazu genutzt, Strukturen aufzubauen, die nach Abschluss des Projekts Töss im Herbst 2010 weiterhin eine positive Stadtteilentwicklung und die Weiterführung des Dialogs mit der Tösslobby garantieren. Im Herbst hat ein externes Büro den



Der Güterschuppen Bahnhof Töss ist neu zur Quartier-nutzung offen.

Auftrag erhalten zu evaluieren, ob die gestellten Projektziele erreicht worden sind, wie sich die Organisationsstrukturen bewährt haben und wie sich das Kosten-Nutzenverhältnis für die Stadt und in der Freiwilligenarbeit verhält. Die Resultate werden im Frühjahr 2010 vorliegen und in die Workshops mit dem Vorstand der Tösslobby einfließen, an denen die inhaltliche Stossrichtung und die strukturelle Zusammenarbeit nach Ende des Projekts festgelegt werden.

Stadtentwicklung

Stadtentwicklungskommission

Die Stadtentwicklung ist Geschäftsstelle der stadträtlichen Stadtentwicklungskommission (SEK), die 2009 zu 14 Sitzungen zusammengekommen ist. Thematische Schwerpunkte bildeten Entwicklungsplanungen für verschiedene städtische und private Areale und Liegenschaften. Referate zu verschiedensten Themen der gesellschaftlichen und sozialen Entwicklung – immer mit konkretem Bezug zu Winterthur – ergänzten die schwerpunktmässig baulich orientierten Themen. Dabei liess sich die SEK auch von externen Fachleuten über Modelle und Erfahrungen in anderen Städten informieren.

Veranstaltungsreihe «Grossstadt Winterthur – Stadtentwicklung wohin?»

Die Stadtentwicklung führte im Frühjahr nach der Aufnahme Winterthurs in die Gruppe der sechs Schweizer Grossstädte eine Veranstaltungsreihe zum Thema «Grossstadt Winterthur – Stadtentwicklung wohin?» durch.

Die drei öffentlichen Anlässe mit Fachreferaten und anschliessenden Podiumsgesprächen widmeten sich den Themen «Zukünftige Siedlungsentwicklung», «Grossstadt oder Dorf?» sowie «aktive Aussenpolitik ja – nein?» und waren sehr gut besucht. Als Abschluss fand ein Workshop statt, zu dem die verschiedenen Interessengruppen Politik, Verwaltung, Quartiere, Experten und umliegende Gemeinden/Kanton ihre Meinung zu den vorgestellten Themen äussern konnten.

Die Zusammenfassung der drei Abende und des Workshops wird Anfang 2010 der Öffentlichkeit mittels einer Broschüre vorgestellt. Die Veranstaltungsreihe gab Anregungen für Stadtentwicklungsthemen der kommenden Legislatur und soll 2011 eine Fortsetzung finden.



Veranstaltungsreihe
 «Grossstadt Winterthur – Stadtentwicklung wohin?»

Podiumsdiskussion mit (v.l.) Colette Gradwohl, Michael Domeisen, Markus Mettler, Mark Würth

Wohnungspolitik

Trotz reger Neubautätigkeit insbesondere im mittleren Segment blieb die Leerwohnungsziffer in Winterthur auf niedrigem Niveau. Zur Förderung der Wohnqualität hat sich die Stadtentwicklung vertieft mit der Erneuerung des Wohnungsbestands befasst. Das vergünstigte Beratungsangebot «Immo-Check», welches von der Stadt initiiert und vom Hauseigentümerversband Winterthur und Umgebung sowie dem SIA Sektion Winterthur mitgetragen wurde, liefert privaten Immobilienbesitzenden eine bauliche und wirtschaftliche Beurteilung der notwendigen Investitionen zum langfristigen Werterhalt ihrer Liegenschaft.

Zur Verbesserung des Wohnungsangebots im Alter hat die Stadtentwicklung in einem Bericht Handlungsbedarf und Massnahmen formuliert. Verschiedene Neubauprojekte wurden initiiert, beispielsweise der Ausbau der GAI-WO-Siedlung am Kastellweg. Der mit dem Bereich Alter und Pflege herausgegebene Ratgeber «Zu Hause älter werden – komfortabel und sicher» regt zudem die Bevölkerung an, sich frühzeitig mit diesem Thema zu befassen.

Mit Organisationen mehrheitlich aus dem Sozialbereich wurden unterschiedliche Bedürfnisse nach günstigem Wohnraum diskutiert. Als spezifische Ergänzung des Wohnungsmarkts konnte mit einer privaten Bauherrschaft ein weiteres Projekt für ein Studentenwohnheim vorangetrieben werden.

Wirtschaft

Zur Erhaltung des städtischen Industrielandes an der Frauenfelderstrasse wurde mit den SBB eine Verlegung des Ausbavorhabens für das Unterhaltswerk Oberwinterthur auf das angrenzende städtische Grundstück



Mit durchdachten Eingriffen hat die Heimstätten-Genossenschaft Winterthur die geschützte Siedlung im Stadtrain erneuert.

in Wiesendangen vereinbart. Die Erschliessung des Industrielandes befindet sich nun in Planung. Die Stadtentwicklung ist zusammen mit der Standortförderung mit verschiedenen Interessenten zur Prüfung möglicher Firmenansiedlungen in Kontakt.

Für eine verbesserte Verfügbarkeit von Industrie- und Gewerbeland wurde die Umzonung der Reservezone bei der Motorfahrzeugkontrolle in Wülflingen veranlasst. Bei der Revision des kantonalen Richtplans setzt sich die Stadt zusammen mit der Regionalplanung und der Gemeinde Wiesendangen aktiv für die Schaffung von Industrie- und Gewerbelandreserven an der Frauenfelderstrasse in Wiesendangen ein.

Auch bei der laufenden Planung auf dem Sulzerareal Werk 1 und beim Gestaltungsplan für das Lagerplatzareal soll mit der Festlegung eines maximalen Wohnanteils genügend Raum für neue Arbeitsplätze gesichert werden.

Überprüfung von Standortentwicklungspotenzialen

Im Vorfeld der Planung für ein allfällig neues Fussballstadion wurden verschiedene Standorte geprüft. Dabei stiess man auf einzelne Areale wie das Ohrbühl, deren längerfristiges Potenzial noch weiter untersucht wurde.

Die Planung für die Sanierung und den Ausbau des Fussballstadions auf der Schützenwiese konnte mit dem Entscheid für ein etappierbares Projekt in einfacher Bauweise in die Projektierungsphase übergehen. Zusatznutzungen auf dem restlichen Areal bleiben als Option erhalten. Mit verschiedenen Interessengruppen aus dem Sport- und Eventbereich werden mögliche Standorte und Nutzungskonzepte für grössere Hallen abgeklärt.

Stadt-Marke

Zur weiteren Stärkung der Stadt-Marke wurden in den Departementen Workshops durchgeführt und konkrete Beiträge der einzelnen Bereiche zu den Erfolgsfaktoren der Stadt formuliert. Zusammen mit der ZHAW wurde auf Grundlage einer breit angelegten Umfrage ein Konzept erarbeitet, um die von aussen wahrnehmbaren Stärken Winterthurs zu erfassen und zu verbessern.

Die positive Arbeitsplatzentwicklung zwischen 2005 und 2008 bestätigt das wirtschaftliche Profil der Stadt als Versicherungszentrum, als Hort vielfältiger Gesundheitskompetenz, als traditionsreicher Standort für Hightech-Industrie und Engineering sowie als führendes Zentrum für praxisorientierte Ausbildung.

Neuhegi

Im Sommer 2009 hat der Stadtrat das bisherige Entwicklungsgebiet Oberwinterthur offiziell in Neuhegi umbenannt. Damit wurde ein Zeichen gesetzt, dass der zwischen den S-Bahnstationen Grüze, Hegi und Oberwinterthur entstehende Stadtteil trotz unterschiedlicher Nutzungsschwerpunkte eine gesamthafte, eigenständige Identität entwickeln soll.

Neuhegi wächst weiterhin stark. Zwei Überbauungen mit etwa 270 Wohnungen auf dem Areal der ehemaligen Sulzer-Giessereihalle befinden sich im Bau und für das geplante «Mehrgenerationenhaus» mit rund 150 Wohnungen, welches die GESEWO auf der benachbarten Parzelle realisieren will, liegt ein Siegerprojekt aus einem Wettbewerb vor. Westlich der Seenerstrasse wurde der Neubau des Drehgestellzentrums von Stadler Rail fertig gestellt. Parallel zu den privaten Bauvorhaben werden Planung und Bau der öffentlichen Infrastrukturen vorangetrieben. Der grundlegend überarbeitete Rahmenplan steht weitgehend. Nach dessen Genehmigung durch den Stadtrat wird er eine gute Basis für die koordinierte städtebauliche Ent-



Das Umfeld der S-Bahnstation Hegi soll sich zu einer attraktiven Eingangspforte in den neuen Stadtteil entwickeln.

wicklung Neuhegis bilden. Die Bauarbeiten der zweiten Etappe des Eulachparks sind im Gang, während die vollendete erste Etappe mit der renaturierten Eulach in der wärmeren Jahreszeit bereits rege genutzt wird. Mit dem erfolgreichen Abschluss der Landverhandlungen ist die Voraussetzung für die Planung eines Schulhauses für Neuhegi und Hegi geschaffen. Die Projektierungsarbeiten für die Umnutzung der Halle 710 zu einem multifunktionalen Quartiertreffpunkt für den entstehenden Stadtteil sind beendet. Auch die Verkehrsinfrastruktur wird weiter vorangetrieben, das Ausführungsprojekt für den Ausbau der Sulzer-Allee West liegt vor.

Die Planungen bei den S-Bahnstationen Grüze und Hegi als wichtige Eingangstore ins neue Quartier kommen gut voran. Die Stadtentwicklung hat ein Planungsverfahren im Umfeld der Station Hegi durchgeführt. Das vorliegende Gesamtkonzept sieht sowohl eine attraktive städtebauliche Anbindung der Bahnstation, als auch die Einbindung des zukünftigen Schulhauses vor. Nun stehen Gespräche mit Grundeigentümerinnen und -eigentümern sowie Vertiefungsarbeiten und die planungsrechtliche Sicherung der Konzeptidee an. Für das Umfeld Grüze wird auf der Basis einer städtebaulichen Studie unter Leitung des Amtes für Städtebau ein Wettbewerb gemeinsam mit privaten Grundeigentümern vorbereitet. Auf diese Weise kann eine optimale Lösung für die angestrebte hochwertige Gestaltung der Bahnhof-Nordseite und die Verknüpfung mit Neuhegi gewährleistet werden.

Stadtmitte

Etwa die Hälfte des Areals Stadtmitte ist heute definitiv umgenutzt und neu bezogen. Die industrielle Nutzung ist nach dem Umzug von Stadler Rail Anfang 2010 praktisch verschwunden. Die hervorragende innerstädtische Lage, die entsprechend bezahlten Miet- und Bodenpreise und die geplanten attraktiven Erdgeschossnutzungen haben zu diesem Schritt beigetragen. Bezugsbereit waren der Technopark II und das Einkaufszentrum Lokwerk, das Kesselhaus ist auf Herbst 2010 fertig gestellt. Die Projekte für den Verwaltungsbau Superblock und die Überbauung der SWICA auf dem ehemaligen Innotec-Areal konkretisieren sich weiter.

Für das Lagerplatzareal wurde mit der Stiftung Abendrot aus Basel eine Käuferin gefunden, die beabsichtigt, die derzeitige Mieterschaft weitgehend zu behalten und das Areal in kleinen Schritten weiter zu entwickeln. Damit ist der Fortbestand der attraktiven «Zwischennutzungen» sichergestellt. Ob der mit den ehemaligen Grundeigentümerinnen Sulzer und der Schweizerischen Post ausgehandelte Gestaltungsplan aufgrund dieses Entscheids



Geplanter Quartiertreffpunkt: Galerie Halle 710

noch angepasst werden muss, weist sich nach Vorliegen des Nutzungskonzepts der Stiftung.

Der Gestaltungsplan für den Bereich der Hallen 52/53 beim Katharina-Sulzer-Platz ist rechtskräftig. Für das daran anschliessende Areal «Werk1» wird durch den definitiven Umzug von Stadler Rail nach Neuhegi ebenfalls eine Testplanung durchgeführt mit dem Ziel, dass die Grundeigentümerin Sulzer und die Stadt gemeinsam ein städtebauliches Leitbild und darauf aufbauend einen Gestaltungsplan erarbeiten.

Nutzungskonzepte für spezielle städtische Liegenschaften an Besucherlagen

Die Stadtentwicklung hat sich 2009 verstärkt mit Fragen der Nutzung besonderer Objekte an strategisch wichtigen Lagen und unter dem Aspekt der Wechselwirkung mit den angrenzenden Stadtteilen beschäftigt. Das Konzept, welches zur multifunktionalen Umnutzung der Halle 710 ausgearbeitet wurde, ermöglicht den wachsenden Stadtteil Neuhegi mit einer Infrastruktureinrichtung zu ergänzen, die sehr flexibel auf die noch weitgehend unbekanntenen Bedürfnisse der zukünftigen Bewohnenden reagieren kann. Für die von der Stadt erworbenen Zeughäuser im Gebiet Zeughaus-Teuchelweiher wurde auf Basis einer Studie die Ausschreibung für einen Nutzungswettbewerb vorbereitet, dessen Ziel ein innovatives Projekt für einen wichtigen Beitrag an ein lebendiges Quartier ist. Idealerweise soll ein eigentliches Laboratorium des Austausches zwischen kleinen und mittleren Unternehmen, Gewerbetreibenden, Kulturschaffenden und öffentlichen Nutzungen entstehen. Auch für das Areal mit den städtischen Liegenschaften Salz-, Kauf- und Kornhaus wurden in einer Studie mit unterschiedlichen Szenarien mögliche zukünftige Nutzungen eingehend erörtert. Das Umfeld dieser zentral gelegenen und ausgezeichnet erschlossenen Bauten direkt neben dem Hauptbahnhof verändert sich zurzeit stark, ohne dass eine klare Richtung der Veränderungen bereits absehbar ist.

Zwischennutzungen

Das Beispiel Lagerplatz zeigt, welchen wertvollen Beitrag Zwischennutzungen an eine lebendige, urbane Stadt und an eine attraktive Entwicklung leisten können. Deshalb beteiligte sich die Stadtentwicklung am Forschungsprojekt «zone*imaginaire», welches europaweit erstmals systematisch die Aktivitäten zwischengenutzter Areale sowie deren Wert und Bedeutung empirisch untersuchte, unter anderen ehemalige Industrieareale in Winterthur, Aarau und Zürich. Es hat sich gezeigt, dass zwischengenutzte

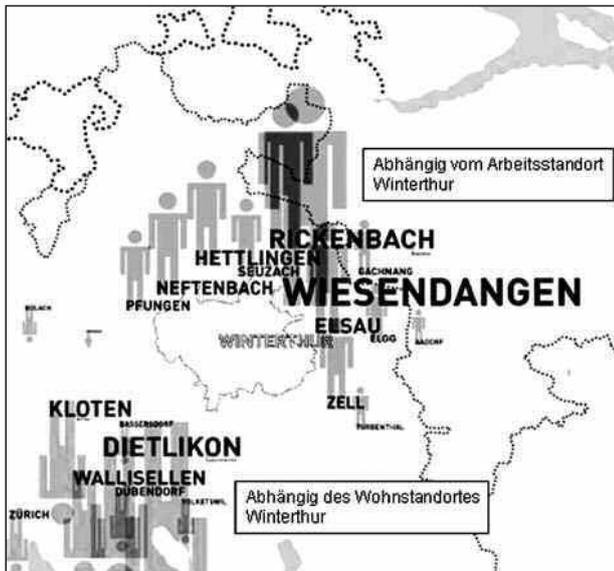
Areale nicht brach liegen, sondern Brennpunkte innovativer Betriebe und Kulturen sind. «zone*imaginaire» zeigt unterschiedliche Wege auf, wie mit diesen planerisch verfahren werden kann: sei es mit der Zwischennutzung selber, sei es mit Umnutzungsprozessen oder Modellen, die den Verbleib bisheriger Aktivitäten ermöglichen.

Aussenbeziehungen

Der Verein Metropolitanraum Zürich wurde am 3. Juli 2009 an der 5. Metropolitankonferenz in Frauenfeld offiziell gegründet. Die Region, welche aktuell 8 Kantone und 95 Städte/Gemeinden umfasst, spielt im internationalen Umfeld und für die Schweizer Volkswirtschaft eine zentrale Rolle. Der Verein hat zum Ziel, die Entwicklung des Metropolitanraums aktiv voranzutreiben.

In den vier Handlungsfeldern Wirtschaft, Lebensraum, Verkehr und Gesellschaft werden die beteiligten Kantone, Städte und Gemeinden erstmals vereint Strategien entwickeln und durch eine verbesserte Bündelung und Koordination der Tätigkeiten einen wesentlichen Mehrwert für alle erreichen. Der Verein bietet seinen Mitgliedern eine Plattform, um Aufgaben und Projekte gemeinsam anzugehen. Die Stadt Winterthur wird durch die Sitze im Metropolitanrat und dem operativen Ausschuss ihre Interessen aktiv vertreten.

An der 6. Metropolitankonferenz im Dezember 2009 in Pfäffikon SZ wurden erste gemeinsame Projekte verabschiedet.



Winterthurs doppelte Rolle im Metropolitanraum als Arbeits- und Wohnstandort (Darstellung: Angelus Eisinger)

Bevölkerungsbefragung 2009

Wie bereits vor zwei Jahren ist im Frühsommer 2009 eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zur Lebensqualität, zur Politik und Verwaltung sowie zum Schwerpunktthema Einkaufsverhalten und Shoppingangebot in der Winterthurer Altstadt durchgeführt worden. Unter der Leitung der Stadtentwicklung stand der interdepartementalen Arbeitsgruppe das externe Sozialforschungsinstitut Landert & Partner beratend zur Seite. Mit der Durchführung der Befragung ist das in Winterthur ansässige Telefonlabor des Markt- und Meinungsforschungsinstitutes DemoSCOPE beauftragt worden. Die Ergebnisse sind in der Gesamtheit positiv ausgefallen. Die Auskünfte geben dem Stadtrat und der Stadtverwaltung fundiertes Wissen, um ihre Tätigkeiten gezielt auf die Bedürfnisse der

Bürgerinnen und Bürger ausrichten zu können, und werden in die Regierungsziele für die Legislaturperiode 2010 bis 2014 einfließen. Wie 2007 nahm Winterthur auch am Städtevergleich mit St. Gallen und Zürich teil, die in ihren Bevölkerungsbefragungen eine Reihe von gleichen und ähnlichen Fragen gestellt haben.

Fachstelle Statistik und Grundlagen

Traditionell im Juli erschien das Statistische Jahrbuch 2009. Das Internetportal www.statistik.winterthur.ch wurde mit neuen Daten, Tabellen und Grafiken ergänzt. Die Aufteilung in 21 Themen, gegliedert nach den Nachhaltigkeitsdimensionen Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft, erleichtert die Suche nach den gewünschten Dokumenten. Ende Jahr wurde der Analysebericht «Starkes Beschäftigtenwachstum in Winterthur» publiziert, der die Betriebszählungsdaten der eidgenössischen Erhebungen 2001, 2005 und 2008 zur Grundlage hatte. Mit 56 357 Beschäftigten (ohne Primärsektor Landwirtschaft) hat die Stadt Winterthur den Anschluss an die 57 590 Beschäftigten von 1991 wieder gefunden. Davon arbeiteten im Jahre 2008 81 Prozent im Dienstleistungssektor.

Der Fachstelle stehen infolge des nationalen Forschungsprojektes «Soziodemografischer Wandel in Schweizer Städten» neu auch Bewegungsdaten der Einwohnerkontrolle zur Verfügung. Dies erlaubt ihr vertiefte Auswertungen über die Zu- und Wegzüge in die Stadt, beziehungsweise zwischen den Quartieren vorzunehmen. Anhand der Wanderungsbilanz der Jahre 2004 bis 2008 konnte festgestellt werden, dass die Stadt Winterthur fast ausschliesslich in der Altersgruppe der 16- bis 29-Jährigen wächst. Ein Fünftel des Bevölkerungswachstums war auf einen leichten Geburtenüberschuss zurückzuführen. Die Ergebnisse der Analyse sind in der Schriftenreihe Basisstatistik «Umziehen in der Stadt Winterthur 1985 bis 2008» festgehalten.

Ende Jahr ist die Weisung zum Grundlagenbeschluss für das Statistikprojekt «Siedlungstyp und Einkommenssituation» dem Grossen Gemeinderat eingereicht worden. Damit soll dem Projekt nicht zuletzt aus Datenschutzgründen die notwendige Rechtsgrundlage gegeben werden.

Quartierentwicklung

Das Auftragsvolumen und die Komplexität der Aufgabenstellungen der Quartierentwicklung wachsen von Jahr zu Jahr. Nebst Neubau- und Sanierungsprojekten von Freizeitanlagen und Spielplätzen nehmen eigene Aufbau- und Integrationsprojekte mit Quartierträgerschaften einen grossen Anteil des Arbeitsvolumens ein. Ebenfalls zugenommen haben die Nutzungs- und Interessenkonflikte, bei denen die Quartierentwicklung vermehrt die Fallbearbeitung übernimmt, sowie die Öffnung und Nutzung der städtischen Infrastrukturen durch gemeinnützige Institutionen für Quartierentwicklung, z.B. die öffentliche Nutzung von Schloss Hegi. Bei allen Aufgaben arbeitet die Quartierentwicklung soweit möglich partizipativ mit den Quartierträgerschaften zusammen und unterstützt andere Verwaltungsstellen in Mitwirkungsprojekten.

Wichtige Ereignisse

Der Grand-Prix-Chlösterli feierte sein 30-jähriges Jubiläum.

Der Schlossgarten des Schloss Hegi steht nach einer sanften Sanierung für die öffentliche Nutzung zur Verfügung. Gefeiert wurde dieser Anlass mit einem grossen Fest im Juni.

Der Ortsverein Reutlingen hat drei Vereinbarungen abgeschlossen: eine zur finanziellen Unterstützung der vielseitigen Aktivitäten mit der Quartierentwicklung, eine andere zur Nutzung eines Raumes im Schulhaus Reutlingen für Sitzungen sowie eine zur Nutzung des Quartiertreffs in Stadel für eine Chrabelgruppe.

Der Einwohnerverein Eidberg, Iberg und Umgebung kann neu die Räumlichkeiten im alten Schulhaus Sennhof für ein Mutter-Kind-Treffen nutzen dank einer Übereinkunft zwischen dem Verein, der Schule und der Quartierentwicklung.

In der Freizeitanlage Dätttau wie im Quartierzentrum Gutschick-Mattenbach nutzt das Departement Schule und Sport die Räumlichkeiten für den Hortbetrieb. Auch hier wurden Vereinbarungen zwischen den drei beteiligten Institutionen abgeschlossen.

Der Jugendtreffpunkt der Jugendarbeit der katholischen Pfarrei Herz-Jesu findet im Sommerhalbjahr einmal wöchentlich im Quartierzentrum Gutschick-Mattenbach statt. Nach Abschluss der Pilotphase im 2009 ist er nun ein fester Bestandteil des Quartierzentrums.

Der Quartierraum des Quartiervereins Ruchwiesen im Kindergarten Zinzikon wurde auf Ende Juni 2009 wegen Eigenbedarf der Schule aufgelöst. Für einzelne Veranstaltungen kann der Verein weiterhin den Schulraum benutzen. Zur Durchführung der meisten anderen Anlässe erhielt die Quartierentwicklung vom Stadtrat den Auftrag, mit den Betroffenen die Variante «Schützenhüsli» auszuarbeiten und zu prüfen.

Die beiden Quartiervereine Tössfeld-Brühlberg und Stadtrain werden durch die Quartierentwicklung bei der Suche nach möglichen Standorten für einen Quartierraum unterstützt.

An der jährlichen Vorstandskonferenz im Februar stellte sich der Jugenddienst der Stadtpolizei den interessierten Vertretungen vor. 64 Gäste aus 31 verschiedenen Quartierträgerschaften haben daran teilgenommen.

Am Freiwilligenanlass unter dem Motto «Der Fisch, die Kuh und das Meer – etwas Bodenständigkeit» trafen sich rund 150 Personen im Strickhof Wülflingen. Nach dem Buffet mit lokalen Produkten rundete der Auftritt des Kabarettisten-Duos «Schön&Gut» den Abend ab.

Das Weiterbildungsangebot haben 57 Freiwillige genutzt: 18 mit einem individuellen Kurs und 39 mit der Teilnahme an der Workshopreihe «Umgang mit Jugendlichen».

Sechs subventionierte Aufführungen des Theaters für den Kanton Zürich wurden in den Quartieren durchgeführt.

Auf der Aussenanlage der Freizeitanlage Kanzleistrasse wurde ein Jugendtreffpunkt realisiert und im März eingeweiht und Teile der Innenräume wurden im Stil der 1920er-Jahre wiederhergestellt. Die Freizeitanlage Nägelsee wurde mit einer Luft-Luft-Wärme-Pumpe ausgerüstet und das Quartierzentrum Gutschick-Mattenbach an die Fernwärme angeschlossen. Das Flachdach der Freizeitanlage Eichwäldli hat man saniert und wärmetechnisch auf den Minergie-Standard 2009 gebracht.

Projekte in der Quartierförderung und -entwicklung

Das Konzept für die Neugestaltung des Spielareals bei der Freizeitanlage Nägelsee wurde zusammen mit den Quartierbewohnenden und der Quartierentwicklung erarbeitet und wird in Zusammenarbeit mit der Stadtgärtnerei 2010 realisiert.

Die Pfadihütte Zelgli im Eisweiherquartier wird nicht mehr benutzt. Die Stiftung Pfadfinderheim Winterthur hat den Mietvertrag mit der Stadt gekündigt und müsste nun das Heim abreißen. Im Auftrag des Stadtrates klärt die Quartierentwicklung ab, ob die Quartierbewohnenden ein Bedürfnis zur Nutzung dieser Hütte haben.

Im April 2009 ist die Erstausgabe des «Hegi Info», der neunten Winterthurer Stadtkreis- und Quartierzeitung erschienen. Das Blatt ist im Auftrag des Ortsvereins Hegi-Hegifeld und in Zusammenarbeit mit der Quartierentwicklung lanciert worden. Es erscheint zweimal jährlich in Ergänzung zur Oberziytig.

Die Projektgruppe «Steig aktiv» blickt auf ein gelungenes 2009 zurück: Die Spiel- und Bastelnachmittage wie auch der Deutschkurs konnten fortgeführt werden und zum zweiten Mal fand das Steigfest statt. Daneben entstand neu ein Kindertanzen, das durch eine Bewohnerin der Steig geleitet wird.

Nach dem Spatenstich im März konnte die Freizeitanlage «Chiesgrueb» in Iberg mit einem grossen Fest im September eingeweiht werden. Die Quartierentwicklung begleitet die Betriebskommission eng bei der Erarbeitung des Betriebskonzepts, bei den Abläufen im Betrieb und bei allen weiteren Fragestellungen.

Das Planwahlverfahren für die Freizeitanlage Holzlegi wurde durch den Stadtrat bewilligt

Freizeitaktionen

Das Winterthurer Ferienprogramm ist beliebt. 2009 haben während den Frühlings- und Herbstferien rund 1100 Kinder einen Kurs besucht.

Als Ersatz für die Mitwirkung am Zürcher Ferienpass hat die Quartierentwicklung das Pilotprojekt «Der Spielbus kommt!» als eigenes Angebot in der öffentlichen Freizeitgestaltung im Sommer 2009 durchgeführt. Während den letzten zwei Schulferienwochen war der Spielbus mit professioneller Animation im Quartierzentrum Gutschick-Mattenbach und im Juchpark in Veltheim. Das Angebot für Kinder aus dem Quartier stiess auf ein positives Echo und wird in einem ähnlichen Stil 2010 wiederholt.

Ebenfalls während den Sommerferien fanden in fünf Quartieren der Stadt die «Abenteuer Hüttenbau» statt, an denen wieder mehrere hundert Kinder teilnahmen. Im Vorfeld hat die Quartierentwicklung zusammen mit den Leitenden einen Sicherheitsleitfaden ausgearbeitet.

Der Spielbus war 35-mal im Einsatz. Auch der Spielverleih wurde rege benutzt: 160 Personen haben vom Angebot Gebrauch gemacht und kleinere oder grössere Mengen an Spielsachen ausgeliehen. Die Holzwerkstatt wurde für öffentliche Kurse der Migros Klubschule vermietet und einzelne Personen lösten Jahresabonnements für eine freie Benützung.

Die Quartierentwicklung bietet im Moment 41 Musikübungsräume an. Bei denjenigen an der Palmstrasse wurden die alten Fenster durch Schallschutzfenster ersetzt, aufgrund von Beschwerden der neuen Bewohnenden der Überbauung Sidiareal. In den Übungsräumen in der Zivilschutzanlage Schützenwiese musste nach Reklamationen eines Mietenden ein baubiologisches Gutachten erstellt werden. Wegen Schimmelpilzbefall mit gesundheitsbeeinträchtigenden Folgen waren sofortige Massnahmen erforderlich. Die Sanierung wurde zusammen mit der Abteilung Hochbauten durchgeführt und im November 2009 abgeschlossen.

Integration

Die ausländische Bevölkerung der Schweiz ist keineswegs statisch und homogen. Daher muss auch die Integrationspolitik in regelmässigen Abständen den veränderten Realitäten angepasst werden. Wichtige neue Gesetze und Abkommen, wie beispielsweise das Freizügigkeitsabkommen und das neue Ausländergesetz, sind in Kraft getreten. Eine neue Art von Einwanderung findet statt, gut bis sehr gut qualifizierte Fachpersonen ziehen in die

Schweiz. Gleichzeitig hält der Familiennachzug an, binationale Ehen werden zum Normalfall. Vor diesem Hintergrund wurde 2009 die künftige Integrationspolitik auf verschiedenen Ebenen diskutiert. Im Februar war Winterthur Gastgeberin für das regionale Hearing der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) zur Weiterentwicklung der schweizerischen Integrationspolitik. Gestützt auf die Ergebnisse hat die TAK konkrete Empfehlungen zuhanden des Bundes, der Kantone sowie der Städte und Gemeinden verabschiedet. Auf kantonaler Ebene nahm Winterthur an der Anhörung vor der Spezialkommission des Kantonsrates zum Entwurf eines kantonalen Integrationsgesetzes teil sowie am Hearing zum Zwischenbericht über die Ausländer- und Integrationspolitik. Auch in der stadt-rätlichen Integrationskommission war die künftige Ausgestaltung der Integrationspolitik ein wichtiges Thema.

Beratung

Die Fachstelle für Integration ist per 1. Januar 2009 auch für die Beratung von Personen und Vereinen aus den Bezirken Winterthur-Land und Andelfingen zuständig. In der Leistungsvereinbarung mit dem Kanton sind für diese Dienstleistungen kostendeckende Fallpauschalen festgelegt worden. Bis Ende 2009 haben insgesamt 92 Personen und Vereine dieses neue Angebot in Anspruch genommen. Die Verteilung der Fälle auf die einzelnen Gemeinden fällt sehr unterschiedlich aus.

Die Fachstelle für Integration führte 1802 Einzelberatungen zu Migrationsfragen durch und gab rund 3300 telefonische Auskünfte. Rund 74 Prozent der persönlichen Beratungen waren muttersprachlich in Serbisch/Kroatisch, Albanisch, Portugiesisch und Türkisch. Die Anzahl der Einzelberatungen nahm im Vergleich zum Vorjahr um 8.6 Prozent zu, die der muttersprachlichen um 16.5 Prozent. Die Anfragen betrafen vor allem die Bereiche Finanzen und Sozialversicherungen, Arbeit, Aufenthaltsrecht und Gesundheit. Ebenfalls gerne in Anspruch genommen wurde die Deutschkursberatung, vor allem von Personen im Familiennachzug, wobei rund die Hälfte dieser Personen schulungsgewohnt war. Die Stadt subventioniert bereits seit einigen Jahren Deutschkurse, die sich speziell an schulungsgewohnte Personen richten und erhält dafür auch Beiträge aus dem Integrationsförderungsprogramm des Bundes.

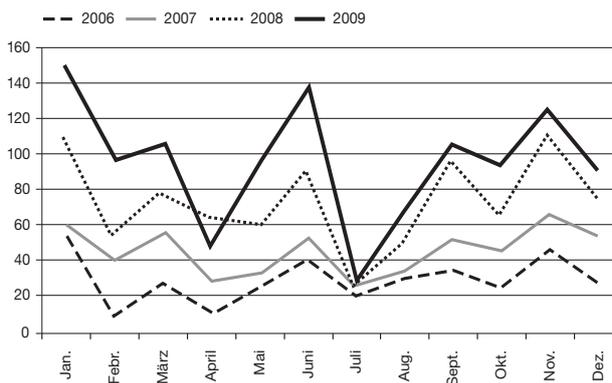
Viele albanisch sprechende Personen, die Hilfe und Rat bei der Fachstelle für Integration suchen, sind über ihre Grundrechte und Pflichten nicht oder ungenau informiert. Dies führt zu zahlreichen Schwierigkeiten in ihrer Kommunikation mit den Behörden. Deshalb wurde speziell für sie eine fünfteilige Veranstaltungsreihe zu verschiedenen Themen (Aufenthaltsrecht, Familiennachzug, Eherecht, AHV/IV-Verfahren, Ergänzungsleistungen, Altersvorsorge) durchgeführt, die auf grosses Interesse stiess. Der Inhalt der einzelnen Module kann für künftige Veranstaltungsreihen in anderen Migrationssprachen weiter verwendet werden.

Mit der neu geschaffenen Fachstelle Häusliche Gewalt der Stadtpolizei fand ein fachlicher Austausch statt, welcher die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden der Fachstelle verstärkte. Probleme in der Partnerschaft und der Familie aufgrund kultureller und sozialer Unterschiede sowie aufenthaltsrechtliche Abhängigkeit vom Ehepartner und daraus resultierende häusliche Gewalt sind immer wieder Themen in den Beratungen.

Interkulturelle Kommunikation

Die Interkulturelle Kommunikation hat ihre Dienstleistungen weiter ausgebaut und ist im Departement Schule und Sport sowie Soziales gut etabliert. Neben der Vermitt-

Anzahl Vermittlungen von 2006 bis 2009



Da zwei Drittel aller Aufträge für das DSS getätigt werden, haben die Schulferien einen massgebenden Einfluss auf die Anzahl Vermittlungen pro Monat.

lung von interkulturellen Übersetzenden werden zunehmend auch Beratungen für Auftraggebende bei Fragen nach geeigneten Kommunikationsmassnahmen mit Fremdsprachigen durchgeführt.

Speziell für die Schule wurde ein Merkblatt für Elternabende erarbeitet. Für schriftliche Einladungen stehen auf der Homepage Sprachbausteine in den gängigsten Fremdsprachen bereit. Die gut 60 interkulturellen Übersetzenden auf der offiziellen Liste decken rund 25 verschiedene Sprachen ab. Sie konnten 2009 für 1140 Einsätze im Bildungs- und Sozialbereich vermittelt werden. Die fünf meist angefragten Sprachen waren Albanisch, Türkisch, Italienisch, Portugiesisch und Bosnisch/Kroatisch/Serbisch. Zudem haben Arabisch, Somalisch, Französisch (besonders für Personen aus Nordafrika) und Tigrinya (Eritrea) an Bedeutung gewonnen.

Projektförderung

Die Förderung lokaler Integrationsprojekte wurde im üblichen Rahmen fortgesetzt. Insgesamt fanden 49 Projektberatungen für lokale Vereine und Institutionen statt. Der fachliche Unterstützungsbedarf und die Intensität der Begleitung sind weiterhin sehr unterschiedlich. Der jährliche Integrationskredit von 193 000 Franken wurde ausgeschöpft. Die unterstützten Projekte werden auf der Internetseite www.integration.winterthur.ch unter «Projektförderung/Projektliste 2009» beschrieben.

Gegen Rassismus und Diskriminierung

Die Fachstelle für Integration organisierte in der Alten Kaserne zusammen mit der Roma Foundation, die sich als unabhängige Stiftung für eine sachliche Diskussion und gegen rassistische Vorurteile in der Schweiz engagiert, die Ausstellung «Wer sind die Roma?». Sie bot in konzentrierter Form sehr viele Informationen über die Kultur, die Traditionen und Geschichte der Roma.

Gesundheit und Migration

Im Bereich Gesundheit und Migration wurden in Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital Winterthur ein Symposium für das Pflegepersonal zum Thema Transkulturelle Kompetenz und für die Mitarbeitenden des Care Managements der Krankenkasse SWICA eine Weiterbildung für den Umgang mit albanischsprachiger Kundenschaft durchgeführt.

Frühförderung

Das Thema Frühförderung von sozial benachteiligten Kindern mit Migrationshintergrund war auch 2009 ein Schwerpunktthema für die Integration. Erfreulicherweise genehmigte der Gemeinderat im Sommer das Frühförderungsleitbild und einen entsprechenden Kredit zur Umsetzung der Massnahmen. Einige Projekte für fremdsprachige Kinder und Eltern, welche bisher aus dem Integrationskredit finanziert wurden, laufen ab 2010 über die Frühförderung, andere erhalten weiterhin auch substantielle Beiträge aus der Integrationsförderung des Bundes.

Ausländer/innen-Beirat

Im Jahr 2009 konnte der Ausländer/innen-Beirat bedeutende Erfolge verbuchen dank intensiver Vorarbeiten in den Beiratskommissionen, der guten Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und dessen Wohlwollen gegenüber seinen Anregungen und Anträgen. So hat die Stadt auf Antrag des Beirates eine Person mit der Bearbeitung migrationspezifischer Schulthemen beauftragt. Im Vordergrund steht das Ziel, den fremdsprachigen Eltern zu vermitteln, dass Bildung für ihre Kinder wichtig ist und sie als Eltern einen wesentlichen Beitrag dazu leisten müssen, ihnen eine erfolgreiche Schulkarriere zu ermöglichen. Dazu sind ein besserer Zugang zu den Eltern und eine vermehrte Sensibilisierung für Anliegen der Schule nötig.

Anfang Jahr wurde der Flyer für die Sportwochen des Dachverbandes der Winterthurer Sportler (DWS) in verschiedene Sprachen übersetzt und an die Vereine verteilt. Die fremdsprachigen Eltern wurden auf das vielfältige Feriensport-Angebot aufmerksam gemacht, damit ihre Kinder vermehrt an den Sportkursen teilnehmen. Daneben erstellte der Beirat einen Informationsflyer über die Spitex-Dienstleistungen, der in verschiedenen Sprachen übersetzt vorliegt und durch eine systematische Verteilung die Zielgruppen erreichen soll.

Im Hinblick auf die für 2010 wiederum stattfindende Veranstaltungsreihe «Älter werden in Winterthur» ersuchte der Beirat den Stadtrat zu veranlassen, dass die Form und der Inhalt den spezifischen Bedürfnissen der fremdsprachigen Bevölkerung angepasst werden. Neben der italienisch- und türkischsprachigen Bevölkerung sollen auch die serbisch sprechenden Personen berücksichtigt werden, da nun auch unter ihnen viele ins Seniorenalter kommen.

Um sich weiterzubilden, hat der Beirat verschiedene Gäste eingeladen, ein Projekt oder ein Arbeitsgebiet vorzustellen, wie beispielsweise die Roma Foundation, die Caritas Zürich sowie den Leiter der Stadtentwicklung. An den Führungen im Naturhistorischen Museum und in der Integrationsbibliothek konnten die Mitglieder grosse Anstrengungen erkennen, wie auch die fremdsprachige Bevölkerung willkommen geheissen wird.

Im September fand erstmals eine Sitzung mit dem Vorstand des Interkulturellen Forums Winterthur (IFW) statt, an der vereinbart wurde, künftig den Informationsaustausch zu verstärken und Synergien zu nutzen. Die Arbeitsteilung muss unter dem Aspekt vorgenommen werden, dass das IFW ein privater Verein und der Beirat ein vom Stadtrat beauftragtes Gremium ist.

Die meisten Legislaturziele der Amtszeit 2006 bis 2010 des Beirats konnten erreicht werden. Nach der Minarettabstimmung und mit Blick in die Zukunft muss er sich aber auch fragen, wo neue Herausforderungen bestehen, welche neuen Schwerpunkte gesetzt werden müssen und welche Aufgaben sich daraus für ihn ergeben.

Personalamt

Personalrecht und Personalpolitik, Projekte

Am 1. Januar ist der VII. Nachtrag der Vollzugsverordnung zum Personalstatut mit den grundsätzlichen Bestimmungen zum «Absenzenmanagement» in Kraft getreten, gleichzeitig mit den ergänzenden Weisungen des Stadtrats. Mit dem gleichen Nachtrag wurden verschiedene Spesenansätze im Rahmen der Teuerung erhöht und die bisherigen Bestimmungen über die Kinderzulagen an die neue Bundes- und kantonale Familienzulagen-Regelung angepasst.

Bis und mit Juni betrug die monatliche Kinderzulage bis zum vollendeten 16. Altersjahr des Kindes 200 Franken. Ab Juli erhöhte sie sich gemäss kantonalen Ausführungsgesetzgebung auf 250 Franken zwischen dem vollendeten 12. und dem 16. Altersjahr. Die Ausbildungszulagen von monatlich 250 Franken werden nach dem vollendeten 16. Altersjahr bis zum Abschluss der Ausbildung, längstens bis zum vollendeten 25. Altersjahr ausbezahlt.

Am 21. Januar beschloss der Stadtrat, die Stadtverwaltung – mit Ausnahme der Dienststellen mit Schichtbetrieb oder Publikumskontakt – vom Donnerstag, 24. Dezember 2009, bis Freitag, 1. Januar 2010, zu schliessen, wobei die ausfallende Arbeitszeit in üblicher Weise individuell durch Mehrzeit oder den Bezug von Ferientagen zu kompensieren war.

Am 24. Juni nahm der Stadtrat Kenntnis vom Bericht des Personalamts zum Personalcontrolling (Personalkennzahlen) 2008, eingeschlossen den Kommentar und die Empfehlungen der Gleichstellungsbeauftragten (siehe Seite 30).

Mit Beschluss vom 8. Juli stellte der Stadtrat fest, dass das Nachtdienst leistende Personal der Kehrichtverbrennungsanlage (Departement Technische Betriebe, Stadtwerk) Anspruch auf eine Zeitgutschrift im Umfang von 10% des Nachtdienstes gemäss Art. 17 Abs. 4 des Arbeitsgesetzes hat und beauftragte Stadtwerk, diesen Anspruch rückwirkend ab dem 1. Januar 2005 zu gewähren. Den Hintergrund zu diesem Beschluss bildete eine Eingabe des VPOD vom 17. Februar an die Personalkommission, die zu einer eingehenden Prüfung der Rechtslage durch das Personalamt und in der Folge zur Bestätigung des Anspruches aufgrund einer vom Bund per 1. Januar 2005 vorgenommenen Ordnungsänderung führte. Da das Arbeitsgesetz für die öffentliche Verwaltung mit Ausnahme gewisser Bestimmungen und einzelner Bereiche grundsätzlich nicht gilt (wobei der Anwendungsbereich wenig übersichtlich geregelt ist), können sich andere städtische Berufsgruppen nicht auf diesen Anspruch berufen. Hingegen richtet die Stadt generell eine deutlich höhere Vergütung für Nachtdienst aus, als in andern Verwaltungen üblich.

Am 8. Juni legte die Firma PricewaterhouseCoopers (PwC) ihren Bericht zu dem vom Stadtrat am 12. November 2008 erteilten Folgeauftrag zum Projekt «Personalamt 2010» vor. Dieser Folgeauftrag hatte ergänzend die Analyse des dezentralen Personalwesens bezüglich Organisation, Prozesse, Rollen und personeller Ressourcen zum Ziel. Das Projekt wurde vom Personalchef und dessen Stellvertreter gemeinsam mit der PwC geleitet; zusätzlich wurde eine Begleitgruppe eingesetzt, in die jedes Departement einen Vertreter oder eine Vertreterin delegierte. Der Bericht empfiehlt eine neue organisatorische Ausrichtung der dezentralen Personaldienste, nämlich einen solchen pro Departement, mit hierarchischer Direktunterstellung unter die Departementsleitung und fachlicher Führung durch das Personalamt. Die Lohnbüros sollen zu einem

einzigsten, zentralen Lohnbüro beim Personalamt für alle lohnrelevanten Tätigkeiten zusammengezogen werden. Sodann soll ein einheitliches Prozessmodell mit elektronisch unterstützten automatisierten Workflows geschaffen werden. Angesichts der Vielfalt in der IT-Systemumgebung soll zudem eine Bestandesaufnahme vorgenommen und eine IT-Strategie für die Applikationen im Personalwesen, insbesondere ein einheitliches Zeiterfassungssystem geprüft werden. Der Stadtrat nahm den Bericht am 8. Juli zur Kenntnis und gab ihn in ein Vernehmlassungsverfahren bei den Departementen. Dieses dauerte bis zum 13. November. Im Zeitpunkt dieser Berichterstattung werden die Ergebnisse noch ausgewertet.

Auf den 1. September konnte die neue Stelle «Leitung HR-Projekte» besetzt werden. Da es sich um eine neu geschaffene Stelle handelt, galt es zunächst, die Stabübergabe in bestehenden Projekten in die Wege zu leiten, neue Projekte aufzusetzen und zu priorisieren. Einen ersten Arbeitsschwerpunkt bildeten Themen rund um das betriebliche Gesundheitsmanagement. Eine mögliche Pandemie auf Grund von H1N1-Infektionen erforderte die Mitarbeit in einer interdepartementalen Arbeitsgruppe, in welcher für die Stadtverwaltung Schutzmassnahmen definiert und umgesetzt wurden. Neben der akuten Grippepandemie galt es, im Rahmen der Pandemieplanung konkrete Vorgehensweisen und Verantwortlichkeiten für den Fall einer Pandemie auszuarbeiten. Im Bezug auf das weitere Vorgehen in der betrieblichen Gesundheitsförderung wurde mit der Analyse des Ist-Zustandes, mit der Eruiierung von Schwachpunkten und darauf basierend mit der Festlegung der künftigen Massnahmen begonnen. Ein zweites Anliegen war es, die Einführung von neuen Mitarbeitenden in den Betrieb zu verbessern. Zu diesem Zweck wurde eine Checkliste entwickelt und in die Vernehmlassung geschickt. Neben diesen beiden Schwerpunkten wirkte der Stelleninhaber in diversen, bereits angelaufenen Projekten mit. Beispiele hierfür sind die Arbeitsgruppe «Betriebliche Mobilität», das Projekt «Analyse dezentrale Personaldienste» oder die Koordination der Führungsgruppen.

Das Personalamt genehmigte eine Regelung des Departements Sicherheit und Umwelt über die Verpflegungsgewährung an Lebensmittelinspektorinnen bzw. -inspektoren für Einsätze ausserhalb der Stadt Winterthur sowie ein Pikettreglement der Informatikdienste.

Am 9. Dezember fasste der Stadtrat, nach der Genehmigung des Budgets durch den Grossen Gemeinderat, Beschluss über die Lohnmassnahmen für das Jahr 2010. Ein Teuerungsausgleich entfällt, da der massgebende Zürcher-Index vom November um 0.1 Punkte unter dem per 1. Januar ausgeglichenen Index-Stand vom November 2008 mit 103.8 Punkten lag. Der im Personalrecht vorgesehene Erfahrungsaufstieg (eine zusätzliche Lohnstufe bei mindestens guter Qualifikation) konnte gewährt werden, hingegen musste in Berücksichtigung der Finanzlage der Stadt auf eine Quote für Leistungsanteile verzichtet werden. Der Stadtrat genehmigte die Vollzugsweisung des Personalamts.

Entlohnung und Personaladministration

In der Personalstatistik (siehe im Anhang zum Geschäftsbericht des Personalamtes) werden der Beschäftigungsumfang und die Anzahl Beschäftigte des Verwaltungs- und Betriebspersonals ausgewiesen. Der Beschäftigungsumfang umfasst die Gesamtzahl aller während des Jahres Beschäftigten, umgerechnet auf Vollbeschäftigungen. Die Anzahl beschäftigter Personen (Kopfzählung) wird per Stichtag erhoben. Angaben zu den Lehrpersonen sind im Geschäftsbericht des Departement Schule und Sport zu finden.

Die Funktionsbewertungskommission trat zu 3 (3) Sitzungen zusammen. Insgesamt wurden 73 (62) Einreichungs-Anträge beurteilt, davon 61 (46) an den Sitzungen der Kommission und 12 (14) im Zirkulationsverfahren, jedoch keine (2) im summarischen Verfahren durch das Personalamt.

Das Personalamt war mit dem Personalchef und dessen Stellvertreter im Lenkungsausschuss und Teilprojekten des Projektes «Modernisierung des Besoldungswesens der Stadtpolizei (MOBEWE)» vertreten.

Die Löhne wurden auf 1. Januar um 1.7 % an die Teuerung angepasst, und es konnte eine volle Lohnrunde gewährt werden: Angestellte, die mindestens mit «gut» qualifiziert und noch nicht der obersten Stufe 15 ihrer Lohnklasse eingestuft waren, erhielten eine zusätzliche Lohnstufe als Erfahrungsanteil. Zusätzlich bestimmte der Stadtrat eine Quote von 2 Mio. Franken für Erhöhungen des Leistungsanteils bei sehr guter oder vorzüglicher Qualifikation und verteilte diese auf die Departemente.

Die Bruttobezüge und Sozialleistungen des gesamten Personals ohne Gemeindeanteil an den Lehrerlöhnen für 2009 von 47 797 053 Franken (2008: 45 267 117 Franken inkl. Sozialleistungen) betragen:

Jahr	Bruttobezüge	Sozialleistungen	Total	Mehraufwand 2009
2009	332 941 182	63 375 728	397 316 910	19 962 360
2008	319 965 063	57 389 487	377 354 550	

Personal- und Organisationsentwicklung

Das zentrale Weiterbildungsangebot ist wie gewohnt auf reges Interesse gestossen. Es waren insgesamt 1354 (1144) Teilnehmertage zu verzeichnen. 88 % (90 %) der Teilnehmertage entfielen auf stadteigene Kurse, 12 % (10 %) auf eingekaufte Kurse der Stadt Zürich. 343 bzw. 25 % (412 bzw. 36 %) der Teilnehmertage entfielen auf Kaderkurse im engeren Sinne. Nicht enthalten sind in den vorstehenden Zahlen die Kursangebote der Beauftragten für Gleichstellung (siehe Seite 30) und der Informatikdienste.

Am Intensiv-Führungskurs IFK (für höhere Kader mit Hochschulbildung) nahmen 12 Personen teil. Gut die Hälfte der Teilnehmenden wird den Kurs mit dem BWL-Modul an der ZHAW ergänzen und die Ausbildung mit dem CAS Betriebswirtschaft und Führungskompetenz in der öffentlichen Verwaltung abschliessen. Am Einstiegsführungskurs EFK (für untere und mittlere Kader) nahmen 22 Personen teil.

Im Auftrag des Stadtrats wurde ein Ausführungskonzept zur Personalentwicklung erstellt, das sich hauptsächlich mit der Kaderschulung befasst, wobei das Ziel verfolgt wird, den Verpflichtungsgrad zur Teilnahme an Kaderschulungen stufengerecht zu erhöhen, ohne ein kontraproduktives Zwangregime einzuführen.

Auf Ende des Berichtsjahres trat der bisherige Leiter Personal- und Organisationsentwicklung, Mark Hunziker, in den Ruhestand. In seiner Amtszeit von 2002 bis 2009 stieg die Nutzung des zentralen Weiterbildungsangebots um 144 % von 556 auf 1354 Teilnehmertage.

Berufliche Grundbildung

Als bedeutende Arbeitgeberin versteht die Stadt Winterthur die berufliche Grundbildung als gesellschaftspolitischen Auftrag und will damit einen Beitrag zur Chancengleichheit und Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit leisten. In diesem Sinne wurden auch in diesem Jahr das Lehrstellenangebot weiter ausgebaut und die Zahl der

Ausbildungsverhältnisse um weitere 11% (13%) erhöht. Es werden nun 250 (225) Lernende (ohne Lehrwerkstätte der msw-Winterthur) in 30 verschiedenen Berufsbildern nach Berufsbildungsgesetz ausgebildet, neuerdings auch als Automobilfachfrau/Automobilfachmann EFZ, Strassenbaupraktiker/in EBA und Büroassistent/in EBA. Die aktuelle Lernendenquote beträgt 7.8% (7%). Das bedeutet, dass die Stadtverwaltung auf 100 Stellen 7.8 Ausbildungsplätze (ohne Lehrwerkstätte der msw-Winterthur) anbietet.

Der Bericht des Stadtrats zum WOV-Postulat 2009/006 «Zusätzliche Lehrstellen in der Stadtverwaltung in der Finanzkrise» wurde am 6. April, derjenige zum Postulat 2007/026 «Weitere Attestausbildungsplätze in der Stadtverwaltung» am 24. August vom Grossen Gemeinderat in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen.

Die Leiterin der neuen Fachstelle Berufliche Grundbildung hat im August Ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie zeichnet einerseits für den KV-Ausbildungsverband verantwortlich. Andererseits ist sie zuständig für die Sicherung des hohen Niveaus der beruflichen Grundbildung innerhalb der Stadtverwaltung und für deren kontinuierliche qualitative und quantitative Weiterentwicklung. Durch eine gute Koordination können die stadtinternen Ressourcen und Synergien besser genutzt und das Image als attraktive und moderne Arbeitgeberin weiter gestärkt werden. Auf den Berufsbildungsbeginn 2010 konnten fünf zusätzliche KV-Lehrstellen geschaffen werden.

Die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner der KV-Lernenden wurden zum Thema «Coaching – durch anregende Fragen Lernende fordern und fördern» geschult. Dies unterstützt die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner darin, ihre verantwortungsvolle Aufgabe wahrzunehmen, indem sie ihr Grundwissen erweitern und dieses auf dem aktuellen Stand halten. Damit kann eine Qualitätssteigerung in der Führung von Lernenden sichergestellt werden.

Das Stadttheater Winterthur öffnete für die KV-Lernenden seine Türen. Sie erhielten während einer Führung einen Blick hinter die Kulissen und schauten sich anschliessend ein spannendes Theaterstück an. Somit erhielten die Jugendlichen Einblick in eine der vielen kulturellen Möglichkeiten der Stadt Winterthur. Eine KV-Lernende im ersten Lehrjahr wählte das Theaterstück aus und übernahm die administrative Organisation.

Mitarbeiter/innen-Beratung

Der langjährige Stelleninhaber, Klaus Spycher, wurde am 30. April pensioniert. Die Stelle blieb faktisch für drei Monate vakant. In dieser Zeit wurden die Anfragen der Mitarbeitenden von den Gleichstellungsbeauftragten betreut.

Am 1. Juli nahm die neue Stelleninhaberin ihre Arbeit mit einem 80% Pensum auf. Weiterhin wird die Stelle von den Gleichstellungsbeauftragten im Rahmen eines 30%-Pensums ergänzt. Die Grundlagen für die statistische Erfassung wurden mit dem Ziel, die Transparenz zu verbessern, angepasst, weshalb die Zahlen sich nur beschränkt mit dem Vorjahr vergleichen lassen. Insgesamt liessen sich 147 Personen, nämlich 61 Männer und 86 Frauen, beraten. Es fanden 727 Beratungsgespräche statt. In 15–20% der Klientenkontakte standen lebenspraktische rechtliche Beratungen und Fragen zu Familie und Partnerschaft sowie Finanzen im Vordergrund. Bei den verbleibenden 80–85% dominierte der Themenschwerpunkt «Arbeitsplatz». In 60% dieser Fälle zeigten gesundheitliche Probleme Auswirkungen auf das Arbeitsverhältnis der Ratsuchenden, meist begleitet von Mehrfachproblematiken. Daneben belasteten ungelöste Konflikte am Arbeitsplatz (35% der Beratungen). Oft bedingten sich diese Themen

gegenseitig. Es stellten sich Fragen zu verändertem Arbeitsinhalt, Lohn, Reorganisation, Qualifikationsgesprächen, drohender Kündigung oder zum Personalrecht. Im weitern wirkten sich die Folgen von Belastungsreaktionen und Persönlichkeitsverletzungen am Arbeitsplatz aus. Ein Grossteil der Fälle war entsprechend komplex und zeitaufwändig. Zusätzlich nahmen 79 Personen eine Kurzberatung (meist einmaliger Kontakt) in Anspruch. Dieses Angebot nutzen einige Vorgesetzte und Personalverantwortliche, um mittels einer Fachberatung zu psychosozialen Fragestellungen Führungsaufgaben zu klären.

Im Rahmen des Case-Managements wurden dieses Jahr insgesamt 23 (15) Mitarbeitende betreut. Diese im Vorjahresvergleich wesentliche Fallzunahme ist zum Teil auf die Stellenvakanz in der Mitarbeitendenberatung zurückzuführen. Gleichzeitig wurden aufgrund einer zunehmenden Komplexität im Einzelfall mehr Beratungsstunden aufgewendet. Im Laufe des Jahres konnten 13 (8) Fälle abgeschlossen werden. Die Auswertung ergab, dass die Ziele mehrheitlich erreicht wurden. Mit einer Ausnahme wurde das Case-Management von den Mitarbeitenden als sehr hilfreich und positiv bewertet. In 2 Fällen wurde das Arbeitsverhältnis im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst und in weitem 2 Fällen eine Rente gesprochen. Die andern Betroffenen wurden wieder in den Arbeitsprozess integriert. Dank dem Case-Management wurde mit der Situation der Betroffenen nicht nur professionell umgegangen, sie konnten früher an den Arbeitsplatz zurückkehren, und Invalidisierungen konnten vermindert oder verhindert werden. 10 (7) noch laufende Fälle wurden ins neue Jahr überführt und werden durch regelmässige Kontakte mit den fallführenden Case-Managerinnen der Firma Arsana begleitet.

Im Sozialstellenplan wurden 18 (14) Fälle geführt, davon wurden 7 (6) neu aufgenommen. Die laufenden Stellen wurden grösstenteils überprüft und der aktuellen Situation angepasst. Für einen Grossteil der Fälle sind Teilsozialstellen errichtet, ein Teil der Stelle wird also weiterhin regulär besoldet oder mittels Rente finanziert. Für 4 weitere Fälle ist die Aufnahme bereits beschlossen, die Umsetzung wird allerdings erst 2010 vollzogen. In dem mit 1 Million Franken dotierten Sozialstellenplan wurden 633 853 (573 850) Franken aufgewendet.

Im Programm «Suchtprobleme am Arbeitsplatz» wurden mit der Leitung der Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme zwei Mal ein Kurstag des obligatorischen Weiterbildungsprogramms für Vorgesetzte sowie eine Schulung für Personalverantwortliche durchgeführt. Gleichzeitig wurden zwei Beratungen mit dem Hauptthema Sucht aufgenommen.

Ein weiterer Schwerpunkt der neuen Stelleninhaberin war in diesen ersten sechs Monaten die Vernetzungsarbeit mit Vorgesetzten und Personalverantwortlichen. Dabei ging es häufig um Auftrags- und Rollenklärung. Hohe Priorität hatte sodann die Unterstützung bei der Umsetzung des Absenzenmanagements. Die Optimierung der alltagspraktischen Koordination zwischen den verantwortlichen internen Stellen und den verschiedenen Sozialpartnern, Case-Managements und der Pensionskasse wurde angestossen und teilweise geklärt.

Gleichstellung

Aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums durfte das Büro für Gleichstellung im Juni rund 100 geladene Gäste zum Festakt begrüssen. Die Grussworte von Stadtpräsident Ernst Wohlwend, Gemeinderatspräsidentin Yvonne Beutler und der Leiterin der kantonalen Fachstelle für Gleichstellung, Dr. Kathrin Arioli, gaben interessante Einblicke in die Geschichte des Büros für Gleichstellung. Gleichzeitig



«Ich bin Polizistin und habe einen Räuber gefangen. Hinten sieht man meinen Mann mit dem Baby spazieren gehen. Zum Glück sind sie nicht zu nahe.»
(Jacqueline Brunner, 2001)

machten die Ansprachen deutlich, dass gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten eine solche Fachstelle nach wie vor eine sehr wichtige Rolle spielt. Der Anlass wurde mit den historischen «Winterthurer Frauengeschichten» des Frauenstadtrundganges, musikalischen Einlagen und einem abschliessenden Apéro umrahmt. Im November wurde das Jubiläumsjahr mit einer öffentlichen Ausstellung unter dem Titel «Familie und Beruf in Balance» abgerundet. Die Ausstellungseröffnung wurde mit einer angeregten Podiumsdiskussion ergänzt. Es diskutierten zwei Frauen und zwei Männer sowohl aus persönlicher Sicht als Mutter/Vater wie auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht über Fragen rund um die Möglichkeiten und Grenzen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Anschliessend fand die Preisverlosung des Zeichnungswettbewerbes statt. Kinder aller Altersstufen von Mitarbeitenden setzten mit Begeisterung und viel Hingabe ihre Gedanken zum Thema «meine Zukunft, mein Beruf, meine Familie» zeichnerisch kreativ um.

Nach Abschluss der Kampagne «Respekt hat Vortritt» im Vorjahr bleibt die Prävention, Sensibilisierung und Information der Mitarbeitenden über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz nach wie vor ein wichtiges Thema in der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten. Neben der fortlaufenden Schulung der neuen Kaderleute erhalten auch die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anlässlich der Einführungsveranstaltungen erste Informationen in diesem Bereich. Zudem wird im Rahmen eines Workshops allen Interessierten Gelegenheit geboten, sich mit diesen Fragestellungen vertieft auseinanderzusetzen. Die separat geführte Schulung der Lernenden im Bereiche Alter und Pflege sowie in den kaufmännischen Berufen bildete dieses Jahr einen Schwerpunkt. Künftig werden alle Lernenden in die Veranstaltungen eingebunden.

Bereits zum zweiten Mal analysierten und kommentierten die Gleichstellungsbeauftragten die Personalkennzahlen aus ihrer Sicht. Da die Massnahmen vom Vorjahr vom Stadtrat erst am 3. Dezember 2008 beschlossen wurden, gab es im April beim Vorliegen der Kennzahlen 2008 kaum sichtbare Auswirkungen, so dass auf die Massnahmen des ersten Beschlusses hingewiesen und auf weitere Empfehlungen einstweilen verzichtet wurde. Die Massnahmen werden, verbunden mit den entsprechenden Aufträgen und Weisungen in den Bereichen Beförderungen, Leistungsanteile, Qualifikationsprädikate, Teilzeitarbeit und Kaderselektion, erfahrungsgemäss eher mittel- und längerfristige Wirksamkeit zeigen.

Das auf vier Jahre festgelegte Projekt Gleichstellungscontrolling wurde mit einem Reporting und dem ergänzenden Schlussbericht formell beendet. Generell kann festgehalten werden, dass mit den vereinbarten Zielen und Massnahmen in allen Pilotorganisationen eine Sensibilisierung und ein Umdenken in Bezug auf Fragen rund um die Gleichstellung von Frau und Mann stattgefunden hat und damit verbunden auch Verbesserungen in den einzelnen Betrieben sichtbar sind. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass die strategischen Ziele zu Beginn des Projektes zu optimistisch gesetzt wurden und deshalb nur teilweise erreicht werden konnten.

Um dem Wunsch von Eltern nach verschiedenen Krippenstandorten entgegenzukommen, wurde im Frühjahr das Platzangebot neu aufgeteilt. In der Kindervilla «Chärfäsch» stehen nun 12 Plätze und in der Kinderkrippe «Leuehöhli» neu ein Platz zur Verfügung. Bereits konnten zwei Kinder in der «Leuehöhli» platziert werden.

Aufgrund zahlreicher Austritte im Zusammenhang mit Kindergarteneintritten und proportional weniger Eintritten lag die durchschnittliche Auslastung der Plätze bei rund 70%. Erfreulicherweise konnten alle angemeldeten Kinder zum gewünschten Zeitpunkt in die Krippen aufgenommen werden. Die Tatsache, dass per Ende Jahr 10 (3) Säuglinge und 3 (1) Kleinkinder auf einen Krippenplatz warten, lässt wieder mit einer Erhöhung der Belegung der Krippenplätze im kommenden Jahr rechnen.

Am diesjährigen Tochtterttag hatten die Mädchen die Möglichkeit, den Beruf der Feuerwehrfrau näher kennen zu lernen. Das vielfältige Programm der Berufsfeuerwehr der Stadt Winterthur brachte ihnen diesen für viele eher unbekanntem Berufszweig näher. Im Gegenzug wurde den Knaben ein Nachmittag in Zusammenarbeit mit der Abteilung Kinderbetreuung angeboten, wo sie Gelegenheit hatten, Informationen und praktische Einblicke in die schulergänzende Betreuung und in den Beruf der Fachperson Betreuung, Fachrichtung Kinderbetreuung, zu erhalten.

Schwerpunkte in der Beratung der Gleichstellungsbeauftragten waren Fragen zu sexueller Belästigung, Mutterschaft und Schwangerschaft, Familie und Beruf, beruflichem Wiedereinstieg sowie Teilzeitarbeit. Einzelne komplexe Fälle erforderten mehrere Beratungsgespräche, so dass sich die Zahl der Beratungen im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt hat. Es wurden insgesamt 73 (34) Beratungsgespräche geführt und von 13 (15) Frauen und 6 (5) Männern in Anspruch genommen.

Nebst dem bewährten Weiterbildungsangebot im Bereich Gleichstellung wurden vermehrt auch Kurse für Männer angeboten. Dazu gehörten unter anderem der Väterkurs oder das Coaching für Männer, welche sich mit dem Thema «Beruf – Vatersein – Partnerschaft» auseinandersetzen wollten. Verschiedene neue Kurse im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Teilzeitarbeit konnten durchgeführt werden. Die Kurse umfassten insgesamt 395 (412) Tage. Es nahmen 542 (572) Personen daran teil.

Es haben 15 (19) Frauen ein Gesuch für ein Stipendium zum beruflichen Wiedereinstieg eingereicht. 7 (11) Frauen konnte ein Unterstützungsbeitrag von total 14 250 Franken (21 133 Franken) zugesprochen werden.

Die Beauftragten für Gleichstellung waren neben ihren Kernaufgaben in unterschiedlichen Gremien und Arbeitsgruppen aktiv, nahmen an zahlreichen Veranstaltungen und Sitzungen teil und vernetzten sich in der schweizerischen Gleichstellungskonferenz.

Beratungen in nicht gleichstellungsspezifischen Angelegenheiten werden neu im Bericht der Mitarbeiter/innen-Beratung thematisiert.

Rekrutierung, Stellenpool, Stellenbörse

Die Gleichstellungsbeauftragten wurden zur Unterstützung und Begleitung für 17 (14) Selektionsverfahren bei Kaderstellen angefragt. Erfreulich war, dass auch dieses Jahr wieder zahlreiche Kaderstellen, nämlich deren 10 (9), mit Frauen besetzt werden konnten. Da immer mehr Kaderstellen auch in Teilzeit ausgeschrieben werden, hat sich die Zahl von qualifizierten Bewerberinnen potentiell erhöht. Der Personalchef wirkte an der Selektion für eine Stelle (2) im oberen Kader mit.

197 (201) frei werdende Stellen wurden für den Stellenpool und die Stellenbörse gemeldet. Auch dieses Jahr gab es in der Verwaltung keine grossen Reorganisationen, so dass im Stellenpool nur 6 (7) Personen gemeldet waren. Die Stellenzuweisungen reduzierten sich dementsprechend auf 1 (2), und es kam leider auch dieses Jahr zu keiner Anstellung. Die Stellenbörse mit 66 (75) Anmeldungen entspricht offensichtlich nach wie vor einem Bedürfnis der Mitarbeitenden. Ein Teil der Mitarbeitenden meldete sich, weil sie sich beruflich verändern wollten, andere mussten aus gesundheitlichen Gründen eine neue Stelle finden. Oft entsprechen die gemeldeten Stellen aber nicht den Bedürfnissen der Mitarbeitenden, so dass externe Lösungen gefunden werden müssen. Deshalb wird das Stellenbewerbungs-Coaching, welches die Gleichstellungsbeauftragten anbieten, sehr geschätzt und rege genutzt. 38 (89) Mal wurden Interessierte an die Dienststellen mit einem Stellenangebot weitervermittelt. 4 (6) Personen fanden intern, 8 Personen extern mit Unterstützung der Stellenbörse eine neue Arbeitsstelle.

Personelles, Organisation und Verschiedenes

Für das Personalamt stand das Berichtsjahr im Zeichen personeller Veränderungen sowie der Umsetzung des 2008 im Hinblick darauf durchgeführten Projektes «Personalamt 2010». Als Quintessenz aus der von der Price WaterhouseCoopers AG, Zürich, gewonnenen Erkenntnis, dass das Personalamt zu wenig personelle Ressourcen für seine strategischen Aufgaben habe, hatte der Stadtrat am 17. September 2008 einer schrittweisen Aufstockung des Stellenplanes im Zeitraum 2009 bis 2011 um 4.0 – 4.5 Stellen grundsätzlich zugestimmt und im Voranschlag 2009 einstweilen die drei zusätzlichen Stellen «Fachstelle Berufliche Grundbildung», «Leitung HR-Projekte» sowie «Leitung Personalmarketing und -rekrutierung» bewilligt. Zudem galt es, zwei Pensionierungen zu ersetzen. Als neue Mitarbeiter/-innenberaterin wurde Therese Plüss

angestellt, als Leiterin «Berufliche Grundbildung» Sarah Wolfensberger, als Leiter «HR-Projekte» Dr. Daniel Bastian, und als neue Leiterin Personalentwicklung und Beratung, mit Amtsantritt am 1. Februar 2010, Gabriela Widmer. Die dritte bewilligte neue Stelle blieb noch vakant.

Im Zuge der personellen Neubesetzungen und Umsetzung von «Personalamt 2010» wurde das Organigramm des Personalamts schrittweise angepasst. Die Struktur des Geschäftsberichts spiegelt diese Entwicklung ebenfalls wieder.

Anfang Juli reichte der amtierende Personalchef, Dr. Fritz Lang, dem Stadtrat seinen um ein halbes Jahr vorzeitigen Altersrücktritt per 30. Juni 2010 ein. In der Folge bestimmte der Stadtrat einen Wahlausschuss zur Selektion der Nachfolge, dem unter dem Vorsitz des Stadtpräsidenten die Vorsteherin des Departements Finanzen und der Vorsteher des Departements Sicherheit und Umwelt angehörten. Als Nachfolgerin von Dr. Fritz Lang wählte der Stadtrat am 25. November Dr. iur. Eva Schwarzenbach, bisher Departementssekretärin und Leiterin Rechtsdienst beim Departement Schule und Sport, mit Wirkung auf 1. Juli 2010.

Das Personalamt erstattete zu Händen des Stadtrates Mitbericht zu 37 (57) Personalgeschäften sowie zu 18 (16) Stellenplan-, Rechtsmittel- und weiteren Geschäften. Es erteilte seine Zustimmung zu 58 (39) Personalverfügungen und fertigte im Auftrag deren 26 (40) aus. Zu Händen des Stadtrats waren zwei (zwei) Vernehmlassungen an die kantonale Finanzdirektion zur Teilrevision des kantonalen Lohnsystems zu verfassen und eine weitere (0) zum gleichen Thema im Auftrag des Gemeindepräsidentenverbandes. Im Rahmen des Rechtsdienstes hatte der Personalchef 14 (15) grössere Geschäfte zu bearbeiten, ferner prüfte er 59 (65) rechtliche Anfragen per Mail; weitere Rechtsauskünfte erfolgten telefonisch. Im «Handbuch Personalrecht» wurden wiederum eine neue Fassung des Personalstatuts und der Vollzugsverordnung mit allen integrierten Nachträgen sowie ein Update der «Personalrechtlichen Praxis» aufgeschaltet. Der Personalchef führte ferner 14 (21) Beratungsgespräche in Konflikt- und Mediationsfällen.

Die Personalkommission trat zu 4 (3) Sitzungen zusammen. Mit dem Kanton, der Stadt Zürich, den Zürcher Gemeinden und dem Bund fanden wie üblich 2 (2) personalpolitische Koordinations Sitzungen statt. Die Konferenz der Personalverantwortlichen der Departemente und Ämter versammelte sich zu 3 (3) Sitzungen unter dem Vorsitz des Personalchefs. Ferner organisierte das Personalamt eine (eine) Konferenz für das höhere Kader der Stadtverwaltung.

Personalstatistik 2009 des Verwaltungs- und Betriebspersonal

	Beschäftigungsumfang	Anzahl Beschäftigte am 31. Dezember 2009				
		Total	Frauen	Männer	Teilzeit	* Vollzeit
Stadtkanzlei	19.2	29	12	17	16	13
Stadtkanzlei						
Kulturelles und Dienste	178.4	398	269	129	331	67
Departementssekretariat	3.5	5	3	2	3	2
Personalamt	10.5	14	10	4	8	6
Stadtentwicklung	13.3	20	14	6	16	4
Bereich Kultur	120.8	322	223	99	294	28
Stadtammann- und Betreibungsamt	28.2	33	15	18	6	27
Friedensrichteramt	2.2	4	4		4	
Finanzen	167.5	252	140	112	131	121
Departementssekretariat	2.9	3	2	1	1	2
Finanzkontrolle	4.8	5	2	3	1	4
Finanzamt	16.4	20	10	10	5	15
Steueramt	58.5	61	43	18	27	34
Immobilien	38.8	104	75	29	84	20
Informatikdienste	46.2	59	8	51	13	46
Bau	290.4	316	51	265	50	266
Departementssekretariat	6.2	7	4	3	1	6
Tiefbauamt	197.1	205	13	192	9	196
Vermessungsamt	15.4	17	2	15	8	9
Baupolizeiamt	34.5	41	16	25	13	28
Amt für Städtebau	37.4	46	16	30	19	27
Sicherheit und Umwelt	340.3	426	173	253	123	303
Departementssekretariat	3.1	4	2	2	2	2
Polizeirichteramt	8.0	9	6	3	1	8
Stadtpolizei	226.6	294	114	180	84	210
Feuerwehr	36.7	37	5	32	3	34
Zivilschutzamt	18.4	21	4	17	3	18
Melde- und Zivilstandswesen	29.6	36	31	5	16	20
Umwelt- und Gesundheitsschutz	17.9	25	11	14	14	11
Schule und Sport	408.7	1 515	1 191	324	1 405	110
Departementssekretariat	4.0	7	7	0	6	1
Schulbehörden	9.3	18	14	4	17	1
Bereich Bildung	165.9	523	455	68	497	50
Bereich Zentrale Dienste	169.5	836	624	212	786	26
Bereich Berufsbildung	21.8	64	53	11	55	9
Bereich Sport	38.2	67	38	29	44	23
Soziales	904.5	1 293	1 089	204	964	329
Departementssekretariat	6.8	10	7	3	9	1
Vormundschaftsamt	16.4	25	21	4	24	1
Soziale Dienste	143.5	196	142	54	140	56
Alter und Pflege	663.8	974	875	99	741	233
KAP	74.0	88	44	44	50	38
Technische Betriebe	672.4	745	122	623	135	610
Departementssekretariat	2.1	3	1	2	2	1
Stadtwerk	316.2	356	64	292	66	290
Stadtbus	239.4	253	31	222	32	221
Forstbetrieb	24.8	29	1	28	5	24
Stadtgärtnerei	90.0	104	25	79	30	74
Gesamttotal	2 981.4	4 974	3 047	1 927	3 155	1 819
Ausbildungsverhältnisse	562.8	590	251	339	54	536
Berufslehre nach BBG	232.0	250	155	95	12	238
Praktika	90.7	102	78	24	32	70
Schutz und Rettung	14.5	14	3	11		14
MSW-Lehrwerkstätte	217.4	214	7	207		214
Übrige in Ausbildung	8.1	10	8	2	10	

Bemerkungen zur Personalstatistik siehe auch im Geschäftsbericht des Personalamtes:

Beschäftigungsumfang: Total der geleisteten Pensen aller während des Jahres beschäftigten MitarbeiterInnen (eingeschlossen alle während des ganzen Jahres und während nur einer beschränkten Dauer in Voll- und Teilzeit Beschäftigten, in Berücksichtigung von Ein- und Austritten sowie unbezahltem Urlaub, ausbezahlte Mehr- und Überstunden) umgerechnet auf Vollbeschäftigten.

Anzahl Anstellungsverhältnisse: wird per Stichtag 31. Dezember 2009 erhoben, wobei jede/r Mitarbeiter/in voll gezählt wird (Kopfzählung).

Die Anzahl Anstellungsverhältnisse ist höher als die Gesamtzahl der beschäftigten Personen, da dieselbe Person verschiedene (Teilzeit)-Stellen innehaben kann und in diesem Fall mehrfach gezählt wird.

* Vollzeit = Beschäftigungsgrad > = 90 %

Rechtspflege

Stadtammann- und Betreibungsämter

Nachdem es im Jahre 2008 einen leichten Rückgang der Fallzahlen zu verzeichnen gab, sind die Verfahren im Jahre 2009 wieder angestiegen. Die Zahl der ausgestellten Zahlungsbefehle hat sich gegenüber 2008 um 4.78 % erhöht, nämlich auf 30 354 und die Anzahl Pfändungsverfahren hat im Jahr 2009 um 5.54 % zugenommen (14 569). Aus statistischer Sicht ist dies das zweithöchste Ergebnis, dass die Stadtammann- und Betreibungsämter der Stadt

Winterthur je erreicht haben. Auffallend ist, dass der Anstieg der Zahlen im zweiten Halbjahr stattgefunden hat. Markant angestiegen sind auch die zugestellten Konkursandrohungen (Zunahme um 14.95 % gegenüber dem Vorjahr). Die Zahl der erfolglosen Pfändungen hat sich ebenfalls leicht erhöht (von 6642 im Jahre 2008 auf 7077 im Jahre 2009). Der Grund für eine erfolglose Pfändung ist, dass kein pfändbares Vermögen oder Einkommen vorhanden ist, da entweder das Einkommen der Schuldnerschaft tiefer ist als das betreibungsrechtliche Existenzminimum oder diese Fürsorgeleistungen oder Leistungen eines anderen Sozialversicherers beziehen. Erneut sehr hoch ist

die Zahl der erteilten Solvenzanfragen. So wurden im Jahre 2009 gegen 23 000 Auskunftsanfragen über die Zahlungsfähigkeit erteilt. Lieferanten, Dienstleistungsbetriebe und Vermieter sind nach wie vor vorsichtig und klären die Solvenz ihrer Kundschaft vorgängig ab. Die Komplexität der Fälle hat im Jahre 2009 ebenfalls weiter stark zugenommen. Einerseits müssen immer mehr Abklärungen bei den Betreibungshandlungen vorgenommen werden und andererseits hat die Zahl der Grundstückpfändungen zugenommen. Die Winterthurer Betreibungsämter bearbeiten nicht nur im Rahmen des Schuldbetreibungs- und Konkursrechtes Fälle, sondern sie beraten auch Gläubiger. Auch diese Beratungstätigkeit ist stark angestiegen, da vermehrt nach Möglichkeiten gesucht wird, säumige Zahler ins Recht zu fassen.

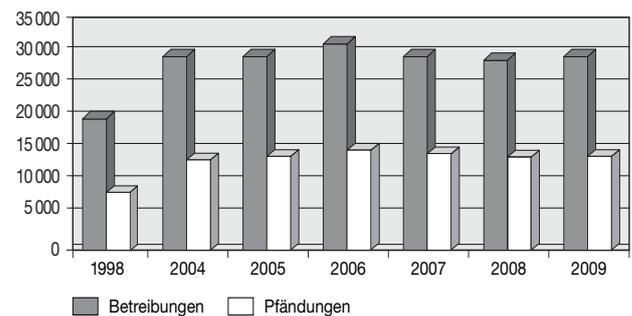
Die Zahl der stadtmannamtlichen Geschäfte ist wiederum sehr hoch. So mussten unter anderem im Jahre 2009 gegen 60 Wohnungsausweisungen vollstreckt und Räumungen vollzogen werden. Auch die Zahl der Befundaufnahmen (Aufnahme des tatsächlichen Zustandes) im Rahmen von Bautätigkeiten oder bei nachbarschaftlichen Streitigkeiten ist im Jahre 2009 nicht zurückgegangen. Immer häufiger leisten die Stadtmannämter Hilfeleistungen bei polizeilichen Hausdurchsuchungen. In solchen Verfahren muss der Stadtmann, die sichergestellten Gegenstände protokollieren und das Vorgehen begutachten.

Die jährlich durch das Finanzamt der Stadt Winterthur, das Bezirksgericht Winterthur sowie das Betreibungsinspektorat des Obergerichts des Kantons Zürich durchgeführten Inspektionen waren wiederum durchwegs positiv.

Friedensrichteramt

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 518 Fälle erledigt, rund 10 % mehr als im Vorjahr (2008: 470, 2007: 507). Dabei stieg der Anteil der gewöhnlichen Zivilklagen (insbesondere Forderungen) mit 396 Fällen nochmals um knapp 6 % an (76.4 % der Gesamtfälle, 2007: 70.6 %). Die Anzahl der zu erledigenden Scheidungsklagen blieb konstant bei 61 Fällen (11.8 % der Gesamtfälle; 2008: 60, 2007: 90). In 68.9 % der erledigten Scheidungsverfahren musste eine Weisung an das Bezirksgericht ausgestellt werden. Ausserdem wurden 15 Vaterschafts- und Unterhaltsklagen behandelt (2.9 % der Gesamtfälle; 2008: 22, 2007: 31), welche in 80 % der Fälle mit einer Weisung endeten. Bei den 41 erledigten Kompetenzfällen – dies sind Klagen mit einem Streitwert bis 500 Franken (7.9 % der Gesamtfälle; 2008: 38, 2007: 32) musste in 20 Geschäften ein Urteil gefällt werden, die restlichen 21 Fälle konnten einvernehmlich gelöst werden. Mehrere Urteile mussten nach durchgeführtem Beweisverfahren oder auf Antrag einer Partei schriftlich begründet werden. Der niedrigste Streitwert betrug in diesem Jahr 92 Franken, der Höchste 4 440 000 Franken. Stark gesunken ist mit 5 Fällen die Zahl der Ehrverletzungsklagen (1 % der Gesamtfälle; 2008: 18, 2007: 16), welche jedoch – mit einer Ausnahme – alle einvernehmlich gelöst werden konnten. Es ist wieder gelungen, in seit Jahren bestehenden Konflikten, welche teilweise auch schon andere städtische Stellen beschäftigt haben, erfolgreich zu vermitteln. Konstant hoch blieb die

Eingeleitete Betreibungs- und vollzogene Pfändungen in der Stadt Winterthur von 1998 bis 2009



Zahl der allgemeinen Auskünfte (Audienzgespräche) mit 498 Geschäften (2008: 517, 2007: 521).

Gesamthaft konnten 282 der 518 Fälle definitiv erledigt werden (54.4 %, 2008: 54.3 % 2007: 49.9 %). Bei den 236 Fällen, in denen eine Weisung an das Gericht ausgestellt werden musste, wurde die Klage in 119 Fällen bestritten. In 117 Fällen erschien die beklagte Partei nicht zur Sühnverhandlung oder es wurde ein schriftliches Verfahren durchgeführt. Insgesamt kann festgestellt werden, dass in 70.3 % der Fälle (2008: 69.5, 2007: 63.6 %), bei welchen eine Verhandlung ordentlich durchgeführt werden konnte, eine definitive Erledigung der Streitsache vor der Friedensrichterin erzielt werden konnte und dadurch die nachfolgenden Instanzen spürbar entlastet wurden.

Friedensrichteramt

	Verfahren	Total
A. Sühnverfahren in Zivilstreitigkeiten		
Zu behandelnde Klagen:		
1. Übertrag aus dem Vorjahr	66	
2. Neu eingegangene Klagen	474	540
Erledigt im Geschäftsjahr:		
1. Durch Rückzug oder Abschreibung	86	
2. Durch Anerkennung	40	
3. Durch Vergleich	98	
4. Durch Weisung (davon 44 Scheidungen)	235	
5. Durch Überweisung (Scheidungen)	13	472
Übertrag auf das folgende Jahr		68
B. Zivilprozesse bis Fr. 500.- Streitwert		
Zu behandelnde Klagen:		
1. Übertrag aus dem Vorjahr	7	
2. Neu eingegangene Klagen	42	49
Erledigt im Geschäftsjahr:		
1. Durch Urteil	20	
2. Durch Verfügung	21	41
Übertrag auf das folgende Jahr		8
C. Sühnverfahren über Ehrverletzungsklagen		
Zu behandelnde Klagen:		
1. Übertrag aus dem Vorjahr	1	
2. Neu eingegangene Klagen	6	7
Erledigt im Geschäftsjahr:		
1. Durch Vergleich	2	
2. Durch Rückzug oder Abschreibung	2	
3. Durch Weisung	1	5
Übertrag auf das folgende Jahr		2
D. Audienzgespräche		
		498
Total erledigte Fälle 2009		518
Vorjahr		470

Departement Finanzen

Rechnung

Die Rechnung 2009 schliesst bei bereinigten Aufwendungen von 1158 Millionen Franken und bereinigten Erträgen von 1155 Millionen Franken mit einem Aufwandüberschuss von rund 3 Millionen Franken ab. Dieses Ergebnis wird der Stadt als Bezügerin von Steuerfussausgleich vom Kanton Zürich vorgeschrieben: Gemäss ständiger Praxis müssen Gemeinden im Steuerfussausgleich ihr Eigenkapital um jährlich 10 Prozent abschreiben, um den vertikalen Finanzausgleich zu entlasten. Das Rechnungsjahr 2009 kann unter Berücksichtigung der Finanz- und Wirtschaftskrise als befriedigend bezeichnet werden. Im kantonalen Finanzausgleich sind insgesamt 108.7 Millionen Franken budgetiert: 48.7 Millionen Steuerfussausgleich und 60 Millionen Steuerkraftausgleich. Da sich die relative Steuerkraft der Stadt Winterthur wie bereits im Vorjahr schlechter entwickelte als das Kantonsmittel, erhöhte sich der Steuerkraftausgleich um 26.4 Millionen auf 86.4 Millionen Franken. Dieser Umstand sowie die Mehrerträge an Steuern führten dazu, dass 10.2 Millionen Franken vom zugesicherten Steuerfussausgleich von 48.7 Millionen Franken nicht beansprucht werden. Somit beansprucht die Stadt Winterthur insgesamt 125 Millionen Franken Finanzausgleich, deutlich mehr als budgetiert.

Die konjunkturellen Aussichten sehen zurzeit wieder etwas besser aus. Auf dem Arbeitsmarkt wirkt sich das erst mit einer Verzögerung aus. Die Arbeitslosenquote wird erst in ein bis zwei Jahren wieder auf einem tiefen Niveau sein. Auf der Aufgabenseite lastet wegen der wachsenden Stadt und der immer noch ansteigenden Fürsorgeleistungen ein enormer finanzieller Druck. So werden grosse Effizienz- und Sparanstrengungen nötig sein, damit die Stadtverwaltung die nötigen Aufgaben erbringen kann.

Steuern

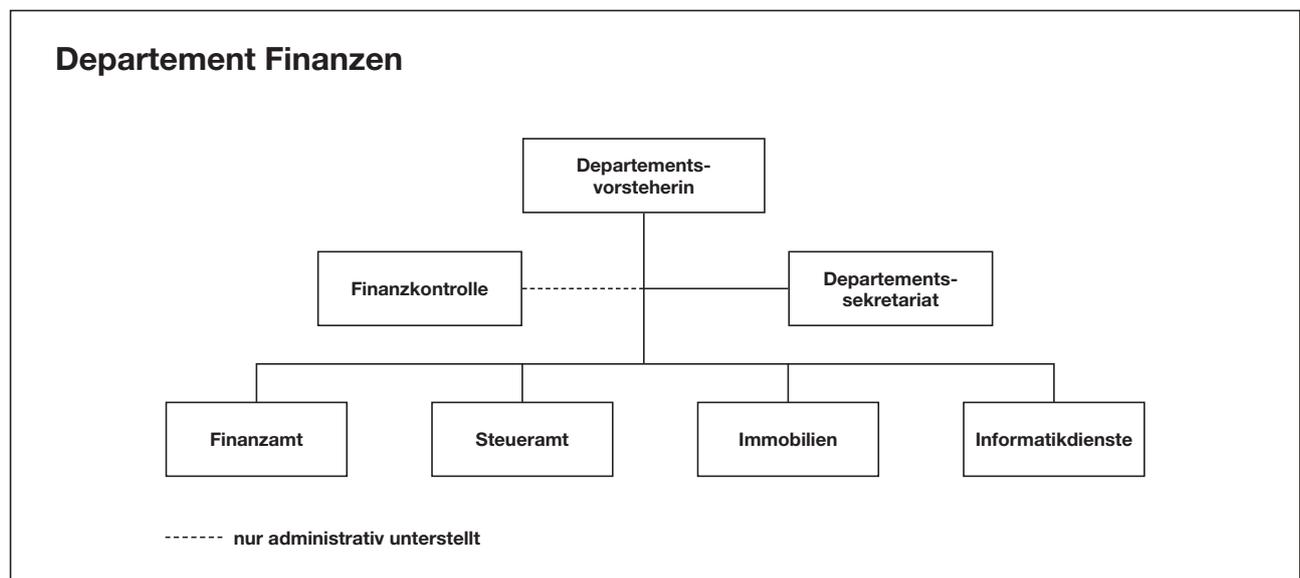
Die Steuererträge entwickeln sich immer noch gegenläufig zur Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese Auswirkungen werden erst um ein bis zwei Jahre verzögert Wirkung zeigen, es sei denn, der Aufschwung kann diese Entwicklung auffangen. Die gesamten Steuererträge im Jahre

2009 konnten im Vergleich zum Vorjahr um 11.3 Prozent zulegen. Prozentual ist bei den juristischen Personen eine grössere Wachstumssteigerung zu verzeichnen als bei den natürlichen Personen. Beim Grundstückgewinnsteuerertrag ist nochmals ein Rückgang zu verzeichnen, obwohl das Potential für eine positive Entwicklung vorhanden ist.

Landpolitik

Die Stadt Winterthur verfügt über ein grosses Portefeuille von Liegenschaften im Finanzvermögen. Die Qualität entspricht allerdings nicht einem reinen Anlageportfolio und belastet die Laufende Rechnung beträchtlich. Als Gegenmassnahme wird einerseits der Verkauf von unrentablen Liegenschaften angestrebt und andererseits der Zukauf von Grundstücken geprüft. Im Zusammenhang mit dem Erwerb neuer Liegenschaften in das Finanzvermögen ist der Bereich Immobilien mit möglichen Grundeigentümerinnen und -eigentümern in Kontakt getreten und hat deren Angebote geprüft. Im Geschäftsjahr 2009 sind Immobilien im Betrag von über 12 Millionen Franken ins Finanzvermögen gekauft worden. Die vier Liegenschaften (Badgasse 6, Wartstrasse 53, Wülflingerstrasse 255 und Zeughausstrasse 50–54) sind aus strategischen Überlegungen erworben worden. Für den geplanten Schulhausneubau in Neuhegi sind die Kaufverträge öffentlich beurkundet worden.

In Ergänzung zur aktiven Landpolitik wurde die Wohnraumerneuerung stark intensiviert. Zwei Mehrfamilienhäuser – Hörnliststrasse 25–29 und Grenzstrasse 40 – sind umfassend saniert worden. Gleichzeitig wurde eine Gesamtplanung erarbeitet, welche Sanierungsvorschläge für die Jahre 2009 bis 2014 beinhaltet. Auch der Verwaltungskommission der Pensionskasse wurden Sanierungsvorschläge für die Liegenschaften der Pensionskasse der Stadt Winterthur unterbreitet. Ebenso ist ein starkes Gewicht auf den laufenden Unterhalt gelegt worden. Somit ist gewährleistet, dass sich die Liegenschaften der Stadt Winterthur in einem gepflegten und unterhaltenen Zustand befinden. Mit diesen nachhaltigen Massnahmen wird dem Vermögen der Stadt Winterthur gehörig Sorge getragen.



Informatik

Die Informatikdienste (IDW) haben als erster Informatikdienstleister einer Schweizer Stadt die ISO-Zertifikate für Qualitätsmanagement und Informationssicherheit erhalten. Sie sind von der Zertifizierungsstelle Swiss TS erfolgreich nach ISO 9001 (Qualitätsmanagementsystem) und ISO 27001 (Managementsystem für Informationssicherheit) begutachtet worden.

Projekt Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV)

Die wirkungsorientierte Verwaltungsführung hat sich auch im vierten Jahr bewährt, in welchem die ganze Verwaltung mit Ausnahme eines Teils der Volksschule nach diesem Prinzip lebt. Die Umstellung der Volksschule auf WoV wird auf das Budget 2011 eingeführt. Im Anschluss an die im letzten Quartal 2007 durchgeführte Umfrage in der Verwaltung und im Parlament wurde für die Konsolidierung und Weiterentwicklung von WoV eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Aufsichtskommission, des Stadtrats sowie Vertretungen aus der Verwaltung ins Leben gerufen, damit die Bedürfnisse der verschiedenen Akteure möglichst früh koordiniert werden können. In dieser Gruppe sind folgende Themen zur Entscheidungsreife gebracht worden: Die vollständig gebührenfinanzierten Produktgruppen, welche eine geschlossene Rechnung haben, sollen zukünftig so dargestellt werden, dass ersichtlich ist, ob diese gegenüber dem Budget besser oder schlechter abgeschlossen haben. Dies wird erreicht, indem die Rechnung und das Budget dieser Produktgruppen sowohl mit als auch ohne die Einlagen und Entnahmen aus den Spezialfinanzierungen dargestellt werden. Nach vielen Diskussionen über die Einführung von «WoV-Light», hat man entschieden, darauf zu verzichten. Alle Produktgruppen, welche eine Leistung erbringen, sollen gleich behandelt werden. Lediglich jene Produktgruppen, welche frei von unternehmerischen Handlungen sind, werden nicht in das WoV-System eingebunden. Das bedeutet, für sie werden keine parlamentarischen Ziele und Indikatoren definiert und sie haben auch keine Produktgruppen-Reserve. Dabei handelt es sich um die Produktgruppen «Steuern und Finanzausgleich», «Städtische Allgemeynkosten/-erträge», «Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich» und «Beiträge an den öffentlichen Verkehr». Für alle anderen Produktgruppen mit unternehmerischen Leistungen ist es möglich, Produktpreise und Indikatoren zu bestimmen. Einen Eintrittspreis für ein Hallenbad zu ermitteln ist gewiss einfacher als Preise für eine vormundschaftliche Massnahme zu eruieren. Hingegen können auch hier Prozesse definiert werden, für welche ein Preis und Indikatoren festgelegt werden können. Noch zu diskutieren ist die Einführung einer gemeinsamen Produktgruppen-Reserve, welche durch alle Produktgruppen gespiesen wird, die eine Einlage machen können. Es ist vorgesehen 10 Prozent der jeweiligen Einlagen für die gemeinsame Reserve zu verwenden. Verfügungsberechtigt soll der Stadtrat sein.

Projekt Zentrales Immobilienmanagement (ZIM)

Der Stadtrat hat einen entscheidenden Schritt für den Aufbau eines zentralen Immobilienmanagements getan. Mit der Genehmigung und Inkraftsetzung des Immobilienhandbuchs per 1. Januar 2010 hat er das Kernstück dieses Projektes umgesetzt. In diesem modular aufgebauten Instrument werden die Prozesse im Immobilienwesen der Stadt Winterthur schriftlich festgehalten und laufend an die aktuellen Gegebenheiten angepasst. Das Handbuch ist ein wichtiger Wegweiser für die zukünftige Bewirtschaftung der städtischen Immobilien.

Als weiterer wichtiger Bestandteil des zentralen Immobilienmanagements wird ab dem Rechnungsjahr 2011 das kaufmännische Gebäudemanagement zentral durch den Bereich Immobilien verarbeitet. Mit dieser Massnahme ist es möglich, ohne Zusatzaufwand genaue Kennzahlen zu erarbeiten und diese für die künftigen strategischen Entscheide im Portfoliomanagement sowie im Gebäudemanagement einzubeziehen. Zur Unterstützung dieses Vorhabens wurde zusätzlich der Aufbau einer zentralen Immobiliendatenbank gutgeheissen.

Reform Zürcher Finanzausgleich (REFA)

Der Kanton Zürich hatte am 27. August 2007 einen Gesetzesentwurf für eine Reform des Finanzausgleichs vorgelegt und den Gemeinden eine Frist zur Vernehmlassung bis Ende 2007 eingeräumt. Im Jahre 2008 wurden die Vernehmlassungsantworten vom Kanton ausgewertet und die Gesetzesvorlage überarbeitet. Im Zuge dieser Aktivitäten wurde auch eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen der Städte und Gemeinden einberufen. Die Stadt Winterthur hat sich an dieser Arbeitsgruppe aktiv beteiligt mit dem Ziel, der Reform des Finanzausgleichs zum Durchbruch zu verhelfen. Der neue Antrag des Regierungsrates zum Finanzausgleich (FAG) vom 28. Januar 2009 liegt nun dem Kantonsrat zur Beratung vor. Darin sind auch die Zentrumslasten beziffert, welche für die Städte Winterthur und Zürich vorgesehen sind. Dieser ist für die Stadt Winterthur um zirka einen Drittel pro Person tiefer als für die Stadt Zürich, obwohl Winterthur eine Spitzenposition bei der Belastung durch Zentrumsleistungen hat. Mit der vorgesehenen Abgeltung von 75 Mio. Franken kann die Stadt Winterthur nicht auskommen, ohne den Steuerfuss massiv zu erhöhen. Daher hat sich das Departement Finanzen seit der Veröffentlichung dieser Zahlen vehement für eine Verbesserung dieser Abgeltung eingesetzt. Es hängt wesentlich von der Erhöhung dieser Abgeltung ab, ob die Stadt Winterthur der Reform des Zürcher Finanzausgleichs auch in Zukunft positiv gegenüber stehen kann.

Personelle Veränderungen

Im Steueramt hat Martin Brotzer am 1. Mai die Leitung der Abteilung Publikumskontakte übernommen. Im Finanzamt haben Karin Kern am 1. Februar die Leitung der Abteilung Zahlungsverkehr und Pierfrancesco Perini am 1. April die Leitung der Abteilung Debitoren/Schnittstellen anstelle von Rodolfo Del Fabro übernommen.

Finanzamt

Rechnungsabschluss

Die Rechnung 2009 schliesst bei bereinigten Aufwendungen von 1158 Mio. Franken und bereinigten Erträgen von 1155 Mio. Franken mit einem Aufwandüberschuss von rund 3 Mio. Franken ab. Dieses Ergebnis wird der Stadt als Bezügerin von Steuerfussausgleich vom Kanton Zürich vorgeschrieben: Gemäss ständiger Praxis müssen Gemeinden im Steuerfussausgleich ihr Eigenkapital um jährlich 10 Prozent abschreiben, um den vertikalen Finanzausgleich zu entlasten. Bei der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens stehen 211.4 Mio. Franken an bereinigten Ausgaben 34.3 Mio. Franken an bereinigten Einnahmen gegenüber, so dass netto 177 Mio. Franken investiert worden sind. Während davon 59.3 Mio. Franken ins Allgemeine Verwaltungsvermögen geflossen sind, beträgt der Anteil des Verwaltungsvermögens der städtischen Betriebe 117.8 Mio. Franken. Beim Finanzvermögen wurden netto 13 Mio. Franken investiert. Das Verwaltungsvermögen beläuft sich nach Berücksichtigung der Abschreibungen auf 1138 Mio. Franken; davon entfallen 372 Mio. Franken auf das Allgemeine Verwaltungsvermögen und 766 Mio. Franken auf das Verwaltungsvermögen der städtischen Betriebe. Dieses hat sich nicht nur infolge der vermehrten Investitionstätigkeit, sondern vor allem wegen der Neubewertung stark erhöht.

Laufende Rechnung

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2009	Voranschlag 2009	Veränderung
Aufwand (bereinigt)	1 158 192	1 075 276	82 916
Ertrag (bereinigt)	- 1 155 226	- 1 071 890	- 83 336
Ergebnis	2 967	3 387	- 420
<i>Aufwand</i>			
Personalaufwand	422 952	427 847	- 4 895
Sachaufwand	149 409	142 599	6 810
Passivzinsen	26 383	30 404	- 4 021
Abschreibungen	159 051	87 060	71 990
Energie- / Rohmaterialankauf	83 304	99 568	- 16 264
Entschädigungen an andere Gemeinwesen	53 003	51 968	1 035
Beiträge an Dritte	232 645	221 252	11 393
Durchlaufende Beiträge	872	1 000	- 128
Einlagen in Spezialfinanzierungen	30 574	13 578	16 996
<i>Ertrag</i>			
Steuern	- 362 155	- 336 250	- 25 905
Regalien und Konzessionen	- 743	- 955	212
Vermögenserträge	- 23 363	- 33 746	10 384
Entgelte	- 399 437	- 406 256	6 819
Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	- 132 267	- 115 446	- 16 821
Rückerstattungen von Gemeinwesen	- 63 163	- 61 717	- 1 446
Beiträge mit Zweckbindung	- 116 019	- 112 792	- 3 227
Durchlaufende Beiträge	- 872	- 1 000	128
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	- 57 207	- 3 727	- 53 480

Die Rechnung 2009 konnte zufolge grosser Ausgaben- disziplin gut abgewickelt werden. Das Endergebnis entspricht in etwa dem Voranschlag. Bei den einzelnen Kosten- und Ertragsarten gab es hingegen einige grosse Abweichungen, die sich in der Summe wieder aufheben. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass zwei Besonderheiten den Umsatz der Stadt Winterthur sowohl beim Aufwand als auch beim Ertrag gegenüber dem Budget um rund 72 Mio. Franken steigen lassen. Im Jahr 2009 konnten diverse alte Konkursverfahren erledigt werden, was bei den Steuern zu zusätzlichen ausserordentlichen Abschreibungen von rund 19 Mio. Franken führt. Da für die Buchhaltung der öffentlichen Hand das Bruttoprinzip gilt, muss der gleiche Betrag auch bei den Steuereinnahmen verbucht werden. Normalerweise bewegen sich die Steuerabschreibungen um zirka 3 Mio. Franken. Auf Betreiben der Elcom, dem staatlichen Aufsichtsorgan der Elektrizitätswirtschaft, musste Stadtwerk Winterthur die vorgenommene Aufwertung seiner Anlagen um 30 Prozent reduzieren. Diese Vorgabe führte zu zusätzlichen Ab-

schreibungen von rund 52.5 Mio. Franken, welche aus der Aufwertungsreserve finanziert wurden. Beide Vorgänge erhöhen zwar den Umsatz, dürfen aber nicht als Ausgabenausdehnung gewertet werden und sind nur einmalig.

Die relative Steuerkraft der Stadt Winterthur entwickelte sich wie im Vorjahr schlechter als das Kantonsmittel. Das erhöhte den Steuerkraftausgleich um 26.4 Mio. auf 86.4 Mio. Franken. Dieser Umstand sowie die Mehrerträge an Steuern (netto rund 6 Mio.) führten dazu, dass 10.2 Mio. Franken vom zugesicherten Steuerfussausgleich von 48.7 Mio. Franken nicht beansprucht werden. Wegen der guten Ertragslage konnten wie im Vorjahr verschiedene zusätzliche, in früheren Jahren zurückgestellte, dringende gebundene Unterhaltsvorhaben realisiert werden.

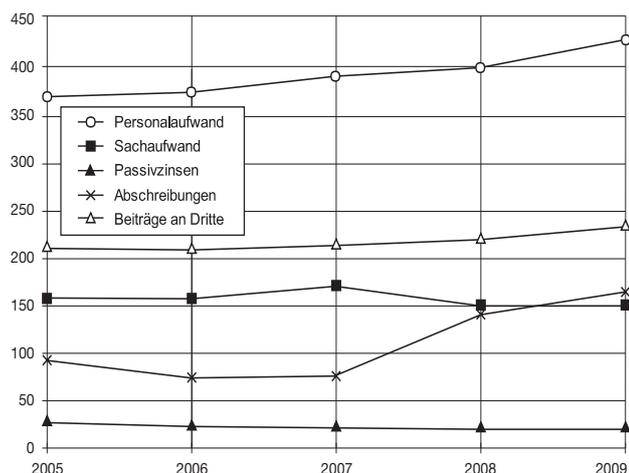
Beim Ertrag sind folgende Positionen speziell zu erwähnen: Die budgetierten Steuereinnahmen wurden netto um rund 6 Mio. Franken übertroffen und erreichten den Totalbetrag von 362 Mio. Franken (dieser Betrag umfasst sämtliche Steuereinnahmen des laufenden Jahres und der Vorjahre inklusive der erwähnten ausserordentlichen Abschreibungen). Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Steuern um netto zirka 17 Mio. Franken. Weitere grössere Abweichungen gab es bei den Entnahmen aus Spezialfinanzierungen (+ 53.5 Mio. als Folge der Korrektur bei der Neubewertung der Anlagen von Stadtwerk Winterthur). Da der Verkauf des Archareals noch nicht realisiert werden konnte, reduzierten sich die Vermögenserträge gegenüber dem Budget um 10.4 Mio. Franken. Bei den Entgelten ergibt sich ein uneinheitliches Bild. Wegen Preissenkungen reduzierten sich die Energieverkäufe (- 15.7 Mio. gegenüber dem Vorjahr); hingegen nur - 2.5 Mio. gegenüber dem Vorjahr). Der Ertrag der Bussen stagniert bei zirka 10 Mio. Franken und wurde deutlich zu hoch budgetiert (3.5 Mio.). Die Heimtaxen sowie die Schul- und Kostgelder von Privaten gingen zurück (- 1.8 Mio.), dafür stiegen die Benützung- und Dienstleistungsentgelte (+1.7 Mio.). Als Folge der starken Zunahme der Fürsorgeleistungen stiegen auch die Rückerstattungen, welche zusammen mit den Beiträgen mit Zweckbindung zirka 40 Prozent dieser Ausgaben finanzieren.

Beim Aufwand ergaben sich folgende grösseren Abweichungen: Der Sachaufwand wurde insgesamt mit 6.8 Mio. Franken überschritten. Dies ist im Wesentlichen auf zusätzliche gebundene Ausgaben beim Unterhalt von Liegenschaften und Mobilien zurückzuführen. Die Abweichung bei den Abschreibungen (+ 72 Mio.) entstand wegen der erwähnten Korrektur bei der Neubewertung der Anlagen von Stadtwerk und wurde durch die Entnahme aus der Aufwertungsreserve finanziert. Der Rest fällt auf die schon genannten ausserordentlichen Steuerabschreibungen. Die Beiträge an Dritte überstiegen das Budget um 11.4 Mio. Franken. Hier schlagen vor allem die deutlich gestiegenen Fürsorgeleistungen zu Buche. Netto musste die Stadt in diesem Bereich 4.6 Mio. Franken mehr ausgeben. Der Personalaufwand wurde mit fast 5 Mio. Franken unterschritten. Die Zinsen konnten trotz zusätzlichem Finanzierungsbedarf auf sehr tiefem Niveau gehalten werden und lagen 4 Mio. Franken unter dem Budget. Die deutlich tieferen Kosten für die Energie- und Rohmaterialankäufe (- 16.3 Mio.) widerspiegeln sich bei den Mindererträgen bei Stadtwerk.

Der Verlauf der Rechnung zeigt deutlich, dass der finanzielle Spielraum der Stadt Winterthur trotz steigender Steuereinnahmen nach wie vor eng ist. Wegen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise steigen die Fürsorgeleistungen wieder stark an. Von den steigenden Steuereinnahmen kann die Stadt nur sehr bedingt profitieren, weil sich deswegen ein Einnahmenverlust beim Steuerkraftausgleich in mindestens gleichem Umfang abzeichnet. Somit stehen der Stadt keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung.

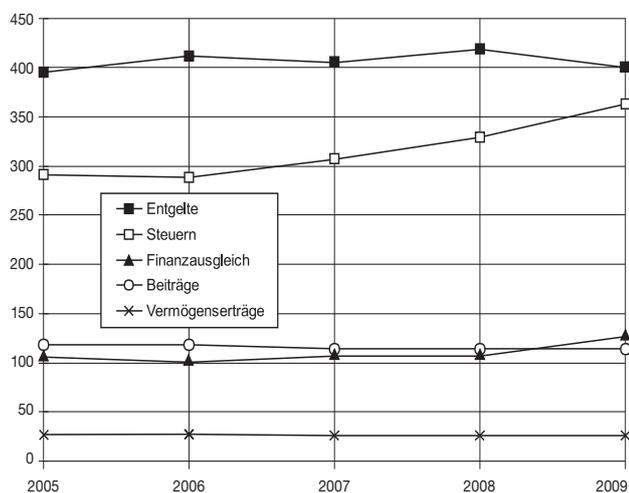
Entwicklung des Aufwandes

in Millionen Franken



Entwicklung des Ertrages

in Millionen Franken



Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen liegen mit 177 Mio. Franken wiederum deutlich höher als im Vorjahr (117 Mio.). Die Nettoinvestitionen im allgemeinen Verwaltungsvermögen liegen mit 59.3 Mio. Franken auf Vorjahresniveau aber deutlich über dem Wert der vergangenen Jahre und haben die vorgesehene Abschreibungsbasis von 54 Mio. Franken um 5.3 Mio. Franken übertraffen. Dies kann als Kompensation aus früheren Jahren bewertet werden, in welchen die vorgesehene Abschreibungsbasis jeweils klar unterschritten wurde. Die Nettoinvestitionen der städtischen Betriebe belaufen sich auf rund 118 Mio. Franken und liegen damit deutlich über der Investitionstätigkeit des Vorjahres (55 Mio.).

Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2009	Voranschlag 2009	Veränderung
Ausgaben (bereinigt)	211 456	230 110	- 18 654
Einnahmen (bereinigt)	34 333	31 442	2 891
Nettoinvestition	177 123	198 668	- 21 545
Ausgaben:			
Grundstückserwerb und Bauten	203 878	219 006	- 15 129
Darlehen und Beteiligungen	3 000	7 200	- 4 200
Investitionsbeiträge	1 530	2 054	- 524
übrige zu aktivierende Ausgaben	476	1 750	- 1 274
Einlagen in Spezialfonds	2 572	100	2 472
Einnahmen:			
Abgang von Sachgütern			0
Nutzungsabgaben/Vorteilsentgelte	11 106	8 378	2 728
Rückzahlung von Darlehen/Beteiligungen	3 206	701	2 505
Rückerstattung für Sachgüter	1 871	1 130	741
Rückzahlung von Investitionsbeiträgen	18 150	18 154	- 3
Entnahmen aus Spezialfonds	0	3 080	- 3 080

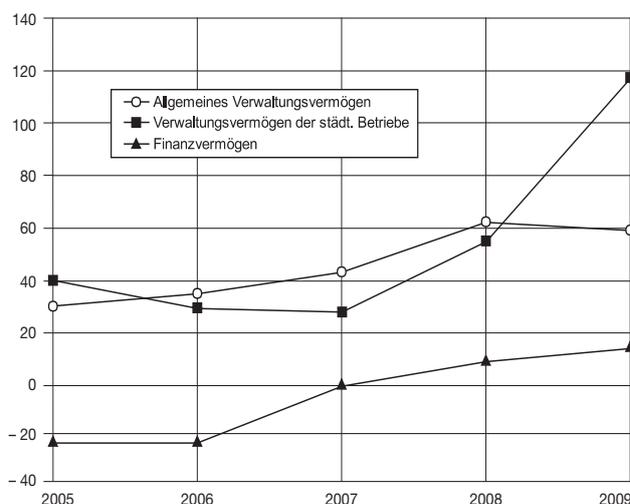
Bei den Investitionen ins Finanzvermögen ergibt sich eine Nettoinvestition von 13 Mio. Franken, welche somit rund 10 Mio. Franken über dem Budget liegt. Dies ist eine Folge davon, dass das Archareal noch nicht verkauft werden konnte.

Investitionsrechnung Finanzvermögen

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2009	Voranschlag 2009	Veränderung
Total Ausgaben	19 529	27 305	- 7 776
Total Einnahmen	6 404	24 500	- 18 096
Nettoinvestitionen	13 125	2 805	- 10 320

Entwicklung der Nettoinvestitionen

in Millionen Franken



Bestandesrechnung (Bilanz)

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 31 Mio. Franken oder 1.8 Prozent von 1737 Mio. auf 1768 Mio. Franken.

Auf der Aktivseite erhöhte sich das Verwaltungsvermögen als Folge der verstärkten Investitionstätigkeit um 44 Mio. Franken. Wegen der zusätzlichen Abschreibungen bei Stadtwerk wurde die Zunahme allerdings gebremst. Das Finanzvermögen sinkt dagegen um 13 Mio. Franken. Die wesentlichsten Veränderungen fanden bei den flüssigen Mitteln (- 12.3 Mio.), den Guthaben (- 13 Mio.), den Rechnungsabgrenzungen (- 4.6 Mio.) und den Anlagen (+ 17.9 Mio.) statt.

Auf der Passivseite erhöhte sich das Fremdkapital um 69 Mio. Franken. Diese Veränderung entstand vorwiegend durch die Zunahme der Verpflichtungen gegenüber den Sonderrechnungen (79 Mio.). Die Verrechnungen nahmen

um 12 Mio. Franken ab. Bei den Spezialfinanzierungen ist eine Abnahme von 23 Mio. Franken zu verzeichnen. Wegen der erwähnten Vorgabe von Elcom musste Stadtwerk die Aufwertungsreserve um 52 Mio. Franken reduzieren.

Das Eigenkapital nahm um 3 Mio. ab und beträgt nun 27 Mio. Franken.

Beträge in tausend Franken	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
Bilanzsumme	1 768 353	1 736 871	31 482
<i>Aktiven</i>			
Finanzvermögen	627 972	640 922	- 12 950
Verwaltungsvermögen	1 138 449	1 094 636	43 813
Spezialfinanzierungen	1 932	1 314	618
<i>Passiven</i>			
Fremdkapital	963 405	893 976	69 429
Verrechnungen	5 016	16 553	- 11 537
Spezialfinanzierungen	773 008	796 451	- 23 443
Eigenkapital	26 924	29 891	- 2 967

Finanzierungsrechnung

Der Finanzierungsbedarf stieg wie schon im Vorjahr stark an. Dieser Effekt ist vor allem auf die stark gestiegenen Investitionen ins Verwaltungsvermögen zurückzuführen. Der Finanzierungsgrad bewegt sich sowohl im allgemeinen Verwaltungsvermögen als auch beim Vermögen der städtischen Betriebe unter 60 Prozent. Beim allgemeinen Verwaltungsvermögen bewegt sich diese Kennzahl auf Vorjahresniveau, bei den städtischen Betrieben ist sie markant gesunken.

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2009	Voranschlag 2009	Veränderung
<i>Kapitalbedarf</i>			
Investitionen allg. Verwaltungsvermögen	59 274	54 000	5 274
Investitionen VV städtische Betriebe	117 849	103 825	14 024
Investitionen Finanzvermögen	13 125	2 805	10 320
Total Kapitalbedarf	190 248	160 630	29 618
<i>Eigene Mittel</i>			
Abschreibungen allg. Verwaltungsvermögen	42 394	40 100	2 294
Abschreibungen VV städtische Betriebe	90 916	41 578	49 338
Abschreibungen Finanzvermögen	1 641	1 833	- 192
Total Abschreibungen	134 951	83 511	51 440
- Aufwandüberschuss LR	2 967	3 287	- 320
+ Einlagen Spezialfinanzierungen	30 573	13 588	16 985
- Entnahmen Spezialfinanzierungen	57 207	3 727	53 480
Total Eigene Mittel	105 350	90 085	15 265
Total Finanzierungsbedarf	84 898	70 545	14 353

Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP), Budgetierung

Die finanzielle Planung legte ihre Schwergewichte erneut auf die Investitionsvorhaben und auf das Erarbeiten von Szenarien für die Entwicklung der Laufenden Rechnung. Die mittelfristige Planung, das heisst der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) ergibt für das erste Planjahr mittlerweile gute Anhaltspunkte für das nächstfolgende Budget.

Die Investitionsprogramme für die Jahre 2010 bis 2012 sind trotz Straffung deutlich zu hoch. Bei der Planung müssen nach wie vor Anstrengungen für eine klare Priorisierung getroffen werden. Zudem ist Planung und Abwicklung weit voneinander entfernt. Das zeigt, dass die Realisierung von Investitionen schwierig zu lenken ist und ein effizientes Investitionscontrolling nötig ist. Auf Anfang 2011 ist ein solches erstmals vorgesehen.

Finanz- und Rechnungswesen

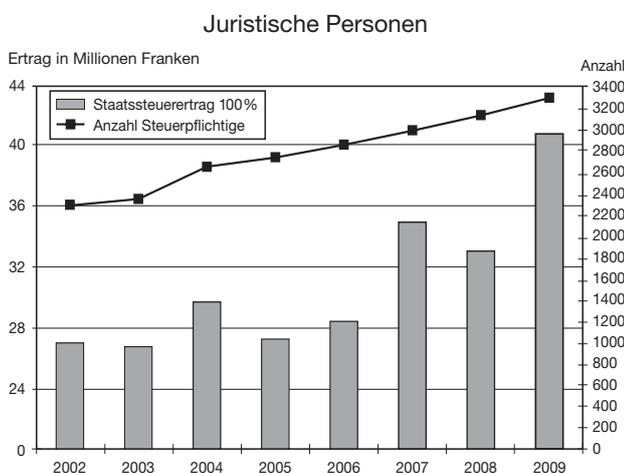
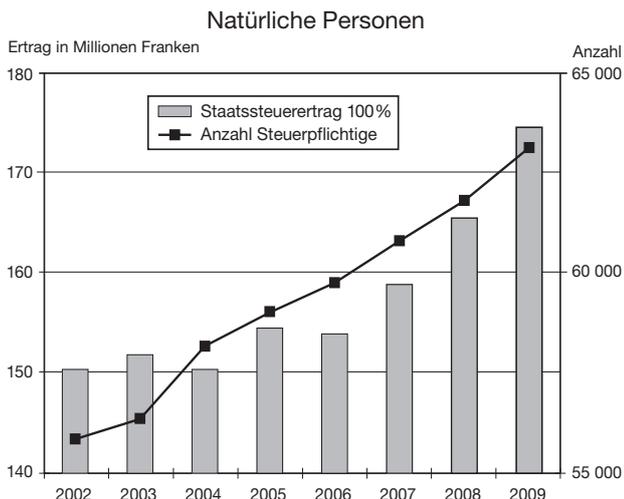
Die Budgetierung 2010 stand deutlich unter dem Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Der im Jahre 2007 eingeführte Budgetierungsprozess hat sich nun auch in einem sehr schwierigen Budgetierungsjahr bewährt. Vom Erkennen der Schwierigkeiten bis zu deren Lösung stand genügend Zeit zur Verfügung, so dass keine linearen Budgetkürzungen notwendig wurden.

Steueramt

Gemeindesteuern

Die Gemeindesteuern sind mit einem Steuerfuss von 123 Prozent (Vorjahr 123%) bezogen worden und brachten einen Ertrag von 264.5 Millionen Franken. Absolut verbesserten sich die Steuererträge der natürlichen Personen um 5.53 Prozent (Vorjahr + 4.19%), diejenigen der juristischen Personen verbesserten sich um 22.93 Prozent (Vorjahr - 5.79%). Die Steuerprognose ist um + 1.13 Prozent übertroffen worden.

Entwicklung der Steuerpflichtigen und des Staatssteuerertrages



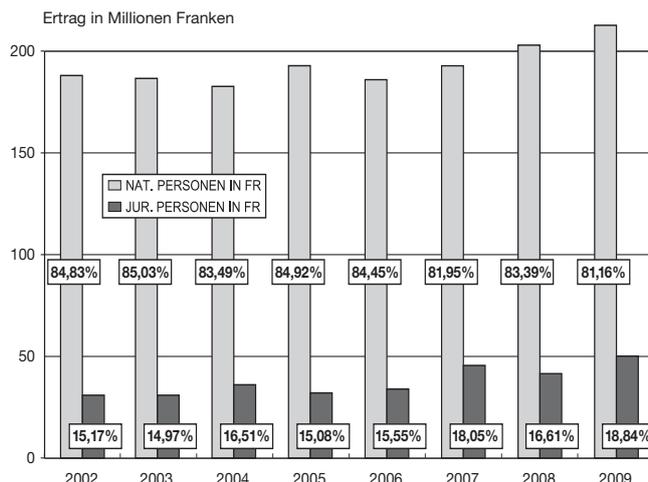
Steuerausscheidung

Ausscheidungen	Natürliche Personen		Juristische Personen	
	Anzahl	Fr.	Anzahl	Fr.
Aktive	546	7 096 356	156	6 727 543
Passive	247	2 758 428	41	3 684 096
Saldo zG Winterthur		4 337 928		3 043 447
Total Saldo zG Winterthur		7 381 375		

Quellensteuern

Die Anzahl der quellensteuerpflichtigen Personen ist erneut gewachsen; vor allem die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit Wohnsitz in Winterthur hat um rund 467 auf 8997 Personen zugenommen. Die 9689 Quellensteuerfälle brachten einen Steuerertrag von 14.11 Millionen Franken.

Anteil der natürlichen und juristischen Personen am Total der Gemeindesteuern



Nachsteuern und Bussen

In 71 Fällen wurden Einnahmen von 749 318 Franken erzielt.

Inventarisierung

Die Inventarabteilung hat bei 875 Todesfällen ein Inventar aufgenommen und 936 Inventare abgeschlossen.

Steuerbewertung der Liegenschaften

Aufgrund der Detailabklärungen des Kantonalen Steueramtes unter Einbezug der Gemeinden und dem Expertenbericht von Wüest und Partner hat der Regierungsrat für die Steuerperiode 2009 eine generelle Liegenschaftsneubewertung (Bewertung der Steuerwerte sowie der Eigenmietwerte) beschlossen. Die neue Bewertung basiert auf dem bisherigen Berechnungssystem; nur die Parameter wurden den neuen Marktverhältnissen angepasst. Die Bandbreite der veränderten Werte ist sehr gross und reicht von praktisch unveränderten Werten bis zu Anpassungen in zweistelligen Prozentzahlen.

Grundsteuern

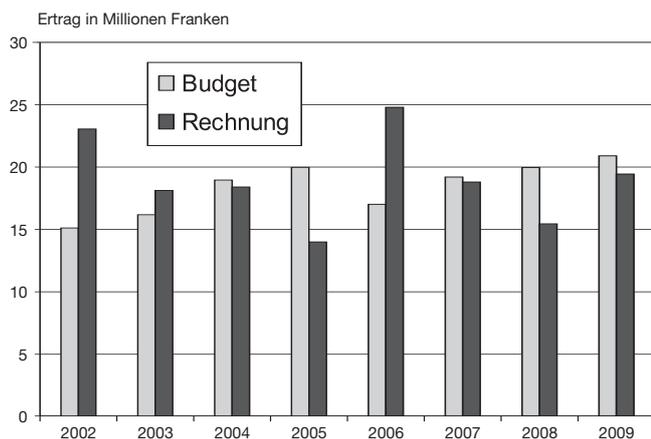
Die Grundeigentumsübertragungen haben gegenüber dem Vorjahr erneut zugenommen, ausgelöst durch die Nachfrage nach Grundeigentum durch Zuwanderungen, tiefe Hypothekarzinsen und die in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten vermehrte Besinnung auf die Kapitalanlage «Grundeigentum». Insgesamt sind 1500 (1364) Handänderungen eingegangen (+ 10%). Von den pendenten Geschäften erledigte die Grundsteuerabteilung 1512 (1221) Fälle.

Grundstückgewinnsteuern

Der erzielte Ertrag von 19.3 Millionen Franken (15.6 Mio.) resultierte aus 943 (667) steuerpflichtigen Geschäften. Das Ergebnis liegt um 1.7 Millionen Franken unter dem budgetierten Betrag von 21.0 Millionen Franken. Im Vergleich zu anderen Ländern hat die Schweiz von deutlich besseren Rahmenbedingungen profitiert. Ein wichtiger Faktor war, dass der Boom der letzten Jahre nicht durch eine Blase ausgelöst wurde, sondern durch eine tatsächlich erhöhte Nachfrage, welche insbesondere durch die starke Zuwanderung verursacht wurde. Zum andern haben die Banken restriktivere Kreditvergabe-

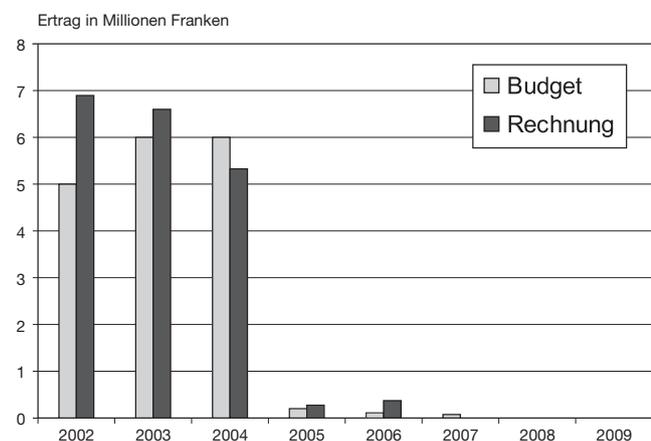
standards angewendet. Ein weiterer wichtiger Punkt ist aber auch, dass sich die Wirtschaft in der Schweiz im internationalen Vergleich robuster gezeigt hat. Die Arbeitslosigkeit ist noch immer vergleichsweise tief. Daher sind die Immobilienpreise in der Schweiz weitgehend stabil geblieben, im Kanton Zürich sogar leicht steigend. Auf die Ermittlung der Grundstückgewinne wirkten sich die heute nur leicht höheren Verkaufspreise (+ 5.6%), im Gegensatz zu den vor zwanzig Jahren anziehenden Verkehrswerten (+ 13.4%) und die um 1990 bezahlten Erwerbspreise (Hochkonjunktur), negativ aus.

Gegen die Entscheide des Grundsteueraussschusses der Stadt Winterthur sind drei Einsprachen und kein Rekurs eingegangen. Zwei Rechtsmittelverfahren wurden erledigt.



Handänderungssteuern

Nachdem das Stimmvolk des Kantons Zürich die Initiative zur Abschaffung der Handänderungssteuer per 1. Januar 2005 angenommen hat und alle Einschätzungen erledigt sind, wird mit keinen Erträgen mehr gerechnet.



Steuererlasse

Es wurde kein Erlass oder Teilerlass gewährt. An den Steuererlass werden von Gesetzes wegen hohe Anforderungen gestellt, so dass nur selten entsprechende Gesuche positiv entschieden werden.

Steuerbezug

Weitere Optimierungen der Prozessabläufe erlaubten es, die weiterhin wachsende Zahl der Steuerfälle zu bewältigen und die Qualität zu halten. Insgesamt sind 94 Prozent der im Kompetenzbereich liegenden Steuereinschätzungen der natürlichen Personen vom Steueramt vorgenommen worden.

Das Internetangebot wird immer noch zunehmend genutzt: die interaktiven Teile ergaben 6649 (6126) Nutzungen. Auch bei der elektronisch abgewickelten Korrespondenz ist eine stärker steigende Tendenz zu verzeichnen.

Im Geschäftsjahr sind 150 104 Steuerrechnungen, 22 428 Zahlungserinnerungen und 11 419 Betreibungsandrohungen verschickt worden. Das führte zur Ausstellung von 3186 Zahlungsbefehlen. In 126 Fällen wurde dagegen Rechtsvorschlag erhoben. In 2170 Fällen musste das Pfändungsbegehren gestellt werden, was 806 Lohn-, 14 Sach- und eine Grundstückpfändungen zur Folge hatte. Ferner mussten fünf Verwertungsbegehren gestellt werden. Total sind 1357 Verlustscheine ausgestellt worden, davon 22 Konkursverlustscheine.

Scannzentrum Winterthur

Dank dem hervorragenden Image und der Professionalität des Scannzentrums Winterthur hat das Kantonale Steueramt Zürich dieses für einen Spezialauftrag beigezogen, was die Auslastung und Profitabilität weiter gesteigert hat. Das Scannzentrum Winterthur betreut aktuell 107 der 171 Gemeinden im Kanton Zürich mit einem Volumen von 290 000 Dossiers.

Projekte

Das Steueramt Winterthur ist in enger Zusammenarbeit mit dem Verband der Zürcherischen Gemeindesteuervereine in verschiedenen Projekten des Kantonalen Steueramtes bei der Entwicklung und Umsetzung von fachtechnischen und informatikorientierten Prozessen engagiert. So können eigene Ideen und Visionen frühzeitig eingebracht, diskutiert und zur Initiierung und Umsetzung gebracht sowie Inputs für den eigenen Bereich aufgenommen werden. Interne Projekte wie die elektronische Verlustscheinbewirtschaftung brauchen noch Zeit, um produktiv umgesetzt zu werden und einen Nutzen abzuwerfen. Dafür konnte das Reengineering des Quellensteuermoduls mit Erweiterungen für die Quellensteuern II vorgezogen werden. Der Projektplan für das Projekt «papierlose E-Rechnung und Zahlung» (EBPP) hat aus technischen Gründen Verzögerungen von einigen Monaten erfahren und wird endgültig im Jahre 2010 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Informatikdienste (IDW)

Managementsysteme

Die Informatikdienste (IDW) haben als erste Informatikdienstleisterin einer Schweizer Stadt die ISO-Zertifikate für Qualitätsmanagement und Informationssicherheit erhalten. Sie sind von der Zertifizierungsstelle Swiss TS erfolgreich nach ISO 9001 (Qualitätsmanagementsystem) und ISO 27001 (Managementsystem für Informationssicherheit) begutachtet worden. Qualitätsmanagement bei den IDW umfasst alle organisatorischen Massnahmen, welche die Produkte, Prozesse und Leistungen zugunsten interner und externer Kundinnen und Kunden verbessern. Mit der ISO-Zertifizierung 9001 haben die IDW einen internationalen Standard im Qualitätsmanagement erreicht, der zeigt, dass sich die städtische Organisation an den Bedürfnissen ihrer Kundschaft orientiert. Das Managementsystem für Informationssicherheit hat zum Ziel, Informationen zu verwalten, stets verfügbar zu halten und zu schützen sowie dafür zu sorgen, dass die Informationen nicht unbefugt und unbemerkt manipuliert werden können. Wegen den immer grösser werdenden Sicherheitsbedrohungen in der Informatik wird ein Beleg für ein funktionierendes Sicherheitsmanagement immer wichtiger.

Informatik-Lenkungsausschuss (ILA)

Eine wichtige Rolle für den erfolgreichen Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) in der Stadtverwaltung nimmt der Informatiklenkungsausschuss (ILA) ein, in dem alle Departemente vertreten sind. Der ILA hat in seinen Sitzungen diverse Geschäfte selber oder zuhänden des Stadtrates verabschiedet.

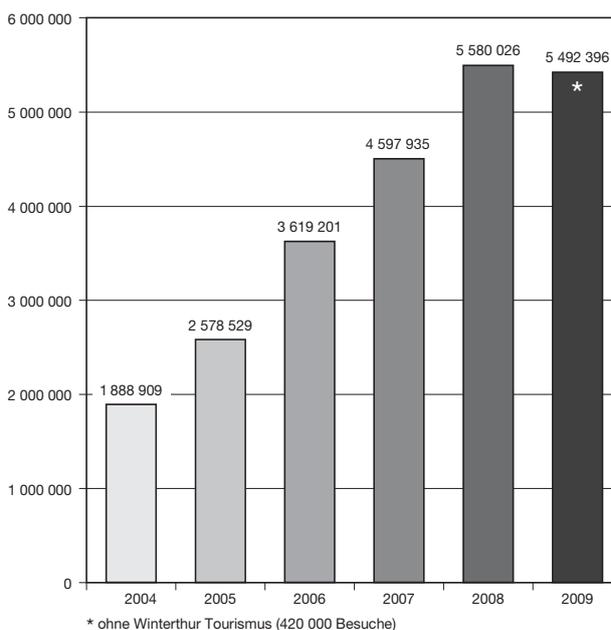
Externe Informatik-Gremien

Die IDW sind in externen Informatik-Gremien vertreten wie zum Beispiel in den Vorständen des schweizweit anerkannten Vereins eCH und der kantonalen Interessengemeinschaft der Zürcher Gemeinden (IG ICT). Zudem führen sie das Präsidium der Arbeitsgruppe Büroautomation und -kommunikation der Schweizerischen Informatikkommission (SIK) und sind in verschiedenen SIK- und kantonalen Arbeitsgruppen präsent. Regelmässig treffen sich die IDW auch in der Best Practice-Gruppe mit den anderen Informatikdiensten der grösseren Deutschschweizer Städten.

Security

Informationen und Daten sind existentiell für eine nachhaltige Unternehmens- resp. Verwaltungsentwicklung. Deshalb ist ein aktives Management der Informationssicherheit ein Muss. Der Managementstandard ISO 27001 liefert die praxisorientierten Grundlagen, um Informationen systematisch zu schützen und Risiken zu managen. Als LRA Winterthur (local registration authority), d.h. als Ausgabestelle für Zertifikate des Bundesamtes für Informatik und Telekommunikation, waren die IDW 2009 stark gefordert. Da nach drei Jahren die Zertifikate erneuert werden müssen, kam es im zweiten Halbjahr zum Ansturm. Die LRA Winterthur erstellt Zertifikate für die Stadt Winterthur und die restlichen 169 Gemeinden des Kantons Zürich (ohne Stadt Zürich). Auf kantonaler Ebene wirken die IDW bei der Umsetzung der Network Security Policy (NSP) aktiv mit.

Besuchende des Internet- und E-Governmentportals www.stadt.winterthur.ch



Internet- und eGovernment-Auftritt der Stadt Winterthur

Das Internet- und E-Government-Portal www.stadt.winterthur.ch findet weiterhin grosse Beachtung. So wurde das Winterthurer Portal oder einer seiner Sub-Auftritte knapp 5.5 Millionen Mal besucht. Als Besuch zählt jeder Aufruf einer Seite mit eigener URL-Adresse. Die Besucherzahl hat gegenüber dem Vorjahr allerdings um zirka 240 000 abgenommen, weil Winterthur Tourismus seit Dezember 2008 seinen Internetauftritt nicht mehr im städtischen Portal, sondern in demjenigen von Schweiz Tourismus integriert hat und auch entsprechend hosten lässt. Werden die Besucherzahlen der letzten Jahre hingegen ohne Winterthur Tourismus verglichen, haben die Anzahl Besuchende jedoch weiter zugenommen. Die Nutzung der Online-Formulare bleibt weiterhin hoch: 34 473 Mal wurde der elektronische Zugang genutzt (2008: 35 115, 2007: 29 356, 2006: 25 838, 2005: 19 945). Damit können immer mehr städtische Dienstleistungen auf elektronischem Weg rationell abgewickelt werden, was sowohl den Einwohnenden wie auch der Verwaltung nützt.

Anfang 2010 erhielt der Webauftritt der Stadt Winterthur eine weitere Auszeichnung. Im Fachmagazin «Anthrazit» wurde der Auftritt der Stadt Winterthur als einer der Allerbesten in der Kategorie «E-Government Gemeinde/Stadt/Kanton» gewählt. Um dieses Niveau zu halten, müssen das Portal und seine über 70 Subauftritte laufend überarbeitet, gewartet und mit neuen Auftritten ergänzt werden. So wurde der Webauftritt neu mit Typo3, einem Content-Management-System (CMS) der Open Source-Gruppe, realisiert.

Städtische Anwendungen

Die bestehenden rund 200 Fachanwendungen wurden mit verschiedenen Datenbanken- und Programm-Releasewechsel weiterhin gepflegt und betreut. Daneben wurden zahlreiche Konzepte erarbeitet, Pflichtenhefte erstellt und Evaluationen durchgeführt. Beispiele sind die Bestattungslösung im Friedhof, das Dokumenten-Management-System im Tiefbauamt, die Kreditoren-Scan-

ning-Lösung bei Stadtwerk Winterthur, die Parkkartenlösung für die Stadtpolizei, die Einführung von Zeiterfassungssystemen im Departement Bau, beim Sportamt und Stadtbus Winterthur, die Unterstützung bei der Einführung des zentralen Immobilienmanagements, die Einführung der neuen AHV-Nummer im Rahmen der Registerharmonisierung, die Zuweisung des eidgenössischen Wohnungsidentifikators EGID bei der Einwohnerkontrolle und die Evaluation, Beschaffung und Migration der neuen Fallführungssoftware im Departement Soziales.

PC-Benutzerservice

Die Zahl der Anrufe an die Hotline ist wiederum auf über 20 000 gestiegen. Zudem gingen noch rund 2500 E-Mails bei der Hotline ein. Trotz des neuen Ticketing-Systems und den überarbeiteten Prozessen konnten auch bei zwei eingeteilten Mitarbeitenden nicht alle Supportfälle der über 4200 User (Stadtverwaltung und Schulen) fristgerecht gelöst werden. Besonders an der Telefon-Hotline entstanden Wartezeiten, die zur sinkenden Kundenzufriedenheit führten. Für 2010 müssen Massnahmen zur Verbesserung der Situation getroffen werden.

Die Funktion der Kundenbetreuenden wurde aufgewertet. Neu steht allen Ämtern, Bereichen und Betrieben sowie auch der externen Kundschaft ein definierter Kundenbetreuer bzw. eine Kundenbetreuerin zur Verfügung. Sie ist die erste Ansprechperson bei Kundenwünschen und ist für eine termingerechte Abwicklung von Aufträgen, nicht aber von Projekten, verantwortlich.

Wiederum wies sich die Stadtverwaltung als dynamische Organisation mit diversen Bedürfnissen an die ICT aus. Dies zeigte sich in rund 500 Aufträgen für Neuinstallationen, Zügel- und Umstellungsaktionen.

Bei verschiedenen grösseren Projekten konnte erfolgreich mitgearbeitet werden:

- ICT-Zusammenführung der drei Schulen WJS (Werkjahrsschule), HFS (Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule) und BWS (Berufswahlschule) zur Schulorganisation BVJ (Berufsvorbereitungsjahr) mit Anschluss an das Schulnetz der Stadt Winterthur;
- Konzept für den optimierten Einsatz der Outputgeräte (Drucker, Kopierer, Scanner usw.) in der Stadtverwaltung und in den Schulen als Vorbereitung für die Submission Anfang 2010;
- Sicherheitsfunknetz Polycom bei der Stadtpolizei;
- Ausrüstung der Arbeitsplätze im Departement Bau mit neuen PCs.

Die Zahl der installierten PCs beträgt Ende Jahr 3904 Geräte. Davon sind 2411 Geräte im Verwaltungsnetz und 1493 im Schulnetz (ohne Oberstufe).

Schulung

Die Anzahl der besuchten Kurse bewegt sich weiterhin auf einem tiefen Niveau. Es wurden nur noch 72 IT-Kurse (Vorjahr 105) aus dem städtischen Aus- und Weiterbildungsprogramm gebucht. Mit der Einführung von Outlook 2003 in der gesamten Stadtverwaltung wurde die Möglichkeit der Wissensaneignung über die E-Learn-Plattform vermehrt angewendet. Rund 600 Mal wurden die Outlook-Kurse gestartet.

Datenkommunikation

Das Backbone-Netzwerk der Stadt Winterthur (städtisches Basisnetz mit grosser Bandbreite) konnte störungsfrei betrieben werden. Ende 2009 sind 3564 Geräte (PCs, Drucker usw.) am städtischen Netzwerk (ohne Schulnetz) angeschlossen. Aufgrund des Wegzugs des RAV von der

Museumstrasse musste der sich dort befindliche Netzwerknoten für den Stadtkreis Oberwinterthur verlegt werden. Im Schulhaus Rychenberg konnten die IDW einen neuen, zentral gelegenen Netzwerknoten in Betrieb nehmen. Alle Aussenstandorte in Oberwinterthur (Spitex, Bibliothek Oberi und Hegi, Primarschulhäuser, KAP Hegi) sind seit November 2009 von diesem Netzwerknoten aus erschlossen.

Das Glasfasernetzwerk der IDW musste markant erweitert werden. Grössere Aussenstellen benötigen zunehmend Bandbreiten, die mit den gemieteten Kupferkabeln nicht mehr abgedeckt werden können. Die HFS, die WJS, die Spitex-Stützpunkte Veltheim, Oberwinterthur, Seen und Wülflingen sowie das Betriebsamt und die Kreisschulpflege Oberwinterthur konnten so erschlossen werden. Dazu kommen die Oberstufenschulhäuser, die im Rahmen des Projekts ICT-Sek ebenfalls mit Glasfaserkabel erschlossen wurden.

Eine Firewall stellt eine kontrollierte Verbindung zwischen zwei Netzen her. Das kann das städtische Kommunikationsnetz und das Internet sein, aber auch eine Verbindung der unterschiedlichen Netzwerke Stadtnetz und Schulnetz. Die Firewall überwacht den durch sie hindurch laufenden Datenverkehr und entscheidet anhand festgelegter Regeln, ob bestimmte Datenpakete durchgelassen werden oder nicht. Auf diese Weise versucht die Firewall das städtische Netzwerk vor unerlaubten Zugriffen zu schützen. In diesem Bereich kam 2009 ein grosses Projekt in die Realisierungsphase. Nach Vorbereitungs- und Projektierungsarbeiten konnte die Submission der neuen Firewall-Umgebung durchgeführt werden. Die neue, redundant ausgelegte und auf zwei Standorte verteilte Firewall-Infrastruktur hat ihren «Proof of Concept» Ende 2009 erfolgreich bestanden. Die vollständige Inbetriebnahme erfolgt Anfang 2010. Auch die Proxy-Infrastruktur musste durch Geräte einer neuen Generation ersetzt werden.

Der sich im Hauptknoten der Stadt befindende MAN-Knoten des kantonalen Netzwerkes LEUnet wurde durch den Kanton komplett erneuert und redundant ausgelegt. Alle kantonalen und städtischen Verwaltungsstandorte in Winterthur profitieren seither dank der Redundanz von einer verbesserten Verfügbarkeit des kantonalen Netzwerkes und damit auch der Verbindungen zum Bund. Die städtische Kommunikation engagiert sich weiterhin in der kantonalen Betriebsgruppe LEUnet. Universelle Kommunikationsanlagen (UKV) sind im Hinblick auf das Projekt FOKUS nur vereinzelt ausgeführt worden. Das umfassendste UKV-Projekt war die Realisierung des Projekts UKV-Sek, der Bau universeller Kommunikationsverkabelungen in allen Oberstufen-Schulanlagen.

Telefonie

Grossen Einsatz der Telefonie und des Datennetzwerkes verlangte auch die Einführung des schweizerischen Sicherheitsfunknetzes Polycom bei der Stadtpolizei. Die damit verbundene Erneuerung der Infrastruktur der Einsatzleitzentrale inklusive Telefonsystem verursachte komplexe Anpassungen an der Telefon- und Datennetzwerk-Infrastruktur. Einen Rückschlag erlitt das Projekt VoIP (Voice over IP). Durch technische Probleme des Lieferanten mit den modernen IP-Telefonanlagen musste der geplante Roll-out der neuen Endgeräte gestoppt werden. Nur vereinzelt konnte die neue Technologie zum Einsatz gebracht werden, so in der neuen HFS, in der Materialverwaltung, bei der Integration und im Schulhaus Feld. Ein breiter Einsatz und die Ablösung der alten Hicom 300-Anlagen muss auf 2010/2011 verschoben werden. Zur Behebung der technischen Probleme wird die VoIP-Anlage zulasten des Lieferanten auf ein Enterprise-System aufgerüstet.

Rechenzentrum

Auf dem Diskspeichersystem sind rund 20 Terabytes (20 Billionen Bytes) Diskplatz belegt (Zuwachs 2009: 2 Terabytes).

Dank der Virtualisierung der Serversysteme hat die Anzahl physischer Server nochmals leicht abgenommen. Insgesamt sind 314 Server (physische und virtuelle) in Betrieb (Zuwachs 2009: 56 Server). Im zweiten Semester wurden im Rechenzentrum in zwei separaten Racks für die Stadtpolizei die Infrastrukturen für die neue Funkanlage und Einsatzleitzentrale Polycom installiert und in Betrieb genommen. Das Grobkonzept zur Erstellung eines zweiten Rechenzentrums liegt vor. Die Umsetzung ist für die Jahre 2010/2011 geplant.

Externe Kundschaft

Die IDW bedienen im Rechenzentrum insgesamt 19 Gemeinden und Werke. Zwei Werke kamen neu hinzu, werden sich aber 2010 mit einem dritten Werk zusammenschliessen und zusammen Dienstleistungen der IDW in Anspruch nehmen. Mit dem Druck- und Verpackungsservice werden 31 Gemeinden und Werke bedient. Swisspower, das führende Schweizer Energiedienstleistungsunternehmen, das Grossunternehmen, kleinen und mittleren Unternehmen sowie Energieversorgungsunternehmen umfassende Dienstleistungen anbietet, ist neu Kunde der IDW. Die IDW erbringen für Swisspower sämtliche Informatikdienstleistungen.

Immobilien

Bewirtschaftung der Liegenschaften des Finanzvermögens

Immobilienmarkt Winterthur

Der Leerwohnungsbestand ist in der Stadt Winterthur per Stichtag (1. Juni 2009) auf 0.30 Prozent des Gesamtbestandes angestiegen (2008: 0.13 %). Dies entspricht 145 leer stehenden Wohnungen. Die vielen Neubauwohnungen wurden praktisch vollständig belegt. Nur 11 Wohnungen, die jünger als zwei Jahre sind, standen leer (Vorjahr: 81). Das bedeutet, dass sich der Leerstand in Winterthur zunehmend im Altbestand kumuliert. Gesamtschweizerisch liegt die Leerwohnungsziffer bei 0.90 Prozent. Von den Liegenschaften des Finanzvermögens und der Pensionskasse standen per Ende 2009 fünf Wohnungen leer (0.73 % von total 686 Mietobjekten). Dabei handelt es sich um Wohneinheiten im oberen Preissegment. Neun Objekte befinden sich infolge laufender Gesamtanierungsarbeiten oder einem anstehenden Verkauf der Liegenschaft zurzeit nicht in Vermietung. Die tatsächliche Leerstandsquote lag über das gesamte Jahr gerechnet bei 0.60 Prozent. Diese auch im Vergleich mit der Privatwirtschaft sehr niedrige Quote ist dank kurzen Wiedervermietungs- und Renovierungszeiten bei Wohnungswechseln möglich. Insgesamt fanden 74 (85) Wohnungswechsel statt.

Mietzinsentwicklung

Der vierteljährlich vom Bundesamt für Wohnungswesen erhobene Referenzzinssatz für Hypotheken ist per 3. Juni 2009 von 3.50 Prozent auf 3.25 Prozent gesenkt worden.

Die Mietzinse der Liegenschaften des Finanzvermögens und der Pensionskasse wurden dementsprechend im abgelaufenen Geschäftsjahr angepasst. In die Berechnung der neuen Mietzinse wurden nebst dem neuen Richtsatz auch die Teuerung gemäss Landesindex der Konsumentenpreise, die teuerungsbedingten Veränderungen der Betriebs- und Unterhaltskosten sowie ein allfällig vorhandener Mietzinsvorbekalt miteinbezogen.

Die entsprechende Anpassung der Mietzinse der Liegenschaften des Finanzvermögens und der Pensionskasse wurde der Mieterschaft Anfang Juli mit Wirkung per 1. Oktober 2009 angezeigt.

Sanierungen

Die Gesamtanierungsarbeiten bei den Liegenschaften Grenzstrasse 40 (16 Wohnungen) sowie Hörnlistrasse 25–29 (10 Wohnungen) sind zurzeit im Gange und werden planmässig bis Ende April 2010 abgeschlossen. Die projektierten Sanierungsarbeiten an der Feldeggstrasse 7–13 (12 Wohnungen) sind bewilligt und starten im Frühling 2010.

Für die Sanierung von bestehendem Wohnraum sind im Rahmen der Mehrjahresplanung weitere Sanierungsgutachten erstellt und die entsprechenden Verpflichtungskredite in der Investitionsplanung eingestellt worden. Diese Planung erlaubt es, flexibel auf die aktuellen Marktbedürfnisse zu reagieren. Die nachhaltige und ökologisch verantwortungsvolle Erneuerung bestehender Bausubstanz orientiert sich an der stadträtlichen Wohnungspolitik und ermöglicht gleichzeitig eine massvolle Effizienzsteigerung.

In den kommenden zwei Jahren sind folgende Sanierungsvorhaben geplant:

- Gesamtanierung des Mehrfamilienhauses Strittackerstrasse 31
- Gesamtanierung des Mehrfamilienhauses Tösstalstrasse 82
- Gesamtanierung des Mehrfamilienhauses Walkestrasse 4
- Gesamtanierung des Mehrfamilienhauses Anton Graff-Strasse 32
- Gesamtanierung des Mehrfamilienhauses Theodor Kirchner-Strasse 39

Restaurantbetriebe

Das Dorf- und Ausflugsrestaurant «Frohsinn Eidberg» konnte nach Abschluss der notwendigen Erneuerungsarbeiten mit Kosten von rund 1 000 000 Franken Anfang Dezember wieder eröffnet werden. Die neuen Gastgeber sind ausgewiesene Fachleute mit langjähriger Gastroerfahrung.

Die Schliessung des Restaurants «Rössli» in Seen hat im Quartier zu Widerstand und zur Bildung einer Interessengemeinschaft «IG Rössli-Seen» geführt. Dem Stadtrat wurde eine Petition mit über 4000 Unterschriften eingereicht, mit der Aufforderung, das «Rössli» als Restaurant zu erhalten. Die dringendsten Renovationsarbeiten in der Grössenordnung von 500 000 Franken konnten in der Zwischenzeit abgeschlossen und ein neues Pächterpaar gefunden werden. Am 1. Februar 2010 wird das «Rössli» wieder eröffnet.

Bewirtschaftung der Landwirtschaftsbetriebe und der unbebauten Grundstücke

Landwirtschaftsbetriebe

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des vom Parlament genehmigten Berichtes zur «Zukunftsstrategie für die städtischen Landwirtschaftsbetriebe» wurden die Planungsgrundlagen für die Erstellung neuer Ökonomiegebäude für drei Gewerbe ausgearbeitet.

Bewirtschaftungsformen	ÖLN		Bio	
	2009	2008	2009	2008
Landwirtschaftsbetriebe der Stadt	9	9	1	1
Landwirtschaftsbetriebe in Winterthur	58	62	3	3

Pünten

Aufgrund der veränderten Bedürfnisse der Pächterschaft sind die Rahmenbaubewilligungen für alle städtischen Püntenareale in Zusammenarbeit mit dem Püntepächterverein Winterthur und der Baupolizei angepasst und von der Baubehörde bewilligt worden.

Das städtische Pünterland in Zahlen

Die Püntenfläche hat sich gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich verändert.

	Aren		Pünten	
	2009	2008	2009	2008
Eigentum Stadt Winterthur	4 986	4 965	2 883	2 907
Verwaltung durch Stadt Winterthur zuzüglich Püntenareale	1 090	1 096	708	712
Verwaltung durch Püntepächterverein (PPV)	3 658	3 632	2 035	2 055
Verwaltung durch Baugenossenschaft Union	69	69	29	29
Verein Pünten Vogelsang	169	169	111	111

Ackerbaustelle

Die Ackerbaustelle ist für die agrarpolitischen Massnahmen der Beitragsleistungen an die Landwirte und Landwirtinnen auf Stadtgebiet zuständig. Sie bearbeitete 64 (73) Gesuche für Direktzahlungen und nahm die erforderlichen Betriebskontrollen vor. Im Zusammenhang mit der Überarbeitung des kantonalen Richtplanes hat das Amt für Landschaft und Natur (ALN) zusammen mit der Ackerbaustelle die Fruchtfolgefläche überprüft und die Änderungen festgehalten.

Landwirtschaftskommission

Die Landwirtschaftskommission behandelte ihre Geschäfte in einer Sitzung.

Bewirtschaftung der Verwaltungsliegenschaften

Die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens haben keine nennenswerten Leerstände zu verzeichnen. Die kantonale Jugendkommission des Bezirks Winterthur hat den Mietvertrag für die Liegenschaft Zeughausstrasse 76 per 31. März 2009 gekündigt. Als Zwischennutzung werden die Räumlichkeiten vom Departement Schule und Sport belegt. Die Liegenschaft Badgasse 6, welche von der Stadtpolizei genutzt wird, konnte von der Stadt käuflich erworben werden. Im Rathaus fanden 55 (66) Anlässe statt, davon 32 (30) im Gemeinderatssaal und 23 (36) im Festsaal. Der Saal im alten Stadthaus wird für verschiedene Anlässe wie zum Beispiel für Konzerte, Theaterchorproben, Apéros, Essen, Hochzeiten, Vorträge, Kurse, Versammlungen und Sitzungen genutzt. Der alte Stadthausaal verzeichnet 150 (215) Belegungen. Die Benutzung des Saales war im 2009 rückläufig, variiert aber von Jahr zu Jahr stark.

Betrieb Mehrzweckanlage Teuchelweiher

Die Mehrzweckanlage Teuchelweiher (MZA) wird für militärische und zivile Zwecke genutzt. Die Anlage verfügt über zwei Hallen, zahlreiche Seminar- und Büroräume sowie einen Filmsaal mit moderner Infrastruktur. Ebenso stehen zwei Küchen und Essräume zur Verfügung. Neben der MZA befindet sich das Unterkunftsgebäude mit Platz für 184 Personen und einem Massenlager für 120 Personen. Die Belegungszahlen für militärische Unterkünfte sind gegenüber dem Vorjahr um rund 20 Prozent gestiegen.



Die von der Stadtpolizei genutzte Liegenschaft Badgasse 6 wurde von der Stadt erworben.

Demgegenüber ist ein Rückgang der zivilen Belegungen für Unterkünfte von rund 5 Prozent zu verzeichnen. Die Verpflegung der Truppen wird seit dem 1. Januar 2008 mit einem eigenen Truppenhaushalt durchgeführt; vorübergehend einer Sonderbewilligung der Armee. Die grosse Reithalle ist nach wie vor beliebt und hat mit den in den vergangenen Jahren etappenweise vorgenommenen Sanierungsmassnahmen an Attraktivität gewonnen. Die Nutzungen variieren. Wiederum nutzte der Winterthurer Marathon das Areal der MZA als Start- und Zielgelände. Der Ostschweizer Tambourenverein führte erstmals seine Wettspiele auf dem Areal der MZA durch.

Militärische Nutzung der MZA Teuchelweiher

	2009	2008
Übernachtungen	5 270	4 365
Benützung Büro- und Theorieräume	276	109
Benützung Reithallen	24	16
Frühstücke	890	1 497
Mittagessen	2 127	1 872
Nachtessen	417	294

Zivile Nutzung der MZA Teuchelweiher

	2009	2008
Übernachtungen	7 679	8 081
Benützung Reithallen mit Vorplätzen	208	363
Benützung Reithallen mit Vorplätzen in Stunden	238	226
Vermietungen Büro- und Theorieräume	291	229
Frühstücke	3 167	4 698
Küchen- und Essraumbenützung	120	102

Die MZA wurde für folgende Aktivitäten benutzt:

- Konferenzen der Stiftung Schleife
- Oktoberfest der Brauerei Heineken
- Schweizer Renaulttreffen
- Kyburgiade
- Jubiläumsfeier Standortförderung
- Tambourenwettspiele
- kulturelle Festanlässe
- Sportveranstaltungen
- Verkaufsveranstaltungen
- Firmenanlässe, Geburtstagsfeste und Hochzeiten.

Jugendunterkunft Löwengarten

Die Jugendunterkunft ist jeweils vom 1. April bis 30. September geöffnet und weist im neunten Betriebsjahr eine Auslastung von 34 (39) Prozent auf. Die Gäste kamen zu 53 (45) Prozent aus der Schweiz, 26 (28) Prozent aus Deutschland, 5 (9) Prozent aus Italien und 16 (18) Prozent aus anderen Ländern wie Österreich, Frankreich, Rumänien, Niederlande, Tschechien, USA, Ungarn, Schweden, Türkei, Brasilien, Spanien Kanada, Naher und Ferner Osten usw.

	2009	2008
Betten	30	30
Gäste	919	945
Übernachtungen	1 861	2 164
Frühstücke	803	725

Teuchelweiherplatz

Wiederum gastierten die Zirkusse Knie, Monti und Royal sowie das Merlin-Ess-Theater auf dem Teuchelweiherplatz. Die Kultur der Fahrenden konnte erneut

während 30 Tagen der Bevölkerung näher gebracht werden. Erstmals war «Das Zelt» mit seinem Gastspiel auf der kleinen Zeughauswiese.

Liegenschaftshandel

Im Berichtsjahr konnte eine markante Steigerung an Immobilienkäufen mit einer Kaufsumme von insgesamt über 12 Millionen Franken verzeichnet werden. Neben 9000 Quadratmetern landwirtschaftlichem Kulturland gingen eine Gewerbebaute, ein Wohnhaus, ein Bürogebäude und das Zeughausareal ins Eigentum der Stadt Winterthur über. Nachdem die Armasuisse die Zeughäuser nicht mehr zu militärischen Zwecken benötigte, konnten die historischen Gebäude von der Stadt erworben werden.

Bei den Verkäufen wurde ein Erlös von 4 441 396 Franken (Vorjahr 6 000 000 Franken) erzielt. Veräussert worden sind: zwei Wohnhäuser, zwei Magazinegebäude, zwei Baulandparzellen, landwirtschaftliches Kulturland, Strassengebiet und – zum Arrondieren angrenzender Wohnliegenschaften – ein Garagenvorplatz, Hofraum und Garten.

Neue Baurechte wurden keine begründet.

Den erworbenen Parzellenflächen von total 17 648.8 Quadratmetern steht ein Abgang von 11 709.3 Quadratmetern gegenüber. Somit hat der städtische Grund- und Immobilienbesitz um 5939.5 Quadratmeter zugenommen. Neu beträgt die Gesamtfläche 2946.5 Hektaren (2945.9).

Käufe Finanzvermögen

Kaufobjekt	Verkäuferchaft
Kat. Nr. 2208, Eidberg, Chilchacher 5978,0 m ² , Acker und Wiese, Lw	Thomas Hofmann Hulmenweg 12 8405 Winterthur
Vers. Nr. 524, Wüflingerstrasse 255 Gewerbebaute, KIII, Aufhebung Baurecht	Werner Lyner Lindenplatz 16 8408 Winterthur
Kat. Nr. 15 315, Ischlag, Oberwinterthur 2925,0 m ² Acker und Wiese, Lw	Alice Weilenmann-Zbinden Erben Talackerstr. 15 / Chalchofen 8404 Winterthur / 8254 Basadingen
Kat. Nr. 4090, Wartstrasse 53 319,1 m ² , Wohnhaus, W4 / 3,4	Max Eduard Elsener Lettenstrasse 9b 8408 Winterthur
Kat. Nr. 1966, Zeughausstrasse 50 – 54 8000 m ² , Zeughäuser, Wohnhaus, OeB	Schweizerische Eidgenossenschaft VBS, armasuisse Immobilien 3003 Bern
Kat. Nr. 7800, Badgasse 6 426,7 m ² , Bürogebäude, K I	Melitta Spörri-Küng Neustadtgasse 17 8400 Winterthur
Total Kaufsumme	CHF 12 448 299.–



Die Stadt hat die historischen Zeughäuser erworben.

Verkäufe Finanzvermögen

Kaufobjekt	Käuferschaft
Kat. Nr. 2799, Hardau 13 400,0 m ² , Wohnhaus, W2/2,0	Roger und Martina Ludwig-Esterer Euelstrasse 66 8408 Winterthur
Kat. Nr. 8318, Waldeggstrasse 1/3 226,0 m ² , Wohnhaus, Kill	J.N. Spaltenstein und M.H. von Ellerts Erligatterweg 6 8038 Zürich
Kat. Nr. 3005, Emil-Klöti-Strasse 16a 515,0 m ² , Magazingebäude, W4/3,4	Mevljan und Sengjil Ramadani-Hasani Langgasse 21 8400 Winterthur
Kat. Nr. 2290, Eidberg, Geern 4272,0 m ² , Acker und Wiese, Lw	Thomas Hofmann Hulmenweg 12 8405 Winterthur
Kat. Nr. 975, Emil-Klöti-Strasse bei 9 127,0 m ² , Magazingebäude, Kill	Philippe Haller J.-C.-Heer-Strasse 27 8406 Winterthur
Kat. Nr. 7928, Heiligbergstrasse 173,3 m ² , Garagenvorplatz, W2/1,2T	A.M. Hoster und E. Meeuwse Hoster Mühlegasse 4 8353 Elgg
Kat. Nr. 6933, Maienried 3827,0 m ² Bauland, W2/1,2	P+R Immobilien GmbH und L+B AG, HGV, 8352 Elsau-Räterschen und 8406 Winterthur
Kat. Nr. 7080, Maienried 1572,0 m ² Bauland, W2/1,2	L+B AG, HGV Stationsstrasse 12 8406 Winterthur
Kat. Nrn. 6875, 6876, Wolfbühlstrasse 433,0 m ² ehem. Strassengebiet, W2/2,0	HGV Heimstätten genossenschaft Hegistrasse 25 8404 Winterthur
Kat. Nr. 1882, Wieshofstrasse bei 137 164,0 m ² Hofraum und Garten, W2G	Claudia und Stefan Märki-Rohrer Wieshofstrasse 100 8408 Winterthur
Total Verkaufssumme	CHF 4 441 396.-

Zentrale Dienste

Für die Steuerung und Bewirtschaftung der städtischen Immobilien sind verschiedene Fachapplikationen und Datensysteme wie Immovision, CS2, GGX, GIS, Argus im Einsatz. In vielen dieser Applikationen werden Daten wie Liegenschaftsbezeichnung, Adresse, Gebäudeversicherungsnummer, Kataster-Nummer, GIS-Auszüge, Mieterinformationen usw. geführt. Allerdings sind die meisten dieser Applikationen nicht elektronisch miteinander verbunden und verfügen auch nicht über einen einheitlichen Aufbau sowie über gleiche Gebäude- und Objektdefinitionen. Die in Zusammenarbeit mit den IDW und einem externen Informatikdienstleister entwickelte Zentrale Immobiliendatenbank (ZID) schliesst diese Lücke: Sie stellt ein zentrales Informationssystem dar, das die relevanten Eigentümerstammdaten der mehrheitlich lose funktionierenden Fachapplikationen zentral zusammenfasst und adressatengerecht aufbereitet. Die ZID weist alle der Stadt Winterthur im Eigentum befindlichen Grundstücke und die angemieteten Objekte der jeweiligen wirtschaftlichen Einheit (Kostenstelle) zu. Zudem verfügt die ZID über die Funktion zur Budgetierung der Liegenschaftskostenstellen und Übernahme der Budgetwerte ins CS2, was für den Voranschlag 2011 erstmals Verwendung finden wird.

Für ausstehende Miet- oder Pachtzinse wurden 1340 (1347) Mahnungen zugestellt. Ausserdem mussten 20 (14) Betreibungen eingeleitet und 3 (12) Kündigungen ausgesprochen werden.

Liegenschaftsbestand

Der Bereich Immobilien bewirtschaftet folgende städtische Grundstücke und Gebäude bzw. Vertragseinheiten:

	2009	2008
Finanzvermögen		
<i>Wohn- und Geschäftshäuser</i>		
Wohnungsverträge	381	377
Einfamilienhausverträge	52	55
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	176	154
Garagenverträge	107	111
Parkplatzverträge	170	129
<i>Subventionierter Wohnungsbau</i>		
Einfamilienhausverträge	23	23
Garagenverträge	2	2
Parkplatzverträge	27	21
<i>Restaurants</i>		
Restaurants (1 Verwaltungsvermögen)	11	11
Wohnungsverträge	24	24
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	8	8
<i>Landwirtschaftliche Pachtbetriebe</i>		
Bauernhöfe	10	10
Wohnungsverträge	3	3
<i>Unbebaute Grundstücke des Finanzvermögens</i>		
Land	492 ha	493 ha
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	540	519
<i>Baurechte</i>		
Baurechte für Wohnbauten	28	29
Baurechte für Industriebauten	47	48
Verwaltungsvermögen		
<i>Verwaltungsliegenschaften</i>		
Wohnungsverträge	9	9
Benützungsverträge Stadtverwaltung	101	101
Garagenverträge	24	24
Parkplatzverträge	75	75
<i>Betrieb Mehrzweckanlage</i>		
MZA Teuchelweiher (Alt- und Neubau)	1	1
Anlage Luftschutztruppen ALST Steinacker	1	1
Schiessanlagen (Ohrbühl)	1	1
Objekte (Plätze, Parkplätze usw.)	12	13
<i>Übrige Liegenschaften des Verwaltungsvermögens</i>		
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	26	25
Garagenverträge	5	5
Parkplatzverträge	27	24
<i>Pflichtenverwaltung</i>		
Pachtverträge (inkl. Arealpachtverträge)	719	723
Verwaltungsmandate		
<i>Liegenschaften der Pensionskasse</i>		
Wohnungsverträge	189	189
Einfamilienhausverträge	8	8
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	3	3
Garagenverträge	89	89
Parkplatzverträge	44	44
<i>Diverse städtische Objekte</i>		
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	55	55
Restaurants	4	4
Baurechte	7	7
Parkplatzverträge	73	73
<i>Inkassomandat für diverse städtische Objekte</i>		
Wohnungsverträge	181	141
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	41	19
Garagenverträge	53	29
Parkplatzverträge	94	94

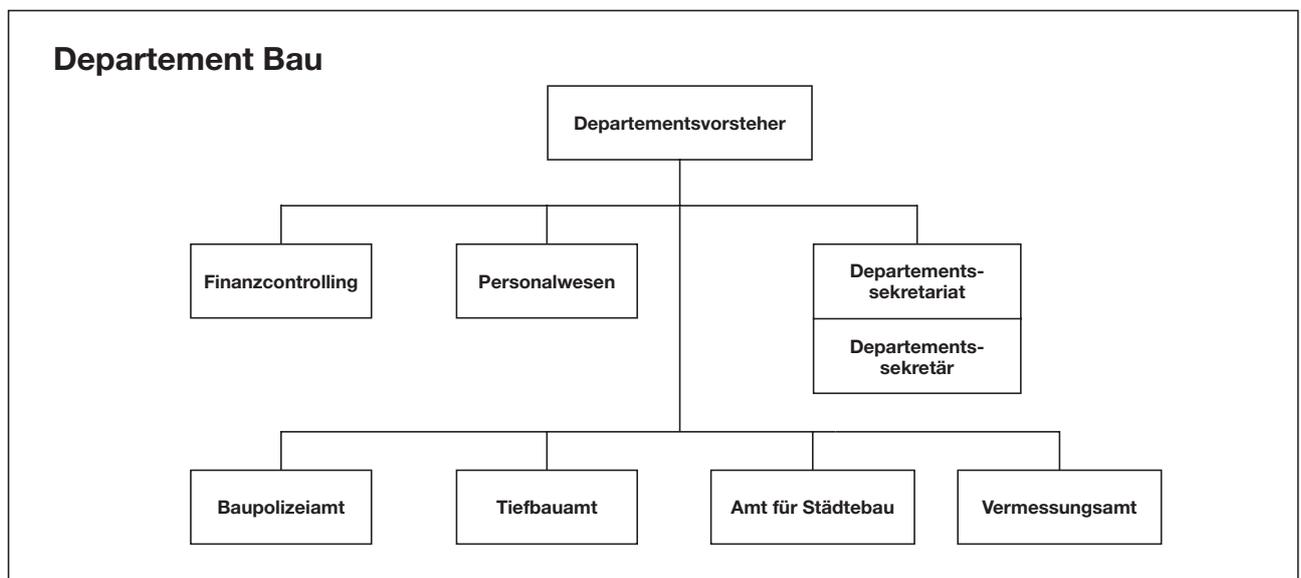
Departement Bau

Die Volksabstimmung zum Rahmenkredit von 84 Mio. Franken für den Stadtraum Bahnhof und die Referendumsabstimmung für den Radweg zwischen Turmhalden und Frobergstrasse waren die wichtigsten politischen Schwerpunkte 2009. Beiden Anträgen hat das Volk mit einem Ja-Stimmen Anteil von 67 % zugestimmt.

- Am 28. Januar hat der Stadtrat von den Ergebnissen der Kundenbefragung im Baubewilligungsverfahren Kenntnis genommen und feststellen können, dass die Kundschaft mit den Dienstleistungen im Baubewilligungsverfahren mehrheitlich zufrieden ist.
- Der Umstellung von der Abfallmarke auf Gebührensäcke hat der Stadtrat am 28. Januar zugestimmt.
- Am 23. Februar hat der Grosse Gemeinderat den privaten Gestaltungsplan Grien und die entsprechende Änderung im Siedlungs- und Landschaftsplan zugestimmt. Damit kann die soziale Wohnsiedlung Grien in Seen weiter bestehen.
- Für die Instandstellung und Gestaltung der Archstrasse, Meisenstrasse und Lagerhausstrasse sowie des Vorplatzes Arch-Areal hat der Grosse Gemeinderat einen Investitionsbeitrag von 3.192 Mio. Franken bewilligt.
- Der Grosse Gemeinderat hat den Rahmenkredit von 84 Mio. Franken zu Händen der Volksabstimmung genehmigt und gleichzeitig die Motion betr. Velounterführung am Hauptbahnhof Nord (2001-051) als erledigt abgeschlossen.
- Am 4. März hat der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat die Änderung von Art. 8 der Bauordnung betreffend «Sonnenkollektoren in Kernzonen» beantragt. Am 9. März wurde die Bau- und Betriebskommission des Grossen Gemeinderates (BBK) im Zusammenhang mit dieser Vorlage über die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Beziehungen zwischen Energieoptimierung und Ortsbildpflege als Teile einer nachhaltigen Entwicklung orientiert. Die Kommission hat am 27. April beschlossen, den Absatz 2 «In der Kernzone Altstadt sind Sonnenkollektoren auf Dächern und an Fassaden in der Regel nicht zulässig» zu streichen. Danach erfolgte das Einwendungsverfahren gemäss § 7 Pla-

nungs- und Baugesetz (PBG). Es wurden zwei Einwendungen eingereicht. Am Ende des Berichtjahres war das Geschäft zur Vorprüfung beim Kanton.

- Am 11. März hat der Stadtrat beschlossen, die Separatsammelstellen Guggenbühl und Technikum in Unterflursammelstellen umzubauen.
- Die Buswartehalle Untere Vogelsangstrasse wurde in das Inventar der schutzwürdigen Baudenkmäler aufgenommen und dafür eine identische bei der Tösstalstrasse 253 aus dem Inventar entlassen. Dies war im Hinblick auf die umfangreichen Sanierungs- und Instandstellungsarbeiten an der Tösstalstrasse nötig.
- Der Stadtrat musste zur Kenntnis nehmen, dass Schlüsselvorhaben für die regionale Verkehrsbewältigung (Südostumfahrung, Entlastungsstrasse Oberwinterthur, tiefer gelegte Untere Vogelsangstrasse) im Programm zur Beseitigung von Engpässen und im Agglomerationsprogramm nicht aufgenommen resp. zurückgestellt wurden. In seiner Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens hat der Stadtrat mit Nachdruck auf den grossen Handlungsdruck in Winterthur hingewiesen, welcher sich durch die schnell fortschreitende Siedlungsentwicklung (speziell in den beiden Entwicklungsgebieten Stadtmitte und Oberwinterthur) sowie infolge der allgemeinen Mobilitätszunahme ergibt. Der Stadtrat strebt im Hinblick auf zukünftige Programme eine engere Kooperation und bessere Zusammenarbeit mit dem Kanton an.
- Am 6. April hat der Grosse Gemeinderat den Kredit von 700 000 Franken für die Schliessung der Radweglücke zwischen der Turmhaldenstrasse und der Frobergstrasse genehmigt. Gegen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen. Am 27. September hat das Volk dem Kredit zugestimmt.
- Um das Schulhaus Oberseen vor weiteren Hochwassern zu schützen, hat der Stadtrat am 8. April Sofortmassnahmen am Chräbsbach beschlossen. Die Planung für ein Hochwasserrückhaltebecken wird weitergeführt.
- Der Stadtrat hat am 8. April den Antrag an den Grossen Gemeinderat für den öffentlichen Gestaltungsplan «Areal Lagerplatz» und die Änderung der Bau- und



- Zonenordnung verabschiedet. Aufgrund der veränderten Situation durch den Verkauf des Lagerplatzareals an die Stiftung Abendrot wurde das Geschäft in der BBK sistiert.
- In der Antwort auf die Petition von Pro Velo Winterthur hat der Stadtrat am 29. April ausgeführt, dass er sich im Rahmen seiner planungs- und baurechtlichen Möglichkeiten und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Gegebenheiten für eine rasche Projektierung und Realisierung einer zeitgemässen Velounterführung zwischen Hegistrasse und Sulzerareal einsetzen wird.
 - Der Stadtrat hat am 6. Mai die geplante Fusswegverbindung zwischen Zinzikerstrasse und Stadlerstrasse in Oberwinterthur «Obstgartenweg» benannt.
 - Am 13. Mai hat der Stadtrat festgestellt, dass die Volksinitiative «zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt Winterthur» rechtmässig ist und beschloss, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten.
 - Für die Projektierung von zwei Kreiseln an der Salomon-Hirzel-Strasse bei den Anschlüssen A1 Ost und West hat der Stadtrat am 13. Mai einen Kredit von 75 000 Franken bewilligt.
 - Am 17. Mai wurde der Rahmenkredit von 84 Mio. Franken für die sechs Teilprojekte im Stadtraum Bahnhof vom Volk angenommen.
 - Am 19. Mai entzückte die Velostadt eine US-Delegation bestehend aus Mitarbeitern der US-Regierung, Vertretern von staatlichen Strassenbaudepartementen und Forschern.
 - Der Stadtrat hat am 24. Juni entschieden, das Vorhaben Vergärungsanlage Riet voranzutreiben. Eine Absichtserklärung mit der Firma Kompogas AG, Glattbrugg, wurde unterzeichnet, der öffentliche Gestaltungsplan beim Kanton zur Vorprüfung eingereicht und die Umweltverträglichkeitsprüfung eröffnet.
 - Am 24. Juni hat der Stadtrat vom Zwischenbericht des Programms «Betriebliche Energieoptimierung städtischer Bauten mit dem Verein Energho» Kenntnis genommen und für die Heizperiode 2009/2010 die Raumtemperaturen in den städtischen Gebäuden festgelegt.
 - Am 1. Juli hat der Stadtrat vom Resultat des Ideenwettbewerbs für die Erneuerung der Wohnbauten in der Quartiererhaltungszone Talgut Kenntnis genommen. An einer Medienkonferenz haben die beteiligten Wohnbaugenossenschaften und die Stadt die Ergebnisse vorgestellt und die Arbeiten öffentlich präsentiert. Der Stadtrat hat am 5. August diesbezüglich eine Schriftliche Anfrage (GGR-Nr. 2009-49) beantwortet. Am 16. November wurde dazu eine Interpellation (GGR-Nr. 2009-114) und am 7. Dezember eine Petition des Mieterverbandes eingereicht.
 - Das Tiefbauamt hat am 1. Juli die regelmässigen Kartonsammeltouren aufgenommen
 - Am 1. Juli hat der Stadtrat beschlossen, zusammen mit dem Kanton ein Gesamtverkehrskonzept mit Fokus auf das Stadtgebiet Winterthur zu erarbeiten. In der Zwischenzeit wurde die Projektorganisation und die Projektabwicklung festgelegt, die Finanzierung gesichert und die ersten gemeinsamen Aufträge erteilt.
 - Der Stadtrat hat am 8. Juli im Rahmen der Vernehmlassung der Revision des Verkehrsabgabegesetzes grundsätzlich zugestimmt und die Revision des Strassengesetzes in der vorliegenden Form abgelehnt. Begrüsst wird, dass die Frage der Planung und Finanzierung von Strassenbauten vom Kanton neu geordnet wird. Von grosser Bedeutung für den Stadtrat ist aber, dass die Stadt Winterthur auch bezüglich der überkommunalen Strassen ihre Interessen gestützt auf einen im Gesetz ausdrücklich anerkannten Autonomiebereich wahren kann.
 - Der Stadtrat hat am 5. August die geplanten Strassen im Gebiet Breite in Oberseen benannt. Sie heissen Sonnenbühlstrasse, Starenweg (Verlängerung) und Tenzlerweg.
 - Am 16. Juli kam es zu einem Unfall bei einer Kanalreinigung. In der Folge gelangte verschmutztes Abwasser in die Eulach, 2000 Forellen verendeten.
 - Am 12. August hat der Stadtrat das Baupolizeiamt ermächtigt, bei verschiedenen vernachlässigten Liegenschaften Sanierungsmassnahmen anzuordnen und zu realisieren.
 - Aufgrund der Behandlung von Rekursen wurde die Schutzverordnung II betr. den Fassadenschutz für die Siedlung entlang der Jonas-Furrer-Strasse (strassenabgewandter Bereich) überarbeitet, neu festgesetzt und amtlich publiziert.
 - Der Stadtrat hat am 19. August das Vergaberegister 2008 der Fachleitung Beschaffungswesen zur Kenntnis genommen. 47 Mio. Franken der Aufträge gingen an Winterthurer Firmen. Das waren rund zehn Prozent mehr als im Vorjahr.
 - Am 14. September hat der Grosse Gemeinderat zwei Kreditanträge genehmigt:
 - Kredit von 5.7 Mio. Franken für die Projektierung und Weiterbearbeitung einzelner Teilprojekte sowie die Weiterführung der Masterplanung Stadtraum Bahnhof
 - Kredit von 900 000 Franken für die Neukonzeption des Knotens Tösstalstrasse / Kanzleistrasse mit einer Lichtsignalanlage und Verlegung der Bushaltestelle.
 - Am 16. September hat der Stadtrat das Strassenprojekt Sulzerallee vom Bügel West bis zur Talackerstrasse zustimmend zur Kenntnis genommen.
 - Der Stadtrat hat am 23. September das Vorgehen bei Sachbeschädigungen (Graffiti, Schmierereien, Zerstörungen aller Art usw.) an städtischen sowie privaten Liegenschaften, Anlagen und Einrichtungen festgelegt. Wesentlich ist, dass alle Sachbeschädigungen der Polizei gemeldet und im Fall von städtischen Einrichtungen durch das Strasseninspektorat oder beauftragte Firmen umgehend entfernt werden.
 - Der Stadtrat genehmigte am 21. Oktober die graphische Gestaltung der Bührensäcke.
 - Am 4. November hat der Stadtrat ein Planungsrevisionspaket zu Händen des Einwendungsverfahrens genehmigt. Dabei handelt es sich um verschiedene Änderungen und Nachführungen des kommunalen Richtplans (Siedlungs- und Landschaftsplan sowie Verkehrspläne), der Nutzungsplanung und der BZO.
 - Mit der Fertigstellung des SBB-Neubaus Stellwerk Rail-City auf dem Milchküchenareal soll auch der nördliche Abschnitt des Bahnhofplatzes instand gestellt werden. Der Stadtrat hat das Projekt am 4. November genehmigt und das Tiefbauamt mit der öffentlichen Planaufgabe beauftragt. Die BBK wurde am 30. November über das Projekt informiert. Vier Rekurse wurden eingereicht und sind hängig.
 - Am 4. November hat der Stadtrat die Liegenschaften Steinbergasse 3 und 5 unter Schutz gestellt. Das Baupolizeiamt hat die erforderlichen Sicherungsmassnahmen angeordnet.
 - Der Stadtrat hat am 11. November eine geplante Strasse im Iberg als Wegackerstrasse benannt.
 - Der Grosse Gemeinderat hat am 16. November der Änderung des privaten Gestaltungsplans «Oberer Deutweg Süd-West» vom 23. Februar 2009 zugestimmt. Ebenfalls genehmigte er die Änderung des kommunalen Richtplans, neuer Eintrag: 20705 Geilikewiesen, Grüngutverwertung, sowie den diesbezüglichen privaten Gestaltungsplan.
 - Die Motion betr. Strassen-Unterführung St.Gallerstrasse beim Bahnhof Grüze hat der Grosse Gemeinderat

- auf Antrag des Stadtrates am 16. November nicht erheblich erklärt und damit als erledigt abgeschrieben.
- Der Stadtrat hat am 2. Dezember die Praxisänderung für Siedlungen mit Sonderbauvorschriften genehmigt und das Baupolizeiamt und das Amt für Städtebau beauftragt, Art. 43 BZO zu revidieren und die Siedlungen Rieterstrasse und Bachtelstrasse ins Inventar der schutzwürdigen Baudenkmäler aufzunehmen.
 - Am 2. Dezember hat der Stadtrat die Ausgabe von 240 000 Franken zur Deckung eines Schadenfalls (Hangrutsch) beim Quartierplan Maienried gebunden erklärt.
 - Der Stadtrat hat am 2. Dezember eine Eingabe erhalten. Darin beklagen sich Anwohnende über den nächtlichen Glockenschlag der Herz Jesu Kirche Mattenbach. Das Departement Bau wurde beauftragt, eine Aussprache mit den Verantwortlichen der Kirche und den klagenden Anwohnenden zu organisieren.
 - Der Stadtrat wurde am 9. Dezember über den Zwischenstand im Rechtsmittelverfahren betr. der Baueinstellung Schulhaus Sennhof orientiert.
 - Die «Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität» hat der Stadtrat am 9. Dezember zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Charta ist ein Weiterführung der Leitsätze Verkehr des Stadtrates vom November 2008 und ist Basis für einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt Winterthur». Erstunterzeichnerinnen der Charta sind nebst Winterthur die Städte Luzern, Basel, St. Gallen und Zürich.
 - Der Stadtrat hat am 9. Dezember im Rahmen der Vernehmlassung zur Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG) Stellung genommen. Der Stadtrat fordert die Aufnahme einer zusätzlichen Bestimmung über die zwangsweise Sanierung verwahrloster Wohnbauten.
 - Der Stadtrat hat am 9. Dezember dem Ersatz der WC-Anlage Bäumli auf dem Goldenberg und dem Umbau des WCs Lindenplatz zugestimmt.
 - Der private Gestaltungsplan «Stuwo Bürglistrasse», welcher eine Wohnüberbauung für Studierende ermöglichen soll, wurde vom Stadtrat zustimmend zur Kenntnis genommen. Das Amt für Städtebau ist mit der öffentlichen Auflage beauftragt.
 - Von den Berichten des Stadtrates zu den Postulaten betr. Projekt für den Road Pricing-Versuch und Sauberkeit im öffentlichen Stadtraum hat der Grosse Gemeinderat am 14. Dezember in zustimmenden Sinn Kenntnis genommen.
- Neben diesen Geschäften hat das Amt für Städtebau im Rahmen der Veranstaltung «Baustelle Winterthur – eine Stadtlandschaft im Wandel» das bauliche und planerische Wirken einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.
- Eingeweiht wurden das Schulhaus Sennhof, die Erweiterung der Maurerschule und die Erweiterung und Gesamtanierung des Schulhauses Feld. Der Grützehof konnte für das 10. Schuljahr per August termingerecht bereitgestellt werden. Schulbauten (zum Beispiel die Neubauten Schulhaus Wyden, Schulhaus Zinzikon, Schulhaus Wallrüti, Schulhaus Neuhegi) werden das Departement Bau auch in den nächsten Jahren stark beanspruchen.
- Bei den Neubauten und Sanierungen von städtischen Gebäuden wird der vom Stadtrat verbindlich erklärte Gebäudestandard 2008 angewendet. Dieser Standard schreibt vor, dass bei Neubauten zu prüfen ist, ob der Minergie-P-Standard und bei Sanierungen der Minergie-Standard eingehalten werden kann. Die Stadt geht mit dem Gebäudestandard 2008 bei ihren Bauvorhaben im Sinne des Labels Energiestadt mit gutem Beispiel voran. Trotzdem wird es immer anspruchsvoller, der sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit bei den öffentlichen Bauvorhaben gerecht zu werden. Das Thema der Wünschbarkeiten und Machbarkeiten im Rahmen der engen finanziellen Mittel bei den städtischen Bauvorhaben wird den Stadtrat und den Grossen Gemeinderat in der nächsten Legislatur weiterhin stark beanspruchen.

Amt für Städtebau

Das vergangene Jahr war erneut mit besonderen Herausforderungen verbunden. Mit dem Veranstaltungszyklus «Baustelle Winterthur – eine Stadtlandschaft im Wandel» wurde das bauliche Wirken von heute, gestern und morgen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Gleichzeitig wurden die Prozesse weiter optimiert. Erstmals kam eine Lernende ins Amt. Die abteilungs- und amtsübergreifende Sichtweise, die Projektorientierung und die faire und klare Beratung von Bauwilligen geniesSEN im Alltag weiterhin ein hohes Augenmerk.

Das Amt ist nach knapp drei Jahren konsolidiert. Dennoch muss die Neugier, der Veränderungswille und die Leistungsbereitschaft weiter anhalten. Nur so gelingt es, den steigenden Anforderungen mit gleich bleibenden Ressourcen gewachsen zu sein. Bei stadteigenen Bauten etwa wird es immer anspruchsvoller, der energetischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit gleichermaßen gerecht zu werden. Die Diskrepanz zwischen der zunehmenden Mobilität und dem endlichen Strassenraum lässt sich nur mit neuen Ideen und der Bereitschaft, Gewohntes zu überprüfen, mindern. Generell zeichnen sich Projekte durch eine zunehmende Komplexität und eine steigende Anzahl Beteiligter aus. Dies führt zu einem spannenden Arbeitsfeld, in dem neben Sachverstand auch Prozessdenken und soziale Kompetenz massgebende Erfolgsfaktoren sind.

Raum- und Verkehrsplanung

Die Raum- und Verkehrsplanung erarbeitet Richt-, Nutzungs- und Sondernutzungsplanungen, insbesondere Gestaltungsplanungen und koordiniert diese unter den verschiedenen Anspruchsgruppen. Darüber hinaus sind mehrere Quartierplanverfahren sowie zahlreiche Revisionen von Bau- und Abstandslinien in Bearbeitung. Das Verkehrsnetz wird in Hinblick auf Kapazitätsengpässe und in Hinblick auf die notwendige ÖV-Bevorzugung optimiert. Weiter wird der Strassenlärmkataster bewirtschaftet. Nicht zuletzt wurden politische Vorstösse und zahlreiche Anliegen aus der Bevölkerung entgegen genommen und geprüft.

Ein neuer Schwerpunkt bei kommenden Strassenbauvorhaben ist die Projektentwicklung. Zu diesem Zweck wurde ein «Projektleiter Verkehr» eingestellt. Auslöser für die Projekte sind in der Regel anstehende und budgetierte Unterhaltsarbeiten. Ziel ist, in Bezug auf Funktionalität, Betrieb und Wirtlichkeit der Strassenräume zukunftsfähige Projekte aufzugleisen, breit abzustützen



Lagerhausplatz: planerische Begleitung durch das Amt für Städtebau

und dem ausführenden Tiefbauamt bereinigt zur Umsetzung zu übergeben. Durch die aktive Mitwirkung der stadtinternen Stellen werden den Anliegen nach Sicherheit, flüssigem Individualverkehr, Busbevorzugung, Velonetzverbesserungen und den Bedürfnissen der Fussgängerinnen und Fussgänger Rechnung getragen. Bei komplexeren Aufgabenstellungen wird eine Projektorganisation aufgestellt und ein interdisziplinäres Planerteam beigezogen.

Das Geschäftsjahr der Raum- und Verkehrsplanung war geprägt durch folgende Schlüsselprojekte und Ereignisse: Am 2. Dezember 2009 wurden die vom Bauausschuss beschlossenen Änderungen der Bewilligungspraxis für die Siedlungen mit Sonderbauvorschriften vom Stadtrat zustimmend zur Kenntnis genommen. Die gestalterische Beurteilung der Baugesuche erfolgt künftig auf der Grundlage der erarbeiteten «Steckbriefe».

Das Einwendungsverfahren zur Teilrevision der Richt- und Nutzungsplanung wurde auf Beschluss vom Stadtrat vom 4. November 2009 durchgeführt. Im Revisionspaket enthalten sind unter anderem diverse Nachführung in der Richtplanung, Änderungen in der Bau- und Zonenordnung und einer Gewässerabstandslinie sowie eine neue Waldabstandslinie.

Die Vernehmlassung zum Rahmenplan Neuhegi, welcher im Jahr 2008 in enger Zusammenarbeit zwischen Sulzer Immobilien AG und den involvierten städtischen Fachstellen überarbeitet wurde, konnte Anfang 2009 durchgeführt werden. Zudem soll als Ergänzung zu den bisherigen Planungen das neu erarbeitete Freiraumkonzept für attraktive öffentliche Räume dienen. Die inhaltliche Bereinigung des Rahmenplans konnte weitgehend abgeschlossen werden.

Ausgelöst durch die faktische Streichung von Schlüsselprojekten aus den Bundesprogrammen zur Engpassbeseitigung auf Nationalstrassen und dem Agglomerationsverkehr wurde eine Überarbeitung des regionalen Gesamtverkehrskonzeptes (rGVK) notwendig. Im Rahmen einer Koordinationssitzung, u.a. mit Amtsleitern der Stadt Winterthur und des Kantonalen Amtes für Verkehr (AFV), wurde die gemeinsame Erarbeitung des Städtischen Gesamtverkehrskonzeptes (sGVK) beschlossen und mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen Regierungsrätin Rita Fuhrer und Stadtrat Walter Bossert besiegelt. Im Herbst startete das sGVK-Projekt, mit der Ausschreibung und Wahl des begleitenden Planungsbüros und dem Startworkshop vom 16. Dezember, mit Beteiligung der massgeblichen kantonalen und städtischen Amtsstellen.

Für den Knoten Industrie-/Scheidegg-/Rudolf-Diesel-Strasse wurde aufgrund des Bauvorhabens der Kehrlichtverbrennungsanlage eine Studie ausgelöst, um Verbesserungsmöglichkeiten in Bezug auf die Verkehrssicherheit und den Verkehrsfluss aufzuzeigen.

Insgesamt 10 Gebiete sind im Zusammenhang mit verkehrsberuhigenden Massnahmen planerisch bearbeitet worden. Die Verkehrsgutachten mit den erforderlichen Massnahmenplanungen werden «In-House» erstellt und nach stadtinterner Bereinigung in das Verfahren eingebracht. Nebst den Sicherheitsgewinnen müssen die Massnahmen T30/20 auch den städtebaulichen Ansprüchen genügen.

Laufende Projekte 2009

- Teilrevision der kommunalen Richtplanung
- Teilrevision der kommunalen Nutzungsplanung
- Revision Ergänzungsplan Kernzonen Stocken
- Änderung Bau- und Zonenordnung für Solaranlagen in Kernzonen
- Öffentlicher Gestaltungsplan Grüngutverwertungsanlage Riet
- Öffentlicher Gestaltungsplan Lagerplatz

- Öffentlicher Gestaltungsplan Parkplatz Bleuelwies
- Privater Gestaltungsplan Grüngutverwertungsanlage Geilikerwiesen
- Privater Gestaltungsplan Oberer Deutweg
- Privater Gestaltungsplan Stuwo Bürglistrasse
- Überarbeitung Rahmenplan Neuhegi (vormals Oberwinterthur)
- Verschiedene Baulinienrevisionen
- Quartierplan Lantig
- Erschliessungsplanung Industriezone Frauenfelderstrasse
- Erschliessungsplanung Umfeld Bahnhof Grüze
- Städtisches Gesamtverkehrskonzept
- Studie Parkierung Sulzer Stadtmitte
- Koordination Agglomerationsprogramm
- Verkehrsraum Bahnhofplatz Süd
- Verkehrsraum Vogelsang/Breite
- Parkkartenzone Tössfeld
- Diverse Verkehrszählungen
- Diverse Tempo 20 und Tempo 30 Gutachten
- Diverse Verbesserungen im Velonetz
- Veloparkierung Stadtraum Bahnhof
- Testplanung und Leitbild Zürcherstrasse (Projekt Töss)
- Umsetzung Regionale Verkehrssteuerung (RVS)
- Gesamtverkehrsmodell Stadt und Agglomeration Winterthur
- Knotenumgestaltung Industrie-/Scheidegg-/Rudolf-Diesel-Strasse
- Knotenumgestaltung Salomon-Hirzel-Strasse/Autobahnanschluss (evtl. Kreisel)
- Bushaltestelle Haltenreben
- Teilnahme Prix Velo 2010

Abgeschlossene Projekte 2009

- Stellungnahme zur Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans
- Steckbriefe für Siedlungen mit Sonderbauvorschriften
- Waldabstandslinie Muesmälberg
- Öffentlicher Gestaltungsplan und Richtplanänderung Durchgangplatz für Fahrende
- Privater Gestaltungsplan Im Gässli (Nichtaufhebung)
- Privater Gestaltungsplan Sulzer Bereich 2
- Privater Gestaltungsplan und Richtplanänderung Siedlung Grienlen
- Studie Gleisfreiräume Neuhegi
- Gesamtüberprüfung Baulandreserven
- Erschliessung Gebiet «Breite», Oberseen
- Studie Netzplanung Grüze/Oberwinterthur
- Gestaltungskonzept Breitestrassen
- Verkehrskonzept Neuwiesen
- Verkehrsraum Mythenstrasse
- Verkehrsraum Tössfeld
- Verkehrsraum Tössstalstrasse / Seenerstrasse
- Verkehrsraum Eichliacker
- Verkehrsraum Schlosshof-/Brünnelühöhestrasse
- Velowegbindung an Wülflingerstrasse
- Knotengeometrieüberprüfung Hedi-Hahnloser-Strasse
- Verkehrsgutachten Rychenbergstrasse
- Begleitung Testplanung Stadtpark/Musikpavillon

Gep plante Projekte 2010 (Auswahl)

- Leitbild Erholung Töss
- Änderung Artikel 43 Bauvorschriften für besondere Siedlungen
- Elektronische Aufarbeitung ausgewählter Verkehrsdatenthemen
- Betriebs- und Gestaltungskonzept Technikumstrasse
- Verkehrsraum Geiselweidstrasse
- Verkehrsraum Neuwiesenquartier
- Verkehrsraum Rychenbergstrasse

Stadtgestaltung und Wettbewerbe

Die Abteilung Stadtgestaltung/Wettbewerbe stellt die städtebaulich-architektonischen Rahmenbedingungen sicher, berät Bauherrschaften, organisiert Studien und kooperative Verfahren und gestaltet bzw. begleitet Konkurrenzverfahren zusammen mit öffentlichen und privaten Bauherrschaften. Darüber hinaus koordiniert sie die Fachgruppe Stadtgestaltung.

Im Berichtsjahr wurden 510 Baugesuche hinsichtlich städtebaulicher Einordnung und architektonischer Gestaltung begutachtet. Die Beratung in städtebaulichen und architektonischen Fragen im Vorfeld von Baugesuchen ist für ein effizientes Bewilligungsverfahren wichtig. Die Beratung konnte 2009 ausgebaut werden. Diese lösungsorientierte, transparente Beratungspraxis ist massgeblich für eine gute Kundenzufriedenheit. Es wurden zahlreiche Konkurrenzverfahren durchgeführt. Unter anderem schloss man im Quartier Mattenbach (Quartiererhaltungszone Talgut) mit den vier beteiligten Grundeigentümern den städtebaulichen Ideenwettbewerb für eine Erneuerung der Wohnbauten ab. Auf dieser Basis wird nun in einem privaten Studienauftrag eine Vertiefung der Resultate stattfinden. Anschliessend sollen in einem Gestaltungsplan die neuen gesetzlichen Grundlagen für die Überbaubarkeit des Gebiets formuliert werden. Die Erneuerungsabsichten der privaten Bauträger werden von der Mieterschaft weit gehend abgelehnt und es wurden in dieser Sache im Grossen Gemeinderat eine Schriftliche Anfrage (GGR-Nr. 2009-49) und eine Interpellation (GGR-Nr. 2009-114) eingereicht. Ebenso übergab der Mieterverband am 7. Dezember dem Stadtrat eine Petition.

Auf dem Osramareal in Veltheim wurde mit Studierenden der Architekturabteilung der ZHAW ein Konkurrenzverfahren für die Erstellung von Wohnraum für Studierende durchgeführt. Vier Teams von Studierenden haben Vorschläge erarbeitet, aus denen einer im Rahmen eines privaten Gestaltungsplans umgesetzt werden soll. Für den Bereich des Musikpavillons und des weiteren Umfeldes des Stadtgartens wurden im Rahmen einer Testplanung die verschiedenen Ideen von drei Projektteams von einem Begleitgremium diskutiert. Die Resultate sind in einem Leitbild festgehalten. In einem Planerwahlverfahren für das Freibad Oberwinterthur konnte ein Planungsteam gefunden werden, das nun in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Beteiligten ein Projekt zur Erneuerung der Badeanlage ausarbeitet.

Wichtigste Beratungen 2009

- Terrassenüberbauung Bürehäldeli
- Wohnüberbauung Weinbergstrasse
- Technopark 3
- Sanierung Hochhäuser Gutschick
- Wohnüberbauung Am Bach
- Wohnüberbauung Wyden
- Bürohaus Museumstrasse, Umnutzung
- Hauptpost, Anbau

Abgeschlossene Projekte 2009 (Auswahl)

- Quartiererhaltungszone Talgut, Städtebaulicher Wettbewerb zum Thema Substanzerneuerung/Ersatzneubauten
- Klinik Lindberg, Testplanung zum Thema bauliche Entwicklungsmöglichkeiten
- Neuhegi, Arealentwicklungen
- Bahnhof Grüze, Städtebauliche Studie
- Sanierung der Wohnhäuser Grenzstrasse und Feldeggstrasse, Planerwahlverfahren
- Freibad Oberwinterthur, Planerwahlverfahren
- Studentisches Wohnen Osramareal, Studienauftrag
- Villa Rosenberg, städtebauliche Studie

Laufende Projekte (Auswahl)

- Internationales Zentrum für Leistungs- und Breitensport (IZLB) Deutweg, Wettbewerb
- Stadion Schützenwiese, Festlegung Projektrahmen und Verfahren
- Stadtpark/Musikpavillon, Testplanung und Synthesenbericht
- Gesamtsanierung Alterszentrum Adlergarten, Gesamtleistungstudienauftrag
- Quartiererhaltungszone Mattenbach, Privater Studienauftrag im Arealperimeter (Gesellschaft zur Erstellung billiger Wohnhäuser)
- Vogelsangstrasse, Städtebauliche Studie
- KVA Werkhof Scheidegg, Kunst am Bau, Wettbewerb
- Alterswohnen Kastellweg, Wettbewerb
- Unterwerk Neuwiesen, Studienauftrag

Geplante Projekte 2010 (Auswahl)

- Bruderhaus, Studienauftrag
- WinForst Betriebsstützpunkt, Studienauftrag
- Rudolfstrasse, Studienauftrag
- Sulzer Stadtmitte Areal Werk 1, Begleitung Gestaltungsplan
- Hochhäuser Grüze, Wettbewerb
- Busdepot Grüze, Gesamtleistungswettbewerb
- Schulhaus Neuhegi, Wettbewerb
- Zeughausareal, Investorenwettbewerb

Die Fachgruppe Stadtgestaltung behandelte dieses Jahr in acht halbtägigen Sitzungen insgesamt sechzehn Geschäfte, vorwiegend Arealüberbauungen. Die unterschiedlichen Bebauungsvorschläge wurden in architektonisch-städtebaulicher Hinsicht geprüft und anschliessend entsprechende Empfehlungen zuhanden des Bauausschusses verfasst. Die Fachgruppe wird vom Stadtbaumeister geleitet. Vier externe Architekten, Vertreter der Abteilung Stadtgestaltung/Wettbewerbe und der Stadtgärtnerei sind als ständige Mitglieder dabei. Aufgrund seiner Wahl zum Direktor des Amtes für Städtebau in Zürich ist Patrick Gmür per Ende 2009 zurückgetreten. Die Suche nach einer Nachfolge ist im Gang.

Denkmalpflege

Das Thema der energetischen Sanierung von Baudenkmalern wurde vertieft. Die 2008 gebildete Arbeitsgruppe «Energie und Baukultur» mit Vertretern der Abteilungen Denkmalpflege, Stadtgestaltung/Wettbewerbe, Hochbauten, Fachstelle Energie sowie einem externen Architekten hat mehrere erfolgreiche energetische Sanierungen von Baudenkmalern, aber auch von gut gestalteten neueren Bauten dokumentiert und in Form von anschaulichen Informationsblättern publiziert. Sie stellen bei den Bauberatungen eine wesentliche Hilfe dar, um aufzuzeigen, wie energetische Sanierungen ohne Verlust von wichtiger historischer Bausubstanz umgesetzt werden können.

Ziel der Denkmalpflege ist, eine hohe fachliche Qualität der Beratungsleistungen zu garantieren. Um die Kommunikation zu verbessern, wurden 2009 verschiedene Projekte lanciert und umgesetzt: Das Team der Denkmalpflege hat ein Kommunikationstraining durchgeführt. Dabei wurden die Gespräche der Bauberater mit Architekten und Bauherrschaften von einem Kommunikationsberater begleitet und ausgewertet. Ziele und Absichten von Bauherrschaft, Architekt und Denkmalpflege sowie die getroffenen Abmachungen werden neu in einem Protokollblatt erfasst, damit es Klarheit und Transparenz gibt. Dazu sollen die Informationsblätter zu besseren Beratungsleistungen beitragen.

Mit der Unterschutzstellung der Häuser Steinberggasse 3 bis 5 konnten zwei wichtige Baudenkmäler in der Winterthurer Altstadt vor dem Abbruch bewahrt werden. Die beiden aus der Zeit von 1718 und 1764 stammenden Häuser wurden im Laufe des Jahres 2009 von Ingenieuren und Zimmerleuten intensiv begutachtet. Dabei zeigte es sich, dass beide Häuser statisch in einem erhaltungsfähigen Zustand sind. Ebenso wurden die Geschichte und der bauhistorische Wert der beiden Häuser vertieft untersucht. Da die Winterthurer Altstadt im 20. Jahrhundert nahezu zur Hälfte neu gebaut worden ist, kommt der Bausubstanz vor 1810, die nur noch einen Drittel der gesamten Bebauung ausmacht, eine hohe Bedeutung zu. Auch in den kommenden Jahren wird es zu den Aufgaben der Denkmalpflege gehören, sich für den Erhalt der noch vorhandenen wertvollen historischen Bausubstanz einzusetzen.

2009 wurden 153 Baugesuche beurteilt und total 515 Geschäftsfälle bearbeitet. Davon wurden 35 Bauvorhaben bei der Umsetzung denkmalpflegerisch enger begleitet. In 25 Fällen war die Erstellung eines Gutachtens, einer Schutzabklärung oder eines Schutzkatalogs erforderlich. 12 Inventarobjekte von kommunaler Bedeutung wurden unter Schutz gestellt. Die Fachgruppe Denkmalpflege hat im Jahr 2009 insgesamt 15 grössere Bauvorhaben und Schutzabklärungen im Hinblick auf die denkmalpflegerischen Zielsetzungen geprüft und gewürdigt sowie Empfehlungen zuhanden des Bauausschusses abgegeben.

Der Europäische Tag des Denkmals war dieses Jahr dem jüngsten Winterthurer Stadtteil, Mattenbach, gewidmet. Dabei standen Wohnbauten und Wohnsiedlungen zwischen 1880 und 2009 im Zentrum sowie die abgeschlossene Umnutzung des Sidi-Areals. 1200 Besucherinnen und Besucher nutzten das Angebot.

Die Mittagsführungen von April bis September waren der Winterthurer Architektur der 1930-er Jahre gewidmet. Einer der Höhepunkte war die Besichtigung des Wohnhauses von Adolf Kellermüller an der Römerstrasse in Oberwinterthur, an dem sich die klassischen Elemente des Neuen Bauens, wie grosszügige über Eck geführte Fensteröffnungen, Balkone sowie eine sehr stringente und für die Nutzung ökonomische Grundrissdisposition exemplarisch ablesen lassen. Etwa 300 Besucherinnen und Besucher beteiligten sich an den Führungen.

Im Rahmen des Wettbewerbes «Historische Hotels und Restaurants in der Schweiz» verlieh die Landesgruppe ICOMOS (International Council on Monuments and Sites) Schweiz der Renovation und Umnutzung des ehemaligen Restaurants «Chässtube», heute «Archbar», die «besondere Auszeichnung 2010». Das erfreuliche Resultat wurde möglich dank der gelungenen Zusammenarbeit zwischen Eigentümerin, Pächterin und Denkmalpflege. Aufgrund dieser konnte ein Grossteil der Ausstattung aus den 1940-er Jahren des Winterthurer Architekten Franz Scheibler erhalten werden.

Zwei der grösseren Umbau- und Renovationsprojekten werden im Folgenden vorgestellt:

Wiederherstellung der Eingangshalle im Schulhaus Eichliacker. Das 1899 nach den Plänen von Hermann Siegrist-Allweyer in historistischem Stil erbaute Schulhaus ist ein repräsentativer Bau, der eine aufwendige und sorgfältig gestaltete Innenausstattung erhielt. Leider ist der grösste Teil der Ausstattung in den 1960-er Jahren bei einer Sanierung entfernt worden. Im Eingangsbereich waren noch zwei grosse Ölbilder von Jean Affeltranger mit der Kyburg und dem Kloster Töss vorhanden. Bei der restauratorischen Untersuchung der Wandoberflächen kam die ursprüngliche zu den Wandbildern gehörige Farbfassung der Wände zum Vorschein. Diese originale Farbfassung und -gestaltung konnte aufgrund der Befunde rekonstruiert werden.

Sidi-Areal: Maschinenhaus und Kamin sowie Arbeiterhaus der ehemaligen mechanischen Seidenstoffweberei, St. Galler-Strasse 42. Das Maschinenhaus mit den Dampfkesseln und dem Kamin von 1871 gehören zu den letzten noch erhaltenen Maschinenhäusern mit einer technischen Anlage in Winterthur. Bei der Realisierung des Projektes zwischen 2007 und 2009 wurde das Maschinenhaus sowie das Arbeiterhaus an der Töpferstrasse sorgfältig renoviert. Im Maschinenhaussaal, wo sich früher die Dampfmaschinen befanden, wurden Dekorationsmalereien gefunden. Diese wurden teilweise ergänzt, die Wandoberflächen aber möglichst im vorgefundenen Zustand belassen, um die Patina der letzten 150 Jahre nicht zu zerstören. Der Architekt des Maschinenhauses und der noch bestehenden Verwaltungsgebäude an der Palmstrasse und der St. Gallerstrasse war der Semper-Schüler Joseph Bösch (1839 bis 1922).



Singaal Schulhaus Feld

Hochbauten

Das Baufachorgan der Stadt Winterthur befasst sich mit dem Aufgleisen und Begleiten von städtischen Hochbauvorhaben. Dies verlangt ein umfangreiches Fachwissen und eine hohe Projektmanagement-Kompetenz. Insbesondere sind im gebäudetechnischen Bereich grosse Veränderungen im Gange. Wärmetechnische Verbesserungen müssen mit gebäudetechnischen Massnahmen Hand in Hand gehen und auf eine Gesamtstrategie ausgerichtet sein. Nur damit kann die Energieeffizienz – unter der Voraussetzung, dass sich die Nutzenden wie geplant verhalten – weiter gesteigert werden. Zwei Schulhäuser werden zurzeit im Minergie-P-eco Standard geplant. Dieser Standard entspricht den Zielsetzungen für die 2000-Watt- und 1-Tonnen-CO₂ Gesellschaft. Neben den notwendigen Lüftungsanlagen und einer Ressourcen schonenden Wärmeerzeugung ist die Energieverbrauchssteuerung entsprechend den individuellen Bedürfnissen der Nutzenden in solchen Anlagen entscheidend. Es soll nur dann Wärme zugeführt werden, wenn die Gebäude in Betrieb sind und die Räume entsprechend genutzt werden. Auf individuelle Einzelraumnutzungen muss reagiert werden können und in den ungenutzten Zeiten soll die Temperatur der Anlage um einige Grade abgesenkt werden können.

Ebenfalls gehören der Werterhalt und die Anpassung an zeitgemässe Nutzungen der städtischen Gebäude zur Kernaufgabe der Hauptabteilung Hochbauten.

Mehrheitlich konnten die Projekte im vorgegebenen Zeit- und Kostenrahmen abgewickelt werden. Das Restaurant Frohsinn wurde renoviert und wiedereröffnet, das Restaurant Rössli steht kurz davor. Die Schulhäuser Altstadt und Neuwiesen sind saniert und wieder in Betrieb. Für den Ersatz der Schulhäuser Wiesental und Mühletal wurden im Geschäftsgebäude Grüzehof an der Rudolf-Diesel-Strasse zehn Schulräume eingebaut. Die Umbauarbeiten waren rechtzeitig zu Beginn der Sommerferien abgeschlossen.

Im Berichtsjahr konnten sechs Flachdächer resp. Dachräume nach den Minergiewerten für Einzelbauteile saniert werden. Bei zwei Objekten wurde eine Solaranlage zur Brauchwarmwassererzeugung realisiert. Dadurch kann ein grosser Teil der benötigten Wärme über erneuerbare Energien gewonnen werden. Drei Objekte wurden an die Fernwärme angeschlossen. Bei einem Objekt installierte man eine Luftwärmepumpe. Das Schulhaus Altstadt erhielt ein Minergiezertifikat für Umbauten.

Fertig gestellte Bauvorhaben

- Gewerbemuseum, Umbau Küche und Teilersatz Fenster
- Theater Winterthur, Renovation der sanitärischen Einrichtungen
- Güterschuppen Bahnhof Töss, Umbauten für Zwischennutzung
- Schloss Wülflingen, Umgebungsarbeiten
- Restaurant Frohsinn, Innere Sanierungsarbeiten Pächterwechsel
Nachhaltigkeit: diverse Dämmungen nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Rössligasse 7, Restaurant Rössli, Umbauten
- Schulhaus Feld, Neubau und Sanierungen
Nachhaltigkeit: Dachdämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Schulzahnklinik, Renovationsarbeiten 3. Etappe
- Kindergarten Rappstrasse und Wässerwiesen, Flachdachsaniierungen
Nachhaltigkeit: Dachdämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Schulhaus Altstadt, Dach- und Fassadensanierung
Nachhaltigkeit: Eine Zertifizierung für Umbauten nach Minergie wurde erreicht
- Schulhaus Neuwiesen, Fassadensanierung
Nachhaltigkeit: Brauchwarmwassererzeugung zu 50 % mit Solaranlage, Fensterersatz nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Schulhaus Geiselweid, Einbau Psychomotorikräume
- Hallenbad Geiselweid, Sanierungen, Flachdachsaniierung über Schwimmhalle
Nachhaltigkeit: Dachdämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Freibad Geiselweid, Erstellung Betriebsgebäude
- Wohnhaus der Heilsarmee, Fassadensanierung und Innenrenovation
Nachhaltigkeit: Brauchwarmwassererzeugung zu 50 % mit Solaranlage

Laufende Bauvorhaben

- Museumsgebäude, Brandschutz Bibliothek und Infrastrukturverbesserungen
Nachhaltigkeit: umbauter Raum erfüllt die Primäransforderungen an Minergie
- Restaurant Goldenberg, Aus- und Umbau Innenbereich und Sanierung der haustechnischen Anlagen
Nachhaltigkeit: Fenster und Dämmungen im Dachbereich nach den Minergiewerten für Einzelbauteile

- Hörnlistrasse 25–29, Gesamtsanierung
Nachhaltigkeit: Fenster und Dachdämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile und Anschluss an Fernwärmenetz
 - Grenzstrasse 40, Gesamtsanierung
Nachhaltigkeit: Fenster, Dach- und Fassadendämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
 - Feldeggstrasse 7–13, Gesamtsanierung und Einbau Bäder
Nachhaltigkeit: Fenster und Dachdämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
 - Heiligbergstrasse 50, Fassadensanierung
Nachhaltigkeit: Dämmungen im Dachbereich nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
 - Hegifeldstrasse 4a (TMZ), Fassadensanierung und Lifteinbau
Nachhaltigkeit: Eine Zertifizierung für Umbauten nach Minergie ist beantragt
 - Schulhaus Wyden, Neubau
Nachhaltigkeit: Es wurde ein Bau nach Minergie-P-eco vom Volk bewilligt
 - Schulhaus Zinzikon, Neubau
Nachhaltigkeit: Ein Bau nach Minergie-P-eco ist geplant
 - Schulhaus Tägemoos, Fassadensanierung und Umbauten Lehrkörperbereich
Nachhaltigkeit: die Gebäudehülle wird vollständig gedämmt, Einsatz einer Solaranlage für das Brauchwarmwasser, eine Minergie-zertifizierung ist beantragt
 - Alterszentrum Brühlgut, Sanierung Küche
 - Alterszentrum Oberwinterthur, Ersatz Restaurantbestuhlung und Wohneraufenthaltsraum, Ersatz Buffetanlage Restaurant, Sanierung bestehende Lifthanlagen
Nachhaltigkeit: Die effizienteren Liftmotoren führen zu einem rund 50 % reduzierterem Stromverbrauch
- Bauvorhaben in Vorbereitung*
- Halle 710, Ausbau für soziokulturelle Nutzungen
 - Freizeitanlage Holzlegi, Ersatzneubau des Obergeschosses
Nachhaltigkeit: Neubauteile erreichen den Minergiestandard, auf eine Lüftungsanlage wird verzichtet
 - Rössligasse 9–11, Erweiterung Bibliothek
 - MZA Teuchelweiher, Sanierung kleine Reithalle
 - Bühlrainstrasse 16, Bürglistrasse 3/5, Hegifeldstrasse 76a/b, Strittackerstrasse 31, Tösstalstrasse 82, Walkenstrasse 4, Gebäudesanierungen
Nachhaltigkeit: Prüfungen nach Gebäudestandard 2008
 - Schiessanlage Ohrbühl, Ersatz Kugelfangeinrichtungen
 - Pachtbetriebe, Taggenberg, Gusslistrasse und Weiherhöhe, Neubau Ökonomieteil
 - Tösstalstrasse 54, Kinderhuus Fantasia, Fernwärmeanschluss und Gebäudesanierung
Nachhaltigkeit: Die Gebäudehülle soll vollständig gedämmt werden, Anschluss Fernwärme, eine Minergie-zertifizierung wird geprüft
 - Zeughausstrasse 76, Renovationsarbeiten Einbau DAS
Nachhaltigkeit: Teilweise Fenster, Dach- und Fassadendämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
 - Werkhof Scheidegg, Neubau Kehrtrichtfahrzeugeinstellhalle und Büros
 - Stadtpolizei, Neuer Standort für die Stadtpolizei
Nachhaltigkeit: Es soll ein Bau nach Minergie-P-eco geplant werden
 - Campinggebäude Schützenweiher, Ersatzneubau
Nachhaltigkeit: Es soll ein Bau nach Minergie-P-eco geplant werden
 - Kindergarten Unteres Bühl und Schooren, Dachsanierungen
Nachhaltigkeit: Dachdämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
 - Schulhaus Neuhegi, Neubau
Nachhaltigkeit: Ein Bau nach Minergie-P-eco ist geplant
 - Schulhaus Schönengrund, Sanierung Duschen, Garderoben und Turnhalle, Sanierung Singsaal, Lichtenanlage, Bühne
 - Schulhaus Erlenstrasse, Projektstudie Gesamtsanierung
 - Schulhaus Talhofweg, Sanierung Dach, Fassade, Umbauten
Nachhaltigkeit: Die Gebäudehülle erreicht den Minergiestandard
 - Schulhaus Rychenberg, Fassadensanierung
Nachhaltigkeit: Der Einsatz einer Solaranlage für das Brauchwarmwasser ist vorgesehen
 - Schulhaus Heiligberg, Treppenhaussanierung mit Lifteinbau
 - Schulhaus Steinacker, Fassadensanierung
Nachhaltigkeit: Zustandsanalysen der Gebäudehülle
 - Hallenbad Geiselweid, Sanierungen, Sanierung Überlauftrinnen, Dilatationsfugen, Garderobebereich und Gebäudehülle (Fensterersatz)
Nachhaltigkeit: Grauwassernutzung, Fensterersatz nach den Minergiewerten
 - Freibad Oberwinterthur, Gesamtsanierung
 - Zentrum Adlergarten, Gesamtsanierung
Nachhaltigkeit: Eine Zertifizierung für Umbauten nach Minergie ist geplant
 - Busdepot Grüzefeld, Neubau Buseinstellhalle, Verwaltungsbau
Nachhaltigkeit: Neubau nach Gebäudestandard 2008
 - Forstwerkhof, Neubau
Nachhaltigkeit: Neubau nach Gebäudestandard 2008
 - Friedhof Rosenberg, Neubau Werkhof

Tiefbauamt

Das Berichtsjahr stand unter dem Zeichen der Bauvorhaben rund um den Hauptbahnhof. Mitte Mai stimmten die Stimmberechtigten mit grossem Mehr einem Rahmenkredit zu, welcher eine städtebauliche Aufwertung beidseits des Bahnhofs ermöglicht und vor allem auch Lücken im Netz des Langsamverkehrs schliessen wird. Die Rückseite des Winterthurer Bahnhofs soll ein Gesicht bekommen und der Busbahnhof zeitgemäss und seiner Bedeutung entsprechend neu gestaltet werden.

Grosse Infrastrukturerneuerungen wurden mit der Tössstalstrasse (zwischen Seener- und Oberseenerstrasse) in Angriff genommen oder sind, wie beim Projekt rund um das neu entstehende Wohn- und Einkaufszentrum Rosenberg, intensiv in Vorbereitung.

Die Sanierung des Oberseener Dorfbachs und die Öffnung des bisher eingedolten Taggenbergbachs sind Beispiele von geglückten Revitalisierungen von offenen Gewässern.

Ein markanter, wenn auch aufwändiger Schritt zugunsten des Gewässerschutzes wurde mit den ausführungsbereiten Projekten der beiden Regenbecken Seen und Schlosstal getätigt. Der Bau dieser wichtigen Elemente des Generellen Entwässerungsplans (GEP) wird 2010 in Angriff genommen. In den vergangenen Jahren wurde vermehrt auf den Nachholbedarf bezüglich des Werterhalts am Kanalisationsnetz hingewiesen. Mit der grossen Anzahl der ausgeführten Sanierungen und Erneuerungen konnten die angestrebten Ziele vollumfänglich erfüllt werden.

Das neue Winterdienstkonzept des Strasseninspektors musste sich bewähren. Die erneuerte Routenplanung, die neuen, GPS-gesteuerten Anbaugeräte sowie die Streusalzlogistik funktionierten.

Seit Mitte Jahr wird in Winterthur Karton im 14-täglichen Rhythmus separat gesammelt und der Wiederverwertung zugeführt.

Verkehrswege

Projektmanagement sowie Bau und Werterhalt des Strassennetzes sind die Kernaufgaben der Hauptabteilung Verkehrswege. Handlungsbedarf beim Strassennetz besteht nach wie vor an den aus dem Baufonds des Kantons Zürich finanzierten überkommunal klassierten Strassen. An der Schlosstalstrasse (Friedliweg bis Schlachthofstrasse) wurden die Sanierungsarbeiten abgeschlossen. An der St.Gallerstrasse (Grüzefeldstrasse bis Bahnübergang) sind die Bauarbeiten im Gang. An der Tössstalstrasse (Oberseener- bis Seenerstrasse) wurde im Herbst nach langjährigen Projektierungs- und Vorbereitungsarbeiten eine Grossbaustelle gestartet. Für eine weitere Grossbaustelle im Bereich des neuen Einkaufszentrums Rosenberg laufen die Vorbereitungsarbeiten auf Hochtouren. Betroffen davon ist insbesondere das Dreieck Schaffhauserstrasse, Seuzacherstrasse und Feldwiesenstrasse. In der Projektierungsphase befinden sich weitere Abschnitte der Schlosstalstrasse, der Tössstalstrasse, der Frauenfelderstrasse, der St.Gallerstrasse sowie der Technikumstrasse. An den kommunal klassierten Strassen werden Sanierungen an Fahrbahn und Gehwegen vorwiegend durch Bauvorhaben der Stadtentwässerung und von Stadtwerk ausgelöst.

Neben den Strassenprojekten wurden im vergangenen Jahr auch Gewässerprojekte realisiert. So konnte die Sanierung des Oberseener Dorfbachs nach über zehnjährigen Verhandlungen und Projektentwicklungen realisiert werden. Im Gebiet Maienried wurde der vorher eingedolte Taggenbergbach auf eine Länge von rund 200

Meter offen gelegt. Zur Ableitung des Bachs und des Meteorwassers aus dem neuen Quartierplangebiet wird im aufwendigen Microtunnelverfahren unter der Salomon-Hirzel-Strasse und den Gewerbebetrieben in der Härti ein direkter Kanal zur Töss erstellt.

Im Bereich des Scheco-Areals in Oberwinterthur wurde über die Eulach eine neue Brücke für den Langsamverkehr erstellt. Diese Brücke wurde in Zusammenarbeit mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) und der Industrie entwickelt. Die Brückenplatte des 18 Meter langen und sechs Tonnen schweren Bauwerks besteht aus glasfaserverstärktem Kunststoff. Sie wurde mit zwei seitlichen Fachwerken aus Stahl verbunden. Die neuartig konstruierte Brückenplatte enthält keinerlei korrosionsfähige Bauteile und wiegt 15-mal weniger als ein entsprechendes Betonbauteil.

Im Rahmen des Masterplans Stadtraum Bahnhof Winterthur wurde die Koordination der privaten und öffentlichen Projekte weiter geführt. Die privaten Projekte «Kesselhaus» und «Stellwerk RailCity» sind im Bau. Koordiniert dazu werden die Projekte «Gleisquerung Stadtmitte 1. Etappe» und Bahnhofplatz Nord vorangetrieben. Neben der eigentlichen Projektarbeit lag das Schwerkgewicht im vergangenen Jahr bei der Volksabstimmung über den Rahmenkredit Stadtraum Bahnhof. Durch intensive Öffentlichkeitsarbeit, unter anderem mit Führungen im Ausstellungsraum, Stadtrundgängen mit dem Stadtrat und Informationsstellen im Stadtraum konnte den Stimmberechtigten die ausserordentliche Bedeutung des Gesamtprojektes erläutert werden. Am 17. Mai 2009 wurde der Rahmenkredit von 84 Mio. Franken für die Realisierung der Teilprojekte des Masterplanes Stadtraum Bahnhof mit einem Ja-Anteil von 67.3% angenommen. Daraus hat der Grosse Gemeinderat am 14. September 2009 einen Projektionskredit von 5.7 Mio. Franken genehmigt. Seit Herbst wird die Detailprojektierung der vordringlichsten Teilprojekte Verkehrskonzept Neuwiesen (Umbau Knoten Neuwiesen-/Wülflingerstrasse, Knoten Neuwiesen-/Schützenstrasse), Gestaltung Rudolfstrasse und Bahnhofplatz Süd vorangetrieben.

Nicht nur die Projekte im Zusammenhang mit dem Stadtraum Bahnhof Winterthur standen im vergangenen Jahr im Interesse der Öffentlichkeit. Insgesamt wurden vier Vorlagen der Abteilung Verkehrswege dem Grossen Gemeinderat vorgelegt (Rahmenkredit Stadtraum Bahnhof, Neubau Radweg Turmhaldenstrasse sowie die Strassenprojekte mit neuen Lichtsignalanlagen an der Tössstalstrasse und Schaffhauserstrasse). Gegen den Beschluss des Grossen Gemeinderates zum Neubau des Radwegs Turmhaldenstrasse ist das Referendum ergriffen worden. Die Stimmberechtigten stimmten am 27. September dem Neubau des Radwegs mit 67.6% Ja-Anteil zu.

Fertig gestellte Projekte Verkehrswege

- Schlosstalstrasse, Friedliweg – Schlachthofstrasse; Strasse/Kanal
- Eichliackerquartier 1. Etappe: Reutgasse, Bütziackerstrasse, Hofstrasse, Freiessstrasse; Strasse/Kanal
- Haldenbergweg, Haltenrebenstrasse – Wülflingerstrasse; Instandstellung
- Haltenrebenstrasse, Neftenbacherstrasse – Kehrplatz; Strassensanierung
- Inneres Lind 1: Trollstrasse, Jakobstrasse, Nelkenstrasse; Strasse/Kanal
- Nägelseestrasse, SBB-Linie – Metzgerstrasse; Strasse/Kanal
- Pflanzschulstrasse, St.Gallerstrasse – Römerstrasse; Strasse/Kanal
- Rümikerstrasse, Reismühleweg – Ohrbühlstrasse; Neubau Gehweg



Bauarbeiten bei der Gleisquerung Stadtmittle, 1. Etappe

- Seidenstrasse, Geiselweidstrasse – General-Guisan-Strasse; Strasse/Kanal
- Ulrich-Hegner-Strasse, Theodor-Kirchner-Strasse – Zürcherstrasse; Strasse/Kanal
- Untere Briggerstrasse, Zürcherstrasse – Tössfeldstrasse; Strasse/Kanal
- Oberseener Dorfbach, öffentliches Gewässer Nr. 313; Sanierung
- Taggenbergbach, Maienried; Offenlegung öffentliches Gewässer Nr. 101
- Lagerhausstrasse, Brücke über Eulach; Instandsetzung
- Rümikerstrasse, Brücke über Eulach; Instandsetzung
- Scheco-Areal, Brücke über Eulach; Neubau
- Stadtfallenweg, Brücke über Eulach; Instandsetzung
- Rychenbergstrasse, Bushaltestelle Kantonsschule, Massnahme Verkehrssicherheit

Laufende Baustellen Verkehrswege

- Bahnhofplatz Nord, Bankstrasse – St.-Georgen-Platz; Strasse/Kanal
- Bahnmeisterweg, Zur Kesselschmiede – Kesselhaus; Meteorwasserleitung
- Brühlbergstrasse, Schlosshofstrasse – Mythenstrasse; Strasse/Kanal
- Gleisquerung Stadtmittle, 1. Etappe; Verbesserungen für Velo- und Fußgängerverkehr; Neubau
- SBB «Milchküchenareal», «Stellwerk RailCity»; Ausbau und Betrieb Velostation
- St.Gallerstrasse, Grüzefeldstrasse - Bahnübergang; Strassensanierung
- Irchelstrasse, Breitestrasse – Jonas-Furrer-Strasse; Strasse/Kanal
- Tösstalstrasse, Seenerstrasse – Oberseenerstrasse; Strasse/Neubau Lichtsignalanlage/Kanal
- Wässerwiesenkanal; Neubau Entlastungskanal
- Meisenstrasse, Heiligbergstrasse – Lagerhausstrasse; Strasse/Kanal
- Taggenbergbach, Härti – Töss; Bachableitung/ Microtunnel

Projektierungen Verkehrswege

- Archareal; Strassenanpassungen und Neugestaltung Archplatz (Masterplan)
- Anton-Graff-Strasse, Neuwiesenstrasse – Haus Nr. 6; Instandstellung
- Bahnhofplatz Nord; Gestaltung und Sanierung (Masterplan)
- Bahnhofplatz Süd; Gestaltung und Sanierung, Massnahmen für Stadtbuss; neue Linienführung Linie 4
- Hauptbahnhof, Veloquerung Bahnhof Nord; Neubau (Masterplan)
- Hauptbahnhof; Personenunterführung Nord (Masterplan)

- Breitholzbach, Breiteplatz – Mattenbach; Neubau Regenwasserleitung und Bachöffnung
- Breitestrasse, Breiteplatz – Langgasse; Strassensanierung/Neugestaltung/Kanal
- Brünnelihöhestrasse, Schlosshofstrasse – Wöflflinweg; Strasse/Kanal
- Brühlberg-/Mythenstrasse, Bergstrasse – Anton-Graff-Strasse; Strasse/Kanal
- Dätttau, Neubruch- und Hündlerstrasse; neue Haltestellen Stadtbuss
- Eindolung Eulach, Lagerhausstrasse – Neuwiesenstrasse; Instandsetzung
- Eichliackerquartier, 2. Etappe; Strasse/Kanal
- Frauenfelderstrasse, Bahnhof Oberwinterthur – Stadlerstrasse; Strasse/Kanal/Brückeninstandstellung
- Felsenhof-/Ziel-/Loorstrasse; Strasse/Kanal
- Frohbergstrasse – Turmhaldenstrasse; Neubau Radweg
- Gebhartstrasse, Pestalozzistrasse – Rychenbergstrasse; Strassensanierung
- Gleisquerung Stadtmittle 2. Etappe; Neubau (Masterplan)
- Hardau, Ringstrasse; Strasse/Kanal
- Hedy-Hahnloser-Strasse, Kehrplatz – Neubruchstrasse; Verbindung für Buslinie
- Heiligbergstrasse/Hochwachtstrasse, Turmhaldenstrasse – Haus Nr. 60; Strasse/Kanal
- Heinrichstrasse, Ruhtalstrasse – Rundstrasse; Strasse/Kanal
- Im Link, Hegistrasse – Seenerstrasse; Kanal
- Inneres Lind 2: Falken-/Frieden-/Palmstrasse; Strasse und Kanal
- Lindstrasse, Brücke über SBB; Instandsetzung
- Lagerhausstrasse, Archstrasse – Untere Vogelsangstrasse; Strasse/Kanal
- Niderfeld/Wydenweg; Neubau Rad-/Gehwegunterführung
- Neuwiesenstrasse; Neubau Knoten Neuwiesen-/Wüflflingerstrasse (Masterplan)
- Neuwiesenstrasse; Neubau Knoten Neuwiesen-/Schützenstrasse (Masterplan)
- Neuwiesen; Verkehrskonzept (Masterplan)
- Qualletbach, Waldeggstrasse – Püntenareal; Sanierung
- Radweg längs Töss, Siedlung Hard – Johannes-Beugger-Strasse; Ausbau
- Rudolfstrasse; Gestaltung (Masterplan)
- Rudolfstrasse, Wüflflingerstrasse – Konradstrasse; Anpassung Gehweg
- Rychenbergstrasse, Brunngasse – Haldenstrasse; Strasse/Kanal
- Rychenbergstrasse, Talackerstrasse – Pestalozzistrasse; Strasse/Kanal
- Rychenbergstrasse, Pestalozzistrasse – Stadlerstrasse; Strasse/Kanal
- Schaffhauserstrasse, Seuzacherstrasse – Feldwiesenstrasse; Strasse/Neubau Kreisel und Lichtsignalanlage/Kanal
- Schosstalstrasse, Schlachthofbrücke – Schlossmühlestrasse; Kanalvergrößerung
- Schosstalstrasse, Im Grafenstein – Schlossmühlestrasse; Strasse/Kanal
- Schosstalstrasse/Zürcherstrasse, Bushaltestelle Schöntal; neue Linienführung Linie 7 und 14
- Schosstalstrasse, Knoten Wieshof-/Schosstalstrasse, Neubau
- St.Georgen-Strasse, General-Guisan-Strasse – Sträulistrasse; Ersatz Mischwasserkanalisation (Microtunnel)
- Sulzerallee, Bügel West – Talackerstrasse; Strasse
- Tannenweg, Tannenweg – Oberfeldweg; Bachleitung

- Technikumstrasse, Turmhaldenstrasse – Lagerhausstrasse; Strassensanierung
- Tobelbächli, Haldenhöheweg – Schlosshofstrasse; Umliegung und Ausdolung
- Tössfeld, Wasserfurrstrasse – Jägerstrasse; Strasse/Kanal
- Tössstalstrasse, Seenerstrasse – Landvogt-Waser-Strasse; Strasse/Kanal
- Untere Bannhaldenstrasse, Brücke über Töss; Baulicher Unterhalt
- Wylandstrasse, Breiteplatz – Untere Vogelsangstrasse; Strasse/Kanal

Strasseninspektorat

Das Strassennetz hat sich zum Vorjahr wie folgt verändert:

Strassenlänge in m'	31.12.2009	31.12.2008
Überkommunale Strassen	58 493	54 481
Kommunale Strassen (inkl. übrige Gemeindestrassen)	309 731	308 981
Übrige Gemeindestrassen (Angaben ab Mitte 2010)		
Total Strassenlänge	368 224	363 462

Strassenfläche in m²	31.12.2009	31.12.2008
Überkommunale Strassen	903 301	nicht vergleichbar
Kommunale Strassen	627 583	nicht vergleichbar
Übrige Gemeindestrassen	1 612 353	
Total	3 143 237	3 056 153

Per 31. Dezember 2009 erfolgte der Systemwechsel der Grundlagen von der Handkartei auf die Grundlagen des Städtischen Vermessungsamtes. Künftig basieren die Werte zur Ausdehnung des öffentlichen Strassennetzes auf diesen Angaben. Mit dem Systemwechsel soll garantiert sein, dass die Flächen- und Längenangaben immer aktuell sind. Die Angaben richten sich nach dem aktuellen Richtplan. Ein direkter Vergleich zum Vorjahr ist daher schwierig.

Werkhof Tiefbauamt

Die Abteilung Signalisation konnte in die bestehende Auftragsverwaltung eingebunden werden. Im Juni ging das vierte mit Gas angetriebene Kehrichtfahrzeug für den Sammeldienst in Betrieb. Für verschiedene Revierstützpunkte wurden umweltfreundliche und zweckmässige Kommunalfahrzeuge und für die Altstadtreinigung ein Elektrofahrzeug und Presscontainer für Strassenabfälle beschafft. Eine Kleinwischmaschine ersetzte man durch ein neues Fahrzeug und ein Geländefahrzeug durch einen Lieferwagen mit Kipperbrücke. Dieses kann auch für den Winterdienst eingesetzt werden. Diverse alte Fahrräder wurden durch fünf neue Bikes ersetzt. Für die Eingliederung der Disposition und des Werkstattbüros in die Werkstatt mussten kleinere bauliche Massnahmen aus-

geführt werden. Altersbedingt musste die Wasserhochdruckpumpe für die Reinigung der Fahrzeuge und Geräte ersetzt werden und der Fahrzeughift im Waschraum wurde revidiert. Zwei weitere mobile Salzsilos wurden beschafft und alte Streuer sowie Schneepflüge durch moderne ersetzt.

Entsorgung

Der Entsorgungsdienst führt die Sammeltouren für Kehricht durch und betreut die Separatsammlungen. Seit dem 1. Juli gibt es neu eine flächendeckende Kartonabfuhr. Wie in der Tabelle Abfall ersichtlich, fielen im Berichtsjahr insgesamt 37 259 Tonnen Siedlungsabfall an, dies entspricht 366 kg pro Einwohner und Jahr. Die eine Hälfte davon (18 401 Tonnen, 49.4 %) ist Kehricht zur Verbrennung, die andere Hälfte ist die Summe der Recyclingstoffe wie Grüngut, Papier, Glas usw. (18 858 Tonnen, 50.6 %; ohne Recyhof Maag AG).

Rund ein Fünftel des Kehrichts, 4111 Tonnen, stammt vom Gewerbe. Die Anzahl Containerleerungen hat um 1 % auf 61 758 zugenommen. Zusätzlich zum Stadtgebiet betreibt der Entsorgungsdienst Winterthur auch die Kehrichtsammlung der Gemeinden Zell, Elgg, Elsau, Wila und Wiesendangen. Die folgenden Mengen wurden in den letzten Jahren gesammelt:

Jahr	Stadt Winterthur Hauskehricht t	Stadt Winterthur Gewerbekehricht t	Vertragsgemeinden Kehricht t	Total
2007	14 069	4 047	3 238	21 354
2008	14 526	4 049	3 374	21 949
2009	14 290	4 111	3 392	21 793

Bei der Kehrichtsammlung mussten 3214 Abfallsäcke beanstandet werden, weil sie keine Abfallmarken aufwiesen. Zur Kontrolle eingesammelt wurden 801 unfrankierte Säcke. Bei der Sackkontrolle konnte in jedem fünften Fall ein Hinweis auf den Verursacher oder die Verursacherin gefunden werden. Die Separatsammlungen sind nochmals geringfügig angestiegen. Insbesondere die Grüntour, die mehr als die Hälfte des Recyclingmaterials ausmacht, ist auf 10 170 Tonnen bzw. 100 kg pro Einwohner und Jahr angestiegen. Neben der Rückführung von organischen und mineralischen Stoffen in die Landwirtschaft und den Gartenbau ist auch die Energiebilanz dieser Verwertung beachtlich: Aus dem der Vergärung zugeführten Grüngut werden rund 900 000 m³ Biogas erzeugt. Der Nettoenergieüberschuss dieser Verwertung beträgt 5 Millionen kWh. Für die Selbstkompostierer steht nach wie vor der Häckselservice zur Verfügung.

Die Papier- und Kartonsammlung erbrachte 5247 Tonnen Altpapier und 392 Tonnen Karton. Die Separatsammelstellen wurden nach wie vor gut genutzt, die Sammel-mengen an Glas, Altmetall, Alu und Weissblech, Altöl und Batterien sind in der Tabelle (oben) aufgeführt. Zwei weitere Sammelstellen konnten erneuert werden und sind nun mit Unterflurcontainern ausgerüstet.

Die Falschentsorgung an den Sammelstellen hat sich im Berichtsjahr leicht reduziert (2008: 162 Tonnen; 2009:

Abfall

Mengenbilanz Abfallentsorgung

Jahr	EW*	Kehricht t	Kehricht kg/EW*	Grüngut t	Papier/Karton t	Glas t	Metalle t	Total** t	Total** kg/EW*
2007	99 263	18 116	183	9 461	5 688	2 589	564	36 594	369
2008	100 978	18 575	184	9 346	5 794	2 522	500	36 897	365
2009	101 744	18 401	181	10 170	5 247	2 433	397	37 259	366

* Einwohner/Einwohnerin

** einschliesslich Karton (392 t), Altöl (42 t) und Altbatterien (9 t) im Jahr 2009



Der neue Gebührensack

154 Tonnen). Aufgrund der Kontrollen und Videoüberwachungen wurden 460 Missbrauchsfälle verzeigt.

Der Kehrichtsammeldienst war sehr gut ausgelastet, der Kennwert der Sammelleistung liegt mit 2.58 Tonnen/Std. ausgesprochen hoch. Der Vertrag für den Kehrichtsammeldienst in Wiesendangen wurde aus Kapazitätsgründen aufgelöst.

Die Ausrüstung des Entsorgungsdienstes wird laufend modernisiert. Das neue integrierte Bordrechnersystem der Sammelfahrzeuge zur Erfassung der Wäge- und Betriebsdaten bewährt sich.

Um der schlechten Sichtbarkeit der Abfallmarken in Containern zu begegnen, hat der Stadtrat die Umstellung auf Gebührensäcke per 1. Januar 2010 beschlossen. Für die Gestaltung der Säcke mit 17, 35, 60 und 110 Litern Inhalt wurde ein Wettbewerb durchgeführt, der vom Team HP Schneider Elsau gewonnen wurde.

Im Berichtsjahr konnte ein älteres Dieselfahrzeug durch ein mit Gas betriebenes Sammelfahrzeug ersetzt werden. Im Einsatz sind nun vier Gaslastwagen sowie fünf Dieselfahrzeuge, die mit Partikelfilter nachgerüstet sind.

Der Entsorgungsdienst war im Berichtsjahr wiederum in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Sauberkeit aktiv im Bereich Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Dazu gehören jährliche Putzaktionen im öffentlichen Raum und Kampagnen für die Sensibilisierung zum Thema Littering.

Deponie Riet

Auf der Deponie Riet wurden im Berichtsjahr 33 606 Tonnen Material angeliefert (ohne Grünabfälle und ohne Material der Bauschuttaufbereitungsanlage). 7023 Tonnen vermischte Abfälle wurden am Triageplatz vorsortiert. Hier konnten 162 Tonnen Altmetall für die stoffliche Verwertung und 5479 Tonnen Brennbare für die KVA ausgeschieden

werden. Der Sortierrest wurde deponiert. Insgesamt wurden auf der Deponie 18 546 Tonnen (oder 14 300 m³) feste Abfälle eingebaut. Der Deponiebetrieb verlief im Berichtsjahr ohne Störungen. Alle Betriebs-, Überwachungs- und Vermessungsdaten entsprachen den Vorschriften. Die der Deponie Riet zugeführte Schlacke (10 652 Tonnen) wird zuerst zwischengelagert und dann vor Ort mit einer mobilen Anlage durch einen privaten Betreiber sortiert. Damit konnten 302 Tonnen Eisenschrott und 71 Tonnen Nicht-Eisen-Schrott (Alu und Buntmetalle) wieder gewonnen werden.

Als Entlastungsmassnahme während des Umbaus der KVA Winterthur (Ersatz Ofenlinie 1) wurde das Schreddergut (8037 Tonnen) auf der Deponie bearbeitet und danach der KVA zugeführt. Daneben wird nach wie vor als Zwischennutzung eine private Aufbereitungsanlage für Bauschutt betrieben (WINREC).

Im nördlich angrenzenden Areal «Dreivierlig» wurde auf einer Fläche von 2.5 Hektaren ein Installationsplatz erstellt. Er dient als Baulager und Recyclingplatz für die Instandstellungsarbeiten an der Autobahn A1/A7, welche von 2009 bis 2011 dauern.

Stadtentwässerung

Die Planung rund um den Bau des Regenbeckens Schützenwiese wurde weiter vorangetrieben. Diskutiert wurden neben konzeptionellen Fragen insbesondere der Standort und die detaillierte Linienführung des Zulaufkanals.

Die Ausführungsplanung des Regenbeckens Seen wurde speditiv durchgeführt. Mit den Bauarbeiten kann Anfang Januar 2010 begonnen werden. Der Bau des Regenbeckens Schlosstal musste innert kürzester Zeit vorbereitet werden, um den Erweiterungsbau der Schweizerischen Technischen Fachschule ab Mai 2010 nicht zu verzögern. Die digitale Dokumentation der privaten Abwasserleitungen wurde forciert, so dass die Arbeiten voraussichtlich im Laufe Jahres 2010 abgeschlossen werden können.

Der Sammelkredit für Kanalbauten ist ausgeschöpft. Die Innensanierung des Kanals in der Hardgutstrasse wurde qualitativ hochstehend realisiert. Sämtliche Haltungen erfüllten die Anforderungen an die Dichtheit. Bei den Vorbereitungsarbeiten der Sanierung des Kanals in der Markt-gasse war insbesondere die Information der Betroffenen sehr wichtig. Die Sanierung soll von Januar bis November 2010 – mit Unterbrechung über das Albanifest – durchgeführt werden. Die Innensanierung des Kanals in der Zürcherstrasse wurde ausgeschrieben. Nach Abschluss des Gebietes Töss/Breite wurden in Veltheim/Wülflingen 14 km begehbarer Kanäle optisch kontrolliert. Im Jahr 2010 wird mit dem Gebiet Oberwinterthur/Seen die flächen-deckende Erhebung vervollständigt. Sie bildet die Grundlage für die Planung der Werterhaltungsmassnahmen.

Die neue Anlage zur Nutzung der Wärme des Abwassers zu Heizzwecken in den Wässerwiesen wurde erstellt und durch den Betreiber der Öffentlichkeit vorgestellt.

Bei weiteren begehbarer Kanälen wurden Zustandsaufnahmen durchgeführt.

Der Ablauf des Verfahrens bei den Kontrollen und der Sanierung privater Liegenschaftsentwässerungen wurde aufgrund der Erfahrungen weiter optimiert. Eine Broschüre, die diesen Vorgang beschreibt, liegt im Entwurf vor.

Mit der Erhöhung der Werterhaltungsmassnahmen an den öffentlichen Leitungen steigt auch die Anzahl der kontrollierten Hausanschlüsse. Die Akzeptanz der verfügbaren Massnahmen ist insgesamt gut.

Die Ursache der erstmals im Februar 2007 festgestellten markanten Abwasserzunahme im Pumpwerk Sennhof konnte gefunden und umgehend eliminiert werden. Es handelte sich um eine Beschädigung der Sohle eines Kanalisationsschachtes, hervorgerufen durch Bauarbeiten Dritter. Dadurch konnte während Monaten Grundwasser in den Kanal eindringen. Beim Regenbecken Flüeli wurde für den Explosionsschutz eine Gasschürze aus Beton eingebaut. Ausstehend sind noch die beweglichen Teile zum Verschluss der Überfallöffnung.

Die Departemente Bau und Technische Betriebe haben die Fachorganisation Fließgewässer unter der Leitung der Stadtentwässerung gegründet, in welcher die Massnahmen an Bächen koordiniert und hinsichtlich Natur-, Hochwasserschutz und Erholung optimiert werden.

Fertig gestellte Projekte Abwasseranlagen

- Büre-Häldeli, Privaterschliessung; Kanalneubau
- Haltenrebenstrasse; Kanalneubau Regenwasser für Trennsystem
- Hardgutstrasse; Innensanierung manuell
- Ida-Sträuli-Strasse; Privaterschliessung
- Im Feldtal; Kanalersatz
- Töss/Breite; Untersuchungen begehbare Kanäle
- Wegackerstrasse – Iberg, Privaterschliessung; Kanalneubau
- Wyden Quartierplan; Neuerschliessung
- Eichliackerquartier I, Querstrasse; Relining

Laufende Projekte Abwasseranlagen

- Quartierplan Maienried; Neuerschliessung
- Oberseen; Privaterschliessung Breite
- Wülflingen/Veltheim; Untersuchungen begehbare Kanäle

Projektierung von Abwasseranlagen

- Anton-Graff-Strasse, ab Neuwiesenstrasse; Kanalersatz
- Schlosshofstrasse, Brünnelihöhestasse – Büre-Häldeli; Kanalersatz
- Regenbecken Seen, inkl. Zu- und Ablaufkanäle; Neubau
- Regenbecken Schützenwiese mit Zulaufkanal; Neubau
- Regenbecken Schlosstalstrasse, Zu- und Ablaufkanäle; Neubau
- Turmstrasse, Breitestrasse – Gutstrasse; Kanalersatz
- Eggweg, Im Alpenblick – Bühlrainstrasse; Kanalersatz
- Bühlrainstrasse, Eggweg – Turmhaldenstrasse; Kanalersatz
- Wülflingerstrasse, Neuwiesenstrasse – Eichgutstrasse; Kanalersatz
- Neuwiesenstrasse, Wülflingerstrasse – Gertrudstrasse; Kanalersatz in drei Etappen
- Neuwiesenstrasse, Schützenstrasse – Sulzer; Kanalersatz
- Ruhtalstrasse, bei Heinrichstrasse; Kanalersatz
- Im Feldtal, Wülflingerstrasse – Oberfeldweg; Kanalersatz
- Hügelweg, ab Pilgerweg; Kanalersatz
- Unterwegli, Römerstrasse – Talackerstrasse; Kanalersatz
- Untere Vogelsangstrasse, Wylandstrasse – Zürcherstrasse (SBB-Areal); Kanalersatz
- Taggenbergstrasse, Abtrennung von Fremdwasser; Kanalneubau
- J.-C-Heer-Strasse, Klosterstrasse – Schaubergasse; Kanalersatz

Projektierungen von Innensanierungen bei Abwasseranlagen

- Anton-Graff-Strasse, bei Schützenwiesenweg; Relining
- Eulachweg; Relining
- Gebhartstrasse, Pestalozzistrasse – Römerstrasse; Relining
- Hard, Grundwasser-Schutzzone; Roboter
- Haltenrebenstrasse, Schmutzwasser-Leitung; Roboter/Relining
- Herrenrebenweg, Burgstrasse – Endschacht; Relining
- Klosterstrasse, Reutgasse – J.-C.-Heer-Strasse; Innensanierung manuell
- Marktgasse; Graben – Münzgasse; Innensanierung manuell
- Pflanzschulstrasse; Relining
- St. Gallerstrasse, beim Taleggknoten; Relining
- Seidenstrasse, Adlerstrasse bis General-Guisan-Strasse; Relining
- Scheideggstrasse und Hörnlistrasse, Grüzefeldstrasse – Talgutstrasse; Relining
- Schlosstalstrasse, Autobahnunterführung – Wieshofstrasse; Relining/Roboter
- Stadlerstrasse, Binzhofstrasse – Farmerstrasse; Roboter
- Stofflerenweg, Stadlerstrasse – Guggenbühlstrasse; Roboter
- Wingertlistrasse, Etzbergstrasse und Wurmbühlstrasse; Roboter
- Oberwinterthur/Seen; Untersuchungen begehbare Kanäle
- Neuwiesenstrasse; Entlastungskanal Innensanierung manuell
- Schlosstalstrasse, Schlossmühle – Wiesenwuh; Untersuchung für Innensanierung manuell
- Grenzstrasse und Agnesstrasse, Zürcherstrasse – Untere Briggerstrasse; Innensanierung manuell
- Zürcherstrasse, Brühlbergstrasse – Schlosstalstrasse; Innensanierung manuell
- Untere Vogelsangstrasse, Storchenbrücke – Wylandstrasse; Innensanierung manuell

Die Fachstelle Betrieb und Unterhalt konnte die WC-Anlagen Bruderhaus und Provisorium Eulachpark in Betrieb nehmen. Für die Anlagen Breite, Rosenberg und Lindenplatz wurde ein Nutzungs- und Sanierungskonzept ausgearbeitet und für das WC am Bahnhof Oberwinterthur eine neue Lösung gesucht. Das WC Bäumli soll 2010 neu erstellt werden. Das WC Schulhaus Seen wird aufgrund von Vandlismus aufgehoben.

Im Rahmen des baulichen Unterhaltskonzeptes sind rund 14 km begehbare Kanalstrecken untersucht worden. Die Reinigung erfolgte mit speziell für diese Dimensionen beschafften Grossraum-Reinigungsdüsen. Der zeitliche Aufwand konnte dadurch erheblich reduziert werden. Bei einer dieser Kontrollen erfolgte am 16. Juli eine ungeplante Entlastung der Kanalisation in die Eulach. Dabei verwendeten rund 2000 Forellen.

Nebst Kanalforsch-Untersuchungen im öffentlichen Netz von rund 14 000 m wurden 3000 m Nebenleitungen und Grundstückentwässerungen untersucht.

Bei den Spezialbauwerken wurden 84 Betriebs- oder Störungsmeldungen registriert. Knapp die Hälfte davon ging auf nicht beeinflussbare Fremdeinwirkungen wie Stromausfall, Hochwasser oder Fremdkörper zurück.

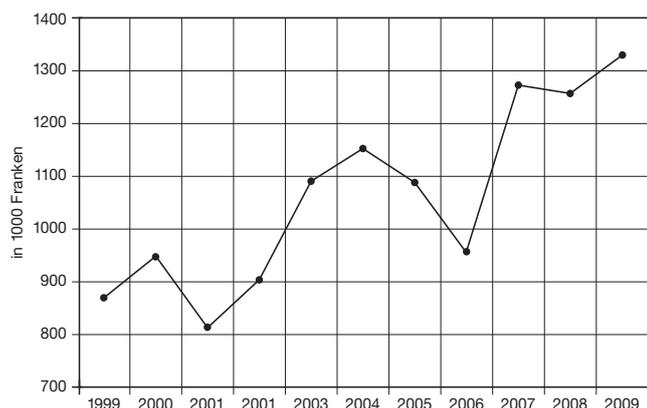
Im Laufe des Jahres wurden 500 externe Aufträge mit Saug-/Spülarbeiten oder Kanalforschhaufnahmen ausgeführt, davon 150 Notfall-Einsätze. Diese Arbeiten wurden ausgelöst durch fehlende Schachtdeckel, verstopfte Strassensammler, Gewässer- und Kanalschlüsse, Verschmutzungen des öffentlichen Grundes und Abwasseranlagen.

Vermessungsamt

Zwei Geomatik-Lernende haben die Lehrabschlussprüfung erfolgreich bestanden. Zwölf am Beruf des Geomaters interessierte Jugendliche haben eine zweitägige Schnupperlehre absolviert. Gestützt auf 29 Bewerbungen wurde für den Lehrbeginn 2010 ein Lernender angestellt.

Das Auftragsvolumen in den Bereichen der Bau- und Ingenieurvermessung sowie der amtlichen Vermessung (Grenzmutationen, Situationsnachführungen) hat im Vergleich zum Vorjahr um 5 % zugenommen.

Auftragsvolumen im Produkt 1, Vermessungsaufträge



Die grösste Baustelle war der Neubau des Einkaufszentrums Rosenberg. Ein lokales Fixpunktnetz mit Reflektoren wurde erstellt. Dieses stand allen am Bau Beteiligten zur Verfügung. Bauachsen wurden berechnet und abgesteckt sowie die Rühlwände überwacht. Weitere grössere Bauvermessungsaufträge waren auf dem Gelände der alten Giessereihalle in Neuhegi, an der Hegistrasse («Talwies») und im Gebiet des Quartierplans Maienried auszuführen.

Auch die Arbeiten zur Ersterhebung der amtlichen Vermessung im Altstadtkern sowie zur Harmonisierung der Gebäude und deren Adressen sind gut vorangeschritten.

Die Langzeitarchivierung der Pläne für das Grundbuch wurde auf EDV umgestellt. Mit einer kleinen Software werden von allen Plänen digitale Plotfiles produziert, ab welchen eine spezialisierte Firma anschliessend Mikrofilme und für die Langzeitarchivierung geeignete Datenfiles erzeugt. Die Archivierung erfolgt im Stadtarchiv.

Auch die Kontrolle der Leitungskatasterpläne konnte wesentlich beschleunigt werden. Basierend auf digital signierten Plänen holt das Vermessungsamt die notwendigen Richtigkeitsbescheinigungen bei den zuständigen Stellen auf elektronischem Weg ein und visiert anschliessend den Leitungskatasterplan stellvertretend für alle Werkeigentümer. Für den Kunden reduziert sich damit die Lieferfrist um rund acht Tage. Auch die Schalteröffnungszeiten der verschiedenen Werkeigentümer müssen nicht mehr beachtet werden. Zudem entfallen bei Expressbestellungen die Kosten für den Velokurier.

Im Intranet wurde ein Liegenschaftsbeschrieb bereitgestellt, welcher in einem Dokument zusammengefasst grundstückbezogene Sachdaten sowie in entsprechenden Kartenausschnitten Katasterplan, Zonenplan, Lärmempfindlichkeitsstufen, Bodenbedeckungsarten, Altlasten, Gefahrenkarte Hochwasser und Lageklassen darstellt.

Die passwortgeschützte und kostenpflichtige Intranet-anwendung «WinWebGIS» nutzten Ende 2009 rund 540 registrierte Benutzer. Diese tätigten pro Monat durch-



Überwachungsmessung Rühlwand, Baustelle Rosenberg

schnittlich 129 100 Kartenanfragen. Der Internet-Stadtplan wurde pro Monat durchschnittlich 23 700 Mal aufgerufen.

Vier Strassen wurden benannt: Obstgartenweg, Sonnenbühlstrasse, Tenzlerweg und Wegackerstrasse.

Auf kantonaler und eidgenössischer Ebene engagierte sich das Vermessungsamt in der Interessengruppe «e-geo» des schweizerischen Städteverbandes (IG e-geo SSV), der Arbeitsgruppe «Geoportal National» sowie der Projektgruppe «Kantonales Geoinformationsgesetz».

Im Rahmen der Vernehmlassung zum kantonalen Geoinformationsgesetz wurde in Zusammenarbeit mit der Konferenz der kommunalen Vermessungsämter des Kantons Zürich eine Stellungnahme erarbeitet, welche dem Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich, zahlreichen Gemeinden und dem Stadtrat als Vorlage diene.

Baupolizeiamt

Das Berichtsjahr war geprägt von einer nach wie vor intensiven Bautätigkeit (762 Neubauwohnungen bezogen). In naher Zukunft ist aber mit einem deutlichen Rückgang zu rechnen. Indiz dafür ist – im Vergleich zum Vorjahr – die Halbierung der Bausumme der bewilligten Baugesuche (von 767 Mio. Franken auf 388 Mio. Franken).

Der Bausekretär hat auf den 1.7.2009 die Leitung des Rechtsdienstes an lic. iur. Claudine Merz übergeben, was zu einer Entlastung der Amtsleitung vom Tagesgeschäft, aber auch zu kürzeren Wegen für die internen und externen Kunden geführt hat. Eine Vielzahl von teils komplexen Rechtsmittelverfahren konnte durch Vergleichsverhandlungen oder durch (für die Stadt meist positive) Entscheide erledigt werden. Aufwändig ist immer die Regelung von Nachbarschaftsstreitigkeiten, die sich aus Baubewilligungen und Bauverweigerungen ergeben. Die Erschliessungsarbeiten im Quartierplangebiet Maienried, die auch in der Bauphase noch vom Rechtsdienst geführt werden, sind zum erheblichen Teil fertig gestellt. Die schwierige Geologie stellte Ingenieure und Unternehmer vor verschiedene technische Probleme und führte auch zu verschiedenen Haftungsfragen.

Die Zusammenarbeit mit den Fachstellen der Organisation Bauaufsicht ist eingespielt, konstruktiv und hat sich 2009 erfreulich entwickelt.

Das Baupolizeiamt konnte, trotz sehr beschränkter personeller Ressourcen, seine Aufträge – mit Einschränkungen bei den Behandlungsfristen (Baubewilligungen, Aufzugsanlagen) – erfüllen, obwohl die eingeführte Praxis, wonach etwas höhere Anforderungen bezüglich der guten Gestaltung und Einordnung von Bauten gestellt werden,

allgemein zu mehr Diskussionen mit Bauherrschaften und Planern führt.

Die Überführung der Aufzugskontrolle in die neu geschaffene Abteilung «Energie und Technik» von 2008 hat sich weiterhin bewährt. Die Bewilligungsverfahren wurden in der Regel innert nützlicher Frist abgewickelt. Rückstände bestehen nach wie vor bei den Abnahmen. Der Turnus der periodischen Kontrollen liegt neu deutlich unter zehn Jahren.

Für das gesamte Baupolizeiamt wurde unter Beizug einer externen Fachperson ein Managementsystem eingeführt. In diesem Rahmen wurden sämtliche Aufgabenbereiche, Pflichtenhefte, Abläufe und Dokumente überprüft und in einem Managementhandbuch zusammengefasst. Auf dieser Grundlage ist eine spätere ISO-Zertifizierung möglich. Alle erforderlichen Dokumente wurden von der Amtsleitung, schweremässig vom Sekretariat, und von den einzelnen Abteilungsleitern erarbeitet. In Anbetracht der anstehenden Pensionierungen auf Kader- und Projektleiterebene ist die Sicherung des Wissens und dessen Weitergabe für die Zukunft des Baupolizeiamtes und damit auch der Organisation Bauaufsicht wichtig.

Des weiteren hat das Baupolizeiamt die Stellungnahme zu den Teilrevisionsentwürfen für das Planungs- und Baugesetz erarbeitet. Die Stellungnahmen wurden – mit Ergänzungen – auch vom Gemeindepräsidentenverband und vom Zürcher Gemeindeschreiberverband übernommen. Zusätzlich zu den vom Baudirektor vorgeschlagenen Vereinfachungen verlangt der Stadtrat eine gesetzliche Grundlage für die Zwangssanierung verwahrloster Wohnbauten.

Der Bauausschuss, dessen Sekretariat durch das Baupolizeiamt geführt wird, hat im Jahr 2009 in 17 Sitzungen 150 Geschäfte konferenziell behandelt.

Bauinspektorat

Gegenüber den vergangenen Jahren hat sich die Anzahl der Baugesuche für grosse Bauvorhaben reduziert. Demgegenüber blieb die Anzahl der eingereichten Baugesuche mit 857 auf einem sehr hohen Stand. Sehr erfreulich war die sehr hohe Anzahl von 875 Baugesuchen, welche im letzten Jahr mit einem baurechtlichen Entscheid abgeschlossen worden sind. Damit konnte die Anzahl der Ende 2009 pendenten Baugesuche um 18 reduziert werden. Die Behandlungsfristen konnten im letzten Jahr leicht verkürzt werden. Die Erreichung der für die Behandlungsfristen gesetzten WOV-Ziele wird weiterhin entschlossen angestrebt.

Zusätzlich wurden im letzten Jahr auch 35 neue Baugesuche und 214 Projektänderungen im Audienzverfahren bewilligt (Vorjahr 16 und 196). Diese 249 im Audienzverfahren beurteilten und bewilligten Geschäfte sind in den oben erwähnten Zahlen nicht enthalten.

Übersicht über die letzten 5 Jahre

Jahr	Eingereichte Baugesuche			Neubauwohnungen		Bausumme (in Mio. Franken)	
	Total	davon für EFH	MFH	be-willigt	be-zogen	definitiver Entscheid	Vorentscheid
2005	886	40	20	1 101	418	855	41
2006	857	30	19	945	713	638	3
2007	794	22	14	521	566	594	55
2008	847	10	19	506	558	767	7
2009	857	14	20	639	762	388	21

Baubewilligungsverfahren

	2008	2009
Übertrag Vorjahr	251	265
Neueingänge	847	857
Total anhängig	1 098	1 122
Bewilligungen im ordentlichen Verfahren	359	414
– davon bewilligte neue Wohnbauten	121	88
– davon total bewilligte Wohnungen	506	639
Bewilligungen im Anzeigeverfahren	428	408
Rückzüge	14	14
Eröffnungen Entscheid Baudirektion	2	5
Verweigerungen	15	17
Wiedererwägungsentscheide	3	8
Wiederherstellungsbefehle	3	4
Abbruchentscheide	1	0
Vorentscheide	7	5
Sonderbewilligungen	0	0
Präsidialverfügungen	0	0
Entschiedene Gesuche	833	875
Ende Jahr pendent	265	247
Audienz Verfahren / neue Baugesuche	16	35
Audienz Verfahren / Projektänderungen	196	214

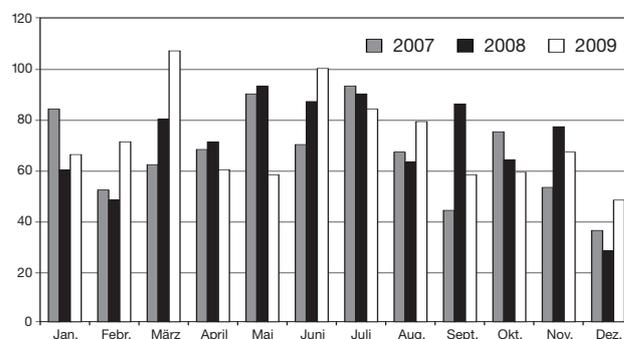
Ausnahmebewilligungen / Verfahrenskoordination

	2008	2009
Bezüglich Bauordnung / Baugesetz	13	18
Beurteilung zusätzlicher kantonalen Instanzen (z.T. mehrere Beurteilungen pro Baugesuch)	71	63

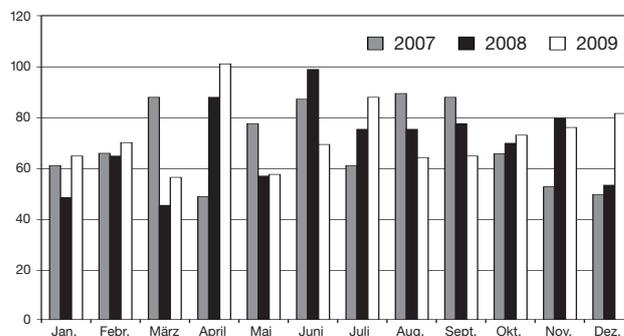
Tätigkeit der Baukontrolle

	2008	2009
Abnahme von Bauvisieren	398	443
davon waren zu beanstanden	29	68
Bezugsbewilligungen	116	81
Weiterbaubewilligungen / Rohbauabnahmen	97	109
Schlussabnahmen	871	927
Baustellenbesuche bewilligter Bauten	1 069	1 071
Baustellenbesuche nicht bewilligungspflichtiger Bauten	98	101
Überwachung von Gebäudeabbrüchen	25	18
<i>Ferner festgestellt:</i>		
nicht bewilligte Bauarbeiten	56	69
nicht ordnungsgemäss gemeldete Bauarbeiten	159	146

Eingang Baugesuche



Baurechtliche Entscheide



Rechtsdienst

Die Zahl der Rechtsmittelverfahren hat sich auf hohem Niveau (rund 70 neue Verfahren) eingependelt. Durch den weiteren Ausbau des Netzes der Mobilfunkbetreiberinnen waren im 2009 erneut von Nachbarn verschiedene Bewilligungen für Antennenanlagen angefochten worden. Die Baubewilligung für das unterirdische Parkhaus auf dem Teuchelweiherplatz wurde rechtskräftig, da alle Rechtsmittelverfahren inzwischen abgeschlossen sind. Auch 2009 konnte ein Grossteil der Verfahren durch Einigungen (Rekursrückzug bzw. Gegenstandslosigkeit) erledigt werden.

Ende 2009 waren insgesamt folgende Verfahren pendent:

- 43 Rekursverfahren bei der Baurekurskommission IV
- 1 Verfahren bei der Baudirektion
- 3 Rekursverfahren beim Regierungsrat
- 7 Beschwerdeverfahren beim Verwaltungsgericht (inkl. 2 Submissionsverfahren)
- 1 Verfahren beim Bundesamt für Verkehr
- 1 Einspracheverfahren vor dem Stadtrat
- 2 Rekursverfahren vor dem Bezirksrat
- 1 Verfahren vor der Schätzungskommission
- 6 Strafverfahren beim Baupolizeiamt

Mitte des Jahres hat im Bereich des Rechtsdienstes eine Reorganisation stattgefunden. Der Bausekretär hat die Leitung der Abteilung Rechtsdienst abgegeben. Der Rechtsdienst umfasst heute auch die Fachleitung Beschaffungswesen sowie die Fachstelle Reklamen und Mutationen. Die Entflechtung der Aufgabenbereiche des Bausekretärs und des Rechtsdienstes nahm einige Zeit in Anspruch und war auch Ende des Jahres noch nicht vollständig abgeschlossen.

Reklamen und Mutationen

2009 wurden 28 (Vorjahr 33) Reklamebewilligungen mit Entscheid des Bauausschusses und 61 (101) Reklamebewilligungen mit Verfügung des Bausekretärs bewilligt. 4 Gesuche wurden zurückgezogen (6). Mit 113 ist die Zahl der eingegangenen Gesuche gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen (130). Mehr als 25 Bauherrschaften wurden aufgefordert, für ohne Bewilligung erstellte Reklameanlagen Gesuche einzureichen bzw. die nicht bewilligungsfähigen Reklamen zu entfernen. Von den 60 eingegangenen Mutationsgesuchen wurden 43 (Vorjahr 35) Mutationsbewilligungen mit Verfügung des Bausekretärs und 18 (Vorjahr 22) im Audienzverfahren (Stempel) bewilligt. 1 Gesuch ist zurückgezogen worden.

Das Baupolizeiamt hat den Aushang des heftig umstrittenen Minarettplakates (Volksabstimmung vom 29.11.09) zugelassen, da das Plakat nach eingehender Prüfung nicht gegen eidgenössisches, kantonales oder kommunales Recht versties. Meinungsfreiheit und die von der Verfassung garantierten politischen Rechte führten dazu, dass der Aushang des Minarettplakates toleriert werden musste. Das BPA hat mit diesem Entscheid aber in keiner Art und Weise den Inhalt gebilligt. Im Gegensatz dazu hat es den Aushang von Plakaten, welche die Behinderten diskriminieren, auf öffentlichem Grund untersagt.

Feuerpolizei

Brandschutz

Projektbegutachtungen, Bewilligungen und Abnahmen:

	2008	2009
Begutachtungen von Baugesuchen	505	511
Bewilligungen von Feuerungsanlagen, Lager mit brennbaren Flüssigkeiten/ Gasen, Dekorationen, Feuerwerk usw.	749	712
Kontrollen von Fall zu Fall	149	168

Periodische Gebäudekontrollen:

Feuerpolizeilicher Kontrollturnus	Gebäude-Bestand 2009	Anzahl Kontrollen 2008	2009
2 Jahre	104	50	49
4 Jahre	477	46	56
6 Jahre	1 776	188	166
8 Jahre	183	14	10
Bauten mit Eigenkontrollpflicht	16 678	194	220

Dieses Jahr war die Stadt Winterthur Austragungsort der 11. ERFA-Tagung der Feuerpolizeiorgane der Schweizer Städte. Die Institution ist eine Organisation zum praxisorientierten Erfahrungsaustausch zwischen aktiven Brandschutzexperten von grösseren Gemeinden, Städten und der Vereinigung Kantonalen Feuerversicherungen (VKF). Der gelungene Anlass hat bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein positives Echo ausgelöst und die Stadt Winterthur in einem guten Licht gezeigt.

Aufgrund der Berichte über die ausgeführten periodischen Kontrollen wird laufend eine grössere Anzahl bestehender Gebäude an die gesetzlichen Brandschutzanforderungen angepasst. Als herausragendes Beispiel konnte die Sanierung des Wintowers nach einem langjährigen Prozess erfolgreich abgeschlossen werden. Die Vorbereitungen zur brandschutztechnischen Sanierung des Zentrums Töss sind weit gediehen. Die Sanierung wird im Jahr 2010 durchgezogen. Die festgestellten Rückstände in Schulhäusern der Stadt Winterthur wurden anlässlich einer Sitzung mit der Zentralschulpflege erörtert. Nach den Vorgaben sind die organisatorischen Mängel umgehend, die technischen und baulichen Mängel nach Arbeitsprogramm in den kommenden Jahren beheben zu lassen.

Im Auftrag des Baupolizeiamtes wurde die bestehende Risikoanalyse für das Albanifest durch ein Ingenieurbüro überarbeitet. In der nun vorliegenden Risikoanalyse vom 15.1.2009 werden verschiedene neue Massnahmen bezüglich Brand- und Unfallsicherheit vorgeschlagen. Nach den Festlegungen des Stadtrates werden die Massnahmen in die neue Albanifest-Ordnung aufgenommen und umgesetzt.

Für einen einheitlichen Vollzug der Brandschutzvorschriften in den Gemeinden hat die Kantonale Feuerpolizei (KFP) für besondere Gebäude und Nutzungen weitere detaillierte Ausführungsbestimmungen erlassen. Es sind dies die Merkblätter der KFP für «Rauch- und Wärmeabzugsanlagen in Räumen mit grosser Personenbelegung», «Kerzen mit offener Flamme an Weihnachtsbäumen in Kirchen und Versammlungsräumen» und «Kontrolle und Reinigung von Gasfeuerungen durch den Kaminfeger» sowie die «Normen für Sicherheitsbeleuchtung».

Fachstelle der Kantonalen Feuerpolizei

Die vergangene Berichtsperiode 2009 wurde, neben den üblichen Aktivitäten in den schon länger betreuten Bezirken, stark von den Integrationsarbeiten der zwei Mitte 2008 neu der Fachstelle zugewiesenen Bezirke Dielsdorf und Meilen geprägt. Diese beiden Kantonsbezirke bedürfen einer intensiven Auf- bzw. Abarbeitung der mit diesem Auftrag übernommenen Pendenzen. Diese Inte-

grationsarbeiten werden die Feuerpolizei sicher auch noch im kommenden Geschäftsjahr in Anspruch nehmen.

Das Auftragsvolumen der Kantonalen Fachstelle Winterthur für die periodischen Gebäudekontrollen umfasst ca. 780 Anlagen (Stand Dez. 2009), die mit verschiedenen Kontrollintervallen versehen sind. Der bedeutendste von der Fachstelle betreute Gebäudekomplex ist der Flughafen Zürich-Kloten. Die durchschnittlich jährliche Betreuungsbearbeitung in ca. 250 Gebäuden wird im Rahmen von 1.5 Vollzeitstellen geleistet. Diese Mandatsarbeit der Fachstelle Winterthur für feuerpolizeiliche Kontrollen wird durch die Gebäudeversicherung Kanton Zürich vollumfänglich vergütet.

Feuerungskontrolle

Routinekontrollen im 2-jährigen Turnus: (Messungen der Abgasgrenzwerte nach Luftreinhalteverordnung des Bundes)

	2008	2009
Anlagebestand: Öl- und Gasfeuerungen; messpflichtig	10 682	10 607
davon Low-NOx Anlagen in %	81.0	83.9
Kontrollierte Anlagen	4 235	4 323
Beanstandungen in %	4.0	4.6
Aufforderungen zur Sanierung von Feuerungsanlagen infolge Überschreitung der Abgasverlust- und Stickoxidgrenzwerte	141	193
Anlagebestand: Holzfeuerungen < 70 kW; kontrollpflichtig	593	712
Kontrollierte Anlagen	278	217
Beanstandungen in %	2.7	5.5

Abnahme von neuen und sanierten Anlagen (Kontrolle nach Luftreinhalte-, Energienutzungs- und Brandschutzvorschriften):

	2008	2009
Anzahl Abnahmen	592	477
Beanstandungen %	27	22

Zusätzlich zur vorstehenden Kontrolltätigkeit in Winterthur erfolgten in den Gemeinden Seuzach und Pfungen aufgrund von Anschlussverträgen 81 Abnahmen von neu installierten Feuerungsanlagen.

Die periodischen Emissionsmessungen an der grossen Zahl Öl- und Gasfeuerungen verliefen nach dem Vollzugsmodell 2 des AWEL (Kontrolle durch das Servicegewerbe) wiederum in guter Zusammenarbeit. Durch die Aufforderungen der Feuerungskontrolle und durch die Initiative der Eigentümer sind im Berichtsjahr 312 Altanlagen mit Grenzwertüberschreitungen einer Sanierung zugeführt worden. Von den 10 607 Anlagen beträgt der Anteil mit neuer Brennertechnik (Low NOx) derzeit 8898 (83,9%).

Die Erhebung der kontrollpflichtigen Holzfeuerungen bis 70 kW Wärmeleistung ist intensiv weitergeführt worden. Nach dem Vollzugsmodell 2 des AWEL (Kontrolle durch die Kaminfegermeister) konnte ein zweites Paket geschnürt werden. Darin wurden 71 Eigentümer schriftlich aufgefordert bis Ende März 2010 die verlangten Sichtkontrollen an den Holzfeuerungen ausführen zu lassen. Die Akzeptanz der Sichtkontrollen ist bei den betroffenen Eigentümer und bei den Kaminfeuern vielfach noch ungenügend. Von den 413 erlassenen Aufforderungen im Jahre 2008 konnten nur 121 erledigt werden. Den verbliebenen 292 Aufforderungen wird die Feuerungskontrolle selber nachgehen und den Vollzug sicherstellen.

Abteilung Energie und Technik

Die wichtigsten Aufgaben der Abteilung konzentrierten sich auf den Vollzug und die Kontrolle der gesetzlichen Anforderungen in den Bereichen Energie, Schallschutz, auf die Energieberatung sowie die Bewilligung, die Abnahme und die periodischen Kontrolle der Beförderungsanlagen in der Stadt Winterthur.

Die Abteilung führt zur Zeit zwei grössere Projekte: die Revision des kommunalen Energieplans und die Schallschutzmassnahmen an Strassenabschnitten mit Immissionsgrenzwert-Überschreitungen.

Um mit der Bezeichnung der Abteilung der Aufgabenvielfalt besser gerecht zu werden, ist die Abteilung von «Energie und Aufzugskontrolle» in «Abteilung Energie und Technik» unbenannt worden. Diese Abteilung besteht nun aus der Fachstelle Energie und der Fachstelle Aufzugskontrolle.

Fachstelle Energie

In der Fachstelle werden die Themen Energie, Schallschutz, Haustechnische Anlagen, Asbest und Nichtionisierende Strahlung bearbeitet. Im Bereich Energie wird neben dem Vollzug der gesetzlichen Anforderungen eine kostenlose Energieberatung, als Vorgehensberatung auf dem Objekt angeboten. Die Nachfrage nach dieser Dienstleistung folgt in der Regel zyklisch dem Niveau des Heizöl- und des Erdgaspreises. So bildete sich die Nachfrage erwartungsgemäss etwas zurück und die Wartefristen hielten sich in einem normalen Rahmen. Es konnten ca. 200 Objektberatungen vor Ort durchgeführt werden. Stark angestiegen ist die Nachfrage nach Kurzberatungen und einzelnen Auskünften zu Fördermitteln im Zusammenhang mit den Subventions-Aktionen von Bund und Kanton. Diese führten teilweise zu hektischen Situationen, da es schwierig war, zu jedem Zeitpunkt die Gültigkeit, die Fristen und die technischen Anforderungen im Überblick zu behalten. Der «Klimarappen», ein Instrument zur Förderung von Sanierungs-Massnahmen an Gebäuden, läuft per Ende 2009 aus. Auch andere Subventionen des Kantons, welche zur Stützung der Baukonjunktur beitragen sollen, sind ebenfalls auf Ende 2009 befristet. Die finanzielle Unterstützung für thermische Solaranlagen ab 3 m² bleibt weiterhin bestehen.

Die Erkenntnisse und das Bewusstsein, dass die übermässige CO₂ - Produktion mittel- bis langfristig zu erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden führt, festigt sich als Grundwissen und bewirkt, unterstützt durch die Fördermittel, die Realisierung von energiesparenden Massnahmen.

Mit der Aktualisierung der CO₂-Problematik und der Energiethemen fokussierten sich auch politische Ausrichtungen auf diese Bereiche. Dies führte auch zum Beantworten von parlamentarischen Vorstössen. Für den Umweltbericht 2009 konnten die Bereiche Energie, Lärm und Nichtionisierende Strahlung bearbeitet werden.

Eine weitere Aufgabe im Pflichtenheft der Fachstelle Energie ist die Teilnahme an Informationsveranstaltungen und die Öffentlichkeitsarbeit. So beteiligte sich die Fachstelle Energie an der Ausstellung zum europäischen «Tag der Sonne» auf dem Kirchplatz. Der «Energyday» konnte im Rahmen des 125-jährigen Jubiläums der Naturwissenschaftlichen Gesellschaft Winterthur in der Zeltstadt des Wissens Ende Oktober bestritten werden. An dieser Veranstaltung wurden Information, Beratung und Motivation zum Umgang mit den Energie-Ressourcen thematisiert.

Ein grosser Teil der technisch relevanten gesetzlichen Auflagen wurde im, durch das Baupolizeiamt koordinierten, Bauaufsichtsverfahren durch die Fachstelle Energie vollzogen. Die Einhaltung der Vorschriften des Planungs-

und Baugesetzes, des Energiegesetzes und des Umweltschutzgesetzes wurde durch Auflagen in den Baubewilligungen, durch Kontrollen von Projektunterlagen sowie durch Baustellenbesuche gewährleistet.

Auf den 1.7.2009 wurden die kantonalen Wärmedämmvorschriften und die technischen Anforderungen bei den Heizungs- und Lüftungsanlagen teilweise massiv verschärft. Dies führte zu Mehraufwand in der Auskunftserteilung, Beratung und im Vollzug. Die neuen Anforderungen wurden allgemein gut aufgenommen und umgesetzt, dies vor allem wegen der langen Ankündigungsphase und dem guten Informationskonzept des zuständigen kantonalen Amtes (AWEL). Zeitaufwändig und aufreibend sind die Probleme mit dem Vollzug der gesetzlichen Anforderungen bei den Grossbauvorhaben und bei den Gastronomiebetrieben. So mussten zum Beispiel bei mehreren neuen Siedlungen an ca. 50 Heizzentralen unkorrekte und fehlende Wärmedämmmassnahmen beanstandet werden.

Der «Gebäudestandard 2008», eine Vorgabe für einen vorbildlichen Baustandard der öffentlichen Gebäude der Stadt Winterthur, wird gleichzeitig mit 5 anderen Grossstädten seit dem Jahr 2008 umgesetzt. Als interne Kontrollinstanz fungiert die Fachstelle Energie. In der Folge wurden alle energierelevanten Projekte für städtische Neubau- und Umbauvorhaben der Fachstelle zur Vernehmlassung zugestellt. Der Gebäudestandard 2008 wurde gemäss dem für die Stadt Winterthur erstellten Leitfaden umgesetzt.

Die Revision des kommunalen Energieplans wurde im Laufe des Jahres mit der Überprüfung der vorhandenen energiepolitischen Instrumente und der Festsetzung von neuen, langfristigen Zielen und neuen Strategien fortgesetzt. Zwischenzeitlich wurde durch Stadtwerk eine Grundlagenuntersuchung bezüglich der thermischen Nutzung von Erdwärme in Winterthur begonnen. Gleichzeitig werden die Verfahrens- und die Baufortschritte der Tiefengeothermie-Projekte in den Städten Basel, Zürich und St.Gallen aufmerksam verfolgt. Deshalb verschiebt sich der Schwerpunkt der Arbeiten zur Neuauflage des kommunalen Energieplans ins Jahr 2010.

Zur Sicherstellung der Vorgaben der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) wurden die technischen Projektgrundlagen der Mobilfunkantennen überprüft. Total wurden fünf Gesuche für Mobilfunkanlagen bearbeitet.

Als zweite Etappe der Strassenlärmsanierung erfolgt nach der Ende 2007 abgeschlossenen Sanierung der Alarmpwertstrecken die Sanierung der Wohngebäude an Staats- und Gemeindestrassen, bei denen der Immissionsgrenzwert überschritten wird. Dabei müssen insgesamt 42 Strassenabschnitte lärmsaniert werden. In erster Priorität sind gemäss der Lärmschutzverordnung Massnahmen an der Quelle, d.h. bei den Fahrzeugen, Fahrbahnoberflächen und Fahrgeschwindigkeiten zu treffen, in zweiter Priorität Massnahmen auf dem Ausbreitungsweg, d.h. Lärmschutzwände zu erstellen und erst in dritter Priorität, als Ersatzmassnahme, Schallschutzfenster einzubauen. Um die richtige Projekt-Organisationsform zu finden, wurde ein Testpaket mit der Lind-, St.-Georgen-

und der Museumstrasse ausgearbeitet und zur internen Vernehmlassung aufgelegt. Als äusserst sensibel stellt sich der Bau von Schallschutzwänden als neues Element in der Gesamtwirkung des öffentlichen Raums dar. Gegen Ende des Jahres konnte der Auftrag zur Evaluation von Strassenabschnitten, entlang derer Schallschutzwände denkbar sind, in Auftrag gegeben werden.

Die Überwachung der asbesthaltigen Bauten und der Asbestsanierungen konnte weiterbearbeitet werden. Dafür wurde eine Datenbank aufgebaut, welche eine Bewirtschaftung der asbesthaltigen Bauten zulässt und die Überwachung der periodischen Kontrolle sicherstellt. Ab 2009 werden auch wieder die periodischen Kontrollen an Bauten mit teilsanierten Spritzasbestvorkommen gemäss den neusten SUVA-Richtlinien durchgeführt. Das Vorgehen wird mit Stadt und Kanton Zürich koordiniert.

Da die Asbestvorkommen in Bauten immer noch ein akutes Problem sind, hat die SUVA ihre Strategie geändert. Neu stehen die Handwerksbetriebe im Fokus der Aufklärungsarbeit: Mit Information und Ausbildung wird auf die Gefährdung im Umgang mit asbesthaltigen Baumaterialien aufmerksam gemacht. Die Statistik der SUVA belegt, dass nicht die Benutzer der Liegenschaften, sondern die Arbeitenden beim Umbauen und Sanieren speziell gefährdet sind. Im Weiteren lässt sich nachweisen, dass 95 % aller Gebäude mit einem Baujahr vor 1990 asbesthaltige Baustoffe enthalten. Die Aufgabe der kommunalen Baubehörde besteht aus der Führung des Verzeichnisses der Bauten mit bekannten Spritzasbest-Belägen, der regelmässigen Inspektion und der Überwachung der Spritzasbest-Sanierungen.

Aufzugskontrolle

Die Fachstelle Aufzugskontrolle hat die grundlegenden Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen sowie die baurechtlichen Vorschriften an Beförderungsanlagen zu überprüfen und durchzusetzen.

Nebst eigentlichen Neuanlagen müssen vermehrt Altanlagen der Baujahre 1960 – 1979 ersetzt werden, da vielfach mechanische und elektronische Ersatzteile nicht mehr erhältlich sind.

Die Modernisierung bestehender Anlagen ist mit einem erheblichen Beratungs- und Entscheidungsaufwand verbunden. Die Festlegung «Modernisierung» oder «Ersatzanlage» mit dem entsprechenden baulichen Mehraufwand, ist nicht klar geregelt.

Neuanlagen/ Ersatzanlagen / Modernisierungen	2007	2008	2009
Bewilligungen	142	193	146
Abnahmen	97	144	147

Die periodische Kontrolle von Altanlagen konnte bis zum Kontrolljahrgang 1990 fast vollständig erledigt werden; 2010 ist geplant, die Rückstände bis 1995 abzubauen. Die Kontrollen erfolgten nach durchschnittlich 9,1 Jahren.

Bestehende Anlagen	2007	2008	2009
Periodische Kontrollen	367	353	378

Bestehende Aufzugsanlagen können eine Reihe sicherheitsrelevanter Mängel für den Benutzer als auch für das Wartungs- und Kontrollpersonal aufweisen. Von den in den Schweizer und Europäischen Normen aufgeführten 74 Gefährdungssituationen wurden in einem Filterungsprozess 7, für den Benutzer häufige Unfallursachen, in einer Richtlinie zur Erhöhung der Sicherheit an bestehenden Aufzügen zusammengestellt. Am 16.9.2008 hat die Baudirektion des Kantons Zürich die Europäischen Sicherheitsbestimmungen für Aufzüge (ESBA) Richtlinien in Kraft gesetzt. Ab Mitte 2009 wird die sicherheitsrelevante Nachrüstung von Aufzügen mit Personenbegleitung mit einer Nachrüstplicht innerhalb von 5 Jahren verfügt.

Unter die ESBA-Richtlinie fallende Anlagen	Anzahl	erfüllt	Teilweise	nein
Personenaufzüge	2 252	54 *	1 687 *	511 *
Lastenaufzüge	469	4 *	137 *	328 *
Bettenaufzüge	22	*	22 *	*
Autoaufzüge	11	*	7 *	4 *
Unterfluraufzüge	6	*	*	6 *
	2 760	58 *	1 853 *	849 *

* Die technischen Angaben zur ESBA-Richtlinie werden erst seit 1.1.2009 anlässlich der periodischen Kontrolle systematisch erfasst. Obige Angaben beruhen auf den vorhandenen Eintragungen in der Datenbank.

Auf dem Gebiet der Stadt Winterthur zu betreuende Beförderungsanlagen

	2007	2008	2009
Anlagenbestand	3 140	3 265	3 368
– in Betrieb	2 725	2 811	2 901
– ersetzte / modernisierte Anlagen	134	145	152
– ausser Betrieb	111	90	58
– zur Abnahme bereit	164	213	237
– in Montage	6	6	20
– noch offene Eingaben			
Projektierte Anlagen	330	363	308

Alle Anlagen sind erfasst. Im Berichtsjahr abgebrochene oder ersetzte/modernisierte Anlagen werden nicht separat erfasst.

Departement Sicherheit und Umwelt

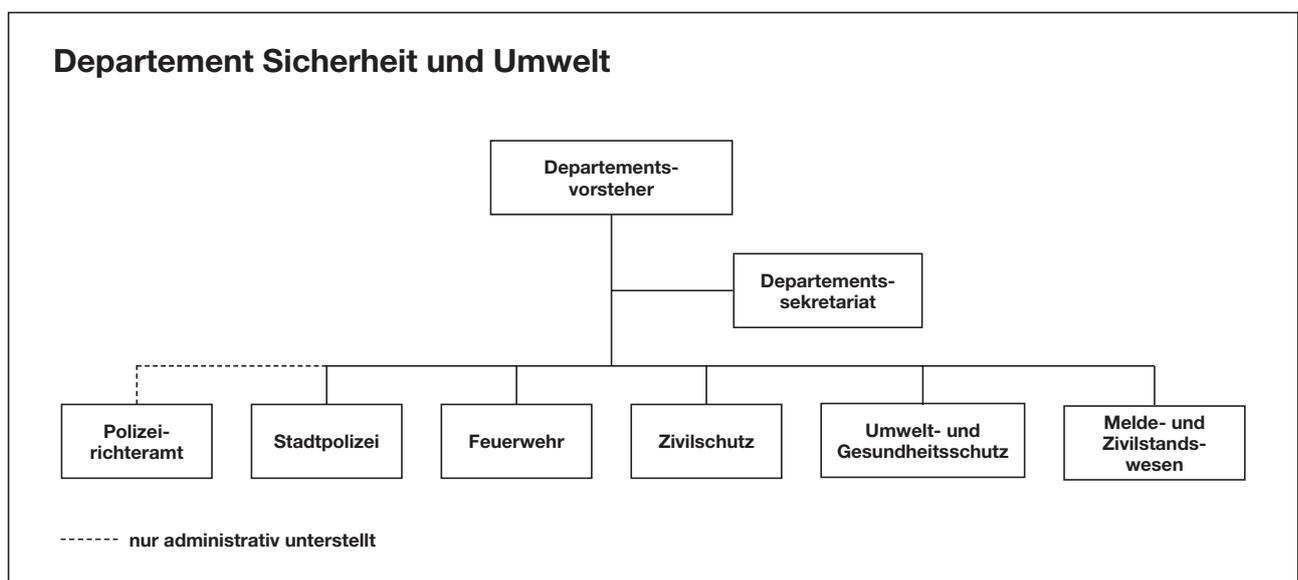
Das Departement Sicherheit und Umwelt steht im Dienst einer sicheren, umweltbewussten und lebenswerten Stadt. Ein besonderes Schwergewicht gilt der nachhaltigen Stadtentwicklung, die dem politischen Handeln des Stadtrates als übergeordnetes strategisches Ziel zugrunde liegt und auf den drei Grundpfeilern wirtschaftliche Effizienz, Umweltschutz und gesellschaftliche Solidarität beruht.

Mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekten der Nachhaltigkeit hat in einem hohen Mass auch das Thema Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz zu tun. In gesellschaftlicher Hinsicht fällt in Betracht, dass die Lebensqualität der Menschen wesentlich durch die Bedingungen geprägt wird, die sie an ihrem Arbeitsplatz vorfinden, zumal sie einen Grossteil ihrer Zeit dort verbringen. Einen sehr hohen Stellenwert bei den Arbeitsbedingungen haben aus Sicht der Arbeitnehmenden – dies zeigen verschiedene Umfragen in der Privatwirtschaft – die Sicherheitsrisiken und Gefährdungen der Gesundheit, die mit der Berufstätigkeit verbunden sind. Jedoch dienen wirkungsvolle Massnahmen zugunsten der Arbeitssicherheit nicht nur dem Schutzinteresse der Arbeitnehmenden. Auf der andern Seite fördert das damit erreichte Wohlbefinden der Mitarbeitenden das Betriebsklima und damit die Qualität der Arbeitsleistung, was wiederum zu einer dauerhaft gesicherten Ertragslage einer Unternehmung beiträgt. Indem der Arbeits- und Gesundheitsschutz die Lebensqualität der Mitarbeitenden in den Vordergrund stellt, begünstigt er insofern auch unmittelbar den betrieblichen Erfolg des Arbeitgebers oder der Arbeitgeberin; mit einer mangelhaften Arbeitssicherheit und einem unzulänglichen betrieblichen Gesundheitsmanagement stellt ein Unternehmen mit andern Worten nicht nur die Gesundheit seiner Mitarbeitenden, sondern längerfristig auch seine eigene wirtschaftliche Existenz aufs Spiel. Insgesamt betrachtet sind Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz daher betriebliche Aspekte mit einer erheblichen – in der öffentlichen Wahrnehmung häufig unterschätzten – gesellschaftlichen und gleichermassen auch ökonomischen Bedeutung, und zwar sowohl in der Gegenwart wie auch in der Zukunft.

In Winterthur ist das Arbeitsinspektorat, eine Abteilung des Bereichs Umwelt- und Gesundheitsschutz im Departement Sicherheit und Umwelt, Kontroll- und Vollzugsorgan für die Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz in rund 3800 Betrieben auf dem Stadtgebiet. Ein sehr wichtiges Betätigungsfeld bilden dabei die Planbegutachtungen und die Plangenehmigungen, welche gewährleisten, dass die Vorgaben der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes bereits im Planungsstadium eines Bauvorhabens berücksichtigt werden. Wesentliche Auflagen zum Beispiel für Verkaufslokale und dazugehörige Lager, deren unzulängliche Umsetzung häufig zu Beanstandungen Anlass gibt, sind die Sicht ins Freie für die Arbeitnehmenden, die Sozialräume sowie die Freihaltung der Bewegungsräume und Fluchtwege.

Im Bereich des Gesundheitsschutzes hat das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO in jüngerer Zeit neue Vollzugsschwerpunkte vorgegeben; einerseits soll verstärkt auf die Verminderung der mit Gesundheitsrisiken verbundenen Belastungen des Bewegungsapparates und der daraus resultierenden Beschwerden (wie Rücken- oder Nackenbeschwerden, Gelenkschmerzen usw.) hingewirkt werden. Zunehmend in den Fokus des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz ist andererseits auch der Aspekt der psychosozialen Risiken gerückt; dazu zählen unter anderem überhöhte Arbeitsbelastung, Mehrfachbelastung, gestörtes Betriebsklima, ungesunde Ernährung oder mangelhaftes Regenerationsverhalten. Diese Gesundheitsrisiken müssen im Rahmen der Gefährdungsermittlung der Betriebe mitberücksichtigt und mit Hilfe spezieller Prüfmittel analysiert werden. Auf dieser Grundlage sind anschliessend die erforderlichen Schutzmassnahmen festzulegen und betriebsintern umzusetzen, damit den Anforderungen der Gesundheitsvorsorge auch in diesen Bereichen insgesamt Genüge getan ist. Weiterhin eine grosse Bedeutung im Vollzugsbereich haben die Vorschriften bezüglich der Arbeitspausen sowie der täglichen und wöchentlichen Höchstarbeitszeiten.

Trotz intensiver Kontrolltätigkeit des Arbeitsinspektorats ist feststellbar, dass heute immer häufiger Arbeitsplätze eingerichtet werden, die nicht den gesetzlichen Vor-



gaben der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes entsprechen. Das betrifft im Speziellen auch den Bürobereich: Sowohl in Klein- als auch in Grossraumbüros werden zusätzliche oder neue Arbeitsplätze eingerichtet, die hinsichtlich Ergonomie, Arbeitsplatzgestaltung, Breite der Haupt- und Nebenverkehrswege, Akustik oder des Raumklimas mangelhaft sind und daher zu Beanstandungen führen.

Dem Arbeitsinspektorat Winterthur stehen grössere personelle Veränderungen bevor: Kurt Glaus wird als Arbeitsinspektor und stellvertretender Leiter des Bereichs Umwelt- und Gesundheitsschutz nach elf Jahren auf Ende März 2010 den Ruhestand antreten. Bereits heute ist bekannt, dass Leo Brütsch, bisher Co-Leiter des Arbeitsinspektorats, seine Nachfolge antreten wird. Ferner wird ab Anfang 2010 Peter Stoll neuer Mitarbeiter im Arbeitsinspektorat.

Am 18. April des Berichtsjahres wurde in der Altstadt der erste Winterthurer Sicherheitstag durchgeführt. Diese Veranstaltung bot auch dem Arbeitsinspektorat eine willkommene Möglichkeit, um sein vielfältiges Betätigungsfeld einem zahlreich erschienenen Publikum zu präsentieren. Weitere Gelegenheiten für eine breite Öffentlichkeitskommunikation ergaben sich für den Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGS) im Rahmen der Aktionswoche «energie bewegt Winterthur» und der Gründung des gleichnamigen Vereins sowie mit der Herausgabe des Umweltberichts 2009. Der Umweltbericht zeigt auf, dass sich Winterthur in ökologischen und energiepolitischen Belangen zwar auf dem richtigen Weg befindet, aber nach wie vor erheblicher Handlungsbedarf besteht. Im Dezember des Berichtsjahres hat der Stadtrat UGS damit beauftragt, die Ziele und Massnahmen der Energiestadt Winterthur zu aktualisieren und zu einem «Energiekonzept Winterthur 2000-Watt- und 1-Tonne-CO₂-Gesellschaft» weiter zu entwickeln. Diese bedeutsame umwelt- und energiepolitische Weichenstellung der Stadtregierung wird die nachhaltigkeitsorientierten Aktivitäten im Departement Sicherheit und Umwelt langfristig prägen und erhöht die Chancen auf ein erfolgreiches Re-Audit als Gold-Energiestadt im Jahr 2011. Weitere Tätigkeitsschwerpunkte von UGS betrafen in dieser Berichtsperiode den Ausbau der Lebensmittelkontrolle in den zahlreichen Partnergemeinden – heute wird das Kantonsgebiet grösstenteils (124 Gemeinden) von Winterthur aus kontrolliert – und weiterhin die Bekämpfung einer ungerechtfertigten Fluglärmverlagerung in den Osten.

Der Winterthurer Sicherheitstag im Frühling 2009 war auch für die Feuerwehr ein prägendes Ereignis. Mit Interesse haben die zahlreichen Besucherinnen und Besucher die verschiedenen Präsentationen verfolgt; vielen von ihnen war bis dahin kaum bewusst, mit welchen modernen Einsatzmitteln die Feuerwehr heutzutage ihre wichtigen Aufgaben unter anderem im Bereich der Brandbekämpfung, der Personenbergung aus Gebäuden und Fahrzeugen und der Bewältigung von Elementarereignissen erfüllt. Innerbetrieblich lag das Schwergewicht der Tätigkeit der Feuerwehr auf dem Aufbau eines integrierten Managementsystems, welches einen wesentlichen Beitrag zur Optimierung der Arbeitsabläufe leistet. Ein erfreulicher Höhepunkt war sodann, dass die Stützpunkt- und Berufsfeuerwehr mit Erfolg ein zweitägiges ISO-Zertifizierungsaudit durchlaufen hat. Im positiven Sinn zu vermerken ist schliesslich auch, dass die erforderliche Sanierung der schadhafte Betonvordächer des Feuerwehrgebäudes im vorliegenden Berichtsjahr abgeschlossen werden konnte.

Für die Stadtpolizei stand im Jahr 2009 neben ihrer Beteiligung am Winterthurer Sicherheitstag unter anderem die

Verwirklichung von Infrastrukturvorhaben im Vordergrund: Nach der Erneuerung der Einsatzzentrale konnte im November in enger Zusammenarbeit mit den anderen Zürcher Polizeikorps das neue, schweizweit vereinheitlichte Funksystem «Polycom» in Betrieb genommen werden. Ferner war das Polizeikommando massgeblich an der Organisation der zweitägigen, gesamtschweizerischen Konferenz der städtischen Polizeidirektorinnen und -direktoren (KSPD) beteiligt, die Mitte April in Winterthur tagte. Seit Anfang Jahr ist die Korpsleitung der Stadtpolizei wieder vollständig; auf diesen Zeitpunkt hat Dr. Sven Zimmerlin die Leitung der Hauptabteilung Ermittlungen übernommen. Im sicherheitspolizeilichen Bereich ist es der Stadtpolizei dank intensiver Patrouillentätigkeit gelungen, nach der Auflösung der offenen Drogenszene beim Musikpavillon eine neue Szenenbildung auf Stadtgebiet zu verhindern. Mit der Einführung einer «Bike-Polizei» und dem Aufbau einer Fachstelle zur Bekämpfung der häuslichen Gewalt reagiert die Stadtpolizei auf aktuelle Sicherheitsbedürfnisse; sie wird damit ihrem Ruf als einer modernen, urbanen und dienstleistungsorientierten Polizei gerecht. Im Verkehrsbereich ist unter Sicherheitsaspekten erfreulich, dass die Anzahl Geschwindigkeitsübertretungen im Vorjahresvergleich rückläufig ist. Bedauerlicherweise ereigneten sich auf dem Stadtgebiet aber dennoch mehrere Verkehrsunfälle mit Todesfolge.

Das Berichtsjahr 2009 des Polizeirichteramtes war geprägt von einer anhaltend hohen Geschäftslast. Dank einer zusätzlich bewilligten Richterstelle ist es jedoch gelungen, die Fallzahlen allmählich zu reduzieren. Die neue Polizeirichterin Maureen Engeler hat zu Beginn des zweiten Halbjahres ihre Arbeit aufgenommen. Erfreulich ist auch, dass das Polizeirichteramt dank grösserer Raumkapazitäten am neuen Standort eine Bürolehrstelle schaffen konnte. Schliesslich hat das Polizeirichteramt im Juni erstmals eine Weiterbildungsveranstaltung für die zürcherischen Übertretungsstrafbehörden organisiert.

Dass der Winterthurer Sicherheitstag ein voller Erfolg wurde, ist zu wesentlichen Teilen der reibungslosen Organisation durch den Zivilschutz zuzuschreiben. Unzählige Zuschauerinnen und Zuschauer haben ein eindrucksvolles Bild davon erhalten, wie die verschiedenen Sicherheitsorganisationen in der Stadt Winterthur zusammenarbeiten, um der Bevölkerung bei Katastrophen und Notlagen einen möglichst umfassenden Schutz zu gewährleisten. Auch im abgelaufenen Jahr hat der Zivilschutz wieder willkommene Dienstleistungen zugunsten der Gemeinschaft erbracht und mehrere soziale Institutionen bei der Pflege und Betreuung von Heimbewohnerinnen und -bewohnern unterstützt. Im Rahmen der Pandemie Vorbereitung wurden unter der Leitung des Zivilschutzes die Pandemiepläne vervollständigt und verschiedene Umsetzungsmassnahmen vorbereitet. Dazu zählte auch die Koordination und Führung der städtischen Aktivitäten im Zusammenhang mit der pandemischen Grippewelle H1N1 (Schweinegrippe).

Im Melde- und Zivilstandswesen stand das vergangene Jahr im Zeichen von betrieblichen Optimierungsmassnahmen. In diesem Zusammenhang darf die Bereichsleitung zudem als Erfolg verbuchen, dass das ISO-zertifizierte Managementsystem nach dem mit Bravour absolvierten Wiederholungsaudit im Jahr 2008 in dieser Berichtsperiode auch ein umfassendes Überwachungsaudit erfolgreich bestanden hat. Signifikant zugenommen haben im Jahr 2009 erneut die über das Internet abgewickelten Kundengeschäfte. Gesellschaftliche Höhepunkte bildeten im Frühjahr und Herbst die inzwischen zur Tradition gewordenen Begrüssungsanlässe für die Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger im Winterthurer Stadthaus.

Umwelt- und Gesundheitsschutz

Der Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGS) umfasst die Abteilungen Lebensmittelinspektorat, Arbeitsinspektorat, die Fachstelle Umwelt sowie die Fachstelle Nachhaltige Entwicklung und setzt sich ein für die gesundheitliche Prävention, die Umwelt und die nachhaltige Entwicklung in der Stadt und Region Winterthur.

Meilensteine des Geschäftsjahres 2009 waren der Sicherheitstag unter Mitwirkung des Arbeits- und Lebensmittelinspektorates, die Aktionswoche «energie bewegt Winterthur» mit der Gründung des gleichnamigen Vereins sowie die Herausgabe des neuen Umweltberichts 2009. Mit dem Bekenntnis des Stadtrates zur «2000-Watt- und 1-Tonne-CO₂-Gesellschaft» wurde zudem der Grundstein gelegt, Ziele und Massnahmen zur Umsetzung dieser Vision zu erarbeiten und somit gute Voraussetzungen zu schaffen für das Re-Audit als Gold-Energiestadt im Jahr 2011. Aufgrund der zahlreichen attraktiven Veranstaltungen und Informationen verzeichnete UGS im Geschäftsjahr total 81 128 Internetbesuche, und es wurden 41 916 Publikationen verteilt oder versandt, davon alleine rund 20 000 im Rahmen der Aktionswoche «energie bewegt Winterthur».

Nachhaltige Entwicklung

In den Legislaturschwerpunkten 2006–2010 bekennt sich der Stadtrat zur nachhaltigen Stadtentwicklung, indem er bei allen seinen Handlungen und Entscheidungen wirtschaftliche, soziale und ökologische Anliegen möglichst gleichermassen berücksichtigen will. Mit dieser ganzheitlichen Betrachtung soll erreicht werden, dass bei komplexen Fragestellungen optimale Entscheidungen getroffen werden.

Die im Dezember 2008 vom Grossen Gemeinderat bewilligte neue Fachstelle «Nachhaltige Entwicklung» konnte im März 2009 besetzt werden. Als Grundlage zur zentralen Steuerung einer Politik der nachhaltigen Entwicklung müssen die Entscheidungsträgerinnen und -träger sachdienliche Informationen über den Zustand der drei Dimensionen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft erhalten. Städte und Kantone haben im «Cercle Indicateurs» schweizweit die Kräfte gebündelt und sich auf Zielbereiche mit entsprechenden Indikatoren geeinigt. Diese wurden im Geschäftsjahr für Winterthur aktualisiert. Der Indikatorenbericht konnte im Oktober 2009 dem Stadtrat vorgestellt werden; in einem nächsten Schritt geht es nun darum, innerhalb der Stadtverwaltung die Handlungsfelder zu bestimmen. Als Ergebnis des Pilotprojektes «Nachhaltigkeitsbeurteilung in der Stadt Winterthur» liegt das intern erprobte Instrument zur Nachhaltigkeitsbeurteilung vor. Der Einsatz dieses Instruments soll bei Investitionsplanungen helfen, die Dimensionen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft angemessen zu berücksichtigen. Die Zusammenarbeit mit dem Institut für Nachhaltige Entwicklung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften im Rahmen des Forschungsprojektes «Nachhaltigkeitsorientierte Gemeindeführung» (www.nogf.ch) wurde im Berichtsjahr mit der Vernissage des praxisorientierten Leitfadens für eine nachhaltigkeitsorientierte Gemeindeführung abgeschlossen. Winterthur hatte sich zusammen mit vier anderen Fallstudiengemeinden an der Erarbeitung beteiligt. Mit Hilfe des Gemeinde-Leitfadens soll die nachhaltige Entwicklung in den alltäglichen Geschäftsablauf der Stadtverwaltung integriert werden.



Umweltbericht 2009: Überblick über die aktuelle Umweltsituation von Winterthur

Umweltschutz

Koordination Umweltaktivitäten

In der «Organisation Umwelt und Energie (OUE)» sind acht städtische Bereiche aus drei Departementen vertreten: UGS (Dept. Sicherheit und Umwelt), Amt für Städtebau, Baupolizeiamt, Tiefbauamt, Abteilung Energie und Technik (Dept. Bau) sowie Stadtgärtnerei, Forstbetrieb und Stadtwerk Winterthur (Dept. Technische Betriebe). Die OUE besteht aus drei Gremien, in welchen die städtischen Umweltaktivitäten koordiniert und der fachliche Erfahrungsaustausch gepflegt wird. Der Vorsteher des Departements Sicherheit und Umwelt leitet die drei Gremien, und UGS amtiert als Geschäftsstelle. Ende 2009 erschien der siebte Umweltbericht. Er wird alle vier Jahre von der OUE herausgegeben, wobei UGS das Projekt betreut. Die «Kommission Umwelt und Energie» hat sich im Berichtsjahr zu drei Sitzungen, die «Fachgruppe Umwelt» und die «Fachgruppe Energie» zu je fünf Sitzungen getroffen sowie verschiedene Aktivitäten und Projekte auf strategischer sowie operativer Ebene vorbereitet und bearbeitet.

Eine zentrale Bedeutung hat im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung die Klimapolitik und damit die Reduktion des Energieverbrauches sowie des CO₂-Ausstosses. Ende 2009 hat der Stadtrat den Auftrag erteilt, ein «Energiekonzept Winterthur 2000-Watt- und 1-Tonne-CO₂-Gesellschaft» zu erarbeiten. Mitte 2010 wird das Grobkonzept vorliegen. Ferner wurden auch im vergangenen Jahr mit dem Klimafonds Stadtwerk Winterthur wirkungsvolle Projekte zur CO₂-Reduktion unterstützt. Im klimarelevanten Baubereich wurde zudem ermittelt, wo auf dem Weg zu einer nachhaltigen städtischen Bausubstanz Handlungsbedarf besteht.

Treffen Sie den blauen Samichlaus in der Marktgasse von Winterthur



Machen Sie den persönlichen Klimacheck:

- ♥ Heizen Sie Räume auf gesunde 20°C?
- ♥ Gehen Sie zu Fuss, fahren Sie mit dem Velo oder den ÖV?
- ♥ Kaufen Sie regionale Produkte?
- ♥ Sparen Sie Strom nach dem Motto: Good-bye Standby?

Good-bye Standby!
Geräte im Standby-Modus verbrauchen pro Jahr mehr als 2 Milliarden Kilowattstunden in der Schweiz (entspricht einem Jahresverbrauch der Stadt Zürich) und verursachen so etwa 250 000 Tonnen schädliches CO₂*. Mit dem Stromsparkabel können Geräte ganz abgeschaltet werden. Am Arbeitsplatz lässt sich damit der Stromverbrauch um mehr als 11% verringern. Ein Haushalt kann bis zu 15% Strom und somit jährlich gegen 90 Franken einsparen.
* ÖI-Verbraucherinfo: 120g CO₂/kWh

www.ugs.winterthur.ch

Blueday 2009: Die Stromsparkabel waren innert Stunden ausverkauft.

Energiestadt Gold

Nachdem die Stadt Winterthur im Jahr 2008 mit dem europäischen Label «European Energy Award Gold» für ihre energiepolitischen Bestrebungen ausgezeichnet wurde, fanden auch im Berichtsjahr verschiedene Aktivitäten zu diesem Thema statt.

Am internationalen Tag der Sonne im Mai war UGS zusammen mit anderen Stellen der Stadtverwaltung sowie Externen am Solarmarkt auf dem Kirchplatz mit diversen Informationen präsent.



Im September organisierte UGS die zweite Aktionswoche «energie bewegt Winterthur» gemeinsam mit der Blue-Tech, der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften und der Klimaschutzorganisation myblueplanet. Über 10 000 Personen besuchten die Veranstaltungen zum Thema «Energieeffizienz und Erneuerbare Energien». Der Anlass «Jetzt – energetisch modernisieren» von UGS informierte Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer über praktische Möglichkeiten, das Eigenheim energetisch zu optimieren. Als Schweizer Premiere konnte UGS an der Blue-Tech die Comicausstellung «Mein Schweinehund und das Klima» präsentieren. Hier wurden die Besuchenden mit attraktiven Comics und Videos zum Klimawandel sensibilisiert und zum aktiven Handeln ermuntert. An der «Klimawerkstatt» referierte die Bereichsleiterin UGS zu den Fortschritten sowie zum Handlungsbedarf von Winterthur auf dem Weg zur «2000-Watt- und 1-Tonne-CO₂-Gesellschaft».

Im Oktober zeigte die Stadt Winterthur im Rahmen des 125-Jahr-Jubiläums der Naturwissenschaftlichen Gesell-

schaft Winterthur an der «Zeltstadt des Wissens» praktische Möglichkeiten zur Verbesserung der Energieeffizienz. Besuchende des Gemeinschaftsstandes von UGS und Stadtwerk Winterthur interessierten sich insbesondere für erneuerbare Energien. Anklang fand im Speziellen das Energiespiel auf den bereitgestellten Laptops, welches die spielerische Ermittlung des eigenen Energieverbrauchs ermöglichte nach dem Motto: «Welcher Energie-Typ bin ich?».

Der Blueday im Dezember fand in Zusammenarbeit mit myblueplanet statt. Blaue Samichläuse boten in der Altstadt Stromsparkabel zum Selbstkostenpreis an. 400 Stromsparkabel fanden reissenden Absatz.

Mobilität

Das Programm *clevermobil* (April 2007 bis April 2010), das zusammen mit der Stadt St.Gallen lanciert worden ist, soll der Bevölkerung das vorhandene Angebot an verschiedenen Verkehrsmitteln und -wegen näher bringen. Das *clevermobil*-Massnahmenprogramm 2009: Mobilitätsmanagement für die Stadtverwaltung, Mobilitätsberatung für Unternehmen und Private sowie Unterhalt der Drehscheibe *clevermobil*.

Am Wettbewerb «Bike to work 2009» nahmen 16 Unternehmen aus Winterthur teil. Das Sportamt organisierte die stadtinterne Teilnahme. Die Stadtverwaltung Winterthur glänzte mit insgesamt 167 Teams mit 655 Teammitgliedern und landete mit dieser Beteiligung schweizweit auf Platz 4. UGS finanzierte die Preise mit und verteilte ein *clevermobil*-Zertifikat an alle Teams.

Von September 2009 bis Juni 2010 wählt der Zufalls-generator des Personalamts wöchentlich städtische Mitarbeitende aus, die den *clevermobil*-Jackpot knacken können, wenn sie den Arbeitsweg mit dem Velo, zu Fuss, mit den ÖV oder mittels eines Car-Poolings zurücklegen.

Im Rahmen des Erlebnistages *clevermobil* am 5. September 2009 stellte UGS verschiedene Mobilitätsangebote vor. Das gute Wetter zog sehr viele Besucherinnen und Besucher auf den Neumarkt, wo ein buntes und lebhaftes Markttreiben herrschte. Die Projektseite im Internet wurde am 4. September 2007 aufgeschaltet und im Berichtsjahr aktualisiert (www.ugs.winterthur.ch/clevermobil).

Das im Jahr 2005 gestartete Programm «Mobilität in Unternehmen» wurde mit Unterstützung des Kantons Zürich und von «EnergieSchweiz für Gemeinden» auch im Jahr 2009 weitergeführt (siehe www.ugs.winterthur.ch/mobilitaet).



Flotter Flitzer am *clevermobil*-Markt

Im September 2008 hat der Stadtrat das Grobkonzept «Mobilitätsmanagement Stadtverwaltung Winterthur» verabschiedet und beschlossen, zu den darin aufgeführten Massnahmen ein Detailkonzept mit Umsetzungsplan ausarbeiten zu lassen. Mit der Erarbeitung des Detailkonzepts wurde im Berichtsjahr begonnen.

Ferner wurde im Berichtsjahr ein Detailkonzept für eine Mobilitätszentrale beim Hauptbahnhof ausgearbeitet. Die Umsetzung dieses Vorhabens hat der Stadtrat aus Kostengründen einstweilen zurückgestellt. Die Stadt Winterthur bot ihren Einwohnerinnen und Einwohnern von Mitte 2006 bis Ende 2009 mit dem Pilotprojekt «Mobilitätsdurchblick Schweiz» eine kostenlose Entscheidungshilfe zur Optimierung der persönlichen Mobilität an. Seit Mai 2007 ist das Beratungsangebot auch im Internet zugänglich (www.ugs.winterthur.ch/mobilitaetsdurchblick oder www.mobilitaetsdurchblick.ch). Interessierte erhalten weiterhin aufgrund einer Selbstanalyse, die sie online erstellen lassen können, ein Bild ihres Mobilitätsverhaltens. Ausgewertet werden Zeitaufwand und Kosten der Mobilität, aber auch Sicherheit, Gesundheit, Komfort und Umweltverträglichkeit.

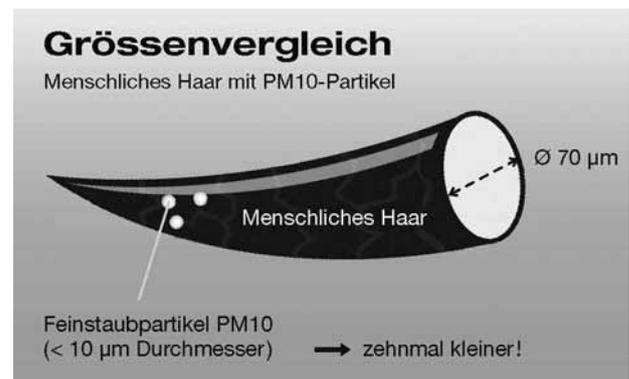
Luftreinhaltung

Winterthur ist sowohl Mitglied bei Ostluft (www.ostluft.ch) als auch bei Cercl'Air (www.cerclair.ch). Gestützt auf die erneuerte Leistungsvereinbarung mit der kantonalen Baudirektion wurden die Vollzugsaufgaben zur Luftreinhaltung mit der Feuerpolizei Winterthur, der Stadt Zürich und dem Kanton Zürich harmonisiert. In den Zuständigkeitsbereich von UGS fallen gemäss Bauverfahrensverordnung (BVV) Ziffer 4.1 «Stationäre Anlagen der Industrie und des Gewerbes mit erheblichen Auswirkungen wie Anlagen der Bereiche Chemie-, Gummi- und Kunststoffindustrie, Mineralölindustrie, Metallverarbeitung, Entsorgung und Recycling, Lebensmittelverarbeitung, Steine und Erden». Gemäss BVV-Ziffer 4.2 gehören dazu «Grossfeuerungsanlagen (> 1000 kW Feuerungswärmeleistung), stationäre Verbrennungsmotoren, Feststofffeuerungen mit einer Feuerungswärmeleistung über 70 kW sowie Anlagen für das Verbrennen von Abfällen». Die Fachstelle Umwelt betreut insgesamt 103 Feuerungen gemäss BVV-Ziffer 4.2 (Stand 31. Dezember 2009): 6 Öl-/Gasfeuerungen < 1 MW, 28 Holzfeuerungen > 70 kW, 26 Blockheizkraftwerke und Motoren sowie 11 Spezialfeuerungen.

Von den ehemals 39 Öl-/Gasfeuerungen < 1 MW wurden 33 saniert und der Feuerpolizei übergeben. Von den übrigen 97 Feuerungen wurden im Berichtsjahr 16 saniert oder neu bewilligt, 19 Betriebe zur periodischen Emissionsmessung aufgefordert, 14 eingegangene Messberichte beurteilt, 4 Betriebe zur Sanierung gemahnt sowie 7 Begehungen durchgeführt.

In Zusammenarbeit mit dem Autogewerbeverband Schweiz (AGVS) werden die insgesamt 38 Tankstellen auf Stadtgebiet periodisch hinsichtlich ihrer Gasrückführungssysteme kontrolliert. Die im Berichtsjahr erfolgten 25 Kontrollen führten zu sieben Beanstandungen. Der Kanton Zürich hat im Jahr 2009 in Zusammenarbeit mit Umwelt- und Gesundheitsschutz der Städte Winterthur und Zürich das Projekt «Qualitätssicherung der bestehenden Tankstellenkontrollen durch den Autogewerbeverband Schweiz im Kanton Zürich» weitergeführt. Die Umsetzung der Luftreinhalteverordnung (LRV) mit Hilfe der Branchenlösung im Kanton weist einige Schwachstellen auf. Um diese zu bereinigen, wurde wiederum ein Zwischenbericht an den AGVS gesendet.

Das 2006/07 gestartete Projekt «Vollzug LRV – Aktualisierung der Emissionsdaten in Industrie und Gewerbe»



Luftschadstoff: Gesundheitsgefährdende Feinstaubpartikel (PM10)

erforderte im Jahr 2009 weitere Begehungen in der Branche und diente als Basis für den Emissionskataster.

Die sechs chemischen Textilreinigungen der Stadt Winterthur beteiligen sich an der Branchenlösung des Verbands Textilpflege Schweiz (VTS) und der Kontrolllösung durch den Verein Kontrollstelle Textilreinigungen Schweiz (VKTS). Die Fachstelle Umwelt ist im Auftrag des Kantons Zürich für die Oberaufsicht zuständig.

In den Grossfeuerungsanlagen erfolgten die periodischen Messungen gemäss den Anforderungen der LRV.

Der Emissionskataster 2008 der Stadt Winterthur erfasst die Emissionen der wichtigsten Luftschadstoffe und Klimagase, die auf dem Gebiet der Stadt ausgestossen werden (Territorialprinzip). Im ersten Semester 2009 wurden die Emissionsgrunddaten 2008 erhoben und der Kataster aktualisiert. Der Emissionskataster wurde erstmals 1995 erstellt und seither in den Jahren 2000 und 2004 aktualisiert. Er dient der Erfolgskontrolle und der Prioritätensetzung für Reduktionsmassnahmen im Rahmen der Massnahmenplanung der LRV und ist eine Grundlage für die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Luftqualität.

Mit einem auf die kommunalen Möglichkeiten und Verhältnisse aktualisierten «Massnahmenplan Lufthygiene» möchte die Stadt Winterthur sämtliche lufthygienisch relevanten Programme koordinieren, weitere mögliche Massnahmen eruieren und die lufthygienischen Planungen auf nationaler und kantonaler Ebene sinnvoll ergänzen. Hierzu wurde ein Pflichtenheft erarbeitet und ein Auftrag erteilt für die Erstellung des Grobkonzeptes.

Gestützt auf die Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtige organische Verbindungen wurden die VOC-Bilanzen von sechs Winterthurer Betrieben für das Jahr 2006 überprüft.

Immissionsschutz

Die Luftbelastung in der wachsenden Stadt Winterthur blieb im Berichtsjahr auch dank insgesamt unbeständigem Wetter unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Die tiefere Gesamtbelastung widerspiegelt daher nicht eine nachhaltige Verbesserung der Luftqualität, sondern liegt weiterhin im witterungsbedingten Schwankungsbereich; so wurden die Grenzwerte für die Luftschadstoffe Feinstaub (PM10) und Ozon (O₃) auch im Jahr 2009 überschritten. UGS betreibt das Wägezentrum Ostluft für Feinstaubfilter. Im 2009 wurden im Wägezentrum 3520 Wägungen durchgeführt. Die reduzierte Anzahl Wägungen im Vergleich zum Vorjahr ist auf ein neues Messkonzept der Ostluft zurückzuführen. So werden an verschiedenen Ostluft-Messstationen nur noch alle drei Tage die Feinstaubkonzentrationen erfasst.

Die Messstation Obertor ermittelte für den lungengängigen Schwebstaubanteil PM10 (Partikeldurchmesser von weniger als 10 Mikrometer) einen Jahresmittelwert von $20 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Es liegt somit keine Überschreitung des Jahresmittelgrenzwertes vor ($20 \mu\text{g}/\text{m}^3$). Insgesamt waren 12 Überschreitungen des Tagesmittelgrenzwertes zu verzeichnen ($50 \mu\text{g}/\text{m}^3$). Am 14. Februar 2009 wurde der höchste Tagesmittelwert mit $88 \mu\text{g}/\text{m}^3$ gemessen.

Bereits im April, welcher gemäss «Meteo Schweiz» deutlich zu warm ausfiel, wurde der Stundenmittel-Grenzwert der Luftreinhalte-Verordnung von 120 Mikrogramm Ozon pro Kubikmeter Luft ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) überschritten. Die höchsten Werte von $175 \mu\text{g}/\text{m}^3$ wurden im August während einer lang anhaltenden Hochdruck- und Hitzeperiode gemessen. Da im April wie im August die Sonne weniger hoch steht als im Juni und somit auch die Einstrahlung geringer ausfällt, wurden keine Rekordwerte wie im Hochsommer 2003 oder 2006 registriert. Während der potentiell höchsten Sonneneinstrahlung im Juni und Juli sorgten hingegen häufige Gewitter und hohe Luftfeuchtigkeit mit entsprechend trüber Atmosphäre dafür, dass sich keine lang anhaltende Ozonbelastung aufbauen konnte. Während des sonnig-warmen Altweibersommers im September wurde der Grenzwert vier Mal überschritten.

Der 1-Stunden-Grenzwert von $120 \mu\text{g}/\text{m}^3$ für Ozon wurde bei der Messstation Obertor insgesamt 159 Mal an 41 Tagen überschritten, bei der Messstation Oberseen 112 Mal an 33 Tagen. Der höchste am Obertor gemessene Stundenmittelwert lag mit $175 \mu\text{g}/\text{m}^3$ um $24 \mu\text{g}/\text{m}^3$ höher und der höchste in Oberseen gemessene Stundenmittelwert mit $174 \mu\text{g}/\text{m}^3$ um $3 \mu\text{g}/\text{m}^3$ höher als im Vorjahr. Die Messresultate beider Messstationen liegen nach wie vor deutlich über dem Grenzwert.

Für die Belastung mit Stickstoffdioxid (NO_2) verzeichnete die Messstation Obertor einen Jahresmittelwert von $28 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Dieser liegt somit seit 2006 unter dem Langzeitgrenzwert von $30 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Der Tagesmittelgrenzwert von $80 \mu\text{g}/\text{m}^3$ wurde im Januar mit einem gemessenen Maximalwert von $90 \mu\text{g}/\text{m}^3$ überschritten.

Die über das gesamte Stadtgebiet verteilten acht NO_2 -Passivsammler registrierten Jahresmittelwerte zwischen $18 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (Sägweg in Seen) und $53 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (Technikumstrasse). Die gemessenen Werte entsprechen denen der Vorjahre.

Umweltverträglichkeitsprüfungen

Im Berichtsjahr wurden für zwei Bauvorhaben Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) durchgeführt. Diese betrafen die Projekte «Erhaltung N1/N7, Baustellenanlage Riet-Dreivierlig» und «Vergärungsanlage Riet, Oberwinterthur». Die Fachstelle Umwelt vertritt die Stadt Winterthur seit 2006 in der Fachgruppe UVP Deutschschweiz (grUVP).

Fluglärm

Die Interessengemeinschaft Region Ost umfasst unverändert 86 Städte und Gemeinden in den Kantonen Zürich, Thurgau und St.Gallen und vertritt damit die Interessen von rund 450 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Zentrum ihrer Aktivitäten steht das Anliegen, die Bedürfnisse der Bevölkerung im Osten des Flughafens Zürich nach Lebens- und Wohnqualität in Einklang zu bringen mit der Bedeutung des Flughafens als verkehrspolitische Schlüsselinfrastruktur. Präsident der Region Ost ist der Vorsteher des Departements Sicherheit und Umwelt, und die Geschäftsstelle ist weiterhin bei UGS angesiedelt. Die Interessengemeinschaft vertritt eine flugverkehrspolitische Haltung mit den vier Schwerpunkten: Bekenntnis zum Flughafen, Rückkehr zum historischen Flugregime, kein

Pistenausbau sowie Gesprächs- und Kompromissbereitschaft.

Die Hauptaktivität der Region Ost im Jahr 2009 umfasste die Vorbereitung der Abstimmungskampagne zum Pistenausbauverbot (Behördeninitiative II). Um eine erfolgreiche Kampagne mit ausreichend finanziellen Mitteln durchführen zu können, wurden die Mitgliedsgemeinden mit der Bitte um einen entsprechenden Beitrag angeschrieben. Per Ende 2009 haben die Gemeinden Beiträge in der Höhe von 112 550 Franken zugesichert, um die Region Ost in ihrer Abstimmungskampagne zu unterstützen. Der Lenkungsausschuss der Region Ost verfasste zudem Stellungnahmen zum SIL-Schlussbericht und zur Fairfluginitiative, bot Liegenschaftbesitzerinnen und -besitzern juristische Beratung in Lärmentschadungsfragen an, führte diverse Gespräche mit Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern für den Beitritt zur Region Ost und beantwortete zahlreiche Anfragen von Privatpersonen zu aktuellen Fluglärmereignissen. Darüber hinaus engagierte sich die Stadt Winterthur gemeinsam mit Elgg, Elsau, Schlatt und Wiesendangen im Rechtsmittelverfahren gegen das vorläufige Flughafen-Betriebsreglement und nahm Anfang Dezember an mehrtägigen Verhandlungen des Bundesverwaltungsgerichts in Bern teil. Weiterhin beschäftigt die Sicherheit des Instrumentenlandesystems (ILS) für die Piste 10/28 die Region Ost. Nachdem die Interessengemeinschaft beim Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) Einsicht in den diesbezüglichen Sicherheitsbericht verlangt hatte und ihr der Zugang zu diesem Dokument zunächst vollumfänglich verweigert worden war, leitete sie beim Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB) ein Schlichtungsverfahren ein. Der EDÖB kam im Berichtsjahr zum Schluss, dass bestimmte Auszüge des Sicherheitsberichtes auszuhändigen seien.

Die Medien wurden im Berichtsjahr mit insgesamt sechs Medienmitteilungen zu aktuellen Ereignissen bedient. Ferner pflegte die Region Ost auch im 2009 weiterhin einen regen Austausch mit anderen Interessensvertretungen sowie Politikerinnen und Politikern in der Ostschweiz, im Kanton Zürich, in Bern, ebenso wie mit den beiden hiesigen Bürgerorganisationen Bürgerprotest Fluglärm Ost (BFO) und FluglärmSolidarität (FLS).

Gesundheitsschutz

Lebensmittelkontrolle in Winterthur

Das Lebensmittelinspektorat wurde im Jahr 2008 durch die Schweizerische Akkreditierungsstelle SAS des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO akkreditiert. Im Berichtsjahr erfolgte im Mai ein Re-Zertifizierungsaudit, das mit Erfolg bestanden wurde.

In Winterthur gibt es insgesamt 1023 Betriebe, welche den Lebensmittelvorschriften unterliegen. Im Jahr 2009 wurden auf Stadtgebiet 875 Inspektionen in Lebensmittel verarbeitenden Betrieben, Restaurants, Kantinen, an Festanlässen usw. durchgeführt. Dabei erfolgten in 521 Fällen Beanstandungen, was einem Anteil von gegen 60 Prozent entspricht. In 500 Fällen wurde direkt mit Verfügungen vor Ort geahndet, in sechs Fällen schriftlich verwarnet und in 15 Fällen Strafanzeige an den Polizeirichter erstattet. In vier Fällen mussten Lebensmittel beschlagnahmt werden, da sie im Wert vermindert, über dem Verfallsdatum oder mangelhaft deklariert waren. Die gestiegene Beanstandungsrate (plus 10 Prozentpunkte zum Vorjahr) wird mit dem zunehmend rascheren Wechsel von Patentinhaberinnen und Betreibern von Gastwirtschaftsbetrieben in Verbindung gebracht. Die Kontrolle von Festanlässen beschränkte sich im Berichtsjahr 2009 auf Stichproben.

Auf Stadtgebiet wurden insgesamt 702 Lebensmittelproben erhoben, was eine leichte Abnahme um 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr (741) bedeutet. Die Beanstandungsquote aller Lebensmittelproben lag mit rund 17 Prozent gegenüber 21 Prozent leicht tiefer als im Vorjahr. Im Berichtsjahr wurden 50 Planbegutachtungen, 50 Baubesprechungen und 38 Bauabnahmen für Gastwirtschafts- und Lebensmittelbetriebe durchgeführt (total 138). Im Vorjahr waren es total 139. Das Jahr 2009 war ein eher schwaches Pilzjahr, was sich im Vergleich zum Vorjahr in einem etwas ruhigeren Geschäftsgang der städtischen Pilzkontrolle niederschlug. Die 247 Besucherinnen und Besucher brachten insgesamt 291 kg Pilze zur Kontrolle, gegenüber 411 kg im Jahr 2008. Es mussten 30.7 kg Pilze als ungeniessbar oder giftig konfisziert werden. Vertraglich der städtischen Pilzkontrollstelle angeschlossen sind die neun Gemeinden Altikon, Brütten, Dägerlen, Dinhard, Hettlingen, Pfungen, Rickenbach, Seuzach und Wiesendangen.

Orts- und Wohnhygiene

Im Bereich Wohnhygiene, beispielsweise bei Schimmelpilzproblemen oder bei Belastung mit Elektromog, fanden insgesamt 33 Besichtigungen, Kontrollgänge und Abklärungen statt. Ferner hat das Lebensmittelinspektorat im Jahr 2009 für das kantonale Migrationsamt im Zusammenhang mit sechs Gesuchen um Familiennachzug die jeweilige Wohnsituation beurteilt. Einem Gesuch konnte entsprochen werden; die übrigen Gesuche wurden abgelehnt, weil die Wohnverhältnisse aus unterschiedlichen Gründen unzulänglich waren. Die Kadaversammelstelle hat 65 Tonnen Tierkadaver entsorgt. Die Zusammenarbeit mit der Kadaversammlung aus der Stadt Zürich verlief weiterhin reibungslos.

Lebensmittelkontrolle in Partnergemeinden

Die Lebensmittelkontrolle in den 124 Partnergemeinden hat sich bewährt und konnte erneut erheblich ausgebaut werden: 57 neue Partnergemeinden sind im Jahr 2009 zu Winterthur gestossen (2008 waren 67 Gemeinden unter Vertrag). Damit ist auch die Anzahl der zu kontrollierenden Betriebe von 3535 (2008) um rund 50 Prozent auf 5341 (2009) gestiegen. Bei 4561 Inspektionen erfolgten 1876 Beanstandungen. Der Anteil der Beanstandungen liegt hier im Schnitt bei 41 Prozent.

In den Partnergemeinden wurden insgesamt 2191 Lebensmittelproben erhoben, was eine Zunahme um 82 Prozent gegenüber dem Vorjahr (1203) bedeutet. Die Beanstandungsquote aller Lebensmittelproben lag bei 17 Prozent.

Für die Partnergemeinden wurden 77 Planbegutachtungen durchgeführt. Des Weiteren wurden die Kontrollleurinnen und Kontrolleure des Lebensmittelinspektorates für 149 Baubesprechungen respektive Bauabnahmen zugezogen, was einer Zunahme um 67 Prozent entspricht. Diese Dienstleistungen stossen bei Bauwilligen nach wie vor auf grosses Interesse. Die Bauherrschaft vermeidet damit Nachbesserungen im Rahmen der regulären Lebensmittelkontrolle. Gleichzeitig wird auch die Arbeit der Kontrolleurinnen und Kontrolleure nachhaltig erleichtert.

Arbeitssicherheit

Im Vollzug des Arbeitsgesetzes und seinen Verordnungen, des Unfallversicherungsgesetzes sowie der Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten, hat das Arbeitsinspektorat Winterthur insgesamt 266 Betriebe kontrolliert. Dabei wurden in 186 Betrieben,



Winterthurer Sicherheitstag: Interaktives Theater zum Thema «Nichtberufsunfälle»

die der Umsetzungspflicht gemäss der Richtlinie 6508 der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) unterliegen, Betriebskontrollen über den Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit (ASA) durchgeführt. Von diesen Betrieben verfügte maximal die Hälfte über eine ausreichende Dokumentation, die entweder auf einer Branchen-, Modell- oder auf einer individuellen Lösung basiert. Die Kontaktpersonen in den Betrieben werden beim ersten Kontrollbesuch mit umfassendem Informationsmaterial und individueller, detaillierter Beratung unterstützt.

Nach den Kontrollen wurden an 174 Betriebe Bestätigungsbriebe mit rund 500 zu treffenden Massnahmen zugestellt. Am häufigsten musste das Fehlen der Gefahreneermittlung, der Massnahmenplanung und -realisierung sowie der Notfallorganisation beanstandet werden. Mangelnde Sicht ins Freie, ungenügende Absturzsicherungen, Fehlen von dauerhaft angeschlagenen Alarm- und Notfallplänen, Fehlen eines vorbestimmten Sammelplatzes, mangelhafte Fluchtwegbeschilderungen, fehlende Kennzeichnung von Stolperstellen und das Nichttragen persönlicher Schutzausrüstungen sind zudem eigentliche Dauerthemen.

Das Arbeitsinspektorat hat 132 Planbegutachtungen für gewerbliche Betriebe durchgeführt. Die Begutachtungen nehmen Einfluss auf bauliche Massnahmen in Bezug auf Arbeitssicherheit und Gesundheitsvorsorge, welche in die Baubewilligungen übernommen werden. Sämtliche erforderlichen Angaben über die gut 3800 Winterthurer Firmen werden in der vom Kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit sowie von den beiden Städten Zürich und Winterthur gemeinsam genutzten Betriebsdatenbank laufend nachgeführt und sind auf neustem Stand.

Für den Winterthurer Sicherheitstag im April organisierte das Arbeitsinspektorat ein interaktives Theater zum Thema Unfallverhütung. An einem anderen Stand konnte mittels Sicherheits-Parcours die eigene Körperbalance getestet werden. Das Lebensmittelinspektorat bot kostenlose Frittieröl-Analysen an.

Campingplatz

In den Sommermonaten haben 1860 Gäste den gut gelegenen Campingplatz am Schützenweiher besucht, 168 weniger als im Vorjahr (- 8 Prozent). Die Anzahl Gäste im Winterbetrieb ist mit 790 im Vorjahresvergleich um einen Gast gestiegen. Die Anzahl Übernachtungen hat mit 24 208 gegenüber 21 388 im Vorjahr um 13 Prozent zugenommen.

Die Umfrage zur Kundenzufriedenheit im Jahr 2009 zeigt, dass zwar 85 Prozent der befragten Gäste (82 Prozent im Vorjahr) mit dem Campingplatz zufrieden waren, jedoch wiederum Teile der Infrastruktur (vor allem zu wenig Sanitäranlagen wie Toiletten/Duschen usw.) beanstandet wurden. Bis Dezember 2009 konnten umfassende Arbeiten wie Verbreiterung des Fahrstreifens, Sicherheitsnachweis für alle Elektroanlagen, zusätzliche Parkplätze, Einbau einer neuen Eingangsschranke, Einführung einer neuen EDV-Software für den Campingplatz sowie die Installation einer neuen Feuerstelle mit Tischen und Sitzplätzen abgeschlossen werden. Insgesamt präsentiert sich der Campingplatz in einem ordentlichen und ansprechenden Zustand.

Zusammen mit dem Hochbauamt konnte ein auf die Zukunft ausgerichteter Raumprogramm erarbeitet und die Planung eines neuen Campingplatzgebäudes begonnen werden.

Weitere Informationen

Im Internet finden sich weitere Informationen zu den Aktivitäten des Bereichs Umwelt- und Gesundheitsschutz: www.ugs.winterthur.ch. Mehr zur Fluglärm-Interessensgemeinschaft Region Ost ist unter www.region-ost.ch zu finden.

Statistische Angaben

Luftqualität

Messstationen	Jahresmittelwerte ($\mu\text{g}/\text{m}^3$)		
	2007	2008	2009
Messstation Obertor (Altstadt)			
Stickstoffdioxide (NO_2)			
Jahresmittelwert ($\mu\text{g}/\text{m}^3$)	29	28	28
Ozon (O_3)			
Max. 1-Stunden-Mittelwert ($\mu\text{g}/\text{m}^3$)	175	151	175
Anzahl Überschreitungen			
1-Stunden-Mittelwert	239	157	159
Anzahl Tage mit Grenzwertüberschreitungen	46	35	41
Schwebstaub (PM10; TEOM-Messgerät)			
Jahresmittelwert ($\mu\text{g}/\text{m}^3$)	20	21	20
Anzahl Tage mit Grenzwertüberschreitungen	10	13	12
Messstation Oberseen			
Ozon (O_3)			
Max. 1-Stunden-Mittelwert ($\mu\text{g}/\text{m}^3$)	163	171	174
Anzahl Überschreitungen			
1-Stunden-Mittelwert	192	169	112
Anzahl Tage mit Grenzwertüberschreitungen	39	35	33
Stickstoffdioxid (NO_2)-Passivsammler			
Höchster Jahresmittelwert ($\mu\text{g}/\text{m}^3$)	53	54	53
Tiefster Jahresmittelwert ($\mu\text{g}/\text{m}^3$)	17	18	17
LRV-Grenzwerte			
Stickstoffdioxid/ NO_2		Jahresmittelwert	30 $\mu\text{g}/\text{m}^3$
Ozon/ O_3		* 1-Stunden-Mittelwert	120 $\mu\text{g}/\text{m}^3$
Schwebstaub/PM10		Jahresmittelwert	20 $\mu\text{g}/\text{m}^3$
Schwebstaub/PM10		Tagesmittelwert	50 $\mu\text{g}/\text{m}^3$

* Der Wert darf nur einmal jährlich überschritten werden.

Anzahl Lebensmittelkontrolle pro Mitarbeitende

	2007	2008	2009
Zielvorgabe Anzahl zugeteilte Betriebe	650	650	660

Lebensmittelkontrolle Stadtgebiet

Anzahl Betriebe	961	967	1 023
Anzahl Kontrollen	1 048	766	875
Beanstandungen (in %)	50	50	60
Anzahl Nachkontrollen	57	36	62
Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb	1.09	0.83	0.86

Lebensmittelkontrolle Partnergemeinden

Anzahl Betriebe	2 300	3 535	5 341
Anzahl Kontrollen	1 562	2 231	4 561
Beanstandungen (in %)	47	50	41
Anzahl Nachkontrollen	100	218	229
Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb	0.7	0.7	0.85

Lebensmittelproben/Analysen Stadtgebiet

Anzahl Proben	484	741	702
Beanstandungen (in %)	22	21	17
Beschlagnahmen	5	6	4

Lebensmittelproben/Analysen Partnergemeinden

Anzahl Proben	675	1 203	2 191
Beanstandungen (in %)	26	26	17
Beschlagnahmen	4	8	6

Planbegutachtungen/Bauabnahmen Stadtgebiet

Planbegutachtungen	40	47	50
Baubesprechungen/Bauabnahmen	80	92	88

Planbegutachtungen/Bauabnahmen Partnergemeinden

Planbegutachtungen	51	53	77
Baubesprechungen/Bauabnahmen	45	89	149

Wohnungskontrollen Stadtgebiet

Wohnungsaufsicht	0	10	6
Wohnhygiene	14	29	33

Tierkadaverentsorgung

Umgeschlagene Tonnen (Füllmenge pro Eimer: 80 kg)	72	73	65
Öffentliche Sammelstellen	14	14	14

Arbeitssicherheit

Planbegutachtungen	100	133	132
Plangenehmigungen	4	4	0
Schriftliche Vorabklärungen ASA	84	139	190
Betriebsbesuche/Kontrollen	99	235	266

Campingplatz

Sommerbetrieb:	Gäste	1 320	2 028	1 860
	Übernachtungen	6 254	10 047	11 454
Winterbetrieb:	Gäste	716	789	790
	Übernachtungen	10 059	11 341	12 754
Total:	Gäste	2 036	2 817	2 650
	Übernachtungen	16 313	21 388	24 208
Dauerstandplätze:	Belegung Standplatzparzellen (Maximal 8 Plätze)	5	5	4

Polizeirichteramt

Beim Polizeirichteramt hat sich die Geschäftslast auf einem hohen Niveau stabilisiert. Der Personalbestand wurde um eine zusätzliche Polizeirichterstelle aufgestockt. Besonderes Gewicht legte man im Berichtsjahr auf die Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Im Jahr 2009 erledigte das Polizeirichteramt 12 233 Verzeigungsfälle (Vorjahr: 12 000), wovon 11 198 Strafverfügungen (Vorjahr: 10 984). Während die Zahl der Strafverfügungen wegen Übertretungen des Strassenverkehrsrechts mit 7172 (Vorjahr: 7168) praktisch unverändert blieb, ist jene der Strafverfügungen wegen sonstiger Übertretungen um 210 auf 4026 angestiegen. Dafür verantwortlich sind hauptsächlich leichte Zunahmen bei den Strafverfügungen wegen Verstössen gegen das Strafgesetzbuch (z.B. Ungehorsam im Betreibungsverfahren, Ungehorsam gegen amtliche Verfügungen, Tötlichkeiten), gegen das Betäubungsmittelgesetz (verbotener Konsum sowie verbotener Erwerb und Besitz von Drogen zum Eigenkonsum) und gegen die Allgemeine Polizeiverordnung der Stadt Winterthur (u.a. Nichtbeachten polizeilicher Anordnungen, Störungen der Nacht- oder Sonntagsruhe, unberechtigtes Abstellen von Fahrzeugen auf nicht-öffentlichem Grund). Bei den bearbeiteten Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsrecht fällt auf, dass diejenigen wegen Geschwindigkeitsüberschreitungen erneut zurückgegangen sind, diesmal um 307 Fälle bzw. um rund 10 Prozent. Dieser Trend dürfte auf die präventive Wirkung der intensivierten Geschwindigkeitskontrollen zurückzuführen sein. Von den eingegangenen Einsprachen gegen Strafverfügungen, den so genannten Begehren um gerichtliche Beurteilung, wurden 527 erledigt (Vorjahr: 522).

Sowohl bei den Verzeigungsfällen als auch bei den Einsprachen stieg die Geschäftslast in der ersten Jahreshälfte 2009 zunächst noch an. Ab Mitte des Jahres gab es jedoch rückläufige Zahlen. Diese positive Entwicklung ist dem Umstand zu verdanken, dass der Grosse Gemeinderat dem Polizeirichteramt eine zusätzliche Stelle für eine Polizeirichterin oder einen Polizeirichter bewilligt hat. Diese Stelle ist Anfang Juni mit Maureen Engeler besetzt worden.

In den Räumlichkeiten an der Technikumstrasse 73, die das Polizeirichteramt im Dezember 2008 bezogen hat, steht nunmehr auch ein Ausbildungs- oder Praktikumsplatz zur Verfügung. Dies ermöglichte es, neu eine Lernende in den Betrieb aufzunehmen, die im Januar 2009 ein Büropraktikum antrat und seit August 2009 eine zweijährige Lehre als Büroassistentin EBA (Eidgenössische Attestausbildung) absolviert. Damit verbunden war die Weiterbildung einzelner Mitarbeitender des Polizeirichteramts zu Ausbilderinnen und Ausbildern.

Das Polizeirichteramt organisierte im Juni 2009 erstmals eine Weiterbildungsveranstaltung für Fallbearbeitende der zürcherischen Übertretungsstrafbehörden (Statthalterämter, Stadtrichteramt Zürich, Polizeirichteramt Winterthur). Der eintägige Kurs war dem Thema Einvernahmetechnik gewidmet und wurde bei total 33 teilnehmenden Personen doppelt geführt.

Strafverfügungen

	2009	2008
<i>Tatbestände</i>		
Strassenverkehr:		
Verkehrsunfälle	780	725
Geschwindigkeit	2 730	3 037
Parkierungsübertretungen	1 277	1 579
Nicht betriebssichere oder nicht vorschriftgemässe Fahrzeuge	323	171
Rotlicht	109	166
Fahren ohne Ausweis	33	24
Fahrverbot	64	53
Abgaswartung	53	45
Arbeits- und Ruhezeitvorschriften	60	87
Übrige SVG Übertretungen	1 743	1 281
Total Verkehrsübertretungen	7 172	7 168
<i>Sonstige Übertretungen:</i>		
Strafgesetzbuch	424	384
Betäubungsmittelgesetz	666	582
Transportgesetz (Schwarzfahren)	1 936	1 979
Allgemeine Polizeiverordnung	226	141
Ausländergesetz	46	88
Einwohnerkontrolle	91	40
Gastgewerbe und Lebensmittel	123	100
Feuerwehr und Feuerpolizei	21	10
Hundehaltung	27	23
Übrige Bestimmungen	466	469
Total sonstige Übertretungen	4 026	3 816
Total Strafverfügungen	11 198	10 984
Einstellungen, Abtretungen	1 035	1 016
Total bearbeitete Fälle	12 233	12 000

Einsprachen auf Strafverfügungen

	2009	2008
Pendente Einsprachen Anfang Jahr	141	119
Eingegangene Einsprachen	558	544
- in % der Strafverfügungen	5,0	5,0
Total zu behandelnde Einsprachen	699	663
Erledigte Einsprachen	527	522
Pendente Einsprachen Ende Jahr	172	141
<i>Art der Erledigung</i>		
Nichteintreten/Sonstige Erledigungen	84	74
Rückzüge (vorbehaltlos)	216	250
Geänderte Strafverfügungen	54	59
Aufhebungen	144	116
- in % der erledigten Einsprachen	27,3	22,2
- in % der Strafverfügungen	1,3	1,1
Überweisungen ans Bezirksgericht	29	23

Stadtpolizei

Just gegen Ende des Berichtsjahres setzte die Stadtpolizei einen weiteren Meilenstein in der Umsetzung des Zürcherischen Polizeiorganisationsgesetzes: Es gelang der erfolgreiche Umstieg auf das neue, schweizweit vereinheitlichte Funksystem POLYCOM aller sicherheitsrelevanten Organisationen. Die Stadtpolizei führte dieses neue Übermittlungsinstrument in enger Zusammenarbeit mit den anderen Zürcherischen Polizeikörpern ein und ging damit am 11. Dezember in den Äther. Nach dem elektronischen Lagebild (Lagedarstellung bei Grossereignissen), dem System «Information und Einsatz im Sanitätsdienst» (System zur Überwachung des Patientenflusses bei Grosslagen) und der Erneuerung der Einsatzzentrale bedeutet die Einführung von POLYCOM einen weiteren Schritt im Hinblick auf eine optimierte Führung bei Grossereignissen.



Kommandant F. Lehmann setzt den ersten Funkspruch über POLYCOM ab.

Der Tätigkeitsbereich «Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung» war in diesem Jahr geprägt durch die Umsetzung von Anschlussmassnahmen nach der Auflösung der Randständigen-Szene beim Pavillon. So gelang es zu verhindern, dass sich im öffentlichen Raum neue grössere Ansammlungen bildeten. In einem gesellschaftsverträglichen Rahmen sind die Randständigen im Bereich des Bahnhofes oder auch in der Innenstadt nach wie vor in kleineren Gruppen anzutreffen, was auch zu keinen nennenswerten Beschwerden mehr führte; nur gerade im Bereich der Drogenanlaufstelle an der Meisenstrasse kam es zeitweise noch zu grösseren Ansammlungen.

An diesem Ergebnis hatte die im Jahr 2006 geschaffene Hauptabteilung Ermittlungen der Stadtpolizei massgeblichen Anteil. Auf den Jahresbeginn hat Dr. Sven Zimmerlin die Führung dieser Hauptabteilung übernommen. Er löste seinen interimistisch tätigen Vorgänger Walter Heim ab, der auf Mitte Jahr nach langjährigem Wirken für die

Stadtpolizei in den Ruhestand trat. Dem neuen Hauptabteilungsleiter kam im vergangenen Jahr im Speziellen auch bei der Umsetzung des Schengener Abkommens auf Stadtgebiet eine wichtige Funktion zu.

In der Hauptabteilung Ermittlungen sind in jüngerer Zeit mehrere strukturelle und prozessbezogene Anpassungen vollzogen worden, die im Berichtsjahr Wirkung entfalteten:

- Als wirkungsvolles Mittel erwies sich die neu gruppierte Abteilung Quartiere-Innenstadt (QUIS). Sie umfasst die Mitarbeitenden der Quartierpolizei, die auf den 1. Oktober 2009 neu eingeführte Bike-Polizei sowie nebenamtliche Schwerpunkt-Patrouillen (PAZ-Patrouillen). Diese sind vornehmlich über die Wochenend-Nächte im Einsatz. Der Abteilungsleiter QUIS setzt die drei Elemente Quartier- und Bike-Polizei sowie die nebenamtlichen Patrouillen flexibel und auf Brennpunkte fokussiert ein. Dank der Effizienzsteigerung, die dadurch erreicht wurde, konnte die nebenamtlich geleistete Patrouillentätigkeit erheblich reduziert werden.
- Mit dem Ausbau des polizeilichen Jugenddienstes auf elf Stellen erhielt die Stadtpolizei ein effizientes Instrument, das im Bereich der Jugendkriminalität zielgerichtete repressive und präventive Aufgaben erfüllt.
- Die Fachstelle zur Bekämpfung häuslicher Gewalt hat ihre Arbeit aufgenommen. Die Angehörigen der Fachstelle widmen sich mit spezialisiertem Fachwissen gezielt dieser sehr komplexen und in der Öffentlichkeit breit diskutierten Thematik, wobei ein besonderes Gewicht auf vernetztes Handeln mit verschiedenen Partnerorganisationen gelegt wird.

In betrieblicher Hinsicht konzentrierte sich das Polizeikommando im Berichtsjahr unter anderem auf das Vortreiben der verbleibenden Teilprojekte von WINPOL. So arbeitete ein Projektteam unter der Anleitung zweier Experten am WINPOL-Subprojekt «Modernisierung des Besoldungswesens (MOBEWE)» sowie an der Überarbeitung des Gebührenwesens; beide Projekte konnten noch nicht abgeschlossen werden.

Im vierten Quartal wurde die bisherige Pistole «SIG Sauer P225» durch ein neues Modell der Marke «Heckler & Koch P30» abgelöst, ebenso wurde den Mitarbeitenden das Folgemodell des Polizei-Mehrzweckstocks sowie ein verbessertes Reizstoff-Spraygerät abgegeben. Im Rahmen einer intensiven Ausbildung konnten sich alle Korpsangehörigen mit diesen neuen Einsatzmitteln vertraut machen.

Im Rahmen des Reformprogramms WINPOL hat die Stadtpolizei die eigene Polizeischule aufgehoben; seither werden die Winterthurer Aspirantinnen und Aspiranten in der kantonalen Polizeischule ausgebildet. Am 25. September dieses Jahres fand eine Premiere statt: Die erste Klasse der kantonal ausgebildeten neuen Korpsangehörigen wurde in der Winterthurer Stadtkirche feierlich vereidigt. Einer der acht anfänglich in die Schule eingetretenen Anwärter hatte die Schule vorzeitig verlassen und ein weiterer die eidgenössische Berufsprüfung nicht bestanden.

Einen Schwerpunkt legte das Polizeikommando in den letzten Jahren auf die interne Kaderausbildung, nachdem unter anderem im Bereich der betriebswirtschaftlich ausgerichteten Führungsarbeit noch Optimierungspotential geortet wurde.

Auch bezüglich Führung im Einsatz wurde die Ausbildung des Kaders gezielt vorangetrieben: In der jährlichen Übung «Hektor» überprüfte der Einsatzstab seine Bereitschaft, und die Front-Einsatzleiter entwickelten ihre Führungsfähigkeit in ausserordentlichen Lagen weiter.

Die praktische Weiterbildungswoche in Walenstadt war ebenfalls ein Gewinn: Alle Polizistinnen und Polizisten trainierten in gut simulierten Lagen ihre Eigensicherungs-

Einsatz- und Ordnungsdienstfähigkeiten. Darüber hinaus organisierten Korpsangehörige unter der Leitung der Hauptabteilung Support und Ausbildung Selbstverteidigungs- sowie Sport- und Ausdauertrainings, die vor allem die jüngeren Polizistinnen und Polizisten rege besuchten.

Auf den 1. Juli trat das Zürcherische Polizeigesetz in Kraft; damit verfügen die Zürcher Polizeien nunmehr über eine solide Rechtgrundlage für ihr polizeiliches Handeln. Ein besonderer Ausbildungsstab schulte das ganze Korps in der praktischen Anwendung des neuen Polizei- und des revidierten Tierschutzgesetzes.

Rückblickend war das Berichtsjahr der Stadtpolizei betriebsintern gekennzeichnet durch die Umsetzung verschiedener Reformprojekte und betriebswirtschaftlicher Optimierungsmassnahmen und gegen aussen durch kompetente, effiziente und wirkungsorientierte Polizeiarbeit zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung.

Korpsbestand

Im Berichtsjahr sind folgende Eintritte ins Korps der Stadtpolizei zu verzeichnen: 1 Offizier, 1 bereits ausgebildete Polizistin und 5 ausgebildete Polizisten, 3 Aspirantinnen und 5 Aspiranten sowie 4 Zivilangestellte. Aus dem Korps ausgetreten sind insgesamt 5 Mitarbeitende (2 Aspiranten und 3 Polizisten). In den Ruhestand traten 8 Korpsangehörige, davon wurden 3 ordentlich und 5 vorzeitig pensioniert. Die durch Krankheit bedingten Abwesenheiten sind im Berichtsjahr erheblich gesunken (1283 Tage gegenüber 1611 Tage im Vorjahr), demgegenüber sind in diesem Jahr die Abwesenheiten infolge Unfalls von 374 auf 507 Tage gestiegen. Es wurden 8968 Stunden Überzeit (9022 ohne Euro 08) geleistet; diese Stunden konnten mehrheitlich kompensiert werden.

<i>Korpsbestand</i> (Stellenprozente am 31. Dezember)	2009	2008
Beamtinnen/Beamte	188.80	186.80
Verkehrsbeamtinnen/Verkehrsbeamte	9.00	9.90
Aspirantinnen/Aspiranten	8.00	8.00
Zivilangestellte	25.14	20.60
Total	230.94	225.30

Polizeischule

Stadtpräsident Ernst Wohlwend vereidigte am 25. September in der Stadtkirche sechs Aspirantinnen und Aspiranten. Zusammen mit der Aspirantenklasse wurde erstmals auch vier neu eingetretenen Polizisten der feierliche Eid abgenommen. Das Auswahlverfahren für die Polizeischulen 1/2009 und 2/2009 konnte bereits Mitte November 2008 abgeschlossen werden: Zum Fitness- und Wissenstest wurden 48 Personen eingeladen. Die Prüfungsanforderungen wurden von 23 Kandidierenden erfüllt, wovon 14 die Endrunde erreichten. Schliesslich haben eine Frau und drei Männer am 1. März sowie zwei Frauen und zwei Männer am 1. September 2009 die Polizeiausbildung begonnen.

Sicherheits- und Verkehrspolizei

Aufgrund personeller Vakanzen leistete die Sicherheits- und Verkehrspolizei mit insgesamt 198 512 (209 228) Arbeitsstunden rund 5 % weniger als im Vorjahr. Dabei bewegte sich der Arbeitsanfall weiterhin auf hohem Niveau; gemäss Rapportsystem POLIS erstellten die Mitarbeitenden der Sicherheits- und Verkehrspolizei 11 095 (10 715)

Dokumente, im gesamten Korps waren es deren 17 604 (15 952). Mit insgesamt 64 760 (58 195) Geschwindigkeits-Übertretungen verzeichneten die stationären Geschwindigkeitsmessgeräte (Salomon Hirzel-Strasse, Tösstalstrasse, Steigstrasse und Zürcherstrasse) sowie die kombinierten Rotlicht- und Laser-Geschwindigkeitsmessanlagen (Frauenfelder-/Stadlerstrasse, Frauenfelder-/Seenerstrasse, St.Galler-/Pflanzschulstrasse, St.Georgen-/Lindstrasse, Wülflinger-/Blumenaustrasse) im Vorjahresvergleich zwar einen leichten Anstieg; allerdings wird dieser dadurch relativiert, dass die kombinierten Anlagen erst seit August 2008 in Betrieb sind. Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, dass die Anzahl Übertretungen an den heutigen Gerätestandorten langfristig kontinuierlich zurückgehen wird, was der Stadtpolizei zwar weniger Bussenerträge beschert, mit Rücksicht auf die erreichte Verbesserung der Verkehrssicherheit indessen zu begrüssen ist. Wenig aussagekräftig ist derzeit die Zahl der 2570 (1843) registrierten Rotlichtübertretungen, da zwei alte Anlagen bereits im Frühjahr 2008 ausser Betrieb genommen werden mussten und die fünf neuen kombinierten Anlagen erst ab August im Einsatz standen. Weiter wurden im Berichtsjahr 1298 (1445) Stunden mobile Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt und dabei 15 907 (18 052) Übertretungen registriert. Der Rückgang der mobilen Kontrollstunden und Übertretungen ist auf den Ausfall der bestehenden alten Messgeräte infolge von Reparatur-, Update- und Eichungsarbeiten sowie auf die Strassenverhältnisse während der verhältnismässig langen Winterperiode 2009 zurückzuführen. Ende Jahr konnte ein neues mobiles Messgerät in Betrieb genommen werden, was die durch Wartungsarbeiten bedingten Ausfälle zukünftig markant verringern dürfte.

Für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung wurden total 56 683 (58 130) Personalstunden aufgewendet, davon entfielen 39 148 (39 674) Stunden auf die eigentliche Patrouillentätigkeit. Im Zusammenhang mit Rechts- und Amtshilfe wurden total 8744 (9051) Aufträge erledigt (Zustellung von Zahlungsbefehlen und Vorführungsaufträgen der Betreibungsämter und des Polizeirichteramtes sowie Ausweis- und Schildereinzüge des Strassenverkehrsamtes des Kantons Zürich).

Verkehr

<i>Übertretungen im Strassenverkehr</i>	2009	2008
Rotlichtmissachtungen ¹	2 570	1 843
Geschwindigkeitskontrollen mob. (Kontrollstunden)	1 298	1 445
Überschreiten der Geschwindigkeit mob. Messung	15 907	18 052
Überschreiten der Geschwindigkeit stat. Messung	64 760	58 195

¹ Alte Rotlichtkameras bis 11.4.2008 und neue Rotlichtkameras (Kombi-Anlagen) ab 8.8.2008

Die Zahl der polizeilich registrierten Verkehrsunfälle auf dem Stadtgebiet Winterthur (ohne A1/A4) blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert (2009: 1274, 2008: 1275). Um 40 % abgenommen hat hingegen die Anzahl Unfälle wegen Alkoholkonsums. Während bei den Verletzten insgesamt ebenfalls ein Rückgang um 3 % verzeichnet werden kann, nahm die Zahl der Schwerverletzten von sieben auf 19 zu. Im Einsatzgebiet der Stadtpolizei Winterthur ereigneten sich drei Verkehrsunfälle mit Todesfolge, auf der A1/A4 war ein weiteres Todesopfer zu verzeichnen. Ein Blick auf die Unfallstatistik der letzten Jahre zeigt, dass die Zahl der Unfälle mit Schwerverletzten oder gar mit Todesfolge Schwankungen unterliegt; gesamthaft wird jedoch seit den 70er-Jahren eine klare Abnahme dieser schweren Verkehrsunfälle registriert.

Verkehrsunfälle	2009	2008
Verkehrsunfälle auf Stadtgebiet ohne A1/A4	1 274	1 275
Inkl. A1/A4	1 430	1 441
Verletzte auf Stadtgebiet ohne A1/A4	340	349
Inkl. A1/A4	373	376
Schwerverletzte auf Stadtgebiet ohne A1/A4	19	7
Inkl. A1/A4	20	8
Todesopfer auf Stadtgebiet ohne A1/A4	3	0
Inkl. A1/A4	4	1
Sachschaden (in Mio.Fr.) ohne A1/A4	5,9	6,2
Inkl. A1/A4	7,5	8,0
Unfälle mit Alkohol als Hauptursache ohne A1/A4	45	75
Inkl. A1/A4	50	79

Spezialeinsätze

Die Stadtpolizei hatte erneut zahlreiche Spezialeinsätze zu leisten: 461 (418) Mal musste im Zusammenhang mit eingegangenen Alarmen ausgerückt werden. 12 (13) Mal wurde eine OD-Bereitschaft erstellt, wofür insgesamt 1589 (2286) Stunden aufgewendet wurden, davon 544 (504) für Sportveranstaltungen. Die Polizeigrenadiere, die zusammen mit ihren Berufskollegen der Kantonspolizei Zürich der Sondereinheit Diamant angehören, standen während 756 (609) Stunden im Einsatz. Die disponierten Einsätze der rund um die Uhr besetzten Einsatzzentrale stiegen im vergangenen Jahr mit 18 240 (17 557) ebenfalls an.

Ordnungsbussenzentrale

Die Stadtpolizei stellte im vergangenen Jahr 133 183 (125 432) Ordnungsbussen aus. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen damit zu erklären, dass die Firma Alphaplan AG, die weiterhin im Auftrag der Stadtpolizei den ruhenden Verkehr kontrolliert, insgesamt mehr Übertretungen ahnden musste. Die Ordnungsbussenzentrale hat im Berichtsjahr 9591 (9439) Spezialbewilligungen erteilt (Sperrzone, Schulhäuser Anwohnende usw.). Der leichte Anstieg der ausgestellten Bewilligungen ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass im Berichtsjahr mehrere neue Blaue Zonen geschaffen wurden, für die nun Anwohnerinnen und Anwohner Parkbewilligungen beziehen können.

Veranstaltungen

Auch in diesem Jahr war die Abteilung Veranstaltungen wieder mit der polizeilichen Begleitung diverser Anlässe beschäftigt. So mussten für Sportanlässe, Messen und Ausstellungen, Umzüge, Musikanlässe usw. 590 (586) Bewilligungen ausgestellt und Verkehrskonzepte ausgearbeitet werden.



Aufstellung für den Marathon

Ermittlungs- und Fahndungsdienst

Der Ermittlungsdienst hat – ab Herbst mit Unterstützung des neu formierten Fahndungsdienstes – zur Gewährleistung der kriminalpolizeilichen Grundversorgung der Stadt insgesamt 379 (Vorjahr: 355) tatverdächtige Personen verhaftet, denen schwergewichtig Straftaten aus den Bereichen des Kernstrafrechts (StGB; hier hauptsächlich Vermögensdelikte und leichtere Delikte gegen Leib und Leben) sowie Verstösse gegen das Ausländergesetz (AuG) und gegen das Betäubungsmittelgesetz (BetmG) angelastet werden mussten. Aus diesen und weiteren Ermittlungen erfolgten insgesamt 1840 (1574) Einvernahmen, Berichte und Rapporte. Im Bereich der Drogenfahndung haben die beiden kriminalpolizeilichen Dienste unter anderem 304 (384) Gramm Heroin, 405 (299) Gramm Kokain und 11 233 (8062) Gramm Cannabis sowie 31 596 Franken (54 085 Franken) an Bargeld sichergestellt. Zudem mussten im Zusammenhang mit der Durchsetzung des Betäubungsmittelgesetzes gesamthaft 23 (32) zeitlich begrenzte Rayonverbote ausgesprochen werden, die durch 6 (10) ausländerrechtliche Ausgrenzungen ergänzt wurden.

Gewaltschutzgesetz (GSG) / Häusliche Gewalt (HG)

Im Rahmen der Umstrukturierung der Hauptabteilung Ermittlungen konnte im Oktober die Fachstelle Häusliche Gewalt geschaffen und mit drei Personen dotiert werden. Diese Professionalisierung der Aufgabenbewältigung führte auch zu einer spürbaren Entlastung der Sicherheitspolizei. In Fällen von Häuslicher Gewalt zwischen Ehe- oder Lebenspartnern sind auch immer wieder deren Kinder direkt oder indirekt betroffen. Mit dem Projekt «KidsPunkt» verfügt die Stadt Winterthur über eine Kontaktadresse, die sich um solchermaßen betroffene Kinder kümmert. Besonders schwierig ist weiterhin der Umgang mit jugendlichen Täterinnen und Tätern.

Was die Anzahl der ausgefallenen GSG-Verfügungen anbelangt, ist keine wesentliche Änderung zu vermelden: Im Jahr 2009 mussten die Mitarbeitenden der Stadtpolizei Winterthur insgesamt 98 (91) Schutzmassnahmen aussprechen. Insgesamt betrachtet kam die Stadtpolizei im Berichtsjahr häufiger als zuvor, nämlich durchschnittlich 22 (13 bis 15) Mal pro Monat wegen Problemen im häuslichen Kontext zum Einsatz. Für ihre Tätigkeit zur Bekämpfung der Gewalt im sozialen Nahraum wendete die Stadtpolizei gesamthaft 1780 (1278) Stunden auf. Daraus ergibt sich ein Arbeitsaufwand von sieben Personalstunden pro Ereignis oder von 18 (14) Personalstunden pro verfügte Schutzmassnahme.

Jugenddienst

Die polizeilich registrierte Jugenddelinquenz hat im Vergleich zum Vorjahr praktisch keine Änderung erfahren; die Zahl der Anzeigen hat sich auf recht hohem Niveau stabilisiert. Insgesamt nahm der Jugenddienst 32 (29) Anzeigen betreffend Tötlichkeiten, Körperverletzung, Angriff oder Raufhandel entgegen. In etwa gleich viele Anzeigen wurden wegen Drohung oder Nötigung erstellt und an die Jugendanwaltschaft weitergeleitet.

Aufgrund gestiegener Anzeigeraten liess sich im Berichtsjahr feststellen, dass vermehrt auch andere Formen von Gewalt, namentlich solche psychischer Natur auftreten, wie z.B. das sogenannte «Cyberbullying». Als Tatmittel dient hierfür vorwiegend das Internet (Chatforen, Internet-Communities usw.). Oft kommt es dabei zu Delikten wie Drohungen, Nötigungen und Ehrverletzungen, mitunter aber auch zu Erpressungen oder gar sexuellen Belästigungen. Nach Einschätzung des Jugenddienstes sehen nach wie vor zahlreiche Opfer aus Angst vor Re-

pressalien oder aus Scham davon ab, Anzeige zu erstatten, so dass von einer nicht geringen Dunkelziffer auszugehen ist.

Mit 344 Delikten gegen das Vermögen (Diebstahl, Raub, Betrug, Sachbeschädigungen usw.) sowie 106 Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz verharren diese Deliktsbereiche bei der Jugend wie im Vorjahr auf einem sehr hohen Niveau. Im Bereich Graffiti konnten beachtliche Erfolge erzielt werden: Mehr als zwei Dutzend Personen wurden als Täter(innen) ermittelt und vorübergehend verhaftet. Diesen liessen sich schliesslich 260 (102) Fälle mit einem Sachschaden von rund 150 000 Franken (96 000 Franken) nachweisen, wobei unter den aufgeklärten Fällen auch solche älteren Datums figurieren. Eine Entspannung der Situation ist gleichwohl nicht zu erkennen: Im Berichtsjahr gingen weitere 214 (250) Anzeigen wegen Graffiti ein, wobei rund ein Drittel der Taten ideologisch motiviert sein dürfte. Der gesamte angezeigte Sachschaden beläuft sich wie im Vorjahr auf rund 250 000 Franken.

Einer der Tätigkeitsschwerpunkte des Jugenddienstes betraf die Ermittlungsarbeit im Zusammenhang mit einer neu in Erscheinung getretenen Jugendclique, welcher verschiedene Straftaten zuzuschreiben waren. Zahlreiche Angehörige dieser Clique konnten namentlich ermittelt werden.

Im Zentrum der Jugenddienstarbeit stand weiterhin auch die Präsenz an neuralgischen Örtlichkeiten, also an bekannten Szene- und Jugendtreffpunkten, auf Schulhausplätzen, in Parks usw. Dank erhöhtem Personalbestand konnte die jugendpolizeiliche Präsenz im öffentlichen Raum spürbar gesteigert werden.

Im Rahmen der Präventionsarbeit wurden im Berichtsjahr 22 (45) Informationsanlässe und Vorträge für Eltern, Lehrer, Schüler und Studierende gehalten, die von fast 1000 Personen besucht wurden. Bis Ende Jahr absolvierten die Mitarbeitenden des Jugenddienstes zudem mit 40 Schulklassen der 1. Oberstufe das Schulprojekt «Jugend und Polizei» (je 4 Lektionen).

Im Bereich des Hooliganismus mussten einige Hochrisikospiele des FC Winterthur sowie ein Cup-Spiel des FC Töss begleitet und überwacht werden. Einige Spiele führten zu einem grösseren Ordnungsdienst-Aufgebot, wobei es in einzelnen Fällen auch zu grösseren Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Hooliangruppierungen kam. Im Weiteren leisteten die Szenenkenner des Jugenddienstes der Stadtpolizei auf Ersuchen anderer Polizeikorps hin bei drei Auswärtsspielen des FC Winterthur Unterstützung.

Im Berichtsjahr mussten insgesamt 103 Jugendliche verhaftet werden. Einige von ihnen wurden der Jugendanwaltschaft Winterthur zugeführt oder – im Fall von Entweichungen – gleich direkt in den Massnahmevollzug zurückgeführt.

Das Wirkungsfeld des Jugenddienstes ist sehr breit; entsprechend vielfältig sind seine Interventionen. Gesamthaft hat der Jugenddienst im Berichtsjahr 771 (Vorjahr: über 470) Anzeigerapporte und Berichte erstellt.

Quartiere und Innenstadt – QUIS (Quartierpolizei und SIWIS / Bike-Police)

Bürgernahe Polizeiarbeit mit rascher Unterstützung und unkomplizierten Problemlösungen ganz im Sinn des Prinzips «Community Policing» bildeten den Schwerpunkt der Tätigkeit der Quartierpolizei. Die sichtbare Präsenz im Quartier konnte gemessen an der Gesamtarbeitszeit mit rund 66% im Vergleich zum Vorjahr noch etwas erhöht werden (65%). Dies kam der Präventionsarbeit in den Quartieren zu Gute und schlug sich auch in einer etwas höheren Anzahl Verkehrskontrollen (Lichtkontrollen bei Fahrrädern, Gurtenkontrollen usw.) nieder.



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugenddienstes

Die Mitarbeitenden der Quartierpolizei leisteten darüber hinaus auch regelmässig Einsätze im Rahmen der sicherheitspolizeilichen Kernaufgaben, insbesondere durch ihre Beteiligung an SIWIS- und SERA-Patrouillen.

Mit den neu bewilligten Stellen für eine Bike-Polizei konnte im Oktober eine Abteilung SIWIS («sichere Winterthurer Innenstadt») geschaffen und dadurch die übrigen Mitarbeitenden der Stadtpolizei, die in der Vergangenheit ergänzend zu ihren ordentlichen Aufgaben umfangreiche Patrouillenarbeit geleistet haben, entlastet werden: Als sinnvolle Ergänzung zu den motorisierten Patrouillen und den Kontrollgängen zu Fuss operiert fortan eine speziell ausgebildete und ausgerüstete Bike-Patrouille schwerpunktmässig im Zentrum, aber auch an neuralgischen Örtlichkeiten in den Quartieren. Auf diese Weise ist es der Stadtpolizei während des ganzen Jahres gelungen, grössere Ansammlungen randständiger und/oder süchtiger Menschen am gleichen Ort im öffentlichen Raum zu verhindern. Im Rahmen dieser SIWIS-Einsätze wurden im Berichtsjahr 190 Verzeigungen wegen Übertretung des Betäubungsmittelgesetzes verzeichnet; im Vergleich dazu waren im Vorjahr in der Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 118 Verzeigungen erfolgt. Darüber hinaus mussten im Berichtsjahr insgesamt 80 Wegweisungen mit entsprechenden Rayonverboten ausgestellt werden (Vorjahr: 77). Insgesamt wurden im Rahmen der SIWIS-Einsätze 575 Geschäfte erledigt (im Vorjahr vom 1. April bis 31. Dezember: 339 Geschäfte).



Das neue Polizei-Bike

Diensthundewesen

In der ersten Jahreshälfte wurde die Ausbildung im Diensthundewesen mit derjenigen der Kantonspolizei Zürich zusammengelegt. Seither trainieren die Diensthundeführerin und Diensthundeführer in Ausbildungsgruppen der Kantonspolizei. Dank dieser Massnahme konnte die Ausbildungsarbeit professionalisiert und der diesbezügliche Aufwand der Stadtpolizei reduziert werden. Die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei hat sich auch in diesem Bereich bewährt. Die operative Einsatzhöhe über die Hundeführenden bleibt beim Kommando der Stadtpolizei; im Bedarfsfall kann die stadtpolizeiliche Einsatzleitung zudem auf kantonale Verstärkung zurückgreifen.

Die Diensthundegruppe der Stadtpolizei Winterthur setzt sich per Ende 2009 aus einer Schutzhundeführerin, vier Schutzhundeführern und einem Betäubungsmittelschutzhundeführer mit einsatzfähigen Hunden zusammen.

Im Berichtsjahr haben die Angehörigen der Diensthundegruppe 173 (167) Einsätze geleistet und dabei 35 (39) Erfolge erzielt.

Spezialdienst (Fahrzeug- und Sachfahndung, Amtsstellenerhebungen und Verwaltungsaufträge)

Die Mitarbeiter des Fundbüros (Sachfahndung) bearbeiteten im Berichtsjahr 4628 (4421) Fundfälle; 1987 (2324) Gegenstände (Handys, Ausweise, Portemonnaies, Schlüssel usw.) und loses Bargeld im Umfang von 2200 Franken (4740 Franken) konnten an die Eigentümerinnen und Eigentümer zurückgegeben werden. Im Rahmen der Fahrzeugfahndung mussten 1525 (1719) entwendete oder herrenlose Fahrräder eingezogen werden; 605 (564) liessen sich an ihre rechtmässigen Eigentümerinnen bzw. Eigentümer vermitteln.

Die für die Amtsstellenerhebungen und Verwaltungsaufträge verantwortlichen Mitarbeiter erledigten im vergangenen Jahr 675 Aufträge der Einwohnerkontrolle (Wohnortabklärungen usw.). Zudem stellten sie 186 Waffenerwerbsscheine aus; 12 Gesuche um Waffenerwerbsscheine wurden verweigert.

Der Spezialdienst musste sich vermehrt mit potentiell gewalttätiger Verwaltungskundschaft auseinandersetzen, gelangten doch zahlreiche städtische Stellen mit entsprechenden Anzeigen an die Stadtpolizei. Die sicherheits- und kriminalpolizeiliche Bewältigung von Drohungen und vergleichbarem Verhalten gegenüber Behördenvertretern und Verwaltungsangestellten erfordert immer ein fachkundiges, subtiles Vorgehen sowohl in Bezug auf die handelnden wie auch hinsichtlich der betroffenen Personen (Deeskalation, Monitoring usw.).

Verkehrstechnik

Die Abteilung Verkehrstechnik betreute im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr erneut rund 15 % mehr Baustellen auf Stadtgebiet. Der Anstieg ist vor allem auf die vielen kleineren und mittleren Baustellen zurückzuführen, die im 2009 eröffnet und signalisations- sowie markierungstechnisch begleitet worden sind. Grössere Auswirkungen auf den Verkehr auf den Hauptachsen hatten die Strassenbaustellen an der Tösstalstrasse im Raum Seen und an der Zürcherstrasse, Höhe Rudolfstrasse. Die Strassenbaustelle Tösstalstrasse wird auch noch im Jahr 2010 den Verkehr im Raum Seen stark beeinträchtigen. Diverse neue Strassen sind im Gebiet Niderfeld und im Dätttau fertig erstellt worden; diese werden unter der Leitung der Verkehrstechnik nun laufend signalisations- und markierungstechnisch nachgerüstet. Im Zuge der Projektierung und Planung im Zusammenhang mit der Realisierung der einzelnen Bauvorhaben des Masterplans Bahnhof haben zahlreiche Sitzungen unter Einbezug der Verkehrslenkung

stattgefunden; umfangreiche Planungsarbeiten sind nötig, damit der Öffentliche Verkehr während der einzelnen Bauphasen möglichst ungehindert fliessen kann. Auch im Berichtsjahr konnten wiederum zahlreiche neue Strassenzüge bzw. Quartiere als «Blaue Zonen» mit Anwohnerbevorzugung signalisiert und markiert werden. Ferner wurden gegen Verkehrsanordnungen des Stadtrates fünf Rekurse erhoben; erfreulicherweise konnten alle im direkten Gespräch mit den Rekursparteien erledigt werden. Der Rekurs gegen die Einführung der «Blauen Zone» im Quartier Wolfensberg wurde im vergangenen Jahr vom Stadthalter abgewiesen, so dass mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung nunmehr auch diese Verkehrsanordnung umgesetzt werden konnte. Ein beträchtlicher Teil der Geschäftstätigkeit entfiel im Berichtsjahr ferner auf die Bearbeitung von Bevölkerungsanliegen im Zusammenwirken mit der Raum- und Verkehrsplanung.

Die drei rund 20-jährigen Fussgänger-Lichtsignalanlagen an der Wülflingerstrasse im Abschnitt Habsburgstrasse bis Oberfeldweg konnten im Laufe des Jahres ersetzt und mit einer neuen Steuerung ausgerüstet werden; damit ist die Verkehrs- und Betriebssicherheit dieser Anlagen, welche Übergänge bei Schulhäusern, Kindergärten und einem Altersheim regeln, auch weiterhin gewährleistet.

Parkplätze, Parkhäuser und Parkplatzvermietung

Die Auslastung der durch die Stadtpolizei verwalteten Parkhäuser wurde weiter optimiert. Ein erforderliches Peripherie- und Softwareupdate an der Parkanlage sowie die Umstellung auf das System Parkopay (neuer Kreditkarten-Datentransfer zu Telekurs) konnte erfolgreich realisiert werden.

Anzahl Einfahrten pro Jahr in den Parkhäusern: + 2.66 %

	2009	2008	Differenz
Technikum	280 865	276 129	+ 4 736
Theater	89 841	84 640	+ 5 201
Winterthur	75 011	73 378	+ 1 633
Total Einfahrten	445 717	434 147	+ 11 570

Im Bereich Nachtparkieren konnten die geplanten Erhebungen und Kontrollen wiederum durchgeführt werden. Im Berichtsjahr waren mit 3652 (3493) im Vorjahresvergleich erneut mehr gebührenpflichtige Fahrzeuge registriert.

Motorfahrzeugbestand

Der Motorfahrzeugbestand in der Stadt Winterthur nahm sowohl bei den Personenwagen als auch bei den Motorrädern um etwa 1.69 % bzw. 0.09 % zu.

Motorfahrzeugbestand in Winterthur

	August 2009	August 2008
<i>Motorwagen</i>		
a) leichte Motorwagen (PW, Kombi, Lieferwagen, Kleinbusse)	45 920	45 200
b) schwere Motorwagen (LW, Sattelschlepper, Traktoren, Car)	550	504
c) übrige (Arbeitsmotorwagen, u.ä.)	336	326
Total (ohne Landwirtschaftsfahrzeuge)	46 806	46 030
<i>Motorräder</i>		
a) Motorräder und Dreiräder	5 834	5 809
b) Kleinmotorräder	494	513
Total	6 328	6 322
Total aller Motorfahrzeuge	53 134	52 352

Verkehrsinstruktion

Die Mitarbeiter der Abteilung Verkehrsinstruktion unterrichteten im Berichtsjahr insgesamt 540 Doppellektionen an der Unter- bis Oberstufe. Wiederum führte die «Pro Velo» Velokurse im Verkehrsgarten durch, die jeweils von einem oder zwei Verkehrsinstruktoren begleitet wurden; dafür wurden rund 70 Stunden aufgewendet. Ausserdem wurden anlässlich von 11 Elternabenden, 2 Anlässen für Seniorinnen und Senioren sowie während einer Woche an der Berufsbildungsschule Winterthur Fachreferate gehalten. Ende Sommerferien wurden wiederum rund 25 Kinder des Familienvereins Rickenbach in der Verkehrssicherheit geschult. Während rund 150 Stunden bildeten die vier Verkehrsinstruktoren die Aspirantinnen und Aspiranten der Polizeischule, Verkehrskadetten sowie Feuerwehrleute in der Verkehrsregelung aus. Die Arbeitszeit (Schulung, Nachinstruktionen, Aufsicht, Velokurse usw.) im Verkehrsgarten beanspruchte rund 30 % der Tätigkeit.

An der Veloprüfung nahmen 939 Schulkinder (934) aus 51 Schulklassen teil. Die Resultate waren zufrieden stellend und entsprechen in etwa jenen der Vorjahre. Um die Veloprüfung durchführen zu können, zog die Verkehrsinstruktion zur Unterstützung zwei zusätzliche Hilfskräfte bei.

Wirtschaftspolizei

Auch in diesem Berichtsjahr erreichte die Abteilung Wirtschaftspolizei das Ziel, jeden Betrieb mindestens einmal im Jahr einer Kontrolle zu unterziehen. Die Anzahl Gastwirtschaftspatente stieg mit 471 (460) leicht an, davon verfügen 3 (5) Betriebe über eine bloss provisorische Bewilligung. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Kontrollen der Schliessungszeiten der Gastwirtschaften gelegt; dabei mussten die Mitarbeitenden der Wirtschaftspolizei mit 117 deutlich mehr Gäste verzeigen als noch im Vorjahr. Sehr erfreulich ist hingegen die deutliche Abnahme der Lärmklagen im Zusammenhang mit Gastwirtschaften. Das bereits in den vergangenen Jahren praktizierte, konsequente Einschreiten beim Vorliegen solcher Beschwerden zeigt offensichtlich Wirkung.

Die im letzten Geschäftsbericht erwähnten Pokerveranstaltungen mit gewerbmässigem Charakter werden kaum mehr durchgeführt. So ist in Winterthur nur noch ein Veranstalter zu finden, der regelmässig solche Turniere organisiert. Andere Formen des – allerdings illegalen – Glücksspiels werden jedoch nach wie vor angetroffen. In diesen Fällen operiert die Wirtschaftspolizei in enger Zusammenarbeit mit der Eidg. Spielbankenkommission und den zuständigen kantonalen Behörden.

Gewerbepolizei

Die Abteilung Gewerbepolizei verzeichnete im Berichtsjahr fast 50 % mehr Lärmklagen als 2008. Bei manchen Beanstandungen handelte es sich um Bagatellen. In anderen Fällen nahm die Gewerbepolizei erweiterte Abklärungen vor, die sie durch fachgerechte Messungen ergänzte. Bei einzelnen Lärmklagen musste das Bauamt miteinbezogen werden, weil Auflagen in den Baubewilligungen nicht eingehalten wurden oder eine bestimmte, immissionsträchtige Nutzung überhaupt nicht bewilligt worden war. Mit im Vergleich zu andern Jahren etwas reduziertem Zeitaufwand wurden wiederum die Musikfestwochen kontrolliert; erfreulicherweise hielten die Organisatoren die vorgegebenen Grenzwerte jederzeit ein. Auch bei den Veranstaltungen des Freiluftkinos «Über den sieben Gleisen» wurden Kontrollmessungen vorgenommen, indessen gingen erneut kaum Lärmklagen ein. Die Festlegung eines Schallgrenzwertes für diese Veranstaltung hat sich auch im vergangenen Jahr bewährt.

Zum Schutz des Gehörs von Veranstaltungsbesucherinnen und -besuchern wurden wiederum auch verdeckte Schallmessungen gemäss Schall- und Laserverordnung vorgenommen: Die Gewerbepolizei kontrollierte anlässlich des Albanifests, der Dorfeten sowie bei mehreren Konzerten und Technopartys. Insgesamt mussten auf Grund von 16 (31) erfolgten Messungen 2 (4) Verzeigungen und 2 (1) Verwarnungen ausgesprochen werden. Die Nachfragen von Veranstaltern nach Erhöhung der Schallgrenzwerte bewegten sich im üblichen Rahmen, und in Absprache mit dem Bundesamt für Akustik konnten zahlreiche Gesuche bewilligt werden, dies aber mit der Auflage, dass mit Plakaten auf mögliche Gesundheitsschädigungen hingewiesen wird und gratis Gehörschutzpfropfen abgegeben werden.

Die Umsetzung der Vorschriften zur Nutzung des öffentlichen Raumes in der Altstadt erwies sich für die Gewerbepolizei im Berichtsjahr als weitgehend problemlos. Die Gesuche um Benützung des öffentlichen Raumes zu Sonderzwecken verharren auf hohem Niveau: So erteilte die Gewerbepolizei für Geschäfte mit Warenauslagen oder Werbetafeln im Berichtsjahr 232 (223) Bewilligungen. In etwa gleich bleibend war auch die Nachfrage nach Nutzung des öffentlichen Grundes für Passantenbefragungen.

Die Neuorganisation des Wochenmarktes in der unteren Steinberggasse bewährte sich und stiess durchwegs auf ein positives Echo. Der Marktpolizist musste zahlreiche Verkehrsteilnehmende ermahnen oder büssen, weil sie das für die Marktzeit im Interesse eines ungestörten und sicheren Marktablaufs signalisierte allgemeine Fahrverbot missachteten.

Während des Jahres wurden durch die Gewerbepolizei 25 (30) Verzeigungen bzw. Rechtshilfesuche zu Anzeigen erstellt und behandelt. Vor allem bei Bewilligungen zur Benützung des öffentlichen Grundes mussten weniger Verzeigungen wegen Nichtbeachtens von Auflagen oder Missachtens der Bewilligungspflicht erstellt werden. Zugunommen hat hingegen die Zahl der Verzeigungen wegen verbotenen Plakatanschlagens.

Medien- und Präventionsarbeit

Die Abteilung Medien und Kommunikation hatte im Berichtsjahr im Grossen und Ganzen – abgesehen von der gewohnt hohen Geschäftslast – keine besonderen medialen Herausforderungen zu bewältigen. Die Redaktionen wurden mit 252 Bulletins über besondere Vorkommnisse, Fahndungserfolge, Kontrolltätigkeiten, Verkehrsbeschränkungen aber auch Präventionsthemen beliefert. Zusätzlich verfassten die Einsatzleiter rund 52 Wochenend-Bulletins, deren Qualitätssicherung der Abteilung Medien und Kommunikation obliegt. Gegen 100 (100) Statements und Interviews wurden zu verschiedensten Themen gegeben. Gegenüber dem Vorjahr etwas angestiegen ist die Anzahl Auskünfte 410 (374), die an Medienschaffende erteilt wurden.

Fast 2500 Stunden investierte die Abteilung in die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Homepage der Stadtpolizei Winterthur wurde umfassend überarbeitet und aktualisiert, so dass das sich das Dienstleistungsangebot nun viel umfangreicher und kundenfreundlicher präsentiert als bisher. Dies könnte sich künftig auch auf die Anzahl E-Mail-Anfragen auswirken, die sich im Berichtsjahr mit 177 (176) noch auf gleichem Niveau bewegte wie im Vorjahr.

Als besonders aufwändig erwies sich die Realisierung eines neuen Imagefilmes; die Stadtpolizei Winterthur verfügt nun nach sieben Jahren wieder über ein neues und ansprechendes Kommunikationsmittel für die Nachwuchswerbung, zur Imagepflege und zur Vertrauensbildung.



Winterthurer Sicherheitstag: Diensthundeführer im Einsatz

Die Palette der übrigen Vorhaben reichte von kleineren Aktionen bis hin zu umfangreichen Sicherheitskampagnen; insgesamt lancierte die Abteilung 18 Präventiv- und PR-Aktionen. Grosse Beachtung fanden die «Statt-Gewalt-Rundgänge»; alle Eventtage waren ausgebucht, weshalb diese Aktion wiederholt wird. Weitere Präventionsschwerpunkte waren die Verkehrssicherheitsaktionen «Blindflug» und «Schulbeginn» oder die Aktion «SERA» gegen Einbruchdiebstahl. Massgeblich beteiligt war die Abteilung Medien und Kommunikation an der Organisation verschiedener Events und Medienkonferenzen, wie zum Beispiel an der Inaugurationsfeier des Jugenddienstes, der Einführung der Bike-Patrouillen oder am städtischen Sicherheitstag. Die Planung und Realisierung des Auftritts an der FamExpo und beim Herbstferienprogramm gehörten ebenso zu den Aufgaben wie auch die Realisierung von drei Ausgaben der Mitarbeitenden-Zeitschrift «Blaulicht» sowie verschiedene Flyer für polizeiliche Fachstellen. Erstmals erhielt ein Hundeführer der Stadtpolizei Winterthur einen viel beachteten Auftritt beim Schweizer Fernsehen SF, und zwar in der Sendung «Aeschbacher». Vorbereitung, Briefing und Unterstützung vor der Sendung erfolgten durch den Mediendienst.

Informatik

Im Jahr 2009 wurde ein sehr grosses Projektvolumen von rund 3 300 000 Franken umgesetzt. Dafür wurden rund 3000 Stunden an interner Arbeitsleistung aufgewendet. Besonders erwähnenswert sind dabei die folgenden Projekte:

- Anbindung an das gesamtschweizerische Funknetz, das «Sicherheitsnetz Funk der Schweiz» (POLYCOM).
- Technologische Client-Erneuerung von POLIS in Zusammenarbeit mit der Kantons- und der Stadtpolizei Zürich.
- Anbindung an das Extranet der Kantonspolizei Zürich.
- Sanierung der universellen Gebäudeverkabelung an der Badgasse 6.

Feuerwehr

Die Berufsfeuerwehr (BF) leistete im Berichtsjahr 2009 insgesamt 734 (786) Einsätze bei Bränden, Elementarereignissen, schweren Verkehrs- und Arbeitsunfällen, ABC-Verschmutzungen und anderen Schadenereignissen. Sie wurde dabei in 176 (228) Fällen von der Freiwilligen Feuerwehr (FFw) unterstützt. Gegenüber dem letzten Berichtsjahr erhöhten sich die reinen Personal-Einsatzstunden, ohne Retablierungsaufwand, insgesamt um 7 % auf total 9228 h (2008: 8639 h/Mittel der letzten 4 Jahre: 9110 h).

Das Berichtsjahr 2008 wird der Feuerwehr aus zwei Gründen in ganz besonderer Erinnerung bleiben. Im Verbund mit den Partnerorganisationen Polizei, Rettungsdienst, Zivilschutz, Stadtwerk sowie Umwelt- und Gesundheitsschutz konnte sich die Organisation anlässlich des am 18. April erstmals auf dem Neumarkt und in der Steinberggasse durchgeführten Winterthurer Sicherheitstags einer breiten Öffentlichkeit präsentieren und zeigen, mit welchen Mitteln sie heute ihre Aufgaben erfüllt. Die Besucherinnen und Besucher bekamen die Möglichkeit, sich umfassend zu informieren und die Blaulichtorganisationen hautnah zu erleben. Die überaus grosse Besucherzahl hat bewiesen, dass in der Öffentlichkeit ein reges Interesse an deren Arbeit besteht. Mitte August hat die Berufs- und Stützpunktfeuerwehr während zwei Tagen das Zertifizierungsaudit ISO 9001:2008 absolviert. Die Zertifizierung wurde ohne Auflagen erreicht.

Die erforderlichen Sanierungsarbeiten zur Gewährleistung der Tragsicherheit der Betonvordächer und der Dichtigkeit der Oberlichter im Bereich der Vordächer konnten in enger Zusammenarbeit mit dem Departement Bau erfolgreich abgeschlossen werden.

Alarmstufenverteilung (Einsätze und Stunden)

	2009	2008
– Einzelausrückungen (2 bis 3 MA BF)	320 / 1 570	410 / 2 167
– Kleinalarm (7–8 MA BF)	302 / 3 279	291 / 2 831
– Gruppenalarm (7–8 MA BF und 6–8 AdFFw)	109 / 3 674	83 / 3 223
– Grossalarm (ca. 25 MA BF und 20–25 AdFFw)	3 / 705	2 / 412
Total Einsätze und geleisteten Einsatzstunden	734 / 9 228	786 / 8 633

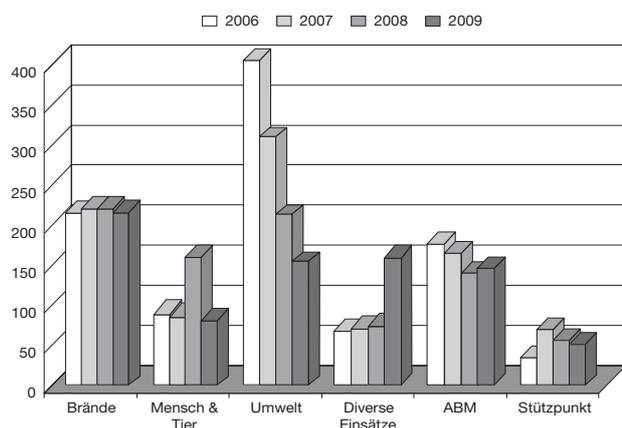


Personenrettung über Schiebeleiter mit Stützen via Dachfenster in letzter Sekunde

<i>Einsatzstundenverteilung</i>	2009	2008
Brandbekämpfungen	3 928	3 142
Elementarereignisse	839	1 007
Strasseneinsätze	419	313
Technische Hilfeleistungen	812	868
Ölwehr	378	713
Chemiewehr (inkl. B-Einsatz)	729	678
Strahlenwehr	11	0
Einsatz auf Bahnanlagen	50	6
Automatische Brandmelde- und Löschanlagen (BMA, unechte)	1 425	1 586
Verschiedene Einsätze	637	326
Total der geleisteten Einsatzstunden	9 228	8 633

<i>Einsatzstatistik</i>	2009	2008
Brände	198	208
- 2 (1) Grossbrände		
- 20 (17) Mittelbrände		
- 79 (106) Kleinbrände		
- 9 (7) Wald-, Flur- und Abräumbrände		
- 17 (8) Motorfahrzeugbrände		
- 2 (0) Kaminbrände		
- 10 (9) Rauchentwicklungen		
- 1 (0) Explosion, Verpuffung, Blitz		
- 41 (40) korrekte BMA-Alarme		
- 1 (0) andere Brandfälle		
- 14 (20) regionale ADL-Einsätze		
- 1 (0) regionale Grosslüftereinsätze		
- 1 (0) Nachbarschaftshilfe		
Unechte Alarme automatischer Brandmelde- und Löschanlagen (Fehlalarme)	139	112
Öl- und Chemiewehreinsätze	63	72
- 12 (12) Chemiewehr		
- 35 (34) Öl- und Benzinwehr		
- 12 (11) Gaswehr		
- 3 (15) regionale Messbuseinsätze ABC		
- 1 (0) Strahlenwehr		
Technische Einsätze	334	394
- 11 (2) Pioniereinsätze bei schweren Verkehrsunfällen		
- 28 (23) Personenbergungen aus Gebäuden		
- 5 (9) Lifteinsätze		
- 22 (136) Tierrettungen		
- 61 (92) Wasserwehreinsätze		
- 37 (54) Sturmschadeneinsätze, Schneerück		
- 170 (78) Diverse Einsätze		
Total der Einsätze	734	786

Vergleich Feuerwehrstatistik 2006 bis 2009

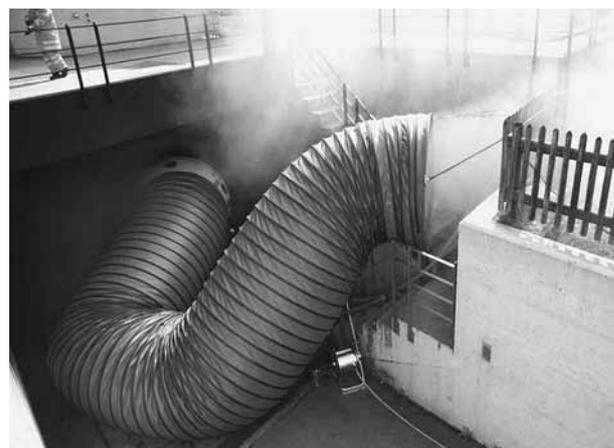


GVZ-Feuerwehrkonzept 2010

Seit dem 1. Juni 2009 ist das revidierte Feuerwehrgesetz in Kraft. Mit der Einführung dieser neuen Rechtsgrundlage und dem damit verbundenen Start für die regionale Strassenrettung konnte die Umsetzung des neuen Feuerwehrkonzepts planmässig abgeschlossen werden.

Zertifizierung nach ISO9001:2008 und TÜV SÜD

Das wichtigste organisatorische Projekt war in der vorliegenden Berichtsperiode der Aufbau und die Einführung eines integrierten Managementsystems (IMS). Dieses un-



Tiefgaragenbrand in Elgg, regionaler Einsatz mit Grosslüftermodul

terstützt die kontinuierliche und systematische Verbesserung der Arbeitsabläufe und dient damit einer dauerhaften Qualitäts- und Wissenssicherung in allen einsatzrelevanten Sachbereichen sowie auf allen betrieblichen Ebenen.

Die wesentlichen Grundsätze sind:

- Qualität betrifft das ganze Unternehmen und muss über alle Hierarchiestufen gelebt werden.
- Qualitätsmanagement ist ein andauernder Prozess.
- Wir geben unseren Kunden langfristige Sicherheit in der Zusammenarbeit.

Mit der Einführung eines IMS unterstreicht die Berufs- und Stützpunktfeuerwehr Winterthur ihre Stellung als serviceorientiertes Kompetenzzentrum für feuerwehrtechnische und feuerwehrtaktische Dienstleistungen im Kanton Zürich.

Die grösseren Ereignisse in der Kurzzusammenfassung

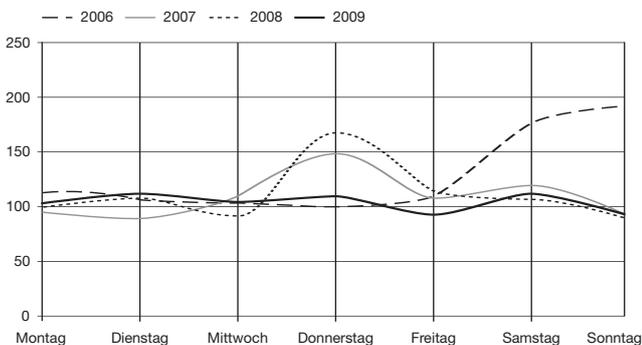
- Wohnungsbrand in Mehrfamilienhaus mit Personenrettung, 26 AdF im Einsatz (3.1.)
- Grossalarm; Wohnungs- und Dachstockbrand mit Personenrettung, 51 AdF im Einsatz (21.1.)
- Russ- und Pechbrand in Kamin mit Evakuierung von 20 Personen, 20 AdF im Einsatz (31.1.)
- Verkehrsunfall mit Überschlag eines PKWs, 21 AdF im Einsatz (5.2.)
- Holzschlag im Eschenberg auf Grund von starken Windböen, komplette Sperrung der Waldstrassen, 30 AdF im Einsatz (10.2.)
- Stützpunktgebiet: Brand Drehgestell eines ICN, 40 AdF im Einsatz (18.2.)
- Zimmerbrand in der Altstadt mit Gefahr des Übergriffs auf die anliegende Liegenschaft, 22 AdF im Einsatz (4.3.)
- Strassenrettung auf Autobahn, Fahrzeug seitlich in einen Baum geprallt, 23 AdF im Einsatz (18.3.)
- Chemieunfall, undichter Gastank, 24 AdF im Einsatz (16.5.)
- Personenbergung aus einem Fahrzeug nach Baumschlag, 21 AdF im Einsatz (22.5.)
- Personenbergung nach technischem Defekt einer Schaustellerbahn, 15 AdF im Einsatz (28.6.)
- Personenbergung nach Sturz in Gewässerkanal, 16 AdF im Einsatz (25.7.)
- Zimmerbrand mit Durchzündung und Verrauchung der Wohnung, 31 AdF im Einsatz (26.9.)
- Schaukastenbrand in Passage mit Verrauchungen im ganzen Gebäude, 23 AdF im Einsatz (4.10.)



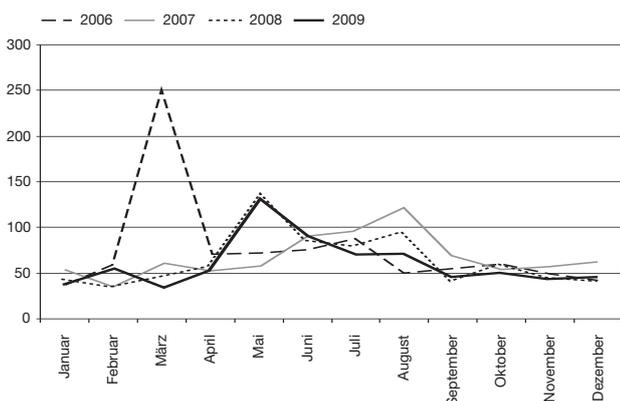
Grossalarm; Grossbrand mit Durchzündung des Dachstocks, 67 AdF im Einsatz

- Chemieunfall, Austritt einer Flüssigkeit aus einem LKW Anhänger, 31 AdF im Einsatz (20.10.)
- Grossalarm; Stützpunktgebiet, Stichbrand nach chemischer Reaktion mit anschliessender Verpuffung, 41 AdF im Einsatz (22.10.)

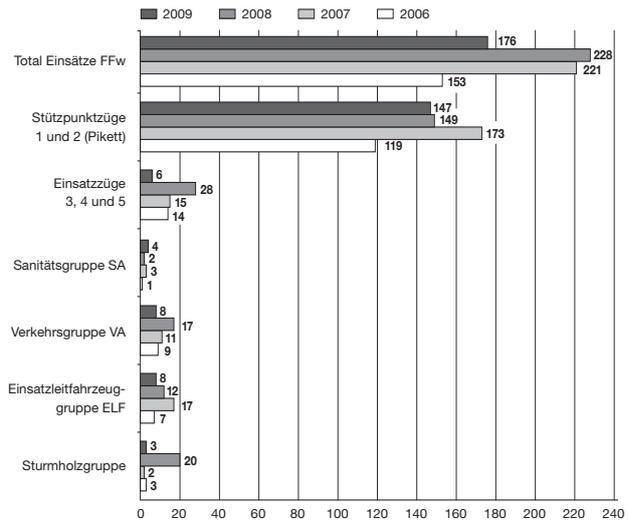
Einsatzzahlenvergleich nach Tagen



Einsatzzahlenvergleich nach Monaten



Einsatzzahlen der Freiwilligen Feuerwehr (FFw)



Berufsfeuerweherschule

Am 1. September begann der Berufsfeuerwehrlerngang 2009/2010 an der höheren Fachschule für Rettungsberufe in Zürich (HFRB) mit zwei Studierenden (Aspiranten) aus Winterthur. Der Lehrgang 2008/2009 mit sechs Studierenden (1 Aspirantin und 5 Aspiranten) hat im Dezember die interne Abschlussprüfung an der HFRB erfolgreich bestanden und wird im Frühsommer 2010 die Ausbildung mit der Berufsprüfung (Berufsfeuerwehrfrau/Berufsfeuerwehrmann mit eidg. FA) abschliessen.

Eidgenössische Berufsprüfung mit Fachausweis

Die Berufsprüfung dauert insgesamt 12 Stunden und ist auf zwei Tage verteilt. Der erste Prüfungstag findet jeweils an der Schule (HFRB) statt. Geprüft wird neben einem schriftlichen und einem mündlichen Teil die praktische Teamarbeit. Der zweite Prüfungstag wird im Ausbildungsbetrieb absolviert. Dort müssen sich die Studierenden in der praktischen Einzelarbeit bewähren.

Aus- und Weiterbildung

Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung absolvierten die Kader und Feuerwehrleute insgesamt 367 (359) ordentliche Übungsanlässe, wovon die Berufsfeuerwehr 259 (263) und die Freiwillige Feuerwehr 108 (96). Hinzu kamen 7 (11) Spezialübungen mit Betriebsfeuerwehren, Stützpunktgemeinden, Partnerorganisationen aus dem Bevölkerungsschutz (Kantons- und Stadtpolizei, Rettungsdienst) und der SBB (Lösch- und Rettungszug Betriebswehrstützpunkt Winterthur). Diese praxisbezogenen Anlässe wurden ergänzt durch die Aus- und Weiterbildungskurse der Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ) mit 73 (111) Kurstagen für die Berufsfeuerwehr und 120 (73) für die Freiwillige Feuerwehr. Absolviert wurden ferner berufsspezifische Sonderlehrgänge in den Bereichen Tunnelbrandbekämpfung (Risc Dortmund), ABC-Messen (Johnson Controls AG Basel), Chemiewehr (Lonza Visp), Tunnelbrandbekämpfung für Bahn und Strasse (interkantonales Ausbildungszentrum ifa Balsthal) und Grosslüfter (BF St.Gallen).

Technik

Für die Einsatzfähigkeit als kantonale Stützpunktfeuerwehr konnte der Fahrzeugpark mit einem neuen Pionierfahrzeug Typ Scania P380 und einem schweren Container-

trägerfahrzeug Typ Volvo FM 440 8x4 ergänzt werden. Diese beiden Beschaffungen waren Bestandteil der Leistungsvereinbarung mit der GVZ und werden auch durch diese finanziert. Für die Belange der Stadt wurde aus dem Bestand der GVZ ein mittelschweres Container-trägerfahrzeug Typ MB Actros übernommen und die rote Automobildrehleiter (ADL) mit Jahrgang 1988 durch ein hochmodernes Fahrzeug Typ Iveco Magirus MB Eonic ersetzt.

Die Chemiewehrschutzbekleidung konnte in diesem Jahr durch die Beschaffung von neuen Vollschutzanzügen mit Langschlauchanschlüssen und einem mobilen 2-Flaschen-Atemluftgerät erheblich verbessert werden. Beide Anschaffungen wurden ebenfalls durch die GVZ finanziert.

Im Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz konnte mit dem Einbau der Abgasabsaugvorrichtung für den 2. Löschzug (3 Fahrzeuge) die zweite Etappe in der Gesamtnachrüstung der Fahrzeughalle abgeschlossen werden.

Vorbereitung und Prävention

Die Kundenausbildung konnte im Berichtsjahr 2009 um ein weiteres Segment erweitert werden. Neu führte die Feuerwehr Winterthur, auf Basis bewilligter Brandschutzkonzepte der Feuerpolizei, Entrauchungssimulationen in Tiefgaragen und besonders grossen Räumen durch. Dabei wurde mittels Verrauchung und unter Einsatz des mobilen Grosslüfters die Anordnung von Rauch- und Wärmeabzugsanlagen geprüft.

Ebenfalls ausgeweitet wurden Kontrollfahrten im Rahmen von Winterthurer Festanlässen. Neben dem «Albanifest» prüfte die Feuerwehr Winterthur neu auch die Zugänge und Erreichbarkeit mit der Autodrehleiter während der «Seemer Dorfet», der «Wülfinger Dorfet», den «Afropfingsten» und vereinzelter Märkte oder Ausstellungen auf dem Neumarkt.

Änderungen in der Reglementierung der Installation und Inbetriebnahme von Sicherheitsanlagen zur Früherkennung von Bränden (Gefahrenmeldeanlagen) brachte einen stärkeren Einbezug der Feuerwehr in den Gesamtprozess mit sich: Von der Anmeldung bis zur Aufschaltung auf die Einsatzzentrale konnte die Feuerwehr ihren Einfluss bei der technischen und baulichen Prävention von Liegenschaften verstärken.



Winterthurer Sicherheitstag: Zusammenarbeit Freiwillige Feuerwehr und Rettungsdienst



Winterthurer Sicherheitstag: Auch der Nachwuchs wurde gefördert.

Gelegenheit für präventive Aktivitäten bot auch der sehr breite und direkte Kontakt mit der Bevölkerung anlässlich des Winterthurer Sicherheitstags im April des Berichtsjahres. Dabei erhielten die Besucherinnen und Besucher verschiedene Informationen und praktische Tipps für den Brandfall und für den Umgang mit Gefahrgütern im Haushalt.

Kompetenzzentrum Material

Die Werkstätten erbrachten für die GVZ und zahlreiche Feuerwehren im Kanton gegen Kostenverrechnung folgende Dienstleistungen:

Atemschutzwerkstatt

- 58 (64) Prüfungen und Revisionen von Langzeitem-schutzgeräten BG 174;
- 623 (569) Prüfungen und Revisionen von Atemschutzgeräten PA (davon 541 eigene Geräte);
- 34 (26) Retablierungen und 42 (20) Prüfungen von Chemiewehr-Vollschutzanzügen;
- 1749 (1677) Füllungen von Atemluftflaschen (davon 686 eigene);
- 286 (342) Füllungen von Sauerstoffflaschen zu BG 174.

Messgerätewerkstatt

- Prüfung von 91 (98) Messgeräten Dräger Pax Ex2.

Verrechenbare Dienstleistungen in Stunden an die GVZ

	2009	2008
Allgemeine Dienstleistungen	545	130
Atemschutzwerkstatt	79	77
Vollschutzwerkstatt	114	20
Schlauchwerkstatt	33	118
Messgerätewerkstatt	69	92
Total	840	437

Personalbestand am 1. 1.

	2009	2008
Feuerwehrkommando/Stab	6	6
Berufsfeuerwehr	36	33
Stützpunktzüge 1 und 2 (Pikett)	28	26
Einsatzzüge 3 bis 6	90	95
Rekrutenzug	10	11
Total	170	171

Zivilschutz

Die Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung (ZSO) leistete im Berichtsjahr 5547 Diensttage in Form von Wiederholungskursen und Einsätzen zu Gunsten der Gemeinschaft. Am 18. April 2009 fand in der Altstadt der erste Winterthurer Sicherheitstag statt. Die verschiedenen städtischen Organisationen, die unter dem Dach des Bevölkerungsschutzes zusammenarbeiten, stellten sich der Bevölkerung vor. Im Hinblick auf dieses Ereignis leistete der Zivilschutz einen grossen Unterstützungseinsatz zu Gunsten seiner Partnerorganisationen. Der Rettungsdienst leistete im Berichtsjahr 7166 Einsätze.

Zivilschutzorganisation (ZSO)

Die Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung umfasst neben der Stadt Winterthur die Gemeinden Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon. Die Zivilschutzbelange der angeschlossenen Gemeinden werden vom städtischen Zivilschutzamt aus gesteuert. Insgesamt leistete die Organisation 5547 Diensttage. Ein besonderes Augenmerk galt während der Einsätze der Einhaltung der Sicherheitsvorschriften.

In der Woche 16 des Berichtsjahrs dominierte in Winterthur das Thema «Sicherheit»: Am 14. April war der jährlich vom schweizerischen Interverband für Rettungswesen festgelegte «Tag der Notrufnummer 144», um die Bekanntheit dieser wichtigen Nummer zu fördern.

Am 18. April 2009 präsentierten die verschiedenen, im Rahmen des Bevölkerungsschutzes zusammenarbeitenden Organisationen (Stadtpolizei, Feuerwehr, Zivilschutz, Stadtwerk, Rettungsdienst, Kata-Samariter und Arbeitsinspektorat) der Bevölkerung in der Altstadt ihre Dienstleistungen. Anhand realitätsnaher Vorführungen wurde einem interessierten Publikum das Zusammenwirken demonstriert. Das Zivilschutz-Stützpunkt-Rettungsdetachement leistete Unterstützungsarbeiten, richtete die Arena ein und erstellte Holzbauten für die Partnerorganisationen. Stabsassistenten und Betreuer des Zivilschutzes gaben Auskunft über ihre Aufgaben innerhalb der Zivilschutzorganisation, die Zivilschutz-Big-Band spielte in der Arena auf, und die Küchenmannschaft des Zivilschutzes verpflegte die Besucherinnen und Besucher mit Risotto. Die Gesamtleitung des Anlasses oblag dem Amtsvorsteher des Zivilschutzamtes in seiner Funktion als Stabschef des Zivilen Gemeindeführungsstabes ZGF.

Wie jedes Jahr wurde am ersten Mittwoch im Februar ein Sirenentest ausgelöst. Die 40 an der Fernsteuerung



Winterthurer Sicherheitstag: Zivilschutzgeräte werden eingesetzt.

Winterthur angeschlossenen und die sechs mobilen Sirenen der Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung funktionierten einwandfrei. Die Auslösung erfolgte ein erstes Mal zentral durch die Kantonspolizei Zürich und ein zweites Mal von der Auslösestelle der Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung aus.

Anlässlich des Sirenentests wurden im Gebiet Breite Schallmessungen durchgeführt, da eine Sirene im Auftrag des Bundes demontiert wurde. Die Resultate zeigten, dass der erforderliche Schallpegel dennoch erreicht wurde. Ein Druckluftbehälter einer alten pneumatischen Sirene in Eidberg war durchgerostet, deshalb wurde diese Sirenanlage durch eine moderne elektronische Anlage ersetzt.

Das Zivilschutz Stützpunkt-Rettungsdetachement leistete Dienst zu Gunsten der Gemeinschaft anlässlich des Winterthurer Marathons vom Mai 2009.

Die Kompanie 10 mit ihrem Kommandanten Hptm Roland Felix leistete auf einer Alp oberhalb Emmetten im Kanton Nidwalden Hilfe beim Abbauen eines alten Skilifts. Das unwegsame und steile Gelände erforderte für den Materialtransport einen Helikoptereinsatz der Kantonspolizei Zürich. Die anspruchsvollen Arbeiten, inklusive Rekognoszierung und Vorbereitung, wurden mit rund 230 Dienstagen bewältigt. Mit diesem Einsatz haben alle Kompanien je einen einwöchigen, auswärtigen Einsatz im Rahmen von Instandstellungsarbeiten absolviert.

Dienstleistungen zu Gunsten der Gemeinschaft im Sinn des eidgenössischen Bevölkerungsschutzgesetzes wurden für die 21. Ostschweizerischen Tambouren-, Pfeifer- und Clairon-Wettspiele vom 15. bis 17. Mai 2009 geleistet. Weitere Diensttage zu Gunsten der Gemeinschaft wurden im Rahmen der Musikfestwochen sowie der 1. Augustfeier auf dem Brühlweg und der Seemer Dorfet eingesetzt.

Im Zusammenhang mit dem Winterthurer Freilichtspiel «Das dritte Gleis», welches im Juli in Töss aufgeführt wurde, leistete der Zivilschutz für den Auf- und Abbau der Tribüne sowie für Sicherungsarbeiten während der 21 Aufführungen rund 230 Diensttage.

Wiederum konnten einige Einsätze für verschiedene Institutionen geleistet werden, die in der Pflege und Betreuung von Heimbewohnerinnen und -bewohnern tätig sind. Im September führte die Ergotherapie des Alters- und Pflegezentrums Adlergarten Ferien für ihre Bewohnenden in Gais/Al durch. Mitgereiste Zivilschutzpflichtige unterstützten während zweier Ferienwochen das Pflegepersonal bei der Betreuung der betagten Feriengäste. Ebenfalls mit Unterstützung des Zivilschutzes wurden die beiden Ferienwochen in Mannenbach am Bodensee durchgeführt. Ferner unterstützten Zivilschutzpflichtige das Pflegepersonal an sechszwanzig Tagesausflügen der städtischen Alters- und Pflegezentren Adlergarten, Rosental, Neumarkt und Brühlgut sowie des Alterszentrums im Geeren, Seuzach. Hilfeleistungen durch Zivilschutzangehörige erhielt auch die Organisation Insieme Cerebral Winterthur. Sie führte in Sachseln, Wildhaus und auf der Lenzerheide Ferienwochen für Behinderte durch. Für die Zivilschutzpflichtigen bieten diese Dienstleistungen eine willkommene Gelegenheit, um Praxiserfahrung im Betreuungsbereich zu sammeln.

Im September des Berichtsjahres hat der Zivilschutz Winterthur mit rund 170 Manntagen Instandstellungsarbeiten zu Gunsten des Winterthurer Forstbetriebes geleistet. Im Gebiet Eschenberg und Goldenberg wurden ausgespülte Wege instand gestellt und saniert sowie Holz entfernt, um die Wege wieder begehbar zu machen.

Zwei Gruppen Zivilschutzpflichtige unterstützten mit einem Einsatz das Projekt «Lichter Wald» der Gemeinde Kyburg, welches in Zusammenarbeit mit der Zivilschutzorganisation Effretikon sowie dem kantonalen Tiefbauamt durchgeführt wird.



Einsatz beim Winterthurer Sicherheitstag

Am 18. Internationalen Festival der Unterhaltungsmusik spielte die Zivilschutz Big-Band unter der Leitung von Reto Parolari auf. Motto des Konzertabends war «There's no Business like Showbusiness» sowie «100 Jahre Teddy Stauffer». Gemeinsam mit dem Solisten Willy Schmid begeisterten die Musikerin und die Musiker das Publikum.

Für die Werterhaltung der Anlagen und des Materials, welche durch rund 100 eingeteilte Anlagewarte erfolgt, wurden insgesamt 560 Dienstage eingesetzt. Während des zweitägigen Unterhalts-Wiederholungskurses wurden die Arbeiten im gewohnten Rahmen erledigt und bei dieser Gelegenheit die Wassertanks in den Anlagen gereinigt.

Die Periodische Anlagekontrolle führte das Amt für Militär und Zivilschutz des Kantons Zürich im Berichtsjahr in der Zivilschutzanlage Halden in Seuzach durch.

Personelles

	Bestand 30.12.2009	30.12.2008
Zivilschutzpflichtige		
- Soll-Bestand (gemäss Richtlinien des Kantons)	900	900
- Ist-Bestand	876	849
davon nicht in Winterthur wohnhaft	165	131

An der offiziellen Entlassungsfeier vom 10. Dezember wurden 25 Schutzdienstpflichtige mit Jahrgang 1969 und älter ordnungsgemäss aus der Schutzdienstpflicht entlassen.

Bauliches

Von den im Berichtsjahr kontrollierten 435 Schutzräumen (Winterthur: 348; Seuzach 74; Wiesendangen 11; Bertschikon 2) mit insgesamt 14 630 Schutzplätzen (Winterthur: 12 298; Seuzach: 2150; Wiesendangen 120; Bertschikon 62) mussten rund vier Prozent beanstandet

werden. In verschiedenen Schutzräumen führten Zivilschutzpflichtige Unterhaltsarbeiten aus, so wurden unter anderem Scharniere gefettet, Gummidichtungen mit Silikon behandelt und – soweit möglich – wurden kleinere Mängel in den Anlagen gleich vor Ort behoben.

Übernachtungen in Zivilschutzanlagen (zivile Nutzung) sowie Vermietung

Im vergangenen Jahr haben gesamthaft 1339 Personen in Zivilschutzanlagen übernachtet. Die jährlich variierende Anzahl Übernachtungen hat sich gegenüber dem Vorjahr um knapp 20 Prozent erhöht. Per Ende 2009 bestehen 51 feste Mietverhältnisse in Zivilschutzanlagen.

Geschäftsstelle ZGF (Ziviler Stadtführungsstab)

Im Berichtsjahr wurde der Zivile Stadtführungsstab an zwei Halbtagen in den Themenbereichen Entschlussfassung und Stabsübergabe geschult. Die Übung SOLO vom 25. Juni, an welcher auch eine Delegation des Stadtrates teilnahm, befasste sich mit einer biologischen Gefahren- und komplexen Sicherheitslage, die den Stab vor die Aufgabe stellte, dem Stadtrat zeitgerechte Entscheidungsgrundlagen vorzulegen. Die Übung wurde von Fachspezialisten begleitet.

Im Rahmen der Pandemie Vorbereitung wurden die Pandemiepläne vervollständigt und verschiedene Umsetzungsmassnahmen vorbereitet. Die Koordination und Führung der städtischen Aktivitäten im Zusammenhang mit der pandemischen Grippewelle H1N1 (Schweinegrippe) wurde durch einen speziellen Teilstab sichergestellt. Diesem Stab gehörten neben dem Bereichsleiter Zivilschutz, der Bezirksarzt sowie Vertretungen des Personalamtes, der Kreisschulpflegen sowie des städtischen Informationsdienstes an.

Am Jahresschlussrapport ZGF vom Oktober referierte der Meteorologe Dr. Felix Blumer über die Wetterentwicklung in Winterthur während der letzten 50 Jahre und erläuterte die möglichen Extremwerte und ihre Eintretenswahrscheinlichkeit in der Region (Temperatur, Regen, Schnee und Wind).

Rettungsdienst Region Winterthur

Im Jahr 2009 leistete der Rettungsdienst Region Winterthur und Umgebung total 7166 Einsätze, wovon 3004 als Notfall-Einsätze mit Martinshorn. In Winterthur wurden total 3376 Einsätze und davon 1741 Einsätze mit Sondersignal gefahren. Gesamthaft nahm die Anzahl Einsätze um 12 zu; in Winterthur erhöhte sich die Zahl der Einsätze um 99.

Zivilschutzamt

Baulicher Zivilschutz

Das Kontrollorgan für den baulichen Zivilschutz bearbeitet die Baugesuche betreffend Schutzraumbaupflicht für die Stadt Winterthur sowie die Gemeinden Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon.

Baulicher Zivilschutz

	2009	2008
Baugesuche betreffend Schutzraumbaupflicht beurteilt	378	250
Geschäfte (Vernehmlassungen, Bewilligungen)	61	48
Baugesuche (die zum Bau von Schutzräumen führten)	51	60
Schutzraumabnahmen	38	38
Schutzraumauflagen	4	3

Ein öffentlicher Schutzraum mit einem Fassungsvermögen von 50 Schutzplätzen konnte realisiert werden.

Für die Ausgleichsgebietsplanung (AGB) für Winterthur wurden die ersten Vorbereitungen getätigt. Mögliche Gebietsanpassungen erfolgen nach Absprache mit dem Amt für Militär und Zivilschutz des Kantons Zürich.

Zentrumsbelegung

Das Übungsgelände und das Kurszentrum waren im vergangenen Jahr gut ausgelastet. Es wurden zehn zweitägige Schlussübungen der Pioniergrundausbildung und 14 Inspektions-Wiederholungskurse von Zivilschutzorganisationen durch den Kanton durchgeführt. Mehrere Zivilschutzorganisationen haben ihren WK auf dem Übungsgelände durchgeführt, um sich auf die kommende Inspektion vorzubereiten. Um den verschiedenen Ausbildungsanforderungen gerecht zu werden, wurde das Übungsgelände auf einen neueren Stand gebracht.

Technischer Betrieb

Damit die Betriebssicherheit gewährleistet ist, wurden 26 Kompressoren gemäss Vorgaben des Bundes revidiert. Das Amt für Militär und Zivilschutz des Kantons Zürich hat sämtliche Druckflaschen für Sauerstoff und Lachgas aus den sanitätsdienstlichen Anlagen eingezogen. Die über zwei Jahre laufende Aktion ist damit abgeschlossen. Das sanitätsdienstliche Material aus den Pflegeschutzräumen wurde eingesammelt und zentral gelagert.

Neben den Anlagen der Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung werden seit dem 1. Juli neu auch die Anlagen des Zivilschutz-Zweckverbandes Tösstal durch das Zivilschutzamt der Stadt Winterthur gewartet. In zwei Anlagen, der GUP Risi in Turbenthal und der geschützten Sanitätsstelle Altlandenberg in Bauma, wurde die periodische Anlagekontrolle durchgeführt.

Der Zivilschutz verlud für ein humanitäres Hilfs-Projekt der Rosa Köstli Stiftung ausgediente Spitalbetten des Alters- und Pflegezentrums Oberi in Container und machte diese versandbereit für den Transport per Bahn und Schiff ins Königreich Lesotho.

Melde- und Zivilstandswesen

Das Berichtsjahr 2009 stand im Melde- und Zivilstandswesen ganz im Zeichen des Generationenwechsels. Der altersbedingte Ablösungsprozess, welcher im 2008 auf der Bereichsleitungsebene seinen Anfang genommen hatte, setzte sich im 2009 auf der Abteilungsstufe fort. Zwei bedingt durch Pensionierungen vakant gewordene Stellen wurden mit jungen, dynamischen Abteilungsleiterinnen besetzt. Zudem wurden drei weitere langjährige Mitarbeitende in den verdienten Ruhestand verabschiedet.

Prägend waren im vergangenen Jahr auch strukturelle Optimierungen innerhalb der Organisation. Die Abteilung Zentrale Dienste wurde aufgelöst und ihre Aufgaben neu verteilt. Gewisse Belange des Rechnungswesens wurden ausgelagert und werden jetzt von der Stadtpolizei wahrgenommen. Diese Massnahmen haben zu einer schlanke- ren Organisationsstruktur, einer Professionalisierung der Rechnungsführung, einer Aufgabenerweiterung für die Abteilung Administration der Einwohnerkontrolle und einer Reduktion der Personalkosten geführt; letzteres vor allem, weil eine vakante Kaderstelle nicht mehr besetzt werden musste.

Mitte Jahr hat das Melde- und Zivilstandswesen das Überwachungsaudit betreffend die ISO-Zertifizierung 9001:2000 des Managementsystems erfolgreich absolviert. Sämtliche Anforderungen wurden erfüllt. Neu eintretende Mitarbeitende und Lernende bestätigen auch, dass bereichsintern alle Arbeitsabläufe zweckmässig beschrieben und gut dokumentiert seien.

In geschäftlicher Hinsicht schliesst der Bereich Melde- und Zivilstandswesen das Berichtsjahr erfolgreich ab. Das Budget konnte eingehalten werden, und die parlamentarischen Zielvorgaben wurden erfüllt. Die Resultate der Kundenbefragungen beider Hauptabteilungen, Zivilstandsamt und Einwohnerkontrolle, waren ausserordentlich gut. Bei der Einwohnerkontrolle konnte die Zufriedenheit der Kundschaft mit den Dienstleistungen am Schalter um zwei Prozentpunkte gesteigert werden. Die früher für die Schalterbedienung in der Einwohnerkontrolle massgebende Kennzahl – Wartezeit maximal fünf Minuten – wurde aufgrund einer Empfehlung der Zertifizierungsfirma in eine aussagekräftigere Kennzahl mit zwei Parametern umgewandelt. Die neue Zielvorgabe ist, dass 80 % des Publikums innert 20 Minuten bedient werden soll. Diese im Berichtsjahr erstmals erhobene Kennzahl konnte mit 90 % sogar übertroffen werden. Des Weiteren bestätigen die Resultate der Befragung, dass alle Kundenaufträge speditiv bearbeitet wurden.

Die vielfältigen Bemühungen der letzten Jahre in Sachen E-Government zahlen sich aus. Die erhobenen Zahlen zeigen, dass die Dienstleistungen des Melde- und Zivilstandswesens im Internet immer häufiger in Anspruch genommen werden. Nach anfänglich 2460 Aufträgen im Jahr 2003 waren es im letzten Jahr bereits 8634 Gesuche, welche die Einwohnerkontrolle auf elektronischem Weg entgegennehmen konnte. Im Zivilstandsamt hat sich die Anzahl der elektronisch eingegangenen Bestellungen für Registerauszüge markant von 256 (2003) auf 1160 (2008) erhöht.

Das eher mässige Resultat der letzten gesamtstädtischen Personalumfrage bezüglich der Zufriedenheit der Mitarbeitenden hat die Amtsleitung im vergangenen Jahr zu verschiedenen Massnahmen veranlasst, welche die Bereiche Arbeitsplatz, Arbeitsklima, Arbeitsorganisation und Gesundheit betrafen. Von den insgesamt 37 Massnahmen konnte die Mehrzahl bereits umgesetzt werden. Einige Aspekte wurden ausserdem in das Leitbild des Bereichs aufgenommen. Ferner intensivierte man im Be-

richtsjahr die interne Ausbildung. Im Vordergrund standen dabei Themen wie Urkundenfälschung, Überfallalarm sowie korrektes Deutsch im Umgang mit internationaler Kundschaft.

Einwohnerkontrolle

In der Einwohnerkontrolle gab es verschiedene personelle Veränderungen. Ausserdem bot sich für zwei Mitarbeiterinnen die Möglichkeit, während eines Monats die Arbeitsprozesse im Einwohneramt St. Gallen und im Personenmeldeamt Zürich kennen zu lernen. Im Gegenzug hat eine Mitarbeiterin des Einwohneramtes St. Gallen während dieser Zeit auf der Einwohnerkontrolle Winterthur gearbeitet. Dieser Austausch fand bei den Mitarbeitenden grossen Anklang. Die Einwohnerkontrolle stellte ausserdem wie jedes Jahr auch zwei Ausbildungsplätze für Lernende zur Verfügung.

Am 31. Dezember zählte Winterthur total 101 745 (2008: 100 978) Einwohnerinnen und Einwohner, nämlich 98 949 (97 942) mit zivilrechtlichem Wohnsitz, 1449 (1551) Wochenaufenthalter, 637 (751) Aufenthaltler mit befristeter Bewilligung bis 12 Monate, 693 (718) Asylbewerber und vorläufige Aufgenommene sowie 17 (16) Grenzgänger. Die schweizerische Wohnbevölkerung weist einen Geburtenüberschuss von 66 (95) Personen, die ausländische Wohnbevölkerung einen solchen von 236 (253) Personen auf. Die schweizerische Wohnbevölkerung weist einen Wanderverlust von 38 (+ 351) Personen, die ausländische Wohnbevölkerung dagegen einen Wandergewinn von 503 (972) auf. 864 (972) Ausländerinnen und Ausländer erhielten das Schweizer Bürgerrecht. Insgesamt verschob sich das Verhältnis zwischen schweizerischer und ausländischer Wohnbevölkerung auf 76.71 % (76.40 %) respektive 23.29 % (23.60 %).

Die Wohnbevölkerung erreichte im Dezember mit 101 771 den höchsten Stand. 16 312 Personen (15.91 %) sind über 65-jährig, 4826 Personen (4.75 %) über 80-jährig. Der älteste Einwohner ist 103 Jahre alt. Den stärksten ausländischen Bevölkerungsteil stellten immer noch die italienischen Staatsangehörigen.

Die im Vorjahresvergleich tiefere Zahl der Wochenaufenthalterinnen und -aufenthalter ist darauf zurückzuführen, dass die Kriterien zur Erteilung oder Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung genauer überprüft werden. Als Folge davon wurden im Berichtsjahr zehn Gesuche um Verlängerung abgelehnt.

Im vergangenen Jahr haben 66 466 (65 635) Kundinnen und Kunden die Dienstleistungen der Einwohnerkontrolle in Anspruch genommen. Wie im vergangenen Jahr wählte ein Anteil von 13 % den Weg über das Internet.

Im Berichtsjahr haben bei vier Urnengängen 125 265 Personen ihre Stimme vorzeitig in der Einwohnerkontrolle abgegeben. Für 20 Initiativen, 7 Referenden und 36 Wahlvorschläge wurden insgesamt 20 658 Unterschriften kontrolliert.

Die Begrüssungsanlässe für Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger im März und im September waren wieder ein grosser Erfolg. Infolge des überdurchschnittlichen Bevölkerungszuwachses im Jahr 2008 war im März die Rekordzahl von 426 Personen anwesend; im September bewegte sich die Zahl der Anwesenden mit 257 Personen wieder im üblichen Rahmen. Stadtpräsident Ernst Wohlwend begrüsst die Neuzugezogenen. Nach einem musikalischen Intermezzo wurden sie zu einem Apéro eingeladen und konnten sich von diversen städtischen Dienststellen über deren Tätigkeit und Dienstleistungen informieren lassen. Das Programm rundete eine Stadtführung ab. In diesem Jahr konnte infolge grosser Nachfrage auch eine Stadtführungs-Gruppe in englischer Sprache gebildet werden.

Bevölkerungsentwicklung 2008 – 2009

Bevölkerungsentwicklung	2008	2009	2008	2009
Geburten				
Schweizer	1 162	1 202	830	892
Ausländer			332	310
Todesfälle				
Schweizer	814	900	735	826
Ausländer			79	74
Geburtenüberschuss				
Schweizer	348	302	95	66
Ausländer			253	236
Zuzüge				
Schweizer	8 334	7 520	4 549	4 183
Ausländer			3 785	3 337
Wegzüge				
Schweizer	7 011	7 055	4 198	4 221
Ausländer			2 813	2 834
Wandergewinn/-verlust				
Schweizer	1 323	465	351	- 38
Ausländer			972	503
Bürgerrechtswechsel				
Schweizer			976	873
Ausländer			-976	- 873
Bevölkerungsveränderung				
Schweizer	1 671	767	1 422	901
Ausländer			249	- 134
Total Bevölkerung				
Schweizer	100 978	101 745	77 151	78 052
			76,40 %	76,71 %
Ausländer			23 827	23 693
			23,60 %	23,29 %
Wochenaufenthalt				
Schweizer	- 1 551	- 1 449		
Ausländer	- 108	- 114		
Kurzaufenthalt				
Ausländer	- 659	- 540		
Asylbewerber / vorläufige Aufnahme				
	- 718	- 693		
Bevölkerung nach zivilrechtlichem Wohnsitzbegriff				
	97 942	98 949		

Mit Wirkung ab 19. Dezember 2009 hat der Rat der Justiz- und Innenminister der Europäischen Union beschlossen, die Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von der Visumpflicht befreit sind, anzupassen. Mazedonien, Serbien und Montenegro werden neu auf der Liste jener Länder geführt, deren Staatsangehörige für den kurzfristigen Aufenthalt im Schengenraum von der Visumpflicht befreit sind.

Zivilstandsamt

Im Berichtsjahr fand im Zivilstandsamt eine Inspektion durch die kantonale Aufsichtsbehörde (Gemeindeamt des Kantons Zürich) statt. Geprüft wurden die Amtsführung im Allgemeinen und die Registereintragungen (Beurkundung von Zivilstandsereignissen) ab 2007 bis Februar 2009. Nach zwei Arbeitstagen bestätigten die drei Auditoren, dass das Amt gewissenhaft, verantwortungsbewusst und mit sehr grosser Sachkenntnis geführt werde. Zudem seien alle Mitarbeitenden dank guter interner Kommunikation auf einem hohen Wissenstand. Anordnungen der Aufsichtsbehörde gab es keine.

Im Berichtsjahr musste sich das Zivilstandsamt vermehrt mit Verdachtsfällen von Scheinehen auseinandersetzen, wobei die Überprüfung des Sachverhalts jeweils sehr anspruchsvoll war. So wurden im vergangenen Jahr 21 Brautpaare verdächtigt, eine Ehe eingehen zu wollen, welche nicht zur Begründung einer Lebensgemeinschaft, sondern zur Umgehung der Bestimmungen über Zulassung und Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern dient. Bei sechs Paaren konnte der Anfangsverdacht jedoch im Laufe der Abklärungen zerstreut werden, so dass das Ehevorbereitungsverfahren ordentlich abgeschlossen werden konnte und die Eheschliessung erfolgte. In den



Mitarbeiterin der Einwohnerkontrolle an der Urne

restlichen 15 Fällen fand eine Anhörung der Heiratswilligen statt. Drei Paare entschieden sich daraufhin, entweder nicht mehr zu erscheinen oder das Gesuch zurückzuziehen. In den restlichen Fällen konnte der offensichtliche Missbrauch nicht zweifelsfrei nachgewiesen und demzufolge die Ehe nicht verweigert werden.

Die Aufnahme der in der Schweiz lebenden Personen in die eidgenössische Zivilstandsdatenbank «Infostar» (informatisiertes Standesregister) ist im Berichtsjahr weiter geführt worden. Die geplanten 20 000 Rückerfassungen konnten jedoch aus verschiedenen Gründen nicht erreicht werden (16 732). Nach dem erfolgreichen Abschluss des ersten Teilprojekts bis Ende 2008 (Rückerfassung bis 1988) befassen sich die Mitarbeitenden nun seit Anfang 2009 mit den älteren, handgeschriebenen Familienregisterbänden der 20 Partnergemeinden des Zivilstandskreises. Diese Aufgabe ist schwieriger als angenommen und zeitintensiv. Einerseits gilt es, die alte deutsche und teilweise nahezu unleserliche Schrift zu entziffern und andererseits, die Eintragungen korrekt zu interpretieren. Letzteres ist umso anspruchsvoller, als die rechtlichen Grundlagen des Zivilstandswesens in den letzten Jahrzehnten immer wieder geändert wurden. Zudem kommt es immer wieder vor, dass Belege, die seinerzeit als Grundlage für die Beurkundung dienten, aus den Archiven beigezogen werden müssen. Häufig ist es nur so möglich, die Beurkundung zu prüfen, nötigenfalls zu berichtigen und schlussendlich korrekt in die Datenbank «Infostar» zu übernehmen.

Beurkundungen und Dienstleistungen Zivilstandsamt: 2007 – 2009

Zivilstandsereignisse	2007	2008	2009
Geburten	1 764	1 827	1 911
Anerkennungen	198	296	290
Eheschliessungen	811	796	819
Registrierungen Partnerschaften	40	12	22
Namenserklärungen nach Eheauflösung	142	160	143
Todesfälle	1 246	1 254	1 276
Gerichts- und Verwaltungsentscheide und Auslandsereignisse	2 000	2 563	2 328
Total Beurkundungen	6 201	6 908	6 789
Rückerfassung Infostar (Personenaufnahme)	21 224	21 801	16 732
Registerauszüge	11 967	11 603	11 586
Auszüge aus Familien- und Einzelregistern, Personalienanfragen und diverse Bestätigungen			
Ehe-Vorbereitungsverfahren	864	854	882
Vornahme von Trauungen	776	796	819

Departement Schule und Sport

Im Departement Schule und Sport (DSS) konnten 2009 verschiedene Weichen für die Zukunft gestellt werden. Einige zukunftsweisende Entscheide wurden gefällt, in anderen Fällen sind Projekte mit Pioniercharakter in Arbeit. Ihnen allen liegt die gemeinsame Haltung zugrunde, dass sich die Leistungen des DSS an den Bedürfnissen der Winterthurer Bevölkerung orientieren, seien dies Kinder, Jugendliche, Eltern oder Sporttreibende.

Die Orientierung an den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer bedeutet oft einen Paradigmenwechsel, der manchmal auch auf Ablehnung stösst. So kommt beispielsweise die Öffnung der Schulanlagen den Kindern und Jugendlichen zugute, die für ihre gesunde Entwicklung genügend Raum für Spiel und Bewegung brauchen. Gleichzeitig stören sich Nachbarn an zusätzlichem Lärm oder Hauswartinnen und Hauswarte an zusätzlichen Aufräum- oder Flickarbeiten. Auch der Paradigmenwechsel in der Volksschule, der durch die kantonale Volksschulreform ausgelöst wurde und bei dem die individuellen Bedürfnisse der Kinder im Zentrum stehen, stösst immer wieder auf Widerstand und ist noch nicht abgeschlossen.

Reorganisation der Schulbehörden stellt Weichen bis 2018

In der Volksabstimmung vom 27. September 2009 wurde die Reorganisation der Schulbehörden mit 79% Ja-Stimmen befürwortet. Die Reorganisation wurde durch die Einführung der Schulleitungen notwendig. Sie übernehmen Aufgaben, welche früher von den nebenamtlichen Mitgliedern der Kreisschulpflegen wahrgenommen wurden. In einem ersten Schritt wird ab 2010 die Anzahl der nebenamtlichen Kreisschulpflegemitglieder von heute 121 auf neu 68 reduziert. Der zweite Schritt gilt ab 2014. Dann werden Schulkreise zusammengelegt und die nebenamtlichen Kreisschulpflegemitglieder auf 43 Personen reduziert.

Die Reorganisation der Schulbehörden zeigt in die richtige Richtung: Mit den Schulleiterinnen und Schulleitern werden die Schulen vor Ort und professionell durch Fachpersonen geführt. Dies fördert die Zusammenarbeit im Schulteam sowie die Qualität des Unterrichts und kommt Schülerinnen und Schülern zugute.

Freiwillige Tagesschulen bieten Schule und Betreuung unter einem Dach

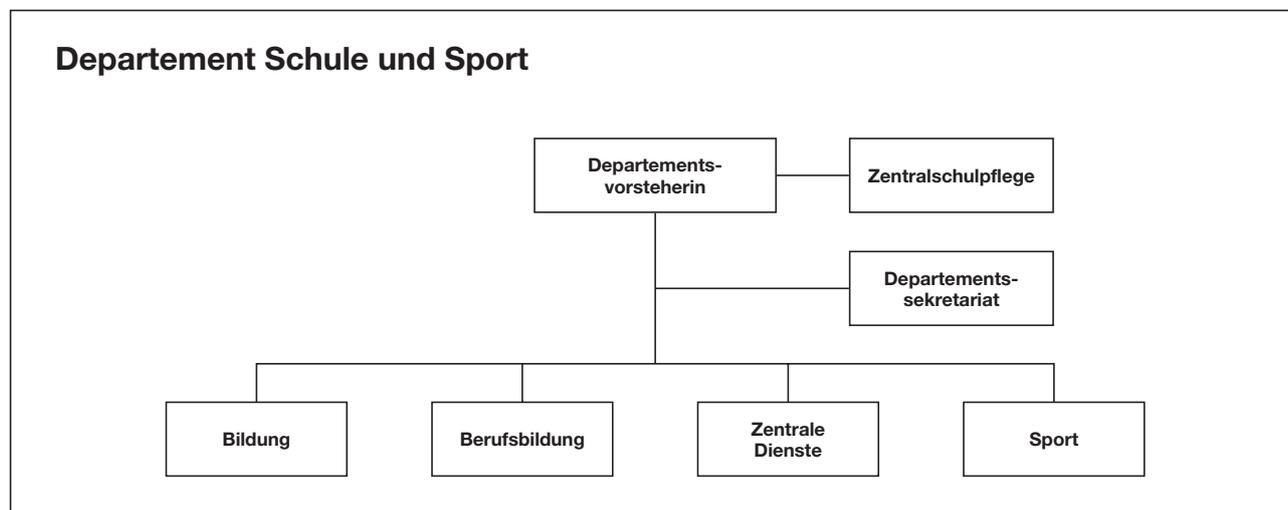
Der Grosse Gemeinderat stimmte am 23. Februar 2009 mit 52:3 Stimmen einer Anpassung der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung zu, welche festhält: «In Winterthur werden alle Schulen grundsätzlich als freiwillige Tagesschulen geführt.» Damit ist ein Paradigmenwechsel eingeleitet: Schule und Betreuung sind unter einem Dach, die Betreuung ist in den Schulbetrieb integriert, Lehr- und Betreuungspersonen arbeiten zusammen. Einige Schulen haben bereits auf den Tagesschulbetrieb umgestellt, die meisten anderen werden im Sommer 2010 oder 2011 folgen.

Freiwillige Tagesschulen sind ein wichtiges bildungs- und familienpolitisches Anliegen. Familien sollen wählen können, ob und wann sie ihre Kinder in der Schule professionell betreuen lassen. Kinder erleben die Schule als einen zentralen Lebensraum. Sie halten sich während ihrer wachen Zeit nirgends so lange auf wie in der Schule. Gleichzeitig profitieren viele Kinder von der Tagesstruktur, die sie in der Tagesschule erhalten und von der professionellen Betreuung und Förderung während der schulfreien Zeit. Die Eltern leisten für die Betreuung in der Tagesschule einkommensabhängige Beiträge.

Winterthur wird zum Raum für Bewegung und Sport

In Winterthur soll der öffentliche Raum so attraktiv gestaltet sein, dass er durch die Bevölkerung für Bewegung und Sport genutzt wird. Dies bedeutet ein neues Verständnis von Sportpolitik: Die öffentliche Sportförderung soll sich nach den Bedürfnissen der Vereine richten, gleichzeitig aber auch für den ungebundenen Individualsport vorteilhafte Rahmenbedingungen schaffen.

Die Winterthurerinnen und Winterthurer sind überdurchschnittlich aktive Breitensportlerinnen und -sportler. 72% der Sporttreibenden tun dies individuell und ausserhalb eines Sportvereins. Die bisherige Sportpolitik berücksichtigt diese Tatsache noch wenig, ebenso wenig wie die demografischen Veränderungen: Der Anteil der älteren Bevölkerung wächst. Auch diese älteren Personen haben das Bedürfnis nach Sport und Bewegung zur Förderung der eigenen Gesundheit und Fitness.





So entsteht spontan Raum für Bewegung und Sport: ein Natureisfeld auf dem Pausenplatz der Schule Langwiesen

Vor diesem Hintergrund startete das Departement Schule und Sport das schweizweit beachtete, von vier Bundesämtern und der kantonalen Fachstelle Sport unterstützte Projekt «Raum für Bewegung und Sport». In einem partizipativen Verfahren erarbeiteten rund 100 Beteiligte in verschiedenen Gruppen unter Begleitung von sportwissenschaftlichen Expertinnen und Experten Handlungsempfehlungen, die sich an den Stadtrat richten. Eine wichtige Rolle spielen die Wege, Plätze und Pärke: Kinderspielflächen sollen vermehrt erlebnisorientiert und anregend gestaltet werden, vorhandene Grünräume sollen geöffnet und durch Senioren-Turngeräte die Älteren zu Bewegung vor der Haustüre eingeladen werden. Im Eulachpark in Oberwinterthur wird die Idee bereits aufgenommen. Auch eine Öffnung des Schwimmbadareals Oberwinterthur ausserhalb der Badesaison ist geplant. In der nächsten Projektphase wird sich der Stadtrat mit den Handlungsempfehlungen auseinandersetzen.

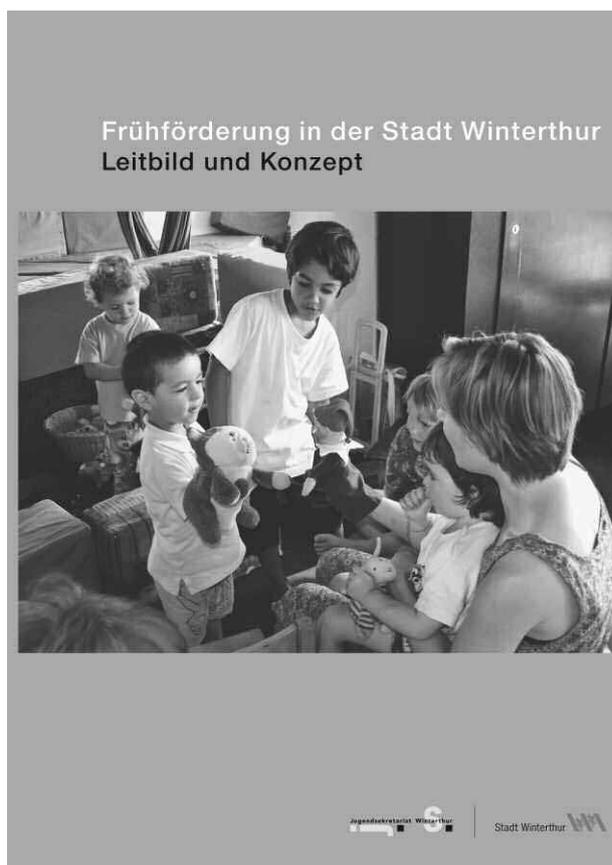
Frühförderung – eine Investition in die Zukunft

Am 15. Juni 2009 bewilligte der Grosse Gemeinderat einen wiederkehrenden Kredit für die Frühförderung und ermöglichte damit, die Umsetzung des Konzepts «Frühförderung in Winterthur» zu starten. Die geplante Fachstelle konnte mit zwei qualifizierten Frauen per Januar 2010 besetzt werden. Es besteht eine Kooperation mit dem kantonalen Jugendsekretariat, welches eine der beiden Stellen finanziert. Das Konzept Frühförderung und die angestrebte starke Vernetzung und hohe Beteiligung der privaten, städtischen und kantonalen Stellen haben schweizweit Pioniercharakter.

Schulbehörden

Zentralschulpflege

Mit der Einführung der Schulleitungen wurden Voraussetzungen geschaffen, damit auch die Volksschule in die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV) überführt werden kann. In einem mehrstufigen Prozess wurden Wirkungs- und Leistungsindikatoren formuliert und dem Grossen Gemeinderat beantragt. Weiter erhalten die Schulen ab 2010 einen Globalkredit. Dieser Kredit umfasst alle mit dem operativen Schulalltag zusammenfallenden Kosten ohne die Löhne und Infrastrukturkosten. Den Kredit für das Material, Unterrichtsmittel, Kopien, Projekte usw. verwalten die Schulen selber und erhalten somit ein wichtiges Instrument für die Profilierung. Das zugrunde



Das Konzept Frühförderung kann umgesetzt werden.

liegende Finanzreglement wurde von der Zentralschulpflege erarbeitet, für die Vernehmlassung verabschiedet und schliesslich beschlossen.

Die Umsetzung der integrativen Ausrichtung der Volksschule ist wohl der anspruchsvollste Teil des Volksschulgesetzes. Vor allem sozial auffällige Kinder und Jugendliche können das System Schule belasten. Um die Volksschule in ihrem Integrationsauftrag zu stärken, wurde das System «Integrative Förderung plus» (IF+) entwickelt. Ressourcen werden aus dem Sonderschulbereich in die Volksschule umgelagert. So können Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen bei Bedarf wirkungsvoller unterstützt und einzelne Sonderschulzuweisungen verhindert werden.

Um die vielfältigen Herausforderungen an die Volksschule zu meistern, gilt es mit den vorhandenen Ressourcen kreative Lösungen zu entwickeln. Die Zentralschulpflege startete das Projekt «Schulen unterwegs» und nahm Kontakt auf mit Schulen im Kanton Zürich, die eigene, zukunftsweisende Konzepte entwickelt haben, um von ihnen zu lernen. Ziel ist es, die Winterthurer Schulen in ihrer Profilierung zu stärken und bei Schulhausneubauten oder Renovationen Voraussetzungen vielfältige Lehr- und Lernformen zu schaffen.

Auf Beginn des Schuljahrs 2009/10 konnte die vom Regierungsrat bewilligte Talentklasse im Schulhaus Feld eröffnet werden. Nachdem in mehrjähriger Arbeit Erfahrungen mit der Förderung von talentierten Schülerinnen und Schülern gesammelt wurden, konnte nun ein Konzept mit jahrgangs-, abteilungs- und anforderungsstufen-übergreifendem Unterricht realisiert werden.

Zur Umsetzung des Beschlusses des Grossen Gemeinderates, wonach in Winterthur die Schulen grundsätzlich als Tagesschulen geführt werden sollen, wurde ein Konzept Freiwillige Tagesschulen erarbeitet und für

die Vernehmlassung freigegeben. Die Verabschiedung des Konzepts soll Anfang 2010 erfolgen.

Nach der Annahme der Schulbehördenreorganisation galt es, die Geschäftsordnung der neuen Struktur, namentlich der Reintegration der Sonderschulen in die Zentralschulpflege, anzupassen und ebenfalls zur Vernehmlassung freizugeben.

Kreisschulpflegen

Seit einem Jahr werden alle Schulen der Stadt Winterthur durch eine Schulleitung geführt. Das führt im Alltagsgeschäft zu einer spürbaren Entlastung der Schulpräsidien.

Zu Beginn des Schuljahres 2009/10 waren alle Lehrstellen besetzt. Der angekündigte Lehrermangel beginnt sich abzuzeichnen. Namentlich für die Klassen der Sekundarstufe B und C sowie bei den Heilpädagoginnen und -pädagogen wird es zunehmend schwierig bis unmöglich, qualifizierte Lehrpersonen zu finden. Das erschwert die Weiterentwicklung der integrativen Förderung.

Die grösste Herausforderung sind Schülerinnen und Schüler mit Verhaltensauffälligkeiten. Sie kommen in allen Altersstufen vor, auch im Kindergarten. Sie in einer Regelklasse integrativ zu fördern, kann zu einer hohen Belastung für die anderen Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen, Schulleitungen und Präsidien werden. Die Lösungsfindung ist oftmals komplex und verlangt eine aufwändige Zusammenarbeit mit vielen Stellen wie beispielsweise den Sozialbehörden. Dank zusätzlicher Ressourcen für die integrative Förderung aus dem Sonderschulbereich (IF+) ist es gelungen, die Volksschule punktuell zu stärken und die eine oder andere Sonderschulzuweisung zu verhindern.

Es bleibt weiterhin eine wichtige Aufgabe der Kreisschulpflegen, die Belastung der Lehrpersonen im Auge zu behalten und allenfalls im Rahmen der Möglichkeiten Massnahmen zu ergreifen.

Die Kreisschulpflegen beteiligten sich an den Vernehmlassungen für das Finanzreglement, das Gesamtkonzept freiwillige Tagesschulen und für die Geschäftsordnung.

Im Frühling 2009 konnte die erste Tranche der Aufstockung der Pensen für die Sekretärinnen der Kreisschulpflegen realisiert werden. Das bedeutet für sie eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für die Präsidien eine Entlastung. Die zweite Tranche soll auf Schuljahr 2010/11 realisiert werden.

Auf Schuljahr 2009/10 konnte die Sekundarschule Feld in Veltheim die renovierte und erweiterte Schulanlage wieder beziehen. Nach jahrelangen Projektierungs-, Planungs- und Bauarbeiten durften die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen in die mit modernsten Mitteln wie die interaktiven Wandtafeln ausgerüsteten Zimmer einziehen.

Unselbstständige Aufsichtskommission

Aufsichtskommission der msw-winterthur

In einer ersten Sitzung genehmigte die Aufsichtskommission den Budgetantrag 2010 und den Datenplan für das Schuljahr 09/10. Die Qualitätsentwicklung und die Resultate des Managementreviews 08 wurden in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen. In einer zweiten Sitzung genehmigte die Aufsichtskommission die Zielsetzungen für das Jahr 2010, den Start der Spezialisierung Richtung Feinwerktechnik für geeignete Polymechaniker-Lernende und die Anpassungen am Leitbild. Die Erreichung der Ziele von 2009 wurde diskutiert und zur Kenntnis genommen.

Selbstständige Aufsichtskommissionen

Aufsichtskommission Berufswahlschule Winterthur (BWS) Werkjahrschule (WJS) und Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule

An einer ersten Sitzung der Aufsichtskommission informierte der Bereichsleiter Berufsbildung über den Stand des «Bauprojekts Grüzehof». Die HFS wird über die Sommerferien den neuen Standort fristgerecht beziehen können und das neue Schuljahr 09/10 im August starten können.

An der ersten Sitzung wurde der Antrag der Stellenbeschreibung für die Leitung der Erwachsenenbildung der HFS genehmigt. An der gleichen Sitzung genehmigte die Aufsichtskommission die Anträge für die Rechnung 2008 und das Budget 2010 zu Händen der zuständigen Behörden. An der zweiten Sitzung der Aufsichtskommission wurde die neue Schulordnung der WJS genehmigt.

Aufsichtskommission Sonderschulen

Die Schule in Kleingruppen (KGS) ist im Februar 2009 in ein Provisorium in der Zivilschutzanlage Ohrbühl umgezogen, damit das unter Denkmalschutz stehende Schulgebäude an der Tösstalstrasse umfassend saniert werden kann. Im selben Monat konnten die Sekundarklassen der Maurerschule aus demselben Provisorium ausziehen und in den modernen und zweckmässig konzipierten Neubau hinter dem Hauptgebäude am Deutweg einziehen. In der Michaelschule wurde im Laufe des Jahres 2009 im Zuge der konzeptionellen Neuausrichtung das Therapieangebot angepasst und ausgebaut.

Schulleitungskonferenz

Die Schulleitungskonferenz (SLK) wird aus Schulleiterinnen und Schulleitern aller Schulen der Volksschule gebildet. Im vergangenen Schuljahr haben vier Plenarversammlungen stattgefunden. Die Hauptthemen waren die Umsetzung aller Vorgaben des Volksschulgesetzes, die Delegation der Mitarbeiterbeurteilung an die Schulleitungen, jährliche Mitarbeitergespräche usw. Weitere Themen waren Gesunde Schulen (ein Legislaturziel der Zentralschulpflege), Fachstelle Integration und Deutsch als Zweitsprache. Die SLK hat an den Vernehmlassungen für das Finanzreglement, für die freiwilligen Tagesschulen und für die Geschäftsordnung teilgenommen.

Da nun alle Schulen geleitet sind, befindet sich die SLK bedingt durch ihre Grösse in einer Phase der Strukturoptimierung. Eine Information durch den kantonalen Verband der Schulleitenden zeigt, dass die Probleme der Schulleitungen im ganzen Kanton unterschiedlich sind. Die grosse Arbeitsbelastung ist allgemein ein Problem. Sekretariatsleistung für Schulleitende ist dringend nötig.

Volksschulkonvent

Der erweiterte Vorstand des Volksschulkonvents (VSK) trat zu zwei Sitzungen zusammen. Im vergangenen Jahr nahmen einige Vernehmlassungen (Finanzreglement, freiwillige Tagesschulen, Geschäftsordnung) viel Zeit in Anspruch. Die Annahme der Schulbehördenreorganisation verlangt auch die Überarbeitung der nachgelagerten Reglemente. Ein erster Entwurf des neuen Geschäftsreglements des VSK konnte an der Präsidentenkonferenz im November präsentiert werden.

Die durch das Volksschulgesetz eingeleiteten Veränderungen, vor allem im sonderpädagogischen Bereich,

haben die Belastungssituation der Lehrkräfte in einem beträchtlichen Ausmass weiter ansteigen lassen. Der Primarlehrerkonvent hat im Frühjahr zu diesem Thema einen Brief an die Departementsvorsteherin Pearl Pedernana und Regierungsrätin Regine Aeppli verfasst. Eine Delegation wurde zu einem Gespräch mit Stadträtin Pedernana empfangen. Auch an der Delegiertenversammlung nahm die Sonderpädagogik einen grossen Raum ein. Die Abteilungsleiterin Sonderpädagogik des DSS informierte die Anwesenden über den aktuellen Stand der sonderpädagogischen Massnahmen in der Stadt Winterthur. Die nachfolgende Fragerunde und Diskussion zeigte auf, wo in der Lehrerschaft der Schuh drückt.

Bildung

Fachstelle Schulentwicklung / Umsetzung neues Volksschulgesetz

Die Gesundheitsförderung ist ein Legislaturziel der Zentralschulpflege. Das Thema wird in mehreren Schulen bearbeitet. In einem Schulkreis wird in den Kindergärten das Projekt «Purzelbaum - für mehr Bewegung und gesunde Ernährung im Kindergarten» umgesetzt. Ziel ist es, dass möglichst viele Schulen dem Netzwerk «Gesundheitsfördernde Schulen» beitreten. Diese Schulen entwickeln Programme zur Entfaltung und Förderung der Gesundheit und des Wohlbefindens aller an der Schule Beteiligten. Für die weitere Verankerung des Themas hat die Zentralschulpflege die Vorgabe gemacht, dass alle Schulen im Rahmen der Weiterbildungswoche im Sommer 2010 mindestens einen Tag für die Gesundheitsförderung einsetzen. Die Schulen werden dabei von den Fachstellen und Abteilungen des Departements Schule und Sport unterstützt.

Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung

Seit September 2009 gibt es eine Informationsmappe über die Kinderbetreuung für Vorschulkinder und für schulpflichtige Kinder. Sie wird interessierten Eltern und Schlüsselpersonen (Mütterberatung, Kindergartenlehrpersonen, Mitarbeitende Jugendsekretariat usw.) im Kontakt mit Familien abgegeben.

Tagesstrukturen

Das neue Volksschulgesetz verlangt ab Schuljahr 2009/10 ein bedarfsgerechtes Angebot an schulergänzender Kinderbetreuung. Winterthur hat dieses Ziel erreicht. 1782 Primarschulkinder belegen 1125 Betreuungsplätze. Mit dem Ausbau um 217 Betreuungsplätze können alle Kinder aufgenommen werden. Wartelisten existieren nicht mehr.

Familienergänzende Betreuung

2009 konnten zusätzliche 20 Kinder- und 15 Säuglingsplätze subventioniert werden. Ende 2009 wurden total 308 subventionierte Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt. Diese kommen 554 Kindern in 18 Kindertagesstätten zugute. Ende 2009 warteten noch immer 141 Kinder (davon 59 Säuglinge) auf einen subventionierten Platz.

Am 24. Juni 2009 legte der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat die Umsetzungsplanung der Volksinitiative «Mehr Kinderbetreuungsplätze für Winterthur» vor.



Mittagszeit ist Freizeit

Er schlägt vor, in der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung der Stadt Winterthur mit einem IV. Nachtrag das ausgewiesene nachfragedeckende Angebot für alle Altersstufen bis Ende Schulpflicht zu gewährleisten. Der Grosse Gemeinderat beauftragte den Stadtrat am 23. Juni 2008, mit der Umsetzungsplanung gleichzeitig einen ausgearbeiteten Gegenvorschlag vorzulegen.

Tagesfamilien Winterthur

Auch in Tagesfamilien werden Kinder familien- und schulergänzend zu einkommensabhängigen Betreuungstarifen betreut. 2009 profitierten 115 Kinder von diesem Angebot. Insgesamt 52 733 subventionierte Stunden konnten zur Verfügung gestellt werden.

Freiwillige Tagesschulen

Am 26. Februar 2009 beschloss der Grosse Gemeinderat, in Winterthur die Schulen grundsätzlich als freiwillige Tagesschulen zu führen. Den Schritt zur Umwandlung in eine Tagesschule vollzogen auf das Schuljahr 2009/2010 die Primarschulen Schönengrund, Mattenbach und Geiselweid. Zusammen mit den beiden Pilotschulen besuchen bereits mehr als ein Viertel der betreuten Kinder die schulergänzende Betreuung in einer Tagesschule.

Mittagstisch in Sekundarschulen

Für die Winterthurer Sekundarschülerinnen und -schüler werden seit August 2009 in fünf Sekundarschulen 110



Kinderbetreuung in der Stadt Winterthur

Mittagstischplätze angeboten. Ende 2009 besuchten 116 Jugendliche an einem oder mehreren Tagen einen der Mittagstische.

Unterstützende und präventive Dienste

Die unterstützenden und präventiven Dienste (Schulärztlicher Dienst, Schulsozialarbeit, Schulpsychologischer Dienst, Schulzahnärztlicher Dienst) haben sich enger vernetzt. Ein Schwerpunkt des Fachaustausches war das Thema Prävention.

Schulpsychologischer Dienst

Die Neuorganisation des Schulpsychologischen Dienstes und die neuen Angebote wie Sprechstunde vor Ort, Teilnahme an schulischen Standortgesprächen und Mitarbeit an den schulinternen interdisziplinären Fachteams bewähren sich.

Schulsozialarbeit

Die personelle Konstanz des Teams trug zu einer Verbesserung des Zugangs für Kinder und Jugendliche zur Schulsozialarbeit (SSA) bei. Die Teilnahme an Fallbesprechungen im Rahmen interdisziplinärer Teams ist nun in fast allen Stammschulen verwirklicht. In Stammschulen besteht ein SSA-Büro und die Schulsozialarbeitenden sind für die Kinder direkt erreichbar. In Kontaktschulen arbeiten sie nur auf Anfrage der Schulleitungen.

Schulzahnklinik

Der Schulzahnärztliche Dienst war erneut voll ausgelastet. Die nebenamtlichen Schulzahnärzte und die Schulzahnklinik konnten ihre Aufgaben vollumfänglich erfüllen. Im Prophylaxeunterricht wurden aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse die Schwerpunkte verlegt hin zu mehr Prävention durch gesunde Ernährung.

Statistik Schulzahnklinik:

	Schuljahr 2008/2009		Schuljahr 2007/2008	
	Anzahl	% Anteil	Anzahl	% Anteil
Gesetzlich vorgeschriebene Tests				
Alle Schulkreise Stadt Winterthur: 2. Kindergarten, 4. Klasse und 2. Oberstufe	3776	100 %	2904	100 %
Durch Schulärztlichen Dienst	2881	76,29 %	2316	79,75 %
Durch Privatarzt	895	23,71 %	588	20,25 %
Untersuchungen durch den SAD	2881	100 %	2316	100 %
Erfasste Sehschwächen	208	7,21 %	155	6,69 %
Erfasste Höreinschränkungen	63	2,18 %	25	1,08 %
Weitere Befunde inkl. erhöhter Blutdruck, Essstörungen usw.	345	11,97 %	496	21,41 %
Gesamt Befunde	616	21,36 %	676	29,18 %
Verabreichte Impfungen gesamt	1924	100 %	1026	100 %
- Polio, Di/Te/Per, MMR alle	281	14,6 %	373	36,36 %
- Hepatitis B (2. Oberstufe)	523	27,2 %	653	63,64 %
- HPV Impfungen neu ab 08/09	1120	58,2 %	-	-
Kopflausbefall alle Schulkreise, alle Schulstufen (ca. 9700 Schülerinnen und Schüler)	340	3,5 %	425	4,38 %

Schulärztlicher Dienst

Aufgrund des Volksschulgesetzes und der Volksschulverordnung wurde für die Stadt Winterthur ein neues schulärztliches Konzept erstellt.

	Schuljahr 2008/2009	Vorjahr
Anzahl zahnärztliche Untersuchungen total	8127	7954
Privatzahnarzt-Wahl	18,3 %	18,1 %
Karies- und füllungsfreie Schüler/innen (nur Schulzahnklinik)	32,8 %	33,3 %
Behandlungsnötigkeit konservierend (nur Schulzahnklinik)	32,5 %	32,6 %
Zahnreinigungsinstruktionen (Anzahl Primarschulklassen)	378	535

Fachstelle für Schule und Computer – SCHU::COM

Projekt ICT-Sek

Alle Sekundarschulhäuser wurden über ein leistungsfähiges und zukunftssicheres Lichtwellenleiternetzwerk erschlossen. Die Gebäude erhielten durch die Universelle Kommunikationsverkabelung die notwendige Infrastruktur, um jedes Zimmer ans Internet zu bringen. Seit dem Schuljahr 2009/10 leisten elf Beauftragte Schule und Computer den methodisch-didaktischen Support zur ICT-Integration in den Unterricht für die Lehrpersonen. Sie wurden für ihre Aufgabe intensiv ausgebildet und werden von der Fachstelle SCHU::COM laufend unterstützt und begleitet.

ICT-Unterstützung beim Lernen

Nach «Antolin» und «win.myMoment» wurde 2009 mit «Phänomata» ein drittes Lernangebot lanciert, um den Erwerb der drei Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen mit Computerunterstützung zu fördern.

Elektronischer Stundenplan und Schüleradministrationssoftware

Mit dem elektronischen Stundenplan und der Schüleradministrationssoftware stehen den Schulen neu zwei zeitgemässe Werkzeuge zur Verfügung.

Sonderpädagogik

Im Kanton Zürich hat die Zuweisung zu Sonderschulmassnahmen in den letzten zehn Jahren um 40 % zugenommen. Auch in Winterthur ist eine erhebliche Zunahme von Sonderschulzuweisungen zu verzeichnen.

Um dieser unerwünschten Entwicklung entgegenzusteuern, wurden in Winterthur bereits ab dem Schuljahr 2009/10 Ressourcen aus der Sonderschulung umgelagert in gezielte und intensive heilpädagogische und/oder sozialpädagogische Betreuung und Förderung in den Regelklassen (IF plus). Eine weitere Aufstockung um 20 Sonderschulplätze konnte damit verhindert werden. Ab Januar 2010 werden spezialisierte Fachpersonen bei Bedarf spezifische Beratung und Unterstützung anbieten. Diese Ressourcenumlagerung wurde von der Bildungsdirektion des Kantons Zürich genehmigt und zu 48 % mitfinanziert.

Platzierungen pro Schulform in %, Stand Dezember 2009

Anzahl Schülerinnen und Schüler	Schulform	Anteile in Prozenten	
		SJ 09/10	Vergleich SJ 08/09
Total	10 087	100 %	100 %
9 557	Regelklassen	94,74 %	95,13 %
34	Regelklasse mit IF plus	0,34 %	0 %
180	Besondere Klassen, Sprachheil-KG	1,78 %	1,77 %
163	Städtische Sonderschulen: Tagessonderschule	1,62 %	1,65 %
42	Städtische Sonderschulen: Integrierte Sonderschule	0,42 %	0,37 %
111	Externe Sonderschulung	1,10 %	1,08 %

Die Winterthurer Schule in Zahlen und Grafiken

Schuljahr	04/05	05/06	06/07	07/08	08/09
Sozialindex	113	113	113	113	113
Anz. Lernende Kindergarten	1 796	1 775	1 726	1 755	1 838
% Ausl.	34.2	27.4	25.0	29.5	29.1
% Fremspr.	42.1	40.3	41.4	45.1	46.1
% weibl.	49.0	49.2	48.8	49.1	51.4
Anzahl Lernende Grundstufe	63	63	65	63	63
% Ausl.	42.9	34.9	35.4	46.2	46.2
% Fremspr.	46.0	39.7	52.3	66.7	66.7
% weibl.	52.4	46.0	44.6	44.6	42.0
Anzahl Lernende Unterstufe	2 837	2 803	2 754	2 773	2 731
% Ausl.	32.1	30.9	30.0	30.6	29.0
% Fremspr.	36.8	38.7	40.1	42.7	42.8
% weibl.	48.2	47.4	48.4	49.6	49.0
Anzahl Lernende Mittelstufe	2 833	2 812	2 816	2 757	2 724
% Ausl.	32.1	31.8	31.1	30.0	30.2
% Fremspr.	34.3	35.4	36.9	36.2	40.1
% weibl.	48.6	49.4	48.5	47.9	47.8
Anz. Lernende Sekundarstufe	2 440	2 468	2 399	2 392	2 393
% Ausl.	35.2	32.6	32.9	32.7	31.0
% Fremspr.	35.7	31.2	36.1	39.6	39.7
% weibl.	49.3	47.4	48.1	48.7	48.9
Anzahl Lernende Sek A	1 188	1 197	1 171	1 165	1 198
% Ausl.	18.9	18.0	17.3	17.2	15.6
% Fremspr.	19.8	17.1	20.8	21.5	21.4
% weibl.	51.7	50.5	48.8	49.6	49.5
Anzahl Lernende Sek B	1 040	1 065	1 019	1 025	998
% Ausl.	46.6	42.3	42.2	43.9	43.2
% Fremspr.	45.7	41.0	46.2	50.6	55.2
% weibl.	48.0	45.8	48.3	49.7	49.6
Anz. Lernende Sek C+ Kleinkl.	212	206	209	202	197
% Ausl.	70.8	67.0	67.5	65.8	63.4
% Fremspr.	75.5	62.6	72.2	71.8	72.1
% weibl.	42.9	37.4	43.1	41.1	41.1
Anzahl Lernende MS I*					477
% Ausländer					6,1
% Fremdspr.					8,8
% weibl.					8,8

* MS I = Mittelschülerinnen und -schüler 7. - 9. Schuljahr

Zentrale Dienste

Im vergangenen Jahr wurde intensiv an den Grundlagen für die Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) in der Volksschule auf den 1.1.2011 gearbeitet. Neben der Entwicklung der neuen Produktgruppen und Produkte umfasst dies auch den kompletten Umbau der Kostenrechnung der Volksschule. Zusätzlich wurde das Finanzreglement für die Volksschule der Stadt Winterthur erarbeitet, welches per 1.1.2010 in Kraft gesetzt wird. Mit dem Finanzreglement werden den Schulen, bzw. den Schulleitungen der Stadt Winterthur die entsprechenden Aufgaben, Verantwortung und Kompetenzen klar zugeteilt und die finanziellen Mittel zugesprochen.

Personalabteilung

Das Jahr 2009 war in der Personalabteilung von Veränderungen geprägt. Auf der einen Seite wurden erstmals die Verfügungen für die städtischen Lehrpersonen in der

Volksschule EDV-unterstützt zwischen den Kreisschulpflegern und der Personalabteilung erstellt. Die Kreisschulpfleger sind für die Anstellung der städtischen Lehrpersonen in der Volksschule zuständig, während das Departement die Anstellungsvoraussetzungen überprüft und die Besoldung festlegt. Auf der anderen Seite haben die personellen Veränderungen im Personalteam zusätzlich Zeit für die Einarbeitung beansprucht. Diese Veränderungen haben in Kombination mit den vielen Anstellungen für Kleinstpensen zu einem enormen Engpass und zeitlichen Verzögerungen bis in den Spätherbst geführt.

Schulbauten

Schulraumplanung und Prognosen 2009 bis 2014

Die Schulraumplanung wird seit 2003 alle zwei Jahre nachgeführt und weiterentwickelt. Sie wurde mit der Prognose 2008 zum Schulraumbedarf aktualisiert. Die Bautätigkeit in den Schulkreisen Oberwinterthur (die Teilgebiete Zinzikon und Hegi) und in Wülflingen (Teilgebiet Wyden) ist unverändert hoch. Der Handlungsbedarf für das Bereitstellen von zusätzlichem Schulraum wurde wieder bestätigt.

Für das Umsetzen des neuen Volksschulgesetzes wurden die schulraumrelevanten Elemente in einer zweiten Etappe umgesetzt. In diversen Schulanlagen konnten Räumlichkeiten für die geleiteten Schulen, Blockzeiten, Tagesstrukturen und sonderpädagogische Angebote umgesetzt werden.

Wesentliche Schulbauvorhaben 2009

Kreis Stadt

Kindergarten Äusseres Lind

- Projektierungsarbeiten für die Sanierungsarbeiten der Umgebung mit öffentlichem Park.

Schulhaus Geiselweid

- Einbau von zwei Psychomotorikräumen im Untergeschoss.

Schulhaus Altstadt

- Einbau der Sprachheilschule für das Schuljahr 2009/2010. Lift einbau und feuerpolizeiliche Auflagen. Fassadensanierung mit Fensterersatz. Vorbereitung Fassade im Erdgeschoss mit Sanierung der Wandmalerei im 2010 unter Einbezug der kantonalen Denkmalpflege.

Schulhaus Tössfeld

- Projektierungsarbeiten für die Sanierung und Umbauten in zwei Jahrestappen ab 2010. Erfüllen der feuerpolizeilichen Auflagen in den Sommerferien.
- Schulhaus Tössfeld «alte Badi»
- Sanierung Handarbeitszimmer im Souterrain in den Sommerferien.

Schulhaus Neuwiesen

- Fassadensanierung mit Fensterersatz.

Schulhaus Heiligberg

- Abklärungen für einen Erweiterungsneubau mit der kantonalen Denkmalpflege.

Schulhaus St. Georgen

- Fassadensanierung mit Natursteinwänden. Die zweite Etappe folgt im 2010.

Kreis Mattenbach

Kindergarten Mattenbach

- Sanierung und Einbauten im Sommer. Fassadensanierung und weitere Umbauten im 2010.

Schulhaus Gutschick

- Planungsarbeiten für die Auflagen der Feuerpolizei im Zusammenhang mit dem Einbau von Gruppenräumen unter Einbezug der Denkmalpflege.

Schulhaus Mattenbach

- Ausführung der Werkstattsanierung. Die zweite Etappe folgt im 2010.

Schulhaus Schöningrund

- Projektierungsarbeiten für die Sanierung der Duschen und Garderobenanlagen.

Kreis Oberwinterthur

Kindergarten Talwies

- Einbau von 4 Klassenzimmern in ein bestehendes denkmalgeschütztes Gewerbehäus. Ab Sommer Nutzung eines Kindergartens und einer Kinderbetreuung. Zweite Etappe mit Umgebungsanpassungen im 2010.

Schulhaus Wallrüti

- Nach der Aussenrenovation am Kindergarten im 2007 wurde der Grundsatzentscheid vom Stadtrat und den Kommissionen des Grossen Gemeinderates gefällt, die Sanierungsarbeiten einzustellen und nur noch die betrieblich notwendigen Sanierungen auszuführen. Es wird ein Ersatzneubau für die Sekundarstufe geplant. Der Stadtrat hat das Raumprogramm im Oktober 2009 genehmigt. Vorbereitungsarbeiten für den Architekturwettbewerb laufen ab 2010.

Schulhaus und Kindergarten Hegifeld

- Abgeschlossene Sanierung der Aussenhülle. Vorbereitung der Versetzarbeiten der drei Klassenzimmer- Provisorien vom Schulhaus Sennhof ins Hegifeld.

Neubau Schulhaus Zinzikon

- Abschluss des Architekturwettbewerbes im November 2008. Die Projektbereinigung aufgrund der neuen kantonalen Schulbaurichtlinien und die Kostenermittlung für die Baukreditvorlage sind im Gange.

Neubau Schulhaus Neuhegi

- Die Standortevaluation ist abgeschlossen. Der Stadtrat hat den Handlungsbedarf im Juni sowie das Raumprogramm im September 2009 genehmigt. Die beiden Weisungen für den notwendigen Landkauf (Departement Finanzen) und den zusätzlichen Projektierungskredit sollen im ersten Quartal 2010 dem Grossen Gemeinderat unterbreitet werden.

Schulhaus TMZ

- Erstellen eines provisorischen Spielplatzes im Zusammenhang mit der zweiten Etappe des Eulachparks und Vorbereitungsarbeiten für die Fassadensanierung im 2010.

Schulhaus Rychenberg

- Projektierungsarbeiten für die Sanierung der Aussenhüllen in zwei Etappen. Die Ausführungsarbeiten wurden auf die Jahre 2011 und 2012 verschoben.
- Abschluss der Sanierungsarbeiten in den Werkstätten.

Kreis Seen

Schulhaus Sennhof

- Bezug des Schulhausneubaus im August 2008. Abschlussarbeiten an der Umgebung mit Vorbereitungsarbeiten für das Versetzen der drei Klassenzimmer- Provisorien ins Hegifeld im 2010.

Altes Schulhaus Sennhof

- Projektierungsarbeiten für Sanierung und Umbauten nach Bezug des Neubaus.

Schulhaus Tägelmoos

- Sanierung der Aussenhüllen erfolgt in mehreren Etappen ab 2009. Der Turnhallentrakt mit dem Einbau der Kinderbetreuung ist abgeschlossen. Der Spezialtrakt folgt ab Frühjahr und die Klassentrakte ab Sommer 2010.

Schulhaus Steinacker

- Projektierungsarbeiten für die Sanierung der Aussenhüllen in mehreren Etappen ab 2011.

Schulhaus Oberseen

- Vorbereitung der Sanierungsarbeiten an den Aussen- treppen.

Kreis Töss

Kindergarten Dättnauerstrasse 130 «am Weiher»

- Übernahme des Mietobjektes auf das neue Schuljahr für Kindergarten und die Kinderbetreuung.

Kreis Veltheim

Schulhaus Feld, Neubau und Gesamtsanierung

- Die Gesamtsanierung mit dem Erweiterungsneubau konnte auf das neue Schuljahr abgeschlossen werden. Im November wurde die renovierte Schulanlage feierlich eingeweiht.

Schulhaus Schachen

- Sanierung der Spiel- und Hartplätze. Die zweite Etappe folgt im 2010.

Kreis Wülflingen

Kindergarten in der Überbauung Schlosstalstrasse

- Einbau eines Doppelkindergartens in der Terrassen- überbauung L. Bachmann. Der Bezug erfolgt im Früh- jahr 2010.

Schulhaus Talhofweg

- Projektierungsarbeiten für die Sanierung der Aussen- hüllen. Die Ausführungsarbeiten wurden auf die Jahre 2011 und 2012 verschoben.

Neubau Schulhaus Wyden

- Erfolgreiche Volksabstimmung für den Baukredit am 30. November 2008. Vorbereitungsphase für die Bau- realisierung ab März 2010. Der Bezugstermin ist auf das Schuljahr 2011/2012 geplant.

Schulhaus Ausserdorf

- Die Fassadensanierung am Schulhausstrakt und die Sanierung der Garderoben und Duschen im Turnhallen- trakt sind abgeschlossen.

Schulanlage Erlenstrasse

- Konzeptstudien für die Sanierung und Erweiterung des Schulhauses und des Kindergartens liegen vor. Die weitere Planung ist auf die Jahre 2012 und 2013 ver- schoben.

Städtische Schulen

Maurerschule Erweiterungsneubau

- Abschluss der Ausbauarbeiten per Ende 2008. Der Neubau konnte im Februar 2009 bezogen werden. Die Schulanlage wurde im Juli 2009 feierlich eingeweiht.

Kleingruppenschule

- Die Umbauarbeiten und die Sanierung begannen im Frühjahr 2009. Die Arbeiten sind im Mai 2010 abge- schlossen. In der Zwischenzeit ist die Kleingruppen- schule in der Zivilschutzanlage Ohrbühl unterge- bracht.

Kinder- und Jugendheim Oberwinterthur

- Allgemeine Renovationen im 2009. Vorbereitungsarbeiten für den Einbau einer weiteren Wohngruppe im 2010.

Weitere Projekte der Abteilung Schulbauten

- Alle grösseren Bauarbeiten für den allgemeinen baulichen und gärtnerischen Unterhalt wurden in den Frühjahrs-, Sommer- und Herbstferien abgeschlossen.
- Abschluss der Einbauten für die Schulleitungen, Schulsozialarbeit und Integrative Förderung.
- Diverse Einbauten für die Kinderbetreuung in bestehenden Schulanlagen.

Materialverwaltung

Der fakturierte Umsatz ist in diesem Jahr von 6.7 auf 7.2 Mio. Franken angestiegen. Die Umsatzzunahme wurde vor allem im Bereich der Beschaffungsdienstleistungen generiert. Sowohl die Anzahl Bestellungen als auch der Umsatz der über den E-Shop abgewickelten Aufträge haben stark zugenommen.

Schulmobiliar

Auf den Sommer 2009 wurde das neu bezogene Schulhaus Grüzefeld für die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule und das sanierte Schulhaus Feld Löwenstrasse 7 mit komplett neuem Mobiliar eingerichtet. In beiden Schulhausanlagen wurden insgesamt 36 interaktive Wandtafeln in Betrieb genommen. Ebenso wurden auf den Sommer 2009 in Zusammenarbeit mit der Abteilung Kinderbetreuung die Kinderhorte mit zusätzlichem Mobiliar ausgerüstet.

Drei neue Kindergärten (KG AM Weiher, KG Im Gern 3. Abteilung und KG Talwiesen) sind im vergangenen Jahr neu mit Mobiliar und Spielgeräten ausgerüstet worden.

Die Ersatzbeschaffungen in der Volksschule und in den Kindergärten konnten im Rahmen der Budgets ausgeführt werden.

Dienstleistungen

Im vergangenen Jahr wurde die Submission nach GATT/WTO für die Lieferung von Mittagessen für die Kinderhorte erfolgreich abgeschlossen.

Berufsbildung

Im Rahmen der Neuausrichtung des Berufsvorbereitungsjahres wurden die Stofflehrpläne und Kompetenznachweise der Berufswahlschule, der Werkjahrschule sowie der Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule neu erarbeitet.

Berufswahlschule (BWS)

Die Schülerzahlen und Anschlussquoten haben sich wiederum gut entwickelt.

96 % der 96 Schüler und Schülerinnen des Schuljahres 2008/2009 hatten nach dem Besuch der BWS eine Anschlusslösung.

Die Homepage der BWS wurde neu gestaltet (www.bws-winterthur.ch). Die aktuelle Anzahl Schülerinnen und Schüler für das Schuljahr 09/10 beläuft sich auf 99. Damit sind fast alle 100 Ausbildungsplätze belegt. Mit einem Klassenlager starteten die fünf Klassenlehrerinnen

und -lehrer an verschiedenen Orten in der Schweiz. Damit soll der Klassenteamgeist gefördert und mit der Erarbeitung eines persönlichen Stärken- und Schwächenprofil der einzelnen Schülerinnen und Schüler eine erste Basis für die Berufswahl geschaffen werden.

Werkjahrschule (WJS)

Alle 57 Lernenden der WJS konnten im Sommer 2009 eine Anschlusslösung vorweisen, 80 % eine drei- bis vierjährige Lehre, 20 % eine zweijährige Berufsbildung oder ein Praktikum. Damit hat die Schule ihren Auftrag erfüllt. Mit der Akkreditierung des neuen Schullehrplans und der Angebotsprofile hat auch das Team der WJS ein wichtiges Ziel erreicht. Im laufenden Schuljahr wird der Schullehrplan erprobt. Höhepunkte des Schuljahres waren die Bewerbungstrainings mit Wirtschaftsvertretern, der Elternanlass mit Fachreferat, die kulturellen Anlässe, der Jubiläums-Flohmarkt, die Präsentation der Projektarbeiten durch die Lernenden und zum Abschluss des Schuljahres die Theateraufführung.

Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS)

2009 stand für die HFS der Umzug in ein neues Schulhaus im Vordergrund. Bevor dieses jedoch bezogen werden konnte, mussten erst noch die ganzen Umbauten an der Rudolf Diesel-Strasse fertig gestellt werden. In den Sommerferien fand der Umzug statt.

Die Lehrpersonen haben sich gut und schnell eingelebt und der Betrieb konnte ordnungsgemäss aufgenommen werden. Die Nachbarschaft musste sich ebenfalls erst an über 230 Schüler in ihrer unmittelbaren Umgebung gewöhnen, was zu Beginn des Schuljahres einige klärende Gespräche bedurfte. Schwieriger gestaltet sich die Situation in den Pausen und über die Mittagszeit, da es noch keinen Aufenthaltsraum für die Schülerinnen und Schüler gibt. Vor allem in der kalten Jahreszeit ist die Situation angespannt, da sie sich mangels anderer Möglichkeiten sogar in den Treppenhäusern aufhalten. Durch die Miete eines zusätzlichen Raumes im Erdgeschoss der Liegenschaft kann diese Situation auf Frühjahr 2010 verbessert werden.

Die Abschlusserfolgsquote des Jahrgangs 2008/2009 liegt bei 94 %.



Eingang der Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule an der Rudolf Diesel-Strasse



Für Zwischenverpflegung beim Umzug ist gesorgt: Am letzten Schultag haben alle HFS Lehrpersonen ihre Ware eingepackt.

msw-winterthur

Für 55 Lernende (Vorjahr ebenfalls 55) endete am 4. Juli 2009 ihre Lehre mit dem alljährlichen Abschlussfest. Die jungen Fachkräfte verliessen die msw-winterthur mit einem Gesamtnotendurchschnitt über alle Berufe von 4.82 (Vorjahr 4.86).

Drei Teams nahmen 2009 bei Schweizer Jugend forscht teil. Die beiden Projekte «Visual Free Driver» und «PLATRIX – Die energiesparende Plättchenanzeige» erhielten das Prädikat «sehr gut» und der «Elektrische Flaschenöffner» ein «gut». Der zweite Höhepunkt fand mit der Prämierung der Darwin 21-Arbeiten an der go.automation Messe im

Herbst statt. Die Projektaufgabe bestand darin, mit einem Roboter Emotionen darzustellen. Diese Aufgabe löste das msw-Team mit Philipp Weber, Christian Rüegg (beide Automatiker) und Felix Wassmer (Polymechaniker) unter der Leitung von Michael Sreta sensationell. Das Team errang den ersten Platz in der «Expert»-Wertung. Ein riesiger Erfolg, kamen doch die meisten anderen Teams von Höheren Fachschulen und Fachhochschulen.

Trotz Wirtschaftskrise konnte die msw-winterthur ihr Budget einhalten. Die Berufsreform wurde für die Berufe Polymechaniker, Elektroniker und Automatiker umgesetzt. Erstmals starteten 2009 die jungen Berufsleute nach dem neuen Lehrplan. Wichtigste Neuerung ist das Ausbilden an praktischen Beispielen in enger Zusammenarbeit zwischen Berufsfachschule und Werkstatt. Eine Ausbildungsvorgabe, die sich mit der Struktur der msw-winterthur optimal umsetzen lässt.



Strahlende Sieger an der go.automation Messe: Christian Rüegg, Felix Wassmer und Philipp Weber (v.l.)

Sportamt

Sportförderung – Konzept «Raum für Bewegung und Sport in Winterthur»

Das Konzept ist eine Umsetzungsmassnahme aus dem Leitbild zur Sportförderung der Stadt Winterthur. Am kooperativen Planungsprozess nahmen über 30 Personen aus Sport, Politik, Jugend-, Senioren- und Ausländerorganisationen, Naturschutz, Quartiervereinen und dem Gesundheitsbereich teil. Sie brachten ihre Erfahrungen zur Erarbeitung von praxisorientierten Leitlinien und Handlungsempfehlungen ein, damit die gebaute Sportinfrastruktur breit genutzt, der städtische Raum bewegungsfreundlich gestaltet und die bestehenden Bewegungsmöglichkeiten gesichert werden. Diese Erkenntnisse werden Anfang 2010 in einem Synthesebericht festgehalten, welcher die Grundlage für das zu erarbeitende Konzept «Raum für Bewegung und Sport» ist. Da dieses Pionierprojekt auch auf dem sportpolitischen Konzept des Bundes basiert, wurde es von vier Bundesämtern und der kantonalen Fachstelle Sport mitfinanziert und ideell unterstützt.



Bewegung gehört in Winterthur zum Alltag

Sportförderung – Benützungsverordnung der Schul- und Sportanlagen gewinnt den «anderen Sportpreis» des Kantons Zürich

In Winterthur stehen die Sportanlagen, Schulhauswiesen und -plätze an sieben Tagen pro Woche der Öffentlichkeit zur Verfügung. Diesen grossen Beitrag an die Sport- und Bewegungsförderung und die damit verbun-



Laureus cavallo – ein neues Pferdesportangebot



Früh übt sich, wer ein Meister werden will.

den Vorbildwirkung für andere Gemeinden belohnt der Kanton mit dem mit 8000 Franken dotierten «anderen Sportpreis».

Sportförderung – Schulsportkurse

Die über 80 freiwilligen Schulsportkurse wurden zielgruppenorientiert erweitert. So finden neu Kurse im Mädchenfussball, Dance Mix und Selbstverteidigung für Mädchen statt. Damit wird vor allem auch die Stärke des freiwilligen Schulsports ausgebaut, welcher Mädchen besser anzusprechen vermag als der Vereinssport. Das «Schulsporterlebnis» mit 500 Kindern in der Eulachhalle war ein Höhepunkt und zeigt die positive Wirkung des freiwilligen Schulsportes.

Ebenfalls erweitert wurden die Programme «Move» (für Unterstufenkinder mit motorischem Förderbedarf), das neu in vier Schulkreisen stattfindet und «Talent eye» (für motorisch Hochbegabte), das in zwei Staffeln mit total 60 Kindern durchgeführt wird.

«Laureus cavallo» heisst das neue Pferdesportangebot für sozial benachteiligte Kinder. Dank der finanziellen Unterstützung der Stiftung Laureus können 20 Kinder aus wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen wöchentlich gratis einen Reitnachmittag erleben. Während den Herbstferien fand das erste Reitlager statt.

Sportförderung – Erhöhung Jugendsportfördergelder

Die Beitragsleistungen wurden im 2009 von 110 000 auf 150 000 Franken erhöht. Gleichzeitig fand eine Angleichung der beitragsberechtigten Altersgruppe an das neue Jugend und Sport-Alter des Bundes statt. Von den Fördergeldern profitierten neu 4500 Kinder und Jugendliche im Alter von fünf bis zwanzig Jahren aus rund 70 Sportvereinen.

Sportanlagen – Schwimmbäder

Im Rahmen der anstehenden Gesamtanierung des Hallenbades Geiselweid konnte die Sanierung des Flachdaches abgeschlossen werden. Für die übrigen Vorhaben (Gebäudehülle, Beckenumgänge, Garderoben/Duschbereich und Eingangsbereich) werden Projekt und Kostenanschlag erarbeitet.

Im Schwimmbad Wolfensberg wurde zu Lasten des Hedwig und Zygmunt Luciak-Fonds der Kleinkinderbereich neu gebaut.

Für die Gesamtanierung des Schwimmbades Oberwinterthur wurden das Raumprogramm und das Pflichtenheft mit der Genossenschaft bereinigt und ein Planerwahl-



Plausch für die Kleinsten im Wolfli

verfahren durchgeführt. Aus 20 Bewerbungen wählte man ein Planerteam aus.

Sportanlagen – Fussballplätze

Im Hinblick auf die dringende Sanierung oder den Neubau des Fussballstadions Schützenwiese wurde eine Standortevaluation durchgeführt. Auf Grund des Ergebnisses gab der Stadtrat am heutigen Standort ein Erneuerungskonzept mit dem für die Super League vorgegebenen Minimalraumprogramm und einem angestrebten Kostendach von 10 Mio. Franken in Auftrag.

Auf der Sportanlage Hegmatten wurde ein Kunstrasen und auf der Sportanlage Sporrer die Beleuchtung für den Hauptplatz erstellt.

Eine Studie, welche die erforderlichen organisatorischen und baulichen Massnahmen in Bezug auf die Prävention sexueller Übergriffe aufzeigt, wurde erstellt und die Handlungsempfehlungen schrittweise umgesetzt. Für 2010 sind folgende organisatorische Massnahmen geplant: Das Sportamt bietet vier verschiedene Weiterbildungsveranstaltungen für Winterthurer Vereine an. Eine Kontaktperson zum Thema muss in jedem Verein bestimmt und den Mitgliedern und Eltern der Kinder bzw. Jugendlichen bekannt gegeben werden. Weiter muss im Vereinsorgan über die Präventionsmassnahmen vor sexuellen Übergriffen informiert werden. Zusätzlich werden die Reservationsstelle im Sportamt und die Hauswarte der Prävention die nötige Aufmerksamkeit schenken. Die



Kunstrasen im Winter

vorgeschlagenen baulichen Massnahmen werden im Rahmen der budgetierten Eingriffe in den Garderoben der Schul- und Sportanlagen umgesetzt.

Sportanlagen – Eishalle

Die Eissportanlage befindet sich in einem guten Zustand. Neben dem Eislaufbetrieb hat die Durchführung von 12 Grossveranstaltungen wieder gezeigt, dass die Eishalle sich auch als Eventhalle eignet.

Sportanlagen – Internationales Zentrum für Leistungs- und Breitensport (IZLB)

Im Hinblick auf eine Realisierung des IZLB in einer Public Privat Partnership konnte zwischen den Initianten und der Stadt eine Entwicklungsvereinbarung abgeschlossen und die Vertragswerke erarbeitet werden. Gemeinsam wurde ein Architekturwettbewerb lanciert. Die Wettbewerbsergebnisse werden im Frühling 2010 vorliegen.

Sportanlagen – Weitere Infrastrukturvorhaben

Dem Kavallerieverein Winterthur konnte im Hinblick auf den Neubau einer Reitsportanlage auf dem Sporrer durch Beschluss des Grossen Gemeinderats ein Investitionsbeitrag von 300 000 Franken überwiesen werden. Die Anlage ist im Rohbau bereits erstellt.

Departement Soziales

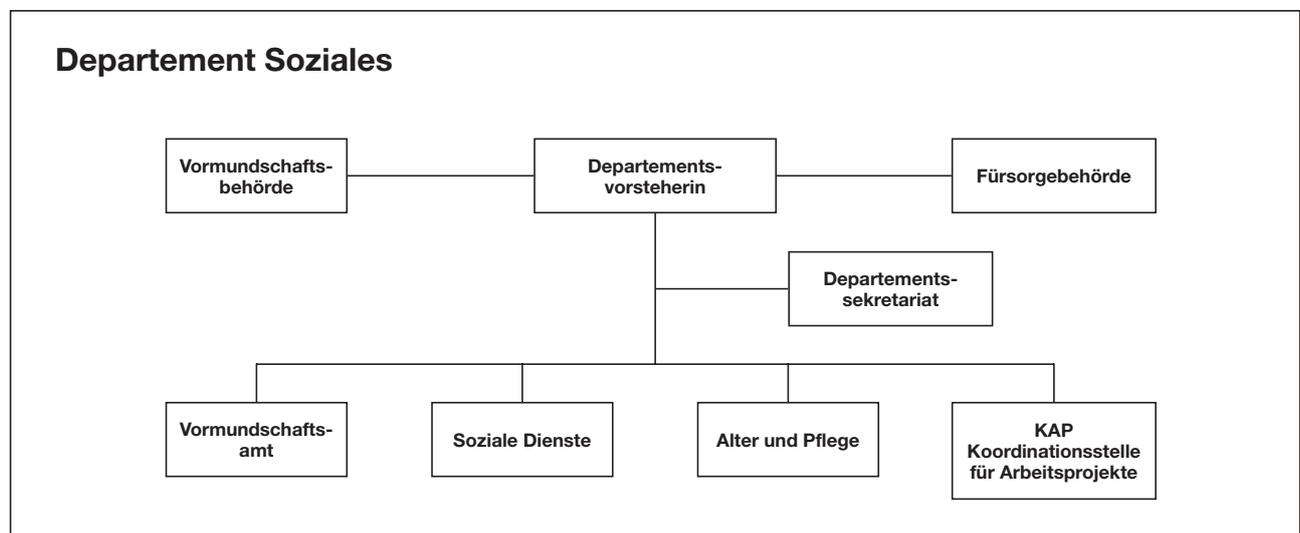
Dass das Departement Soziales Leistungen für verschiedenste Bevölkerungsgruppen und bei Schwierigkeiten in den unterschiedlichsten Lebenslagen erbringt, zeigte sich im Berichtsjahr exemplarisch. So reichten die Themen, welche die Verantwortlichen beschäftigten, vom Jugendschutz, zu Lebensfragen im Alter oder Angeboten für randständige Menschen, zur Existenzsicherung für Familien, bis zur Arbeitsintegration und Prävention im Gesundheitsbereich.

Im Departementssekretariat wurden die einzelnen Geschäfte vorbereitet und zwischen den Bereichen und mit anderen Departementen koordiniert. Insbesondere das Projekt «Umzug der Anlaufstelle DAS» erforderte eine Abstimmung zwischen verschiedensten Beteiligten. Die im Jahr 2006 geschaffene Fachstelle Gesundheit konnte sich weiter als Koordinationsstelle und Drehscheibe in gesundheitspolitischen Fragestellungen positionieren. Vorangetrieben wurde insbesondere auch die Zusammenarbeit mit der ZHAW (Projekt «GeWint» zur integrierten Gesundheitsversorgung).

Auf Einladung des Departements Soziales fand im November die Herbstkonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik statt, an welcher Vertreterinnen und Vertreter der Sozialdepartemente aller grösseren Schweizer Städte teilnahmen, und wo man sich mit Ansätzen und Möglichkeiten zur Armutsprävention befasste. Für die Stadt Winterthur, wie für die meisten Städte, waren die vergangenen Jahre nicht nur durch eine Zunahme der Fallzahlen in der Sozialhilfe geprägt, sondern auch durch die Tatsache, dass einer immer grösseren Gruppe von Menschen der Ausstieg aus der Sozialhilfe und die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nicht mehr gelingt. Sozialhilfebezug und damit prekäre Lebensumstände und Perspektivenlosigkeit scheinen sich für sie zu verstetigen. Für die Städte als für die soziale Sicherung zuständige unterste föderale Ebene ergibt sich dadurch nicht nur eine steigende finanzielle Belastung, sondern auch die Notwendigkeit, Anstrengungen gegen eine soziale Spaltung der Gesellschaft zu unternehmen. Einig ist man sich vor diesem Hintergrund, dass Massnahmen, die präventiv gegen die Armut wirken, wie die Ausbildung von Jugendlichen oder die Frühförderung von Kindern, noch gezielt ausgebaut werden müssen.

Die bereits erwähnte Verlegung der Anlaufstelle DAS an die Zeughausstrasse wurde im vergangenen Jahr vorbereitet. Im Frühjahr konnte der Stadtrat eine positive Zwischenbilanz des Projektes Merkur ziehen, welches departementsübergreifend 2008 eingeleitet worden war, um der unerfreulichen Situation im Bereich des Musikpavillons entgegenzutreten. Das Projekt hatte insbesondere gezeigt, dass repressive Massnahmen alleine nicht zum Ziel führen, sondern dass es flankierende Massnahmen im sozialen Bereich braucht. Das Departement Soziales hatte entsprechende Sofortmassnahmen ergriffen: Die Betriebszeiten der Anlaufstelle für Randständige DAS wurden ausgedehnt, und zusammen mit einer Gruppe von Betroffenen wurde im alten Schützenhaus für den Winter ein Aufenthaltsraum geschaffen. Die flankierenden Massnahmen im Sozialbereich galt es sodann konsequent weiterzuführen. Unter anderem wurde die Verlegung der DAS an einen neuen Standort nötig. Es zeigte sich, dass die Räumlichkeiten der DAS an der Meisenstrasse angesichts der gestiegenen Anforderungen nicht ideal sind. Insbesondere fehlt ein Aussenraum. In der Liegenschaft an der Zeughausstrasse 76 konnte ein idealer neuer Standort gefunden werden, und der Stadtrat unterbreitete dem Grossen Gemeinderat einen Antrag für einen Umbaukredit. Gegen den Kreditabschluss des Grossen Gemeinderates wurde das Referendum ergriffen, worauf die Winterthurer Stimmbevölkerung am 29. November über das Geschäft zu entscheiden hatte. Mit einem Mehr von 62.1% wurde die Vorlage angenommen. Dies ist ein klarer Entscheid der Stimmbevölkerung und zeigt, dass die Winterthurer Bevölkerung solidarisch ist mit Menschen am Rande der Gesellschaft und man anerkennt, dass diese einen Ort brauchen, an dem sie sich aufhalten können. Zurzeit ist das Bauvorhaben indessen durch eine Stimmrechtsbeschwerde des Referendumskomitees beim Bezirksrat sowie Einsprachen gegen die Baubewilligung blockiert.

Im Altersbereich konnte die Zusammenarbeit mit Privaten weiter gestärkt werden. Gemeinsam wurden Veranstaltungen durchgeführt oder Broschüren publiziert, die älteren Menschen in Winterthur aufzeigen, wie sie im Alter möglichst gut leben können, die Informationen über das bestehende Angebot liefern und Fragen in Zusammen-



hang mit dem Alter beantworten. Ziel ist es, im Rahmen einer aktiven Alterspolitik älteren Menschen ein differenziertes Angebot an Wohn-, Betreuungs- und Pflegemöglichkeiten zu bieten, so dass ihre Lebensqualität so lange als möglich erhalten bleibt. Stationäre und ambulante Angebote bilden dafür die zwei strategischen Hauptschienen. Sie werden gemäss dem Grundsatz «ambulant vor stationär» priorisiert. «Ambulant vor stationär» bedeutet, dass alte Menschen so lange als möglich gut zu Hause wohnen können. Die Verfeinerung und Erweiterung der ambulanten Versorgung entspricht also der Wunschlebensqualität der Winterthurerinnen und Winterthurer. Dazu gehören bedarfsorientierte Dienstleistungen von der Spitex bis zur Siedlungsbetreuerin. Um dies umzusetzen, braucht es Angebote im Quartier und in der kleinräumigen Umgebung. Das Modell «Quartierskonzept» gilt dabei als zukunftssträchtig und wird vom Departement Soziales in der kommenden Zeit gezielt weiterverfolgt. Ein erster Schritt ist erfüllt mit den in allen Stadtkreisen angesiedelten Spitex-Zentren und dem Angebot an Wohn- und Pflegeplätzen.

Das im Frühjahr 2008 lancierte Projekt eines Ausbildungsrestaurants im Römerpark, welches durch die KAP Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte betrieben wird, hat an Kontur gewonnen. Insbesondere im Sommer war es aufgrund seiner schönen Lage im Grünen ein beliebter Treffpunkt über Mittag. Im Alltag zeigt sich indessen, wie ambitiös die Ziele waren, welche man sich bei der Lancierung des Projektes gesetzt hatte: zwar konnte der Umsatz gesteigert werden, doch entwickelte er sich nach wie vor weniger gut als prognostiziert. Als Massnahme zur Kosteneinsparung wurden im Herbst die Öffnungszeiten angepasst. Dies darf jedoch nicht den Erfolg vergessen machen, welchen das Ausbildungsrestaurant bei seiner wichtigsten Zielsetzung aufweisen kann, nämlich jungen Menschen mit schwachem schulischen Rucksack zu einer Ausbildung zu verhelfen. So sind die Verantwortlichen stolz darauf, dass fünf von sechs Jugendlichen ihre Ausbildung abgeschlossen haben.

Vormundschaftsamt

Die Anzahl neuer Klientinnen und Klienten im Vormundschaftsamt stieg erneut an, wobei 2232 (1949) neue vormundschaftliche Verfahren eröffnet und 2147 (1967) Verfahren abgeschlossen wurden. Per Ende Jahr waren noch 596 (524) Verfahren pendent. Sowohl bei den laufenden vormundschaftlichen Verfahren als auch beim Bestand der vormundschaftlichen Massnahmen per Ende Jahr und den während des Jahres neu errichteten Massnahmen für Erwachsene ist eine deutliche Zunahme zu verzeichnen.

Das Vormundschaftsamt übernahm die Federführung für die Ausarbeitung der städtischen Vernehmlassung über den regierungsrätlichen Konzeptentwurf zur neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. Aufgrund der Totalrevision des Vormundschaftsrechtes ist in rund drei Jahren mit wesentlichen strukturellen Veränderungen bei Behörde und Amt zu rechnen.

Ende Oktober fand in Winterthur die 50. Städtetagung der dreizehn grössten Deutschschweizer Vormundschaftsbehörden statt, welche das Vormundschaftsamt organisiert hatte. Wie jedes Jahr wurde aufgrund von gesammelten Fragestellungen ein spannender und fruchtbarer Erfahrungsaustausch mit den verschiedenen Behörden gepflegt.

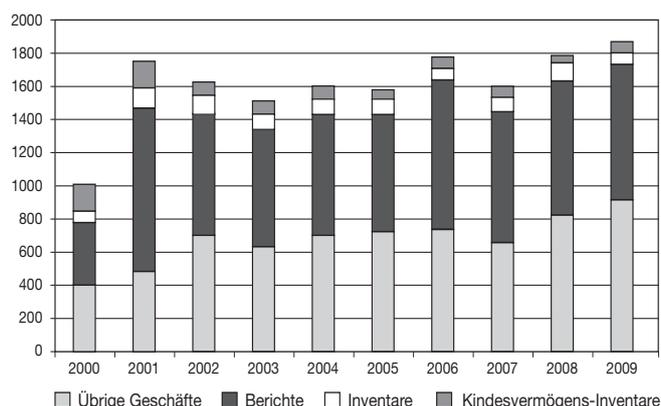
Die Visitation des Bezirksrates im November ist erfolgreich verlaufen, wobei festgestellt wurde, dass die Mitarbeitenden des Vormundschaftsamtes ihre Aufgaben gesetzeskonform, mit grossem Fachwissen und persönlichem Engagement ausüben.

Vormundschaftsbehörde

Infolge Rücktritts eines ehemaligen Behördenmitgliedes wurde auf Jahresbeginn ein neues Mitglied in die Vormundschaftsbehörde gewählt. An vier Plenarsitzungen befasste sich die Vormundschaftsbehörde u.a. mit folgenden Themen: Sozialabklärungen des Jugendsekretariates, Prüfung von Rechenschaftsberichten, Vorgehen bei unkooperativen Klienten, Zusammenarbeitsformen mit den mandatsführenden Stellen. Zusätzlich wirkte eine Delegation der Behörde zweimal jährlich in den Qualitätszirkeln mit, in welchen gemeinsam mit Mitarbeitenden des Vormundschaftsamtes, des Jugendsekretariates und des Gesetzlichen Betreuungsdienstes konkrete Fälle besprochen und ausgewertet werden. Ziel ist es, die Qualitätssicherung sowie die Zusammenarbeit im Interesse der gemeinsamen Klientinnen und Klienten zu optimieren.

Die Vormundschaftsbehörde erledigte 1858 (1783) Geschäfte, davon 334 (415) in 12 (12) Sitzungen, die übrigen auf dem Zirkulationsweg oder präsidial.

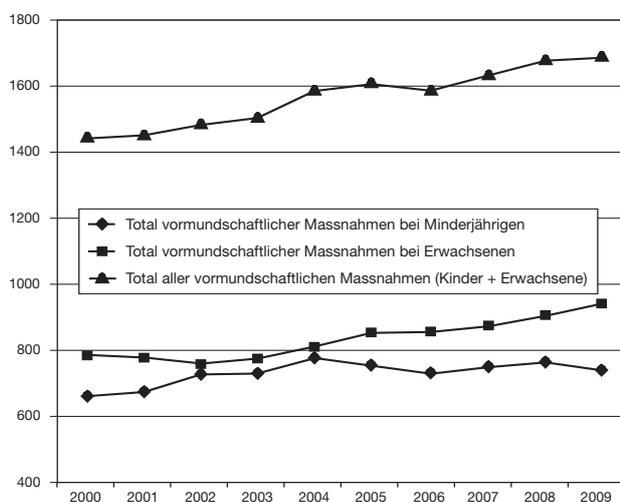
Erledigte Geschäfte



Bestehende vormundschaftliche Massnahmen

	am 31. Dezember 2009 Personen	Vorjahr Personen
<i>Kinder</i>		
Vormundschaften, Art. 368 ZGB	21	29
Beistandschaften	586	586
Beistandschaften, Art. 308 ZGB		
Vaterschafts- und Unterhaltsregelungen, Art. 309/308 ZGB	58	72
Vertretungsbeistandschaften, Art. 392 ZGB	50	55
Prozessbeistandschaften, Art. 146 ZGB	0	6
Verwaltungsbeistandschaften, Art. 325 ZGB, davon 3 (3) in Verbindung mit einer Kinderschutzmassnahme	5	3
Kindesvermögenskontrollen, Art. 318 Abs. 3 ZGB	10	10
Vormundschaftliche Aufsichten, Art. 307 ZGB	5	2
Total	735	763
<i>Erwachsene</i>		
Vormundschaften		
Geisteskrankheit, Geistesschwäche, Art. 369 ZGB	142	143
Trunksucht, Verschwendung, Misswirtschaft, Art. 370 ZGB	7	7
Eigenes Begehren, Art. 372 ZGB	54	56
Beistandschaften		
Vertretungsbeistandschaften, Art. 392 ZGB	8	9
Verwaltungsbeistandschaften, Art. 393 ZGB	2	2
Vertretungs- und Verwaltungsbeistandschaften, Art. 392/393 ZGB	591	546
Eigenes Begehren, Art. 394 ZGB	143	142
Beiratschaften, Art. 395 ZGB	8	9
Vorläufige Fürsorge, Art. 386 ZGB	2	5
Total	957	919
Kinder	735	763
Erwachsene	957	919
Total	1 692	1 682

Bestand vormundschaftlicher Massnahmen



Ende Jahr wurden 1444 (1445) Massnahmen von beruflichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, 238 (227) von Privatpersonen geführt. Für 10 (10) Aufsichten über das Kindesvermögen war das Sekretariat der Vormundschaftsbehörde zuständig.

Neue Massnahmen

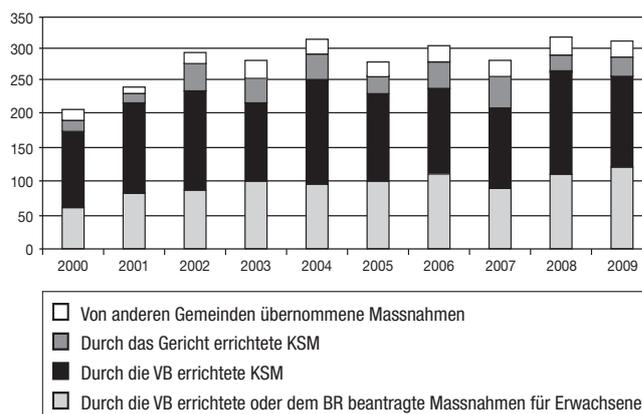
In eigener Kompetenz wurden angeordnet:

- 28 (39) Beistandschaften für Kinder zur Regelung der Vaterschaft und des Unterhaltes
- 6 (2) Beistandschaft zum Abschluss eines Unterhaltsvertrages
- 16 (14) Beistandschaften zur Überwachung des Besuchsrechtes

- 53 (56) Erziehungsbeistandschaften sowie Beistandschaften zur Regelung der finanziellen Interessen, davon 7 (11) in Verbindung mit Obhutsentzug
- 23 (32) Vertretungsbeistandschaften für Kinder
- 3 (9) Vormundschaften für Kinder
- 3 (2) Kindesvermögenskontrollen
- 112 (96) Beistandschaften für Volljährige
- 3 (4) Vormundschaften für Entmündigte

Dem Bezirksrat wurden beantragt:
8 (11) Entmündigungen

Neue Massnahmen



Inventarwesen

73 (100) Inventare wurden aufgenommen einschliesslich Massnahmen zur Sicherung des Erbganges. Zusätzlich wurden 57 (43) Kindesvermögensinventare nach Scheidung oder Trennung sowie für Kinder nicht verheirateter Eltern aufgenommen.

In 1 (10) Fall musste dem Bezirksrat die Ausschlagung des Nachlasses beantragt werden.

Berichtsprüfung

906 (809) Rechenschaftsberichte von Mandatspersonen und 4 (6) Elternberichte über Kindesvermögen wurden geprüft und abgenommen. Zum Teil mussten sie ergänzt, abgeändert oder ganz für den Berichtersteller oder die Berichterstellerin erstellt werden.

11 (14) Kinderkrippen-Aufsichtsberichte wurden genehmigt.

Rechtsgeschäfte

Über folgende Rechtsgeschäfte war zu beschliessen:

Verkauf von Liegenschaften	9	(9)
Erteilungsverträge	13	(13)
Zustimmungen zur Haushaltsliquidation	21	(9)
Prozessführungen, Vergleiche, Darlehensaufnahmen usw.	7	(10)
Zustimmung zu Vermögensanlagen	2	(3)
Unterhaltsverträge	78	(118)

Adoptionen

Volladoptionen	4	(3)
Stiefkindadoptionen	3	(9)

Unterbringungen

Nach den gesetzlichen Bestimmungen der fürsorglichen Freiheitsentziehung mussten 2 (4) erwachsene Personen untergebracht werden.

Gestützt auf das Kindesrecht in Verbindung mit den Vorschriften der fürsorgerischen Freiheitsentziehung wurden 9 (10) Kinder/Jugendliche in einem Heim platziert. Nach dem Kindesrecht wurden 9 (6) Pflegeplätze und 1 (7) Heimplatz für Kinder durch Beschluss abgesichert. 2 Jugendlichen wurde die Bewilligung erteilt, ausserhalb des elterlichen Haushaltes zu wohnen.

Regelung der gemeinsamen elterlichen Sorge

Nach Art. 134 Abs. 3 ZGB wurde für 7 (1) Kinder die elterliche Sorge neu geregelt.

Nach Art. 298a Abs. 1 und 2 ZGB wurde für 112 (95) Kinder das gemeinsame Sorgerecht geregelt.

Beschwerden

Der Bezirksrat traf im Rechtsmittelverfahren gegen Beschlüsse der Vormundschaftsbehörde folgende Entscheide: Er wies 11 (7) Beschwerden ab. 8 (9) Beschwerdeverfahren endeten durch Rückzug der Beschwerde oder wurden gegenstandslos. Auf 1 (2) Beschwerde wurde nicht eingetreten. Das Obergericht hat 4 (1) Rekurse abgewiesen. Das Bundesgericht ist auf 1 (1) Berufung nicht eingetreten.

Verschiedenes

Von Gerichten gingen Mitteilungen über 147 (106) Ehescheidungen sowie 2 (2) Scheidungsabänderungen und 12 (14) Ehetrennungen ein, die zu 33 (23) Beistandschaften nach Art. 308 ZGB führten.

9 (9) Bewilligungen zur Aufnahme eines Pflegekindes wurden erteilt.

12 (15) Betriebsbewilligungen wurden an Kinderkrippen erteilt.

Die Vormundschaftsbehörde erteilte 6 (4) Personen die nötige Hilfestellung bei der Suche nach ihrer Abstammung.

Vermögensverwaltung

In der amtseigenen Schirmlade, in vormundschaftlichen Depots und Konti bei der Zürcher Kantonalbank und bei anderen Banken sind an Wertschriften, Sparguthaben und Wertsachen 70 548 216.93 Franken deponiert. Darin enthalten sind 3 (20) freie Depots mit einem Bestand von insgesamt 28 296.85 Franken.

Ende Jahr bestanden 10 (10) Aufsichten über das Vermögen von Kindern, welche unter elterlicher Sorge eines Elternteils stehen. Das beaufsichtigte Kindesvermögen betrug Ende 2009 2 426 438.01 Franken.

Soziale Dienste

In Zeiten einer Rezession sind die Sozialen Dienste gefordert. Die steigenden Arbeitslosenzahlen haben zu deutlich mehr Anmeldungen bei der Sozialhilfe geführt. Aber auch die zu führenden vormundschaftlichen Massnahmen oder die Zusatzleistungen zur AHV/IV sind angestiegen. Die Zahl der Personen, welche ohne fremde persönliche oder finanzielle Hilfe den Alltag nicht meistern können, steigt aus unterschiedlichen Gründen an. Und nicht alle lassen sich in den Arbeitsprozess oder die Gesellschaft reintegrieren. Auch wenn die entsprechenden Angebote laufend verbessert werden mit dem Ziel, möglichst vielen Betroffenen eine Beschäftigung oder das Erlernen von wichtigen Kompetenzen zu ermöglichen, bleiben Menschen, für die ein wirtschaftlich unabhängiges Leben praktisch unerreichbar bleibt.

Eine Gruppe bilden die Personen, welche sich am Rande der Gesellschaft bewegen und die Anlaufstelle an der Meisenstrasse rege nutzen. Im Herbst hat das Winterthurer Stimmvolk einem Umzug der Anlaufstelle an die Zeughausstrasse 76 zugestimmt, was die zurzeit schwierigen räumlichen Verhältnisse verbessern wird.

Sozial- und Erwachsenenhilfe

Sozialhilfe gemäss Sozialhilfegesetz

Zentrale Anlaufstelle ZAS

Hauptaufgabe der ZAS ist die Triage und die Abklärung des Sozialhilfeanspruches von Hilfesuchenden sowie Dienstleistungen im Bereich der persönlichen Hilfe, ohne dass es zu einem Sozialhilfebezug kommen muss. Dabei geht es meist um Hilfeleistungen bei komplexen Sozialversicherungsfragen oder um eine einmalige Finanzierung über einen Fonds oder eine Stiftung.

Im Vergleich zum Vorjahr wurden mit 1970 (1672) Sozialhilfesuchen deutlich mehr Abklärungen durchgeführt. 1096 (1145) dieser Gesuche führten zu einer finanziellen Unterstützung, davon wurden 985 (857) als Neuzugänge in die Sozialhilfe aufgenommen. Rund 67% (65%) der neuen Fälle wurden in der ZAS geführt und abgeschlossen, da andere, der Sozialhilfe vorgelagerte Leistungen erschlossen, oder die Problemstellungen innerhalb von fünf Monaten gelöst werden konnten. Weitere 294 (285) Fälle erhielten persönliche Hilfe in Form von Kurzberatungen.

Eine deutliche Zunahme ist bei den Anmeldungen zu verzeichnen, die Arbeitslosigkeit als Hauptgrund für die wirtschaftliche Notlage nennen (579, im Vorjahr 416). Auch die Anzahl der Anmeldungen aufgrund Aussteuerung (192, im Vorjahr 138) ist deutlich gestiegen.

Die Zugangssteuerung zum Sozialhilfebezug unter dem Leitgedanken «Arbeit vor Sozialhilfe» bewährt sich nach wie vor. Arbeitsfähigen Personen ohne Betreuungspflichten, welche wirtschaftliche Hilfe beantragen, wird die Möglichkeit geboten, kurzfristig in das Arbeitsprojekt Passage einzusteigen. Während des einmonatigen Einsatzes werden die Integrationschancen der Teilnehmenden umfassend abgeklärt und sie werden bei ihren Bemühungen um eine Stellensuche intensiv begleitet. 300 (259) Personen konnte dieses Angebot unterbreitet werden. 249 (211) Personen meldeten sich bei der KAP und 188 (153) Personen leisteten schliesslich einen Einsatz. Die übrigen verzichteten auf das Angebot, meldeten sich aber auch nicht mehr für den Sozialhilfebezug. 24 (25) Personen fanden aus dem Einsatz eine reguläre Stelle. 4 (5) Teilnehmende erwarben einen neuen Anspruch auf Leistungen

der Arbeitslosenversicherung und 5 (14) Personen fanden eine anderweitige Lösung. 131 (119) Personen meldeten sich nach dem Einsatzmonat zum Bezug von Sozialhilfe an. Erneut hat Passage deutlich gemacht, dass viele arbeitsfähige Hilfesuchende die geforderte Eigenverantwortung übernehmen und den Arbeitseinsatz als Chance für ihren Berufseinstieg nutzen können.

Arbeitsintegration von erwachsenen Sozialhilfe Beziehenden

Das Fachteam für berufliche Integration Work-in befasst sich mit der Integration von arbeitsfähigen Sozialhilfe Beziehenden. Fachpersonen der Sozialhilfe, des kantonalen RAV sowie der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte KAP arbeiten interinstitutionell eng zusammen.

In vier Unterteams bietet Work-in folgende Unterstützung an:

- Die Fachberatung vermittelt den Mitarbeitenden der Sozialberatung in durchschnittlich 36 (41) Fällen monatlich Fachwissen und gibt Zweitmeinungen zur Integrationsplanung ab.
- Das Abklärungsteam führte für 21 (18) Fälle monatlich vertiefte Assessments durch. 9 (10) Personen monatlich absolvierten zusätzlich den Abklärungsmonat «Kompass» mit dem Ziel, das Eingliederungspotential in einer realen Arbeitssituation zu erfassen. Das Abklärungsteam erarbeitet für jeden Fall einen Integrationsplan und leitet alle notwendigen Schritte für die Zuweisung in die geeignete Massnahme ein (Bewerbungscoaching, Arbeitstraining, Qualifizierungsmassnahmen, u.a.).
- Work-in-Mitarbeitende des RAV prüfen mögliche Anspruchsberechtigungen von Sozialhilfe Beziehenden auf Arbeitslosentaggelder.
- Eine weitere Spezialität des Work-in ist die Tandemfallführung, bei der eine RAV-Mitarbeiterin und eine Mitarbeiterin der Sozialberatung zusammen einen Fallbestand aus RAV- und Sozialhilfefällen führen. 57 (61) Personen konnten von der intensiven Begleitung bei der Stellensuche und dem zweifachen Know-how-Einsatz profitieren, 11 (15) von ihnen haben bereits eine Stelle gefunden und drei haben einen Anspruch auf Arbeitslosentaggelder geltend gemacht.

2009 arbeiteten insgesamt 207 (113) Sozialhilfe beziehende Personen in einer Teillohnbeschäftigung bei der KAP. In diesem Zeitraum haben 108 Austritte stattgefunden, davon traten 32 Personen eine Stelle an. In einer Teillohnbeschäftigung der Dock AG arbeiteten im Laufe des Berichtjahres 82 (52) Personen, 23 Austritte waren zu verzeichnen, davon haben fünf Personen eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt angetreten. Vorübergehende Beschäftigung, Arbeitstraining und Qualifikation in Beschäftigungsprogrammen der KAP erhielten 2009 23 (84) Sozialhilfe Beziehende. Der deutliche Rückgang in dieser Sparte ist damit zu erklären, dass Sozialhilfe beziehende Personen vermehrt den Teillohnstellen zugewiesen wurden.

Arbeitsintegration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Die Fachstelle für junge Erwachsene begleitete im Laufe des Jahres 93 (62) Personen. 53 (34) junge Menschen stiegen neu in ein Arbeitsintegrationsprojekt (hauptsächlich Trampolin) ein und 18 (9) starteten mit einem Praktikum. 15 (9) Jugendliche und junge Erwachsene begannen eine Ausbildung und weitere 6 konnten mit einer durch die Invalidenversicherung finanzierten Ausbildung beginnen. Zudem hatten Ende 2009 4 (7) Personen eine Lehrstellenzusage für den Lehrbeginn im Sommer 2010. Bis zum Lehrstellenantritt arbeiten sie in Übergangslösungen.

15 Personen haben in einer niederschweligen Motivationsmassnahme teilgenommen.

Sozialhilfestatistik

	2009	2008	Differenz
Anzahl Unterstützungsfälle ¹	2 608	2 593	+ 0,6 %
Anteil Alleinstehende in eigenem Haushalt	44,4 %	46,5 %	- 2,2 %
Anteil Alleinstehende in Heimen oder Pflegefamilien	19,9 %	18,0 %	+ 1,9 %
Anteil Alleinerziehende	18,5 %	18,8 %	- 0,3 %
Anteil (Ehe-/Konkubinats-)Paare	17,3 %	16,7 %	+ 0,6 %
Anzahl Fallzugänge	955	857	+ 11,4 %
Einige häufige Unterstützungsmerkmale			
Arbeitslos (ALV/ALH, Bezug oder in Abklärung)	14,9 %	14,1 %	+ 0,8 %
Ausgesteuert	17,0 %	18,7 %	- 1,7 %
Zu geringes Erwerbseinkommen trotz voller Erwerbstätigkeit	2,3 %	1,9 %	+ 0,4 %
Suchtproblematik	15,2 %	15,7 %	- 0,4 %
Scheidung, Trennung	24,7 %	24,0 %	+ 0,7 %
Wohnverhältnisse			
Anteil Personen in eigenen Haushalten	82,8 %	84,3 %	- 1,5 %
Anteil Personen in Heimen oder Pflegefamilien	5,1 %	5,8 %	- 0,7 %
Abschluss der Unterstützung			
Total abgeschlossene Fälle	900	1 131	- 20,4 %
Wichtigste Abschlussgründe			
Wiedererlangen wirtschaftlicher Selbständigkeit	314	421	- 25,4 %
Eingang der Sozialversicherungsleistung	262	372	- 29,6 %
Wegzug	101	95	+ 6,3 %
Unterstützte Personen bezogen auf Bevölkerungszahlen			
insgesamt	4,4 %	4,4 %	+ 0,0 %
Minderjährige	8,3 %	8,5 %	- 0,2 %
18-25-Jährige	4,7 %	4,5 %	+ 0,2 %
Niedergelassene	8,4 %	8,3 %	+ 0,2 %
Kontrollpflichtige Ausländer/innen	8,4 %	8,9 %	- 0,5 %

¹ Nur Fälle mit Unterstützungsbuchungen im Berichtsjahr

Rund 11 % mehr Zugänge und 20 % weniger Abgänge zeigen auf, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sich auch auf die Zahlen der Sozialhilfe auswirken. Die kumulierte Fallzahl ist mit 0,6 % noch nicht spürbar angewachsen, was auf technische Gründe (Zählweise bei den Fallabgängen) zurückzuführen ist.

Soziale Integration

156 (116) Sozialhilfe Beziehende leisteten im Rahmen des Projekts «Heks-Visite» insgesamt rund 28 000 (23 247) Stunden freiwilliger Arbeit an verschiedenen Einsatzorten (Alters- und Pflegeheime, Mittagstische, Hort usw.).

74 (94) Klientinnen und Klienten, die an den Verein Läbesruum verwiesen wurden, leisteten im Berichtsjahr 22 401 (22 780) Arbeitsstunden im Taglohn.

Sozialversicherungsfachstelle und Rechtsdienst

Alle Fälle aus der Sozialberatung und dem Gesetzlichen Betreuungsdienst, welche eine sozialversicherungsrechtliche Fragestellung beinhalten, werden temporär von der Sozialversicherungsfachstelle geführt. Am Stichtag 31.12.2009 waren dies 482 (282) Fälle. In 54 (43) Fällen wurden Entscheide von Sozialversicherungsorganen mittels Einwand oder Beschwerde angefochten. Die Fachstelle machte im Laufe des Jahres Sozialversicherungsleistungen in der Höhe von total 1 670 000 (2 598 800) Franken geltend. Dieser Rückgang ist einerseits damit zu erklären, dass die Sozialversicherungen deutlich weniger Renten gewähren. Andererseits hat die Fachstelle im Vorjahr die Fälle des Gesetzlichen Betreuungsdienstes übernommen und zusätzliche Leistungen geltend machen können. Diese Fälle sind nun eingerichtet und haben eine sehr geringe Fluktuation, so dass der einmalige Effekt von hohen zusätzlichen Einnahmen vorbei ist. In 2 (2) internen Weiterbildungsveranstaltungen nahmen 20 (17) Mitarbeitende teil und konnten ihr Wissen im Bereich Sozialversicherungen und Arbeitsrecht auffrischen oder vertiefen.

Der Rechtsdienst konnte sein Beratungs- und Schulungsangebot weiter ausbauen; er beantwortete wiederum rund 360 (340) Rechtsfragen von Mitarbeitenden der Sozialberatung und rund 100 (70) Rechtsfragen aus dem Gesetzlichen Betreuungsdienst. Vom Gesetzlichen Betreuungsdienst wurden 25 (18) neue Fälle substituiert beziehungsweise delegiert; am 31.12.09 waren davon 14 (12) noch hängig, 11 (4) konnten mit Zustimmung der Vormundschaftsbehörde und weitere 10 (11) Fälle aus dem Vorjahr abgeschlossen werden. Im Weiteren wurde bei rund 24 (8) Einsprachen mitgewirkt sowie 4 (4) Vernehmlassungen zuhanden des Bezirksrats und 12 (5) Einspracheentscheide für die Zusatzleistungen zur AHV/IV verfasst. 7 (5) Rechtsfälle ergaben sich an weiteren Instanzen. Ausserdem verfasste der Rechtsdienst 40 Strafanzeigen für die Sozialhilfe. Davon waren 24 (12) Betrugsfälle und 16 Verletzungen der Meldepflicht (Übertretungsstrafatbestand gemäss Sozialhilfegesetz, neu aufgrund Gesetzesanpassung). Die Verdoppelung der Betrugsfälle ist auf eine Sensibilisierung der Fallführenden und auf das Aufarbeiten älterer Fälle zurückzuführen.

Inkasso Sozialhilfe

Insgesamt wurden 1 549 879.54 (1 548 699.26) Franken an Rückerstattungen von Klientinnen und Klienten verbucht. Neben dem Rückerstattungsgrund «unrechtmässiger Bezug» sind darin freiwillige Rückzahlungen von Sozialhilfe, Rückerstattungen aus Erbschaften und Nachlässen sowie Rückzahlungen von Mietzinsdepots eingeschlossen.

Gestützt auf Art. 328/329 ZGB gingen 46 955 (156 505.80) Franken an Verwandtenbeiträgen ein. Die deutlich tieferen Einnahmen sind auf eine Änderung der entsprechenden Richtlinien zurückzuführen. Die aufgrund von Art. 276 ff. ZGB durch die Inkassostelle verpflichteten Eltern entrichteten 126 204.30 (176 474.85) Franken an Elternbeiträgen.

Fürsorgebehörde

Die Gesamtbehörde führte im Jahr 2009 4 (4) Sitzungen durch. Von den gesamthaft 3169 (2949) gefällten Entscheiden behandelte die Unterstützungskommission an 10 (10) Sitzungen deren 314 (316). Im Wiedererwägungsverfahren behandelte die Unterstützungskommission 46 (40) Einsprachen und die Gesamtbehörde 8 (5) im Einspracheverfahren. Die Geschäftsprüfungskommission führte 4 (4) Sitzungen durch und unterzog rund 66 (118) Klientendossiers einer vertieften Prüfung.

Die Revisionsstelle der Fürsorgebehörde wurde im Berichtsjahr personell verstärkt. Sie überprüfte in 1408 (1463) laufenden Fällen die Anspruchsberechtigung.

Aufwendungen Sozialhilfe

	2009	2008
Brutto-Unterstützungsaufwendungen	54 810 300.55	52 891 055.27
Rückerstattungen (Staatskasse, Versicherungsleistungen, Alimentenbevorschussungen, Heimatbehörden usw.)	21 682 180.11	23 870 666.30
Netto Aufwendungen	33 128 120.44	29 020 388.97

Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

Der Gesetzliche Betreuungsdienst (GBD) berät und betreut hilfs- und schutzbedürftige erwachsene Personen. Bei rund 90% der insgesamt 1186 Klientinnen und Klienten erfolgte die Betreuung im Rahmen einer vormundschaftlichen Massnahme (Beistandschaft, Beiratschaft oder Vormundschaft); bei den übrigen handelte es sich um urteilsfähige, kooperative Personen, welche persönliche

Betreuung und Unterstützung im administrativen Bereich benötigen (persönliche Betreuung nach Sozialhilfegesetz). Bei allen Klientinnen und Klienten umfassen die Dienstleistungen die Erledigung der persönlichen, finanziellen und administrativen Angelegenheiten sowie die Beratung in verschiedensten Lebensbereichen. In der Regel verfügen die Klientinnen und Klienten über wenig eigene Ressourcen und werden langfristig betreut. Zielsetzung ist es, Existenzgrundlagen wie Wohnen, Gesundheitsversorgung, Finanzen und allenfalls stationäre Betreuung sicherzustellen sowie die Interessen der Klienten und Klientinnen zu vertreten. Dabei sollen die Betreuten so weit wie möglich befähigt werden, wirtschaftlich und sozial selbstständig zu leben.

Die Gesamtzahl der geführten Fälle nahm um 5,3% zu (1186, Vorjahr 1128). Dabei stieg die Anzahl vormundschaftlicher Massnahmen (1074, Vorjahr 1022) wie auch die Anzahl Betreuungen nach Sozialhilfegesetz (112, Vorjahr 107). Per Ende Jahr wurden 1104 Personen betreut, 859 davon durch gesetzliche Betreuerinnen und Betreuer. Dies bedeutet gegenüber Jahresbeginn eine Zunahme von über 7%.

Statistik Betreuung durch Gesetzliche Betreuerinnen und Betreuer

	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Per 1.1.	795	743	732	710	693	670
Neuaufnahmen	121	120	125	108	75	81
Total	916	863	857	818	768	751
Davon Betreuung nach SHG*	103	97	74	6	6	
Abschlüsse	57	68				
Per 31.12.	859	795				

* Persönliche Hilfe gemäss Sozialhilfegesetz

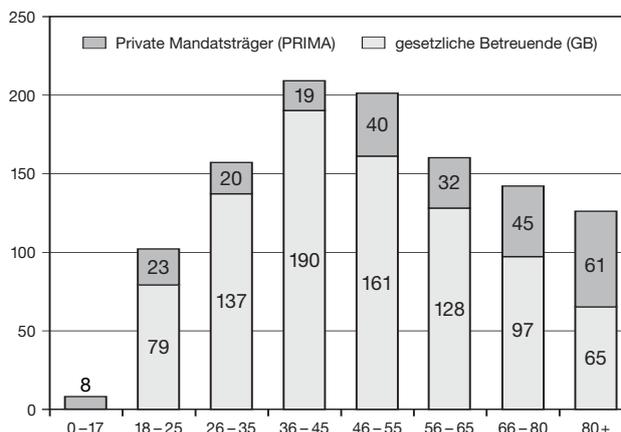
Statistik Betreuung durch Private Mandatsträgerinnen und -träger**

	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Per 1.1.	237	229	208	175		
Neuaufnahmen	33	36	68	50		
Total	270	265	276	225		
Davon Betreuung nach SHG*	9	10	13	6		
Abschlüsse	25	28				
Per 31.12.	245	237				

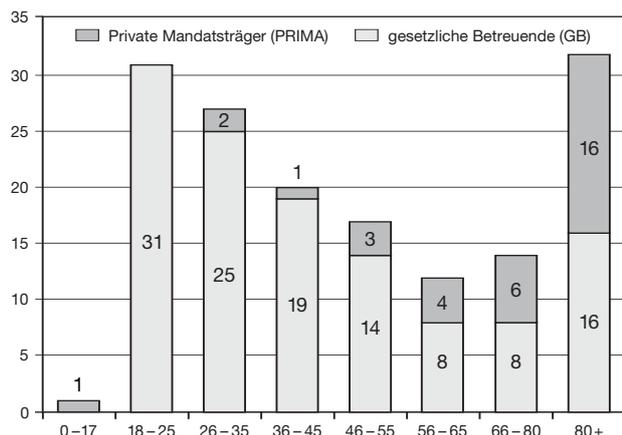
* Persönliche Hilfe gemäss Sozialhilfegesetz
 ** Bis 2005 bei Vormundschaftsamt

Gemäss der Auswertung nach Alterskategorien waren per 31.12.2009 37% der Klienten und Klientinnen im Alter von 36 bis 55 Jahren, 24% hingegen über 65 Jahre alt. Besonders auffällig ist, dass bei den neu aufgenommenen Fällen knapp 20% im Alter von 18–25 Jahren waren. Dabei handelt es sich mehrheitlich um junge Erwachsene mit psychischen Problemen.

Fälle nach Alter und Mandatsführung per 31.12.09



Neuaufnahmen nach Alter und Mandatsführung 2009



Die dem GBD angegliederte Fachstelle für Private Mandate und Freiwilligenarbeit ist zuständig für die Werbung, Schulung und Beratung von Privatpersonen, welche einfachere vormundschaftliche Massnahmen führen oder Klientinnen und Klienten auf freiwilliger Basis betreuen. Neben der Grundschulung bot die Fachstelle Kurse zur Vertiefung in Sach- und Betreuungsthemen sowie den Austausch in Erfahrungsgruppen an. Weiter steht die Fachstelle in den verschiedensten Problemstellungen einer Mandatsführung beratend zur Verfügung. Dank geeigneter Werbemassnahmen wurden im vergangenen Jahr 24 (28) weitere Personen für diese Aufgabe gewonnen. Insgesamt wurden 23% (knapp 25%) der in Winterthur geführten Mandate durch Privatpersonen geführt.

Zusatzleistungen zur AHV/IV

Die Stadt Winterthur richtet Ergänzungsleistungen nach Massgabe der Vorschriften des Bundes und Beihilfen nach Massgabe des kantonalen Gesetzes aus. Zudem gewährt sie Gemeindegzuschüsse nach den Bestimmungen der Verordnung über den Vollzug der Zusatzleistungen zur AHV/IV gemäss Beschluss des Grossen Gemeinderates.

Wie in den letzten Jahren stiegen die Fallzahlen weiter an und erreichen nun bald die Marke von 3400 Fällen. Während die Zahl der Altersrentnerinnen und -rentner mit Zusatzleistungen deutlich zunahm, nahm die Zahl der ZL-beziehenden IV-Rentnerinnen und IV-Rentner nur gering zu, was wohl auf die Auswirkungen der 5. IV-Revision (Früherfassung, Frühintervention usw.) mit Wirkung ab 1. Januar 2008 zurückzuführen ist.

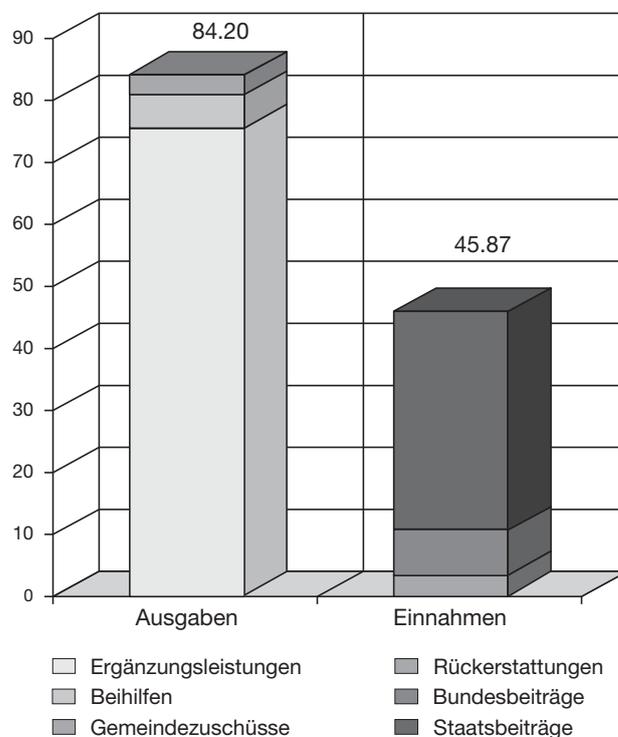
Fallzahlen der Bezügerinnen und Bezüger von Zusatzleistungen zur AHV/IV im Vergleich

	Betagte	Behinderte	Hinterlassene	Total	Veränderung in %
2009	1 683	1 620	86	3 389	2,5%
2008	1 627	1 610	84	3 321	2,8%
2007	1 580	1 568	83	3 231	3,8%
2006	1 544	1 489	81	3 114	2,4%
2005	1 545	1 418	77	3 040	5,5%
2004	1 536	1 273	74	2 883	5,5%
2003	1 548	1 124	61	2 733	6,8%
2002	1 511	995	52	2 558	5,2%
2001	1 494	890	47	2 431	4,9%
2000	1 484	794	39	2 317	8,9%

Die Durchführungsstelle Winterthur übernahm zudem für 3 (3) Gemeinden – Brütten, Dägerlen und Schlatt – in insgesamt 48 (43) Fällen sämtliche Arbeiten im Zusammenhang mit der Ausrichtung von Zusatzleistungen. Die Gemeinden leisten für diese Dienstleistung kosten-deckende Beiträge.

Auszahlung und Gesuche

In Mio Fr.



Leistungen der Stadt Winterthur für Zusatzleistungen zur AHV/IV im Vergleich:

Jahr	brutto	Rück- erstattungen	netto	Beitrag Bund	Beitrag Staat	Beiträge total	zulasten Stadt	Härtekredit übrige	zulasten Stadt
2009	84 197 920	3 464 143	80 733 777	7 168 440	35 241 986	42 410 426	38 323 351	945	38 324 296
2008	79 971 973	2 725 429	77 246 544	6 882 943	33 802 567	40 685 510	36 561 034	0	36 561 034
2007	71 409 857	2 958 636	68 451 221	a) 11 123 887	a) 25 196 580	36 320 467	32 130 754	0	32 130 754
2006	67 753 204	2 853 539	64 899 665	a) 10 513 120	a) 23 862 321	34 375 441	30 524 224	0	30 524 224
2005	65 850 190	2 685 527	63 164 663	a) 9 725 106	a) 23 858 076	33 583 182	29 581 481	0	29 581 481
2004	62 744 755	2 725 829	60 018 926	a) 9 079 741	a) 21 976 914	31 056 655	28 962 271	0	28 962 271
2003	56 577 767	2 705 642	53 872 125	a) 8 376 505	a) 19 730 409	28 106 914	25 765 211	500	25 765 711
2002	51 706 964	1 869 172	49 837 792	a) 7 458 713	a) 18 083 457	25 542 170	24 295 622	1 006	24 296 628
2001	47 544 716	1 916 348	45 628 368	a) 7 137 188	a) 16 684 488	23 821 676	21 806 692	445	21 807 137
2000	43 615 524	1 743 562	41 871 962	a) 6 142 308	11 570 297	17 712 605	24 159 357	b) 3 109	24 162 466

a) KVG – Subventionen von Bund und Staat für Prämienübernahmen mittels EL + BH (fürs 2000 nur Bundesanteil; kein Staatsanteil, weil noch EVO KVG gilt).
b) keine Winterzulagen ab 1999, Übernahme der AHV/IV-Beiträge für mittellose Nichterwerbstätige durch Sozialberatung per 1. Januar 2000.

Krankenkassenwesen

Auf Gesuch hin wurden in 146 Fällen (150) die Netto­prämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung für einkommensschwache Personen unmittelbar an der Sozialhilfeschwelle übernommen.

Zudem mussten im Jahr 2009 1817 (1938) Verlustscheine für nicht einbringliche Krankenversicherungs­prämien von den Krankenkassen übernommen werden. Dies ist eine deutliche Abnahme gegenüber dem Vorjahr. Trotzdem ist immer noch ein grosser Bevölkerungsanteil nicht in der Lage oder Willens, die hohen Gesundheitskosten zu bezahlen.

Die Aufwendungen für die Prämienübernahmen von Sozialhilfe beziehenden und anderen Personen in wirtschaftlichen Notlagen sowie die Übernahme von Verlustscheinen der Krankenkassen aus uneinbringbaren Prämien von Versicherten stellen das Krankenversicherungsobligatorium sicher und werden je hälftig von Bund und Kanton finanziert.

	2009	2008
Aufwand Prämienübernahmen	5 857 270	5 311 859
Rückerstattungen von Prämienverbilligungen	73 946	73 360
Nettoaufwendungen	5 783 324	5 238 499
Nettoaufwand Übernahme von Verlustscheinen	2 172 985	1 835 676

Asylwesen

Die Zahl der 2009 in der Schweiz eingereichten Asylgesuche ist mit 16 000 gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Die Unterbringungssituation im Kanton hat sich normalisiert. In Winterthur schwankte die Zahl der zugewiesenen Asyl Suchenden während dem Jahr, blieb jedoch mit 380 Personen konstant. Im Wohnheim Hegfeld leben rund 130 Personen in kollektiver Wohnform. Die anderen Asyl Suchenden sind in Wohnungen individuell untergebracht. Das Kontingent der Asyl Suchenden, welche von der Stadt Winterthur betreut werden müssen, wurde per Ende 2009 zu 90 % erreicht. Das Kontingent erhöhte sich aufgrund des Bevölkerungswachstums der Stadt leicht auf 505 Asyl Suchende (2008: 501).

Per 1. Oktober wurde eine neue Fallführungssoftware eingeführt und gleichzeitig die Umstellung auf die Klientenbuchhaltung per 1. Januar 2010 festgelegt. Die Vor- und Nachbereitungen der Daten und die Personalschulung verlangten zusätzlichen Einsatz des Personals.

In den 38 Gemeinden der Bezirke Winterthur und Andelfingen blieb die Zahl der Asyl Suchende mit 220 Personen praktisch konstant. Mit wenigen Ausnahmen erfüllten die Gemeinden das vom Kanton vorgegebene Aufnahme­kontingent.

Jugend- und Familienhilfe

Die Bewilligung und Finanzierung von Heimplatzierungen und Sozialpädagogischen Familienbegleitungen werden von der Fachstelle Jugendhilfe, welche in die Haupt­abteilung Abklärung und Support integriert ist, bearbeitet. Im Berichtsjahr wurden 237 (241) Fälle für Fremdplatzierungen/Sozialpädagogische Familienbegleitungen behandelt. Die Nettoaufwendungen, welche über die Einzelfallhilfe in der Sozialhilfe finanziert werden, beliefen sich auf 6,18 Mio. (5,05 Mio.) Franken. Die Differenz zum Vorjahr hat diverse Ursachen. Verschiedene Platzierungseinrichtungen erhöhten ihre Betreuungstaxe. Zudem waren 2009 überdurchschnittlich viele zivilrechtliche Notfallplatzierungen in geschlossene und teure Einrichtungen notwendig. Schliesslich haben buchhalterische Umstellungen (Abgrenzung zum Vorjahr) zu einer Vergrösserung der Differenz geführt.

Alimentenwesen

Die Fallzahlen waren leicht rückläufig. Für insgesamt 801 (846) Kinder wurden 4.27 Mio. (4.49 Mio.) Franken an Alimenten bevorschusst. Von diesen Bevorschussungsbeiträgen wurden über das Inkasso 1.63 Mio. (1.60 Mio.) Franken an Rückerstattungen verbucht. Der Inkassoerfolg ist erfreulicherweise leicht gestiegen und betrug 38.1 % (35.8 %). Die Nettoaufwendungen belaufen sich auf 2.63 Mio. (2.89 Mio.) Franken.

Insgesamt 119 (134) Eltern und Kinder profitierten von Kleinkinderbetreuungsbeiträgen. Die Nettoleistungen waren pro Familie wesentlich kleiner, die Gesamtleistungen betrugen 1.25 Mio. (1.35 Mio.) Franken.

Jugendkommission Stadt

Die städtische Jugendkommission beschäftigte sich 2009 an drei Sitzungen unter anderem mit folgenden Themen und Projekten: Umgang mit Jugendlichen im öffentlichen Raum, Infrastrukturplanung Jugendtrefflokale, Stand der Kinder- und Jugendpartizipation in Winterthur, Abschluss des Pilotprojektes KiWi Kindernetzwerk Winterthur (pädagogische Fachteams für die Schulen). Zudem traf sich die Kommission mit dem neuen Leiter des kantonalen Amtes für Jugend und Berufsberatung zum Informationsaustausch und zur Absprache über ausser­schulische Bildung.

Jugendförderung

Die Tätigkeit des Jugenddelegierten ist als Querschnittsfunktion in der Stadtverwaltung angelegt. Er bringt aktiv die Anliegen von Kindern und Jugendlichen ein. Dies geschieht sowohl übergreifend in der städtischen Stadtentwicklungskommission als auch konkret bei Freiraumplanungen (Spielplätze, Skaterplatz), Stadtteilentwicklungsprozessen, Testplanungen usw.

Bei vielen stadtverwaltungsinternen Kontakten stellt der Jugenddelegierte fest, dass Kinder- und Jugendanliegen mit höherer Sensibilität wahrgenommen werden.

Der Jugenddelegierte nimmt eine Vermittlungsfunktion bei der Nutzung des öffentlichen Raums ein.

Auf der Ebene der Quartierentwicklung beziehungsweise im konkreten Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen erweist sich die offene Jugendarbeit, im Speziellen die Mojawi (Mobile Jugendarbeit Winterthur), inzwischen als unverzichtbares Instrument, um Kinder- und Jugendanliegen aufzunehmen, voranzutreiben und im Kontakt mit Nachbarschaften und Stadtverwaltungsstellen zu vermitteln und zu moderieren. Im August 2009 hat der Grosse Gemeinderat den Kredit für Mojawi mit



Jugend im Gutschickquartier

einem erhöhten Betrag für weitere vier Jahre ab 2010 verlängert, verbunden mit der Aufforderung, den Wirkungskreis auf weiteres Stadtgebiet auszudehnen.

2009 wurde ein neuer Treffpunkt für Jugendliche auf der Freizeitanlage Kanzleistrasse in Seen mit Tischtennis, Sitzbänken und kleinem Barackenraum eingerichtet (in Kooperation mit Quartierentwicklung, Stadtgärtnerei, Quartierpolizei, Quartierverein, Anwohnerschaft). Auf Wunsch von Jugendlichen und vermittelt durch die Mojawi und den Jugenddelegierten erstellte die Stadtgärtnerei eine Mini-Pitch-Anlage (Klein-Fussballanlage) im Quartier Hardau, Wülflingen.

Prävention und Suchthilfe

Im Fokus der Hauptabteilung Prävention und Suchthilfe standen 2009 die Planungen rund um den neuen Standort der DAS, die Vernetzung der Jugendangebote im Bereich der Frühintervention, die Umsetzung des Jugendschutzkonzepts der Stadt Winterthur, die Entwicklung einer übergeordneten Strategie im Bereich Wohnen, der Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit sowie die Vorbereitungen für die Umstellung der Leistungsabrechnungen auf Tarmed.

Suchtpräventionsstelle von Stadt und Bezirk Winterthur

Bereich Schule

Trotz Reformdruck in der Volksschule konnten in mehreren Schulen Projekte weitergeführt beziehungsweise abgeschlossen werden, so etwa das schulische Frühinterventionskonzept in der Gemeinde Elgg. Auch die Aufbauarbeit für ein stufenübergreifendes Sucht- und Gewaltpräventionsprojekt in Oberwinterthur wurde vorangetrieben. Mehrere Schulen wurden darin unterstützt, dem kantonalen «Netzwerk Gesundheitsfördernder Schulen» beizutreten oder ihre Mitgliedschaft zu erneuern. Die Suchtpräventionsstelle beteiligte sich überdies am Aufbau eines Frühinterventionskonzepts für die Volksschulen im Kanton Zürich in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Zürich PHZH.

Das Projekt «Kurzinterventionen bei risikoreich Alkohol konsumierenden Berufs- und Mittelschülerinnen und -schülern» im Kanton Zürich wurde bei weiteren 12 (26) Klassen der Wirtschaftsschule KV Winterthur durchgeführt. Dabei erhielten die Auszubildenden je nach Trinkverhalten einen Präventionsworkshop oder eine auf sie zugeschnittene Kurzintervention.



Jump: Bewerbungscoaching am Computer

Bereich Frühintervention

Die Standortbestimmungskurse «Klarblick» und «Gras-klar» für Jugendliche, die Auffälligkeiten im Umgang mit Alkohol oder Cannabis zeigen, wurden mehrere Male durchgeführt. Dabei organisierte man die Kurse neu in Zusammenarbeit mit der Integrierten Suchthilfe ISW sowie der Suchtpräventionsstelle Andelfingen.

Die beiden Jugendprogramme «jump» und «jumpina» waren auch nach der Erweiterung auf 36 Plätze 2009 voll ausgebucht. Die Wartezeiten konnten deutlich verkürzt werden. Insgesamt wurden 112 Jugendliche betreut, davon schlossen 53 die Programme regulär ab (2 Abbrüche). Für alle konnte eine Anschlusslösung gefunden werden.

Statistik jump/jumpina

	2009	2008
Total Programmteilnehmerinnen und -teilnehmer	112	104
Anzahl Programmteilnehmerinnen und -teilnehmer per 1.1.	52	38
Neuaufnahmen	60	66
Abbrüche	2	4
Abschlüsse	53	48
Anzahl Programmteilnehmerinnen und -teilnehmer per 31.12.	57	52

Bereich Jugendschutz / strukturelle Prävention

Das Jugendschutzprojekt «Klarsicht 16/18» erfuhr in den 14 beteiligten Bezirksgemeinden eine weitere Konsolidierung und wird im Frühling 2010 abgeschlossen. In diesem Zusammenhang wurde Mitte Jahr eine Website aufgeschaltet, die Auskunft zum Thema Jugendschutz gibt und über gemeindespezifische Massnahmen, vorhandene Unterlagen und diverse Materialien informiert. Ferner wurden Schulungen für Gastro- und Verkaufspersonal durchgeführt und alle Vereine, die an den Winterthurer Dorf festen Alkohol abgaben, vor Ort zum Thema Jugendschutz Alkohol instruiert und mit entsprechenden Materialien bedient.

Der Winterthurer Sektion des Vereins Safer Clubbing gehören fünf Clubs an. Die Suchtpräventionsstelle präsidiert die für die Prävention zuständige Qualitätskommission. Dabei organisierte sie im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit Streetwork Subita und der Aids-Info-Stelle vier Vereinssitzungen sowie drei Schulungen für die rund 200 Mitarbeitenden der beteiligten Clubs.

Bereich Elternbildung

Die Suchtpräventionsstelle entwickelte im Rahmen von «Klarsicht 16/18» einen Informationsflyer für Eltern zum Thema Alkohol, der in Stadt und Gemeinden versandt wurde, und führte in mehreren Gemeinden sowie in der Stadt Winterthur Orientierungs- und Gesprächsabende für Eltern durch. Auf grosses Interesse stiess das Thema «Neue Medien». Sei es im Rahmen von Elterninformationsabenden und der bereits zum 11. Mal durchgeführten, vierteiligen Referatsreihe zu Erziehungs- und Präventionsthemen an der Berufs- und Fortbildungsschule BFS, sei es in Form des neu entwickelten Flyers «Faszination Medienwelt», der allen Eltern von Schulkindern verschickt wurde. Zudem wurde die neu aufgelegte kantonale Broschüre «Trinken, Rauchen und Kiffen bei Jugendlichen» an alle Eltern von 11- bis 18-Jährigen im Bezirk Winterthur versandt.

Betreuung und Wohnen

In der Abteilung Betreuung und Wohnen sind die Angebote Begleitetes Wohnen, Notwohnungen sowie die Anlaufstelle DAS zusammengefasst. Im Bereich Wohnen wurde ein Reorganisationprojekt gestartet, mit dem Ziel

der Angebotsüberprüfung und der Bereinigung von Abläufen und Prozessen.

Begleitetes Wohnen (BeWo)

Der Schwerpunkt liegt bei der Begleitung von Menschen mit einer Suchtproblematik und von psychisch kranken Menschen mit deutlichen Verwahrlosungstendenzen und starken Defiziten in der Wohn- und Sozialkompetenz. Die Klienten und Klientinnen wohnen in möblierten Zimmern, 1-Zimmer-Wohnungen und in einem Haus mit zehn Plätzen an verschiedenen Orten in der Stadt Winterthur. Die Nachfrage nach Plätzen im BeWo ist nach wie vor sehr hoch und führte auch 2009 zu einer deutlichen Überbelegung der 80 Plätze, sodass zeitweilig ein Aufnahmestopp verhängt wurde. Von den 89 Anmeldungen mussten etliche an andere Institutionen weiterverwiesen werden.

Statistik Begleitetes Wohnen

	2009	2008
Total Begleitungen	123	135
Anzahl Begleitungen per 1.1.	94	89
Neueintritte	29	46
Austritte	46	41
Anzahl Begleitungen per 31.12.	77	94

Notwohnungen

Das Büro für Notwohnungen verwaltet neben den Notwohnungen und den Zimmern für Notplatzierungen auch die Objekte für das Begleitete Wohnen. Die Anzahl der Objekte musste aufgrund der höheren Nachfrage leicht erhöht werden. Auch dieses Jahr wurden Sanktionen bei Mietausständen ausgesprochen. Die Mietschulden wurden in Abzahlungsvereinbarungen geregelt. Es mussten aber keine (3) Ausweisungen veranlasst werden.

Für Notplatzierungen standen Zimmer, das Wohnheim der Heilsarmee Winterthur sowie die Notschlafstelle Urdorf zur Verfügung. Die gute Zusammenarbeit mit der Heilsarmee bedeutet eine Entlastung bei der Unterbringung von Einzelpersonen.

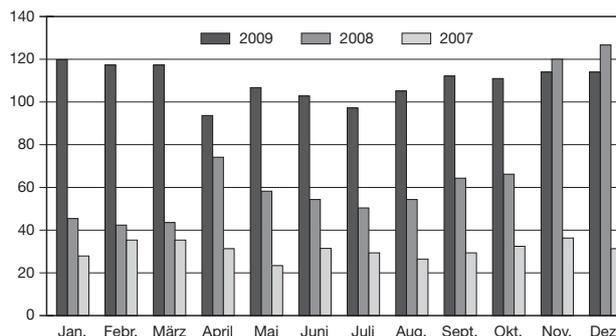
Statistik Notwohnungen

	2009	2008
Liegenschaftsbestand des Büros für Notwohnungen per 31.12.		
- Notwohnungen	249	235
- Zimmer für Notplatzierungen	150	136
- Objekte Begleitetes Wohnen	19	19
- Objekte Begleitetes Wohnen	80	80
Belegung von Notwohnungen per 31.12.		
- Erwachsene	232	218
- Kinder	217	229

Die Anlaufstelle DAS

Seit der Schliessung des Musikpavillons im April 2008 nahmen die Besucherzahlen der Anlaufstelle DAS stetig zu und pendelten sich 2009 auf einer durchschnittlichen Besucherzahl von 109 Personen (66) pro Tag ein. Alternative Treffpunkte, die sich nach der Schliessung des Musikpavillons vor allem im Stadtpark gebildet hatten, lösten sich 2009 fast gänzlich auf. Die Anlaufstelle etablierte sich 2009 als wichtiger niederschwelliger Treffpunkt für suchtmittelabhängige und psychisch beeinträchtigte Menschen in Winterthur. Der Frauenanteil gemessen an der Gesamtbesucherzahl betrug 2009 rund 21 Prozent (19). Das Durchschnittsalter der Besucherinnen und Besucher 2009 lag bei 41 Jahren.

DAS Anlaufstelle: Anzahl Besuchende pro Tag



Integrierte Suchthilfe Winterthur (ISW)

Im Rahmen der betriebsinternen Reorganisation wurde ein neues Erscheinungsbild erarbeitet, umgesetzt und bekannt gemacht.

Bei den Angeboten konnte der Abklärungsbereich weiter ausgebaut werden. Neben einem strukturierten Assessment, das vor allem in Zusammenarbeit mit Hausärzten und Arbeitgebern durchgeführt wird, werden neu auch neuropsychologische Abklärungen angeboten. Mit modernsten Testverfahren werden die Gedächtnis- und Konzentrationsdefizite der Klientinnen und Klienten ermittelt und mit den Ergebnissen der weiteren Abklärungen in Zusammenhang gebracht.

Die Arbeiten zur Überprüfung der Strukturen und Optimierung der internen Abläufe wurden fortgesetzt. Eine Wissensdatenbank wurde eingeführt, die sowohl den Therapeutinnen und Therapeuten als auch den Klientinnen und Klienten Informationen zu Substanzen, Therapien und Behandlungsabläufen zugänglich macht. Das Team hat sich ferner zum Thema kontrollierter Konsum weitergebildet und die Zusammenarbeit mit der Suchtprävention im Bereich der Jugendlichen intensiviert. Im Hinblick auf die Straffung der Gesamtorganisation musste die Betriebsleiterstelle an der Tösstalstrasse 19 aufgehoben werden. In Zukunft wird auf eine Trennung der betrieblichen und der ärztlichen Leitung verzichtet und die Betriebsleitungsaufgaben der Hauptabteilung zugeordnet.

Alkohol- und Spezialsprechstunden

Das Beratungs- und Behandlungsangebot lief auch dieses Jahr gut. Alkoholkonsum bleibt der Hauptgrund für eine Anmeldung bei der Integrierten Suchthilfe. Das Angebot nutzen sowohl Betroffene als auch Angehörige. Besonders erfreulich hat sich das Therapieangebot für Kinder und Jugendliche aus suchtbelasteten Familien entwickelt. Dank einer guten Vernetzung gelingt es immer häufiger, Eltern für die Abklärung ihres Kindes zu motivieren. Bei den Spezialsprechstunden nahmen aufgrund der intensivierten Öffentlichkeitsarbeit die Anmeldungen und Konsultationen im Bereich Cannabis sowohl von Jugendlichen als auch Eltern deutlich zu.

Statistik Bereich Alkohol

	2009	2008
Behandelte Fälle		
- Behandelte Fälle Total	427	451
- Bestand 1.1.	209	169
- Aufnahmen	218	282
- Abschlüsse	195	242
- Weiterlaufende Behandlungen 31.12.	232	209
Leistungen		
- Konsultationen Total (inkl. Gruppen)	3 240	3 396
- Therapie Erwachsene	2 563	2 852
- Therapie Kinder	631	492
- Informationsgespräche	46	52
Atemlufttest	959	1 086
Antabusabgabe	847	548

Statistik Bereich Spezialsprechstunden für Cannabis, Kokain, Partydrogen, Nikotin, Glücksspiele und Neue Medien

	2009	2008
Behandelte Fälle		
- Behandelte Fälle Total	257	209
- Bestand 1.1.	106	136
- Aufnahmen	151	73
- Abschlüsse	131	103
- Weiterlaufende Behandlungen 31.12.	126	106
Leistungen		
- Konsultationen Total	1 267	1 413
- davon Informationsgespräche	72	66

Heroin gestützte Behandlung und Substitution

Die Plätze der Heroin gestützten Behandlung waren 2009 beinahe vollständig belegt. An insgesamt 18 062 (18 702) Behandlungstagen wurden von den Klientinnen und Klienten 99 562 (105 418) Bezüge getätigt. Dabei wurden 4 643 340 mg (5 102 825 mg) Heroin flüssig und 25 926 (24 903) Tabletten abgegeben.

Statistik Bereich Heroin gestützte Behandlungen

	2009	2008
Behandelte Fälle		
- Behandelte Fälle Total	59	60
- Bestand 1.1.	55	55
- Aufnahmen	6	5
- Abschlüsse	6	5
- Verstorben	1	1
- Weiterlaufende Behandlungen 31.12.	54	55

Im Berichtsjahr nahmen 12 Patienten an einer schweizerweit Morphinstudie teil. Die Studie hat zum Ziel, Morphin, welches bereits zur Schmerzbehandlung zugelassen ist, neu auch als Substitutionsmittel registrieren zu lassen. In der ISW werden den Patienten neben Morphin (im Rahmen der Studie), Diaphin (Heroin), Methadon und Subutex zu Behandlungszwecken verabreicht. Diese Palette von Medikamenten ist erforderlich, weil die Patienten unterschiedlich auf die angebotenen Substanzen reagieren.

Statistik Behandlungen mit Methadon und andern Substitutionsmitteln

	2009	2008
Behandelte Fälle		
- Behandelte Fälle Total	293	258
- Bestand 1.1.	220	204
- Aufnahmen	73	54
- Abschlüsse	61	38
- Verstorben	0	0
- Weiterlaufende Behandlungen 31.12.	232	220

Aufgrund der zunehmenden psychischen und somatischen Komorbidität der langjährigen Patientinnen und Patienten wurden dieses Jahr neben den Substitutionsmitteln eine grosse Menge anderer Medikamente abgegeben. Dabei handelt es sich um Medikamente zur Behandlung von HIV, kardio- und pulmonologischen Erkrankungen, Hepatitis, Diabetes sowie Kreislauferkrankungen. Der gesundheitliche Zustand der Patientinnen und Patienten verschlechtert sich mit zunehmendem Alter deutlich, was eine komplexere, vernetzte Betreuung dieser Patientengruppe auch in somatischer Hinsicht erfordert und 2009 zu ersten vorübergehenden Pflegeplatzierungen geführt hat.

Rechtsauskunft und Institutionen mit städtischer Beteiligung

Unentgeltliche Rechtsauskunft

Am 15. Februar 1909 wurde die städtische Rechtsauskunft eröffnet. Grund genug, dieses 100-jährige Bestehen am 18. Februar 2009 im Rahmen einer Feier zu würdigen. Die Gründung einer öffentlichen Stelle für kostenlose Rechtsauskünfte ist auf das Postulat des ehemaligen Stadtpräsidenten Hans Sträuli (1911–1930) zurückzuführen.

Die Konsultationen im Jahre 2009 sind leicht angestiegen, 960 Personen haben die Rechtsauskunft besucht, eine Zunahme von 7,3%. Auch in diesem Geschäftsjahr war der Anteil von arbeitsrechtlichen Problemen mit 23% am höchsten. 16% der Konsultationen waren familienrechtliche Fragen (Trennung, Scheidungen und Unterhalt). Auch die Fragen im Zusammenhang mit Geldforderungen waren mit knapp 10% noch sehr hoch. Im Weiteren wurden Fragen im Zusammenhang mit Sozialversicherungsrecht, Ausländerrecht, Strafrecht, Erb- und Mietrecht gestellt. Der Anteil von 24% im Bereich diverser Rechtsfragen ist auffallend hoch. Dies zeigt auf, dass sehr viele Ratsuchende froh sind, dass jemand sich ihr Anliegen anhört und praktische Wege aufzeigt, wie es weitergehen könnte, insbesondere aber auch, dass die eigene Meinung durch Dritte bestätigt wird. Immer häufiger wird die Rechtsauskunft auch konfrontiert mit Fällen von Mobbing, sexueller Belästigung oder häuslicher Gewalt. Der einfache und unkomplizierte Zugang zu ersten rechtlichen Informationen wird von den Ratsuchenden sehr geschätzt. Ebenso ist es möglich, die Ratsuchenden von unnötigen oder kaum Erfolg versprechenden Verfahrensschritten zu bewahren. Insofern nimmt die unentgeltliche Rechtsauskunft für sich in Anspruch, sowohl im privaten Bereich als auch im Verhältnis zu Ämtern und Verwaltungsstellen eine Reduktion von fruchtlosen Konflikten herbeiführen zu können.

Rechtsauskunft des Gewerkschaftsbundes Winterthur

Die Rechtsberatung des Gewerkschaftsbundes des Bezirks Winterthur steht der Bevölkerung der Stadt- und des Bezirkes Winterthur mit umfassenden Auskünften aus allen Rechtsgebieten zur Verfügung. Die Leistungen beinhalten vor allem die Beantwortung mündlicher, schriftlicher und telefonischer Anfragen, das Abfassen von Briefen, das Führen von Vergleichsgesprächen sowie die Einsprache- und Beschwerdeführung gegen Entscheide verschiedener öffentlicher Institutionen. Die Beratungen im Jahr 2009 betrafen zu 90% das Arbeits-, Arbeitslosenversicherungs- und das übrige Sozialversicherungsrecht. Im Berichtsjahr 2009 wurden insgesamt 2166 Beratungen durchgeführt, wovon 841 persönliche, 1255 telefonische und rund 70 per E-Mail.

Brühlgutstiftung für Behinderte

Vor knapp dreissig Jahren wurde das Gebäude am Brühlberg bezogen. Sowohl an diesem Gebäude wie auch an der bald zehnjährigen Überbauung in Wülflingen wurden bauliche Anpassungen gemacht, um den heutigen Bedürfnissen nachzukommen. Seit dem Umbau spielt sich am Brühlberg der Wohnalltag in kleinen, individuellen Einheiten ab. Die renovierten Zimmer verfügen über direkte Zugänge zu Nasszellen, die modern eingerichteten Wohnräume sind durch grosse Balkone erweitert. Das Bundesamt für Sozialversicherung und der Kanton haben den Umbau finanziert. Andere, nicht subventionierte Extras sind dank Spenden möglich, so auch die Anpassungen

in Wyden. In Wülflingen hat die Stiftung die Parterre-Wohnungen für Menschen mit Demenz eingerichtet. Dazu gehören auch geschützte Gärten.

Verein Läbesruum

Der Verein Läbesruum organisiert täglich entlohnte Arbeitsmöglichkeiten zur Förderung der sozialen Integration für Sozialhilfe beziehende und andere erwerbslose Personen ohne konstante Leistungsfähigkeit. Die im Leistungsvertrag für 2009 gesetzten Ziele von 20 000 Stunden Arbeitseinsatz für Sozialhilfe beziehende Personen und von 44 000 Stunden pro Jahr für andere Personen wurden übertroffen. Diese Stunden wurden mit 276 verschiedenen Tagelöhnern, davon 53 Tagelöhnerinnen, erreicht. Die gesamten Arbeitserlöse erreichten wiederum knapp 5 Mio. Franken. Der Werkbereich im neuen Werkhof in Ober-Ohringen beschäftigte durchschnittlich 15 Tagelöhner pro Tag, produzierte rund 5 Tonnen Gemüse und erwirtschaftet einen Umsatz von 250 000 Franken.

Partnerschafts- und Eheberatung der Bezirke Winterthur und Andelfingen

Der Verein für Eheberatung Winterthur und Andelfingen bietet in Winterthur sowohl Paarberatung als auch Mediation bei Scheidung an. Erstere berät Paare, die ihre Ehe beziehungsweise Partnerschaft weiterführen möchten. Die Paar- und Eheberatung wurde von 184 (195) Fällen während insgesamt 1050 (954.8) Stunden in Anspruch genommen. Die Fachstelle Mediation hilft Paaren, die sich zur Trennung oder Scheidung entschlossen haben, auf faire Art auseinander zu gehen. Dabei werden besonders die Interessen der betroffenen Kinder berücksichtigt. Für die 82 (89) Fälle wurden 536.5 (552.1) Stunden aufgewendet. Der städtische Beitrag ermöglicht auch Paaren mit geringem Einkommen eine Beratung. Im Jahr 2009 hat der Vorstand eine Organisationsentwicklung vorbereitet, um zukünftige Herausforderungen erfolgreich meistern zu können.

Frauzentrale Winterthur

An der Mitgliederversammlung wurde die Revision der Statuten vom 5. Mai 1998 gutgeheissen. Neu werden auch Männer und juristische Personen als Mitglieder aufgenommen. Die Frauzentrale Winterthur feierte am 16. Mai 2009 ihr 90-jähriges Bestehen. Im Sekretariat fanden 2869 (2953) Kontakte und Anfragen statt, an den Kur- und Ferienhilfefonds wurden 16 (12) Gesuche gestellt, von denen 14 (11) unterstützt wurden. Nach vielen Jahren mit finanziellen Schwierigkeiten geht mit der Schliessung des Ladens Chriesibaum im Sommer 2009 eine fast 90-jährige Ära zu Ende. Da es zunehmend immer schwieriger wurde, für FemmesTISCHE Gastgeberinnen und Gesprächsteilnehmerinnen zu finden, wurde die Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle FemmesTISCHE Schweiz beendet. Durch die Arbeit mit FemmesTISCHE entstand das Konzept für die neue Beratungsstelle «Alltagsberatung», 14 Beratungen wurden bereits durchgeführt. Mit dem ab 2010 geltenden Namen «Beratungspunkt» sollen alle Personen, auch Jugendliche und Männer, für die Beratungen angesprochen werden. Letztes Jahr wurden 399 (406) Rechtsberatungen und 106 (109) Budgetberatungen durchgeführt, 89 schriftliche Budgets erstellt und 23 (179) Richtlinien und Merkblätter verkauft. Alle Budgetbeispiele,

Richtlinien und Merkblätter können auf der Website www.budgetberatung.ch heruntergeladen werden.

Frauenhaus Winterthur

Im Jahr 2009 haben 69 (70) Frauen und 78 (78) Kinder im Frauenhaus Winterthur Schutz vor weiterer Gewalt gefunden. Insgesamt waren es 4557 (3986) Übernachtungen. Aus der Stadt Winterthur wurden 16 (22) Frauen und 17 (18) Kinder aufgenommen, aus dem Kanton Zürich 31 (33) Frauen und 38 (34) Kinder. Aus anderen Kantonen waren es 22 (22) Frauen und 23 (16) Kinder. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Frauenhaus Winterthur betrug 32.16 (27,65) Tage (+ 11%). Im Berichtsjahr feierte das Frauenhaus Winterthur sein 25-jähriges Bestehen.

Frauen Notteltelefon Winterthur – Beratungsstelle für gewaltbetroffene Frauen

Seit Einführung des Gewaltschutzgesetzes im Kanton Zürich 2007 überwiegen Beratungen in Bezug auf häusliche Gewalt. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 1009 (991) Frauen in insgesamt 4699 Stunden beraten. Zudem bildeten die Mitarbeiterinnen Fachpersonen, wie Hausärzte, Beraterinnen und firmeninterne Vertrauenspersonen für sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz weiter. In Zusammenarbeit mit dem Frauenhaus Winterthur organisierte das Frauen Notteltelefon eine Veranstaltung im Rahmen der «16 Aktionstage gegen Gewalt an Frauen», bei denen häusliche Gewalt, Stalking, Waffengewalt, Flüchtlinge, Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten, Frauenhandel und strukturelle Gewalt/Gleichstellung thematisiert wurden. Der diesjährige Schwerpunkt im Jahresbericht war «Migration».

SelbsthilfeZentrum Region Winterthur

In Winterthur treffen sich etwa 800 Menschen in rund 70 Selbsthilfegruppen zu den verschiedensten Themen. Die Teilnehmenden – direkt Betroffene oder Angehörige von Personen mit einschneidenden Lebensproblemen – unterstützen sich gegenseitig durch Erfahrungsaustausch und das Erarbeiten praktischer Bewältigungshilfen für den Alltag. Das SelbsthilfeZentrum Region Winterthur fördert Initiativen zur Gründung von Selbsthilfegruppen, vermittelt Kontakte zu bestehenden Gruppen, berät Gruppen und stellt Räumlichkeiten zur Verfügung. 2009 wurden 12 neue Selbsthilfegruppen ins Leben gerufen.

Aids-Infostelle Winterthur

In 303 Informationsveranstaltungen wurden 4869 Personen erreicht, so viele wie noch nie in der 18-jährigen Geschichte der Aids-Infostelle. Mit einem Personalbestand von nach wie vor 170 % wurde dabei zeitweise die Grenze des Möglichen erreicht. Der grösste Anteil der Veranstaltungen fiel auf Zwei-Lektionen-Einsätze an Berufsfachschulen in Winterthur und im Zürcher Oberland. An den Mittelschulen wurden die 17-Jährigen im Rahmen von vier Lektionen informiert. In den Kantonsschulen Büelrain und Rychenberg gestalteten Jugendliche, die zuvor in einer Projektwoche auf der Aids-Infostelle zu «Experten» ausgebildet worden waren, den Unterricht. Die Nachfrage nach sexualpädagogischen Einsätzen in der 5. und 6. Klasse hat zugenommen. Im Rahmen des Vorjahres bewegten sich die Beratungen, sowie die Ausleihe von didaktischem Material.

Alter und Pflege

Weitere Umsetzung der stadträtlichen Strategie zum «Wohnen im Alter»

Die Umsetzung der Strategie «ambulant vor stationär» zeigte positive Resultate. Die neue Unterscheidung für Aufnahmen in die städtischen Alterszentren (Pflegebedürftige mit Notfalleintritt innerhalb von 24 Stunden, dringende Eintritte innerhalb von zwei Wochen und mittelfristig geplante Eintritten für Personen, bei denen der Betreuungsbedarf nicht an erster Stelle steht) fanden bei den Betroffenen und den Partnern wie dem Kantonsspital Winterthur eine positive Resonanz. Geschätzt wird in diesem Zusammenhang auch das Konzept «Assessment» (Unterstützung beim Verbleib daheim), bei welchem bei Interessenten zu Hause auf Wunsch individuell der Bedarf abgeklärt wird und die Bedingungen zum Verbleib daheim durch eine Beratung optimiert werden. Hier ist auch festzustellen, dass der nicht verrechenbare Aufwand der Spitex-Mitarbeiterinnen nicht zu unterschätzen ist; aber die entstehenden Mehrkosten machen sich bezahlt. Diese Dienstleistung soll in den regulären Betrieb der Spitex und Wohnberatung überführt werden.

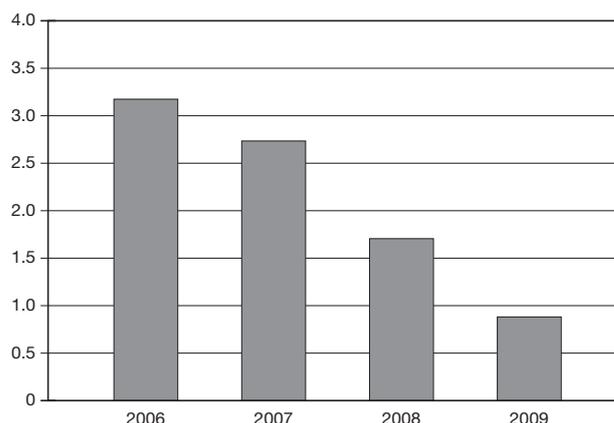
Durch die Öffnung der Alterszentren sind Auswärtsplatzierungen von Winterthurerinnen und Winterthurer wegen fehlender Pflegeplätze in Winterthur zur Ausnahme geworden. Sechs Auswärtsplatzierungen sind unter anderem wegen der schwierigen Vermittlung eines Angebots im psychiatrischen Bereich entstanden: Es ist bei Austritten aus der IPW (Integrierte Psychiatrie Winterthur) nicht einfach, «Nischenplätze» für Menschen mit speziellen Anforderungen an Betreuung, Pflege und Tagesstruktur zu finden. Hingegen sind etwa 20 Personen von sich aus in auswärtige Alterseinrichtungen eingetreten, weil ihnen das städtische Angebot, z.B. ein Platz in einem Mehrbettzimmer, nicht zusagte.

Der Verbleib Pflegebedürftiger in ihren Zimmern ohne erneute Verlegung führt zu einer Verlagerung bei der Belegung. Die Einzimmern sind gefragt. Die im Rahmen der Einführung der neuen Taxordnung vollzogene schrittweise Umwandlung von sehr grossen Einzimmern in Zweibettzimmer, vor allem im AZ Brühlgut, führte zu einem zusätzlichen Angebot von Plätzen mit einem besseren Standard im Vergleich mit den Mehrbettzimmern in den Alterszentren Adlergarten und Oberi. Insgesamt nahm die Belegung von Viererzimmern ab, wodurch die Auslastung von grösseren Mehrbettzimmern gesunken ist.

Zu einer Verbesserung der Platzsituation beitragen wird auch die Sanierung des Alterszentrums Adlergarten. Die Planungsarbeiten sind im Berichtsjahr stark voran geschritten. Das Betriebskonzept und eine Machbarkeitsstudie wurden finalisiert, und die erste Stufe der Projektierung ist beendet. Damit ist absehbar, dass es in einigen Jahren zu einer Komfortverbesserung im grössten städtischen Alterszentrum kommen wird, wobei die Zahl der Betten notwendigerweise etwa gleich bleibt.

Die genannten Auslastungsschwankungen, vor allem bei den Mehrbettzimmern, waren ein Grund, warum die Erträge im Berichtsjahr unter den Erwartungen geblieben sind. Ein weiterer Grund lag darin, dass deutlich weniger Bewohnerinnen und Bewohner mit höherem Pflege- und Betreuungsaufwand in die Alterszentren eingetreten sind. Dieser Trend widerspricht den Prognosen, zeigt sich aber auch an anderen Orten. Durch die stärkere Verteilung dieser Bewohnergruppe auf alle Alterszentren ist es nicht möglich, die Ertragsausfälle immer mit Aufwandeinsparungen, vor allem im Personalbereich, auszugleichen. Selbst wenn nur wenige Pflegebedürftige in einer Wohngruppe leben, ist die Bereitstellung gewisser Leistungen

Wartezeit Pflegewohnen in Monaten



notwendig und unumgänglich. So braucht es beispielsweise immer Mitarbeitende mit einer höheren Qualifikation. Dieser grössere Aufwand wird aber durch eine beträchtliche Steigerung der Lebensqualität der Bewohnenden ausgeglichen.

Das Thema «Alter» in der Öffentlichkeit

Vortragsreihe «Lebensfragen im Alter»

An den Veranstaltungen «Lebensfragen im Alter» informieren Fachpersonen aus dem Bereich Alter und Pflege und weiterer Institutionen zu altersspezifischen Themen. Mit dieser Vortragsreihe soll die ältere Bevölkerung in Winterthur für Themen zu Gesundheit und Prävention sensibilisiert werden. Die im Mai durchgeführte Veranstaltung zu «Schwindel und Seheinschränkungen im Alter» stiess auf grosses Interesse und wurde von 135 Personen besucht. An der im September durchgeführten Veranstaltung zum Thema «Rund ums Gedächtnis» nahmen 110 Personen teil.

Veranstaltung für betreuende Angehörige

Was bedeutet es, Angehörige zu Hause zu pflegen, und welche Möglichkeiten gibt es, um sich dabei auch entlasten zu können? Dies waren unter anderem Fragen, welche an der durch das Departement Soziales, Bereich Alter und Pflege, und das Altersforum organisierten Veranstaltung «Betreuung durch Angehörige daheim – zwischen Belastung und Entlastung» aufgegriffen wurden. Der Einladung zu dieser öffentlichen Veranstaltung folgten rund 120 Personen. Stadträtin Maja Ingold wies auf die grossen Leistungen pflegender Angehörigen hin und sprach ihre Anerkennung und ihren Dank für diesen enormen Beitrag im Gesundheitswesen aus. Frau Jacqueline Minder, Chefärztin Alterspsychiatrie der Integrierten Psychiatrie Winterthur-Zürcher Unterland, ging in ihrem Referat auf das Spannungsfeld des Helfens ein. Rund 20 Organisationen aus dem Altersbereich stellten ihre Entlastungsangebote in Form eines Info-Marktes vor.

Alterszentren

Auch 2009 standen verschiedene Projekte im Vordergrund, die mit Prozessverbesserungen und -vereinheitlichungen in den einzelnen Alterszentren im Zusammenhang standen. In vielen Abteilungen brachten die vereinheitlichten Abläufe und Prozesse spürbare Erleichterungen, und die übergreifende Zusammenarbeit konnte gewinnbringend genutzt werden. Schnittstellen wurden beseitigt. Der kurzfristige Weggang des Geschäftsführers



Wohngruppe im Alterszentrum Brühlgut: Vorbereitung auf die Morgenschicht

der Alterszentren Brühlgut/Oberi/Rosental und die dadurch notwendige ad interim Leitung beider Zentren durch die Geschäftsführerin des Altergarten/Neumarkt hat diese Tendenz eher verstärkt und führt für die Zukunft zu Überlegungen bezüglich der idealen Organisationsform.

Langzeitbetreuung und Pflege

Grosse Bedeutung hatte das Projekt «Integration FAGE/FABE», welches zur Umsetzung gelangte. Hintergrund dieses Projektes ist der grundlegende Wandel des Bildungssystems der Gesundheits- und Sozialberufe. Seit einem Jahr sind die neu ausgebildeten Fachangestellten Gesundheit (FAGE) und Fachangestellten Betreuung (FABE) auf dem Markt, für die im alltäglichen Betreuungs- und Pflegebetrieb ein ihrer Ausbildung und Qualifikation geeignetes sowie angemessenes Aufgabenfeld gefunden werden musste. Umgekehrt musste dem Umstand Rechnung getragen werden, dass kein Nachwuchs für die Pflegenden mit Diplomniveau 1 (DN 1) mehr existiert und damit die Ausrichtung dieses Aufgabenfeldes im Sinne einer für die Zukunft sinnvollen Konzeption verlassen werden muss. Im Bereich Alter und Pflege wird diesem Umstand Rechnung getragen, indem drei Funktionen gebildet und sämtliche Betreuungs- und Pflegeberufe einer dieser Funktionen zugeordnet wurden: Fachmitarbeiter/in Betreuung und Pflege, Mitarbeiter/in Betreuung und Pflege und Assistent/in Betreuung und Pflege.

Nach der erfolgreichen Auswertung des Projektes «Integration FAGE/FABE», wurde ab dem 1. Juli 2009 mit dem Anschlussprojekt «Umsetzung Integration FAGE/FABE» die Einführung der neuen Funktionen auf allen Wohngruppen des Bereichs Alter und Pflege vorangetrieben. Alle Mitarbeitenden, insbesondere diejenigen von der Betreuung und Pflege, wurden laufend über den Stand des Projektes informiert, und die Umsetzung wurde von den Projektverantwortlichen sorgfältig begleitet. Die wichtigste Anpassung dabei war die Einführung und Schulung der neuen Aufgaben- und Kompetenzverteilung nach Funktionen und nicht mehr wie bisher nach Ausbildungsabschluss, sowie des dafür neu erarbeiteten Funktionsdiagramms und der neuen Kompetenzordnung. Die ebenfalls damit verbundene Neueinreihung der betreffenden Mitarbeitenden im Lohngefüge wird ab dem 1. Januar 2010 wirksam.

Die mit dem Projekt verbundenen Umstellungen in den Wohngruppen war Ende 2009 noch nicht abgeschlossen. Viele Mitarbeitende planen jetzt noch ihre Upgrades und Nachholbildungen für einen Berufsabschluss, der zur Er-

reichung der Kompetenzen für die nächst höhere Funktion berechtigt. Es wurden spezifisch erarbeitete Schulungen zu den Themen Delegation und Coaching durchgeführt, um die Fachmitarbeitenden für ihre neuen Aufgaben zu befähigen und ihnen die Umstellung zu erleichtern.

Die Umsetzung dieses Projekts hat eine herausragende Bedeutung bei der Bewältigung der Nachwuchsprobleme, die sich im Gesundheitswesen allgemein abzeichnen. Es wird so gelingen, den neuen Berufsleuten adäquate Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen und sie entsprechend ihrer Kompetenzen einzusetzen sowie bisherigen Mitarbeitenden mit «alten» Bildungsabschlüssen eine Perspektive für die Zukunft zu bieten. Wichtig ist es, dabei auch die Zahl der Auszubildenden und Studierenden hoch zu halten. So haben im Berichtsjahr die ersten FH Studierenden «Pflege» der ZHAW, die im Bereich Alter und Pflege ihre Praktika absolviert haben, ihren Abschluss erhalten.

Hotellerie

In der Hotellerie wurden Projekte, die ebenfalls eine engere Zusammenarbeit der Abteilungen und Standorte zum Ziel haben, weitgehend umgesetzt. In allen Häusern wurden einheitliche Dienstkleider mit Erfolg und zur Zufriedenheit der Mitarbeitenden eingeführt. Prozesse der Wäscherei wurden vereinheitlicht, und bei den Restaurants konnten die Preise und die Öffnungszeiten angeglichen werden. Im Hausdienst wurden die Schnittstellen zur Betreuung und Pflege einheitlich geregelt, und verschiedene Teilprojekte konnten abgeschlossen werden. Die Leiter Küchen stimmten ihre Menuepläne ab und definierten das Angebot inklusive der Wahlmöglichkeiten für Mittags- und Abendmenüs.

Kundendienst – Freiwilligenarbeit

Die überarbeitete Taxordnung konnte per 1. Januar 2009 ohne Probleme eingeführt werden. Neu wird auch bei den Taxen nicht mehr zwischen Pflege- und Alterszentren unterschieden. Die Akzeptanz bei den Bewohnerinnen und Bewohnern war trotz der zum Teil starken Veränderungen gross.

Das neue Konzept zur Freiwilligenarbeit im Bereich Alter und Pflege ist eingeführt und in den städtischen Alterszentren fest etabliert. Es ist ausgerichtet auf die professionelle Leitung der freiwilligen Mitarbeitenden, auf den Aufbau der Freiwilligenarbeit im heutigen Umfeld und einen Ausbau in der Zukunft. Durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit (Inserate im Landboten in Zusammenarbeit mit Benevol Winterthur, Flyer zur Freiwilligenarbeit, Internet) konnten 42 neue Freiwillige gewonnen werden. Das Departement Soziales und damit auch der Bereich Alter und Pflege ist Mitglied des Vereins Benevol Winterthur und akzeptiert dessen Leitsätze und Standards.

Die Betreuung der Freiwilligen wird in allen fünf Alterszentren nach einem einheitlichen Konzept umgesetzt. Die bisherigen Gruppierungen wurden in die vorgesehenen Strukturen integriert oder ihr Status wurde neu definiert. Der Umgang mit der Spesenentschädigung und den Anerkennungsangeboten wurde geklärt und umgesetzt. Durch gezielte Weiterbildung und Erfahrungsaustausch fühlen sich die freiwilligen Mitarbeitenden mit dem Bereich Alter und Pflege verbunden und leisten ihre Einsätze motiviert. Gesamthaft sind 114 freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz und leisten 8840 Stunden pro Jahr. Darunter sind auch 16 Männer; 67 Personen sind älter als 60 Jahre. Der grösste Bedarf besteht im Besuchsdienst. Freiwillige begleiten Bewohnende beispielsweise zum Einkaufen oder zum Arzt, betreuen sie bei der Arbeit am Computer, lesen vor, singen mit, unterstützen beim Turnen oder sind Gesprächspartner in der Cafeteria.



Alterszentrum Adlergarten: Sternebasteln

Temporäre Angebote

Überbrückungspflege

Die Auslastung der Überbrückungspflege befriedigte auch 2009 nicht. Trotz grosser Nachfrage schwankte die Auslastung auch in diesem Jahr stark. Vor allem machten dabei die kurzfristigen, ungeplanten Austritte zu schaffen oder angemeldete Patienten, die plötzlich ihre Anmeldung zurückzogen. Mit einem neuen Konzept, welches eine aktive Austrittsplanung vorsieht und in dem mit dem Bewohnenden eine an Ziele gekoppelte Aufenthaltszeit vereinbart wird, konnte in den letzten drei Monaten des Jahres tatsächlich eine Steigerung der Auslastung erreicht werden. Wie gut die Veränderungen wirken, wird erst im Laufe des Jahres 2010 sichtbar.

Da die Überbrückungspflege ein für Kunden, aber auch für die Stadt teures Angebot ist, ist es erfreulich, dass einige grosse Krankenversicherungen in Kontakten gegen Ende des Jahres ihr Interesse zu Absprachen (auch tariflicher Art) für ihre Versicherten bekundet haben.

Weitere temporäre Angebote

Das Temporärheim Sunnehus ist inzwischen als reines Angebot für eine begrenzte Übergangs- oder Zwischenlösung etabliert. Allerdings war auch hier die Auslastung etwas tiefer als in den vergangenen Jahren. Es wird sich zeigen müssen, ob das Angebot für mobile, selbstständige Bewohnerinnen und Bewohner an diesem Ort noch genügend Nachfrage hat.

Die Tagesklinik im Alterszentrum Adlergarten konnte ihr zusätzliches Angebot wie geplant etablieren, die Nachfrage hat sich stabilisiert. Vor allem die neue Gruppe zur Entlastung betreuender Angehöriger hat einen Beitrag geleistet.

Bewohner/innen-Statistik

	Alterszentren Adlergarten / Neumarkt		Alterszentren Brühlgut / Oberi / Rosental	
	Langzeit- pflege/-wohnen	Temporäre Angebote ¹	Langzeit- pflege/-wohnen	Temporäre Angebote
Bestand 1. Januar	243	87	440	2
Neuaufnahmen	129	303	148	28
Total	372	390	588	30
Todesfälle	98	12	131	0
Austritte	34	283	27	27
Bestand 31. Dezember	240	95	430	3
Verfügbare Plätze	262	50	451	4
Pflegetage	92 264	13 077	162 447	663
Bettenbelegung	96.47 %	78.58 %	98.37 %	45.41 %

¹ inkl. Tagesklinik

Weitere Dienstleistungen an Dritte

Restaurants

Die Zusammenarbeit mit der Brühlgut Stiftung, die das Restaurant im Alterszentrum Neumarkt führt, war 2009 von gegenseitiger Wertschätzung geprägt. Im Bereich der Schnittstellen zwischen den beiden Organisationen musste noch einiges geklärt und korrigiert werden, was aber einvernehmlich möglich war. Beide Partner würden dieses Arrangement nicht mehr rückgängig machen wollen.

Das Restaurant Adlergarten war auch 2009 stark frequentiert. Zeitweise entstanden lange Wartezeiten am Buffet. Mitarbeitende von Firmen und Institutionen rund um den Adlergarten nutzen diese Möglichkeit der Verpflegung.

Die Restaurants der Alterszentren Brühlgut/Oberi/Rosental bekamen 2009 neue Namen. Bei einem Wettbewerb unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurden die Namen «oh' lac», «oh' bois» und «oh' parc» gewählt.

Wohnungen

Das Konzept für die Vermietung der Alterswohnungen im ehemaligen Personalhaus des Alterszentrums Oberi wurde 2009 angepasst. Für Leistungen der Pflege ist nicht mehr das Alterszentrum, sondern die Spitex zuständig. Dies wegen der Verrechnung. Einzelne Dienstleistungen der Hotellerie können von den Bewohnenden der Alterswohnungen im Alterszentrum Oberi gegen ein Entgelt in Anspruch genommen werden.

Für alle Mietwohnungen konnte das Vertrags- und Inkassowesen dem Bereich Immobilien der Stadt Winterthur übergeben werden. Die Gewissheit, nun eine professionelle Vermietung gewährleisten zu können, war für alle Beteiligten eine grosse Erleichterung.

Physiotherapie

In Zusammenarbeit mit der CSS Versicherung bieten Physiotherapeuten und -therapeutinnen neu Gymnastikkurse für ältere Menschen zur Verbesserung der Kraft und des Gleichgewichts an. Nachdem diese Kurse bereits erfolgreich in allen Alterszentren für die Bewohnenden etabliert wurden, ist auf diesem Weg auch ein externes Angebot entstanden. Bereits kurz nach der Publikation der Kursdaten durch die CSS war die Nachfrage sehr gross, so dass die Kapazität der Gruppen schnell erschöpft war. Das Angebot läuft noch und wird 2010 ausgewertet.

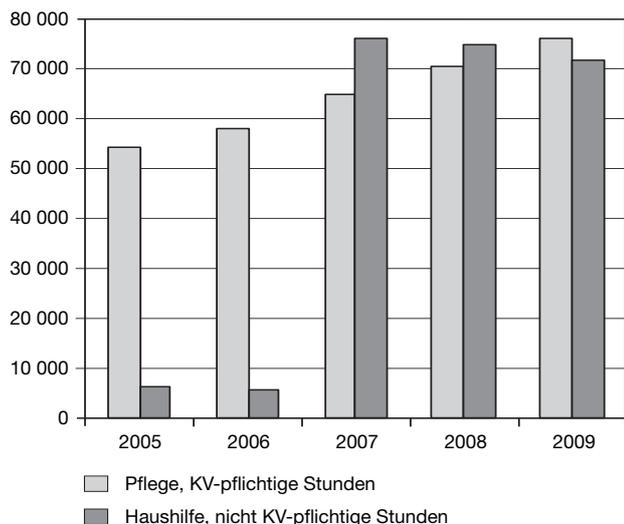
Spitex

Leistungserbringung

Wie in den vergangenen Jahren ist eine starke Zunahme bei den pflegerischen Leistungen zu dokumentieren. Sie sind in den letzten vier Jahren jährlich um durchschnittlich 8 % gestiegen. Die Nachfrage konnte mit zusätzlichen Pflegemitarbeitenden, welche dank einer Stellenplanerweiterung eingestellt wurden, wiederum aufgefangen werden.

Die Nachfrage nach Unterstützung bei der Alltagsbewältigung daheim stagniert seit einigen Jahren. Dieses Phänomen ist auch bei anderen Spitex Organisationen vorhanden und es passt nicht zu den stetig steigenden Leistungen der Pflege. Vermutlich werden Leistungen der Haushilfe vermehrt im Rahmen persönlicher Anstellungsverhältnisse oder mit privaten Organisationen geregelt. Die öffentliche Spitex kann, vor allem wegen der Beschränkung auf bedarfsnotwendige Haushilfe, nicht die ganze

Verrechnete Einsatzstunden 2009



Palette der Nachfragen abdecken. Die Tarife für die Haushilfe wurden im Berichtsjahr der Teuerung angepasst, was jedoch keine Veränderung bei den bestehenden Einsätzen zur Folge hatte.

Verrechnete Einsatzstunden

	2005	2006	2007	2008	2009
Pflegeleistungen KVG	55 893	59 932	67 028	72 341	78 457
Haushilfeleistungen	6 742	6 227	78 322	77 208	74 038
Total	62 635	66 159	145 350	149 549	152 495

Personalsituation, Ausbildung von Berufsnachwuchs, Projekte

Erfahrungsgemäss ist es in Zeiten mit einer steigenden Arbeitslosigkeit leichter, Pflegepersonal anzustellen. Davon war bei den notwendigen Stellenbesetzungen jedoch wenig zu spüren. Die offenen Stellen konnten, wenngleich manchmal mit einer leichten Verzögerung, besetzt werden.

Im Herbst schlossen die letzten sechs Lernenden des nunmehr aufgehobenen Ausbildungsgangs für Hauspflege die Ausbildung ab. Parallel dazu haben die ersten FAGE-Lernenden die Ausbildung abgeschlossen. Die Leistungen der wegfallenden Hauspflegepraktikantinnen können



Spitex-Zentrum Seen: Einsatzplanung

nur teilweise durch die FAGE-Lernenden im dritten Ausbildungsjahr übernommen werden. Für rund 170 Pflegestunden pro Monat (mehr als eine 100%-Stelle) mussten deshalb ausgebildete Fachpersonen angestellt werden. Der Verlust der Lernenden Hauspflege ist schmerzlich, weil sie gut ausgebildet waren und der Einsatz in finanzieller Hinsicht vorteilhaft war.

Projekte

Für das Projekt «Spitex Plus» (Präventive Beratung) der ZHAW leistete die Spitex einen wesentlichen Beitrag bei der Rekrutierung der rund 500 über 80-jährigen Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer. Die ersten Ergebnisse des nun bereits seit zwei Jahren laufenden Projekts sind für 2010 zu erwarten.

Ein wichtiges Thema bildete das Projekt «Integration neue Berufe in die Spitex». In der Pflege arbeiten Leute mit einer Vielzahl von Abschlüssen in Pflege- und Gesundheitsberufen. Künftig sollen die Aufgaben nicht mehr durch den Ausbildungsgang definiert werden, sondern durch Funktionsgruppen (in ähnlicher Form wie bei den Alterszentren). Mit einem Pilotprojekt werden 2010 die Festlegungen in der Praxis überprüft.

Die Konzeption für den Einsatz der Spitex im Fall einer Grippepandemie wurde erstellt und abgeschlossen. Die Erfahrungen mit der Pandemie H1N1 zeigten die Grenzen der Planung auf. Für den schlimmsten Fall wurde zwischen der Spitex und dem Amt für Zivilschutz eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit geschlossen.

KAP – Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte

Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens hat sich die KAP ein neues Leitbild geschenkt. In einem mehrstufigen Prozess unter Einbezug der Mitarbeitenden sind griffige Aussagen zur Vision der KAP («Wir stehen ein für eine solidarische Gesellschaft»), zum Auftrag («Wir integrieren Menschen durch Arbeit und Bildung») und zu den Grundwerten und zum Selbstverständnis entstanden («Wir begegnen Menschen mit Achtung, kommunizieren transparent, pflegen einen sorgfältigen Umgang und gehören zu Winterthur»). Weiter hat die KAP im Rahmen eines Rezertifizierungsaudits die Anforderungen zur Zertifikatserteilung ohne Auflagen erfüllt.

Arbeitsmarktliche Entwicklungen

Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt prägen die Tätigkeitsschwerpunkte der KAP. Die stadtträtliche Kommission Arbeitsmarkt hat die Entwicklungen aufmerksam verfolgt und festgestellt, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zwar spürbar waren, jedoch keine dramatischen Ausmasse angenommen haben. Insgesamt haben 1134 Personen an den verschiedenen Programmen teilgenommen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von 10 % (117 Personen).

AVIG-Programme zur vorübergehenden Beschäftigung

Für die Qualifizierungsangebote für erwachsene Stellensuchende attestiert das Auftrag gebende Amt für Wirtschaft und Arbeit in ihren Visitationsberichten der KAP gute Leistungen. An verschiedenen Einsatzplätzen in der Stadtverwaltung erzeugen Programmteilnehmende einen Nutzen. Als Folge der konjunkturellen Entwicklung erhöhten sich die Einzel- und Gruppeneinsatzplätze um 36 auf insgesamt 154 Plätze. Von den 281 ausgetretenen Teilnehmenden haben 112 Personen (40 %) direkt aus dem Programm eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt gefunden.

Berufliche Integration von Sozialhilfe Beziehenden

Die Integrationsangebote der KAP sind abgestimmt mit der «Strategie Arbeitsintegration für über 25-Jährige» der Sozialen Dienste. Sie sind ausgerichtet auf eine Erwerbsarbeit im ersten Arbeitsmarkt und das Erlangen der wirtschaftlichen Selbständigkeit (Stellenvermittlung und Qualifizierung) sowie auf Arbeit im Sinne der beruflichen und/oder sozialen Integration im zweiten resp. ergänzenden Arbeitsmarkt (Teillohn-Angebote). Zusammen mit den vorgelagerten Abklärungsprozessen (Passage, Kompass) steht in Winterthur ein ausgewogenes und bewährtes Angebot für die berufliche und soziale Integration zur Verfügung. In der Fachwelt findet es Beachtung und wird von anderen Städten zum Teil übernommen. Das gilt vor allem für «Passage», das Programm an der Schwelle zum Sozialhilfebezug. Die einmonatige Arbeitsmöglichkeit dient als Vorbereitung auf die rasche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und stellt für arbeitsfähige Personen, die sich neu für den Sozialhilfebezug angemeldet haben, eine gewisse Hürde dar.



In der Textilwerkstatt des Projekts «Kompass» wird die berufliche und persönliche Situation abgeklärt.

Insgesamt haben 530 Personen an den Integrationsmassnahmen teilgenommen. 275 Personen in den Abklärungsangeboten, 47 Personen mit Schwerpunkt Integration erster Arbeitsmarkt, 207 Personen im ergänzenden Arbeitsmarkt (Teillohnstellen) und 47 Personen im Beschäftigungs-, Bildungs- und Integrationsangebot für Asyl Suchende (Unterhaltszentrum). Von den 468 erfassten Austritten aus allen Programmen haben 61 Personen eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt angetreten.

Berufliche Integration von Jugendlichen

Eine Langzeitstudie des «Zentrums für Rehabilitations- und Gesundheitspsychologie» der Universität Freiburg hat den von der KAP durchgeführten «Motivationssemestern» für stellenlose Schulabgängerinnen und Schulabgänger im Auftrag der Arbeitslosenversicherung eine gute Integrationswirkung attestiert. Auch die beiden städtischen Programme «Trampolin» und «Restaurant Römerpark» waren erfolgreich und sind mittlerweile zu einem festen Bestandteil des Angebots geworden. Insgesamt konnten 74 % der Jugendlichen in eine Anschlusslösung übertreten. Fünf von sechs Lernenden des Restaurants «Römerpark» bestanden im Sommer 2009 ihre Lehrabschlussprüfungen. Der Restaurantumsatz wurde um einen Drittel auf 400 000 Franken gesteigert.

Kompass – die richtige Antwort

Eine Studie im Auftrag der Aufsichtskommission für den Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung mit dem Titel «Ist Erwerbsarbeit für Sozialhilfebezüger ein Privileg?» ist auf breite Resonanz gestossen. Die Verfasser der Studie weisen auf die Wichtigkeit einer fundierten Triage hin. Die Stadt Winterthur verfügt diesbezüglich über bewährte Instrumente. Seit 2005 befassen sich im Rahmen von «Work-in» Mitarbeitende der Sozialen Dienste zusammen mit Mitarbeitenden des RAV Winterthur und der KAP mit dem Kernprozess Arbeitsintegration. Für vertiefte Abklärungen steht seit 2006 der «Kompass» zur Verfügung, wo während einem Monat die berufliche und persönliche Situation von Sozialhilfebeziehenden detailliert abgeklärt wird.

Departement Technische Betriebe

Im Berichtsjahr konnten verschiedene wichtige Projekte planmässig weiter verfolgt werden. Beim Unterwerk Tössfeld schreiten die Bauarbeiten sehr gut voran und für das Unterwerk Neuwiesen wurden die Projektierungsarbeiten gestartet. Auf der anspruchsvollen Grossbaustelle in der Kehrrechtverwertungsanlage (KVA) konnten im Zeitplan rund 75% des Auftragsvolumens an Unternehmen vergeben werden, wobei in einigen Fällen das internationale Submissionsrecht angewendet werden musste.

Für die Holzsnitzelheizung in Hegi erfolgte der Vergabeentscheid zu Gunsten eines sehr effizienten Elektrofilters mit Wärmerückgewinnung und für die Gebiete Niederfeld (Wülflingen) und Zinzikon (Oberwinterthur) werden weitere Holzsnitzelheizungen projektiert.

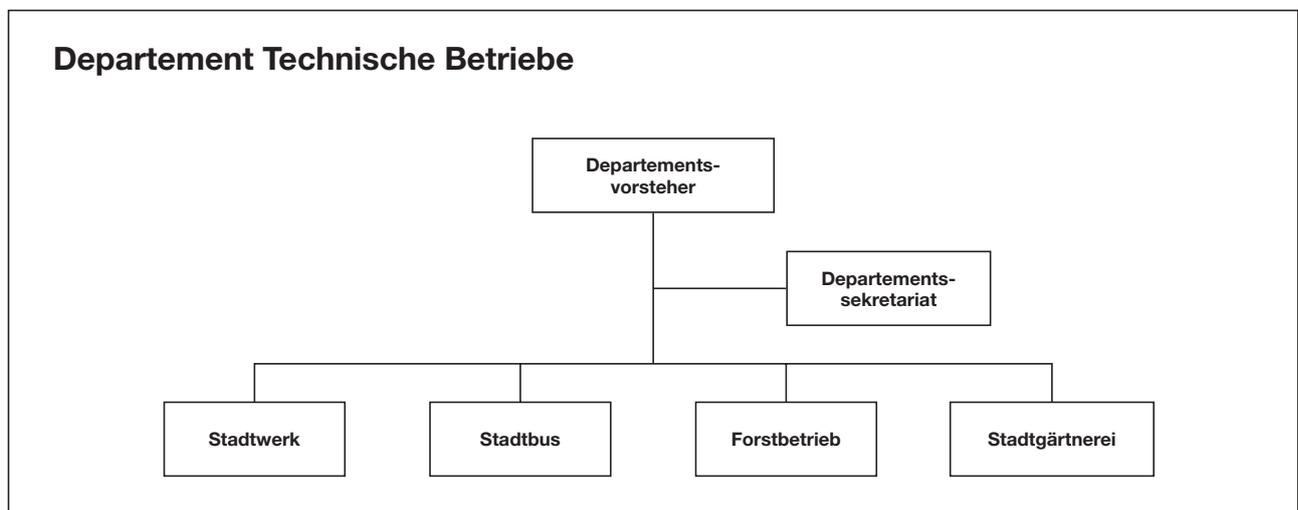
Die Biogasanlage der Biorender AG in Münchwilen (TG) hat die Umweltverträglichkeitsprüfung bestanden. Die Stadt Winterthur ist am Unternehmen mit rund 25% des Aktienkapitals beteiligt und sichert sich so den Bezug von Biogas. Im Frühjahr wurden die Bauarbeiten aufgenommen. Zudem konnte eine dritte Gastankstelle in unmittelbarer Nähe der KVA eingeweiht werden.

Die erste Etappe des Eulachparkes wurde fertig gestellt. Es zeigte sich, dass klare Nutzungsregeln vor Ort unumgänglich sind, da die «soziale Kontrolle» noch nicht ausreichend funktioniert. Seit längerer Zeit konnte die Stadtgärtnerei wieder eine Frühlingsausstellung durchführen, diesmal in den neu erstellten Gewächshäusern.

Zwei Stellen der Geschäftsleitung der Stadtgärtnerei wurden neu besetzt.

Für einen besseren Sauberkeitsstandard bei den Haltestellen von Stadtbus traf man eine Vereinbarung mit dem Bereich Tiefbau. Erfreulicherweise konnte der Vergabeentscheid für 21 neue Gelenktrolleybusse zu Gunsten der solothurnischen Firma Carosserie Hess AG gefällt werden. Erste Probefahrten auf dem Winterthurer Netz haben bereits stattgefunden. Für das Projekt einer massgeblichen Vergrösserung des Busdepots im Grüzefeld fand man mit dem Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) eine Einigung über das weitere Vorgehen. Stadtbus Winterthur und die Departementsleitung waren sehr stark in die Projekte rund um den Hauptbahnhof (Masterplan) und die Verkehrsplanungsstudien für die Zürcherstrasse involviert.

Unter der Federführung des Forstbetriebes Winterthur wurden die Projekte zur hochwassersicheren Gestaltung der Walke-Weiher und für eine breitere öffentliche Nutzung des Erholungsgebietes «Güetli» in Veltheim vorangetrieben. Für eine Neugestaltung des Reitplatzes in Töss und seiner Erschliessung, insbesondere einer betreffend Grundwasserschutz korrekten Parkierungsordnung sind zwei Gestaltungspläne in Arbeit. Der eine mit Fokus auf Erschliessung, Parkierung und eine neue Tössbrücke, der andere zur Regelung der Freizeitnutzungen im Waldgebiet. In den Winterthurer Wäldern wurden weitere Nassbiotope zu einem Naturschutz-Verband ausgebaut.



Stadtwerk Winterthur

Das Geschäftsjahr war geprägt von der landesweit für vielfältige Reaktionen sorgenden Inkraftsetzung der Strommarktliberalisierung. Die gesetzlichen Grundlagen wurden kurzfristig auf Anfang Jahr geändert, was rückwirkende Preisanpassungen zur Folge hatte. Die Umsetzung der Strommarktregelungen beschäftigte Technik, Finanzabteilung und insbesondere die Hauptabteilung Markt und Kunden. Vieles ist weiterhin im Fluss. Die Elektrizitätskommission prüfte die Netznutzungskosten von Stadtwerk Winterthur als einem der ersten Werke. Zahlreiche Infrastrukturprojekte aller Bereiche des Unternehmens, insbesondere in der KVA der Ersatz der Ofenlinie 1, waren von grosser Bedeutung für die Infrastruktur unserer Stadt.

Wasserversorgung

Winterthurer Trinkwasser ist von hervorragender Qualität und muss den Vergleich mit etablierten Mineralwässern nicht scheuen. Zu 97 Prozent stammt es aus dem Grundwasserstrom der Töss und kann unbehandelt ausgedient werden. Regelmässige Kontrollen bestätigen die Reinheit. Winterthurer Wasser wird seit 2009 unter dem traditionsreichen Markennamen «Aqui» auch als Tafelwasser mit und ohne Kohlensäure vertrieben.

Das Versorgungsnetz wurde weiter ausgebaut und Rohrleitungen sowie Anlagen saniert. Die Dimensionierung der Leitungen wird durch die Brandschutzvorschriften definiert, damit im Brandfall ausreichend Wasser mit genügendem Druck vorhanden ist. Damit das Wasser nicht allzu lange in diesen gross dimensionierten Leitungen steht, müssen diese periodisch gespült werden.

Der Literpreis ist mit 0.16 Rappen auch im schweizerweiten Vergleich sehr günstig. Dank gutem Abschluss 2008 konnten der Kundschaft auch im Berichtsjahr 15 Prozent des Wasserumsatzes des Vorjahres als Bonus rückvergütet werden.

Das bald 100-jährige Reglement für die Abgabe von Wasser ist nicht mehr zeitgemäss und berücksichtigt die übergeordneten gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht ausreichend, insbesondere ist der Brandschutz nur ungenügend abgedeckt. Der Entwurf der neuen «Verordnung zur Abgabe von Wasser» wurde erarbeitet und in einer breiten Vernehmlassung zur Stellungnahme unterbreitet.

Im Wasserreservoir Ganzenbühl wird seit Mai mittels einer Turbine umweltfreundlich Strom produziert. Dabei werden weder die Qualität des Wassers noch die Versorgungssicherheit beeinträchtigt. Jährlich werden rund 120 000 Kilowattstunden (kWh) produziert. Die Investitionen betragen 380 000 Franken. Für die Finanzierung wurde die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) beantragt, welche der Bund an Produzenten erneuerbarer Energien entrichtet.

Kennzahlen

	2009	2008	Veränderungen in %
Netzlänge (total; m)	426 310	426 680	- 0,1
Absatz (abgegebene Wassermenge; Mio. m ³)	8,86	8,60	+ 3,0

	Einheit	2009	2008
Niederschlagsmengen Winterthur	mm	1 170	1 240
Mit natürlichem Gefälle zufließendes Quell- und Grundwasser			
Quellwasser	m ³	300 600	339 600
Grundwasserfassung Hornsäge:			
Brunnenmesser	m ³	7 577 900	7 841 300
Total mit natürlichem Gefälle zufließendes Quell- und Grundwasser	m ³	7 878 500	8 180 900

	Einheit	2009	2008
Gepumptes Grundwasser			
Pumpwerk Hard	m ³	24 900	9 000
Pumpwerk Hornwiden	m ³	479 000	500 900
Pumpwerk Linsental	m ³	207 700	138 100
Pumpwerk Mittlere Au	m ³	245 800	163 400
Pumpwerk Weieracker	m ³	128 300	85 300
Pumpwerk Sennschür	m ³	281 700	187 300
Pumpwerk Obere Au	m ³	216 500	143 900
Pumpwerk Stadtacker	m ³	697 800	463 900
Total gepumptes Grundwasser	m ³	2 281 700	1 691 800
Total Wassergewinnung			
	m ³	10 160 200	9 872 700
Wasserabgabe in 24 Stunden in Winterthur			
Maximum 1.9.2009	m ³ /Tag	38 760	33 940
Mittel	m ³ /Tag	24 610	25 242
Minimum 25.12.2009	m ³ /Tag	20 260	20 020
Einwohnerschaft am 31.12. (Mittel Betriebsjahr 2009)			
	E	101 361	100 978
Maximum pro Einwohnerin/Einwohner und Tag in Liter		382	336
Mittel pro Einwohnerin/Einwohner und Tag in Liter		243	250
Minimum pro Einwohnerin/Einwohner und Tag in Liter		200	198
Ohne Industrie			
Mittlerer Verbrauch	m ³ /Tag	16 224	20 975
Mittlerer Verbrauch pro Einwohnerin/Einwohner und Tag	in Liter	160	208
Wasserabgabe im Jahr			
Wasser in Winterthur			
Haushaltungen und Kleingewerbe	m ³	5 921 800	5 947 200
Gewerbe und Industrie	m ³	1 621 800	1 561 700
Öffentliche Zwecke	m ³	139 800	136 200
Total in Winterthur	m ³	7 683 400	7 645 100
Total an Vertragspartner (ausserhalb Winterthur)	m ³	1 177 000	955 200
Total verrechnetes Wasser	m ³	8 860 400	8 600 300

Stromversorgung

Handel mit Strom

Mit Inkraftsetzung des Stromversorgungsgesetzes ist der Strommarkt für die Grosskundschaft mit einem Bedarf von mehr als 100 000 kWh pro Jahr offen. Stadtwerk Winterthur hat in der Folge keine Grosskunden verloren.

Bei der Umsetzung des Gesetzes bestehen noch viele Unklarheiten und Unsicherheiten in der Auslegung; die Überprüfung der Netznutzungspreise durch die Elektrizitätskommission ElCom wurde von Stadtwerk Winterthur deshalb begrüsst und führte zu einer höheren Rechtssicherheit. Die Prüfung ergab geringfügig reduzierte Netznutzungskosten rückwirkend für 2009. Die Strompreise in Winterthur sind attraktiv und liegen unter dem Schweizer Durchschnitt. Langfristig werden jedoch aufgrund steigender Primärenergiepreise und Verknappungen – also bedingt durch Dritte – Preissteigerungen erwartet.

Die Stromprodukte von Stadtwerk Winterthur (Öko-, Recycling-, Wasser- und Kernstrom) sind alle CO₂-arm. Mit dem Ausweis der Stromzusammensetzung von 2008 lagen im April erstmals die Zahlen für ein ganzes, ausschliesslich durch die Kundschaft bestimmtes Jahr vor. Sie hat hauptsächlich weiterhin Kernstrom (57.2 Prozent; Axpo-Mix 2008: 82.3 Prozent) und Wasserstrom (24.5 Prozent; Axpo-Mix 2008: 17.7 Prozent) bestellt. Der Anteil erneuerbarer Energien betrug 33.4 Prozent (2006: 19.4 Prozent) und bestand hauptsächlich aus Wasserstrom und aus dem Biomasseanteil im Recyclingstrom.

Stadtwerk Winterthur ist seit Beginn 2009 Ansprechpartner für das KMU-Modell der Energie-Agentur der Wirtschaft, das Winterthurer Unternehmen hilft, Kosten zu senken und den bewussten Umgang mit Energie im Betrieb zu fördern. Im Berichtsjahr engagierten sich 26 Firmen. Stadtwerk Winterthur war selber mit der Liegenschaft Untere Schöntalstrasse am Programm beteiligt und

übernimmt für alle Teilnehmenden an diesem Modell die Hälfte des Jahresbeitrags während der gesamten Laufzeit.

In Winterthur blieb der Stromverbrauch mit 603.9 Millionen kWh stabil. Trotz Sparmassnahmen und einer steigenden Energieeffizienz im Bereich Elektronik und Elektrotechnik wird der landesweit steigende Trend voraussichtlich auch in Winterthur stattfinden. Immer mehr Geräte benötigen Strom. Der Ersatz von Ölheizungen durch Wärmepumpen oder die Komfortlüftung in Minergeräuhäusern werden ebenfalls zu dieser Entwicklung beitragen. Mittelfristig könnten auch Elektroautos eine deutliche Zunahme des Stromverbrauchs verursachen.

Kennzahlen

	2009 in %	2008	Veränderungen in %
Absatzmenge (Mio. kWh)	592,1	587,97	+ 0,7
<i>Strombezug</i>	Mio. kWh	Mio. kWh	
Von der Axpo	558,2	525,3	+ 6,3
Von der KVA	40,9	70,1	- 41,7
Von Verschiedenen	4,8	7,3	- 34,2
Total Strombezug	603,9	602,7	+ 0,2
<i>Stromabgabe</i>	Mio. kWh	Mio. kWh	
Verbrauchsgruppe Basic	221,4	218,4	+ 1,4
Verbrauchsgruppe Peak	44,5	43,7	+ 1,8
Verbrauchsgruppe Profil	141,6	104,2	+ 35,9
Verbrauchsgruppe Profil Plus	170,5	208,0	- 18,0
Wärmepumpen	3,7	3,5	+ 5,7
Öffentliche Beleuchtung	4,7	4,7	0
Stadtbus	5,7	5,5	+ 3,6
Verluste	11,8	14,7	- 19,7
Total Stromabgabe	603,9	602,7	+ 0,2

Abweichungen in Profil und Profil Plus ergeben sich aufgrund von Kundenumteilungen

Stromnetz

Neben der Spannungsumstellung von 50 Kilovolt auf 110 Kilovolt beschäftigte Stadtwerk Winterthur ein anspruchsvolles Tages- und Projektgeschäft: beispielsweise wurden 16 Trafostationen saniert und gebaut. Um diese ins Leitungsnetz einzubinden, sind jeweils umfangreiche Leitungsbauprojekte notwendig. Mittels aufwändiger Spülbohrung konnte auch die Trasse für die neue 110 Kilovolt Kabelleitung unter dem Bahnhof Töss gebaut werden. Diese Leitung wird das Axpo-Unterwerk Töss mit dem Unterwerk Tössfeld von Stadtwerk Winterthur verbinden, dessen Rohbau im Oktober abgeschlossen wurde. Die Verbindung zwischen den Unterwerken Tössfeld und Wülflingen ist projektiert und bewilligt. Für das Unterwerk Neuwiesen wurde ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben, weil am bestehenden Standort (mitten in einem Wohnquartier) ein Ersatzbau notwendig wird.

Die neu beschaffte Notstromgruppe mit 800 Kilovoltampere, welche im Bedarfsfall eine unterbrechungsfreie Stromversorgung sicherstellt, ermöglicht es, bisher typische Nachtarbeiten in den Tag zu verlegen.

Am 21. April ereignete sich ein schwerer Unfall. Ein Mitarbeiter starb im Mai an den Folgen des tragischen Unglücks. Ein weiterer Mitarbeiter wurde erheblich, zwei weitere leicht verletzt. Der Unfall ereignete sich anlässlich von Routinearbeiten an einer Mittelspannungsanlage. Trotz strikter Sicherheitsauflagen und permanenter Schulung der Mitarbeitenden bleibt der Umgang mit Strom gefährlich.

Das komplexe Stromversorgungsnetz von Stadtwerk Winterthur ist in einem guten Zustand und wird laufend modernisiert. Der durch die Strommarktliberalisierung einhergehende Kostendruck bedingt neue Instrumente, die einen zustands- und risikoabhängigen Unterhalt und Ersatz von Leitungen und Anlagen erlauben. Wo früher standardisierte Zahlen für die Sanierung ausschlaggebend waren, ermöglichen heute neue Modelle eine spezi-

fischere Bewertung einzelner technischer Komponenten. Die Förderung erneuerbarer Energiequellen führt dazu, dass sich der Netzbetrieb auf dezentrale Stromeinspeisung einstellen muss. «Intelligente Stromzähler» (Smart Meter) und Ausbau sowie flexiblere Handhabung der Netzsteuerung (Smart Grid) modernisieren das Netz.

Kennzahlen

	2009	2008	Veränderungen in %
Netzlänge (m), ohne öffentliche Beleuchtung	1 098 777	1 096 119	+ 0,2
Anzahl Zähler	63 525	62 805	+ 1,1

Erdgasversorgung

Handel mit Erdgas

Die Gaspreise in Winterthur sind um durchschnittlich 15 Prozent gesunken. Damit bleibt Erdgas weiterhin wirtschaftlich interessant. Stadtwerk Winterthur steigerte den Absatz von Erdgas und Erdgas-Biogas (Treibstoff) auf rund 506 Millionen kWh. Das Erdgas stammt hauptsächlich aus europäischen Ländern, dies steigert die Versorgungssicherheit. Ob als Heizenergie oder Treibstoff, Erdgas bleibt eine umweltfreundlichere Alternative zum Erdöl, da bei der Verbrennung rund 25 Prozent weniger CO₂ und keine Russpartikel emittiert werden. Seit Juni ist eine dritte Erdgas-Tankstelle in Betrieb. Investiert wurde eine Million Franken. Die Tankstelle eignet sich besonders für Grossfahrzeuge und liegt in der Grüze. Mit dieser Tankstelle verdoppelt sich die bisher in Winterthur vorhandene Tankkapazität. Getankt wird der Treibstoff Erdgas-Biogas (90 Prozent Erdgas und 10 Prozent CO₂-neutrales Biogas). Mit Erdgas fahren eignet sich vor allem im städtischen Raum. Der Treibstoffpreis liegt 30 Rappen tiefer als bei «Benzin Bleifrei 95».

Stadtwerk Winterthur beteiligt sich an der Biorender AG in Münchwilen mit drei Millionen Franken und sichert sich den Bezug von Biogas, das im Erdgasgeschäft künftig ein wichtiger Erfolgsfaktor sein wird. Die Investition ist ökologisch und wirtschaftlich sinnvoll, da die Nachfrage



Mit der dritten Erdgas-Tankstelle in der Grüze verdoppelt sich die Kapazität in Winterthur, vor allem für Grossfahrzeuge.

nach erneuerbarer Energie stetig zunimmt. In der ökologischen Gesamtbeurteilung nimmt Biogas aus vergärbaren Abfällen einen Spitzenplatz ein. Die Biorender AG sorgt für eine sinnvolle Entsorgung und Verwertung von Tierkadavern. Aus 30 000 Tonnen Fleischabfällen sollen jährlich 41 GWh Biogas produziert werden. Die Anlage wird im Spätsommer 2010 den Betrieb aufnehmen.

Kennzahlen

	2009	2008	Veränderungen in %
Absatzmenge (Mio. kWh)	506,61	476,48	+ 6,3
angeschlossene Leistung (MW)	370	366	+ 1,1

Gasnetz

Im Januar 2010 sind es 150 Jahre, seit in Winterthur mit dem Aufbau der Gasversorgung begonnen wurde. Das Jubiläum wurde im Berichtsjahr geplant und vorbereitet.

Mit einem Durchschnittsalter von 28 Jahren ist das rund 230 Kilometer lange Versorgungsnetz relativ jung und in einem guten Zustand. Leckagen und Defekte treten kaum auf. Um Lecks aufzuspüren, bevor sie gefährlich werden können, wird das gesamte Leitungssystem systematisch geprüft und mit Gasspürgeräten kontrolliert. Die häufigsten Lecks treten an Hausinstallationen auf, für welche die Hauseigentümerschaft verantwortlich ist.

Mit der anzustrebenden weitergehenden Entflechtung des Gas- und Fernwärmeversorgungsgebietes soll das Gasnetz dichter werden. Innerhalb des bestehenden Versorgungsgebietes wurden 79 Hausanschlüsse realisiert.

Kennzahlen

	2009	2008	Veränderungen in %
Netzlänge (total Rohrnetz; m)	232 720	233 165	- 0,2
Anzahl Zähler (werkeigene und private)	9 066	9 186	- 1,3

Wärme- und Energieversorgung

Fernwärmeversorgung

Fernwärme ist die günstigste verfügbare Heizenergie in Winterthur. Genutzt wird die CO₂-arme Abwärme der KVA. Durch die Substitution insbesondere von Ölheizungen werden jährlich rund 30 000 Tonnen CO₂ vermieden. 42 neue Anschlüsse konnten realisiert und 51 neue Verträge mit einer Gesamtleistung von 4023 Kilowatt unterzeichnet werden. Beim Anschluss an das Fernwärmenetz oder bei einem Holzschnitzel-Wärmeverbund konnte von einem zusätzlichen, einmaligen Förderbeitrag profitiert werden, was den Verkauf weiter förderte. Es handelte sich dabei um eine auf 2009 begrenzte Aktion des Bundes mit dem Ziel, bestehende Wärmenetze zu erweitern oder zu verdichten, die erneuerbare Energie oder Abwärme nutzen.

Der Ausbau des unterirdischen Netzes erfolgt planmässig. Rund 5.5 Millionen Franken wurden in Netzausbau und neue Anschlüsse investiert. Im Berichtsjahr konnte der Ausbau der Trasse Mattenbachquartier zu zwei Dritteln fertig gestellt werden. Der Ausbau der Trasse Hörnlistrasse wurde weitestgehend abgeschlossen und in der Altstadt das Netz verdichtet. Der älteste Teil des Altstadtnetzes beim Kunstmuseum wurde stillgelegt und die Liegenschaften an das Hauptnetz angeschlossen.

Das neue Fernheizwerk auf dem Areal der KVA hat seinen ersten Härtetest bestanden und übernahm während der Totalrevision der KVA im Herbst die vollumfängliche Fernwärmeversorgung. Das Fernheizwerk heizt immer

dann, wenn die Kehrlichtverbrennung eingestellt bzw. zurückgefahren wird oder aber Leistungsspitzen abgedeckt werden müssen.

Die ans Fernwärmenetz angeschlossenen Kundschaft wächst stetig. Trotzdem stagniert der Wärmeverbrauch, bedingt durch relativ warme Winter und eine zunehmend bessere Gebäudeisolation. Aus energiepolitischer Sicht ist dies eine erwünschte Entwicklung, aus betriebswirtschaftlicher Sicht bleiben jedoch die Kosten für Netzbetrieb und Neuanschlüsse hoch. Die Erschliessung der verbliebenen Liegenschaften im Fernwärmegebiet ist aufwändig. Die benötigten Anschlussleistungen sind eher gering, folglich werden die Anschlusskosten längerfristig tendenziell steigen.

Kennzahlen

	2009	2008	Veränderungen in %
Absatzmenge (Mio. kWh)	105,150	102,384	+ 2,7
angeschlossene Leistung (MW)	83,51	79,49	+ 5,1
Anschlüsse	345	294	+ 17,3
Netzlänge (m)	* 30 344	* 28 075	+ 8,1
<i>Anteile der einzelnen Energieträger (Mio. kWh)</i>			
Dampf aus KVA	99,329	111,825	- 11,2
Erdgas	31,316	6,077	+ 415,3
Heizöl extraleicht	1,475	0,242	+ 509,5
Total	132,120	118,144	+ 11,8

* inkl. Sulzerareal Oberwinterthur

Energie-Contracting

Das Geschäft mit Energie-Contracting entwickelt sich erfreulich. Betreut werden mehr als hundert Kundinnen und Kunden. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 14 grosse Energiezentralen betrieben, unter anderem mit Nahwärmeverbund, in denen primär die umweltschonenden Energieträger Holz oder Erdgas zum Einsatz kommen.

Der Grosse Gemeinderat genehmigte Ende April einen vierten Rahmenkredit von fünf Millionen Franken für neue Projekte. Im Mai erhielt Stadtwerk Winterthur den Zuschlag für den Holzschnitzel-Wärmeverbund Hittnau. Die Anlage mit einer Leistung von 500 Kilowatt wird 2010 den Betrieb aufnehmen. In der zunehmenden Konkurrenz positioniert sich Stadtwerk Winterthur als sicherer und langfristig verlässlicher Partner und überzeugt durch ein faires Preis-Leistungsverhältnis.

Das Angebot wurde mit dem Solarthermie-Contracting erweitert, das sich in erster Linie für grössere Gebäude zur Warmwasseraufbereitung und Heizungsunterstützung lohnt. Je nach Objekt können dadurch bis zu 30 Prozent des Energieverbrauchs eingespart werden. Das neue Angebot kann deshalb dazu beitragen, die verschärften kantonalen Vorschriften betreffend Energieverbrauch von Gebäuden einzuhalten.

Kennzahlen

	2009	2008	Veränderungen in %
Absatzmenge Wärme (Mio. kWh)	50,700	45,016	+ 12,6
Absatzmenge Kälte (Mio. kWh)	3,358	3,099	+ 8,4
<i>Verteilung der Energieträger im Energie-Contracting in %</i>			
	2009	2008	
Gas	77,62	76,13	+ 2,0
Heizöl	2,21	3,16	- 30,1
Holzschnitzel	16,94	16,44	+ 3,0
Strom	3,23	4,27	- 24,4

Kehrichtverwertungsanlage (KVA)

Die Arbeiten zum Ersatz der Ofenlinie 1 und dem Bau einer zusätzlichen Rauchgasreinigungsstufe schritten planmässig voran. Vom 16. Oktober bis 15. November befand sich zudem die Ofenlinie 2 in Revision. Während dieser Zeit wurde der Winterthurer Kehricht dank Koordination des Zürcher Abfallverwertungs-Verbundes in Hinwil verbrannt. Im Berichtsjahr wurden in der KVA rund 119 000 Tonnen Abfall verwertet. Das sind 33.6 Prozent weniger als 2008.

Ein voller 35-Liter-Kehrichtsack hat den Heizwert von 1.7 Litern Heizöl, die daraus gewonnene Energie weist die beste Ökobilanz auf. Abfall wird damit zum begehrten Energieträger für die Fernwärme- und Stromproduktion. Diese Tatsache prägt den Abfallverwertungsmarkt Schweiz in zunehmendem Mass. Die Importe aus Deutschland sind stark rückläufig. Nach dem Bau der ersten Tessiner Kehrichtverwertungsanlage fallen auch diese Mengen weg. Der Druck der Behörden, brauchbare Stoffe einer Wiederverwertung zuzuführen, ist zunehmend. Verbrennen ist und bleibt die letzte Verwertungsstufe. Der gegenwärtige Ausbau der KVA wird die Winterthurer Fernwärmeproduktion bei gleicher Entsorgungskapazität um einen Drittel erhöhen und sich auch positiv auf die Eigenstromproduktion von Stadtwerk Winterthur auswirken.

In der KVA wurden rund 56.3 Millionen kWh Strom produziert, was aufgrund der Stilllegung der Ofenlinie 1 im Mai rund 38 Prozent weniger als im Vorjahr entspricht.

Kennzahlen

	2009	2008	Veränderungen in %
Verbrannte Abfälle (t)	119 051	179 310	- 33,6
Dampfproduktion (t)	499 076	740 738	- 32,6
Stromverkauf (Mio. kWh)	40,279	70,172	- 42,6
Schlacke (t)	23 371	33 109	- 29,4
Reststoffe aus Rauchgasreinigung (t)	2 691	3 662	- 26,5
Turbinenbetrieb (t)	385 727	526 926	- 26,8

Rauchgasemissionen (mg/Nm ³)	2009	2008	GW LRV*
CO-Jahresmittelwert Verbrennungslinie 1	15,7	13,6	50
CO-Jahresmittelwert Verbrennungslinie 2	11,1	9,9	50
NO _x -Jahresmittelwert Verbrennungslinie 1	54,7	57,9	80
NO _x -Jahresmittelwert Verbrennungslinie 2	52,2	60,8	80
SO ₂ -Jahresmittelwert Verbrennungslinie 1	1,9	2,2	50
SO ₂ -Jahresmittelwert Verbrennungslinie 2	7,0	1,3	50

*) Grenzwert Luftreinhalteverordnung

Abwasserreinigungsanlage (ARA)

Die tägliche Reinigung von rund 53 000 Kubikmeter Abwasser stellt an alle hohe Anforderungen, denn die Reinigung von verschmutztem Abwasser und die Beseitigung von Rückständen sind eine zwingende Voraussetzung, um die Gewässerökosysteme langfristig zu erhalten. In den letzten Jahren hat sich in der ARA ein Generationenwechsel vollzogen. Rund 40 Prozent der Mitarbeitenden sind nicht länger als zwei Jahre in der ARA beschäftigt.

Auch die ARA ist dem Wandel unterworfen. Die Kläranlage ist in die Jahre gekommen und wird gemäss dem 2008 erarbeiteten Werterhaltungskonzept modernisiert. In den nächsten 15 Jahren müssen rund 35 Millionen Franken in die Leistungserhaltung investiert werden. Daneben war das Jahr geprägt von Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten, wie beispielsweise die Revision der Schlammverbrennungsanlage, die mit dem Ersatz des

Elektrofilters und des Saugzuges abgeschlossen werden konnte.

Die Abwasserreinigung in der Schweiz sieht sich vor neue Herausforderungen gestellt. Die im Abwasser vorhandenen Mikroverunreinigungen werden in den ARA gemäss Bundesamt für Umwelt (BAFU) nicht in ausreichendem Masse eliminiert. Rund 100 Anlagen, auch die ARA in Winterthur, müssen entsprechend mit neuen Systemen nachgerüstet werden. Die festgestellten Konzentrationen stellen für die Bevölkerung keine Gefahr dar, zum langfristigen Schutz des Grundwassers und der Ökosysteme müssen jedoch Massnahmen ergriffen werden. Die technischen Möglichkeiten bestehen laut BAFU bereits, aber die Finanzierung der Nachrüstung von schweizweit insgesamt rund 1.2 Milliarden Franken bleibt noch zu regeln.

Kennzahlen

	2009	2008	Veränderungen in %
Abwasserdurchfluss (m ³)	19 437 000	19 111 480	+ 1,7
Schlammverbrennung (m ³)	76 148	85 815	- 11,3

Datennetz (Telekom)

Stadtwerk Winterthur bietet das für den Eigengebrauch erstellte Glasfasernetz auch Unternehmen und Institutionen an. Auch im Berichtsjahr konnte neue Kundschaft gewonnen werden. Das Netz ist auf eine Gesamtlänge von mehr als 150 Kilometern ausgebaut.

Als Pilotprojekt wurde eine neue Wohnüberbauung an das Glasfasernetz angeschlossen. Die Privatkundschaft kann über das Breitbandnetz Triple-Play-Angebote (Digital TV, Telefon und Internet) abonnieren. Im Moment werden Neubauten und grössere Überbauungen nur auf Kundenwunsch und bei Vorliegen der Wirtschaftlichkeit an das Glasfasernetz angeschlossen.

Um den Ausbau des Schweizer Glasfasernetzes ist eine Debatte entbrannt: Da die Kupferkabel an ihre Leistungsgrenzen stossen, ist die Glasfaser für eine Kapazitätssteigerung der Netze nützlich. Die Kosten für die landesweite Verlegung der Glasfaserkabel werden aber auf rund 10 Milliarden Franken geschätzt. Das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) und die Kommunikationskommission (ComCom) haben zu Besprechungen am runden Tisch eingeladen. Stadtwerk Winterthur hat sich im Verband «Openaxs» organisiert, zu dem sieben Schweizer Energieversorgungs-Unternehmen gehören. Angestrebt wird der Bau und Unterhalt eines allen gleichberechtigt offen stehenden Glasfasernetzes. Im November hat Stadtwerk Winterthur Verhandlungen mit Swisscom für eine Kooperation aufgenommen.

Kennzahlen

	2009	2008	Veränderungen in %
Netzlänge (m)	157 084	130 000	+ 20,8
Anzahl Telehouses	6	6	0,0

Öffentliche Beleuchtung

Die Leitplanken für die Beleuchtung der Stadt sind im Konzept «Stadtlicht Winterthur» definiert. Nicht mit zusätzlichem, sondern mit gezielt eingesetztem Licht soll Winterthur besser in Szene gesetzt werden. Die innovative und energiesparende Lichtgestaltung von Plätzen, Begegnungsräumen, städtischen Wahrzeichen und repräsentativen Gebäuden wird auch die Orientierung bei Nacht erleichtern. Gleichzeitig soll die Ausstrahlung von Streulicht



Dank innovativer Technik verbrauchen die neuen Altstadt-leuchten rund 30 Prozent weniger Strom.
(Bild: Stefan Kubli)

in den Nachthimmel, so genannte «Lichtverschmutzung», verhindert werden. Innovative Lichttechnik sorgt in Winterthur seit Jahren dafür, dass trotz wachsender Zahl der Leuchtstellen – rund 9700 – der Gesamtenergieverbrauch gleich bleibt.

Nebst Routinearbeiten wurden Quartierpläne für die Beleuchtung von Wyden und Maienried erstellt und die Beleuchtung im Eichliacker und Inneren Lind erneuert. Das Projekt «Altstadtleuchten» konnte abgeschlossen werden. Die umgerüsteten Altstadtleuchten verbrauchen rund 30 Prozent weniger Strom und sind mit Reflektoren ausgerüstet, die das Licht direkt auf die Strasse werfen und nicht gegen oben entweichen lassen.

Die Beleuchtung der Storchbrücke ist ein Pilotprojekt aus dem Konzept «Stadtlicht».

Die Storchbrücke ist ein eindrückliches Eingangstor zur Stadt Winterthur; die Konturen der Brücke werden neu nachts in unterschiedlichen Lichtfarben akzentuiert. Lichtemittierende Dioden (LED) im Handlauf der Brücke beleuchten den beidseitigen Rad-/Gehweg. Mit modernster LED-Technik kann die Anschlussleistung der Beleuchtung niedrig gehalten werden.

Stadtwerk Winterthur prüft zurzeit den Einsatz der energiesparenden LED-Technik auch für die normale Strassenbeleuchtung.

Kennzahlen

	2009	2008	Veränderungen in %
Anzahl Leuchtstellen	9 707	9 596	+ 1,2
Netzlänge (m)	526 810	543 315	- 3,0

Dienstleistungen

Haustechnik

Die Abteilung Haustechnik von Stadtwerk Winterthur unterhält einen 24-Stunden-Pikettdienst für Privathaushalte, Gewerbe und Industrie; das Team rückte 350-mal für Piketteinsätze aus. Im Berichtsjahr wurden vor allem Öl- auf Erdgasheizungen umgerüstet.

Stadtwerk Winterthur ist ein Querverbundunternehmen. Aus der Bündelung der Kompetenzen ergeben sich auch für die Privatkundschaft wirtschaftliche und ökologische Vorteile. Die Abteilung Haustechnik will diese künftig vermehrt gegen aussen tragen. Da die Mitarbeitenden den wertvollen persönlichen Kontakt zur Privatkundschaft pflegen, können sie diese auf Wunsch umfassend beraten, auch hinsichtlich eines wirtschaftlich und ökologisch sinnvollen Umgangs mit Energie im Haushalt.

Kennzahlen

	2009	2008	Veränderungen in %
Anzahl Aufträge	4 540	4 727	- 4,0
Anzahl Piketteinsätze	350	319	+ 9,7

Kundendienst

Der Kundendienst von Stadtwerk Winterthur kümmert sich um alle Anliegen der Privatkundschaft. Dabei stehen meist Fragen rund um die Fakturierung und Administration im Vordergrund. Im Berichtsjahr fanden rund 28 000 Kontakte statt. Der Kundendienst verfügt einerseits über eine Callcenter-Struktur, andererseits steht der Kundschaft ein Schalter für die persönliche Kontaktnahme (rund 1900 Besuche) offen.

Energie- und Wasser-Themen sind komplexer geworden. Stadtwerk Winterthur engagiert sich mit Fachveranstaltungen und einer aktiven Informationspolitik für Transparenz und eine fundierte Beratung. Die ausgewiesene hohe Kundenzufriedenheit ist für Stadtwerk Winterthur elementar wichtig, auch in Anbetracht einer weiteren Strommarktöffnung, die der Privatkundschaft ab 2014 die freie Wahl des Energielieferanten ermöglicht.

Klimafonds Stadtwerk Winterthur

Rund 3900 Kundinnen und Kunden unterstützen den Klimafonds Stadtwerk Winterthur. Dieser hat zum Ziel, CO₂ zu reduzieren sowie die Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu fördern. Mit finanziellen Beiträgen werden lokale und regionale Projekte unterstützt. Seit dem Start im Jahr 2007 konnten bereits 536 000 Franken für insgesamt neun Projekte gesprochen werden. Unterstützt wurden im Berichtsjahr Biogas-Projekte. Den grössten Betrag erhielt ein Projekt des Ökozentrums Langenbruck. Das Projekt trägt dazu bei, das seit Jahrzehnten aus stillgelegten Siedlungskehrichtdeponien entweichende Schwachgas für die Produktion von Strom zu nutzen und das im Gasgemisch enthaltene klimaschädigende Methan zu vernichten. Der Klimafonds war Schwerpunktthema des Firmenauftritts an der Blue-Tech 09 in Winterthur und Stadtwerk Winterthur Hauptsponsor dieser Veranstaltung rund um die Energieeffizienz.

Stadtbus Winterthur

Der grosse Angebotsausbau vom Dezember 2008 prägte das Berichtsjahr ebenso wie die Qualitätssicherung in verschiedensten Bereichen, eine Fahrgastzunahme von 3.5 % und die Beschaffung von 21 neuen Trolleybussen. Damit verfügt Stadtbus über eine einheitliche niederflurige, voll klimatisierte Busflotte. Das sehr gute finanzielle Ergebnis dokumentiert die stetigen Bemühungen nach einem effizienten öffentlichen Verkehr.

Nach detaillierten Analysen der Wirtschaftlichkeit und Verhandlungen mit den verschiedenen Entscheidungsorganen fällten ZVV und Stadtrat den Vorentscheid zum Depotneubau: Verwaltung, Leitstelle und Depot Deutweg sollen am Standort Grüzefeld zentralisiert werden. Der Projektierungskredit wurde Ende Jahr gutgeheissen. Stadtbus beabsichtigt, 2010 in Zusammenarbeit mit dem Departement Bau einen Gesamtleistungswettbewerb auszusprechen.

Aufwand und Ertrag

Die Rechnung schliesst mit einem Totalaufwand von 40 683 105 Franken und einem Totalertrag von 42 422 046 Franken ab. Der Überschuss von 1 738 941 Franken wird der Betriebsreserve zugewiesen. Die Einlage in die Betriebsreserve ist die Differenz zwischen dem mit dem ZVV vereinbarten Leistungsentgelt und dem effektiven Aufwand der Laufenden Rechnung.

Die Zunahme der Personalkosten in Höhe von 4.7 % ist einerseits auf den geplanten Angebotsausbau 2009 zurückzuführen und entspricht andererseits der budgetierten Lohnentwicklung. Diese setzt sich vorwiegend aus der Teuerung und dem Anstieg der Erfahrungs- und Leistungsanteile zusammen. Einsparungen im Personalbereich konnten bei den Familienzulagen durch eine Finanzierungsänderung und bei den übrigen Personalkosten realisiert werden. Die Pensenzunahme im Fahrdienst ist hauptsächlich auf den Angebotsausbau zurückzuführen. Durch kurzfristige temporäre Stellenüberschneidungen sowie einen Ausbau im Verkauf erhöhten sich die Verwaltungspensen im Jahresvergleich. Die Produktivitätsziele wurden noch nicht vollständig erreicht, insbesondere im Bereich der Kurzabsenzen. Dank der Einführung eines Absenzenmanagements sollte in den kommenden Jahren eine Verbesserung erzielt werden können.

Bei den Sachkosten ergaben sich erhebliche Minderaufwendungen wegen der Verschiebung des Fahrleitungsrückbaus der Linie 4. Die neuerliche Verschiebung war durch Rekurse im Plangenehmigungsverfahren verursacht, die Ende 2009 zugunsten von Stadtbus erledigt werden konnten. Durch die bevorstehende Erneuerung der Trolleybusse wurde der Fahrzeugunterhalt der älteren Trolleybusse auf ein Minimum reduziert. Die stark gefallen Dieselölpreise und mittels Gegengeschäften finanzierten Marketingaktivitäten verhalfen zu weiteren massiven Kostenreduktionen.

Die Kapitalkosten sind tiefer als im Vorjahr. Das im Vergleich zum Vorjahr tiefere Anlagevermögen konnte mit 3.25 % anstelle von 3.75 % verzinst werden und kompensierte den leicht höheren Abschreibungsbedarf aus der Beschaffung der vier neuen Gelenkdieselbusse.

Der Aufwand pro km nahm um 5.8 % bei mutmasslich höheren Verkehrserträgen ab, und der Kostendeckungsgrad verbesserte sich um 2.8 % bei 6.1 % Mehrleistung und gleichen Kosten.

Die Nebeneinnahmen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 12.3 %. Zusätzliche Extrafahrten, Mehrerträge aus der Fahrzeugwerbung sowie aus der Verzinsung der Betriebsreserve verbesserten das Jahresergebnis.

Die Betriebsreserve weist folgende Zahlen aus:

Betriebsreserve	Einlage Fr.	Entnahme Fr.	Saldo Fr.
Betriebsreserve per 1.1.2009			6 661 019.34
Diverse Personalaktionen		- 34 108.29	
Ergebnis Rechnung 2009	1 738 941.84		
Betriebsreserve 31.12.2009	1 738 941.84	- 34 108.29	8 365 852.89

Die ZVV-Richtlinie «Finanzierung der Verkehrsunternehmen» schreibt u.a. folgende Regeln für die Bildung und Verwendung der Betriebsreserve vor:

1. Leistungsentgeltüberschuss ist der Betriebsreserve gutzuschreiben.
2. $\frac{2}{3}$ der Reserve sind gebundene Reserven und $\frac{1}{3}$ freie Reserven.
3. Übersteigen die gebundenen Spezialreserven 12 % des zuletzt vereinbarten Bruttoleistungsentgelts, so darf SBW den ganzen Gewinn der freien Spezialreserve zuweisen.
4. Die gebundene Reserve dient ausschliesslich der Deckung von Bilanzfehlbeträgen.
5. Die freie Reserve darf innerhalb der Unternehmung verwendet werden. Ausgeschlossen sind Rückführungen ins Gemeindevermögen und die Verwendung für Investitionen.

Leistungsspiegel SBW

Aufwand / Einnahmen	2008	2009	ABW %
Personalaufwand in Tausend Fr.	26 698	27 946	4,7
Sachaufwand	9 362	8 203	- 12,4
Kapitalaufwand	4 548	4 434	- 2,5
Transportbeauftragter	26	100	278,0
Total Aufwand	40 634	40 683	0,1
Total Nebeneinnahmen	1 789	2 010	12,3

Gesamtaufwand pro Fahrplankilometer

Personalaufwand	Fr./km	5,86	5,78	- 1,3
Sachaufwand	Fr./km	2,05	1,70	- 17,4
Kapitalaufwand	Fr./km	1,00	0,92	- 8,1
Total Fahrplankilometer	Fr./km	8,91	8,40	- 5,8

Personalbestand per 31.12.

Direktion und Verwaltung	Anzahl	24	26	8,3
Betrieb und Fahrpersonal	Anzahl	187	190	1,6
Technik und Werkstatt	Anzahl	28	28	0,0
Auszubildende	Anzahl	3	4	33,3
Total Personalbestand	Anzahl	242	248	2,5

Fahrzeugbestand per 31.12.

Gelenktrolleybusse	Anzahl	31	31	0,0
Standardautobusse	Anzahl <td>31</td> <td>31</td> <td>0,0</td>	31	31	0,0
Gelenkautobusse	Anzahl <td>19</td> <td>19</td> <td>0,0</td>	19	19	0,0
Total Fahrzeuge	Anzahl <td>81</td> <td>81</td> <td>0,0</td>	81	81	0,0

Fahrplankilometer

Stadt:	Trolleybusse	km	1 788 392	1 819 481	1,7
	Autobusse	km	1 739 538	2 055 846	18,2
	Total Stadt	km	3 527 930	3 875 327	9,8
Region:	Winterthur – Flughafen	km	520 592	515 366	- 1,0
	Winterthur – Elsau	km	91 664	0	- 100,0
	Winterthur – Dättlikon	km	146 924	172 929	17,7
	Winterthur – Gundetswil	km	124 088	128 047	3,2
	Brütten – Nürensdorf – Effretikon	km	87 130	89 562	2,8
	Nachtbusse	km	58 341	51 333	- 12,0
Total Region		km	1 028 739	957 236	- 7,0
Total Stadt und Region		km	4 556 669	4 832 563	6,1

Energieverbrauch

Fahrstrom	kWh	5 504 875	5 595 406	1,6
Dieselöl	Liter	1 258 326	1 356 768	7,8

Landesindex (Dezember 2005 = 100 Punkte)

Stand Dezember	Punkte	103,40	103,60	0,2
----------------	--------	--------	---------------	-----

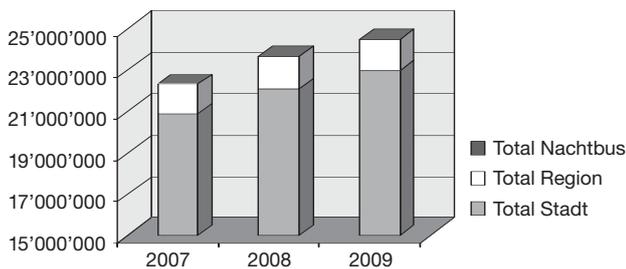
Fahrgastzahlen

Fahrgastzahlen	2007	2008	2009
Stadt	20 859 555	22 054 277	22 986 700
Regional	1 440 787	1 572 993	1 470 170
Nachtbus	38 535	46 056	54 827
Total	22 338 877	23 673 326	24 511 697

Erfreuliche Nachfrage

Stadtbus erweiterte im Dezember 2008 das Angebot auf verschiedenen Strecken massiv; insgesamt entspricht der Zuwachs von 830 000 Fahrgästen bzw. 3.5 Prozent den Erwartungen. Unter Berücksichtigung der schwierigen Wirtschaftslage und der Tarifierhöhung des ZVV ist dieses Ergebnis erfreulich. Die Angebotserweiterungen wurden mehrheitlich positiv aufgenommen. Überdurchschnittlich gut genutzt wurden die Linie 5 (Dättlau-HB-Technorama) mit einer Zunahme von 58 Prozent und die Linie 7 (HB-Bahnhof Wülflingen) mit 52 Prozent; erfreulich entwickelte sich auch die Linie 12 (HB-Bruderhaus) mit 51 Prozent, wobei der Halbstundentakt am Sonntag ein hohes Interesse weckte. Unter den Erwartungen blieben die Linie 3 (Rosenberg-HB-Oberseen), die trotz der Umstellung vom 20- auf den 15-Minuten-Takt stagnierte, und die Nachfrage des Versuchsbetriebs der neuen Linie 15 (Hegifeld-Bahnhof Hegi-Hegifeld), die weiterhin einer Belegung des Entwicklungsgebiets bedarf.

Durch den Wegfall der Linie 680 resultierte im Regionalbereich erwartungsgemäss eine leichte Abnahme der Fahrgäste, während die Stadtlinien mit 4.2% kräftig zulegen. Insgesamt nahmen die gefahrenen Personenkilometer um weitere 2.2 Mio. oder 3.8% zu.



Strategie Stadtbus

Stadtbus muss sich stetig wechselnden Rahmenbedingungen anpassen. In den halbjährlich stattfindenden Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterschulungen wird sichergestellt, dass alle Betriebsangehörigen über die Zielsetzungen informiert sind und dadurch ihren Beitrag gezielt leisten können. Mit den Mitarbeitenden auf Kaderstufe erarbeitete die Geschäftsleitung Ziele und Messgrössen und orientierte das gesamte Personal über die Stossrichtungen. Fünf Perspektiven mit je zwei bis drei Zielsetzungen wurden definiert (Wettbewerbsfähigkeit, Kundenschaft, Prozesse, Ökologie, Mitarbeitende) und laufend gemessen.

Verschiedene Diskussionen zeigen, dass die Zielsetzungen nachvollziehbar sind und von Kader und Mitarbeitenden getragen werden.

Linie 12 ist erfolgreich

Der Erfolg der Linie 12 vom Hauptbahnhof ins Bruderhaus hält an. So wurden an den Wochenenden und Feiertagen rund 12 000 und an den Mittwochnachmittagen 2500 Personen befördert. Die Zunahmen sind Ausdruck der Beliebtheit des Wildparks als Ausflugsziel. Diese

Zahlen zeigen die Bereitschaft, den öffentlichen Verkehr auch in der Freizeit zu nutzen.

Erfolgreich ist auch das neue Betriebskonzept. Nebst einer direkteren Linienführung via Breite hat sich an den Wochenenden vor allem die Entflechtung von öffentlichem und motorisiertem Individualverkehr vorteilhaft ausgewirkt. Diese Massnahme war letztlich die Voraussetzung für die Einführung des Halbstundentaktes an Sonn- und Feiertagen, ein weiterer Anreiz für die Nutzung des öffentlichen Verkehrs während der Freizeit.

Testbetrieb Rufbus

Im Dezember 2008 hat Stadtbus erstmals einen Testbetrieb mit einem Rufbus gestartet. Die Linie 9 (Seen-Klösterli Iberg-Eidberg) funktioniert seitdem abends ab 22 Uhr als Rufbus. Die ersten Wochen zeigten noch keine befriedigende Nachfrage, weshalb die Kommunikation des Angebotes nochmals verbessert wurde. Nach Abschluss einer Einführungsphase von etwas mehr als einem Jahr wird Stadtbus den Betrieb und die Fahrgastentwicklung analysieren und im Hinblick auf eine Nutzung dieser Betriebsform für die Erschliessung anderer Aussenwachten ein erstes Fazit ziehen.

Pandemieplan

Stadtbus Winterthur sichert eine Mobilitäts-Grundversorgung in der Stadt Winterthur. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und eines entsprechenden Stadtratsentscheides hat Stadtbus im Verlaufe des Berichtsjahres seinen Pandemieplan ausgearbeitet: Im Falle einer Pandemie sollen die Mitarbeitenden geschützt und der Betrieb, zumindest in reduziertem Masse, aufrechterhalten werden. Der Plan regelt die Zuständigkeiten, legt aufgrund der Krankheitsrate in der Bevölkerung die konkreten Schutzmassnahmen für die Mitarbeitenden fest und enthält eine Regelung betreffend Angebotsreduktion je nach Anzahl Absenzen im Fahrdienst. Wegen der Schweinegrippe wurden die ersten vorgesehenen Massnahmen im November umgesetzt: Merkblätter ausgehängt, Behälter mit Desinfektionstüchlein aufgestellt und die Mitarbeitenden von Fahrdienst und Verkauf mit einem «Pandemiekit» ausgerüstet. Die angebotene Impfaktion wurde nur von 5% der Mitarbeitenden genutzt.

Ein Depot für Stadtbus Winterthur

Die Pläne für ein Zusammenlegen der Einstellplätze für die städtischen Busse sind weiter gediehen. Der Stadtrat stimmte am 6. Januar 2010 der Projektierung der zentralen Infrastruktur zu, nachdem der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) seine grundsätzliche Zustimmung zum Vorhaben erteilt hatte.

Am heutigen Standort im Grüzefeld soll ein Ergänzungsbau von rund 16 Mio. Franken entstehen. Dieser beinhaltet insbesondere Einstellplätze für die Busse, welche heute im Depot Deutweg untergebracht sind. Ebenso werden Reserven geschaffen, um der Erweiterung des Fahrzeugparks im Zusammenhang mit der ÖV-Angebotsentwicklung bis etwa 2024 gerecht zu werden. Ergänzend zur Einstellhalle sieht das Projekt den Bau eines Bürotraktes für die Mitarbeitenden von Verwaltung, Disposition und Betriebsleitung vor. Damit kann Stadtbus den heutigen Standort «Deutweg» aufgeben; eine Lösung, die als Bestvariante durch einen umfassenden Produktvergleich ermittelt worden ist. Mit der Inbetriebnahme des zentralen Standorts kann im Jahre 2013 gerechnet werden.

Diese Zentralisierung bringt Stadtbus viele Vorteile, insbesondere den Wegfall der vielen Dienstfahrten zwischen den heutigen Depots, der Doppelspurigkeiten der beiden Werkstatt-Infrastrukturen sowie der kostspieligen personellen Doppelbesetzungen. Die mehrheitlich veralteten Büroräumlichkeiten weichen einer modernen und funktionalen Büroeinteilung. Dieses Projekt ermöglicht es, den Energiebedarf durch konzeptionelle und bauliche Massnahmen erheblich zu reduzieren. Geprüft wird zudem eine Anlage zur Gewinnung von Sonnenenergie für die Haustechnik mittels Dachflächen.

Leitsystem

Als Pilot-Unternehmen wurden bei Stadtbus in den Jahren bis 2008 diverse sichtbare Leitsystemkomponenten installiert und in Betrieb genommen (Busausrüstungen mit Multifunktions-Displays für Fahrgäste und Touchscreens für Fahrdienstmitarbeitende, Abfahrtsanzeiger an Haltestellen, Leitstelle, Depotausrüstungen, Netzwerkverbindungen, Funkantennen). Im Berichtsjahr war der Fokus auf die Ausbauten im übrigen ZVV und auf das gemeinsame ZVV-weite Gesamtleitsystem gerichtet.

In diesem Zusammenhang erfolgte der umfassendste und anspruchsvollste Leitsystem-Software-Release 12.1 (der sechste von sieben). Dieser stellt die Verbundtauglichkeit des Systems sicher. Damit wurden die übrigen Verkehrsunternehmen des ZVV (PAG, SZU, VBG, VBZ, VZO) auf denselben Winterthurer Ausrüstungsstand angehoben.

Mit dieser Ausbaustufe können in den Bussen nebst Anschlüssen zu den SBB und den eigenen Linien auch Anschlüsse zu den Partnerbetrieben dargestellt werden.

Stadtbus spielte auch in dieser Ausbauphase des Systems eine «Pilotrolle»: VZO, PAG, SZU, VBG wurden in das System integriert und organisatorische Abhängigkeiten geregelt. Neue Funktionen und Releases wurden zuerst in Winterthur in Betrieb genommen und getestet; die Zwischenabnahmen erfolgten bei Stadtbus. Die Konzepte für den künftigen Leitsystembetrieb und die Anforderungen an verkehrsbetriebsübergreifende Betriebs-, Support- und Unterhaltsorganisationen wurden erarbeitet und werden sukzessive in die Praxis umgesetzt.

Zurzeit konzentriert sich das Projekt auf softwareseitige Fehlerbehebungen (z.B. an Multifunktions-Displays) und Optimierungen. Damit sollen Zuverlässigkeit, Performance und Stabilität gestärkt werden. Das gemeinsame ZVV-Leitsystem soll Ende 2010 weitestgehend fertig gestellt und bereit für die Gesamtabnahme im Jahr 2011 sein.

Neue Gelenktrolleybusse aus der Schweiz

Winterthur bestellte als erste Schweizer Stadt 2002 neue Dieselbusse bei der polnischen Firma Solaris. Die Niederflerbusse überzeugten sowohl betreffend Preis als auch betrieblichen Aspekten; deshalb wurden in den folgenden Jahren auch zehn Trolleybusse in Polen beschafft. In der internationalen Ausschreibung für die umfangreiche Ersatzbeschaffung von 21 Trolleybussen wurde im Berichtsjahr der Firma Carrosserie Hess AG, Bellach, der Auftrag im Wert von rund 26 Mio. Franken erteilt.

Dieser Entscheidung ist ein umfassendes und breit abgestütztes Evaluationsverfahren vorausgegangen, bei dem vier Produkte eingehend begutachtet und bewertet wurden. Ausschlaggebend für das Schweizer Modell «Swisstrolley» waren die leichtere Bauweise und der damit einhergehende geringere Energiebedarf. Ebenfalls positiv sind die Nähe zum Produktionsstandort sowie die umfassenden Service-Dienstleistungen.

Die neuen Trolleybusse bieten viel Komfort: ein großzügiges Platzangebot, Vollklimatisierung und Isolationsverglasung. Dank einem leistungsfähigen Diesel-Notaggregat kann das Fahrzeug kurzfristig für längere Strecken unabhängig von der Fahrleitung eingesetzt werden. Zurzeit laufen die vielfältigen Vorbereitungen, um die einen Meter längeren Fahrzeuge (18.7 Meter) nach der etappierten Ablieferung rasch in den Betrieb zu integrieren und das Fahrpersonal entsprechend zu schulen.

Mit der Ersatzbeschaffung von 21 Niederflur-Gelenktrolleybussen kann Stadtbus die letzten Hochflurbusse ausmisten: Ab Frühling 2011 umfasst die Flotte ausschliesslich Niederflurfahrzeuge – eine wesentliche Komfortverbesserung für gehbehinderte Fahrgäste oder Passagiere mit Kinderwagen.

Neue Abfahrtsanzeiger am Hauptbahnhof

Mit dem markanten Ausbau des Busnetzes durch Stadtbus und Postauto wurde die Übersichtlichkeit auf dem Bahnhofplatz zunehmend schwieriger. Ankommende Reisende hatten es nicht einfach, zeitgerecht den richtigen Abfahrtsort zu erreichen; entsprechend zahlreich waren die Kundenreaktionen. In enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Städtebau wurde ein den zahlreichen Anforderungen genügender Standort für eine grosse Abfahrtsanzeige gefunden. Am 5. Mai enthüllten die zuständigen Stadträte im Beisein von Vertretungen der SBB, von Stadtbus und vom Amt für Städtebau den 8-zelligen Anzeiger und «übergaben» ihn als wichtigen Bestandteil der Fahrgastinformation der Kundschaft.



Bessere Orientierung dank neuem Abfahrtsanzeiger am Hauptbahnhof.

Mehr Sauberkeit in den Bussen und an den Haltestellen

Die Sauberkeit von Haltestellen und Fahrzeugen wurde in Umfragen regelmässig als verbesserungswürdig beurteilt. In den letzten Jahren reinigte man die Fahrzeuge deshalb öfter und gezielter. Stadtbuss suchte aber weiter nach neuen Wegen, um eine systematische und bedarfsgerechte Reinigung der Haltestellen zu sichern.

Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2008 wurden die Pufferzeiten der stadtquerenden Linien tagsüber an die Endhaltestellen verlegt. Folglich verschob man die Zwischenreinigung an die Endhaltestellen und dehnte sie zugleich leicht aus. Damit sind die Busse, welche den ganzen Tag auf der Linie bleiben, auch für die Nachmittags- und Abendfahrgäste sauberer und einladender. Im Weiteren wurde die Aussenreinigung verbessert, damit die

heranfahrenden Fahrzeuge bei den Fahrgästen einen nachhaltig positiven Eindruck hinterlassen.

Im September setzte Stadtbuss in enger Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt das neue Reinigungskonzept für Haltestellen um. Dieses sieht zusätzliche Reinigungstouren am frühen Morgen und am Wochenende sowie eine bedarfsgerechte Reinigung der einzelnen Haltestellen vor; zudem wird ein Pikettdienst bei ausserordentlichen Verschmutzungen angefordert. Saubere Haltestellen erhöhen die Hemmschwelle für das unerlaubte Deponieren von Unrat. Zurzeit werden die Ergebnisse des Versuchsbetriebs ausgewertet. Der Grundsatzentscheid, das neue Konzept definitiv einzuführen, ist nach dreimonatiger Erfahrung gefallen. Die detaillierten Ergebnisse geben Auskunft über weitere Massnahmen und ermöglichen eine Feinjustierung der Reinigungsplanung im Sinne eines optimalen Kosten-Nutzen-Verhältnisses.

Forstbetrieb

Der Winterthurer Wald blieb weitgehend von Witterungsextremen verschont. Hingegen sorgte die Finanz- und Wirtschaftskrise auch am Holzmarkt für tiefgreifende Verunsicherung. Vor allem bei der Buche kam es zu einem deutlichen Einbruch der Nachfrage und der Erlöse. Die Kapazitäten des Forstbetriebes wurden eingesetzt, um Naturschutz- und Erholungsprojekte wie die Sanierung der Klosterruine Beerenberg oder das Mittelwaldprojekt Hardholz voranzutreiben.

Produktionsgrundlagen, Arbeitssicherheit, Öffentlichkeitsarbeit

Als Landreserven für eine Erweiterung der Deponie Riet hat die Stadt Winterthur im Schoren 70 a Wald erworben. Beim Wildpark Bruderhaus wurden zwei Rodungen bewilligt: 1.31 ha Waldfläche dienen der Erweiterung der Wildpferdeanlage. Diese Rodung wird jedoch erst kurz vor Baubeginn ausgeführt. 0.7 ha Waldfläche, die bisher als Holzlagerplätze formell der Waldgesetzgebung unterstellt waren, werden der offiziellen Nutzung als Besucherparkplätze geöffnet. Die durch den Forstbetrieb Winterthur bewirtschaftete Fläche beträgt neu 1926 Hektaren, davon 1903 Hektaren Wald, 17 Hektaren Kulturland und 6 Hektaren ertragsloses Land. Mit 0.33 Unfällen pro Mitarbeitenden und 134 Ausfallstunden wegen Unfall konnten die Sicherheitsziele erreicht werden. Nichtbetriebsunfälle ereigneten sich 0.15 pro Mitarbeitenden bei 52 Ausfallstunden. Bei den Arbeitsunfällen sind Ereignisse durch falsches Einschätzen von Spannungen die wichtigsten Ursachen. Keine Unfälle gab es beim Arbeiten mit Werkzeug und beim HolZRücken. Am 21. Mai ereignete sich bei starkem Wind ein tragischer Unfall mit Todesfolge durch einen auf ein Fahrzeug stürzenden Baum.

Die Aufwertung von Naturschutz- und Naherholungsgebieten war Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit. Themen am Forstungang waren die geplante Entwicklung des Wildparks Bruderhaus und des Areals Reitplatz sowie das Projekt WinForst zur Konzentration der Betriebsstützpunkte des Forstbetriebes.

Verrechenbare Leistungen

Auch der Holzmarkt blieb nicht von der Finanz- und Wirtschaftskrise verschont. Im Stadtwald wurde deutlich weniger Holz genutzt als nachwächst. Vom Einbruch betroffen waren vor allem helle Laubholzarten, namentlich die Buche. Vom 1. September 2008 bis 31. August 2009 wurden im Stadtwald 15 400 Tariffestmeter (Tfm) Holz geerntet, das entspricht 71 % des Hiebsatzes (bewilligte nachhaltige Nutzungsmenge). Aus Durchforstungs- und Lichtungsschlägen stammen 8000 Tfm und aus Räumungen 5300 Tfm. Zwangsnutzungen beschädigter Bäume ergaben 500 Tfm, Schadholz aus Gewitterstürmen 1400 Tfm und 200 Tfm resultierten aus vom Nassschnee erdrücktem Holz. Erstmals seit dem Orkan Lothar gab es kein Schadholz durch Borkenkäfer.

Nutzung in Tariffestmetern, aufgeteilt nach Waldgebieten (Wirtschaftsteilen)

Wirtschaftsteil	Fläche ha	Hiebsatz Tfm	Nutzung Tfm	± %
Eschenberg	757	10 000	8 440	- 16
Lindberg	199	1 100	550	- 50
Brühlberg	132	1 200	440	- 63
Kümburg	181	2 400	1 580	- 34
Töss	83	850	900	+ 6
Wülflingen	257	2 100	1 600	- 24
Wolfensberg	83	1 100	680	- 38
Seen	184	2 500	1 150	- 54
Hornsäge	27	350	60	- 83
Total	1 903	21 600	15 400	- 29
Vorjahr	1 902	21 600	16 400	- 24

Die verkaufsfertig aufgerüsteten 14 860 m³ Holz setzen sich zusammen aus den Hauptsortimenten:

Sortiment	2009 in m ³	2009 in Fr.	2008 in m ³	2008 in Fr.
Nadelstammholz	6 000	694 000	7 000	840 000
Laubstammholz	1 860	177 000	2 400	254 000
Industrieholz	40	3 000	150	10 000
Energieholz	6 960	530 000	5 900	441 000
Total	14 860	1 404 000	15 450	1 545 000

Die Energieholzproduktion hat sich zu einem konstanten, wichtigen Standbein des Forstbetriebes entwickelt. 16 800 Schüttkubikmeter Holzschnitzel konnten im Berichtsjahr produziert und den Heizanlagen zugeführt werden. Die äusserst erfolgreiche Entwicklung der Holzenergienutzung in Winterthur ist der Kooperation zwischen den massgeblichen städtischen Fachstellen und insbesondere der guten Zusammenarbeit mit Stadtwerk Winterthur/Energie-Contracting zu verdanken.

Mit verrechenbaren Dienstleistungen wurde ein Umsatz von 730 000 Franken erreicht. Grössere Aufträge waren: Sicherheitsholzei für die SBB, Holzschläge im Privatwald, Rodungsarbeiten und Bepflanzung für die Deponie Riet, Ersatzaufforstung für Rodungen anlässlich der Friedhofserweiterung Rosenberg, Spezialholzei für zahlreiche Auftraggeber, Bachverbauungen und Bachrenaturierungen im Auftrag der Stadtentwässerung, Sanierung von Kiesfängen und Fusswegen für das Strasseninspektorat, Unterhalt der Umgebung von Reservoiren für Stadtwerk Winterthur sowie Arbeiten in Naturschutzgebieten kantonaler Bedeutung.

Nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen

Auf dem gesamten Wegnetz wurden Unterhaltsarbeiten wie Abranden, Ränder mulchen, Flickarbeiten und Sanierung von Durchlässen ausgeführt.

Gepflanzt wurden insgesamt 100 Fichten, 25 Föhren, 25 Douglasien und 250 Traubeneichen als Ergänzung der natürlichen Baumartenpalette sowie 400 Fichten für Christbäume. In Ersatzaufforstungen infolge Rodungen im Friedhof Rosenberg wurden 2800 Laubholzpflanzen und Sträucher gepflanzt.

Im Sommer wurden auf 45 Hektaren Jungwüchse und Dickungen gepflegt sowie Stangenhölzer durchforstet und – wo sinnvoll – wertgeastet. Auf 13 Hektaren erfolgte die Schlagpflege.

Im Rahmen des kantonalen Schutzwaldprojektes wurden 2008 auf Stadtgebiet 57.21 Hektaren Schutzwald erster Priorität ausgeschieden und durch den Regierungsrat festgesetzt. Im Berichtsjahr wurden erste Schutzwaldholzschnitzläge zur nachhaltigen Sicherung der Schutzfunktion im Kronenrain und Maierried ausgeführt.

In den Sommerferien hat der Forstbetrieb zum zweiten Mal Ferienjobs für Schülerinnen und Schüler angeboten.

Unter Anleitung von Praktikanten waren insgesamt 20 Schüler mit Neophytenbekämpfung und Biotopunterhalt beschäftigt. Der Einsatz war sowohl unter dem Aspekt Umweltbildung und Jugendarbeit als auch von der konkreten Leistung her ein Erfolg.

Forstmeister, Förster und Forstwarte haben über 500 Stunden Exkursionen und Waldführungen für Schulklassen, Vereine und Privatpersonen geleitet oder Referate zu verschiedensten Themen gehalten.

Im Wildpark Bruderhaus wurde die Umsetzung des Verkehrskonzepts vorangetrieben. Erstmals verkehrte der Bruderhausbus an Wochenenden und mittwochnachmittags im Halbstundentakt. Für das Projekt einer erweiterten Przewalski-/Mufflonanlage liegt die Baubewilligung vor.

Der Tierbestand Ende 2009 umfasst:

Tierart	männlich	weiblich	Jungtiere
Rothirsch	1	3	3
Damhirsch	5	9	8
Sikahirsch	1	4	-
Mufflon	6	6	4
Wildschwein	1	1	-
Wildpferd	1	7	-
Wisent	2	5	2
Wolf	1	1	4
Luchs	2	-	-

Im Rahmen des Waldrandpflegekonzeptes, des Inventars der kommunalen und überkommunalen Naturschutzobjekte und des Inventars der Waldstandorte naturkundlicher Bedeutung (WNB) wurden 380 Aren lichte Wälder, 330 m' Waldränder, 542 Aren eichen- und 108 Aren eibenreiche Bestände gepflegt. Im Häsental Eschenberg wurde ein weiteres Biotop (Nassstandortkonzept) realisiert.

580 Stück Einzelschutz und 180 Laufmeter Wildschutzzaun wurden erstellt.

32 Veranstaltungsbewilligungen, 48 Fahrbewilligungen für Veranstaltungen, 53 Fahrbewilligungen für Zufahrt zu Waldhütten und 37 Fahrbewilligungen für diverse Vorhaben im Wald konnten erteilt werden.

Stadtgärtnerei

Die wichtigsten Meilensteine für die Stadtgärtnerei waren der Baubeginn des Gemeinschaftsgrabes im Friedhof Rosenberg, des Brühlgutparks sowie der zweiten Etappe des Eulachparks. In den neuen Gewächshäusern der Gärtnerei Büel wurde eine gut besuchte Frühlingsausstellung veranstaltet. Am Südhang von Neuburg konnten 20 000 Quadratmeter Magerwiesen neu angelegt werden.

Öffentliche Grünanlagen

Die öffentlichen Grün-, Sport-, und Schulanlagen sowie die städtischen Naturschutzgebiete umfassen eine Fläche von rund 170 Hektaren und werden von den Mitarbeitenden der Abteilung Grünanlagen (47 Vollzeitstellen) gepflegt; dies ergibt eine Pflegefläche von rund 36 000 Quadratmeter pro Mitarbeitenden. Von den rund 84 000 geleisteten Arbeitsstunden entfallen auf das Reinigen und Beseitigen von Unrat 12 000, auf die Baumpflege 10 500 und auf den Ausstattungsunterhalt 8700 Stunden. Neu wurde ein Ausbildungsplatz für Baumpflege geschaffen, zudem werden vier Attest-Lehrstellen für Gartenarbeitende angeboten. Anfang Dezember hat Peter Hirsiger die Stelle als neuer Hauptabteilungsleiter Grünanlagen angetreten.

Die neu gebildete Gruppe «Grüne Helfer/innen» hat ihre Tätigkeit erfolgreich aufgenommen. Unter der Leitung eines Mitarbeiters der Stadtgärtnerei leisten die drei bis fünf



Baubeginn der zweiten Etappe Eulachpark

Mitglieder der Gruppe, welche durch die KAP zugewiesen werden, wertvolle Arbeiten, die das Erscheinungsbild der öffentlichen Anlagen verbessern. Die Arbeiten umfassen vor allem saisonale Reinigungs- und kleinere Reparaturarbeiten an Belägen, Zäunen usw.

Die Nutzung der öffentlichen Grünanlagen nimmt infolge des verdichteten Bauens ständig zu. Insbesondere die gartenartig gestalteten historischen Parkanlagen halten der intensiven Nutzung nicht mehr stand, der Pflegeaufwand steigt und die ästhetische Wirkung nimmt dennoch ab. Deshalb ergibt sich für die teilweise alten Anlagen in den nächsten Jahren ein erhöhter Erneuerungsbedarf, um dem Erscheinungsbild Winterthurs als Gartenstadt auch künftig genügen zu können. Die Stadtgärtnerei beteiligte sich deswegen an einem breit angelegten Testplanungsverfahren, welches unter anderem zum Ziel hat, den Stadtgarten zu erneuern.

Bei der Gestaltung des Eulachparks wurde diesem gesteigerten Nutzungsdruck Rechnung getragen. Die in der ersten Etappe angelegten grosszügigen Rasenflächen werden von Familien und Schulklassen für Picknick, Spiel und Sport intensiv genutzt. Die rund 300 Bäume sind noch sehr jung und vermögen deshalb kaum Schatten zu spenden, was manchmal bemängelt wird. Die Ausstattung (Sitzbänke und Abfallkörbe) wurde wegen Vandalismus' robust gebaut. Einige Probleme bereiten die Feuerstellen, welche nicht nur zum Grillieren genutzt werden, sondern auch für nächtliche Gelage mit entsprechend grossen Feuern missbraucht werden. Gut bewährt haben sich die Massnahmen zur Renaturierung der Eulach. Die Fischpopulation ist bereits beachtlich, was auch die Reiher bemerkt haben. Durch die abgeflachte Böschung ist das Wasser nun gut erreichbar und zieht im Sommer zahlreiche Kinder und Jugendliche an.

Mit dem Bau der zweiten Etappe des Parks wurde planmässig im Frühjahr begonnen. Der grösste Teil der Arbeiten konnte – wie bei der ersten Etappe – an Winterthurer Firmen vergeben werden. Dieser Parkteil wird intensiver gestaltet als der erste. Die Nutzung wird massgeblich durch die flankierenden Gebäude Schulhaus TMZ und Halle 710 geprägt. Im Zentrum befindet sich eine grosszügige Ballspielwiese. An deren Rand wurden als Übergang zur Halle zwei Reihen Rosskastanien gepflanzt, welche zu einem mächtigen Baumdach zusammenwachsen. Tische und Bänke können aufgestellt und Quartierfeste organisiert werden. In dieser zweiten Etappe wird auch ein grosser und interessanter Kinderspielplatz gebaut. Das Projekt wurde durch einen Wettbewerb unter vier Spielplatzgestaltern gekürt. Eine «Mini-Pitch-Anlage» – ein Ball- und Rollspielplatz mit festen Banden und Toreinrichtungen – für Jugendliche wird das umfassende Freizeitan-



Im Brühlgutpark werden die neuen Kinderspielgeräte versetzt.

gebot abrunden. Im Frühsommer 2010 ist auch dieser Parkteil fertig, sodass der Eulachpark Ende August 2010 mit einem grossen Fest eingeweiht werden kann.

Vom Grosse Gemeinderat wurde ein Kredit in Höhe von 640 000 Franken für den Einbau eines Stützpunktes in die Halle 710 bewilligt. Diese Räumlichkeiten bieten für acht bis zehn Mitarbeitende der Stadtgärtnerei mit ihren Fahrzeugen und Gerätschaften Platz und sollen bis zur Einweihung des Parks bezugsbereit sein.

Im Berichtsjahr konnte mit dem Bau des Brühlgutparks begonnen werden. Für dessen Neugestaltung hat der Grosse Gemeinderat einen Kredit von 1 840 000 Franken bewilligt. Der Park hat eine wichtige Funktion als Freiraum für die Quartiere Brühlberg und Tössfeld sowie – bedingt durch seine Lage an der Zürcherstrasse – als Imagerträger für die ganze Stadt. Das Projekt baut auf den noch vorhandenen Qualitäten auf, gibt dem Park aber ein zeitgemässes Aussehen. Dieser soll zum Anziehungspunkt für die Bevölkerung nördlich der Zürcherstrasse und im umgenutzten Sulzerareal werden. Bevor mit den Bauarbeiten begonnen wurde, untersuchte man den prächtigen, 90 bis 140 Jahre alten Baumbestand. Als Richtlinie für die Beurteilung des Weiterbestandes dieser Bäume gilt, dass sie noch mindestens eine Lebensdauer von fünf Jahren haben müssen. Bei acht Bäumen war dies nicht mehr gewährleistet. Der grosse Teil des Baumbestandes blieb jedoch erhalten und wurde bei den Bauarbeiten entsprechend geschützt. Die Baumschutzmassnahmen, insbesondere das Freilegen der Wurzeln und das Erstellen von Wurzelvorhängen nahm relativ viel Zeit in Anspruch. Die fachgerechten Arbeiten führten insbesondere die Baumpfleger der Stadtgärtnerei aus. Selbstverständlich sind im Umgestaltungsprojekt auch Neupflanzungen vorgesehen, sodass der Grundsatz gewahrt bleibt, für jeden gefälltten Baum einen jungen zu pflanzen.

In der Hardau wurde eine Mini-Pitch-Anlage erstellt. An der Hündlerstrasse konnte dank einer Nutzungsvereinbarung mit Stadtwerk ein neuer Kinderspielplatz und an der Weinbergstrasse eine Rutschbahn gebaut werden. Die Gestaltung der Schenkelwiese Nord als einfache Grün- und Erholungsanlage konnte bis auf einen Randbereich abgeschlossen werden. Die 6500 Quadratmeter grosse Wiesenfläche ergänzte man mit einem Lehrpfad für hochstämmige Obstbaumsorten und vier Pflanzgärten. Verschiedene Wege laden zum Spazieren und zum Beobachten, Sitzbänke und ein kleiner Kinderspielplatz zum Verweilen ein. Im Winter werden die Hänge rege zum Schlitteln genutzt. Die Kosten für die Gestaltung belaufen sich auf 225 000 Franken. Der Grosse Gemeinderat hatte diese bereits mit dem Kauf des Grundstücks bewilligt.

Bestattungswesen und Friedhöfe

Im Berichtsjahr sind 824 Personen mit Wohnsitz in Winterthur verstorben; 667 liessen sich in einem der Winterthurer Friedhöfe bestatten: 404 im Friedhof Rosenberg, 77 in Oberwinterthur, 110 in Seen, 36 in Töss und 40 in Wülflingen. 157 Urnen wurden nach Hause genommen oder in einer anderen Gemeinde beigesetzt. Kremiert wurden 725 Verstorbene aus Winterthur und 1560 aus über 80 Vertragsgemeinden.

Die Erdbestattungen nahmen in den letzten zehn Jahren von 140 auf 100 ab, die klassischen Urnengräber von 380 auf 230. Die Bestattungen in Urnennischen nahmen im gleichen Zeitraum von 85 pro Jahr auf 160 zu, was auf den Bau der Nischenwände in den Vorortfriedhöfen zurückzuführen ist. Desgleichen stieg die Zahl der Beisetzungen in Gemeinschaftsgräbern in den letzten zehn Jahren von 104 auf 144. In Privat- und Baumgräbern wurden 66 Urnen beigesetzt. Die sich ändernden Bestattungswünsche bewirkten einen leichten Rückgang der Entgelte für die Grabpflege und den Blumenverkauf.

Die Bestattungs- und Pflegearbeiten im Friedhof Rosenberg werden durch die Stadtgärtnerei ausgeführt, diejenigen in den Vorortfriedhöfen durch eine private Gartenbaufirma. Das Einsargen und der Leichentransport werden durch ein privates Bestattungsunternehmen ausgeführt. Auf Ende des Berichtsjahres endeten sowohl die Verträge für die Friedhofspflege als auch diejenigen des Bestattungswesens nach sechs Jahren. Das Submissionsverfahren ergab für alle Aufträge neue Vertragspartner.

Im Friedhof Rosenberg wurde mit dem Bau des neuen Gemeinschaftsgrabes begonnen. Das Projekt sieht eine hainartige Rasenfläche unter bestehenden Birken vor, in welcher die verrottbaren Urnen beigesetzt werden. Am oberen Rand des Grabfeldes liegt ein grosszügig gestalteter Besammlungs- und Besinnungsplatz, an dessen Rand sich eine «Namensbank» aus Steinplatten befindet. Die Anlage bietet Platz für etwa 1700 Beisetzungen in den nächsten 15 Jahren und kann bei Bedarf um die gleiche Grösse erweitert werden. Der bewilligte Kredit beläuft sich auf 1 150 000 Franken. Die Anlage steht im Sommer 2010 für Bestattungen bereit.

Die Bestattung in den Baumgräbern, eine spezielle Form der traditionellen Privatgräber, findet grosses Interesse. 60 Gräber sind in der neu erstellten Anlage bereits vergeben, Bäume gepflanzt und Bestattungen erfolgt. Im Herbst wurde mit der Gestaltung der zweiten Etappe der Erweiterung begonnen. Bei einem Baum können bis zu acht Urnen einer Familie beigesetzt werden.

Der Bestattungs-, Friedhofs- und Gärtnereibereich hat insgesamt 36 Stellen und bietet sieben Lehrstellen. Es



Bau des Gemeinschaftsgrabes im Friedhof Rosenberg; auf diese Stahlträger werden die Namensplatten gelegt.

werden rund 223 000 Topf- und Gruppenpflanzen produziert, welche im Friedhof, in den Büros der Stadtverwaltung und in den Parkanlagen verwendet werden.

Naturschutz

Die Gesamtfläche der von der Stadt beaufsichtigten Naturschutzgebiete beträgt rund 430 000 Quadratmeter, wovon 239 000 von überkommunaler Bedeutung sind. Die Pflege dieser Flächen konnte durch Landwirte, Naturschutzvereine, den Forstbetrieb Winterthur und die Stadtgärtnerei ordnungsgemäss durchgeführt werden. Insbesondere zur Förderung gefährdeter Amphibienarten (bspw. die Geburtshelferkröte) wurden bei den Naturschutzgebieten Hangentobel, Lehmgrueb Lindberg, Maienried, Scheibenstand Seen und Häsental Weiherverlandungen ausgebaggert und an ausgewählten Orten neue Weiher und Kleinstrukturen wie Holz- und Steinhäufen angelegt. Die Mitarbeitenden der Stadtgärtnerei wendeten für die Pflege der 286 000 Quadratmeter rund 2800 Arbeitsstunden auf. Projektarbeit, Arbeitsvorbereitung und Kontrollen benötigten etwa 1300 Arbeitsstunden, wovon 300 durch externe Büros erbracht wurden. Im Rahmen der Vernetzungsprojekte wurden im Berichtsjahr 20 000 Quadratmeter Magerwiesen (Südhang Neuburg), 1800 Quadratmeter Buntbrachen und 50 Meter Hecken neu geschaffen sowie 70, weitgehend feuerbrandresistente Hochstammobstbäume – insbesondere in den Landschaftsräumen Iberg/Eidberg und Wülflingen – gepflanzt.

Die Bekämpfung invasiver Neophyten, die sich aufgrund günstiger Bedingungen rasch ausbreiten und heimische Arten verdrängen, ist nach wie vor eine zeitauf-

wändige, aber notwendige Pflegemassnahme. Die Stadtgärtnerei hat die Standorte invasiver Neophyten erster Priorität (d.h. Ambrosia, Riesenbärenklau, Springkraut, Goldruten und Knöterich-Arten) aufgenommen und zur Kartierung in die Datenbank des Kantons Zürich eingegeben. Die Institutionen Forstbetrieb, Strasseninspektorat und Stadtgärtnerei arbeiten bei der Bekämpfung eng zusammen. Problematisch ist das Bekämpfen von Knöterich-Arten. Trotz verschiedener Versuche der Stadtgärtnerei und seitens des Kantons konnte noch keine wirksame Methode gefunden werden. Die Bekämpfung des Feuerbrandes beanspruchte wiederum rund 800 Arbeitsstunden. Insbesondere die Kontrollen in den neu festgelegten Schutzanlagen mit Hochstammobstbäumen sind aufwändig.

Um Naturschutzanliegen zu vermitteln, wurden im Wildpark Bruderhaus zwei viel beachtete Standaktionen mit den Themen «Schmetterlinge vor der Haustüre» und «Wohnungen für Wildbienen» durchgeführt. Mit dem Kanton wurden weitere Studien und Massnahmenpläne zur Aufwertung der Naturschutzgebiete Hoh-Wülflingen, Chöpfi und Ganzenbühl erarbeitet. Diese Aufwertungsmassnahmen sind unter anderem auch für diese Brutvogelarten von Bedeutung und sollen dem im Brutvogelinventar von Bird Life Zürich festgestellten Trend der deutlichen Abnahme der Anzahl Brutvogelpaare entgegenwirken (Rückgang in Winterthur: rund 25 %, im Kanton Zürich: rund 10 %). Das Ende Jahr abgeschlossene Detailinventar «Flora und Fauna» für die neuen Naturschutzobjekte bescheinigt den Naturschutzgebieten eine erstaunliche Vielfalt an teilweise seltenen Tier- und Pflanzenarten.

Der Grosse Gemeinderat

Der Grosse Gemeinderat trat zu 13 Doppelsitzungen (Vorjahr 11) und zu 1 (1) einfachen Sitzung zusammen.

Die nachfolgenden Kommissionen des Grossen Gemeinderates erledigten ihre Geschäfte an folgenden Sitzungen:

- Ratsleitung (RL) 5 (11)
- Aufsichtskommission (AK) 24 (19)
- Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) 35 (28)
- Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) 21 (13)
- Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) 12 (19).

Der Grosse Gemeinderat verabschiedete folgende Geschäfte:

19. Januar 2009

- I. Als neues Mitglied der Aufsichtskommission für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird Markus Wenger (FDP) gewählt.
- II. In die Vormundschaftsbehörde der Stadt Winterthur wird per 1. Februar 2009 für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 als Mitglied gewählt: Nadia Faggiano, Zelglistrasse 13, 8406 Winterthur.
- III. 1. Die Abfallverordnung vom 23. Oktober 1995 wird durch einen II. Nachtrag wie folgt geändert:
Art. 6 Sammlungsarten
Hauskehricht und Sperrgut werden mindestens einmal pro Woche, kompostierbare Abfälle, Papier und Karton mindestens einmal pro Monat und Grobmetall mindestens alle sechs Monate eingesammelt.
Abs. 2 und 3 bleiben unverändert.
Art. 14 Gegenstand der Abgabe
Die Aufzählung der Separatabfälle in Absatz 1 (erste Klammerbemerkung) wird mit dem Stichwort «Karton» ergänzt.
Im Übrigen bleiben Abs. 1 und 2 unverändert.
2. Es wird zustimmend zur Kenntnis genommen, dass für die Durchführung der Kartonsammlung gemäss Ziffer 1 jährlich wiederkehrende gebundene Mehrkosten in der Grössenordnung von 310 000 Franken zu Lasten der laufenden Rechnung der Produktgruppe Entsorgung, Produkt Abfallentsorgung anfallen werden. Diese Aufwendungen werden durch die Abfallgebühren gedeckt.
3. Mit diesen Beschlüssen wird die am 5. Mai 2008 überwiesene Motion betreffend Einführung einer regelmässigen Kartonsammeltour (GGR-Nr. 2007-096) gleichzeitig erheblich erklärt und als erledigt abgeschlossen.
- IV. Das Postulat P. Rütimann (FDP) betreffend Aufwertung des S-Bahnhofs Grüze wird an den Stadtrat überwiesen.
- V. Die in ein Postulat umgewandelte Motion D. Schraft (Grüne/AL), R. Wirth (SP), S. Stöckli (GLP) und R. Kleiber (EVP) betreffend Projekt für den Road Pricing-Versuch wird an den Stadtrat überwiesen.
- VI. Das Postulat U. Dolski (CVP), R. Werren (FDP), M. Stutz (SD), N. Gugger (EVP/EDU/GLP) und Ch. Kern (SVP) betreffend Sauberkeit im öffentlichen Stadt- raum wird an den Stadtrat überwiesen.
- VII. Das Postulat St. Fritschi (FDP) betreffend Erhalt der Parkplätze bei der Milchrampe wird an den Stadtrat überwiesen.
- VIII. Die Interpellation A. Meier-Camenisch (FDP) betref-

hend Kontrolle der Holzheizungen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

- IX. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat B. Gütthard Fitze (EVP) und M. Schwager (SP) betreffend seniorenfreundliche Stadt wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- X. Das Postulat R. Werren (FDP) und U. Dolski (CVP) betreffend Spucken in der Öffentlichkeit wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- XI. Das Postulat W. Badertscher (SVP) und P. Rütimann (FDP) betreffend Grünphasen auf Hauptverkehrsachsen wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- XII. Die Interpellation B. Gruber (SP) betreffend Schulbehördenreorganisation wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XIII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat F. Helg (FDP), St. Schär (SVP), R. Kleiber (EVP), S. O'Brien (Grüne) und M. Stutz (SD) betreffend Stärkung der Kreisschulpflegen wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- XIV. Die Interpellation St. Schär (SVP) betreffend Lagebeurteilung der Volksschule in Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XV. Die Interpellation E. Wettstein (SP) betreffend Schwimmsport in Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

9 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, ein Gesuch wird um ein halbes Jahr und ein Gesuch um ein Jahr zurückgestellt.

23. Februar 2009

- I. Als neues Mitglied der Aufsichtskommission für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird Fredy Künzler (SP) gewählt.
- II. 1. Die Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung der Stadt Winterthur vom 27. April 1998 wird durch einen III. Nachtrag wie folgt geändert:
Art. 1 bis Tagesstrukturen (neu)
In Winterthur werden die Schulen grundsätzlich als freiwillige Tagesschulen geführt. Wenn eine Schule über keine geeigneten Räumlichkeiten auf der Schulanlage verfügt, kann sie als Schule mit Tagesbetreuung geführt werden.
Die Nutzung des Betreuungsangebotes ist freiwillig und kostenpflichtig.
Artikel 9 Absatz 1
Die Schulbehörde bestimmt, ob eine Schule als freiwillige Tagesschule oder als Schule mit Tagesbetreuung geführt wird.
2. Dieser III. Nachtrag tritt per 1. August 2009 in Kraft.
- III. 1. Vom Planungsstand des Projektes Fokus wird Kenntnis genommen und das Geschäft GGR-Nr. 2007-074 damit als erledigt abgeschlossen.
2. Der Stadtrat wird beauftragt, im Rahmen des Projektes Fokus verbindliche Offerten einzuholen für die Vorhaben: Superblock, Grüzefeld (exklusive Schalteranlagen) sowie Grüzefeld (inklusive Schalteranlagen).
3. Der Stadtrat wird eingeladen, auf der Grundlage der eingereichten Offerten einen Standortentscheid

vorzubereiten und diesen dem Grossen Gemeinderat in Anwendung von § 28 Abs. 1 Ziff. 25 der Gemeindeordnung mit einer neuen Weisung zum Beschluss vorzulegen.

4. Für den Beizug externer Ressourcen zur Weiterbearbeitung des Projektes Fokus gemäss Ziffern 2 und 3 wird ein Zusatzkredit von 100 000 Franken bewilligt.

- IV. 1. Die Änderung des kommunalen Richtplans (102 Weiler b) Siedlung Grienen, 10210 Siedlung Grienen; Eintrag im Siedlungs- und Landschaftsplan) wird festgesetzt.
2. Dem privaten Gestaltungsplan «Grienen» vom 9. Mai 2007 wird zugestimmt.
3. Der Stadtrat wird eingeladen, für die Änderung des kommunalen Richtplanes und für den privaten Gestaltungsplan «Grienen» die Publikation/ öffentliche Auflage mit Rekursfrist durchzuführen und die Genehmigung durch die Baudirektion einzuholen.
- V. 1. Für den Umbau des Stadtraums Bahnhof wird den Stimmbürger/innen folgende Vorlage für einen Rahmenkredit unterbreitet:
Variante mit Veloquerung Nord:
Für den etappenweisen Umbau des Stadtraums Bahnhof gemäss der Grundvariante sowie mit zusätzlichem Teilprojekt Veloquerung Nord wird ein Rahmenkredit von 84 000 000 Franken inkl. MWST zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt.
Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. Februar 2008.
Über die Aufteilung des Rahmenkredites in die Objektkredite entscheidet der Grosse Gemeinderat.
2. Die erheblich erklärte Motion betreffend Velounterführung am Hauptbahnhof Nord (GGR-Nr. 2001-051) wird als erledigt abgeschrieben.
- VI. Für die Instandstellung und Gestaltung der Archstrasse, Meisenstrasse und Lagerhausstrasse und des Vorplatzes Arch-Areal im Zusammenhang mit dem privaten Bauvorhaben Archhöfe wird ein einmaliger Investitionsbeitrag von 3 192 000 Franken (zulasten der Investitionsrechnung des Allgemeinen Verwaltungsvermögens) bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 31. Dezember 2006.
- VII. Die Motion B. Dubochet (Grüne/AL), R. Wirth (SP), M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) und M. Stutz (SD) betreffend Förderprogramm Energie im Gebäudebereich wird an den Stadtrat überwiesen.
- VIII. Das Postulat B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP), B. Baltensberger (SP) und U. Dolski (CVP) betreffend pflegende Angehörige wird an den Stadtrat überwiesen.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

28 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, ein Gesuch wird um ein halbes Jahr zurückgestellt und ein Gesuch an die Bürgerrechtskommission zurückgewiesen.

16. März 2009

- I. Für den Betrieb einer Talentklasse Winterthur für musische und sportliche Talentförderung ab dem Schuljahr 2009/10 wird ein wiederkehrender Kredit von jährlich 80 000 Franken zuzüglich allfälliger Teuerung bewilligt (Anteil 2009: 20 200 Franken).
- II. Der jährlich wiederkehrende Betriebsbeitrag für das SelbsthilfeZentrum Region Winterthur wird mit Wirkung ab 2009 zu Lasten der laufenden Rechnung von 20 000 Franken auf 30 000 Franken erhöht.

- III. Für den Betrieb der konfessionellen Spitex-Vereine (Evangelischer Krankenpflegeverein Winterthur, Verein Katholische Gemeindekrankenpflege Winterthur und Verein Katholische Schwester-Krankenpflege Oberwinterthur) wird ab dem Jahr 2009 der jährlich wiederkehrende Defizitbeitrag von bisher insgesamt 82 000 Franken um maximal 268 000 Franken auf insgesamt maximal 350 000 Franken erhöht.
- IV. Die Stadt Winterthur, vertreten durch Stadtwerk Winterthur, beteiligt sich am Aktienkapital der Biorender AG in Münchwilen mit 3 Mio. Franken zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens von Stadtwerk Winterthur / Gashandel.
- V. Für Massnahmen zur Verbesserung der Beleuchtung und der Akustik im Konzertsaal des Stadthauses wird unter dem Vorbehalt, dass die Gesamtfinanzierung zustande kommt, ein Investitionsbeitrag von maximal 430 000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens bewilligt.
- VI. Die Interpellation O. Seitz (SP) betreffend Bauteilbörse – ein ökologisches Arbeitsintegrationsprojekt wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VII. Die Interpellation B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP) und O. Seitz (SP) betreffend Suizidprävention wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VIII. Die Interpellation A. Daurù (SP) betreffend Schliessung der Beratungsstelle «Horizont» wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- IX. Es wird eine Fragestunde durchgeführt.
- X. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat N. Galladé (SP) betreffend Informationskampagne zum Verhalten bei Gewalt im öffentlichen Raum wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- XI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat D. Hauser (SP) betreffend kommunale Massnahmen zur Eindämmung von Treibhausgasen wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

18 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen.

6. April 2009

- I. Die Interpellation St. Schär (SVP) und G. Bienz (CVP) betreffend privater Internetgebrauch in der Stadtverwaltung wird nicht dringlich erklärt und damit als erledigt abgeschrieben.
- II. Die Interpellation G. Bienz (CVP) betreffend Abholen von Fördergeldern für bauliche Energiesparmassnahmen an städtischen Liegenschaften wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- III. Der Schlussbericht des Projektes «Haushaltssanierung 2007 (HS 07)» wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- IV. Für die Realisierung des Radwegs zwischen der Turmhaldenstrasse und der Frohbergstrasse wird ein Kredit von 500 000 Franken (inkl. MWST) zu Lasten der Investitionsrechnung des Allgemeinen Verwaltungsvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungs- und mehrwertsteuerbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. Oktober 2008.
- V. Für die Projektierung des neuen 110/11 kV Unterwerks Neuwiesen (UWN) wird ein Kredit von 850 000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung Elektrizität bewilligt. Der Projektierungskredit ist Teil des

Rahmenkredites von 187 Mio. Franken, welcher am 27. September 1992 von den Stimmbürger/innen gutgeheissen wurde. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- und Minderkosten: 1. Januar 2009.

- VI. Für die Planung betreffend Umnutzung der Liegenschaft Schöntal (Untere Schöntalstrasse 12) wird ein Projektierungskredit von 975 000 Franken (inkl. MWST) zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens Städtische Betriebe bewilligt.
- VII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum WOV-Postulat S. Stierli (SP) betreffend Reaktion auf die Finanzkrise: Zusätzliche Lehrstellen in der Stadtverwaltung wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das WOV-Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- VIII. Die Interpellation P. Kyburz (SP) betreffend Verkehrssicherheit im Gebiet Wässerwiesen-/Johannes Beuger-Strasse wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- IX. Die Motion P. Rütimann (FDP), J. Lisibach (SVP) und U. Dolski (CVP) betreffend Einführung eines kommunalen Ordnungsbussenverfahrens wird an den Stadtrat überwiesen.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

27 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, ein Gesuch wird um ein weiteres Jahr, eine Person um ein Jahr zurückgestellt und drei Gesuche werden zurückgezogen.

11. Mai 2009

- I. Die Gemeindeordnung der Stadt Winterthur vom 26. November 1989 wird durch einen VII. Nachtrag geändert.
- II. Für den Bau einer Kunstrasenfläche als Ersatz für ein Rasenspielfeld auf der Sportanlage Hegmatten wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Kredit von 1.6 Mio. Franken bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2009.
- III. Die Motion P. Rütimann (FDP) betreffend Verordnung zur Nutzung des öffentlichen Grundes wird an den Stadtrat überwiesen.
- IV. Das Postulat P. Rütimann (FDP) betreffend weitsichtige Planung für den Bahnhof Hegi wird an den Stadtrat überwiesen.
- V. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat J. Lisibach (SVP), R. Kleiber (EVP/EDU/GLP) und M. Holenstein (CVP) betreffend Umzonung des Viehmarkt-Platzes in eine Erholungszone wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- VI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat J. Lisibach (SVP), R. Kleiber (EVP/EDU/GLP) und M. Holenstein (CVP) betreffend Projektwettbewerb für neue Nutzung des Reitwegplatzes wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- VII. Das Postulat M. Zeugin (EVP/EDU/GLP), R. Wirth (SP), H. Keller (SVP), P. Rütimann (FDP) und B. Dubochet (Grüne/AL) betreffend Vision «Eulach Valley» – Energie-Cluster für den Wirtschaftsstandort Winterthur wird an den Stadtrat überwiesen.
- VIII. Die Interpellation P. Kyburz (SP) betreffend Wohnungen für Studierende in Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

28 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, drei Gesuche werden um je ein halbes Jahr, zwei Gesuche um je ein Jahr zurückgestellt und ein Gesuch wird zurückgezogen.

18. Mai 2009

- I. Als Präsidentin für das Amtsjahr 2009/2010 wird Yvonne Beutler (SP) gewählt.
Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:
- | | |
|---------------------------------|----|
| ausgeteilte Stimmzettel | 57 |
| abgegebene Stimmzettel | 57 |
| leere und ungültige Stimmzettel | 9 |
| massgebende Stimmen | 48 |
| absolutes Mehr | 25 |
| Stimmen haben erhalten: | |
| Yvonne Beutler (SP) | 48 |
| vereinzelte Stimmen | 0 |
- II. Als 1. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2009/2010 wird Ursula Bründler-Krismer (CVP) gewählt.
Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:
- | | |
|---------------------------------|----|
| ausgeteilte Stimmzettel | 58 |
| abgegebene Stimmzettel | 58 |
| leere und ungültige Stimmzettel | 18 |
| massgebende Stimmen | 40 |
| absolutes Mehr | 21 |
| Stimmen haben erhalten: | |
| Ursula Bründler-Krismer (CVP) | 35 |
| vereinzelte Stimmen | 5 |
- III. Als 2. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2009/2010 wird Dominique Schraft (Grüne) gewählt.
Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:
- | | |
|---------------------------------|----|
| ausgeteilte Stimmzettel | 58 |
| abgegebene Stimmzettel | 58 |
| leere und ungültige Stimmzettel | 6 |
| massgebende Stimmen | 52 |
| absolutes Mehr | 27 |
| Stimmen haben erhalten: | |
| Dominique Schraft (Grüne) | 51 |
| vereinzelte Stimmen | 1 |
- IV. Als neues Mitglied der Aufsichtskommission für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird Betty Konyo Schwerzmann (SP) gewählt.
- V. Als neuer Präsident der Aufsichtskommission für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird Silvio Stierli (SP) gewählt.
- VI. Als neue Mitglieder der Sachkommission Bau und Betriebe für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 werden Felix Landolt (SP) und Niklaus Sabathy (CVP) gewählt.
- VII. Als neue Mitglieder der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 werden René Harlacher (CVP) und Markus Läderach (EVP) gewählt.

15. Juni 2009

- I. Die Interpellation St. Fritschi (FDP) betreffend Schulumraumplanung im Wachstumsgebiet Neuhegi wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschlossen.
- II. Als Leiter der Finanzkontrolle wird auf 1. Januar 2010 für eine Amtsdauer von vier Jahren Georg Ludwig, geb. 8. Juli 1951, stellvertretender Leiter der Finanzkontrolle, wohnhaft in Winterthur, gewählt.
- III. 1. Die Jahresrechnung 2008 der Stadtgemeinde Winterthur wird wie folgt abgenommen:
Die Laufende Rechnung schliesst bei 1 313 682 409 Franken Bruttoaufwand und 1 310 361 185 Franken

Bruttoertrag mit einem Aufwandüberschuss von 3 321 224 Franken ab, der dem Eigenkapital zu belasten ist.

Die Investitionsrechnung zeigt im Verwaltungsvermögen bei Bruttoausgaben von 142 436 316 Franken und Bruttoeinnahmen von 25 055 149 Franken eine Nettoinvestition von 117 381 167 Franken. Im Finanzvermögen resultiert bei Ausgaben von 15 154 275 Franken und Einnahmen von 5 957 339 Franken eine Investition von 9 196 936 Franken.

Die Bilanz weist Aktiven und Passiven von je 1 736 871 782 Franken aus.

2. Der generelle Satz für die Einlagen in die bzw. die Entnahmen aus den Produktgruppen-Reserven beträgt 20 % der Nettozielabweichung.

3. Die Globalrechnungen 2008 der Produktgruppen werden wie folgt abgenommen:

das Ergebnis des Soll-Ist-Vergleichs der parlamentarischen Zielvorgaben, die abgerechneten Globalkredite, die Einlagen in die bzw. die Entnahmen aus den Produktgruppen-Reserven.

IV. Der Geschäftsbericht 2008 wird genehmigt.

V. Vom Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle über das Jahr 2008 wird Kenntnis genommen.

VI. Der Geschäftsbericht 2008 des Ombudsmannes wird abgenommen.

VII. Für bauliche Anpassungen im Anbau des Gebäudes Zeughausstrasse 76 zur Nutzung als Anlaufstelle für Randständige wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein Kredit von 722 000 Franken (inkl. MWST) bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 9. Oktober 2008.

VIII. Für die Projektierung des Umbaus des Alterszentrums Adlergarten wird ein Kredit von 2 000 000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- und Minderkosten: 1. April 2008.

IX. 1. Leitbild und Konzept «Frühförderung in der Stadt Winterthur» werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

2. Zur Einrichtung einer Fachstelle Frühförderung sowie zur finanziellen Unterstützung von Frühförderangeboten privater Trägerschaften und von Institutionen, welche im Frühbereich tätig sind, wird ein jährlich wiederkehrender Kredit von 322 000 Franken bewilligt, längstens bis Ende 2013.

3. Für die Infrastruktur der Fachstelle Frühförderung wird ein einmaliger Kredit von 25 000 Franken bewilligt.

4. Der Stadtrat legt dem Grossen Gemeinderat bis spätestens Ende 2012 einen Bericht vor, in dem er die ersten Ergebnisse der Umsetzung von Leitbild und Konzept «Frühförderung in der Stadt Winterthur» darlegt und über die bisherigen und zukünftigen Kosten Auskunft erteilt.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

33 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, drei Gesuche werden um je ein Jahr und ein Gesuch um ein halbes Jahr zurückgestellt.

22. Juni 2009

I. 1. Die Volksinitiative zur Erhaltung und Sanierung der bestehenden Winterthurer Schwimmbäder wird – in Ergänzung zum bereits Realisierten – mit den folgenden Massnahmen und Festlegungen umgesetzt:

a. Die fünf bestehenden Freibäder bleiben erhalten und werden wo erforderlich schrittweise mit gebundenen Mitteln saniert;

b. Das Schwimmbad Oberwinterthur wird bis Ende 2012 umfassend saniert;

c. Allfällige Erweiterungen oder wesentliche Angebotsänderungen (neue Ausgaben) können fallweise mit Einzelkrediten bewilligt werden.

2. Mit diesem Grundsatzbeschluss wird die Volksinitiative als erledigt abgeschlossen.

3. Der Beschluss gemäss Ziffer 1 untersteht dem fakultativen Referendum.

II. 1. Das Sanierungskonzept für das Schwimmbad Oberwinterthur wird mit zwei Änderungen (Erhalt des Nichtschwimmerbeckens «Schüeli» und Auskleidung der Schwimmbecken mit Chromstahl statt Kunststoffolie) zustimmend zur Kenntnis genommen.

2. Für die Planung und Projektierung der wertvermehrenden Sanierungsmassnahmen im Schwimmbad Oberwinterthur wird ein Kredit von 400 000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt.

III. Für die nicht gebundenen Kosten der Sanierung des Restaurants Goldenberg wird ein Kredit von 465 000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung des Finanzvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungs- und MWST-bedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2008.

IV. 1. Für Anlagenobjekte des Betriebes Energie-Contracting (EC) wird ein vierter Rahmenkredit von 5 Mio. Franken zu Lasten der Investitionsrechnung Stadtwerk Winterthur/EC bewilligt.

2. Über die Aufteilung des Rahmenkredites in die Objektkredite entscheidet der Stadtrat.

V. Die Interpellation U. Böni (SP) betreffend Wohnstadt - Arbeitsstadt – Freizeitstadt, die gesunde Durchmischung machts wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

VI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat B. Baltensberger (SP), B. Günthard Fitze (EVP/GLP), G. Bienz-Meier (CVP) und S. O'Brien (Grüne/AL) betreffend Einführung des Lohngleichheitstests (Logib) in der Stadtverwaltung wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.

2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.

VII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat Ch. Denzler (FDP) betreffend Einrichtung eines Quartiertreffpunktes für Hegi wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.

2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.

VIII. Die Interpellation R. Wirth (SP) betreffend Geldflussrechnungen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

IX. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat O. Seitz (SP), M. Stauber (Grüne/AL), M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) und W. Schurter (CVP) betreffend Fahrgastführung am Bahnhofplatz Winterthur wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.

2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.

X. Zum Bericht des Stadtrates zum Postulat A. Ramsauer (Grüne/AL), U. Bründler (CVP), M. Zeugin (EVP/EDU/GLP), H. Strahm (SP) und M. Stutz (SD) betreffend Förderung von Blockheizkraftwerken wird ein Ergänzungsbericht verlangt.

XI. Die Interpellation R. Wirth (SP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betreffend Ökologisierung der Stromtarife wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

XII. Die Interpellation M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) betreffend Jungunternehmen in Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

24. August 2009

- I. Die Interpellation W. Badertscher (SVP), M. Wenger (FDP) und H. Iseli (EDU) betreffend Jugendgewalt in Winterthur wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschlossen.
- II. Als neues Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird Christine Denzler (FDP) gewählt.
- III. Als neues Mitglied der Bürgerrechtskommission für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird Urs Brügger (FDP) gewählt.
- IV. Als neues Mitglied der Fürsorgebehörde für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird Barbara Läuchli (SP) gewählt.
- V. Als neues Mitglied der Aufsichtskommission der Berufswahlschule (BWS) und der Werkjahrschule (WJS) für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird Bernhard Stichel (parteilos) gewählt.
- VI. 1. Der Ergänzungsplan c) Kernzone Stocken mit ergänzenden Bauvorschriften wird gemäss Anhang zur GGR-Weisung Nr. 2009/046 neu festgesetzt. Er ersetzt den Ergänzungsplan gemäss Gemeinderatsbeschluss Nr. 2007/012 (Ziffer 3.3) vom 7. Mai 2007, welcher im Übrigen unverändert weiter gilt. 2. Der Stadtrat wird eingeladen, für den revidierten Ergänzungsplan Kernzone Stocken die Genehmigung der Baudirektion einzuholen.
- VII. Für die aufsuchende mobile Jugendarbeit wird für die Jahre 2010 bis 2013 ein jährlich wiederkehrender Kredit von 275 000 Franken bewilligt.
- VIII. Die Interpellation B. Baltensberger (SP) und U. Bründler (CVP) betreffend städtische Pflegezentren – Neubesetzung Geschäftsführung wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschlossen.
- IX. Der Schweiz. Technischen Fachschule Winterthur (STFW) wird ein Investitionsbeitrag in Höhe von 1 Mio. Franken für die Erweiterung ihrer Infrastruktur gewährt, sofern die Finanzierung gesichert ist und der Baubeginn spätestens im Laufe des Jahres 2011 erfolgt. Der Stadtrat entscheidet über die Erfüllung der Anforderungen und den Zeitpunkt der Ausrichtung des Betrages.
- X. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat Mona Schwager (SP) und R. Schürmann (CVP) betreffend weitere Attestausbildungsplätze in der Stadtverwaltung wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- XI. Die Motion F. Helg (FDP), Ch. Kern (SVP), R. Schürmann (CVP), D. Schraft (Grüne/AL), R. Kleiber und M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) betreffend Verbesserung der Wirksamkeit der Ombudsstelle wird an den Stadtrat überwiesen.
- XII. Die Motion S. Stierli (SP) betreffend kein zweites «Schloss Wülflingen»: Definition der Grenzbereiche der gebundenen Ausgaben wird an den Stadtrat überwiesen.
- XIII. Die Interpellation U. Bründler (CVP), St. Fritschi (FDP), Ch. Kern (SVP), M. Stauber (Grüne/AL) und R. Kleiber (EVP/EDU/GLP) betreffend Optimierung von Budget und Rechnung der Stadt Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XIV. Das Postulat W. Badertscher (SVP) betreffend Überarbeitung Richtlinien «Reithalle», Mehrzweckanlage Zeughausstrasse wird an den Stadtrat überwiesen.
- XV. Die Interpellation B. Günthard-Maier (FDP), U. Bründler (CVP) und M. Zeugin (GLP) betreffend Gebührentransparenz: Damit den Winterthurer/-innen mehr

zum Leben bleibt wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

- XVI. Die Interpellation F. Helg (FDP) betreffend Würdigung verdienstvoller Personen mit einer Platz- oder Strassenbezeichnung, insbesondere Max Bill-Platz oder -Strasse wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

13 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, ein Gesuch wird um ein Jahr zurückgestellt.

14. September 2009

- I. Die Interpellation F. Landolt (SP) betreffend Verkehrssicherheit: Kanton will Städte entmündigen wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschlossen.
- II. Die Gemeindeordnung vom 26. November 1989 wird durch einen VIII. Nachtrag (betreffend Parlamentsordnung und Verwaltungsführung) geändert. (Dieser Beschluss unterliegt der obligatorischen Volksabstimmung.)
- III. Für die Projektierung und Weiterbearbeitung einzelner Teilprojekte sowie die Weiterführung der Planungs- und Projektierungskoordination Masterplanung Stadtraum Bahnhof wird zu Lasten des genehmigten Rahmenkredits von 84 Mio. Franken (Volksentscheid vom 17. Mai 2009) ein Projektierungskredit von 5 700 000 Franken (inkl. MWST) zu Lasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens bewilligt. Der Kredit verteilt sich auf folgende Objekte:

	<i>Franken</i>
11'400 Verkehrskonzept Neuwiesen	100 000
11'402 Neuwiesen-/Wülflingerstrasse	200 000
11'404 Neuwiesen-/Schützenstrasse	200 000
11'407 Gleisquerung Stadtmitte	1 800 000
11'406 Bahnhofplatz Süd	900 000
11'403 Rudolfstrasse	500 000
11'328 Veloquerung Nord	1 200 000
11'401 Personenunterführung Nord	200 000
11'405 Masterplan Stadtraum Bahnhof	600 000
Total	5 700 000

Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. Februar 2008.

- IV. Für das Projekt Neukonzeption des Knotens Tösstalstrasse/Kanzleistrasse wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein Kredit von brutto 900 000 Franken bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. September 2008.
- V. Die Interpellation R. Wirth (SP) betreffend tiefergelegte Vogelsangstrasse wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- VI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat P. Rütimann (FDP) betreffend Aufwertung des S-Bahnhofes Grütze wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- VII. Das Postulat D. Hauser (SP) betreffend Einführung von Begegnungszonen wird an den Stadtrat überwiesen.
- VIII. Es wird eine Fragestunde durchgeführt.
- IX. Das Postulat D. Hauser (SP) betreffend CO₂-Kompensation bei Diesel- und Benzinfahrzeugen der Stadt sowie der Verkehrsbetriebe wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.

- X. Das Postulat F. Künzler (SP) betreffend Ausdehnung der Blauen Zonen in weitere Quartiere wird an den Stadtrat überwiesen.
- XI. Das Postulat F. Landolt (SP) betreffend CO₂ Emissionen in Winterthur, transparente, jährliche und interpretierbare Treibhausgasstatistik für Winterthur wird an den Stadtrat überwiesen.
- XII. Die Interpellation M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) betreffend Massnahmen gegen Massenbesäufnisse in Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

28 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, ein Gesuch wird um ein Jahr und drei Gesuche werden um je ein halbes Jahr zurückgestellt.

26. Oktober 2009

- I. Als Beitrag an die von einer gemischtwirtschaftlichen Organisation betriebene Standortförderung Region Winterthur wird zulasten der Laufenden Rechnung ein Kredit von 1 350 000 Franken, aufgeteilt in Tranchen von jährlich 450 000 Franken, für die Jahre 2010 bis und mit 2012 bewilligt.
- II. Als Beitrag an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing und deren Betriebsgesellschaft (GZA) wird für die Jahre 2010 bis 2012 ein Beitrag von 90 000 Franken bewilligt. Der Beitrag wird in jährlichen Tranchen zu 30 000 Franken ausbezahlt.
- III. Für den Einbau eines Revierstützpunktes in die Halle 710 beim Eulachpark in Neuhegi wird zu Lasten des genehmigten Rahmenkredits von 10 250 000 Franken (Volksentscheid vom 27. November 2005) ein Objektkredit von 645 000 Franken (inkl. MWST) zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungs- und mehrwertsteuerbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. Oktober 2008.
- IV. Die Stadt Winterthur, vertreten durch Stadtwerk Winterthur, beteiligt sich am Windpark «Bard Offshore 1/ Ocean Breeze» mit einem Betrag von 4 500 000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens von Stadtwerk Winterthur, vorbehalten bleibt die Genehmigung des Vertragswerkes durch den Stadtrat.
- V. Das Postulat Ch. Baumann (SP), D. Berger (Grüne/AL) und B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP) betreffend Abklärung einer Mantelnutzung des Neubaus Stadion Schützenwiese mit studentischem Wohnen wird an den Stadtrat überwiesen.
- VI. Die Interpellation P. Rütimann (FDP) betreffend zusammenhängende Planung im Zentrumsgebiet Oberwinterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VII. Das Postulat St. Fritschi (FDP) betreffend Auslagerung des Vollzugs der AHV/IV-Zusatzleistungen zur Sozialversicherungsanstalt (SVA) des Kantons Zürich wird an den Stadtrat überwiesen.
- VIII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat D. Berger (Grüne/AL) betreffend 9-Uhr-Pass für Stadt Winterthur wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- IX. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat E. Schlegel (SP), J. Altwegg (Grüne/AL) und M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) betreffend Klimarappen zur Umsetzung des Energiekonzepts 2000 wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.

- X. Die Interpellation M. Zeugin (GLP) betreffend nachhaltiger Umgang mit der Ressource Licht: Massnahmen zur Erhaltung des Nachthimmels wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- XI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat B. Gruber (SP) und R. Kleiber (EVP/EDU/GLP) betreffend Frühförderung von Kindern im Vorschulalter wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- XII. Die Interpellation St. Nyffeler (SVP) betreffend Sicherheitsrisiko und Reinigungsmängel im Bioschwimmbecken im Hallen- und Freibad Geiselweid wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

44 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, zwei Gesuche werden um je ein Jahr zurückgestellt und ein Gesuch wird zurückgezogen.

16. November 2009

- I. Die Interpellation R. Werren (FDP), W. Steiner (SVP) und G. Bienz (CVP) betreffend Anschlüsse ÖV während des Umbaus der Tösstalstrasse in Seen wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- II. Als neuer Delegierter in den Zweckverband RWU wird Dieter Kläy (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 gewählt.
- III. Die Abrechnungen der Verpflichtungskredite gemäss GGR-Weisung Nr. 2009/061 werden abgenommen.
- IV. Für die nicht gebundenen Kosten der Sanierung der Liegenschaft Feldeggstrasse 7–13, 8406 Winterthur, wird ein Kredit von 1 175 000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung des Finanzvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungs- und MWST-bedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2009.
- V. 1. Der Änderung des privaten Gestaltungsplans «Oberer Deutweg Süd-West» vom 23. Februar 2009 wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird eingeladen, für die Änderung des privaten Gestaltungsplans «Oberer Deutweg Süd-West» die Publikation / öffentliche Auflage mit Rekursfrist durchzuführen und die Genehmigung durch die Baudirektion einzuholen.
- VI. 1. Die Änderung des kommunalen Richtplans (Siedlungs- und Landschaftsplan) 20705 Geilikerwiesen Grüngutverwertung wird festgesetzt.
2. Dem privaten Gestaltungsplan «Grüngut-Verwertungs-Anlage Geilikerwiesen» wird zugestimmt.
3. Der Stadtrat wird eingeladen, für die Änderung des kommunalen Richtplans sowie für den privaten Gestaltungsplan «Grüngut-Verwertungs-Anlage Geilikerwiesen» die Genehmigung durch die Baudirektion einzuholen.
- VII. Die Motion Ch. Kern (SVP) betreffend Strassenunterführung (St. Gallerstrasse) beim Bahnhof Grütze wird nicht erheblich erklärt und damit als erledigt abgeschrieben.
- VIII. Die Interpellation B. Stettler und F. Landolt (SP) betreffend faire Beschaffungspolitik in der Stadt Winterthur oder keine Ausbeutung mit Steuergeldern wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- IX. Die Interpellation R. Werren (FDP) betreffend Ein-

führung Container Pflicht wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

- X. Die Interpellation J. Würgler (SP), R. Kleiber (EVP), H. Iseli (EDU), R. Schürmann (CVP), M. Wenger (FDP) und St. Nyffeler (SVP) betreffend Sommerbetrieb der Eishalle Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XI. Die Interpellation W. Schurter (CVP), N. Gugger (EVP/EDU/GLP) und Ch. Kern (SVP) betreffend msw-Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat A. Daurù (SP) betreffend Drehscheibe berufliche und soziale Integration wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- XIII. Die Interpellation A. Daurù (SP) betreffend Treffpunkt für Menschen mit Alkoholproblemen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XIV. Die Interpellation U. Bründler (CVP) und B. Dubochet (Grüne/AL) betreffend Neubau Adlergarten wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

32 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, zwei Gesuche werden um je ein halbes Jahr und drei Gesuche je um ein Jahr zurückgestellt.

7. Dezember 2009

- I. 1. Die Voranschläge über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktgruppen der Stadt Winterthur in der Laufenden Rechnung für das Jahr 2010 werden mit den beschlossenen Änderungen genehmigt.
2. Die Voranschläge über die Aufwendungen und Erträge der Laufenden Rechnung für das Jahr 2010 des noch nicht in die wirkungsorientierte Verwaltungsführung überführten Teils der Volksschule werden mit den beschlossenen Änderungen genehmigt.
3. Die Voranschläge über die Aufwendungen und Erträge der Stadt Winterthur in den Investitionsrechnungen des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2010 werden mit den beschlossenen Änderungen genehmigt.
4. Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 122 % (2009: 123 %) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (24 Franken pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.
5. Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan der Stadt Winterthur für die Jahre 2011 bis 2013 wird zur Kenntnis genommen.
6. Gestützt auf § 46 Abs. 2 lit. b) Personalstatut wird auf den Leistungsanteil verzichtet.
7. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschal in der Produktgruppe «Städtische Allgemeynkosten/Erlöse» eingestellten und vom Grossen Gemeinderat bewilligten Beträge für die Personalmassnahmen im definitiven Budget auf die Lohnkonti der einzelnen Produktgruppen zu verteilen.
- II. 1. Der Subventionsvertrag mit dem Verein LMK – Live Musik Kultur über neu jährlich 300 000 Franken (bisher 200 000 Franken) wird genehmigt.
2. Der neue Subventionsvertrag mit der Fotostiftung Schweiz – Schweizerische Stiftung für die Photographie über jährlich 90 000 Franken wird genehmigt und damit zugleich der Beschluss Nr. 2002-016 vom 8. April 2002 betreffend einen jährlich wiederkehren-

den Standortbeitrag von 50 000 Franken aufgehoben.
3. Der neue Subventionsvertrag mit dem Theater Katerland/bravebühne über jährlich 55 000 Franken wird genehmigt; er tritt an die Stelle der bisher gewährten jährlichen Werkbeiträge von 50 000 Franken.

- III. 1. Die Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur (Finanzhaushaltverordnung) vom 31. Oktober 2005 wird durch einen I. Nachtrag geändert:
2. Der Stadtrat setzt den I. Nachtrag in Kraft.
- IV. 1. a) Der Stadtjugendmusik Winterthur wird für die Jahre 2009 bis 2013 ein jährlich wiederkehrender Beitrag von 25 000 Franken gewährt.
b) Ergänzend zu diesem fixen Beitrag wird ein erfolgsabhängiger Beitrag gewährt. Dieser beträgt 1300 Franken pro Tambourenschüler/in und 430 Franken pro Mitglied des Blasmusikkorps, falls diese in Winterthur wohnhaft sind.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, den unter Ziff. 1 bewilligten Beitrag (Teile a und b) einmal um vier Jahre zu verlängern.
- V. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat R. Schürmann (CVP), F. Helg (FDP), Ch. Kern (SVP) und R. Kleiber (EVP) betreffend privatrechtliche Trägerschaft für das Theater Winterthur wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- VI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zur Motion U. Böni (SP) betreffend Investition in Anlagen zwecks Produktion erneuerbarer Energien wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Die Motion wird nicht erheblich erklärt und damit als erledigt abgeschlossen.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

11 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, ein Gesuch wird um ein Jahr und ein Gesuch um ein halbes Jahr zurückgestellt.

14. Dezember 2009

- I. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat A. Ramsauer (Grüne/AL), B. Stettler (SP), M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) und M. Stutz (SD) betreffend guter Winterthurer Waldboden wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- II. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat Stefan Fritschi (FDP), U. Bründler (CVP), Ch. Kern (SVP), A. Ramsauer (Grüne), B. Gruber (SP), R. Kleiber (EVP) und M. Zeugin (GLP) betreffend Raum für die Sammlung der Stiftung Kunst, Kultur und Geschichte wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- III. 1. Vom Bericht zum Postulat W. Schurter (CVP), J. Altwegg (Grüne), St. Fritschi (FDP), R. Kleiber (EVP), S. Stöckli (GLP), H. Iseli (EDU) und J. Würgler (SP) betreffend Verbesserung und Attraktivitätssteigerung der Stadtbushaltestellen wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- IV. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat P. Kyburz (SP) betreffend Einführung eines städtischen Anerkennungspreises Jugend wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- V. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat U. Böni (SP) betreffend Schaffung einer Auffangstation und eines Infozentrums für Wildtiere wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.

-
- VI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat Dominique Schraft (Grüne/AL), R. Wirth (SP), S. Stöckli (GLP) und R. Kleiber (EVP) betreffend Projekt für den Road Pricing-Versuch wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- VII. 1. Vom Bericht des Stadtrates wird zustimmend Kenntnis genommen und die Motion B. Dubochet (Grüne), R. Wirth (SP), M. Hollenstein (CVP), R. Kleiber (EVP), S. Stöckli (GLP), H. Iseli (EDU) und M. Stutz (SD) betreffend Potenzialabklärung und Nutzung Geothermie damit zugleich erheblich erklärt und als erledigt abgeschlossen.
2. Der Stadtrat wird eingeladen, das Ergebnis der in die Wege geleiteten Machbarkeitsstudie dem Grossen Gemeinderat vorzulegen.
- VIII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat U. Dolski (CVP), R. Werren (FDP), M. Stutz (SD), N. Gugger (EVP) und Ch. Kern (SVP) betreffend Sauberkeit im öffentlichen Stadtraum wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- IX. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat Stefan Fritschi (FDP) betreffend Erhalt der Parkplätze bei der Milchrampe wird in ablehnendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- X. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat M. Ott (SP), R. Kleiber (EVP) und D. Berger (Grüne/AL) betreffend Gemeindegewinnzuschüsse zur AHV und IV wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- XI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zur Motion B. Dubochet (Grüne), R. Wirth (SP), M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) und M. Stutz (SD) betreffend Förderprogramm Energie im Gebäudebereich wird ablehnend Kenntnis genommen.
2. Die Motion wird erheblich erklärt.
- XII. Die Motion (GGR-Nr. 2008/080) P. Rütimann (FDP), J. Lisibach (SVP) und U. Dolski (CVP) wird zufolge bereits erfolgter Umsetzung durch den stadträtlichen Erlass einer Verordnung über das gemeinderechtliche Ordnungsbussenverfahren mit Anhang «Bussenliste» im Sinn des Berichts erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschlossen.
- XIII. Die Interpellation D. Hauser (SP) betreffend sozial- und wirtschaftsverträgliche Strompreise in Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

Initiativen und parlamentarische Vorstösse

Abschreibungen nachgeführt bis 31. Dezember 2009

Pendente Vorstösse

Volksinitiativen

1. Mehr Kinderbetreuungsplätze für Winterthur (Nr. 07-115).

Eingereicht vom Initiativkomitee am 8. Dezember 2006.
Vom Stadtrat Rechtsmässigkeit festgestellt am 6. Juni 2007.
Auftrag zur Ausarbeitung der erforderlichen Umsetzungsvorlagen und eines Gegenvorschlags, welcher die Bereitstellung der angestrebten Betreuungsplätze ausdrücklich von den finanziellen Möglichkeiten der Stadt abhängig macht an Stadtrat erteilt am 23. Juni 2008.
Vom Stadtrat beantwortet mit Umsetzungsvorlage und Gegenvorschlag am 24. Juni 2009.

Einzelinitiativen

keine pendenten Geschäfte

Beschlussanträge

keine pendenten Geschäfte

Motionen

Erheblich erklärte

1. Ergänzung der Abstellplatzverordnung (Nr. 87-104).
Eingereicht von Stefan Schwerzmann (POCH) am 29. Juni 1987.
Erheblich erklärt am 12. September 1988.
2. Bau eines Veloweges zwischen dem Grüntal und dem Schulhaus Büelwiesen (Nr. 89-123).
Eingereicht von Ernst Wohlwend (SP) am 2. Oktober 1989.
Erheblich erklärt am 29. Oktober 1990.
3. Ersatz für die Biotopfunktion des Toggenburgerweihers und Abklärung des möglichen Erholungspotentials (Nr. 99-029).
Eingereicht von Matthias Gfeller (Grüne/LdU/DaP), David Hauser (SP) und Stefano Terzi (EVP) am 15. März 1999.
Überwiesen am 17. Mai 1999.
Vom Stadtrat beantwortet am 3. November 1999.
Erheblich erklärt am 10. Januar 2000.
Am 9. Juli 2001 Frist bis 30. Juni 2004 erstreckt.
Am 15. November 2004 Frist bis zum Vorliegen eines ausführungsfähigen und kreditrechtlich bewilligten kantonalen Projekts «Rückhalteraum Hegmatten» erstreckt.
4. Konstruktives Referendum (Nr. 05-021).
Eingereicht von Anja Peter (AL) und Martin Stauber (Grüne) am 21. März 2005.
Überwiesen am 29. August 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 15. März 2006.
Erheblich erklärt am 26. Juni 2006 und Frist erstreckt bis sechs Monate nach Inkrafttreten der erforderlichen kantonalen Gesetzesgrundlage.
5. Förderprogramm Energie im Gebäudebereich (Nr. 08-078).
Eingereicht von Bernhard Dubochet (Grüne/AL), Roland Wirth (SP), Michael Zeugin (EVP/EDU/GLP) und Marcel Stutz (SD) am 25. August 2008.
Überwiesen am 23. Februar 2009.
Vom Stadtrat beantwortet am 19. August 2009.
In ablehnendem Sinne zur Kenntnis genommen und erheblich erklärt am 14. Dezember 2009.

Motionen

Vom Grossen Gemeinderat noch nicht erheblich erklärt

1. Bewilligung von Solaranlagen (Nr. 07-112).
Eingereicht von Jürg Altwegg (Grüne/AL), Jack Würigler (SP), Stefan Fritsch (FDP), Michael Zeugin (GLP/EVP/EDU), Martin Hollenstein (CVP) und Ruth Kleiber-Schenkel (GLP/EVP/EDU) am 10. Dezember 2007.
Überwiesen am 25. August 2008.
2. Kein zweites «Schloss Wülflingen»: Definition der Grenzbereiche der gebundenen Ausgaben (Nr. 08-079).
Eingereicht von Silvio Stierli (SP) am 25. August 2008.
Überwiesen am 24. August 2009.
3. Verordnung zur Nutzung des öffentlichen Grundes (Nr. 08-089).
Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 15. September 2008.
Überwiesen am 11. Mai 2009.
Vom Stadtrat beantwortet am 4. November 2009.
4. Verbesserung der Wirksamkeit der Ombudsstelle (Nr. 08-104).
Eingereicht von Felix Helg (FDP), Christa Kern-Weber (SVP), Dominique Schraft (Grüne/AL), Ruth Kleiber-Schenkel und Michael Zeugin (EVP/GLP/EDU) am 27. Oktober 2008.
Überwiesen am 24. August 2009.
5. Busverbindung zu den Aussenwachten Stadel, Grundhof und Ricketwil (Nr. 09-130).
Eingereicht von Heinrich Keller (SVP) am 7. Dezember 2009.
Noch nicht überwiesen.

Postulate

1. Förderung von Blockheizkraftwerken (Nr. 07-029).
Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne/AL), Ursula Bründler-Krismer (CVP), Michael Zeugin (EVP/EDU/GLP), Hedi Strahm (SP) und Marcel Stutz (SD) am 12. März 2007.
Überwiesen am 3. September 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 3. September 2008.
Vom Grossen Gemeinderat Ergänzungsbericht verlangt am 22. Juni 2009.
Ergänzungsbericht des Stadtrates am 16. Dezember 2009.
2. Pflgende Angehörige (Nr. 08-056).
Eingereicht von Barbara Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP), Bea Baltensberger (SP) und Ursula Dolski-Gebendinger (CVP) am 16. Juni 2008.
Überwiesen am 23. Februar 2009.
3. Weitsichtige Planung für den Bahnhof Hegi (Nr. 08-060).
Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 23. Juni 2008.
Überwiesen am 11. Mai 2009.
4. Vision «Eulach-Valley» - Energie-cluster für den Wirtschaftsstandort Winterthur (Nr. 08-088).
Eingereicht von Michael Zeugin und Nik Gugger (EVP/EDU/GLP), Roland Wirth (SP), Heinrich Keller (SVP), Peter Rütimann (FDP) und Bernhard Dubochet (Grüne/AL) am 15. September 2008.
Überwiesen am 11. Mai 2009.
5. Einführung von Begegnungszonen (Nr. 08-101).
Eingereicht von David Hauser (SP) am 27. Oktober 2008.
Noch nicht überwiesen.

6. **Überarbeitung Richtlinien «Reithalle», Mehrzweckanlage Zeughausstrasse (Nr. 08-102).**
Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 27. Oktober 2008.
Noch nicht überwiesen.
7. **Ausdehnung der Blauen Zone in weitere Quartiere (Nr. 09-010).**
Eingereicht von Fredy Künzler (SP) am 19. Januar 2009.
Überwiesen am 14. September 2009.
8. **Abklärung einer Mantelnutzung des Neubaus Stadion Schützenwiese mit studentischem Wohnen (Nr. 09-019).**
Eingereicht von Christophe Baumann (SP), David Berger (Grüne/AL) und Barbara Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP) am 23. Februar 2009.
Überwiesen am 26. Oktober 2009.
9. **CO₂ Emissionen in Winterthur, transparente, jährliche und interpretierbare Treibhausgasstatistik für Winterthur (Nr. 09-020).**
Eingereicht von Felix Landolt (SP) am 23. Februar 2009.
Überwiesen am 14. September 2009.
10. **Open Source Pilotprojekt in der Stadt Winterthur (Nr. 09-025).**
Eingereicht von Michael Zeugin (GLP/EVP/EDU), Jürg Altwegg (Grüne/AL) und Heinrich Keller (SVP) am 16. März 2009.
Noch nicht überwiesen.
11. **Ausgabenbremse (Nr. 09-037)**
Eingereicht von Ruth Werren (FDP), René Isler (SVP), Ursula Bründler-Krismer (CVP), Michael Zeugin (GLP) und Herbert Iseli (EDU) am 6. April 2009.
Noch nicht überwiesen.
12. **Lokale Beschäftigungsprogramme in der Krisenzeit (Nr. 09-069).**
Eingereicht von Andreas Daurü und Urs Böni (SP) am 15. Juni 2009.
Noch nicht überwiesen.
13. **Wiederherstellung der Busverbindungen von/ zu den Zentren der Stadtteile Wülflingen und Töss (nach Aufhebung der Buslinie 8) (Nr. 09-070).**
Eingereicht von Felix Helg (FDP) und Josef Lisibach (SVP) am 15. Juni 2009.
Noch nicht überwiesen.
14. **Zentrales Frühförderungselement «Deutsch» integrieren – zum Nutzen aller (Nr. 09-071).**
Eingereicht von Barbara Günthard-Maier (FDP) am 15. Juni 2009.
Noch nicht überwiesen.
15. **750 Jahre Winterthurer Stadtrecht (Nr. 09-091).**
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 26. August 2009.
Noch nicht überwiesen.
16. **Einführung eines Veloverleihsystems (Nr. 09-111).**
Eingereicht von Oliver Seitz (SP), Martin Stauber (Grüne/AL) und Niklaus Sabathy (CVP) am 26. Oktober 2009.
Noch nicht überwiesen.
17. **Sonnenenergie von städtischen Dächern (Nr. 09-116).**
Eingereicht von Felix Helg (FDP) am 16. November 2009.
Noch nicht überwiesen.
18. **Solarkataster für die Stadt Winterthur (Nr. 09-117).**
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 16. November 2009.
Noch nicht überwiesen.
19. **Mitbenützung von Bus-Streifen durch Taxis (Nr. 09-126).**
Eingereicht von Josef Lisibach (SVP) am 7. Dezember 2009.
Noch nicht überwiesen.
20. **Bodenversiegelung (Nr. 09-127).**
Eingereicht von Dominique Schraff (Grüne/AL), Urs Böni (SP) und Michael Zeugin (GLP) am 7. Dezember 2009.
Noch nicht überwiesen.
21. **Mehr Geld zur freien Verfügung dank Handlungsmöglichkeit für Parlament (Nr. 09-128).**
Eingereicht von Barbara Günthard-Maier (FDP) am 7. Dezember 2009.
Noch nicht überwiesen.
22. **Leitbild sozialer Wohnungsbau (Nr. 09-129).**
Eingereicht von Barbara Günthard Fitze (EVP), Beatrix Baltensberger (SP) und Reto Diener (Grüne) am 7. Dezember 2009.
Noch nicht überwiesen.
23. **Fünf Wochen Ferien für das städtische Personal (Nr. 09-133).**
Eingereicht von Peter Kyburz und Andreas Daurü (SP), Barbara Günthard Fitze (EVP) und David Berger (Grüne/AL) am 14. Dezember 2009.
Noch nicht überwiesen.
24. **Förderung von energetisch sehr sparsamen Gebäuden (Nr. 09-134).**
Eingereicht von Felix Landolt (SP), Jürg Altwegg (Grüne/AL) und Lilian Banholzer (EVP/EDU/GLP) am 14. Dezember 2009.
Noch nicht überwiesen.

Interpellationen

1. **Bierlieferverträge (Nr. 08-042).**
Eingereicht von Yvonne Beutler Rohrer (SP) am 5. Mai 2008.
Vom Stadtrat beantwortet am 1. Oktober 2008.
2. **Sozialbehörde Winterthur (Nr. 08-112).**
Eingereicht von Werner Badertscher (SVP), Ruth Werren (FDP), Marcel Stutz (SD) und Herbert Iseli (EDU) am 17. November 2008.
Vom Stadtrat beantwortet am 13. Mai 2009.
3. **Überfüllte S12 im Freizeitverkehr (Nr. 08-119).**
Eingereicht von Fredy Künzler (SP) am 8. Dezember 2008.
Vom Stadtrat beantwortet am 27. Mai 2009.
4. **Schuldenberatung und Schuldensanierung (Nr. 09-007).**
Eingereicht von Barbara Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP) am 19. Januar 2009.
Vom Stadtrat beantwortet am 1. Juli 2009.
5. **Antizyklische Konjunkturpolitik (Nr. 09-008).**
Eingereicht von Fredy Künzler (SP) am 19. Januar 2009.
Vom Stadtrat beantwortet am 1. Juli 2009.
6. **Lärmschutz entlang der A1 in Winterthur (Nr. 09-009).**
Eingereicht von Felix Helg (FDP) am 19. Januar 2009.
Vom Stadtrat beantwortet am 27. Mai 2009.
7. **Einsatzdoktrin von Stadtbus bis 2011 (Nr. 09-018).**
Eingereicht von Roland Wirth (SP) am 23. Februar 2009.
Vom Stadtrat beantwortet am 29. April 2009.
8. **Massnahmen gegen Amokläufe und andere Notfälle an Schulen (Nr. 09-033).**
Eingereicht von Jacqueline Romer (SP) am 6. April 2009.
Vom Stadtrat beantwortet am 16. September 2009.
9. **Bevorzugung des handwerklichen und gewerblichen Verkehrs gemäss Verkehrsleitbild des Stadtrat (Nr. 09-034).**
Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 6. April 2009.
Vom Stadtrat beantwortet am 30. September 2009.
10. **Pirvater Internetgebrauch in der Stadtverwaltung (Nr. 09-035).**
Eingereicht von Stefan Schär (SVP) und Gabi Bienz-Meier (CVP) am 6. April 2009.
Vom Stadtrat beantwortet am 24. Juni 2009.
11. **Gestaltung neuer Teuchelweiherplatz (Nr. 09-036).**
Eingereicht von Josef Lisibach (SVP) am 6. April 2009.
Vom Stadtrat beantwortet am 30. September 2009.
12. **Zukunft der städtischen Beteiligung an der Fortuna Obertor AG (Nr. 09-050).**
Eingereicht von Fredy Künzler und Silvio Stierli (SP) am 11. Mai 2009.
Vom Stadtrat beantwortet am 11. November 2009.

13. **Unterstützung des altersdurchmischten Lernens an den Winterthurer Schulen (Nr. 09-064).**
Eingereicht von Christophe Baumann (SP), Martin Stauber (Grüne/AL), Markus Läderach (EVP/EDU/GLP) und Stephan Nyffeler (SVP) am 15. Juni 2009.
Vom Stadtrat beantwortet am 11. November 2009.
14. **Subventionierte Krippenplätze bei SalZH (Nr. 09-065).**
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP), Werner Steiner (SVP) und Nik Gugger (EVP/EDU) am 15. Juni 2009.
Vom Stadtrat beantwortet am 9. Dezember 2009.
15. **A1-Umfahrung Winterthur (Nr. 09-066).**
Eingereicht von Urs Böni (SP) am 15. Juni 2009.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
16. **Arbeitsintegration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen (Nr. 09-067).**
Eingereicht von Andreas Daurü (SP) am 15. Juni 2009.
Vom Stadtrat beantwortet am 2. Dezember 2009.
17. **Schulwegsicherheit (Nr. 09-068).**
Eingereicht von Christa Benz-Meier (SP) am 15. Juni 2009.
Vom Stadtrat beantwortet am 9. Dezember 2009.
18. **Zusammenlegung Feuerwehr und Zivilschutz zu einer Organisation (Nr. 09-086).**
Eingereicht von Barbara Günthard Fitze (EVP) am 24. August 2009.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
19. **Förderung leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler (Nr. 09-087).**
Eingereicht von Felix Helg (FDP) am 24. August 2009.
Vom Stadtrat beantwortet am 9. Dezember 2009.
20. **Auftragsvergabe an lokale Gewerbe (Nr. 09-088).**
Eingereicht von Felix Landolt (SP) am 24. August 2009.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
21. **Glasfasernetz der Stadtwerk (Nr. 09-089).**
Eingereicht von Fredy Künzler (SP), Lilian Banholzer (EVP/EDU/GLP) und Jürg Altwegg (Grüne) am 24. August 2009.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
22. **Gesamtsanierung Adlergarten (Nr. 09-090).**
Eingereicht von Felix Landolt (SP) am 24. August 2009.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
23. **Jugendsozialarbeit in Winterthur (Nr. 09-097).**
Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 14. September 2009.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
24. **Anlaufstelle für Randständige (Nr. 09-098).**
Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 14. September 2009.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
25. **Überprüfung der Strukturen des DSS in Bezug auf Verwaltungsapparat, Personalressourcen und Sparpotenzial im Departement (Nr. 09-099).**
Eingereicht von Stephan Nyffeler (SVP) am 14. September 2009.
Vom Stadtrat beantwortet am 18. November 2009.
26. **«Atheismus und der Bus» (Nr. 09-109).**
Eingereicht von David Berger (Grüne/AL) am 26. Oktober 2009.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
27. **«Rayonverbote, Praxis in der Stadt Winterthur» (Nr. 09-110).**
Eingereicht von David Berger (Grüne/AL) am 26. Oktober 2009.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
28. **Sporthallen in Winterthur (Nr. 09-113).**
Eingereicht von Edi Wettstein (SP) am 16. November 2009.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
29. **Steuerung und Einflussnahme auf den Gestaltungsplan in der QEZ Talgut (Nr. 09-114).**
Eingereicht von Jack Würigler (SP), Niklaus Sabaty (CVP), Lilian Banholzer (EVP) und David Berger (Grüne/AL).
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
30. **Hygienekontrolle in den Schulküchen der Schulhäuser (Nr. 09-115).**
Eingereicht von Stephan Nyffeler (SVP) am 16. November 2009.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
31. **Weiterbeschäftigung von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern in der Stadtverwaltung Winterthur (Nr. 09-123).**
Eingereicht von Betty Konyo Schwerzmann (SP) am 7. Dezember 2009.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
32. **Jugendherberge Winterthur (Nr. 09-124).**
Eingereicht von Christophe Baumann (SP) am 7. Dezember 2009.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
33. **Räumlichkeiten für JMSW (Nr. 09-125).**
Eingereicht von Markus Läderach (EVP/EDU/GLP) und Christophe Baumann (SP) am 7. Dezember 2009.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
34. **Wo sind die Brutvögel? (Nr. 09-131).**
Eingereicht von Betty Konyo Schwerzmann und Urs Böni (SP) am 14. Dezember 2009.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
35. **Persönliche Garderoben- bzw. Materialkästen für die Schüler in den Oberstufenschulhäusern zur Entlastung der Schüler und zur Verbesserung der Sicherheit in Bezug auf Diebstähle und Vandalismus in den Schulhäusern (Nr. 09-132).**
Eingereicht von Stephan Nyffeler (SVP) und Markus Läderach (EVP) am 14. Dezember 2009.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Schriftliche Anfragen

1. **Zukunft des «Entwicklungsimpulses Töss» (Nr. 09-108).**
Eingereicht von Felix Helg (FDP) am 26. Oktober 2009.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Erledigte

Volksinitiativen

1. Schwümbi-Initiative (Nr. 08-001).

Eingereicht vom Initiativkomitee am 11. Dezember 2006.
Vom Stadtrat Rechtsmässigkeit festgestellt am 6. Juni 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 9. Januar 2008.
Auftrag zur Ausarbeitung der erforderlichen Vorlagen an Stadtrat erteilt am 23. Juni 2008.
Vom Grossen Gemeinderat angenommen und erledigt abgeschlossen am 22. Juni 2009.

Einzelinitiativen

keine erledigten Geschäfte

Beschlussanträge

keine erledigten Geschäfte

Motionen

1. Velounterführung am Hauptbahnhof Nord (Nr. 01-051).

Eingereicht von Haymo Empl (CVP), Matthias Gfeller (Grüne), Edi Wettstein (SP) und Rof Weibel (EVP) am 14. Mai 2001.
Überwiesen am 9. Juli 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 12. Dezember 2001.
Erheblich erklärt am 14. Januar 2002 und Frist erstreckt bis Ende 2003.
Am 5. November 2003 weitere Fristverlängerung bis 31. Dezember 2005 beantragt mit Kreditantrag von 485 000 Franken für die Projektierung Veloparkhaus Milchküchenareal SBB AG und die erste Etappe Radwegunterführung.
Am 21. Juni 2004 Projektierungskredit bewilligt und Frist erstreckt bis 31. Dezember 2005.
Am 8. Mai 2006 Frist bis zur Klärung des Verkehrsregimes Rudolfstrasse erstreckt.
Mit der Unterbreitung eines Rahmenkredites für den Umbau des Stadtraums Bahnhof an das Stimmvolk erledigt abgeschlossen am 23. Februar 2009.

2. Strassen-Unterführung (St.Gallerstrasse) beim Bahnhof Grütze (Nr. 07-030).

Eingereicht von Christa Kern-Weber (SVP) am 12. März 2007.
Überwiesen am 3. September 2007.
Frist für Antrag und Bericht zur Erheblichkeitserklärung am 5. Mai 2008 bis 28. Februar 2009 erstreckt.
Nicht erheblich erklärt und erledigt abgeschlossen am 16. November 2009.

3. Investition in Anlagen zwecks Produktion erneuerbarer Energien (Nr. 07-095).

Eingereicht von Urs Böni (SP) am 24. September 2007.
Überwiesen am 25. Februar 2008.
Frist für Antrag und Bericht am 27. Oktober 2008 bis 25. August 2009 erstreckt.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen, nicht erheblich erklärt und erledigt abgeschlossen am 7. Dezember 2009.

4. Einführung einer regelmässigen Kartonsammeltour (Nr. 07-096).

Eingereicht von Oliver Seitz (SP), Martin Stauber (Grüne/AL), Ursula Dolski-Gebendinger (CVP), Barbara Günthard Fitze (EVP/GLP/EDU) und Heinrich Keller (SVP) am 24. September 2007.
Überwiesen am 5. Mai 2008.
Mit Einführung eines II. Nachtrages der Abfallverordnung vom 23. Oktober 1995 erheblich erklärt und erledigt abgeschlossen am 19. Januar 2009.

5. Potentialabklärung und Nutzung Geothermie (Nr. 08-018).

Eingereicht von Bernhard Dubochet (Grüne), Roland Wirth (SP), Martin Hollenstein (CVP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP), Susanne Stöckli (GLP), Herbert Iseli (EDU) und Marcel Stutz (SD) am 25. Februar 2008.
Überwiesen am 27. Oktober 2008.
Vom Stadtrat beantwortet am 29. April 2009.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen, erheblich erklärt und erledigt abgeschlossen am 14. Dezember 2009.

6. Einführung eines kommunalen Ordnungsbussenverfahrens (Nr. 08-080).

Eingereicht von Peter Rütimann (FDP), Josef Lisibach (SVP) und Ursula Dolski-Gebendinger (CVP) am 25. August 2008.
Überwiesen am 6. April 2009.
Vom Stadtrat beantwortet am 30. September 2009.
Wird zufolge bereits erfolgter Umsetzung durch den stadträtlichen Erlass einer Verordnung über das gemeinderechtliche Ordnungsbussenverfahren mit Anhang «Bussenliste» im Sinne des Berichts erheblich erklärt und erledigt abgeschlossen.

Postulate

1. Seniorenfreundliche Stadt (Nr. 06-094).

Eingereicht von Barbara Bünthard Fitze (EVP) und Mona Schwager (SP) am 11. Dezember 2006.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 19. Januar 2009.

2. Informationskampagne zum Verhalten bei Gewalt im öffentlichen Raum (Nr. 07-010).

Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 22. Januar 2007.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 16. März 2009.

3. Weitere Attestausbildungsplätze in der Stadtverwaltung (Nr. 07-026).

Eingereicht von Mona Schwager (SP) und René Schürmann (CVP) am 12. März 2007.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 24. August 2009.

4. Kommunale Massnahmen zur Eindämmung von Treibhausgasen (Nr. 07-027).

Eingereicht von David Hauser (SP) am 12. März 2007.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 16. März 2009.

5. Drehscheibe berufliche und soziale Integration (Nr. 07-028).

Eingereicht von Andreas Daurù (SP) am 12. März 2007.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 16. November 2009.

6. Einführung des Lohngleichheitstests (Logib) in der Stadtverwaltung (Nr. 07-043).

Eingereicht von Beatrix Baltensberger (SP), Barbara Günthard Fitze (EVP/GLP), Gabi Bienz-Meier (CVP) und Silv O'Brien (Grüne/AL) am 2. April 2007.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 22. Juni 2009.

7. Einrichtung eines Quartiertreffpunktes für Hegi (Nr. 07-045).

Eingereicht von Christine Denzler, Annina Meier-Camenisch und Barbara Günthard-Maier (FDP) am 2. April 2007.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 22. Juni 2009.

8. Fahrgastführung am Bahnhofplatz Winterthur (Nr. 07-056).

Eingereicht von Oliver Seitz (SP) am 7. Mai 2007.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 22. Juni 2009.

9. Umzonung des «Viehmarkt-Platzes» in eine Erholungszone (Nr. 07-057).

Eingereicht von Josef Lisibach (SVP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP/EDU/GLP) und Martin Hollenstein (CVP) am 7. Mai 2007.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 11. Mai 2009.

10. Projektwettbewerb für neue Nutzung des Reitwegplatzes (Nr. 07-058).

Eingereicht von Josef Lisibach (SVP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP/EDU/GLP) und Martin Hollenstein (CVP) am 7. Mai 2007.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 11. Mai 2009.

11. 9-Uhr-Pass für Stadt Winterthur (Nr. 07-073).

Eingereicht von David Berger (Grüne/AL) am 25. Juni 2007.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 26. Oktober 2009.

12. Privatrechtliche Trägerschaft für das Theater Winterthur (Nr. 07-077).

Eingereicht von René Schürmann (CVP), Felix Helg (FDP), Christa Kern-Weber (SVP) und Ruth Kleiber-Schenkel (EVP/EDU/GLP) am 9. Juli 2007.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 7. Dezember 2009.

13. Stärkung der Kreisschulpflegen (Nr. 07-078).

Eingereicht von Felix Helg (FDP), Stefan Schär (SVP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP/GLP/EDU), Silv O'Brien (Grüne/AL) und Marcel Stutz (SD) am 9. Juli 2007.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 19. Januar 2009.

14. Frühförderung von Kindern im Vorschulalter (Nr. 07-089).

Eingereicht von Beat Gruber und Urs Meier (SP) und Ruth Kleiber-Schenkel (EVP/EDU/GLP) am 3. September 2007.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 26. Oktober 2009.

15. Klimarappen zur Umsetzung des Energiekonzepts 2000 (Nr. 07-094).

Eingereicht von Eva Schlegel und Urs Böni (SP), Jürg Altwegg (Grüne/AL), Michael Zeugin (GLP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) und Herbert Iseli (EDU/EVP/GLP) am 24. September 2007.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 26. Oktober 2009.

16. Guter Winterthurer Waldboden (Nr. 07-101).

Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne/AL), Beat Stettler (SP), Michael Zeugin (EVP/EDU/GLP) und Marcel Stutz (SD) am 29. Oktober 2007.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 14. Dezember 2009.

17. Raum für die Sammlung der Stiftung Kunst, Kultur und Geschichte (Nr. 07-109).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP), Ursula Bründler Krismer (CVP), Christa Kern (SVP), Adrian Ramsauer (Grüne/AL), Beat Gruber (SP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) und Michael Zeugin (GLP) am 19. November 2007.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 14. Dezember 2009.

18. Verbesserung und Attraktivitätssteigerung der Stadtbushaltestellen (Nr. 07-110).

Eingereicht von Werner Schurter (CVP), Jürg Altwegg (Grüne/AL), Stefan Fritschi (FDP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP), Susanne Stöckli (GLP), Herbert Iseli (EDU) und Jack Würigler (SP) am 19. November 2007.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 14. Dezember 2009.

19. Einführung eines städtischen Anerkennungspreises Jugend (Nr. 07-111).

Eingereicht von Peter Kyburz (SP) am 10. Dezember 2007.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 14. Dezember 2009.

20. Schaffung einer Auffangstation und eines Infozentrums für Wildtiere (Nr. 07-113).

Eingereicht von Urs Böni (SP) am 10. Dezember 2007.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 14. Dezember 2009.

21. Projekt für den Road Pricing-Versuch (Nr. 08-008).

Eingereicht von Dominique Schraff (Grüne/AL), Roland Wirth (SP), Susanne Stöckli (GLP) und Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) am 21. Januar 2008.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 14. Dezember 2009.

22. Sauberkeit im öffentlichen Stadtraum (Nr. 08-030).

Eingereicht von Ursula Dolski-Gebendinger (CVP), Ruth Werren (FDP), Marcel Stutz (SD), Nik Gugger (EVP/GLP/EDU) und Christa Kern-Weber (SVP) am 31. März 2008.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 14. Dezember 2009.

23. Spucken in der Öffentlichkeit (Nr. 08-031).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) und Ursula Dolski-Gebendinger (CVP) am 31. März 2008.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 19. Januar 2009.

24. Erhalt der Parkplätze bei der Milchrampe (Nr. 08-047).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 5. Mai 2008.
In ablehnendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 14. Dezember 2009.

25. Gemeindezuschüsse zur AHV und IV (Nr. 08-048).

Eingereicht von Marianne Ott (SP) David Berger (Grüne/AL) und Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) am 5. Mai 2008.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 14. Dezember 2009.

26. Aufwertung des S-Bahnhofs Grüze (Nr. 08-059).

Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 23. Juni 2008.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 14. September 2009.

27. Grünphasen auf Hauptverkehrsachsen (Nr. 08-061).

Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) und Peter Rütimann (FDP) am 23. Juni 2008.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 19. Januar 2009.

28. CO₂-Kompensation bei Diesel- und Benzinfahrzeugen der Stadt sowie der Verkehrsbetriebe (Nr. 08-103).

Eingereicht von David Hauser (SP) am 27. Oktober 2008.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 14. September 2009.

WOV-Postulate**1. Reaktion auf die Finanzkrise: Zusätzliche Lehrstellen in der Stadtverwaltung (Nr. 09-006).**

Eingereicht von Silvio Stierli (SP) am 19. Januar 2009.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 6. April 2009.

Interpellationen**1. Stromsparen per Knopfdruck (Nr. 07-066).**

Eingereicht von Eva Schlegel (SP) am 18. Juni 2007.
Erledigt abgeschlossen am 17. November 2009.

2. Schulbehördenreorganisation (Nr. 07-087).

Eingereicht von Beat Gruber und Christophe Baumann (SP) am 3. September 2007.
Erledigt abgeschlossen am 19. Januar 2009.

3. Reorganisation städtischer Alters- und Pflegeheime (Nr. 07-093).

Eingereicht von Bea Baltensberger und Andreas Daurü (SP), Gabi Bienz-Meier (CVP), Silv O'Brien (Grüne/AL) und Werner Badertscher (SVP) am 24. September 2007.
Erledigt abgeschlossen am 17. November 2009.

4. Lagebeurteilung der Volksschule in Winterthur (Nr. 07-108).

Eingereicht von Stefan Schär (SVP) am 19. November 2007.
Erledigt abgeschlossen am 19. Januar 2009.

5. Bauteilbörse – ein ökologisches Arbeitsintegrationsprojekt (Nr. 08-005).

Eingereicht von Oliver Seitz (SP) am 21. Januar 2008.
Erledigt abgeschlossen am 16. März 2009.

6. Schwimmsport in Winterthur (Nr. 08-006).

Eingereicht von Edi Wettstein (SP) am 21. Januar 2008.
Erledigt abgeschlossen am 19. Januar 2009.

7. Suizidprävention (Nr. 08-007).

Eingereicht von Barbara Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP) und Oliver Seitz (SP) am 21. Januar 2008.
Erledigt abgeschlossen am 16. März 2009.

8. Kontrolle der Holzheizungen (Nr. 08-015).

Eingereicht von Annina Meier-Camenisch (FDP) am 25. Februar 2008.
Erledigt abgeschlossen am 19. Januar 2009.

9. Wohnstadt – Arbeitsstadt – Freizeitstadt; die gesunde Durchmischung macht's (Nr. 08-016).

Eingereicht von Urs Böni (SP) am 25. Februar 2008.
Erledigt abgeschlossen am 22. Juni 2009.

10. **Verkehrssicherheit im Gebiet Wässerwiesen-/ Johannes Beugger-Strasse (Nr. 08-026).**
Eingereicht von Peter Kyburz (SP) am 31. März 2008.
Erledigt abgeschlossen am 6. April 2009.
11. **Schliessung der Beratungsstelle «Horizont» (Nr. 08-027).**
Eingereicht von Andreas Daurù (SP) am 31. März 2008.
Erledigt abgeschlossen am 16. März 2009.
12. **Wohnungen für Studierende in Winterthur (Nr. 08-028).**
Eingereicht von Peter Kyburz (SP) am 31. März 2008.
Erledigt abgeschlossen am 11. Mai 2009.
13. **Würdigung verdienstvoller Personen mit einer Platz- oder Strassenbezeichnung, insbesondere Max Bill-Platz (Nr. 08-029).**
Eingereicht von Felix Helg (FDP) am 31. März 2008.
Erledigt abgeschlossen am 24. August 2009.
14. **Jungunternehmen in Winterthur (Nr. 08-041).**
Eingereicht von Michael Zeugin (GLP/EVP/EDU) am 5. Mai 2008.
Erledigt abgeschlossen am 22. Juni 2009.
15. **Tiefer gelegene Vogelsangstrasse (Nr. 08-043).**
Eingereicht von Roland Wirth (SP) am 5. Mai 2008.
Erledigt abgeschlossen am 14. September 2009.
16. **Geldflussrechnungen (Nr. 08-044).**
Eingereicht von Roland Wirth (SP) am 5. Mai 2008.
Erledigt abgeschlossen am 22. Juni 2009.
17. **Ökologisierung der Stromtarife (Nr. 08-045).**
Eingereicht von Roland Wirth (SP) und Jürg Altwegg (Grüne/AL) am 5. Mai 2008.
Erledigt abgeschlossen am 22. Juni 2009.
18. **Optimierung von Budget und Rechnung der Stadt Winterthur (Nr. 08-046).**
Eingereicht von Ursula Bründler-Krismer (CVP), Stefan Fritschi (FDP), Christa Kern-Weber (SVP), Martin Stauber (Grüne/AL), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP), Herbert Iseli (EDU) und Michael Zeugin (GLP) am 5. Mai 2008.
Erledigt abgeschlossen am 24. August 2009.
19. **Damit den Winterthurer/-innen immer mehr zum Leben bleibt (Nr. 08-055).**
Eingereicht von Barbara Günthard-Maier (FDP), Ursula Bründler-Krismer (CVP) und Michael Zeugin (GLP) am 16. August 2008.
Erledigt abgeschlossen am 24. August 2009.
20. **msw-Winterthur (Nr. 08-074).**
Eingereicht von Werner Schurter (CVP), Nik Gugger (EVP/EDU/GLP) und Christa Kern-Weber (SVP) am 25. August 2008.
Erledigt abgeschlossen am 16. November 2009.
21. **Massnahmen gegen Massenbesäufnisse in Winterthur (Nr. 08-075).**
Eingereicht von Michael Zeugin (GLP) am 25. August 2008.
Erledigt abgeschlossen am 14. September 2009.
22. **Treffpunkt für Menschen mit Alkoholproblemen (Nr. 08-076).**
Eingereicht von Andreas Daurù (SP) am 25. August 2008.
Erledigt abgeschlossen am 16. November 2009.
23. **Zusammenhängende Planung im Zentrumsgebiet Oberwinterthur (Nr. 08-077).**
Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 25. August 2008.
Erledigt abgeschlossen am 26. Oktober 2009.
24. **Faire Beschaffungspolitik in der Stadt Winterthur oder keine Ausbeutung mit Steuergeldern (Nr. 08-085).**
Eingereicht von Beat Stettler (SP) am 15. September 2008.
Erledigt abgeschlossen am 16. November 2009.
25. **Sicherheitsrisiko und Reinigungsmängel im Bioschwimmbecken im Hallen- und Freibad Geiselweid? (Nr. 08-086).**
Eingereicht von Stephan Nyffeler (SVP) am 15. September 2008.
Erledigt abgeschlossen am 26. Oktober 2009.
26. **Nachhaltiger Umgang mit der Ressource Licht: Massnahmen zur Erhaltung des Nachthimmels (Nr. 08-087).**
Eingereicht von Michael Zeugin (GLP) am 15. September 2008.
Erledigt abgeschlossen am 26. Oktober 2009.
27. **Sommerbetrieb der Eishalle Winterthur (Nr. 08-097).**
Eingereicht von Jack Würzler (SP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP), Herbet Iseli (EDU), René Schürmann (CVP), Markus Wenger (FDP) und Stephan Nyffeler (SVP) am 27. Oktober 2008.
Erledigt abgeschlossen am 16. November 2009.
28. **Sozial- und wirtschaftsverträgliche Strompreise in Winterthur (Nr. 08-098).**
Eingereicht von David Hauser (SP) am 27. Oktober 2008.
Erledigt abgeschlossen am 14. Dezember 2009.
29. **Einführung der Container Pflicht (Nr. 08-099).**
Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 27. Oktober 2008.
Erledigt abgeschlossen am 16. November 2009.
30. **Neubau Adlergarten (Nr. 08-100).**
Eingereicht von Ursula Bründler-Krismer (CVP) und Bernhard Dubochet (Grüne/AL) am 27. Oktober 2008.
Erledigt abgeschlossen am 16. November 2009.
31. **Abholen von Fördergeldern für bauliche Energiesparmassnahmen an städtischen Liegenschaften (Nr. 09-028).**
Eingereicht von Gabi Bienz Meier (CVP) am 6. April 2009.
Erledigt abgeschlossen am 6. April 2009.
32. **Privater Internetgebrauch in der Stadtverwaltung (Nr. 09-029).**
Eingereicht von Stefan Schär (SVP) und Gabi Bienz-Meier (CVP) am 6. April 2009.
Erledigt abgeschlossen am 6. April 2009.
33. **Schulraumplanung im Wachstumsgebiet Neuhegi (Nr. 09-062).**
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 15. Juni 2009.
Erledigt abgeschlossen am 15. Juni 2009.
34. **Jugendgewalt in Winterthur (Nr. 09-082).**
Eingereicht von Werner Badertscher (SVP), Markus Wenger (FDP) und Herbet Iseli (EDU) am 24. August 2009.
Erledigt abgeschlossen am 24. August 2009.
35. **Städtische Pflegezentren – Neubesetzung Geschäftsführung (Nr. 09-083).**
Eingereicht von Beatrix Baltensberger (SP) und Ursula Bründler-Krismer (CVP) am 24. August 2009.
Erledigt abgeschlossen am 24. August 2009.
36. **Verkehrssicherheit – Kanton will Städte entmündigen (Nr. 09-095).**
Eingereicht von Felix Landolt (SP) am 14. September 2009.
Erledigt abgeschlossen am 14. September 2009.
37. **Anschlüsse ÖV während des Umbaus der Tösstalstrasse in Seen (Nr. 09-112).**
Eingereicht von Ruth Werren (FDP), Werner Steiner (SVP) und Gabi Bienz-Meier (CVP) am 16. November 2009.
Erledigt abgeschlossen am 16. November 2009.

Schriftliche Anfragen

1. **Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls (Nr. 08-095).**
Eingereicht von Edi Wettstein (SP) am 27. Oktober 2008.
Erledigt abgeschlossen am 21. Januar 2009.
2. **Defibrillatoren auf den Fahrzeugen der Stadtpolizei (Nr. 08-096).**
Eingereicht von Christine Denzler (FDP) am 27. Oktober 2008.
Erledigt abgeschlossen am 21. Januar 2009.
3. **Übertragung von Nutzungsreserven zwischen nicht aneinander grenzenden Grundstücken (Nr. 08-111).**
Eingereicht von Jack Würzler (SP) am 17. November 2008.
Erledigt abgeschlossen am 28. Januar 2009.
4. **Ausstellung «Im Dialog» (Nr. 09-016).**
Eingereicht von Stefan Schär (SVP) am 23. Februar 2009.
Erledigt abgeschlossen am 13. Mai 2009.
5. **S-Bahn Unterhaltsanlage / Gewerbegebiet ehemaliger Rangierbahnhof (Nr. 09-017).**
Eingereicht von Fredy Künzler (SP) am 23. Februar 2009.
Erledigt abgeschlossen am 13. Mai 2009.
6. **«Rettet das Rössli Seen» (Nr. 09-023).**
Eingereicht von Ruth Kleiber-Schenkel (EVP), René Isler (SVP), Edi Wettstein (SP), Herbert Iseli (EDU), Gabie Bienz-Meier (CVP), Marcel Sutz (SD), Jürg Altwegg (Grüne/AL) und Michael Zeugin (GLP) am 16. März 2009.
Erledigt abgeschlossen am 10. Juni 2009.
7. **Betreuungs- und Pflegequalität im Pflegezentrum Oberi (Nr. 09-024).**
Eingereicht von Beatrix Baltensberger (SP) am 16. März 2009.
Erledigt abgeschlossen am 22. April 2009.
8. **Sportstättenkonzept (Nr. 09-030).**
Eingereicht von Ursula Bründler-Krismser (CVP) am 6. April 2009.
Erledigt abgeschlossen am 1. Juli 2009.
9. **Winterthur muss auf den Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft (Nr. 09-031).**
Eingereicht von Michael Zeugin (GLP) am 6. April 2009.
Erledigt abgeschlossen am 1. Juli 2009.
10. **Ipv6 – die zukünftige Adressierung (Nr. 09-032).**
Eingereicht von Fredy Künzler (SP) am 6. April 2009.
Erledigt abgeschlossen am 24. Juni 2009.
11. **Amphibienschutz im Frühjahr (Nr. 09-048).**
Eingereicht von David Hauser (SP) am 11. Mai 2009.
Erledigt abgeschlossen am 1. Juli 2009.
12. **Quartiererhaltungszone Talgut (Mattenbach): Wahrnehmung der Kompetenz betr. allfälligem Abbruch und Verdichtung auf Kat. Nr. 1426 Mattenbach, gestützt auf die Personaldienstbarkeit (Nr. 09-049).**
Eingereicht von Jack Würzler (SP) und Werner Schurter (CVP) am 11. Mai 2009.
Erledigt abgeschlossen am 1. Juli 2009.
13. **Mitsprache der Wüflinger Bevölkerung bei der Neugestaltung des Wüflinger Dorfkerns (Nr. 09-063).**
Eingereicht von Josef Lisibach (SVP), Marcel Sutz (SD), Felix Landolt (SP) und Barbara Günthard Fitze (EVP) am 15. Juni 2009.
Erledigt abgeschlossen am 9. September 2009.
14. **Behindertengerechte öffentliche Bauten (Nr. 09-084).**
Erledigt abgeschlossen am 4. November 2009.
15. **Stadtbus-Durchmesserlinien (Nr. 09-085).**
Eingereicht von Fredy Künzler (SP) am 24. August 2009.
Erledigt abgeschlossen am 18. November 2009.
16. **Kantonale Beteiligung an den Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung (Nr. 09-096).**
Eingereicht von Oliver Seitz (SP) am 14. September 2009.
Erledigt abgeschlossen am 28. Oktober 2009.
17. **Kurzzeitveloparkplätze am Hauptbahnhof (Nr. 09-105).**
Eingereicht von Reto Diener (Grüne/AL) am 5. Oktober 2009.
Erledigt abgeschlossen am 16. Dezember 2009.

Behördenverzeichnis

(Stand Ende Dezember 2009)

Grosser Gemeinderat

Amtsduer 2006 – 2010

Präsidentin: Beutler Yvonne, Redaktorin / lic. iur. / Friedensrichterin (SP)

1. Vizepräsidentin: Bründler-Krismer Ursula, Dipl. Pflegefachfrau KWS (CVP)

2. Vizepräsidentin: Schraft Dominique, MSC Geography / MAS Information Science (Grüne)

Stimmzähler/in: Heusser Jakob, Eidg. Dipl. Hafnermeister (FDP)
Günthard Fitze Barbara, Spitex-Leiterin (EVP)
Keller Rolando, Polizeifunktionär (SVP)
Wettstein Edi, Werkstatt-Lehrer (SP)

Ratsschreiber: Bernhard Marc, Assistent Stadtschreiber

Mitglieder:

Altwegg Jürg, Techn. Redaktor / Dipl. Elektroing. HTL (Grüne)

* Badertscher Werner, Kapo ZH / Zivilangestellter (SVP)

* Baltensberger Beatrix, Revisorin / Master of Social Management (SP)

* Banholzer Lilian, Archivmitarbeiterin, (EVP)

Baumann Christophe, Lehrer / Hausmann (SP)

* Benz-Meier Christa, Primarlehrerin (SP)

Berger David, Informatiker (AL)

* Beutler Yvonne, Redaktorin / lic. iur. / Friedensrichterin (SP)

Bienz-Meier Gabi, lic. iur., Rechtsanwältin (CVP)

* Böni Urs, Gartenbauer (SP)

Bosshart Andreas, lic. oec., Oekonom HSG (FDP)

* Brand Klaus, Betriebsleiter a.D. (CVP)

* Brügger Urs, Prof. Dr. oec., Institutsleiter (FDP)

* Bründler-Krismer Ursula, Dipl. Pflegefachfrau KWS (CVP)

* Daurü Andreas, Dipl. Psychiatriepfleger DN II (SP)

Dennler Pia, lic. iur., Rechtsanwältin (SP)

* Denzler Christine, Anaestesia-Pflegefachfrau / Familienfrau (FDP)

* Diener Reto, Dipl. Inf. Ing. ETH (Grüne)

Dubochet Bernhard, Energieberater / Dipl. Elektroing. HTL (Grüne)

Fischer Urs, Techn. Kaufmann (EVP)

* Fritschi Stefan, Dipl. Betriebs- u. Produktionsing. ETH (FDP)

* Fuchs Peter, Unternehmer (SVP)

Gugger Niklaus, Unternehmensberater / Organisationsentwickler (EVP)

Günthard Fitze Barbara, Spitex-Leiterin (EVP)

Günthard-Maier Barbara, Politberaterin / Dozentin (FDP)

Harlacher René, Manager Unternehmensentwicklung (CVP)

* Hauser David, lic. phil. I, Historiker (SP)

* Helg Felix, Dr. iur. (FDP)

* Heusser Jakob, Eidg. Dipl. Hafnermeister (FDP)

* Iseli Herbert, Techn. Kaufmann (EDU)

* Isler René, Polizist (SVP)

* Keller Heinrich, Geschäftsführer ZGS (SVP)

Keller Rolando, Polizeifunktionär (SVP)

* Kern-Weber Christa, Kauffrau (SVP)

Konyo Schwerzmann Betty, Buchhalterin (SP)

* Künzler Fredy, Unternehmer / Internet Engineer (SP)

* Kyburz Peter, Jurist (SP)

* Läderach Markus, EDV-Operator (EVP)

Landolt Felix, Architekt (SP)

* Langhard Walter, Betriebsleiter (SVP)

* Lisibach Josef, Kantonspolizist (SVP)

Nyffeler Stephan, Polizist (SVP)

* Ott Marianne, Rechtsanwältin (SP)

Romer Jacqueline, Juristin / Rechtsanwältin (SP)

Sabathy Niklaus, dipl. Architekt ETH/SIA (CVP)

* Schär Stefan, Eidg. FA Verkaufskordinator / Vorsorgeberater (SVP)

Schraft Dominique, MSC Geography / MAS Information Science (Grüne)

Schurter Werner, Regionalleiter, Dipl. Ing. ETH/SIA (CVP)

* Seitz Oliver, Amtsvormund (SP)

* Stauber Martin, Kulturingenieur ETH (Grüne)

* Steiner Werner, Dipl. Bauing. ETH/SIA, Geschäftsführer (SVP)

Stierli Silvio, Jugendstaatsanwalt (SP)

Stöckli Susanne, Sachbearbeiterin Bundesverwaltung (GLP)

* Stutz Marcel, Eidg. Dipl. El. Inst. (SD)

Wenger Markus, Verkauf- / Marketingleiter (FDP)

* Werren Ruth, Einkäuferin / Prokuristin (FDP)

* Wettstein Edi, Werkstatt-Lehrer (SP)

Wirth Roland, Dr. oec. HSG, Mittelschullehrer / Dozent (SP)

* Würzler Hans Ulrich, lic. iur., Rechtsanwalt (SP)

Zeugin Michael, M.A. HSG (GLP)

Die mit * bezeichneten Mitglieder sind Winterthurer Bürger/innen.

Austritte im Berichtsjahr:

Stettler Beat (SP), Kleiber-Schenkel Ruth (EVP), Dolski Gebendinger Ursula (CVP), Hollenstein Martin (CVP), Meier-Camenisch Annina (FDP), Ramsauer Adrian (Grüne) und Rütimann Peter (FDP).

Parlamentarische Kommissionen

Ratsleitung (RL)

Präsidentin: Beutler Yvonne (SP)

Mitglieder: Bründler-Krismer Ursula (CVP)
Schraft Dominique (Grüne)

Aufsichtskommission (AK)

Präsident: Stierli Silvio (SP)

Mitglieder: Bründler-Krismer Ursula (CVP)
Isler René (SVP)
Keller Rolando (SVP)
Konyo Schwerzmann Betty (SP)
Künzler Fredy (SP)
Schraft Dominique (Grüne)
Wenger Markus (FDP)
Werren Ruth (FDP)
Würzler Hans Ulrich (SP)
Zeugin Michael (GLP)

Sachkommission Bau und Betriebe (BBK)

Präsident: Heusser Jakob (FDP)
 Mitglieder: Altwegg Jürg (Grüne)
 Banholzer Lilian (EVP)
 Böni Urs (SP)
 Keller Heinrich (SVP)
 Landolt Felix (SP)
 Sabathy Niklaus (CVP)
 Steiner Werner (SVP)
 Wettstein Edi (SP)

Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK)

Präsident: Stauber Martin (Grüne)
 Mitglieder: Baumann Christophe (SP)
 Harlacher René (CVP)
 Helg Felix (FDP)
 Kyburz Peter (SP)
 Läderach Markus (EVP)
 Nyffeler Stephan (SVP)
 Schär Stefan (SVP)
 Seitz Oliver (SP)

Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK)

Präsident: Badertscher Werner (SVP)
 Mitglieder: Baltensberger Bea (SP)
 Berger David (AL)
 Brand Klaus (CVP)
 Daurù Andreas (SP)
 Denzler Christine (FDP)
 Günthard Fitze Barbara (EVP)
 Lisibach Josef (SVP)
 Ott Marianne (SP)

Bürgerrechtskommission (BüK)

Bürgerrechtskommission (BüK)

Präsident: Iseli Herbert (EDU)
 Mitglieder: Benz-Meier Christa (SP)
 Brügger Urs (FDP)
 Dennler Pia (SP)
 Dubochet Bernhard (Grüne)
 Fuchs Peter (SVP)
 Stutz Marcel (SD)

**Parteilpolitische Zusammensetzung
des Grossen Gemeinderates**

Sozialdemokratische Partei	SP	19
Schweizerische Volkspartei	SVP	11
Freisinnig-demokratische Partei	FDP	9
Christlich-demokratische Volkspartei	CVP	6
Evangelische Volkspartei	EVP	5
Grüne Partei	Grüne	5
Grünliberale	GLP	2
Eidgenössische Demokratische Union	EDU	1
Schweizer Demokraten	SD	1
Alternative Liste	AL	1
Total Mitglieder		60

**Interfraktionelle Konferenz (IFK)
Fraktionspräsident/innen**

Präsident: Wirth Roland (SP)	19
Mitglieder: Kern-Weber Christa (SVP)	11
Fritschi Stefan (FDP)	9
Gugger Niklaus (EVP/EDU/GLP)	8
Bründler-Krismer Ursula (CVP)	6
Altwegg Jürg (Grüne/AL)	6
Stutz Marcel (SD)	1

Stadtrat

Stadtpräsident: Wohlwend Ernst
 Vizepräsidentin: Gick Verena
 Mitglieder: Bossert Walter
 Künzle Michael
 Pedernana Pearl
 Ingold Maja
 Gfeller Matthias
 Stadtschreiber: Frauenfelder Arthur

Departement Kulturelles und Dienste

Wohlwend Ernst

Stellvertreterin: Gick Verena

Stadtkanzlei (inkl. Stadtarchiv)
 Personalamt
 Stadtentwicklung
 Kultur
 Rechtspflege:
 Betreibungsämter
 Friedensrichteramt

Departement Finanzen

Gick Verena

Stellvertreter: Wohlwend Ernst

Finanzamt
 Steueramt
 Informatikdienste
 Immobilien
 Finanzkontrolle

Departement Bau

Bossert Walter

Stellvertreter: Gfeller Matthias

Tiefbauamt
 Vermessungsamt
 Baupolizeiamt
 Amt für Städtebau

Departement Sicherheit und Umwelt

Künzle Michael

Stellvertreterin: Pedernana Pearl

Stadtpolizei
 Polizeirichteramt
 Feuerwehr
 Zivilschutz
 Melde- und Zivilstandswesen
 Umwelt- und Gesundheitsschutz

Departement Schule und Sport

Pedernana Pearl

Stellvertreterin: Ingold Maja

Bildung
 Berufsbildung
 Zentrale Dienste
 Sport

Departement Soziales

Ingold Maja

Stellvertreter: Künzle Michael

Vormundschaftsamt
 Soziale Dienste
 Alter und Pflege
 Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte

Departement Technische Betriebe

Gfeller Matthias

Stellvertreter: Bossert Walter

Stadtwerk Winterthur
 Stadtbus Winterthur
 Stadtgärtnerei
 Forstbetrieb

Stadträtliche Ausschüsse

Wahlbüro

Präsident: Wohlwend Ernst
 Vizepräsidentin: Gick Verena

Personalausschuss

Präsident: Wohlwend Ernst
 Vizepräsidentin: Gick Verena
 Mitglied: Ingold Maja
 Ersatz: Bossert Walter

Grundsteuerausschuss

Präsidentin: Gick Verena
 Vizepräsidentin: Pedernana Pearl
 Mitglied: Gfeller Matthias
 Ersatz: Wohlwend Ernst
 Künzle Michael

Bauausschuss (Baubehörde)

Präsident: Bossert Walter
 Vizepräsident: Wohlwend Ernst
 Mitglieder: Gfeller Matthias
 Künzle Michael
 Ersatz: Gick Verena

Finanz- und Investitionsausschuss

Präsidentin: Gick Verena
 Vizepräsident: Wohlwend Ernst
 Mitglied: Bossert Walter
 Ersatz: Gfeller Matthias

Schulbehörden

Zentralschulpflege

Präsidentin: Pearl Pedernana, Stadträtin
 Vizepräsidentin: Dora Weigold, Kreisschulpflege-
 präsidentin

Mitglieder:

Felix Müller Präsident Kreisschulpflege
 Winterthur Stadt
 Ruedi Ehram Präsident Kreisschulpflege
 Mattenbach
 Toni Patscheider Präsident Kreisschulpflege
 Oberwinterthur
 Susanne Haelg Präsidentin Kreisschulpflege
 Seen
 Bea Schläpfer Präsidentin Kreisschulpflege
 Töss
 Dora Weigold-Maurer Präsidentin Kreisschulpflege
 Veltheim
 Martin Hasenfratz Präsident Kreisschulpflege
 Wülflingen

Kreisschulpflegen

Winterthur Stadt

Präsident: Felix Müller, dipl. Architekt ETH
 1. Vizepräsidentin: Iris Brom, Lehrbeauftragte Gestaltung
 2. Vizepräsident: Hans Peter Gisler, lic. phil. I

Mitglieder:

Roman Arnold, Product Manager
 Reinhard Bartsch, lic. phil. I, Personalfachmann
 Jürg Berger, Controller
 Michael Braunschweig, Theologiestudent
 Iris Brom, Lehrbeauftragte Gestaltung
 Robert Demuth, Betriebsingenieur ETH
 Dorothea Dubs-Sommer, lic. jur.
 Marlene Dünner Leu, Schulverwaltungsleiterin
 Jacqueline Engler-Beauverd, Sprachlehrerin
 Barbara Eppler, Unternehmensberaterin
 Hans Peter Gisler, lic. phil. I
 Vinzenz Glaus, dipl. Naturwissenschaftler ETH
 Renata Lüchinger, lic. phil. I/Familienfrau
 Anne-Käthi Matter-Messlerli, Familienfrau/
 Hauswirtschaftslehrerin
 Esther Mötteli-Sigg, Familienfrau/Lehrerin
 Christian Müller, Pädagoge
 Felix Müller, dipl. Architekt ETH
 Peter Oertel, Informatiker FA
 Daniel Pfenninger, Personalberater
 Roger Schmid, Servicetechniker
 Claudia Sulzer, Sales Supporterin

Mattenbach

Präsident: Ruedi Ehram, Sekundarlehrer
 1. Vizepräsidentin: Kristin Ljungberg, dipl. Übersetzerin
 2. Vizepräsidentin: Ruth Trachsler, Sekretärin

Mitglieder:

Alfred Artho, Bahnhofassistent SBB
 Ruedi Ehram, Sekundarlehrer
 Sabine Flach, Physiotherapeutin
 Gaby Fritz, Familienfrau
 Patrizio Fusco, selbständig

Werner Huber, selbständig
 Susanna Lisibach, Familienfrau
 Kristin Ljungberg, dipl. Übersetzerin
 Martin Meyer, Personalvermittler
 Christoph Müller, Ingenieur HTL
 Gian Paul Pescatore, Architekt
 Patrick Scheller, Informatiker
 Benjamin Stöckli, Wissenschaftler/Schulleiter
 Martha Stutz-Bassler, Apothekerin
 Susanne Tobler, Primarlehrerin
 Ruth Trachsler, Sekretärin
 Gabriela Zuber, Verkäuferin

Oberwinterthur

Präsident: Toni Patscheider, El. Ing. HTL
 1. Vizepräsidentin: Vreni Gross-Güntensperger,
 Familienfrau
 2. Vizepräsidentin: Annemarie Gluch-Bosshard,
 Ernährungsberaterin

Mitglieder:

Stephen Bosshard, Jurist
 Hansjürg Büchi, Informatiker Anwender SIZ
 Zeno Dähler, Maschinenzeichner
 Ingrid Gabriele, Familienfrau
 Annemarie Gluch-Bosshard, Ernährungsberaterin
 Vreni Gross-Güntensperger, Familienfrau
 Helena Harlacher-Gisler, Familienfrau
 Urs Holenweg, Drogist
 Corinne Imark, Kindergärtnerin
 Christine Isler, Fachlehrerin
 Walter Kübler, Ing. HTL
 Regina Kurzen-Fuchs, Arztgehilfin
 Barbara Lempp-Lattmann, Rhythmiklehrerin
 Anna Lüdi-Kluz, Krankenschwester/Hausfrau
 Toni Patscheider, El. Ing. HTL
 Fritz Renfer, Mathematiker
 Sonja Sartor-Mettler, Legasthenie-Therapeutin
 Andrea Schär, Köchin
 Irma Ulrich, Familienfrau
 Maria Zehnder, Ökonomin
 Angela Zoske, Behindertenbetreuerin

Seen

Präsidentin: Susanne Haelg, Kauffrau
 1. Vizepräsident: Peter Flükiger, Hausmann
 2. Vizepräsidentin: Maya Früh-Huber,
 med. Praxisassistentin

Mitglieder:

Esther Althaus, Buchhändlerin
 Irene Arnold, Familienfrau
 Beat Böckli, Lehrer
 Emil Bodenmann, Betriebsfachmann
 Claudia Braun, Familienfrau
 Peter Flükiger, Hausmann
 Mario Fortini, Revisor
 Maya Früh-Huber, med. Praxisassistentin
 Susanne Haelg, Kauffrau
 Nelly Iseli, Stenodaktylografin
 Daniel Liechti, Geophysiker
 Andrea Lorca, Familienfrau/med. Praxisassistentin
 Angelika Neukomm-Riesen, Kindergärtnerin
 Raimund Renggli, Jurist/Leiter Rechtsdienst
 Theresia Rutz Mätzler, Krankenschwester/Hausfrau
 Karin Astrid Sönnichsen-Bärtschi, Primarlehrerin
 Monique Stadler Schaad, Primarlehrerin
 Maja Studer, Familienfrau/Turn- und Sportlehrerin ETH
 Cornelia Wyss Hartmann, Marketingplanerin/Familienfrau

Töss

Präsidentin: Bea Schläpfer, kfm. Angestellte
 1. Vizepräsidentin: Monika Frey, Familienfrau
 2. Vizepräsident: Beat Meier, Personalleiter

Mitglieder:

Daniel Altenbach, Amtsvormund
 Reinhard Buxcel, dipl. Baumeister
 Monika Frey, Familienfrau
 Tatjana Gottsponer, Pflegefachfrau DN I/Familienfrau
 Cornelia Gut-Hug, Familienfrau/Hauspflegerin
 Hans-Rudolf Heider, Berufsschullehrer
 Annegret Jeger, Familienfrau/Buchhändlerin
 Thomas Otz, eidg. dipl. Sanitärinstallateur
 Doris Schellenberg, Coach
 Bea Schläpfer, kaufm. Angestellte
 Richard Stadelmann, Dipl. Masch.-Ing. ETH
 Luzia Toppan-Seiler, kaufm. Angestellte

Veltheim

Präsidentin: Dora Weigold-Maurer,
 Hausfrau/Sekretärin
 1. Vizepräsidentin: Susanne Trost Vetter,
 Theaterschaffende
 2. Vizepräsidentin: Annelise Wehrli Gisler, lic. phil. I

Mitglieder:

Doris Bänziger-Meierhofer, Krankenschwester
 Hans Brunner, kaufm. Angestellter
 Anna Dubach-Kaufmann, kaufm. Angestellte
 Hans Rudolf Gossweiler, alt Mittelschullehrer
 Nikolaus Kunz, Musiker
 Christoph Magnusson, Allfinanzberater
 Gabriela Milicevic Decker, Familienfrau/Doktorandin
 Helena Siegrist, Sachbearbeiterin
 Ursula Stauer-Schüle, Elektrophysiologisch-Technische
 Assistentin
 Susanne Trost Vetter, Theaterschaffende
 Novica Vannuca, Buschauffeur
 Annelise Wehrli Gisler, lic. phil I
 Dora Weigold-Maurer, Hausfrau/Sekretärin

Wülflingen

Präsident: Martin Hasenfratz, Bereichsleiter-Stv.
 1. Vizepräsident: Andreas Both, Unternehmer
 2. Vizepräsidentin: Isabella Matzinger,
 kaufm. Angestellte/Familienfrau

Mitglieder:

Beatrice Bosshard Walter, Landschaftsarchitektin
 Andreas Both, Unternehmer
 Regula Crestani, Damenschneiderin
 Anna Ganz, Sozialpädagogin
 Martin Hasenfratz, Bereichsleiter-Stv.
 Heike Herzog-Moser, kaufm. Angestellte/Hausfrau
 Jürg Lienhard, RAV-Personalberater
 Claudia Märki, Hausfrau
 Isabella Matzinger, kaufm. Angestellte/Familienfrau
 Helena Meier-Suter, Familienfrau
 Bernhard Moser, Informatiker
 Eva Müller-Angst, kaufm. Angestellte
 René Schürmann, Personalverantwortlicher
 Doris Steiner, Hausfrau
 Sylvia Stöckli, Lehrerin
 Monika Vogel-Wertli, Lehrerin
 Claudia Werren, Hausfrau

Fürsorgebehörde

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsident: Heinz Zentner, Grafiker
 Sekretärin: Daniela Moro

Mitglieder:

Corinna Bremi, Sozialarbeiterin
 Barbara Läubli, Sozialarbeiterin
 Deborah Kuhn, Lehrerin
 Iris Kuster Anwander, lic. oec. HSG/Familienfrau
 Camille Meier, Rechtsanwältin
 Eva Obrist, Kaufmännische Angestellte
 Michael Peterhans, Jurist lic. iur.
 Christoph Portmann, IT-Berufsbildungsverantwortlicher
 Mireille Schaffitz, Oberrichterin
 Conny Schär, Dipl. Pflegefachfrau/Gassenarbeiterin
 Hanspeter Scheuring, Hortleiter
 Hans Steiger, Technischer Angestellter
 Paul Übersax, Kaufmännischer Angestellter/Diakon

Vormundschaftsbehörde

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsident: Urs Gürtler, Jurist

Mitglieder:

Marcel Brenn, Jurist
 Gabriela Herzog Zah, dipl. Sozialarbeiterin FH
 Elsbeth Lehmann, Juristin
 Nadja Faggiano, Sozialpädagogin

**Städtische Kommissionen
und beratende Gremien****Departement Kulturelles und Dienste****Verwaltungskommission der Pensionskasse**

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin

Mitglieder:

Eugen Kindhauser, PVW
 Silvia Nef, VPOD
 Christoph Pohl, VPOD
 Claudio Rima, PVW
 Susanne Tanner, PVW
 Silvio Tortelli, Polizeibeamtenverband

Ersatz:

Alice Maltempi, PVW

Beratende Stimme:

Martin Duttweiler, Leiter Pensionskasse (bis 30.4.09)
 Fritz Lang, Personalchef
 Rudolf Steiner, Leiter Pensionskasse (ab 1.5.09)

Personalkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin
 Beisitzerin: Maja Ingold, Stadträtin
 Ersatz: Walter Bossert, Stadtrat

Mitglieder:

Peter Hauser, Polizeibeamtenverband
 Eugen Kindhauser, PVW
 Reinhard Linder, VPOD
 Peter Rütimann, Polizeibeamtenverband
 Käti Schneider, VPOD
 Daniel Schneller, PVW
 Jorge Serra, VPOD
 Daniela Tschudi, PVW

Beratende Stimme:

Fritz Lang, Personalchef
 Helena Stäheli, Beauftragte für Gleichstellung
 Christian Suter, stv. Personalchef

Theaterkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin
 Aktuar: Marc Baumann, Theater Winterthur

Mitglieder:

Peter Fuchs (SVP)
 Willi Germann (CVP) *
 Gian Gianotti, Künstlerischer Leiter
 Beat Gruber (SP) *
 Sylvia Hirsche **
 Nicole Kurmann, Kultursekretärin
 Dieter Lang ***
 Paul Schnewlin
 Ruth Werren (FDP) *

* Vertreter/innen Grosser Gemeinderat

** Vertreterin Theaterverein

**** Vertreter Regionsgemeinden

Kunstkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin
 Sekretariat: Michael Brunner

Mitglieder:

Markus Böni (SVP) *
 Werner Wal Frei **
 Otmar M. Gnädinger
 Elizabeth Hefti (SP) *
 Oliver Krähenbühl **
 Stefan Piotrowski (FDP) *
 Dieter Schwarz, Kunstmuseum

* Vertreter/innen Grosser Gemeinderat

** Vertreter Künstlergruppe

Beratende Stimme:

Michael Hauser, Stadtbaumeister
 Nicole Kurmann, Kultursekretärin

Literaturkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident

Mitglieder:

Stefan Busz, Redaktor Landbote
 Nicole Kurmann, Kultursekretärin
 Angelika Maass, Redaktorin Landbote
 Denise Sorba-Mosimann, Lehrerin
 Wolfgang Vogel, Buchhändler

Integrationskommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Pearl Pedernana, Stadträtin
 Mitglied: Maja Ingold, Stadträtin
 Ersatz: Michael Künzle, Stadtrat

Weitere Mitglieder:

Regula Forster, Departementssekretärin Schule und Sport
 Silvia Schilter Gander, Leiterin Abklärung und Support,
 Soziale Dienste
 Nadja Witzemann, Integrationsdelegierte
 Mark Würth, Leiter Stadtentwicklung

Ständiger Gast:

Ursula Braunschweig Lütolf,
 Präsidentin Ausländer/innen-Beirat

Stadtentwicklungskommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin
 Mitglied: Walter Bossert, Stadtrat
 Sekretär: Andreas Schönbächler

Fachmitglieder:

Dieter Bachmann, Stadtmarketing
 Regula Forster, Departementssekretärin Schule und Sport
 Michael Hauser, Stadtbaumeister
 Rolf Heusser, Vertreter Dept. Soziales
 Anna Roschewitz, Leiterin Umwelt- und Gesundheitschutz
 Thomas Nideröst, Direktor Stadtbuss Winterthur
 Fridolin Störi, Bausekretär
 Mark Würth, Leiter Stadtentwicklung

Ausländer/innen-Beirat

Präsidentin: Ursula Braunschweig Lütolf

Mitglieder:

Vertreter/innen der Ausländerorganisationen:

Toufic Abdallah	Libanon
Ertekin Aydemir	Aleviten
Shefqet Cakolli	Kosovo
Arlete De Castro Baumann	Brasilien
Giuseppe Diana	Italien
Giordano Facchin	Italien
Snežana Fritschi-Stanic	Serbien-Montenegro
Ana Ivanovic-Jularic	Bosnien
Giovanna Maiorano Del Grosso	Italien
Umberto Mastrogioseppe	Italien
Mbuinga Willy Mayunda	Kongo
Darja Mikulicic	Kroatien
Yücel Yildirim	Türkei
Özkan Yongaci	Türkei

Vertreter/innen der Schweizer Organisationen:

Cornelia Bachmann	KMU
Regula Forster Erzinger	DSS
Luigi Fucentese	Gewerkschaftsbund
Olivera Gavric	Handelskammer
Martina Hafner Pagliaccio	Ev.-Ref. Landeskirche
Silvia Schilter Gander	DSO
Roy Vengathanam	Röm.-Kath. Landeskirche

Ersatzmitglied:

Vanaja Sribavan Sri Lanka

Beratende Stimme:

Nadja Witzemann, Integrationsdelegierte

Fachbeirat Uhrensammlung

Präsident: Urs Zimmermann

Mitglieder:

Armon Defilla
Max Denzler
Nicole Kurmann, Kultursekretärin
Kris Reinhardt
Andreas Strehler
Andrea Tiziani
Brigitte Vinzens,
Konservatorin Uhrensammlung Kellenberger

Wissenschaftlicher Beirat Münzkabinett

Präsident: Hans-Ulrich Geiger, Universität Zürich

Mitglieder:

Beat Eberschweiler, Leiter
Denkmalpflege/Archäologie, ARV, Baudirektion Zürich
Beat Näf, Historisches Seminar, Universität Zürich
Hortensia von Roten
Schweiz. Landesmuseum, Zürich
Benedikt Zäch,
Leiter Münzkabinett und Antikensammlung

Funktionsbewertungskommission

Präsident: Fritz Lang, Personalchef
Vizepräsident: Christian Suter, stv. Personalchef

Ständige Mitglieder:

Verena Anliker, VPOD
Melanie Briner, PVW
Margrit Koller, PVW
Jorge Serra, VPOD
Alice Maltempi, Beauftragte für Gleichstellung

Wechselnde Mitglieder (je nach zu beurteilender Funktion):

Vorsteher/in des betroffenen Departementes oder
andere/r Delegierte/r der Departementsleitung
Leiter/in des betroffenen Amtes, Betriebes oder der
betroffenen Hauptabteilung

Ersatzmitglieder:

Eugen Kindhauser, PVW
Käti Schneider, VPOD
Helena Stäheli, Beauftragte für Gleichstellung

Departement Finanzen**Landwirtschaftskommission**

Präsidentin: Verena Gick, Stadträtin
Stellvertreter: Michael Künzle, Stadtrat
Aktuar: Ueli Gnehm, Liegenschaftenverwaltung

Mitglieder:

Markus Briner, Landwirt, Winterthur
Gert Brunner, Landwirt, Winterthur
Adrian Buchli, Flur-/Umweltpolizei
Erich Dürig, Liegenschaftenverwaltung
Hans-Rudolf Hofer, Landwirt, Winterthur
Markus Moser, Landwirt, Winterthur
Martin Nussbaumer, Landwirt, Winterthur
Hans Schwab, Landwirt, Birchhof, Hegi
Urs Schweingruber, Betriebsleiter Volg
Jakob Weidmann, Landwirt, Winterthur-Stadel

Departement Bau**Arbeitsgruppe Velo**

Präsident: Walter Bossert, Stadtrat
Geschäftsführer: Herbert Ernst, Amt für Städtebau,
Projektleiter Raum- und Verkehrs-
planung

Mitglieder:

Stadtverwaltung:

Stefan Gerber, Gesamtleiter Verkehr
Beat Kammermann, Leiter Verkehrslenkung
Heinz von Moos, Leiter Verkehrswege

Veloparlamentarier:

Stefan Nyffeler (SVP)
Betty Konyo Schwerzmann (SP)
Martin Stauber (Grüne)
Stefan Fritschi (FDP)
Michael Zeuglin (GLP)
ACS: Harald Walser, Neftenbach
Pro Velo: Bernhard Fiedler, Winterthur
SC: Josef Bollhalder, Winterthur
TCS: Peter Rütimann, Winterthur
VCS: Kurt Egli, Winterthur

Fachgruppe Stadtgestaltung

Leitung: Michael Hauser,
Amt für Städtebau, Stadtbaumeister

Mitglieder:

Daniela Dreizler, Nachwuchsarchitektin FH, Baden
Lisa Ehrensperger, dipl. Arch. ETH/SIA/BSA, Zürich
Patrick Gmür, dipl. Arch. ETH/SIA/BSA, Zürich
Katrin Gügler, Amt für Städtebau,
Co-Leiterin Stadtgestaltung/Wettbewerbe
Martin Rapold, Stadtgärtnerei,
Hauptabteilungsleiter Planung/Naturschutz
Hans Rohr, dipl. Arch. ETH/SIA/BSA, Dättwil AG
Martina Voser, dipl. Arch. ETH, Zürich

Fachgruppe Denkmalpflege

Leitung: Michael Hauser, Stadtbaumeister

Mitglieder:

Eduard Müller, lic. phil. I, Seelisberg
 Silvio Schmed, Arch. BSA/SWB, Zürich
 Daniel Schneller, Amt für Städtebau, Leiter Denkmalpflege
 Oliver Strässle, Amt für Städtebau, Co-Leiter
 Stadtgestaltung / Wettbewerbe
 Ernst Strebel, dipl. Arch. ETH/BSA/SIA, Zürich

Arbeitsgruppe Sauberkeit

Leitung: Jürg Stünzi, Tiefbauamt, Leiter Entsorgung

Mitglieder:

Adrian Buchli, Stadtpolizei
 Ernst Engler, Stadtbus Winterthur
 Werner Hefti, Tiefbauamt, Entsorgung
 Beat Kunz, Forstmeister
 Christoph Pohl, Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte
 Christian Wieland, Leiter Stadtgärtnerei (ad interim)
 Jörg Wirth, Tiefbauamt, Strasseninspektorat
 Gabi Wüthrich, Kommunikationsberaterin

Kommission Verkehrsräume

Präsident: Walter Bossert, Stadtrat
 Vizepräsident: Michael Künzle, Stadtrat
 Mitglieder: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Matthias Gfeller, Stadtrat

Weitere Mitglieder:

Peter Baki, Leiter Raum- und Verkehrsplanung
 Michael Hauser, Stadtbaumeister
 Beat Kammermann,
 Hauptabteilungsleiter Verkehrsplanung
 Thomas Nideröst, Direktor Stadtbus Winterthur
 Max Reifler, Stadtgenieur
 Anna Roschewitz, Leiterin Umwelt- und
 Gesundheitsschutz
 Mark Würth, Leiter Stadtentwicklung
 Geschäftsführer: Stefan Gerber, Gesamtleiter Verkehr

Departement Sicherheit und Umwelt**Arbeitsgruppe Altstadt**

Präsident: Michael Künzle, Stadtrat
 Vizepräsident: Walter Bossert, Stadtrat

Mitglieder:

Jacqueline Bouquet, Bewohnerinnen- und Bewohner-
 verein Altstadt
 Daniel Beckmann, Verwaltungspolizei
 Alfred Bruhin, Bewohnerinnen- und Bewohnerverein
 Altstadt
 Beat Eisen, Interessen-Gemeinschaft Obergasse
 Renato Giovanelli, Junge Altstadt
 Pamela Graves, Bewohnerinnen- und Bewohnerverein
 Altstadt
 Remo Hahn, Gemeinschaft Marktgasse
 Beat Kammermann, Verkehrslenkung
 Peter Keller, Verein zur Förderung der Steinberggasse
 Elisabeth Kleine, Interessen-Gemeinschaft Graben
 Paul Lehmann, Bewohnerinnen- und Bewohnerverein
 Altstadt
 Ursula Lüthi, Geschäftsführerin Restaurant Gotthard
 Max Reifler, Stadtgenieur
 Fridolin Störi, Leiter Baupolizei

Kommission Umwelt und Energie

Präsident: Michael Künzle, Stadtrat
 Vizepräsidentin: Anna Roschewitz,
 Leiterin Umwelt- und Gesundheitsschutz

Mitglieder:

Ulrich Dinkelacker, Leiter Fachstelle Energie
 Michael Hauser, Stadtbaumeister
 Beat Kunz, Leiter Forstbetrieb
 Max Reifler, Stadtgenieur
 Fridolin Störi, Leiter Baupolizei
 Christian von Burg, Direktor Stadtwerk Winterthur

Fachgruppe Umwelt

Präsident: Michael Künzle, Stadtrat
 Vizepräsidentin: Anna Roschewitz,
 Leiterin Umwelt- und Gesundheitsschutz

Mitglieder:

Urs Buchs, Stadtwerk Winterthur,
 Hauptabteilungsleiter Technik Gas und Wasser
 Angelique Daniel, Umwelt- und Gesundheitsschutz,
 Co-Leiterin Fachstelle Umwelt
 Ulrich Dinkelacker, Baupolizei, Leiter
 Fachstelle Energie
 Herbert Ernst, Amt für Städtebau, Projektleiter Raum-
 und Verkehrsplanung
 Beat Kunz, Leiter Forstbetrieb
 Sandra Laubis, Co-Leiterin Fachstelle Umwelt
 Claudine Merz, Baupolizei, Baujuristin
 Martin Rapold, Stadtgärtnerei,
 Hauptabteilungsleiter Planung/Naturschutz
 Beat Schüpbach, Stadtwerk Winterthur,
 Hauptabteilungsleiter Wärme und Entsorgung
 Jürg Stünzi, Tiefbauamt, Leiter Entsorgung

Fachstelle Energie und Technik

Präsident: Michael Künzle, Stadtrat
 Vizepräsidentin: Anna Roschewitz,
 Leiterin Umwelt- und Gesundheitsschutz

Mitglieder:

Philipp Chéhab, Umwelt- und Gesundheitsschutz,
 Leiter Fachstelle Nachhaltige Entwicklung
 Ulrich Dinkelacker, Baupolizei, Leiter
 Fachstelle Energie
 Fredi Keller, Stadtwerk Winterthur,
 Hauptabteilungsleiter Markt und Kunden
 Beat Kunz, Leiter Forstbetrieb
 Peter Lattmann, Amt für Städtebau, Leiter Hochbau
 Dienste
 Beat Schüpbach, Stadtwerk Winterthur,
 Hauptabteilungsleiter Wärme und Entsorgung

Departement Schule und Sport**Sportkommission**

Präsidentin: Pearl Pedernana, Stadträtin

Mitglieder:

Dani Frei *
 Nicolas Galladé (SP)
 Kurt Hess **
 Regula Kuhn *
 Herbert Iseli (EDU) ***

Walter Langhard (SVP) ***
 Edi Wettstein (SP) ***
 Urs Wunderlin, Leiter Sportamt

* Vertreter Dachverband Sport Winterthur
 ** Vertreter Behindertensport Winterthur
 *** Vertreter Grosser Gemeinderat

Departement Soziales

Jugendkommission Stadt

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsident: Michael Künzle, Stadtrat
 Mitglied: Pearl Pedernana, Stadträtin
 Sekretär: Rolf Heusser, Jugenddelegierter

Weitere Mitglieder:

Bernadette Frei,
 Leiterin Unterstützende Präventive Dienste
 Rolf Heusser, Jugenddelegierter
 Susanne Keller, Quartierentwicklung
 Michael Neidhart, Kantonaler Regionalleiter Jugendhilfe
 Roger Peter, Dienstchef Jugenddienst Stadtpolizei
 Ernst Schedler, Leiter Soziale Dienste
 Françoise Vogel, Co-Leiterin Prävention und Suchthilfe
 Nadja Witzemann, Integrationsdelegierte
 Urs Wunderlin, Bereichsleiter Sport
 Sven Zimmerlin, Leiter Jugenddienst Stadtpolizei
 Reto Zubler, Bereichsleiter Bildung

Drogenkommission

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsident: Michael Künzle, Stadtrat
 Mitglied: Pearl Pedernana, Stadträtin

Weitere Mitglieder:

nach Bedarf aus Sozialen Diensten, Stadtpolizei,
 Polizeirichteramt, Staatsanwaltschaft, Kantonspolizei
 und Bezirksgemeinden

Kommission Arbeitsmarkt

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsidentin: Pearl Pedernana, Stadträtin

Weitere Mitglieder:

Suzanne Bauer, Leiterin RAV Winterthur
 Christoph Pohl, Leiter Koordinationsstelle für
 Arbeitsprojekte (KAP)
 Ernst Schedler, Leiter Soziale Dienste
 Matthias Schlumpf, Leiter Berufsberatung
 Franz Trottmann, Leiter Berufsbildung
 2 Vertretungen KMU (Peter Uhlmann und
 Walter Bigler)

Kommission Gesundheit und Prävention

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsidentin: Pearl Pedernana, Stadträtin
 Mitglied: Michael Künzle, Stadtrat

Weitere Mitglieder:

Andreas Paintner, Leiter Bereich Alter und Pflege
 Anna Roschewitz, Leiterin Umwelt- und Gesundheits-
 schutz
 Ernst Schedler, Leiter Bereich Soziale Dienste
 Liselotte Schug, Leitung Fachstelle Gesundheit

Vertretung des Kantonsspitals Winterthur
 Vertretung der Integrierten Psychiatrie Winterthur
 Vertretung der Ärztesellschaften der Bezirke
 Winterthur und Andelfingen
 Vertretung der Apotheker/innen Winterthur
 Vertretung der Vereinigung der Winterthurer
 Zahnärzte/innen
 Vertretung der Schulärzteschaft
 Urs Wunderlin, Leiter Sportamt
 Reto Zubler, Leiter Abteilung Schulgesundheit

Departement Technische Betriebe

Kommission «Förderung des öffentlichen Verkehrs»

Präsident: Matthias Gfeller, Stadtrat

Mitglieder:

Pia Dennler (SP) *
 Stefan Fritschi (FDP) *
 Stefan Gerber, Amt für Städtebau, Gesamtleiter Verkehr
 Willy Germann, Kantonsrat (CVP)
 Beat Kammermann, Stadtpolizei, Leiter Verkehrslenkung
 Dieter Kläy, Kantonsrat (FDP)
 Thomas Nideröst, Direktor Stadtbus Winterthur
 Christian Reisacher, Stadtbus Winterthur
 Werner Schurter (CVP) *
 Jorge Serra, Kantonsrat (SP)
 Martin Stauber (Grüne) *
 Werner Steiner (SVP) *
 Susanne Stöckli (GLP) *
 Jack Würzler (SP) *

* Vertreter/in Grosser Gemeinderat

Naturschutzkommission

Präsident: Matthias Gfeller, Stadtrat
 Aktuar: Martin Rapold, Stadtgärtnerei,
 Hauptabteilungsleiter Planung/Naturschutz

Mitglieder:

Ernst Bachmann, Landwirt
 Peter Baki, Amt für Städtebau,
 Leiter Raum- und Verkehrsplanung
 René Bertiller, ständiger Vertreter des Kantons Zürich
 Urs Buchs, Stadtwerk Winterthur, Hauptabteilungsleiter
 Technik Gas und Wasser
 Hermann Dähler, vormals Stadtplanungsamt
 Jakob Forster, ehem. Seminarlehrer
 Ueli Gnehm, Liegenschaftenverwaltung
 Beat Kunz, Forstmeister
 Werner Rüeger, Landschaftsarchitekt BSLA
 Christian Wieland, Leiter Stadtgärtnerei
 Marco Pietro Sacchi, Projektleiter

Grabmalkommission

Präsident: Matthias Gfeller, Stadtrat
 Aktuar: Alex Borer, Stadtgärtnerei

Mitglieder:

Daniel Isler, Bildhauer
 Daniel Schneller, Amt für Städtebau, Leiter
 Denkmalpflege
 Walter Weiss, Künstlergruppe
 Christian Wieland, Leiter Stadtgärtnerei
 1 Vakanz, Bildhauer

Vertretungen der Stadt Winterthur in handels- rechtlichen Gesellschaften, Genossenschaften, Stiftungen, Kommissionen, Verbänden usw. (Stand 31.12.09)

Stiftungen

Stiftung Altersheim St. Urban	Max Romann Martin Hasenfratz Susanne Tanner
Arnold Schenkel-Stiftung	Maja Ingold
Brühlgut-Stiftung	Ernst Schedler
Ehrat-Stiftung	Maja Ingold
Stiftung Fotomuseum Winterthur	Ernst Wohlwend
Stiftung für Kleinsiedlungen	Verena Gick
Generationen-Dialog	Maja Ingold
Stiftung Greater Zurich Area	Ernst Wohlwend
Hans Vogel-Stiftung	Maja Ingold
Stiftung H. + F. Müller-Roth	Silvia Schilter Gander
Institut für Verwaltungs- management, ZHW	Alice Maltempi
Stiftung Jakob Briner	Ernst Wohlwend
Stiftung Oskar Reinhart	Ernst Wohlwend
Schweizerische Technische Fachschule Winterthur	Franz Trottmann
Stiftung Technorama	Ernst Wohlwend
Stiftung Winterthur – La Chaux-de-Fonds	Thomas Böni Elsbeth Lehmann Regula Forster
Wölflin Stiftung Winterthur	Walter Bossert Heinz Häusermann
Zürcher Filmstiftung	Ernst Wohlwend

Genossenschaften

Flurgenossenschaft Wülflingen	Ueli Gnehm
Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen (GAIWO)	Verena Gick Maja Ingold
Holzverwertungsgenossenschaft hvg	Beat Kunz
Schwimmbadgenossenschaft Oberwinterthur	Urs Wunderlin
Schwimmbadgenossenschaft Töss	Urs Wunderlin
Schwimmbadgenossenschaft Veltheim	Urs Wunderlin
Schwimmbadgenossenschaft Wülflingen	Urs Wunderlin
Strassen- und Kanalisationsgenossenschaft Weiherhöhe, Winterthur-Seen	Hansjörg Weidmann
Unterhaltsgenossenschaft Hegi – Reutlingen – Stadel	Harri Marti
Unterhaltsgenossenschaft Töss-Wülflingen	Beat Kunz
Waldweggenossenschaft Seen	Beat Kunz

Vereine

Kunstverein Winterthur	Ernst Wohlwend
Standortförderung Region Winterthur	Ernst Wohlwend
Trägerverein Subita	Rolf Heusser
Trägerverein Villa Flora	Ernst Wohlwend
Verein Aids-Infostelle	Ernst Schedler
Verein Ehe- und Familienberatung	Monika Philipp
Verein Energie bewegt Winterthur	Anna Roschewitz Christian von Burg Anna Roschewitz
Verein Energiestadt	Heinz Häusermann
Verein Familien- und Jugendhilfe	Silvia Schilter Gander
Verein Frauenhaus Winterthur	Verena Gick
Verein Hilfe für ältere Arbeitsfähige	Lars Schädeli
Verein «Läbesruum»	Franz Trottmann
Verein Lehrlingsforum Winterthur	Ernst Wohlwend
Verein Metropolitanraum Zürich	Mark Würth
Verein Musikkollegium Winterthur	Ernst Wohlwend Maja Ingold
Verein Schulheim Elgg	Heinz Häusermann
Verein Studentisches Wohnen in W'thur	Mark Würth

Verbände und Kommissionen

Fachschulkommission des Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich (ZAG)	Maja Ingold
Interessengemeinschaft Rettungsdienst Region Winterthur	Michael Künzle Regula Forster
Jugendkommission des Bezirks Winterthur	Heinz Häusermann Maja Ingold Marcel Brenn
Kantonale Wohnbaukommission Kommission für Landwirtschaftliche Berufsbildung des Kantons Zürich KLB	Beat Holzer Verena Gick
Regionalplanungsgruppe Nordostschweiz	Walter Bossert
Regionalplanung Winterthur und Umgebung	Ausschussmitglieder: Ernst Wohlwend Walter Bossert
	Delegierte: Matthias Gfeller
Reiter-Weg-Kommission Winterthur	Beat Kunz
Schweizerischer Städteverband	Ernst Wohlwend Anna Roschewitz
Verkehrsverbund des Kt. Zürich, ZVV	Matthias Gfeller

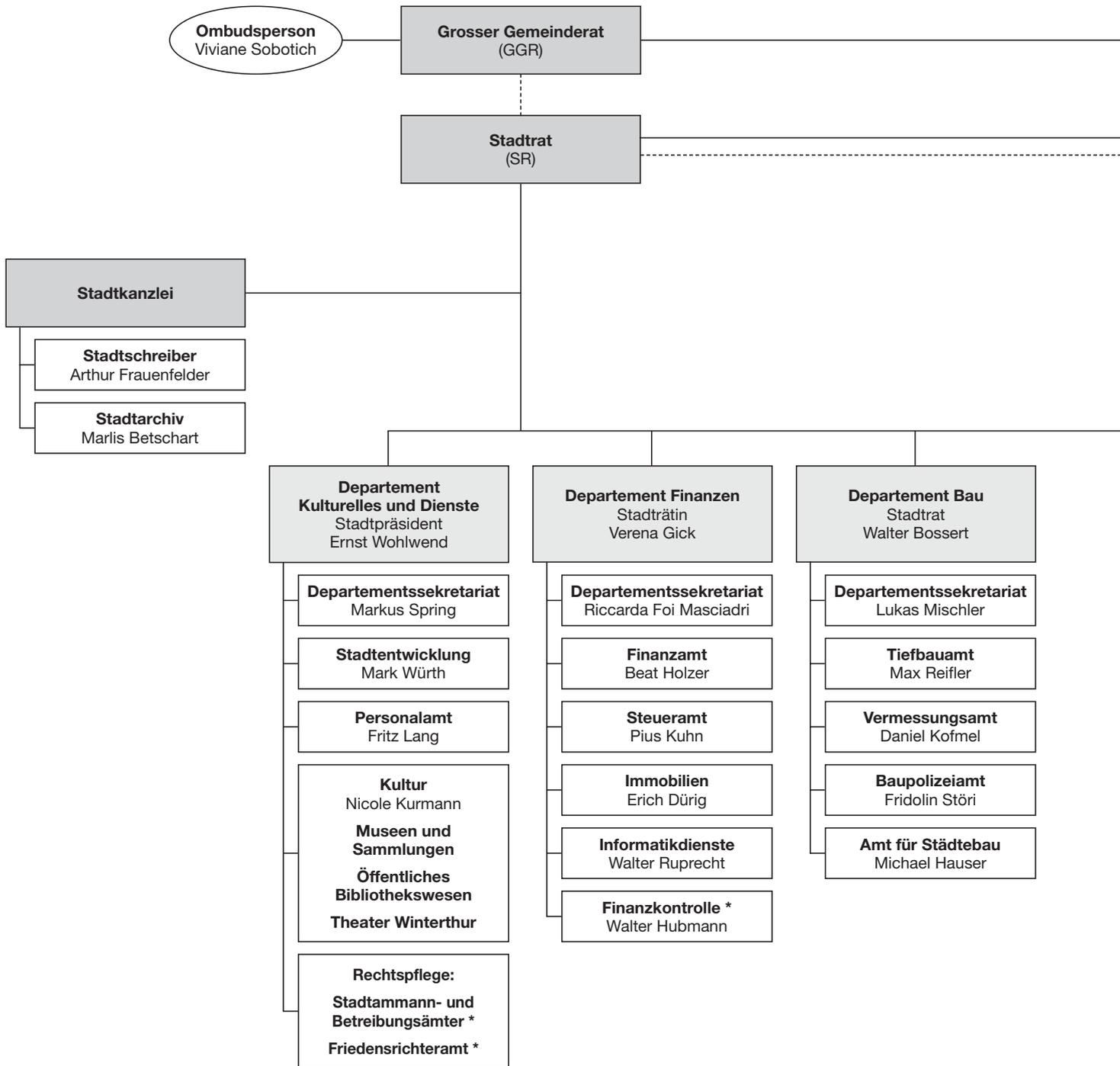
Aktiengesellschaften

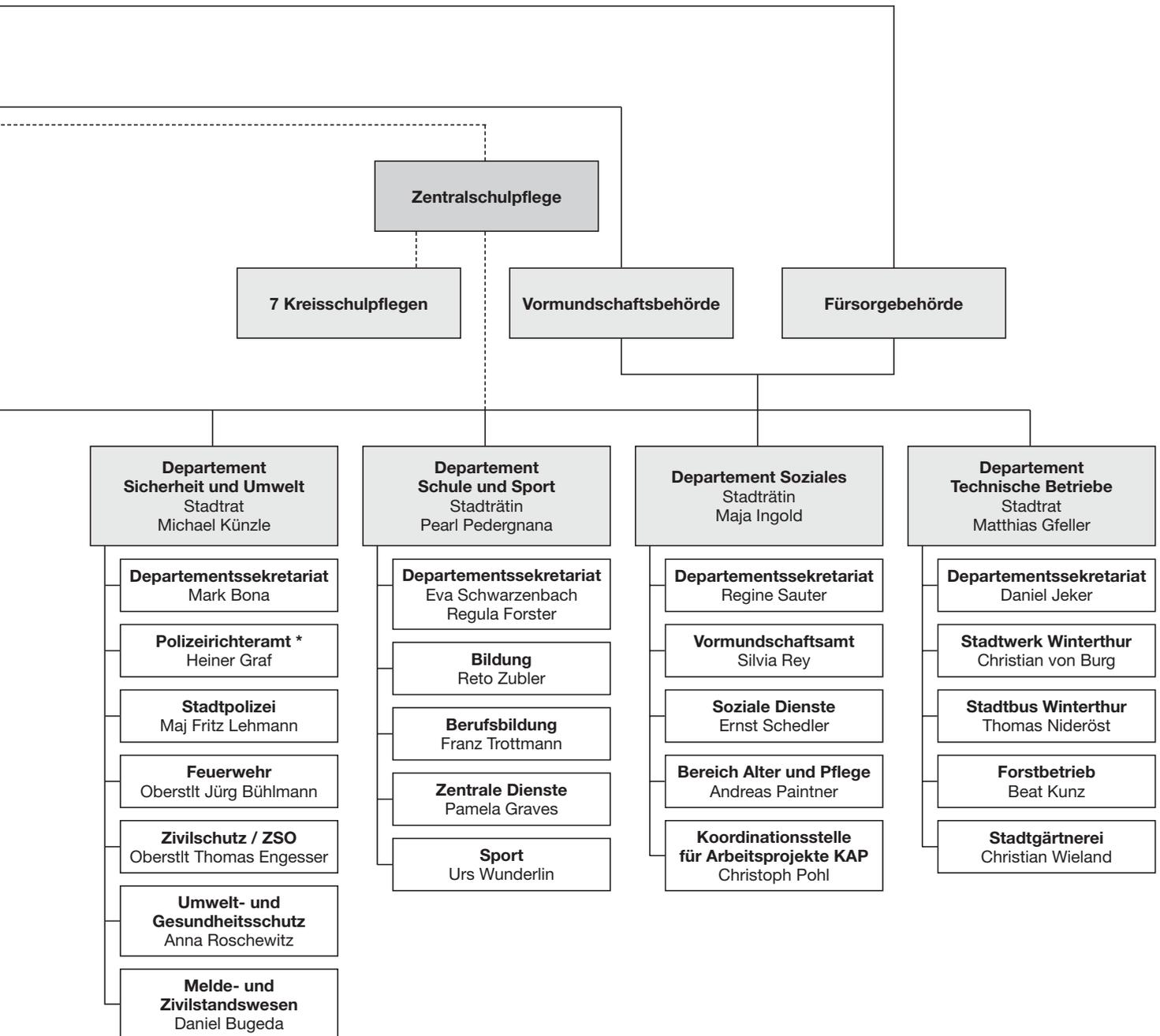
Biorender AG	Matthias Gfeller
EGO Erdgas Ostschweiz AG	Matthias Gfeller
Eulachhallen AG	Pearl Pedergrana
	Samuel Schwitter
Fortuna Obertor AG	Ernst Wohlwend
	Verena Gick
InstaControl AG	Matthias Gfeller
	Christian von Burg
Parkhaus Winterthur AG	Michael Künzle
Swisspower AG	Christian von Burg
Technopark Winterthur AG	Ernst Wohlwend

Diverses

Arbeitsgruppe «Häusliche Gewalt»	Silvia Rey	Region Ost	Michael Künzle
Datenportal DAV Kanton Zürich	Ernst Wohlwend	Sozialkonferenz des Kantons Zürich	Ernst Schedler
	Daniel Kofmel		Daniela Moro
eCH (Internet)	Walter Ruprecht	Spitalrat KSW	Maja Ingold
e-Government Strategie Schweiz	Ernst Wohlwend	Städteinitiative Bildung Volksschule	Pearl Pedergrana
Interessengemeinschaft EDV		Städteinitiative Sozialpolitik	Maja Ingold
Zürcher Gemeinden (IG EDV)	Walter Ruprecht		Ernst Schedler
Interessengemeinschaft kommunaler		Städteposition CH	Michael Hauser
Polizeivorstände	Michael Künzle		Mark Würth
Klimabündnis Städte Schweiz (KBSS)	Anna Roschewitz	Strategieausschuss Datenlogistik	
Konferenz städtischer Polizeidirektoren	Michael Künzle	Kanton Zürich	Ernst Wohlwend
Konsultative Konferenz für die		Zürcher Arbeitsgemeinschaft der	
Diskussion von Flughafenfragen	Michael Künzle	Ligen und Heimstätten für chronische	
Plattform zur Zusammenarbeit der		Krankheiten (ZKALK)	Liselotte Schug
Klimabündnis-Städte der Schweiz	Michael Künzle	Zürcher Kunstgesellschaft	Ernst Wohlwend

Organigramm der Stadtverwaltung





* Nur administrativ dem Departement unterstellt

Inhaltsverzeichnis

	<i>Seite</i>		<i>Seite</i>
Stadtrat, Stadtkanzlei	5	Departement Schule und Sport	93
Der Stadtrat	5	Schulbehörden	94
Stadtkanzlei	6	Bildung	96
Abstimmungen 2009	7	Zentrale Dienste	98
		Berufsbildung	100
		Sportamt	102
Departement Kulturelles und Dienste	11		
Kultur	12	Departement Soziales	105
Bereich Stadtentwicklung	20	Vormundschaftsamt	106
Personalamt	27	Soziale Dienste	108
Rechtspflege	32	Alter und Pflege	117
		KAP – Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte	121
Departement Finanzen	35		
Finanzamt	37	Departement Technische Betriebe	123
Steueramt	40	Stadtwerk Winterthur	124
Informatikdienste (IDW)	42	Stadtbus Winterthur	129
Immobilien	44	Forstbetrieb	133
		Stadtgärtnerei	134
Departement Bau	49		
Amt für Städtebau	52	Der Grosse Gemeinderat	137
Hochbauten	55		
Tiefbauamt	57	Initiativen und parlamentarische Vorstösse	145
Vermessungsamt	62		
Baupolizeiamt	62	Behördenverzeichnis	153
Departement Sicherheit und Umwelt	69	Vertretungen der Stadt in handelsrechtlichen Gesellschaften, Genossenschaften, Stiftungen, Kommissionen, Verbänden usw.	162
Umwelt- und Gesundheitsschutz	71		
Polizeirichteramt	77	Organigramm der Stadtverwaltung	164
Stadtpolizei	78		
Feuerwehr	84		
Zivilschutz	88		
Melde- und Zivilstandswesen	91		